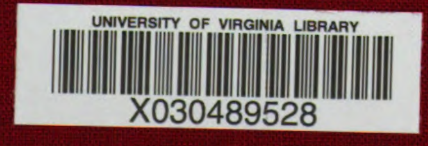
Protokoll des SPD-Parteitages

Erfurt 1891





Reprints zur Sozialgeschichte
bei
J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Herausgeber: Dieter Dowe

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Abgehalten zu Erfurt
vom 14. bis 20. Oktober 1891

Mit einem Personen-, Zeitschriften- und Zeitungsregister
sowie Ortsregister zum Nachdruck
von Max Schwarz

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Berlin · Bonn

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Sozialdemokratische Partei Deutschlands:
Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. – Nachdr.: mit e. Personen-, Zeitschriften- u. Zeitungsreg. sowie Ortsreg. – Berlin, Bonn: Dietz.

1891. Abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891. – 1978.
(Reprints zur Sozialgeschichte)
ISBN 3-8012-2502-X

Berlin · Bonn
Godesberger Allee 143, D-5300 Bonn 2

Druck: Ducke Offsetdruck, Darmstadt
Printed in Germany 1978

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Erfurt

vom 14. bis 20. Oktober 1891.

Berlin 1891.
Verlag der Expedition des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.
(Th. Glocke.)

Programm

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitag zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwickelung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indeß die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnißmäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisirung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwickelung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachsthum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisirt. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigenthum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwickelung.

Das Privateigenthum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigenthum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriiren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der

Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum, und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht blos des Proletariats, sondern des gesammten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nothwendiger Weise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den andern Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht blos die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachtheiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig ordnen.
7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistands. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Ange-

klagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.

9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstags.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Organisation

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitag zu Halle 1890.

---

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise.

Gegen die Entscheidungen steht den Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und den Parteitag zu.

Vertrauensmänner.

§ 3. Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Parteiinteressen einen oder mehrere Vertrauensmänner. Die Art der Wahl dieser Vertrauensmänner ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauensmänner erfolgt alljährlich und zwar im Anschlusse an den voraufgegangenen Parteitag.

Die Vertrauensmänner haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort der Parteileitung mitzutheilen.

§ 5. Tritt ein Vertrauensmann zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen umgehend eine Neuwahl vorzunehmen und davon entsprechend § 4 Absatz 2 der Parteileitung Mittheilung zu machen.

§ 6. Da wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Parteitag.

§ 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat die Parteileitung mit der Reichstagsvertretung hierüber sich zu verständigen.

§ 8. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens 4 Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitags ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei der Parteileitung einzureichen, die dieselben spätestens 10 Tage vor der Abhaltung des Parteitags durch das offizielle Parteiorgan bekannt zu geben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Theilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als 3 Personen vertreten sein darf.

   Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden:
2. die Mitglieder der Reichstags-Fraktion;
3. die Mitglieder der Parteileitung.

Die Mitglieder der Reichstags-Fraktion und der Parteileitung haben in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur berathende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Theilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitags gehören:

1. Entgegennahme des Berichts über die Geschäftsthätigkeit der Parteileitung und über die parlamentarische Thätigkeit der Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Orts, an welchem die Parteileitung ihren Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl der Parteileitung.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden

1. durch die Parteileitung;
2. auf Antrag der Reichstags-Fraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen.

Falls die Parteileitung sich weigert, einem Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitags stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstags-Fraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitags ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitags muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 7 Tage vor der Abhaltung des Parteitags im offiziellen Parteiorgan zu veröffentlichen.

Im Uebrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8—10).

Parteileitung.

§ 13. Die Parteileitung besteht aus 12 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassirer und 7 Kontrolleuren.

Die Wahl der Parteileitung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel.

Nach erfolgter Wahl hat die Parteileitung ihre Konstituirung vorzunehmen und dieselbe im offiziellen Parteiorgan bekannt zu machen.

Die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

§ 14. Die Mitglieder der Parteileitung können für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15. Die Parteileitung besorgt die Parteigeschäfte, kontrollirt die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, beruft die Parteitage und erstattet auf denselben über ihre Thätigkeit Bericht.

§ 16. Scheidet einer der Vorsitzenden, Schriftführer oder der Kassirer aus, so ist die Vakanz durch eine von den Kontrolleuren vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Partei-Organ.

§ 17. Zum offiziellen Parteiorgan wird das „Berliner Volksblatt“ bestimmt. Dasselbe erhält vom 1. Januar 1891 ab den Titel:

„Vorwärts“
Berliner Volksblatt
Central-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Alle offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Theils zu veröffentlichen.

Abänderung der Organisation.

§ 18. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur berathen werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntniß der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens 3/4 der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Tagesordnung des Parteitages.

Mittwoch, den 14. Oktober, Abends 7 Uhr:

Vorversammlung. Konstituirung des Parteitages. Festsetzung der Geschäfts- und der Tagesordnung. Wahl einer Kommission für die Prüfung der Vollmachten.

Donnerstag, den 15. Oktober, und die folgenden Tage:

1. Geschäfts-Bericht des Partei-Vorstandes. Berichterstatter: J. Auer.
2. Bericht der Kontrolleure durch G. Schulz.
3. a) Die parlamentarische Thätigkeit der Reichstags-Fraktion. Berichterstatter: H. Molkenbuhr.
   b) Die Taktik der Partei. Berichterstatter: A. Bebel.
4. Berathung des Programm-Entwurfs. Berichterstatter: W. Liebknecht.
5. Berathung derjenigen Anträge der Parteigenossen, welche bei den voraufgehenden Punkten der Tagesordnung nicht bereits ihre Erledigung gefunden haben.
6. Wahl der Parteileitung und Bestimmung des Orts wo sie ihren Sitz zu nehmen hat.

Bureau des Parteitages:

Vorsitzende:

Kloß, Stuttgart. — Singer, Berlin.

Schriftführer:

Agster, Stuttgart.
Blume, Hamburg.
Emmel, Frankf. a. M.
Frohme, Altona.
Geyer, Leipzig.
Hug, Bant.
Oertel, Nürnberg.
Schmid, München.
Scholz, Berlin.

Mandats-Prüfungs-Kommission:

Bamberger, Berlin.
Fischer, Berlin.
Kaden, Dresden.
Kühn, Langenbielau.
Pfannkuch, Kassel.
Reißhaus, Erfurt.
Schultze, Königsberg.
Urban, München.
Willig, Hannover.

Neuner-Kommission:

Blume, Hamburg.
Ehrhart, Ludwigsh.
Emmel, Frankf. a. M.
Hug, Bant.
Kühn, Langenbielau.
Müller, Darmstadt.
Reißhaus, Erfurt.
Slomke, Bielefeld.
Willig, Hannover.

Programm-Kommission:

Agster, Stuttgart.
Bebel, Berlin.
Goldstein, Dresden.
Herbert, Stettin.
Frau Ihrer, Berlin.
Jochem, Danzig.
Kandt, Rostock.
Kautsky, Stuttgart.
Keßler, Berlin.
Landé, Elberfeld.
Liebknecht, Berlin.
Dr. Lux, Magdeburg.
Löwenstein, Nürnb.
Molkenbuhr, Hamb.
Müller, Elberfeld.
Oertel, Nürnberg.
Schmidt, Zwickau.
Schoenlank, Berlin.
Schweer, Hamburg.
Tölcke, Dortmund.
v. Vollmar, München.

Vorlagen an den Parteitag.

Anträge.

Programm.

1. Entwurf des Partei-Vorstandes.

Die Trennung der Arbeiter von den Arbeitsmitteln — Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel — und deren Uebergang in den Alleinbesitz eines Theils der Gesellschaftsglieder hat zur Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen, die arbeitende und die besitzende geführt.

In den Händen ihrer Aneigner sind die gesellschaftlichen Arbeitsmittel zu Mitteln der Ausbeutung geworden. Die hierdurch bedingte ökonomische Unterwerfung der Arbeiter unter die Besitzer der Arbeitsmittel, d. h. der Lebensquellen, ist die Grundlage der Knechtschaft in jeder Gestalt: des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmerung, der politischen Abhängigkeit.

Unter der Herrschaft dieser Ausbeutung nimmt die Anhäufung des durch die Ausgebeuteten erzeugten Reichthums in den Händen der Ausbeuter, der Kapitalisten und Großgrundbesitzer — mit wachsender Geschwindigkeit zu. Immer ungleicher wird die Vertheilung des Arbeitsprodukts zwischen Ausbeuter und Ausgebeutete, immer größer die Zahl und immer unsicherer die Lebenslage der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Klassengegensatz, immer erbitterter der Klassenkampf, welcher die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Die im Wesen der kapitalistischen Produktion begründete Planlosigkeit erzeugt jene immer länger andauernden Krisen und Arbeitsstockungen, welche die Lage der Arbeiter noch verschlimmern, durch den Ruin der städtischen und ländlichen Mittelstände — der Kleinbürger und Kleinbauern — den Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen erweitern, die allgemeine Unsicherheit zum Normal-

zustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Klasse der Aneigner der gesellschaftlichen Arbeitsmittel den Beruf und die Fähigkeit zur wirthschaftlichen und politischen Führung verloren hat.

Diesem Zustand, der von Tag zu Tag unerträglicher wird, durch Beseitigung seiner Ursachen ein Ende zu machen und die Befreiung der Arbeiterklasse zu erringen, ist das Ziel und die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt demgemäß die Umwandlung der Arbeitsmittel — Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel — in Gemeineigenthum der Gesellschaft, und die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische Produktion; eine Umwandlung, für welche die kapitalistische Gesellschaft selbst die materiellen und geistigen Bedingungen geschaffen hat und weiter schafft und durch welche allein die Befreiung der Arbeiterklasse, und mit ihr die Befreiung aller Gesellschaftsglieder ohne Ausnahme verwirklicht wird.

Die Sozialdemokratische Partei hat nichts gemein mit dem sogenannten Staatssozialismus, dem System der Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken, das den Staat an die Stelle des Privatunternehmers setzt und damit die Macht der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung des Arbeiters in einer Hand vereinigt.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, weil alle übrigen Klassen und Parteien auf dem Boden des Kapitalismus stehen und trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich doch die Erhaltung und Stärkung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen; mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern; die Befreiung der Arbeiterklasse ist daher nicht eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe, an der die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich **eins** mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. In diesem Befreiungskampfe verficht die Sozialdemokratie, als die Vertreterin nicht blos der Lohnarbeiter, sondern der

Ausgebeuteten und Unterdrückten insgesammt, alle Forderungen, Maßregeln und Einrichtungen, welche die Lage des Volks im Allgemeinen und der Arbeiterklasse im Besonderen zu verbessern geeignet sind.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt deshalb gegenwärtig für folgende Forderungen ein:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Einführung des Proportional-Wahlsystems. Festsetzung der Wahlen und Abstimmungen auf einen Sonn- oder Feiertag. Entschädigung für die gewählten Vertreter.
2. Direkte Antheilnahme des Volks an der Gesetzgebung mittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstverwaltung des Volks im Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Jährliche Steuerbewilligung, Recht der Steuerverweigerung.
3. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die gewählten Vertreter des Volks. Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als Privatvereinigungen zu betrachten.
6. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in allen öffentlichen Bildungsanstalten.
7. Erziehung zu allgemeiner Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und der Rechtshilfe. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.
10. Stufenweis steigende Einkommen-, Kapital- und Erbschaftssteuer für die Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit unterordnen.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutz-Gesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstags.
   b) Verbot der gewerblichen Arbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern.
3. Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern. Beseitigung der Gesinde-Ordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich, mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

2. Entwurf der Redaktion der „Neuen Zeit“ in Stuttgart.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebs, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indeß die Produktionsmittel — Grund und Boden, Rohstoffe, Werkzeuge — in steigendem Maße das Monopol einer verhältnißmäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisirung der Produktionsmittel geht die Zusammenfassung der zersplitterten Kleinbetriebe in Riesenbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachsthum des Ertrags der menschlichen Arbeit. Aber alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisirt. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelstände — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz,

des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Das Privateigenthum an Produktionsmitteln ist ehedem das Mittel gewesen, dem freien Arbeiter den Besitz seines Produkts zu sichern. Heute ist dieses selbe Eigenthumsrecht zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriiren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel in gesellschaftliches Eigenthum und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion, kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht blos der Arbeiterklasse, sondern der gesammten Menschheit, die unter den heutigen Zuständen leidet. Aber diese Befreiung kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen. Das Proletariat ist die einzige Klasse, deren Interesse immer entschiedener auf dessen Aufhebung drängt, ein Bestreben, dem die immer rapidere Entwicklung der kapitalistischen Wirthschaftsweise wider den Willen der herrschenden Klassen die Wege bahnt.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei, der gegenüber alle anderen Parteien, weil sie auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen, eine reaktionäre Masse bilden.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der internationalen Solidarität des Proletariats voll bewußt und entschlossen, alle Pflichten zu erfüllen, die ihr daraus erwachsen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche

Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht blos die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Entsprechend diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Einführung des Proportional-Wahlsystems. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte gegen Einzelne, ausgenommen Unzurechnungsfähige.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk und Verantwortlichkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung, Recht der Steuerverweigerung.
3. Erziehung zu allgemeiner Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten durch ein internationales Schiedsgericht.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die Religion ist Privatsache. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als Privatvereinigungen zu betrachten
6. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen und gleiche Unentgeltlichkeit in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler, die Kraft ihrer Fähigkeiten für Ausbildung in denselben bestimmt werden.
7. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistands. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Entschädigung unschuldig Verurtheilter und unschuldig Verhafteter.

8. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.
9. Stufenweis steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer für die Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutz-Gesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstags.
   b) Verbot der gewerblichen Arbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern. Beseitigung der Gesinde-Ordnungen.
4. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

3. Entwurf der Genossen Albert Auerbach, Paul Kampffmeyer und Dr. H. Lux in Magdeburg.

Die Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln — Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Rohstoffe, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel — und deren Uebergang in den Alleinbesitz eines Theils der Gesellschaftsglieder hat geführt und führt noch zur Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen, die arbeitende und die besitzende.

In den Händen ihrer Aneigner sind die Produktionsmittel zu Mitteln der Ausbeutung geworden. Mit ihrer Hilfe machen sich die kapitalistischen Aneigner ganze Schichten von Kleinbauern und Kleinbürgern zins- und tributpflichtig.

Diese Bevölkerungsschichten, mit Hypotheken, Wechseln, Schulden überhäuft, verlieren mehr und mehr ihre Selbstständigkeit, schrumpfen zu bloßen Scheinbesitzern ihrer Produktionsmittel zusammen, und sind in Wahrheit nur Schuld- und Frohnknechte des Kapitals. — So entsteht eine täglich wachsende Armee wirthschaftlich abhängiger Lohnarbeiter und Kleinproduzenten. Diese wirthschaftliche Abhängigkeit ist die Grundlage der Knechtschaft in jeder Gestalt: des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmerung, der politischen Abhängigkeit.

Die Anhäufung des durch die Ausgebeuteten erzeugten Reichthums in den Händen der Ausbeuter — der Kapitalisten und Großgrundbesitzer — nimmt stetig zu; die Vertheilung des Arbeitsprodukts zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten wird immer ungleicher; die Zahl der Proletarier immer größer und ihre Lebenslage immer unsicherer. Immer mehr schwillt die Armee der überflüssigen Arbeiter an, immer schroffer wird der Klassengegensatz, immer erbitterter der Klassenkampf, welcher die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen erweitert sich, die allgemeine Unsicherheit wird zum Normalzustand der Gesellschaft.

Diesem Zustand kann nur die Umwandlung der Produktionsmittel in Gemeineigenthum ein Ende machen, ein Prozeß, für den die kapitalistische Gesellschaft selbst die materiellen und geistigen Bedingungen schafft.

Einmal erhält durch das Zusammenarbeiten von Hunderten und von Tausenden von Arbeitern die Arbeitsweise immer mehr sozialistisches Gepräge; weiter verdrängen die großen Unternehmungen immer mehr die kleinen Betriebe und führen so zu einer zentralistischen Vereinheitlichung der Produktion.

Die Großbetriebe beginnen sich zu großen Verbänden (Kartellen) zusammenzuschließen, und in ihrem Interesse die Produktion und den Verkauf der Produkte zu regeln. Ebenso untergräbt der Kapitalismus selbst seine sachlichen und persönlichen Grundlagen. Immer tiefer sinkt die Profitrate, der Zinsfuß herab, und hierdurch werden immer geringere Kreise von Kapitalisten für die Aufrechterhaltung des Kapitalismus interessirt. Ferner schwindet stetig die persönliche Bedeutung des Kapitalisten als Leiter und Führer der Produktion. Die Leitungsarbeit übernehmen nach und nach kaufmännisch und wissenschaftlich gebildete Arbeiter (Direktoren, Ingenieure 2c.) uud der Kapitalist wird zum bloßen Profitanhäufer; so vor allem in den modernen Aktiengesellschaften. —

Zugleich mit diesen wirthschaftlichen Umwälzungen gestalten sich die geistigen Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft um. Neue Verkehrs- und Lebensformen wachsen aus dem Boden der Gesellschaft heraus.

Der gesellschaftliche Arbeitsprozeß, die Gemeinsamkeit der Befriedigung individueller Bedürfnisse in der Gesellschaft, der Zusammenschluß der Arbeiter in wirthschaftlichen und politischen Kämpfen erzeugen sozialistische Gefühle und Empfindungen.

Andererseits schwinden bei der Enteignung der großen Volksmassen die alten Eigenthumsvorstellungen.

Die Arbeiter werden aller Produktionsmittel entblößt, sie verfügen nur noch über die nothwendigsten Unterhaltsmittel; der Eigenthumssinn verliert so seine materielle Grundlage.

Selbst zwischen dem kapitalistischen Eigenthümer und seinem Eigenthum werden alle vertrauten Beziehungen zerrissen. Für den Kapitalisten stellt das Eigenthum nur noch eine Kapitalmasse dar, die sich bald in Grundstücke, bald in Werthpapiere und Hypotheken verwandelt.

Die anzustrebende Produktion durch und für die Gesellschaft wird jedoch keineswegs durch den sogenannten Staatssozialismus, das System der Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken, erfüllt, weil dieses System den Staat an die Stelle des Privatunternehmers setzt, und damit die Macht der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung des Arbeiters in einer Hand vereinigt.

Die Verwandlung der kapitalistischen Produktion in die gesellschaftliche, und damit die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, weil alle übrigen Klassen und Parteien auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen, und trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, doch die Erhaltung und Stärkung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse kann daher nur ein Klassenkampf sein, und muß durch gewerkschaftliche und politische Organisation geführt werden. Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten, ihm sein naturnothwendiges Ziel, die Vergesellschaftlichung der Produktion zu zeigen: das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen; mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern; die Befreiung der Arbeiterklasse ist daher nicht eine nationale, sondern eine internationale Aufgabe, an der die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassen-

bewußten Arbeitern aller übrigen Länder, und ist entschlossen, alle ihr hieraus erwachsenden Pflichten zu erfüllen.

Die Sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. In diesem Befreiungskampfe verficht die Sozialdemokratie als die Vertreterin nicht blos der Lohnarbeiter, sondern der Ausgebeuteten und Unterdrückten insgesammt, alle Forderungen ꝛc., welche die Lage dieser ausgebeuteten Volksklassen verbessern und sie zugleich ihrer endgiltigen Befreiung aus den Banden ökonomischer und politischer Knechtschaft näher führen. Dieses Ziel können aber die proletarischen Gesellschaftsklassen nur durch die Eroberung der politischen Macht erreichen. Zu diesem Zweck muß die Sozialdemokratie die Beseitigung aller politischen Schranken anstreben, welche geeignet sind, das Proletariat in seinem Befreiungskampfe zu hindern, muß sie auf die planmäßige Demokratisirung der ganzen Gesellschaft hinwirken. Daher fordert sie:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Einjährige Legislaturperioden. Einführung des Proportional-Wahlsystems. Festsetzung der Wahlen und Abstimmungen auf einen Sonn- oder Feiertag. Entschädigung für die gewählten Vertreter.
2. Direkte Antheilnahme des Volks an der Gesetzgebung mittelst des Vorschlags- und Verwerfungs-Rechts. Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Jährliche Steuerbewilligung. Recht der Steuerverweigerung.
3. Abschaffung aller Gesetze, welche der freien Meinungsäußerung und dem vollen Recht der Vereinigung und Versammlung entgegenstehen.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in allgemein- wie privatrechtlicher Beziehung dem Mann unterordnen.
5. Abschaffung der stehenden Heere. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.
6. Beseitigung des bevormundenden Einflusses der Kirche, daher
   a) Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken.
   b) Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in allen öffentlichen Bildungsanstalten.

7. Die Demokratisirung der Rechtspflege
   a) durch vom Volk selbst geübte Rechtsprechung und die Wahl der Richter durch das Volk;
   b) durch die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege. (Entschädigung der unschuldig Verurtheilten und Verhafteten.)
8. Stufenweis steigende Einkommen-, Kapital- und Erbschaftssteuer für die Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche nur den Interessen einer bevorzugten Minderheit dienen.

Um aber die Arbeiterklasse in diesem ihrem Befreiungskampfe körperlich und geistig zu stärken, und um ihr ferner den nöthigen Spielraum zur Entfaltung ihrer Kräfte zu geben, fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutz-Gesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstags;
   b) Verbot der gewerblichen Arbeit für Kinder unter vierzehn Jahren;
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen;
   d) eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter;
   e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeiterkammern;
3. Gleichstellung der kaufmännischen, landwirthschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern;
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts;
5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich, mit voller Selbstverwaltung aller dieser Anstalten durch die Arbeiter.

4. Entwurf des Genossen J. Stern in Stuttgart.

Die sozialen Uebel der Gegenwart, von welchen am schwersten die proletarischen Lohnarbeiter betroffen werden und neben ihnen der städtische und ländliche Mittelstand, Kleinhandwerker, Klein-

geschäftsleute, Kleinbauern, haben ihre Ursache in der individualistischen Gesellschaftsordnung, d. h. darin, daß die Arbeitsmittel (Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel) Monopol der Kapitalistenklasse sind.

Seit dem Auftreten der Dampfmaschine als Produktionsmittel ist die individualistische Gesellschaftsordnung für die unteren Gesellschaftsschichten zur Quelle größten sozialen Elends geworden, aber auch in den oberen Gesellschaftskreisen wirkt sie verheerend und zerstörend in materieller wie idealer Hinsicht. Große Proletariermassen sind beschäftigungslos geworden (industrielle Reservearmee), und die Zahl der Beschäftigungs- und Existenzlosen schwillt immer mehr an. Hand in Hand damit wurde die Abhängigkeit der Arbeiterklasse von der Kapitalistenklasse immer größer und wurden die Arbeitsbedingungen (Lohn, Arbeitszeit rc.) für die Arbeiter immer schlechter. Das Kleinhandwerk wird von der Fabrik, der Kleingeschäftsmann vom Großhandel, der Kleinbauer vom Großgrundbesitz und vom Produktenhandel erdrückt und ruinirt.

In der Kapitalistenklasse selbst wüthet der Konkurrenzkampf immer heftiger, mit der Wirkung, daß die Kleineren von den Größeren und diese wiederum von den Industriekartellen und Handelsringen ruinirt und aufgesaugt werden. Riesenreichthümer sammeln sich in den Händen Weniger an, während die Anderen immer mehr in Bedrängniß kommen und proletarisirt werden. Schwere, immer länger andauernde Krisen, verhängnißvoll für Kapitalisten wie für Arbeiter, erschüttern die allgemeine Wohlfahrt und machen allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft.

Das ganze Erwerbsleben hat sich zum unheimlichen, wilden Kampf Aller gegen Alle gestattet, welchem viele Tausende zum Opfer fallen und durch welchen die ideale Kultur schwer geschädigt wird.

Die Maschinenproduktion hat aber andererseits durch größere Ausbeute der Natur und bessere Verwerthung der Naturprodukte den Arbeitsertrag oder den gesellschaftlichen Reichthum derart gesteigert, resp. kann derselbe durch sie derart gesteigert werden, daß Niemand zu darben braucht, sondern alle Gesellschaftsglieder durch mäßige Arbeit ein genügendes Auskommen haben und der mannigfaltigen Güter der Kultur theilhaftig sein könnten.

Die Befreiung der Arbeiterklasse und der Gesellschaft überhaupt von den sozialen Uebeln erfordert daher die Verwandlung der individualistischen, der zwerghaften Produktionsweise früherer Epochen entsprechenden Gesellschaftsordnung in die sozialistische, d. h. Uebergang sämmtlicher Arbeitsmittel (s. o.) aus dem Besitz Einzelner in Gemeineigenthum der Gesellschaft und planmäßige Regelung der gesammten Produktion durch die Gesellschaft für sämmtliche Gesellschaftsglieder.

Durch diese Zentralisation der Produktion, für welche der Kapitalismus selbst die Uebergangsform bildet, wird nicht etwa eine neue Klassenherrschaft begründet, sondern es werden die Klassenunterschiede und Klassenprivilegien überhaupt aufgehoben. Durch sie wird die weitgehendste politische Freiheit und soziale Gleichheit, gleiche Rechte und gleiche Pflichten, unter voller Berücksichtigung individueller Verschiedenheiten verwirklicht. Und indem sie die materielle Wohlfahrt der Gesellschaft außerordentlich steigert, ist sie zugleich von höchst wohlthätigem Einfluß auf sämmtliche Zweige der Kultur.

Die sozialistische Gesellschaftsordnung kann nur durch die zur selbstständigen politischen Partei organisirten Arbeitermassen, d. h. durch die Sozialdemokratie, auf dem Wege des politischen Klassenkampfs verwirklicht werden.

Im Gegensatz zu sämmtlichen anderen Parteien, welche trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich doch die Erhaltung und Stärkung der bestehenden Gesellschaftsordnung zum gemeinsamen Ziel haben, erstrebt demgemäß die Sozialdemokratie den demokratischen Sozialismus.

Die Interessen der Arbeiterklasse und die sozialen Uebel überhaupt sind in allen Ländern die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt verketten sich die sozialen Geschicke der Völker immer enger und werden immer abhängiger von einander. Die Verwirklichung der sozialdemokratischen Ziele ist daher nicht eine nationale, sondern eine internationale Aufgabe, an der die Menschen, speziell Arbeiter aller Länder gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Neben dem demokratischen Sozialismus und zugleich um diesem ihrem Endziel immer näher zu kommen, erstrebt die Sozialdemokratische Partei politische und soziale Freiheit und Gerechtigkeit innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung. Sie tritt daher für nachstehende Forderungen ein:
(Folgt der praktische Theil wie im Entwurf des Parteivorstands.)

Anträge zum ersten Theil des Entwurfs des Parteivorstands.

Es beantragen:

Die Genossen in Liegnitz,

vor den Anfang: „Die Trennung der Arbeiter ꝛc.“, zu setzen:

„Die durch Raub, Volksbetrug und Usurpation entstandenen Ungleichheiten in den gesellschaftlichen Anrechts- und Besitzverhältnissen der zivilisirten Nationen haben relativ und absolut mehr und

mehr eine solche Größe erreicht, daß diese Verhältnisse im vollkommenen Widerspruch mit den Rechtsanschauungen der Völker und mit der Höhe der Kultur stehen, welche die menschliche Entwicklung bis jetzt gezeitigt hat. Insbesondere hinsichtlich der Produktion hat die Trennung der Arbeitenden von" *rc.* nach dem Entwurf, wobei das Wort „hat" hinter „Gesellschaftsgliedern" zu streichen ist.

Die Parteigenossen in Stettin:

In Absatz 1, zweite Zeile, hinter „Werkzeuge" noch das Wort „Rohstoffe" einzuschalten.

Walther May und Hermann Trilse in Leipzig:

In Absatz 2 neben der geistigen auch die körperliche Verkümmerung zu erwähnen.

Hermann Trilse:

In Absatz 3 in der zweiten Zeile statt „Kapitalist" „Großkapitalist" zu sagen.

In Absatz 4 die zwei letzten Zeilen zu streichen, resp. zu setzen: — — — „daß die Klasse der Aneigner der gesellschaftlichen Arbeitsmittel keine Fähigkeit zur wirthschaftlichen und politischen Führung besitzt, noch je besessen hat."

Dr. Benedikt Friedländer in Berlin:

Die Absätze 4—6 zu fassen wie folgt:

„Das stetige Anwachsen des auf Ausbeutung fremder Arbeit beruhenden arbeitslosen Renten-Einkommens der besitzenden Klasse bedeutet ökonomisch steigende Armuth und zunehmende Konsum-Unfähigkeit der Massen und erzeugt so den immer ärger werdenden Zustand der Absatzstockung und wirthschaftlichen Krise. Diesem Zustand, der von Tag zu Tag unerträglicher wird, und der Vernunft sowohl, wie der Gerechtigkeit Hohn spricht, durch Beseitigung seiner Ursachen ein Ende zu machen, und die Befreiung der Arbeiterklasse zu erringen, ist das Ziel und die Aufgabe der revolutionären Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt daher mit allen dem natürlichen Rechtsbewußtsein entsprechenden Mitteln die Abschaffung des arbeitslosen Renteneinkommens (d. h. des Zinses, der Grundrente und des Unternehmerprofits), was nur durch Umwandlung der Arbeitsmittel — Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel — in Gemeineigenthum der Gesellschaft und durch Umwandlung der privatkapitalistischen Produktion in sozialistische Produktion geschehen kann."

Die Parteigenossen des IV. Reichstags-Wahlkreises in Berlin:

In Absatz 6 erste Zeile hinter „demgemäß" einzuschalten: „mit allen dem Rechtsbewußtsein des Volks entsprechenden Mitteln die Umwandlung u. s. w."

Die Parteigenossen in Liegnitz:

Im Absatz 6 in der vierten Zeile hinter „in sozialistische Produktion" anzufügen: „und zwar stellt sie in dieser Beziehung folgende Forderungen:

a) Beseitigung aller Freiheit des Handels mit Grund und Boden; Oberbestimmung der Gesammtheit über den gesammten Landbesitz mit immobilem Zubehör,

b) Aufhebung alles Zinsenwesens und aller Rechte auf kapitalistische Ausbeutung der städtischen und ländlichen Arbeit mittelst Umwandlung aller städtischen wie ländlichen Arbeits- und Verkehrsbetriebe in Genossenschaften mit demokratischer Organisation,

c) Regelung und Organisation der gesammten Arbeits-, Erwerbs-, Handels- und Verkehrsangelegenheiten durch Gesetze und Ueberführung aller wichtigen Arbeits- und Verkehrszweige und des gesammten Vertriebs- und Vertheilungswesens in unmittelbare, gesammtheitliche (staatliche, kommunale), demokratisch organisirte Verwaltung,

d) Aufhebung aller privatunternehmerischen und individuellen Rechte auf Bestimmung der Verkaufspreise,

e) Beseitigung aller naturwidrigen Ungleichheiten der Besoldung und Lohnung, der Honorare, Gehälter, oder wie immer der dem Einzelnen zufließende Antheil am Gesammteinkommen der Gesellschaft heißen mag,

f) Aufhebung aller Vorrechte der Geburt, des Mehrbesitzes, des Amts oder Berufs und der Konfession in Angelegenheiten der Lohnung und der Arbeitszeit."

Die Worte des Entwurfs: „eine Umwandlung ꝛc." bis „verwirklicht wird" sind zu streichen.

Der II. pfälzische Parteitag, abgehalten im Juli d. J. in Speyer:

Den Absatz 7 zu streichen.

v. Vollmar in Soiensaß:

Dem Absatz 7 folgende Fassung zu geben: „Die wirthschaftliche Befreiung ist untrennbar von der politischen Freiheit."

Im Absatze 8 die drei letzten Zeilen zu streichen.

Hermann Trilse in Leipzig:

Im 8. Absatz zu sagen: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der politisch und gewerkschaftlich organisirten Arbeiterklasse sein" u. s. w.

Walther May in Leipzig:

Dem Absatz 8 folgende Fassung zu geben:

„Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, der gegenüber alle anderen Klassen und

Parteien nur eine reaktionäre Masse sind, indem sie alle auf dem Boden des Kapitalismus stehen" ꝛc.

v. Vollmar:

Dem Absatz 9 folgende Fassung zu geben:

„Die Befreiung der Arbeiterklasse ist eine soziale Aufgabe, an welcher die Arbeiter aller Länder mit kapitalistischer Produktionsweise betheiligt sind. Die deutsche Sozialdemokratie ist sich des dadurch bedingten internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle hieraus erwachsenden Pflichten zu erfüllen."

Walther May:

Im Absatz 10 in der zweiten Zeile an Stelle des Worts „und" hinter dem Komma zu setzen „also".

Hermann Trilse:

Im Absatz 10 in der ersten Zeile das Wort „neun" zu streichen.

Die Liegnitzer Genossen:

Den 11. Absatz zu streichen und an dessen Stelle zu setzen: „Zum Zweck der Ueberführung der gegenwärtig bestehenden Produktions- und Rechtsverhältnisse in die einer sozialdemokratischen Gesellschaftsorganisation tritt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gegenwärtig für folgende Forderungen ein."

Anträge zum zweiten Theil des Entwurfs des Parteivorstands.

Hugo Landé in Elberfeld beantragt:

Der Parteitag wolle der zweiten Hälfte des Parteiprogramms folgende Fassung geben:

„II. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert deshalb:

1. Sozialisirung der vorhandenen Großbetriebe (in Landwirthschaft, Industrie, Handel und Verkehrsgewerbe) Expropriation der Eigenthümer beziehungsweise Unterdrückung der Staatsschuld.
2. Expropriation des städtischen Grundeigenthums.
3. Wahl sämmtlicher Beamten durch das Volk und auf Zeit.
4. Auflösung des stehenden Heeres; Bewaffnung aller Waffenfähigen, Formirung derselben nach kommunalen Verbänden unter selbstgewählten Führern.
5. Einheitsschule mit theoretischem und praktischem gewerblichen Unterricht.
6. Erhaltung aller Arbeitsunfähigen (Invalide, Kranke, Greise, Kinder, Schwangere) durch die Gesellschaft.

III. Im Interesse der friedlichen Entwicklung fordert die Sozialdemokratische Partei die Minderung der herrschenden politischen und wirthschaftlichen Unterdrückung der Arbeiterklasse durch sofortige Durchführung folgender Maßnahmen:

1. Allgemeines gleiches, direktes und geheimes Wahl- und Stimmrecht in Reich, Staat und Gemeinde. Proportional-Wahlsystem. Die Wahltage sind Feiertage. Entschädigung der Gewählten.
2. Wie 8 des Entwurfs. Einjähriger Militärdienst. Oeffentlichkeit des Militär-Strafverfahrens. Verweisung aller nicht militärischer Vergehen sowie der Dienstvergehen gegen Untergebene vor Zivilgerichte.
3. Wie 5 des Entwurfs.
4. Wie 4 des Entwurfs.
5. Berufung in allen Strafsachen. Entschädigung der unschuldig Verurtheilten und Verhafteten. Verweisung der politischen und Preßprozesse vor Geschworne. Bildung der Liste der Geschwornen durch öffentliche Wahl. Entschädigung der Gewählten.
6. Obligatorischer Besuch der Volksschule. Vermehrung der Zahl der Lehrer, Verbesserung ihrer Vorbildung und Erhöhung der Gehälter. Obligatorischer Fortbildungsunterricht bis zum 18. Jahr.
7. Wie 10 des Entwurfs.
8. Die Schutzforderungen des Entwurfs, darunter:

   Zu 5. Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Zeit der Arbeitslosigkeit und auf die Familienglieder der Arbeiter;

   ferner 6. Gesetzliche Festsetzung erhöhter Armenpflege, Recht auf Armenpflege. Abschaffung der an die Unterstützung geknüpften politischen Nachtheile."

Zu Ziffer 1 beantragen:

v. Vollmar: „Allgemeines, gleiches, unmittelbares Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller mündigen Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Einführung der Proportional-Vertretung. Festsetzung der Wahlen und Abstimmungen auf einen Sonn- oder Feiertag. Entschädigung für die gewählten Vertreter."

Parteigenosse P. in Berlin: Für Einführung des Proportional-Wahlsystems zu setzen: „Einführung eines Wahlsystems, nach welchem jede abgegebene Stimme Geltung haben soll, — des Proportional-Wahlsystems."

Heinr. Vogel in Dresden folgenden Zusatz: „Des aktiven

und passiven Wahlrechts gehen nur wegen gemeiner Verbrechen in Untersuchungs- oder in Strafhaft befindliche Personen verlustig."

Die Parteigenossen in **Bielefeld** und **Augsburg** „die Aufnahme der Forderung zweijähriger Legislaturperioden".

Die Parteigenossen in **Zeitz** die Forderung „einjähriger Wahlen."

Die Parteigenossen in **Altona** und **Kant** in **Rostock** „Proklamirung des Wahltags zu einem Feiertag".

Die Genossen in **Bromberg**: „Alle Wahlen sollen am Sonntag stattfinden."

Zu Ziffer 2 beantragen:

Die Genossen in **Köln** und **Bernau**: „Beibehaltung der bisherigen Programmforderung in Bezug auf die direkte Gesetzgebung durch das Volk."

Die Genossen **Stadthagen**, **Berlin**, **H. Vogel**, **Dresden** und **Kant**, **Rostock**: „die Wahl aller Beamten durch das Volk und die zivilrechtliche und strafrechtliche Verantwortlichkeit der Beamten für von ihnen begangene Handlungen und Unterlassungen."

Zu Ziffer 3 beantragen:

Die Genossen in **Bernau**, **Iserlohn**, des III. **Hamburger** Wahlkreises, sowie **Hermann Trilse**, **Arthur Stadthagen** und **Kant**: „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk."

Die Genossen des IV. **Berliner** Wahlkreises und der II. **pfälzische Parteitag**: „Abschaffung des stehenden Heeres. Erziehung zu allgemeiner Wehrhaftigkeit." Streichung der Ziffer 7.

v. **Vollmar**: Die Worte „Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts" zu ersetzen durch: „Schlichtung internationaler Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege."

Zu Ziffer 4 beantragt:

Hermann Trilse den Zusatz: „Abschaffung aller der Humanität widersprechenden Strafanwendungen."

Zu Ziffer 5 beantragen:

Die Genossen in **Stuttgart** Streichung der Ziffer 5.

v. **Vollmar**: „Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen Zwecken. Die religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu behandeln, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig ordnen."

Die Genossen in **Bromberg** und **Tuttlingen** Beibehaltung des alten Programmsatzes: „Erklärung der Religion zur Privatsache."

Arthur Stadthagen den Zusatz: „Trennung der Kirche vom Staat und Erklärung der Religion zur Privatsache."

Zu Ziffer 6 beantragen:

Die Parteigenossen in **Köln**: „Unentgeltlicher wissenschaftlicher Unterricht in den Volksschulen und allen Bildungsanstalten. Un-

entgeltlichkeit der Lehrmittel; Unabhängigkeit der Lehrer. Ausschluß der religiösen Lehren und Uebungen."

Die Genossen des IV. Berliner Wahlkreises und der Klub „Süd-Ost" in Berlin: „Weltliche Erziehung der Jugend durch Staat und Kommune. — Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in allen öffentlichen Bildungsanstalten."

Die Genossen in Iserlohn: Statt „Weltlichkeit der Schule zu setzen: „Abschaffung der Religion aus allen öffentlichen Schulen."

v. Vollmar: „Weltlichkeit aller öffentlichen Schulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel. Schulpflicht für Volks- und Fortbildungsschule bis zum 14. bezw. 18. Jahr. Unterhalt bedürftiger Kinder aus öffentlichen Mitteln."

H. Vogel: „Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der einheitlichen öffentlichen Volksschule. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel an diesen und an allen höheren Bildungsanstalten."

Louis Stöckel, Fabrikweber, Netzschkau: „Vollständige (leibliche und geistige) Erziehung auf Kosten der Gesammtheit in einer Schule, die zu besuchen alle eine bestimmte Zeit verpflichtet, sowie auf Grund ihrer Fähigkeiten ohne Unterschied des Geschlechts, bis zu den höchsten Klassen berechtigt sind. Lehrweise und Lehrstoff der Schule sind stets mit den jeweiligen Ergebnissen der Wissenschaft in Uebereinstimmung zu bringen."

Arthur Stadthagen den Zusatz: „Die Zugänglichmachung aller Unterrichtsanstalten Allen."

Zu Ziffer 8 beantragen:

Die Genossen in Zeitz folgende Fassung des zweiten Satzes: „Rechtsprechung durch vom Volk gewählte und vom Volk absetzbare Richter —, Entschädigung unschuldig Inhaftirter, Verurtheilter und Angeklagter —, Haftbarmachung der Beamten für die durch ihre Schuld entstandenen Fälle."

Die Genossen des III. Hamburger Wahlkreises den Zusatz: „Entschädigung für unschuldig Inhaftirte und Verurtheilte. Oeffentliches Verfahren bei den Militärgerichten."

Die Genossen in Altona, Bromberg, Stuttgart, Weißenfels, Weimar und des I. Hamburger Wahlkreises, sowie Kant-Rostock den Zusatz: „Unschuldig Verurtheilte und in Untersuchungshaft gezogene Personen sind vom Staat zu entschädigen."

Die Genossen in Chemnitz den Zusatz: „Volle Verantwortlichkeit aller öffentlichen Behörden und Richter, sowie volle Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurtheilter."

Arthur Stadthagen den Zusatz: „Aufhebung des Anwaltzwangs und Entschädigung für unschuldig Angeklagte, Verhaftete oder Verurtheilte."

Heinrich Vogel den Zusatz: „Strenge Durchführung der Rechtsgleichheit für alle Klassen von Staatsbürgern."

v. Vollmar den Zusatz: „Haftbarkeit der Beamten für die Gesetzlichkeit ihrer Handlungen und für schuldbare Irrthümer. Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe."

Zu Ziffer 9 beantragen:

v. Vollmar: „Gesetzliche Sicherung einer auskömmlichen Armenpflege und Ueberweisung derselben an größere Landesverbände. Abschaffung der an die Armenunterstützung geknüpften Entziehung politischer Rechte."

Heinrich Vogel: „Unentgeltliche Besorgung der ärztlichen Hilfeleistungen, der Heilmittel und, wenn nöthig, auch der Stärkungsmittel durch das Reich." — „Dauernde Ueberwachung der Wohnungen seitens angestellter Aerzte, sowohl in Bezug auf ihren gesundheitlichen Zustand, wie auf die Zahl ihrer Bewohner."

Zu Ziffer 10 beantragen:

v. Vollmar: „Eine einzige stufenweise steigende Einkommensteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche den Interessen einer bevorzugten Minderheit zu dienen bestimmt sind. Ausgiebige Besteuerung der Erbschaften, welche im Maße abnehmender Verwandtschaft zu steigen hat."

A. Stadthagen: Statt „stufenweis steigende Einkommen-, Kapital- und Erbschaftssteuer" zu setzen: „stufenweis unter Berücksichtigung der Art des Erwerbs steigende Einkommensteuer."

Die Genossen in Stuttgart beantragen, im zweiten Theil des Programms die Forderung aufzunehmen: „Der Staat hat, ohne Beeinträchtigung der politischen Rechte, allen Nothleidenden aus Staatsmitteln ausreichenden, den heutigen Kulturverhältnissen entsprechenden Unterhalt zu gewähren."

Genosse P. in Berlin beantragt Aufnahme der Forderung: „Einführung des Zonentarifs für Eisenbahnfahrten nach der sozialen Idee der Entdecker."

Anträge zum dritten Theil des Entwurfs des Parteivorstands.

Zu 1a beantragen:

v. Vollmar: „Festsetzung eines den jeweiligen Produktionsbedingungen entsprechenden und mit deren Entwicklung sich vermindernden Normal-Arbeitstags."

Die Genossen in Bernau und des III. Hamburger Wahlkreises: „Ein den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechender Normal-Arbeitstag."

Der zweite Pfälzische Parteitag: „Festsetzung eines achtstündigen Maximal-Arbeitstags."

C. Wendt in Penzlin: „Einführung eines Normal-Arbeits-

tags, dessen Dauer die Gesundheit der Arbeiter in keiner Weise schädigt und die Produktion mit den Bedürfnissen der Bevölkerung so viel als möglich in Einklang bringt. Eine tägliche Arbeitszeit von höchstens acht Stunden erscheint zur Zeit in den meisten Geschäftsbranchen für vollkommen ausreichend."

Zu 1b beantragen:

Die Genossen des III. Hamburger Wahlkreises: „Verbot der gewerblichen und ländlichen Arbeit für Kinder unter 14 Jahren."

Die Genossen des I. und II. Hamburger Wahlkreises den Zusatz: „und aller der weiblichen Konstitution unzuträglichen Frauenarbeit."

Hermann Trilse: „Verbot aller den Organismus schädigenden Kinderarbeit unter 14 Jahren." — Ferner Aufnahme eines Passus, in welchem die wirthschaftliche Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann klar und bestimmt ausgedrückt wird.

Der Klub „Süd-Ost" und Arthur Stadthagen in Berlin: „Für Kinder von 14—18 Jahren darf die Arbeitszeit höchstens 6 Stunden betragen."

Zu 1d beantragen:

Die Genossen in Iserlohn: „die Ruhepausen auf 40 Stunden festzusetzen."

P. in Berlin: „Statt „für jeden Arbeiter" zu sagen: „für jeden für Lohn, Gehalt oder Kost Arbeitenden."

Zu 1e beantragt:

v. Vollmar: „Auszahlung des vollen Lohns in Baar und in festzustellenden kürzesten Fristen."

P. in Berlin beantragt weiter aufzunehmen: „f) Regelung der Lehrlingsfrage, namentlich der Kaufleute, um der gewerbsmäßig gewordenen Ausnutzung von Lehrkräften vorzubeugen."

Zu Ziffer 2 beantragen:

Die Genossen des I. Hamburger Wahlkreises hinter Arbeitskammer hinzuzufügen: „welche aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen hervorgehen."

Der Klub „Süd-Ost" in Berlin: in der ersten Zeile hinter „Arbeitsverhältnisse" zu setzen: „insbesondere Hausindustrie."

Zu Ziffer 3 beantragen:

v. Vollmar: „Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern: Beseitigung der Gesinde-Ordnungen."

Der Klub „Süd-Ost" in Berlin den Zusatz: „Gleicher Lohn der männlichen und weiblichen Arbeiter, wenn sie gleiche Arbeit verrichten."

Zu Ziffer 5 beantragen:

Die Genossen des III. Hamburger Wahlkreises den Zusatz: „Staatliche Unterstützung bei Arbeitslosigkeit."

Zum dritten Theile beantragte weiter:

Richard Bizinsky, Leipzig: Es soll ausgesprochen werden,

daß alle Sonderbestimmungen für Handlungsgehilfen im gewerblichen Leben mit aufgehoben werden.

A. Stadthagen beantragt: „Zum Schutz der persönlichen Freiheit des Arbeiters die Aufhebung aller Bestimmungen, welche für den Fall der Nichtinnehaltung des Arbeitsvertrags seitens dessen, der seine Arbeitskraft verdingt hat, Nachtheile für den Arbeiter festsetzen."

Die Genossen in Bielefeld beantragen Aufnahme folgender Forderungen: „Regelung der Gefängnißarbeit in der Weise, daß in denselben nur für den eigenen Bedarf gearbeitet wird."

Die Genossen in Weimar: „Verbot der die freien Arbeiter schädigenden industriellen Zuchthaus- und Gefangenenarbeit."

Anträge zur Organisation.

Der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Württembergs beantragt die Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in § 7 wie folgt abzuändern: „Ein Parteitag hat in der Regel alle 2 Jahre stattzufinden; die Einberufung desselben erfolgt durch die Parteileitung."

Die Genossen in Köln beantragen, das Prinzip der direkten Gesetzgebung in die Partei-Organisation einzufügen.

Die Genossen in Wandsbeck beantragen, den § 9, Abs. 1 des Statuts unserer Partei-Organisation dahin abzuändern, daß die Wahl der Delegirten zum Parteitag auf proportionaler Grundlage erfolgt, und zwar in der Weise, daß bis zu 5000 Wähler in einem Wahlkreis nicht mehr als einen Delegirten zu wählen haben, von 5—10 000 zwei, weiter aber nur die höchst zulässige Zahl von drei Delegirten. Das letzte Wahlresultat der Reichstagswahlen ist maßgebend bis zur folgenden Wahl für die Entsendung der Delegirten.

Presse.

Die Parteigenossen in Zwickau beantragen: „Zur Gründung jedes neuen Parteiorgans ist die Genehmigung der Parteileitung erforderlich. Alle anderen Beschlüsse einzelner Landesversammlungen sind dadurch aufgehoben."

Die Genossen in Dortmund, Lüdenscheid, Württemberg, Berlin I und Leipzig beantragen: „Das Parteiprogramm soll, mit einem kurzen parteigeschichtlichen Ueberblick, sowie mit allgemein verständlichen Erläuterungen des Programms versehen, gedruckt und zum Zweck der Massenverbreitung als Agitationsschrift zum Betrage der Herstellungskosten abgegeben werden."

Die Genossen des I. Berliner Wahlkreises beantragen: „Um dem Einwand zu begegnen, die Berliner Genossen hätten keinen Einfluß auf unser Organ; um weiter den auswärtigen Genossen den für sie interesselosen Inhalt des Organs, als die Lokallisten, Sprechsaal-Notizen, einen großen Theil der Geschäfts- und

Vereinsannonzen, Berichte u. s. w. zu ersparen, wird der Vorstand beauftragt, wenn möglich eine Theilung des Zentralorgans „Vorwärts" zu bewirken, dergestalt, daß der erste Theil das eigentliche Zentralorgan bildet, wogegen der andere Theil die Berliner Parteipresse darstellt. Das Zentralorgan bleibt unter der Kontrolle des Parteivorstands, der andere Theil unter dem Einfluß der Berliner Genossen."

„Der Parteitag möge sich dahin erklären, daß die Organe der Partei angehalten werden, Annonzen von schwindelhaften Abzahlungsgeschäften, Leihhaus-Ausverkäufen u. s. w. keine Aufnahme zu gewähren; besonders aber dann die Aufnahme zu verweigern, wenn die einzelnen Gewerkschaften, deren Interessen hierdurch geschädigt werden, bei der Preßkommission, welcher das betreffende Blatt unterstellt ist, dagegen Einspruch erheben."

Koppe in Rixdorf beantragt: „a) Das Abonnement des „Vorwärts" pro Quartal auf 3 Mark festzusetzen; b) die Versammlungs-Anzeigen für Arbeiter-Versammlungen (politische und gewerkschaftliche) um 50 pCt. zu verbilligen."

Die Genossen in Tuttlingen: „Das Partei-Organ „Vorwärts" (Berliner Volksblatt) soll vom 1. Janur 1892 ab abermals eine Ermäßigung des Abonnementspreises erfahren."

Die Genossen in Dortmund: „a) Der Parteitag wolle beschließen, daß es Pflicht eines jeden Parteiblatts ist, einem jeden anderen Parteiblatt ein Pflichtexemplar gratis zu überweisen. b) Der Parteitag wolle beschließen, daß der „Vorwärts" jedem Parteiblatt zwei Pflichtexemplare überweist und zwar eins zur Verwendung bei Herstellung der Partei-Organe und eins zum Einreihen in die Bibliothek der Redaktion. c) Der Parteitag wolle beschließen, daß der Redaktion eines jeden Parteiblatts seitens der Parteileitung eine Handbibliothek gratis zur Verfügung gestellt wird und zwar derart, daß diese Handbibliothek Eigenthum der Partei bleibt und im Falle Eingehens eines Parteiblatts an die Parteileitung zurückzuliefern ist."

Die Genossen in Breslau und Dortmund: „Da die Sozialdemokratie eine ihrer edelsten Aufgaben damit erfüllt, durch gute, den Volksklassen zuzuführende Lektüre die Menschheit für eine bessere Zukunft zu erziehen, möge der Kongreß beschließen, den befähigten Mitgliedern der Partei es zur Pflicht zu machen, ein Augenmerk mehr wie bisher darauf zu richten, daß eine Jugendliteratur zu Stande kommt, welche in unterhaltender Weise, dem Wesen der Kindheit entsprechend, den Geist und das Fühlen der Jugend zu Gunsten des Sozialismus weckt und bildet. Wir beantragen, dieses Unternehmen dadurch zu organisiren, daß eine Kommission ernannt wird, welcher die Pflicht obliegt, dafür zu sorgen, daß nach Möglichkeit Literatur in diesem Sinne geschaffen, resp. daß solche in anderer Sprache erscheinende Werke in unsere Landessprache übersetzt und diese Literatur agitatorisch der Jugend zugänglich gemacht wird."

Die Genossen des III. Berliner Wahlkreises und Oskar Kamenz in Berlin: „Den Parteitag dazu aufzufordern, einen der Partei entsprechenden Partei-Agitationsfonds anzulegen. Derselbe soll ausschließlich dazu geschaffen werden, um faßliche und rein sozialistische Broschüren an die ländlichen Arbeiter gratis vertheilen zu können; nur allein dadurch ist es möglich, das ländliche Proletariat zum Sozialismus zu bringen."

G. Semmler in Lunzenau: „Der Parteitag soll den Parteivorstand beauftragen, einen „Literarischen Wegweiser" herauszugeben."

Agitation.

Die Genossen in Karlsruhe beantragen: „Alle Wahlkreise, in denen die Lage der arbeitenden Bevölkerung eine zu schlechte ist, um die Wahl- und Agitationskosten selbst aufbringen zu können, sind materiell von der Partei zu unterstützen. Außerdem sollen vom Parteivorstand gewandte Redner der Reichstags-Fraktion zu größeren Agitationstouren in das Land geschickt werden, und zwar mit besonderer Berücksichtigung von Süddeutschland."

Die Genossen in Bromberg: „a) Der Parteitag möge beschließen, den Genossen von Bromberg zur Erleichterung der schon ohnehin schweren Agitation jährlich eine materielle Unterstützung zu gewähren. Die Höhe derselben wird durch den Vorstand der Partei, sowie durch den eventuellen Wunsch der Genossen des Wahlkreises bestimmt. b) Für eine unbestimmte Zeitdauer wird eine regelrechte mündliche Agitation vorgenommen, und zwar durch einen Agitator, welcher womöglich der polnischen Sprache mächtig ist."

Parlamentarische Thätigkeit.

Der II. Pfälzische Parteitag beantragt: „Der Parteitag wolle unsere Fraktion beauftragen, im Reichstag die Verstaatlichung des Getreidehandels zu beantragen."

Der Klub „Süd-Ost", Berlin: „a) Die Sprache des Programms mehr gemeinverständlich und weniger kathedermäßig zu gestalten. b) Um die Genossen vor Mißbrauch des Mandats zu schützen, den Abgeordneten ein gebundenes Mandat zu ertheilen. c) Ueberall danach hinzustreben, daß den Beschlüssen der Parlamente resp. der Landtags- und Gemeinde-Vertretungen auch volle Geltung verschafft werde und so das wirkliche parlamentarische Recht zur Geltung kommt."

Drewes in Ottensen: „Der Kongreß wolle die Reichstags-Abgeordneten ersuchen, bei erster Gelegenheit im Reichstag die Erbauung von Asylen für Obdachlose in jeder größeren Stadt zu beantragen."

Die Genossen in Rendsburg: „Die Reichstags-Abgeordneten zu beauftragen, dahin zu wirken, daß allen Erwerbslosen aus Staatsmitteln ausreichender, den heutigen Kulturverhältnissen entsprechender Unterhalt gewährt werde, ohne Beeinträchtigung ihrer politischen Rechte."

Bericht des Partei-Vorstandes.

Nachdem der Parteitag in Halle eine neue Organisation für die sozialdemokratische Partei geschaffen und mit Durchführung derselben uns beauftragt hatte, sind wir sofort nach Schluß des Parteitags an die Ausführung der uns gewordenen Aufgabe herangetreten.

Der Parteitag in Halle wurde am 18. Oktober geschlossen und bereits am 21. Oktober fand die Konstituirung des Parteivorstandes statt. An demselben Tage wandten wir uns an die Parteigenossen im Reiche mit der Aufforderung, zur Wahl von Vertrauensmännern für die einzelnen Orte und Kreise zusammenzutreten. Zugleich wurde die Drucklegung des Organisationsstatuts und des Programms in großen Auflagen angeordnet und durch Versendung derselben die Genossen in die Lage versetzt, sich mit den einzelnen Bestimmungen desselben vertraut zu machen.

Die Wahl und Anmeldung der Vertrauensmänner ging prompt vor sich und zeigte die Partei auch bei dieser Gelegenheit wieder, daß trotz der Hindernisse und Schwierigkeiten, welche das Sozialistengesetz im Gefolge hatte, und obgleich durch dasselbe alle formalen Verbindungen durchschnitten und eine zentralisirte Organisation unmöglich gemacht war, nach Beseitigung des Ausnahmegesetzes der Geist der Disziplin und Zusammengehörigkeit noch in alter Stärke in der Partei walte. Wenn ein Unterschied gegen früher sich zeigte, so war es nur der, daß aus hunderten von Orten, in welchen wir vor Erlaß des Ausnahmegesetzes im Jahre 1878 keine Verbindungen hatten, sich jetzt bereits in den ersten Wochen nach unserer Aufforderung die gewählten Vertrauensmänner meldeten.

Um die Vertrauensmänner und übrigen Parteigenossen mit dem Geiste der neuen Organisation vertraut zu machen und sie vor den Unannehmlichkeiten, welche Nichtkenntniß oder Nichtbeachtung vereinsgesetzlicher Bestimmungen in den einzelnen Staaten für den einzelnen Genossen sowohl wie für die Gesammtpartei im Gefolge haben könnten, zu bewahren, wurde seitens des Parteivorstandes eine Instruktion für die Vertrauensmänner ausgearbeitet, welche

als „Zirkular 1“ zur Versendung gelangte. Die in diesem Zirkular gegebenen Rathschläge fanden allgemeine Beachtung. Aufgabe der Vertrauensmänner ist es, sowohl Mittheilungen der Parteileitung entgegenzunehmen, als ihrerseits die letztere von dem Gange und Stand der Bewegung in den einzelnen Orten oder Kreisen zu unterrichten, die Agitation, soweit sie von der Zentralleitung aus betrieben wird, zu organisiren und besonders auch dafür zu sorgen, daß der Parteileitung die zu den Zwecken der Agitation und Unterstützung von den Parteigenossen gesammelten nothwendigen Mittel zugehen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben hat sich das System der Vertrauensmänner, wie es unsere Organisation vorsieht, in vollem Umfange bewährt.

Für die lokale Organisation haben die Genossen fast allerwärts die Form von Arbeiterwahlvereinen gewählt.

Eine früher in dem Umfange nicht gekannte Erscheinung sind die zahlreichen Provinzial- und Landesparteitage oder Konferenzen, welche unsere Genossen im Laufe des letzten Jahres abgehalten haben. In fast allen Provinzen oder Einzelländern des Reichs haben solche Parteitage resp. Konferenzen stattgefunden und ausnahmslos waren dieselben sehr gut von den Genossen des betreffenden Landstrichs besucht. Die Verhandlungen dieser Provinzialtage erstreckten sich naturgemäß in erster Linie auf das Gebiet der Agitation, zu deren Leitung und Förderung entweder Landeskomites eingesetzt oder die Genossen bestimmter größerer Orte damit betraut wurden.

Die Thatsache, daß solche Provinzialtage so zahlreich und überall stattfanden, erklärt sich wohl aus dem Umstande, daß angesichts des Wachsthums der Partei und der ihr folgedessen gestellten größeren Aufgaben der alle Jahre stattfindende allgemeine Parteitag wohl für die Bestimmung der allgemeinen Richtschnur, nach welcher die Partei marschirt, ausreicht, daß aber zur Verständigung der Genossen über die Art und Weise der Durchführung der Parteiaktionen in den einzelnen Landestheilen ein Nähertreten der Provinzgenossen nothwendig ist. Besonders der Umstand, daß unsere Partei, entsprechend der Zunahme ihres Einflusses auf die öffentlichen Angelegenheiten der einzelnen Länder wie der größeren Gemeinwesen, sich immer mehr an den Wahlen zu den Einzellandtagen wie auch an den Gemeindekollegien betheiligt, hat die Nothwendigkeit der Landes- und Provinzialtage im Gefolge gehabt. So selbstverständlich es ist, daß in allen Fragen prinzipieller und taktischer Natur dem allgemeinen Parteitag die für die Partei maßgebende Entscheidung vorbehalten bleiben muß, so richtig ist es auch, daß die Parteikämpfe entsprechend den Besonderheiten der einzelnen Länder und unter Berücksichtigung des in denselben geltenden Rechtes durchgeführt werden müssen.

Zwar hat der Parteitag in Halle wie auch alle seine Vorgänger sich für die Theilnahme an den Wahlen, sowohl des Reichs- als auch der Landtage und der Gemeindevertretungen ausgesprochen. Aber die deutschen Einzelstaaten weisen eine wahre Musterkarte von Wahlsystemen auf und deshalb muß die Entscheidung darüber, ob unsere Genossen in einen Kampf, sei es um Sitze in der Landesvertretung oder im Gemeindekollegium, eintreten wollen, ihnen selbst überlassen bleiben. Diese Entscheidungen zu treffen und zugleich dafür zu sorgen, daß ein gemeinsames, planmäßiges Vorgehen stattfinde, die Beschaffung der Mittel und die Regelung der Agitation dafür, das ist eine Aufgabe, welche nur durch Provinzial- oder Landesparteitage vollständig gelöst werden kann.

Diesen Aufgaben sind diese Zusammenkünfte bisher auch in weitem Maße gerecht geworden und ist dadurch ein wesentliches und wichtiges Glied in den Rahmen unserer Organisation eingefügt worden.

Was die Bestimmungen unserer Organisation betrifft, so spricht für die Zweckmäßigkeit derselben wohl am besten der Umstand, daß während des letzten Jahres fast keine Klagen über Mängel der Organisation aus den Reihen der Partei laut wurden, wie auch kein einziger, am Prinzip der Organisation rüttelnder Vorschlag sich unter den diesjährigen Anträgen an den Parteitag befindet. Dabei war der Verkehr zwischen dem Parteivorstand und den Genossen der einzelnen Parteiorte ein ungemein reger, wie sich schon aus der Thatsache ergiebt, daß in der Zeit vom 1. November 1890 bis 30. September 1891 beim Sekretariat der Partei 3227 Briefe und Postkarten eingingen, während vom Sekretariat 3634 Briefe und Karten versandt wurden. Die eingegangenen und versandten Kreuzbandsendungen, welche ebenfalls nach Tausenden zählen, sind in den vorstehenden Ziffern nicht mit aufgeführt.

* * *

Neben der Durchführung der Organisation war vom Parteivorstand vor allem die Regelung der Agitation, sowohl der mündlichen als auch der schriftlichen durch Flugblätter, Broschüren ꝛc., in's Auge zu fassen.

Was die mündliche Agitation durch Versammlungen betrifft, so sind auf diesem Gebiete sehr weitgehende Anforderungen aus fast allen Theilen des Reichs an die Parteileitung gestellt worden. Wir sind uns wohl bewußt, daß wir nicht allen diesbezüglich laut gewordenen Wünschen haben gerecht werden können. Der Grund hierfür liegt aber weniger an dem Mangel guten Willens seitens der Parteileitung, allerwärts agitiren zu lassen, als daran, daß ge-

eignete Agitationskräfte nicht immer zur Verfügung standen oder daß die Genossen nur bestimmte Personen verlangten. Was in letzterer Beziehung an einzelne bekannte Redner unserer Partei für Anforderungen gestellt werden, geht weit über das Maß des Zulässigen hinaus. Die Genossen vergessen nur zu oft, daß jeder unserer beliebteren Redner entweder einen bürgerlichen Beruf oder ein die volle Arbeitskraft in Anspruch nehmendes Amt in der Partei zu erfüllen hat, wodurch die Möglichkeit, in Versammlungen aufzutreten, eingeschränkt wird. Dazu kommt die physische und geistige Anstrengung, welche mit jeder Versammlungsrede verknüpft ist, wodurch allein schon ein gewisses Maßhalten geboten wird.

Die vielfach laut gewordenen Klagen über mangelnde Agitation dürfen wohl auch zum großen Theil auf das Konto des großen Eifers der Genossen gesetzt werden, für die Ausbreitung der Partei zu wirken. Insofern sind aber selbst diese Klagen und Beschwerden als eine erfreuliche Erscheinung unseres Parteilebens zu bezeichnen, indem sie für den Thatendrang und Agitationseifer der Genossen Zeugniß ablegen.

In Wirklichkeit hat auch eine ungemein rührige und umfassende Agitation durch Versammlungen stattgefunden. Zwar hat die Parteileitung davon abgesehen, wie dies vor dem Erlasse des Sozialistengesetzes eingeführt war, eine Anzahl redegewandter Genossen als ständige Agitatoren anzustellen. Dieses System hat mancherlei Mißstände mit im Gefolge gehabt und wurde auch seiner Zeit nur um deswillen beibehalten, weil es damals vielfach in ganzen Provinzen an Personen fehlte, deren soziale Stellung so unabhängig war, daß sie ihre Zeit, wenn nothwendig, der Partei zur Verfügung stellen konnten. Dieses Verhältniß hat sich jetzt insofern zu Gunsten der Partei geändert, als die Zahl der sozialdemokratischen Preßorgane sich bedeutend vermehrt hat und unter den an denselben beschäftigten Personen sich fast immer einer oder mehrere Genossen befinden, welche des Wortes mächtig und zur Agitation in Versammlungen geeignet sind. Für diese Agitation sind auch seitens der Parteileitung an eine Anzahl geeigneter Genossen regelmäßige Zuschüsse bezahlt worden, und wird es sich im Interesse einer regen Agitation empfehlen, diese Einrichtung immer mehr auszubilden.

Eine besonders lebhafte Agitation ist auch von Seiten der Mitglieder der Reichstagsfraktion entfaltet worden. Abgesehen davon, daß dieselben alle der Berichterstattung in ihren Wahlkreisen oblagen, sind von einer ganzen Anzahl von Abgeordneten, auf Anregung des Parteivorstandes, auch größere Agitationstouren durch Deutschland unternommen worden.

Dem von oppositioneller Seite in der Partei laut gewordenen Verlangen, die Abgeordneten sollten statt in den Reichstag zur Agitation auf's Land hinausgehen, ist seitens der Parteileitung und

der Reichstagsfraktion allerdings nicht entsprochen worden. Die hier verlangte Vernachlässigung der Pflichten eines Abgeordneten würde nur unseren politischen Gegnern willkommen gewesen sein, einmal weil sie dadurch die ihnen lästige Kontrolle im Reichstag los würden, und dann weil ihnen dieses Verhalten unserer Abgeordneten einen willkommenen Vorwand zur Anschuldigung unserer Partei bei den indifferenten Wählermassen gäbe. Diese Massen für uns zu gewinnen, ist aber eine der Aufgaben der Agitation. Nun ist es Thatsache, daß die Berichte über die Parlamentsverhandlungen auch in jenen Kreisen gelesen werden, welche entweder zu gleichgiltig sind oder keine Gelegenheit haben, in eine sozialdemokratische Volksversammlung zu kommen. Durch eine rege und energische Vertretung der Interessen des arbeitenden Volkes im Reichstage wird also der agitatorische Zweck, welchen die in unseren Reihen befindlichen Gegner der parlamentarischen Thätigkeit anstreben, in vollem Umfange erreicht, ohne den Gegnern den billigen Vorwand der Pflichtvernachlässigung gegen uns an die Hand zu geben.

* * *

Der vorjährige Parteitag hat speziell auch sein Einverständniß damit erklärt, unsere **Agitation** auch auf die **Proletarier des flachen Landes** auszudehnen.

Dieser Anregung folgend hat der Partei-Vorstand im Dezember vorigen Jahres bereits einen Aufruf an alle jene Genossen erlassen, welche sich zu schriftstellerischen Leistungen auf dem Gebiete der ländlichen Arbeiterfrage für befähigt halten, solche Arbeiten an uns einzusenden oder über deren Abfassung sich mit uns in's Einvernehmen zu setzen.

Der Erfolg dieses Aufrufes war, daß uns eine große Menge von Arbeiten über das vorerwähnte Thema zugingen. Darunter befanden sich besonders reichlich kleinere Mittheilungen und Notizen über persönliche Erlebnisse, Lohn- und Wohnungsverhältnisse rc. von Landproletariern selbst. Die gegnerische Presse und besonders die auf dem Lande verbreiteten amtlichen Organe der Landräthe hatten von unserem Aufrufe Notiz genommen, indem sie ihren Lesern zuriefen: „Hütet Euch, der Sozialdemokrat kommt!“ Gerade diese Warnung erzielte aber das Gegentheil von dem, was mit ihr beabsichtigt war. Zahlreiche Einsender von Notizen und Mittheilungen bezogen sich auf die Warnung im landräthlichen Organ und benützten die dort angegebene Adresse des Parteivorstandes, um uns gegenüber ihr Herz auszuschütten. Die Sichtung, Ordnung und Ausarbeitung des eingegangenen Materials erwies sich schließlich als eine so umfängliche Arbeit, daß der Parteivorstand beschloß,

mit derselben einige mit der Materie vertraute Genossen zu beauftragen, in deren Händen sich die Arbeit noch befindet. Die Verschiedenartigkeit der Agrarverhältnisse in Deutschland und die dadurch wieder bedingte verschiedene Lebenslage des Landproletariats hat eine getrennte Behandlung des Gegenstandes nach Provinzen und Landestheilen nothwendig gemacht. Sobald die Arbeiten druckfertig sind, soll deren Veröffentlichung erfolgen.

Viel verlangt wurden gerade für die ländlichen Distrikte leicht faßliche und gemeinverständliche Flugblätter. Seitens der Parteileitung konnte diesem Verlangen nur in sehr beschränktem Maße nachgekommen werden und zwar um deswillen, weil es an solchen geeigneten Flugblättern fehlte, deren Beschaffung von einer Zentralstelle aus sich auch als unmöglich erwies. Wenn solche Flugblätter den gewünschten Zweck erreichen sollen, dann müssen sie bis zu einem gewissen Grade einen lokalen oder doch provinziellen Ton tragen. Dieselben müssen anknüpfen an die Anschauungen, Lebensgewohnheiten und Leiden derjenigen Arbeiterbevölkerung, unter der sie verbreitet werden sollen. So richtig es ist, daß der Landproletarier des Ostens ebenso ein Opfer der Profitgier des Kapitals ist und unter der Ausbeutung desselben leidet, wie der Industriearbeiter des Westens, so geht diese Ausbeutung doch unter wesentlich verschiedenen Formen vor sich. Diese Verschiedenartigkeit der Proletarierleiden bedingt aber auch eine Verschiedenartigkeit der Sprache und der Behandlung in Flugblättern und ähnlichen Agitationsschriften.

Hier müssen die Landes- und Provinzial-Komites in Zukunft eingreifen und das Fehlende zu beschaffen suchen. Die Parteileitung kann nur mit Gewährung von pekuniären Mitteln nachhelfen, was in einer Reihe von Fällen bisher auch schon geschehen ist.

* * *

Außer der allgemeinen Agitation hat die Partei im Laufe des letzten Jahres ihre Kräfte in einer Reihe von **Wahlkämpfen** zu erproben gehabt. An Reichstagswahlen war die Partei betheiligt bei den Nachwahlen in den Wahlkreisen Würzburg, Sonneberg, Geestemünde, Kassel, Tilsit und Memel. In allen diesen Wahlkämpfen fiel zwar der Sieg den gegnerischen Parteien zu, aber nicht, ohne daß ihnen unsere Genossen denselben sauer genug machten. In Sonneberg verdanken die Freisinnigen ihren Sieg nur der Unterstützung der Nationalliberalen und dem weiteren Umstande, daß noch auf Grund der alten Wähler-Listen abgestimmt wurde. In Kassel gingen schließlich Freisinnige, Konservative und Antisemiten einträchtig Hand in Hand, um dem Nationalliberalen zum Mandat zu verhelfen.

Es zeigte sich hier die „eine reaktionäre Masse“ in hellster Beleuchtung, und selbst ein angesehenes Organ der Linksliberalen meinte von diesem Bündniß, es wäre „die politische Unsittlichkeit in der Potenz, wenn es — nicht der einzige vernünftige Ausweg gewesen wäre.“ Vernünftig natürlich vom Bourgeoisstandpunkt aus, welcher in klassenbewußten Arbeitern den Todfeind sieht, zu dessen Bekämpfung sich im gegebenen Falle selbst Eugen Richter und Böckel die Hand reichen, wobei Stöcker den Segen dazu giebt.

Bei den Wahlkämpfen im XIX. hannöverschen Wahlkreise und in den Kreisen Tilsit und Memel war die Möglichkeit eines Wahlsieges für uns von vornherein ausgeschlossen. Wenn die Partei im ersteren Kreise doch erhebliche Anstrengungen machte, so geschah dies speziell in Rücksicht darauf, daß dort der gewesene Reichskanzler Bismarck sich um das Mandat bewarb und in dem Falle die Partei-Ehre es gebot, dem „Vater des Ausnahme-Gesetzes gegen die Sozialdemokratie“ den Sieg so schwer als möglich zu machen. Dieser Zweck ist auch so vollständig erreicht worden, daß der von bezahlten oder überspannten Speichelleckern als „größter Staatsmann aller Zeiten“ gefeierte Reichskanzler a. D. erst in der Stichwahl, und zwar gegen den von unserer Partei aufgestellten „Cigarrenarbeiter“ zum Mandat gelangen konnte.

Die Wahlen in Tilsit und Memel brachten für unsere Kandidaten einen so bedeutenden Stimmenzuwachs gegen die letzten allgemeinen Wahlen, daß das Geschwätz der Gegner vom „Rückgange der Sozialdemokratie“ von da ab elend verstummte.

Sehr beachtenswerthe Erfolge hat die Partei in verschiedenen Ländern bei den Landtagswahlen erzielt. Im Großherzogthum Hessen sind die beiden Mandate in Mainz bei der Neuwahl behauptet und ein weiteres Mandat im Landbezirk Offenbach dazu gewonnen geworden. Ebenso sind Sitze durch unsere Genossen in Baden und in Meiningen erobert worden, so daß auch in die Landesvertretungen dieser Staaten zum ersten Male Genossen unserer Partei eintreten.

* * *

Daß diese Erfolge erzielt wurden und der Boden für neue weitere Erfolge vorbereitet ist, das verdanken wir in erster Linie der unermüdlichen Thätigkeit unserer Genossen allerwärts. Soweit aber die Parteileitung dazu beitragen konnte, hat sie es an Unterstützung nicht fehlen lassen, wie die Genossen aus dem nachstehenden Kassenbericht ersehen, in dem unter den Ausgaben diejenigen Posten, welche der Agitation dienten, den Löwen-Antheil einnehmen.

Kassenbericht.

A. Einnahmen der Parteikasse vom 1. Oktober 1890 bis 30. September 1891.

Im Monat:	Insgesammt		Von den gesammten Einnahmen entfielen auf: Freiwillige Beiträge		Zinsen		Schriften-Ueberschuß		Ueberschuß des „Vorwärts“		Vermischte Einnahmen		Rückzahlung v Darlehne		Kassenbestand	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1890																
Oktober . . .	12 118	75	10 972	50	406	55	538	20	—	—	201	50	—	—	7 184	20
November . .	28 517		18 046	50	549	10	—	—	9 951	40	—	—	—	—	—	—
Dezember. . .	6 859	—	6 361	50	472	50	—	—	—	—	—	—	25	—	—	—
1891																
Januar . . .	31 341	10	19 920	45	1 998	65	300	—	9 097	—	—	—	25	—	—	—
Februar . . .	5 807	05	5 342	05	360	—	—	—	—	—	30	—	75	—	—	—
März	9 042	55	8 617	55	—	—	—	—	—	—	—	—	425	—	—	—
April	23 920	25	11 501	70	100	—	—	—	8 141	55	—	—	4 177	—	—	—
Mai	12 929	25	10 832	95	71	30	—	—	2 000	—	—	—	25		—	—
Juni	15 900	85	13 140	85	735	—	—	—	—	—	—	—	2 025	—	—	—
Juli	30 519	80	18 775	45	—	—	—	—	9 719	35	—	—	2 025	—	—	—
August . . .	31 940	15	31 915	15	—	—	—	—	—	—	—	—	25	—	—	—
September . .	14 940	85	13 418	35	997	50	—	—	—	—	—	—	525	—	—	—
	223 866	60	168 845	00	5 690	60	838	20	38 909	30	231	50	9 352	00	7 184	20

	223 866,60 Mk.
Kassenbestand am 1. Oktober 1890	7 184,20 „
	231 050,80 Mk.

B. Ausgabe der Parteikasse vom 1. Oktober 1890 bis zum 30. September 1891.

Im Monat	Insgesammt		Von den genannten Ausgaben entfielen auf: Unterstützungen		Prozeß- und Gefängnißkosten		Allgemeine Agitation		Wahl-Agitation		Reichstagskosten		Schriftendruck		Verwaltungs-Ausgaben		Vermischte Ausgaben		Darlehne		Zuschuß für Gazeta Robotnicza		Zuschuß für Elsaß-Lothring. Volks-Zeitung	
	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.
1890																								
Oktober . . .	6194	90	1208	—	30	—	1406	50	600	—	—	—	—	—	1950	40	—	—	1000	—	—	—	—	—
November . .	6286	5	557	50	253	45	2500	50	1120	—	137	—	—	—	1717	60	—	—	—	—	—	—	—	—
Dezember . .	12768	25	915	—	1268	75	3920	40	61	10	2050	—	500	—	1653	—	—	—	2400	—	—	—	—	—
1891																								
Januar . . .	14345	65	813	50	368	—	2648	75	600	—	4000	—	75	—	1663	40	2	—	4000	—	175	—	—	—
Februar . . .	17212	45	665	—	736	40	3463	50	2840	10	3100	—	150	—	1052	85	—	—	4702	—	—	—	502	60
März	21638	50	662	—	519	55	1045	40	2178	5	1500	—	—	—	1833	50	—	—	1900	—	—	—	12000*	—
April	12045	55	700	—	98	95	1897	40	50	—	3200	—	—	—	1232	40	—	—	2900	—	1566	80	400	—
Mai	8553	—	1064	—	504	5	2243	—	—	—	1500	—	—	—	1041	95	—	—	—	—	—	—	2200	—
Juni	6147	50	540	—	350	—	1790	70	—	—	—	—	—	—	1116	80	50	—	2000	—	—	—	300	—
Juli	12611	55	727	—	148	—	1597	—	800	—	219	60	—	—	1425	30	—	—	6360	—	1034	65	300	—
August	6677	80	1485	—	899	80	2657	30	129	40	—	—	—	—	906	30	—	—	—	—	—	—	600	—
September .	10468	65	1412	—	800	40	6309	45	68	—	—	—	20	—	1258	80	—	—	300	—	—	—	300	—
	134949	85	10749	—	5977	35	31479	90	8446	65	15706	60	745	—	16852	30	52	—	25562	—	2776	45	16602	60

	134 949,85
Dazu kommt Ausgabe für Kapitalanlage	94 080,95
Kassenbestand am 30. September 1891	2 020,—
	231 050,80

*) Darunter 10 000 Mk. Kaution, die nach Landesgesetz zu leisten war.

Erläuterungen zu A. Einnahmen:

Schriftenüberschuß: Der Betrag von Mk. 838,20 entstammt noch einer Einrichtung aus der Periode vor der Aufhebung des Sozialistengesetzes. Der Schriftenvertrieb ist nunmehr auf die Buchhandlung „Vorwärts“ übergegangen, die für Rechnung der Parteileitung geführt wird.

Ueberschuß des Vorwärts: Die Ueberschüsse aus dem III. Quartal 1891 konnten noch nicht in Einnahme gestellt werden, weil die Abrechnung erst nach Schluß des Quartals im Oktober stattfinden konnte.

Erläuterungen zu B. Ausgaben:

Unterstützungen: Der Betrag von Mk. 10749 ist ausschließlich für Personen oder Angehörige von Personen verwendet worden, die in Folge ihrer Parteithätigkeit geschädigt oder gemaßregelt wurden.

Allgemeine Agitation: Unter der Summe von Mk. 31479,90 sind auch die Beihilfen inbegriffen, welche nothleidende Lokalblätter aus der Parteikasse erhielten.

Schriftendruck: Die Summe von Mk. 745,— wurde für Honorare verausgabt. Die Einnahmen aus dem Druck und der Verbreitung der betreffenden Schriften kommen der Buchhandlung „Vorwärts“ zu Gute.

Reichstagsausgaben: Die Diätenhöhe ist gegen früher insofern verändert worden, als der Satz für den Aufenthalt in Berlin pro Tag von 5 auf 6 Mk. erhöht wurde. Es wurde Klage geführt, daß der frühere Satz in Anbetracht der Aufwendungen, die erfordert würden, zu niedrig sei. An Wohnungsgeld werden für die Abgeordneten, die eine besondere Wohnung zu nehmen gezwungen sind, monatlich 25 Mk. gewährt. In der Höhe der Diäten besteht insofern eine Abstufung, als Fraktionsmitglieder, die ein eigenes Geschäft haben und in demselben durch ihre Abwesenheit geschädigt werden, statt 6 Mk. täglich 9 Mk. erhalten. In Berlin oder dessen nächster Umgebung wohnende Fraktionsmitglieder erhalten für den Tag, an dem sie einer Sitzung beiwohnen 3 Mk., und wenn sie geschäftlich geschädigt werden, 6 Mk. Eine Anzahl besser situirter Fraktionsmitglieder verzichtet auf Entschädigung. Diäten werden nur für die Tage der Anwesenheit in Berlin und die Reisetage bezahlt.

Verwaltungsausgaben: Die Ausgabe von Mk. 16852,30 enthält die Umzugskosten der Sekretäre, die Einrichtungskosten des Bureaus (Schreibtische, Regale, Sitzungstisch, Gasbeleuchtung 2c.), die Ausgaben für Miethe, Beleuchtung, Feuerung, Buchbinderlöhne, Zeitungsabonnements, Drucksachen, Portis und Telegramme. Ferner die Kosten für 2 Telephone und die Ausgaben für die Konferenzen der gesammten Parteileitung und die Gehälter der Vorstandsmitglieder.

An Gehalt werden monatlich bezahlt: für zwei Sekretäre

je 250 Mk., für 1 Hilfssekretär — dessen Anstellung sich nothwendig machte — 120 Mk., für den Kassirer 150 Mk., für die beiden Vorsitzenden je 50 Mk.

Auf Gesammtbeschluß des Vorstandes ist jedes Mitglied verpflichtet, das ihm bestimmte Gehalt anzunehmen, doch ist ihm unbenommen, in Form freiwilliger Beiträge an die Kasse ganz oder theilweise auf dasselbe zu verzichten, wovon Gebrauch gemacht wurde.

Darlehen: Unter den ausgeliehenen Darlehen befinden sich unter anderem 8000 Mk. Kautionsleistungen für verhaftet gewesene Parteigenossen, 4000 Mk. für eine Hypothek auf ein früher der Partei gehöriges Grundstück, die bereits wieder zurückgezahlt wurden, ferner 6000 Mk. an verschiedene in momentane Nothlage gekommene Lokalblätter.

Der vorstehende Kassenbericht giebt ein Bild über die finanzielle Leistungsfähigkeit der Partei. Der Bericht zeugt aufs Neue für den oft schon bewunderten Opfermuth der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft, doch umfaßt er noch lange nicht alle jene Summen, welche die zielbewußten deutschen Arbeiter zur Förderung ihrer sozialpolitischen Ideale, zur Vertheidigung ihrer Rechte und zu dem Zwecke des Kampfes für Verbesserung ihrer Lebenshaltung im letzten Jahre aufgebracht haben. Abgesehen von den Lokalausgaben für Parteiangelegenheiten, welche zusammengerechnet gewiß eine Summe ergäben, welche der unter den Partei-Einnahmen aufgeführten in Nichts nachstände, sei nur an die nahezu hunderttausend Mark erinnert, welche für den Maifonds aufgebracht wurden und welche ausschließlich auch aus jenen Reihen flossen, welche zur großen Armee der klassenbewußten Arbeiter gehören.

* * *

Das erste und wichtigste Agitationsmittel ist die **Presse.** Die Zahl der periodisch erscheinenden sozialdemokratischen Organe und der Gewerkschaftsblätter zeigt nachstehende Zusammenstellung für das 4. Quartal 1891, welche gleichzeitig den Stand der Parteipresse zur Zeit des Halle'schen Parteitages angiebt. — Es erscheinen:

Politische Blätter.

		1891	1890
Wöchentlich	sechsmal	27	19
„	dreimal	26	25
„	zweimal	6	6
„	einmal	10	10
	Zusammen	69	60

Dazu eine wöchentlich erscheinende wissenschaftliche Revue „Die Neue Zeit“, sowie ein ebenfalls wöchentlich erscheinendes Unterhaltungsblatt „Der Gesellschafter“ und zwei alle 14 Tage erscheinende Witzblätter „Der wahre Jakob“ und „Der süddeutsche Postillon“.

Gewerkschaftsblätter:

	1891	1890
Wöchentlich dreimal	1	1
„ einmal	26	17
Monatlich dreimal	4	2
„ zweimal	20	20
„ einmal	4	2
Zusammen	55	42

Die vorstehende Aufstellung ergiebt, daß eine starke Vermehrung der Presse im Laufe des letzten Jahres nicht stattgefunden hat. Nur die Zahl der Tageblätter hat sich erheblich vermehrt. Diese Erscheinung erklärt sich aus der Thatsache, daß gegen Ende des Sozialistengesetzes die rigorosen Bestimmungen desselben gegen die Presse nicht mehr oder nur in sehr abgeschwächtem Maße zur Anwendung gebracht wurden und infolge dessen bereits zu jener Zeit in fast allen größeren Städten und Industriezentren Parteiblätter ins Leben gerufen wurden. Die Existenz dieser Blätter sicher zu stellen, hat an einzelnen Orten den Genossen bedeutende Opfer gekostet und wurden dieserhalb auch vielfach Anforderungen an die Parteileitung gestellt. In einigen besonders schwierig liegenden Fällen ist diesen Gesuchen auch entsprochen worden, im allgemeinen aber mußte es die Parteileitung, entsprechend dem Beschlusse des Hallenser Parteitags, ablehnen, zur Regelung der finanziellen Schwierigkeiten der Lokalblätter die allgemeinen Parteimittel zur Verfügung zu stellen.

Es darf hier konstatirt werden, daß in fast allen Fällen, wo zuerst die Hilfe der Partei gewünscht wurde, die Genossen der betreffenden Orte oder Provinzen die nothwendigen Mittel schließlich selbst aufbrachten. Auf alle Fälle aber haben die hier und da auftauchenden Schwierigkeiten bewiesen, wie richtig der vorjährige Parteitag gehandelt hat, als er in Bezug auf die Presse in einer Resolution den Parteigenossen empfahl:

> „bei Gründung von neuen Parteiblättern möglichst Vorsicht walten zu lassen und solche Unternehmungen unter keinen Umständen zu gründen, bevor sie nicht genau erwogen und sich überzeugt haben, daß die Möglichkeit für die Existenz des Unternehmens aus eigenen Mitteln gegeben, und daß vor allem auch die nothwendigen geistigen, technischen und administrativen Kräfte zur Leitung eines Blattes vorhanden sind."

Der Parteivorstand kann auf Grund der im letzten Jahre gesammelten Erfahrungen nur den Wunsch aussprechen, daß die in der vorstehenden Resolution aufgestellten Grundsätze von den Genossen auch weiterhin beachtet werden mögen.

Wie der Kassenbericht ergiebt, haben die auf Beschluß des Parteitages ins Leben gerufenen resp. auf Rechnung der Partei übernommenen Blätter für die polnischen Landestheile (Gazeta robotnicza) und die Reichslande (Elsaß-Lothr. Volkszeitung) erhebliche Zuschüsse erfordert. Angesichts der großen Arbeitermassen,

welche in den angeführten Ländern in Betracht kommen, und bei dem Umstande, daß in den Reichslanden in Folge der dort herrschenden Ausnahmegesetzgebung es den Genossen unmöglich gemacht ist, das Blatt aus eigenen Kräften zu halten, glaubt der Parteivorstand dem Parteitag empfehlen zu sollen, sich auch mit weiteren Zuschüssen einverstanden zu erklären. Dasselbe ist bei dem polnischen Blatte der Fall, für welches sich außerdem die Zuschüsse im laufenden Jahre erheblich verringern dürften.

* * *

Eine der ersten Aufgaben der Parteileitung war es nach ihrer Konstituirung, zur Förderung des Vertriebes und der Neuherausgabe der Parteiliteratur eine **Parteibuchhandlung** in's Leben zu rufen. Dieselbe führt den Titel: Buchhandlung „Vorwärts“ und hat der Geschäftsbetrieb derselben seit der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits einen bedeutenden Umfang angenommen, der sich noch immer mehr ausdehnt. Die Buchhandlung hat im Laufe des verflossenen Jahres, außer der „Maizeitung“, verschiedene ältere Parteischriften neu verlegt und sich auch mit der Herstellung neuer Verlagsartikel, namentlich der Herausgabe des Textes der Gewerbeordnungsnovelle und des Gesetzes betr. die Errichtung von Gewerbegerichten sowie einer Anzahl von Broschüren befaßt. Der Umsatz unserer Buchhandlung belief sich vom 1. Oktober v. Jahres bis 30. Juni d. J. auf 66000 M. und die Zahl der für den Verkauf hergestellten Druckschriften, ohne Hinzurechnung der „Maizeitung“ und abgesehen von der großen Auflage des Programms und der Organisation, beträgt annähernd 300000 Exemplare. Auf Veranlassung des Parteivorstandes erfolgt im Verlage unserer Buchhandlung eine Gesammtausgabe aller sozialpolitischen sowie sonstigen populären Schriften Ferdinand Lassalle's, welche in einer billigen Heftausgabe erscheint und es auch dem ärmsten Parteigenossen ermöglicht, sich in den Besitz dieser trefflichen Schriften zu setzen. Als glänzendes Zeugniß für den Bildungstrieb der Parteigenossen mag hier angeführt werden, daß die niedrigsten Auflagen der im „Vorwärts“ erschienenen Agitationsbrochuren 10000 betragen. Eine ganze Reihe dieser Auflagen sind nach wenigen Wochen bereits vergriffen gewesen und mußten erneuert werden. Das Protokoll über den Parteitag in Halle beispielsweise wurde in 40000 Exemplaren abgesetzt.

* * *

Nach einer Verständigung zwischen der Reichstags-Fraktion und dem Parteivorstand erschien von ersterer in Bezug auf die **Mai-Feier** am 4. Februar dieses Jahres ein Aufruf an die Parteigenossen, worin den deutschen Arbeitern empfohlen wurde, die Mai-Feier am ersten Sonntag im Mai zu begehen. Ueber diesen Vorschlag der Parteileitung und den Verlauf der Mai-Feier enthält der „Bericht der Sozialdemokratischen Partei zum internationalen Arbeiterkongreß in Brüssel“ folgende Angaben:

„Zu einer **Kundgebung im großartigsten Stile gestaltete sich** die Maifeier in diesem Jahre. Zwar war an eine Durchsetzung der Arbeitsruhe am 1. Mai angesichts der traurigen wirthschaftlichen Lage auch dieses Mal nicht zu denken. Die Reichstags-Fraktion gab deshalb die Parole aus, die Feier allgemein am ersten Sonntag im Mai zu begehen, ein Vorschlag, der auch allgemeine Billigung fand. Am ersten Mai fanden deshalb nur Volks- oder Arbeiter-Versammlungen statt, in denen Referate über die Bedeutung der Maidemonstration in Bezug auf den Achtstundentag und die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung erstattet wurden. Am Sonntag darauf aber wurde die Festfeier mit Umzügen — wo diese nicht polizeilich inhibirt wurden — und ähnlichen Demonstrationen begangen. Die Betheiligung der Arbeiterschaft war überall eine großartige. In Hamburg allein nahmen an dem Aufzug nach Schätzung gegnerischer Blätter 100 000 Menschen theil. Eine Festschrift, welche zur Maifeier erschien, wurde in der Auflage von einer halben Million abgesetzt."

* * *

Der Einladung zum **internationalen Arbeiterkongreß nach Brüssel** folgte unsere Partei mit Freuden und war dieselbe dort durch 40 Delegirte vertreten. Von Seiten des Parteivorstandes wurde, dem Beschlusse des Pariser Kongresses entsprechend, ein schriftlicher Bericht über den Stand der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland ausgearbeitet, der in deutscher, französischer und englischer Sprache in Brüssel zur Vertheilung gelangte und den wir den Vorlagen für den Parteitag beifügen. Die zahlreiche Beschickung des Kongresses und das große Interesse, mit welchem die Parteigenossen den Verhandlungen desselben folgten, sowie die allgemeine Zustimmung, welche die in Brüssel gefaßten Beschlüsse in unseren Reihen fanden, dürfen als ein neuer Beweis dafür angeführt werden, wie tief das Bewußtsein der Solidarität der Interessen der Arbeiter aller Länder in unseren Genossen wurzelt und wie sehr sie sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen sind, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen. Besonders hervorgehoben zu werden verdient der von echt brüderlichem Geist zeugende Empfang, welcher unseren Delegirten von den belgischen Genossen bereitet wurde, und der Parteivorstand glaubt im Sinne der sämmtlichen Delegirten sowie der Gesammtpartei zu sprechen, wenn er an dieser Stelle speziell unseren belgischen Parteigenossen für die Bethätigung ihrer brüderlichen Gesinnung wiederholt den aufrichtigsten Dank ausspricht.

* * *

Eine allgemeine **Agitation gegen die Kornzölle** wurde seitens des Parteivorstandes aus Anlaß der kolossal gestiegenen Getreidepreise und der Mißernte in Anregung gebracht. Dieselbe wurde von den Parteigenossen allerwärts mit großer Energie betrieben und in hunderten von Versammlungen Protest gegen die künstliche Vertheuerung der

nothwendigsten Lebensmittel zu Gunsten und Vortheil von ein paar tausend Großgrundbesitzern und einiger Kornwucherer erhoben.

* * *

Das mächtige Anwachsen der Partei und die Thatsache, daß derselben sich immer weitere Volkskreise anschließen, welche man noch vor wenigen Jahren für absolut unzugänglich für sozialdemokratische Ideen hielt, beunruhigt die herrschenden Klassen in immer höherem Maße. Der Glaube und das Vertrauen auf den Erfolg des „Kampfes mit geistigen Waffen“ ist dort längst geschwunden und so können wir die interessante Thatsache konstatiren, daß es Blätter und Angehörige jener sogenannten Ordnungs-Parteien, welche die Sozialdemokratie immer der Neigung zur Gewaltthätigkeit bezichtigen, waren, welche die Losung ausgaben: „Die sozialdemokratischen Agitatoren mit den Hunden aus den Dörfern zu hetzen und sie mit Dreschflegeln zu empfangen.“

Die Vorgänge in Eisleben, Spenge und Forst bei Aachen zeugen auch dafür, daß jene Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Eine andere Frage freilich ist es, ob es noch lange dauern wird, bis selbst polnische Arbeiter, wie in Eisleben, sich nicht mehr dazu hergeben werden, für Freibier und Schnaps über ihre aufgeklärteren Kameraden herzufallen und deren Versammlungen zu sprengen. Gerade aber solche Vorgänge müßten für unsere Genossen ein Sporn sein, diejenigen Arbeiterkreise, in denen man die Bestrebungen der Sozialdemokratie nur nach den Schilderungen der Tintenkulis der Profitgier oder verlogener Pfaffen kennt, aufzuklären und eines besseren zu belehren. Hier kann uns das Verhalten unserer Gegner als Muster dienen. Entblödet sich doch die liberal-konservative Presse nicht, den Anführer der Spenger Prügelgarde, den Pastor Iskraut, ob seines Treibens öffentlich zu loben.

Und das Rechtsgefühl des Staatsanwalts in Zeitz ist so zart besaitet, daß er die Bezeichnung „Prügelhelden“ für die aus Anlaß der Vorgänge in Eisleben wegen Landfriedensbruch in Untersuchungshaft genommenen Bergleute für eine so schwere Beleidigung erachtet, daß er um derentwillen gegen unseren Genossen Hoffmann in Zeitz Anklage wegen Beleidigung „im öffentlichen Interesse“ erhoben hat.

An Anklagen und Verfolgungen gegen unsere Genossen war das letzte Jahr überhaupt überaus reich, und beweist wohl nichts besser das Irrthümliche der Anschauung, als befänden wir uns wirklich unter einem „Neuen Kurs“, als nachfolgende Zusammenstellung der Geld- und Gefängnißstrafen, welche in den elf Monaten seit dem Parteitag in Halle gegen unsere Parteigenossen erkannt worden sind. Bemerkt sei dabei, daß diese Zusammenstellung auf Vollständigkeit durchaus keinen Anspruch machen kann. Die darin aufgeführten Zahlen sprechen aber auch in ihrer Unvollständigkeit deutlich dafür, daß auch ohne Ausnahmegesetz unser

„gemeines" Recht mehr als genügend Handhabung bietet, gegen die „Ausschreitungen der Sozialdemokratie" vorgehen zu können. Urtheile, wie sie gegen die streikenden Kohlenbergarbeiter in den rheinisch-westfälischen Bezirken oder gegen unseren Genossen Max Baginski in Schlesien gefällt worden sind, zeigen, was findige Richter und Staatsanwälte aus unseren Strafgesetz-Paragraphen zu machen vermögen.

Die Straftabelle ergiebt nach Monaten geordnet folgendes Bild:

Monat	Strafen in Gefängniß Jahre	Gefängniß Monate	Gefängniß Tage	Geldbuße Mark	Geldbuße Pfg.
November	6	2	—	347	—
Dezember	4	4	24	2624	—
Januar	17	6	29	2128	—
Februar	6	4	13	2278	50
März	15	—	6	2886	—
April	3	6	21	1450	—
Mai	10	—	4	1583	60
Juni	3	4	9	1288	—
Juli	3	2	10	1630	—
August	5	1	15	785	20
September	14	5	2	1302	—
In 11 Monaten zusammen	89	2	13	18302	30
Hiervon gehen ab in Folge Freisprechung oder Strafherabsetzung in den Entscheiden der Endinstanz	1	7	15	40	—
Mithin bleiben	87	6	28	18262	30

Mit Ausnahme von ein paar Fällen treffen diese Strafen ausschließlich Parteigenossen, alle aber stehen in engstem Zusammenhange mit der sozialdemokratischen, bezw. gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. So schwer diese Strafen den Einzelnen getroffen und in zahlreichen Fällen sogar zur Existenz-Vernichtung geführt haben, die Partei ist dadurch keinen Augenblick in's Wanken gebracht worden. Wo einer der Unseren aus der Reihe der Kämpfer gerissen wurde, trat ein anderer an die Stelle, und für jedes Opfer waren zehn und hundert Genossen bereit, in die Lücke zu treten. So war es in unserer Partei früher, so blieb es während der schweren Jahre des Ausnahmezustandes, so ist es heute und wird es bleiben, so lange die deutschen Arbeiter unter dem Banner der Sozialdemokratie den Kampf für die Befreiung des arbeitenden Volkes aus den Fesseln der politischen und wirthschaftlichen Knechtschaft führen werden. Die Begeisterung und der Opfermuth für unsere Sache haben uns bisher jedes Hinderniß überwinden helfen, diese Begeisterung und Hingabe verbürgen uns auch den Sieg.

Berlin, den 12. Oktober 1891.

Der Partei-Vorstand.

Die Anschuldigungen der Berliner Opposition.

(Zusammengestellt nach den Berichten des „Vorwärts".)

Aus den Berichten in unserer Parteipresse sind Sie davon unterrichtet, daß einige derjenigen Personen, welche bereits vor dem vorjährigen Parteitag in Halle, als sogenannte „Opposition" viel von sich reden machten und durch ihr Auftreten der gegnerischen Presse Stoff zu ihren Prophezeiungen über die bevorstehende Spaltung in unserer Partei lieferten, in den letzten Monaten sich wieder des gleichen Treibens befleißigten.

Obwohl auf dem Parteitag in Halle durch eine aus neun unparteiischen Delegirten zusammengesetzte Kommission alle Beschwerde- und Anklagepunkte der sogenannten Opposition auf das Eingehendste geprüft wurden und dem in Halle anwesenden Führer der Opposition, Buchdrucker W. Werner, bei den Verhandlungen der weiteste Spielraum und fast uneingeschränkte Redefreiheit gewährt wurde, so vermochten doch Werner und sein Anhang nicht in einem einzigen wesentlichen Punkte den Wahrheitsbeweis für ihre Anschuldigungen zu erbringen. Die Neuner-Kommission kam deshalb, nachdem sie tagelang alle Punkte auf das Genaueste untersucht und alle vorgeschlagenen Zeugen abgehört hatte, zu dem Schlußergebniß, daß:

> „In Anbetracht aller gegen Werner vorgebrachten Thatsachen der äußere Anschein nothwendig zur Annahme führen muß, daß Werner nicht würdig sei, unserer Partei als Genosse anzugehören, jedoch konnte sich die Kommission, nach eingehender Prüfung des vorliegenden Materials, nicht entschließen, einen Antrag auf Ausschluß zu stellen. Die Kommission gewann vielmehr, unter Zusammenfassung aller Punkte die Ueberzeugung, daß Werner weder das Taktgefühl noch die Fähigkeit besitzt, die Tragweite seiner Handlungsweise in Bezug auf die Wahrung der Interessen der Partei abzuwägen."

Trotz dieses für Werner geradezu vernichtenden Urtheilsspruches, dem der von 400 Delegirten aus allen Gauen Deutschlands besuchte Parteitag mit an Einstimmigkeit grenzender Majorität beitrat, hat Werner sein parteischädigendes Treiben nach

kurzer Pause wieder aufgenommen und befindet sich derselbe jetzt wieder an der Spitze der Opposition und ist einer ihrer Wortführer. Und dies thut Werner, obwohl er in Halle selbst erklärte (siehe Seite 69 des Protokolls über die Verhandlungen des Parteitags in Halle): „Wenn der Parteitag gesprochen, dann ist die Streitaxt begraben."

Angesichts dieses Treibens und der ungemeinen Schädigung, welche durch dasselbe unsere Partei besonders in der Provinz erleidet, hat sich der Parteivorstand genöthigt gesehen, unterm 11. September dieses Jahres an die Opposition die Aufforderung zu richten:

„ihre Anschuldigungen genau zu formuliren und unter Beifügung des nöthigen Beweismaterials dem Erfurter Parteitag zu unterbreiten."

Ob und in welchem Umfange die Opposition dieser Aufforderung dem Parteitage gegenüber nachkommen wird, ist uns zur Zeit nicht bekannt. An den Parteivorstand sowie an die Kontrolleure ist eine Anklage oder Beschwerde nicht eingegangen.

Unter diesen Umständen hält es der Parteivorstand für seine Pflicht, den Delegirten eine Sammlung aller jener Reden, in denen die Führer der Opposition ihre Anklagen vorbrachten, zu unterbreiten, damit erstere in der Lage sind, sich ein Urtheil zu bilden, einmal über die Beschwerdepunkte und dann vor Allem über die Form, in der dieselben in die Oeffentlichkeit getragen wurden.

Neben den Reden unterbreiten wir nachstehend den Delegirten auch das Flugblatt, welches von der Opposition gegen die Parteileitung herausgegeben ist. Außerdem bringen wir jene Reden und Zeitungsartikel von Abgeordneten, welche von der Opposition als Belege für ihre Anschuldigungen angeführt werden, zur Kenntniß der Delegirten.

Was die speziell von Werner und Wildberger behauptete Günstlingswirthschaft und Unterstützung von „Schmarotzern und Speichelleckern" anbelangt, so unterliegt die Kassenführung und Verwendung der Parteifonds der Prüfung des Parteitags. Hier hat jeder Delegirter das Recht und die Gelegenheit, sich durch persönlichen Einblick in die Kassenbücher von dem Grund oder Ungrund dieser schwersten Beschuldigung selbst zu überzeugen.

Bemerkt sei noch, daß bei der Wiedergabe der Vorgänge in den Versammlungen die Berichte des „Vorwärts" zur Grundlage genommen wurden.

Wir erwarten von den Delegirten, daß sie die Angelegenheit genau prüfen und dann diejenige Entscheidung treffen, welche die Gerechtigkeit, die Ehre und das Interesse der Partei erfordern.

* * *

Erste Versammlung im Feen-Palast am 3. Juli 1891.

Tagesordnung: Beschickung des Brüsseler Kongresses.

Der Referent R. Fischer kam auf die Maifeier zu sprechen und führte aus:

„Der Pariser Beschluß sollte nichts anderes bezwecken, als: Am 1. Mai soll in allen Ländern, unter Berücksichtigung der in den einzelnen Ländern herrschenden Verhältnisse, seitens der Arbeiter an die Behörden die Forderung des Achtstundentages und der Arbeiterschutz-Gesetzgebung, entsprechend den Pariser Beschlüssen, erhoben werden. Weiter wurde nichts beschlossen, über das Wie entschied jede Nation für sich. Redner schildert die Verhältnisse des Vorjahres, die Praktiken der Unternehmer und Behörden, die Hand in Hand gegen die Arbeiter gingen, und legt dar, warum angesichts dessen bei der wirthschaftlichen Krisis in diesem Jahre die Fraktion den Rath gab, die allgemeine Feier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen. Wie sehr sie damit den Interessen und der allgemeinen Auffassung innerhalb der Partei entsprochen habe (Unterbrechung), beweise die Thatsache, daß mit Ausnahme eines kleinen Theiles der Berliner Genossen (Widerspruch), denen ihre soziale Lage oder ihr Beruf die Feier des 1. Mai gestatteten (Widerspruch; Unruhe), die ganze Partei ihre Maifeier am 3. Mai abhielt. Hänge denn die Bedeutung der Feier am Tage oder liege die Bedeutung in der Thatsache, daß für diesen Gedanken die Arbeiterschaft der gesammten Kulturwelt ihren Willen einmüthig bekunde? (Beifall.) Redner erörtert, von Beifall und Widerspruch unterbrochen, wie die ganze Maifeier keine Willens-, sondern eine Machtfrage sei. Heute können die Arbeiter den Kampf auf ökonomischem Boden nicht aufnehmen; auf diesem Felde stehen die Arbeiter in heutiger Krisis waffenlos einem mit allen Waffen sozialer Uebermacht ausgestatteten rücksichtslosem Feinde gegenüber. Das politische Gebiet sei der Boden, wo die Arbeiterklasse zu Kraftproben bereit sei, die Schlachten für die soziale Befreiung schlage die Sozialdemokratie auf dem politischen Kampffelde. Redner zieht Vergleiche zwischen dem Resultate der vorjährigen Maifeier, die Hunderte von Genossen auf Jahre hinaus existenzlos gemacht, der Partei eine Niederlage zugezogen, die jede andere weniger stark organisirte auseinandergesprengt hätte, und dem der diesjährigen, welche, statt Hunderttausende zu kosten, ebenso viel eingebracht, um die Wunden der vorjährigen zu heilen."

Gegen diese Darlegung wandte sich zunächst Buchdrucker **Werner**, indem er ausführte:

„Der Referent habe zwar die internationale Solidarität gefeiert, aber es erscheine ihm dann nicht logisch, daß der Referent

dann gesagt habe, wir dürfen uns von anderen Nationen nicht vorschreiben lassen, wie wir den 1. Mai zu feiern hätten. Da wäre es doch gleich das Beste, zu erklären: „Der Pariser Beschluß, den 1. Mai als Feiertag zu begehen, ist in Deutschland nicht durchführbar, da dadurch Arbeiter gemaßregelt werden könnten.“ Wenn wir allerdings unsere Agitation von den Opfern, die damit verbunden sein könnten, abhängig machen wollen, dann haben wir auch kein Recht, unsere Prinzipien in fremde Gegenden zu tragen, denn die sich uns daselbst anschließenden Arbeiter sind stets in Gefahr, wirthschaftlich ruinirt zu werden. (Beifall und heftiger Widerspruch.) Dieses ewige Betonen der Existenzvernichtung führt schließlich dazu, daß die Sozialdemokratie eine reine Opportunitätspartei geworden ist. (Beifall und heftiger Widerspruch.) So hat auch die Fraktion, anstatt einfach den achtstündigen Normalarbeitstag zu fordern, wie es der Pariser Kongreßbeschluß verlangt, sich damit begnügt, zunächst den zehnstündigen, nach ein paar Jahren den neunstündigen und endlich von 1898 ab den achtstündigen Arbeitstag zu fordern. Ich bin der Meinung, daß wir von der heutigen Gesellschaft nichts zu erwarten haben. Wir haben deshalb einfach unsere Forderungen zu stellen und dürfen nicht darauf bedacht sein, kleinliche Verbesserungen zu erzielen. Wenn wir mit Opportunitätsgründen rechnen und bei allen Dingen ängstlich erwägen, welche Opfer damit verbunden sein könnten, dann unterscheiden wir uns nicht mehr von den reaktionären Parteien. (Beifall und heftiger Widerspruch.) Man ist allerdings in der sozialdemokratischen Partei bereits so weit gekommen, jede Opposition zu verpönen, und jede Opposition als kleinliche Nörgelei hinzustellen. Da ich es in einer Schuhmacherversammlung gewagt habe, die Rede Vollmar's anzugreifen, so wurde ich vom „Vorwärts“ und der Parteipresse in ärgster Weise angegriffen.

Diesen Darlegungen trat auch der Tapezierer Biester bei, derselbe erklärte: „Die sozialdemokratische Partei ist thatsächlich im Rückgange, der beste Beweis hierfür ist die Rede Vollmar's. (Beifall und heftiger Widerspruch.) Der revolutionäre Geist ist vollständig verschwunden. So lange das Sozialistengesetz bestand, hatte die Partei Bedeutung, heute ist sie eine lächerliche Partei geworden. (Stürmisches Oho! Beifall und Lärm.) (In einer Erklärung bestreitet Biester von einer „lächerlichen Partei“ gesprochen zu haben. Da eine Anzahl einwandsfreier Zeugen den Ausspruch gehört hat, so scheint Biester sein Gedächtniß in diesem Falle im Stich gelassen zu haben.) Die Partei ist eben eine parlamentarische Partei geworden, die bei allen Dingen genau die Opportunität im Auge behält. Wie dabei der sozialistische Staat in die alte Gesellschaft hineinwachsen soll, ist mir unerfindlich. (Beifall und Unruhe.)“

Nach Biester ergriff Bebel das Wort, welcher u. a. über die Taktik der Partei und die dagegen laut gewordenen Einwände sich wie folgt äußerte: „Man habe die gesammte Taktik der Partei in den Kreis der Erörterungen gezogen und die Sache so dargestellt, als gehe die Partei der Versumpfung entgegen. Dem müsse er entschieden entgegentreten. Die Taktik sei heute die gleiche, die sie stets gewesen ist, und der Parteitag habe noch im letzten Jahre mit allen gegen die Stimme des Herrn Werner — (Rufe: Genosse Werner!) — das sei seine Sache — gegen die Stimme des Herrn Werner die Haltung der Fraktion gebilligt. Die Partei sei nicht zurück- sie sei vorwärts gegangen und immer radikaler geworden. Das beweise die Literatur der Partei, das beweise der Beschluß, ein neues Parteiprogramm zu entwerfen und dieses werde an Klarheit und Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig lassen. Bewege sich die Partei vorsichtiger in der Form als früher, so sei dies die nothwendige Folge des Wachsthums der Partei. Eine Partei, die Millionen hinter sich hat, müsse vorsichtiger operiren, wie eine Sekte, die keine Bedeutung und keine Verantwortung habe. Die Partei sei in der Lage einer Armee, die gegen einen übermächtigen Feind kämpfe, dessen Stellung sie nicht im Sturme nehmen könne, ohne sich die Köpfe einzurennen. Sie müsse also Zoll um Zoll, Schritt um Schritt sich dem Feinde gegenüber ihren Boden erkämpfen, bis sie den entscheidenden Kampf wagen könne. Aber sie sei wieder von der Armee darin unterschieden, daß sie sich ihre Führer selber wählt und daß sie dieselben jederzeit absetzen kann, falls sie kein Vertrauen mehr in sie hat. Aufregende Debatten im Reichstag hingen in erster Linie von dem Stoff ab, der erörtert werde, und da habe das Sozialistengesetz oft andere Gelegenheiten geboten als jetzt vorhanden seien. . . . . . Die ewige Nörgelei und das ewige Unruhestiften in der Partei, womit man nach Außen den Glauben erwecke, als sei die Partei gespalten, das müsse endlich aufhören und er werde auf dem nächsten Parteitag dafür Sorge tragen, daß endlich klare Bahn zwischen der Partei und der Opposition geschaffen werde und daß, wenn die Opposition mit der Haltung und Taktik der Partei sich nicht versöhnen könne, sie Gelegenheit bekomme, eine eigene Partei zu gründen. (Stürmischer Beifall und Widerspruch bei der Opposition.) So wie jetzt gingen die Dinge nicht mehr weiter, dem jetzt bestehenden Zustand müsse so oder so ein Ende gemacht werden. (Zustimmung.)"

In persönlicher Bemerkung erklärt noch W. Werner: Herr Bebel hat mir soeben den **Absagebrief** gegeben: wenn der nächste Parteitag wirklich jedes Wort des Widerspruchs als Bruch der Parteidisziplin erklärt, so werde ich allerdings auf die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie verzichten.

* * *

Zweite Versammlung im Feen-Palast am 9. Juli 1891.

In dieser Versammlung ergriff von der Opposition zunächst das Wort der Redakteur des „Volksblatt für die Kreise Teltow-Beeskow ꝛc." Richard Baginski. Derselbe führte aus: „Man habe die Berliner Opposition mit den Ausdrücken „Revolutionsmacher", „Nörgler" ꝛc. bezeichnet und bediene sich damit der Manier der Gegner. Der Mächtige habe den Schwachen stets Nörgler genannt. Unsere Haltung gegen die Fraktion ist durch die Befürchtung veranlaßt, daß die Partei durch den Parlamentarismus in den Sumpf geführt wird .... Es sei unberechtigt, die Opposition mit dem Ausdruck Nörgler zu bezeichnen. Wer eine freie Meinung hat, darf sie frei äußern, ohne daß Jemand das Recht hat, ihn Nörgler zu nennen. Aber man bekämpfte uns mit denselben Mitteln wie der Gegner. Bebel hat sogar — wie der Gegner — den rothen Lappen gegen uns geschwungen. Er sprach davon, daß unsere Taktik die Partei direkt vor die Bajonnette führe. Die erzieherische Wirkung des Sozialistengesetzes kommt hier zu Tage: wenigstens in der Beziehung, daß einzelne Führer von der Ansicht abgekommen zu sein scheinen, daß von den herrschenden Klassen gutwillig nichts zu erhalten ist. Man sagt: ohne Sozialdemokratie hätte es keine Sozialreform gegeben, man betrachtet die vorhandenen Gesetze als Zugeständniß. Das scheint auch der gemeinsame Boden zu sein, auf dem man mit dem Gegner zu verhandeln gedenkt. Liebknecht sagt, die Verhältnisse hätten sich geändert. Aber hat sich das Verhältniß zwischen Kapital und Arbeit geändert? Es ist viel schroffer geworden; die rapid vorwärts schreitende Enteignung des Mittelstandes hat die Kluft zwischen Arm und Reich immer weiter aufgerissen. Ist denn wirklich an der Sozialreform etwas? Sie ist ja aus denselben Motiven entstanden wie das Sozialistengesetz. Das Arbeiterschutz-Gesetz ist ebenfalls zum Schaden der Arbeiter ausgefallen. Und das alles soll ein Zugeständniß an die Sozialdemokratie sein? Man meint, in weiterer Folge ein zweites und drittes Zugeständniß zu erhalten, damit ist aber die Sozialdemokratie auf die schiefe Ebene des politischen Experiments gerathen, und Bamberger konnte mit Recht sagen, daß unsere Partei jetzt nicht mehr gefährlich sei und sich mit ihr im Reichstage sehr gut auskommen lasse. Vollmar beweist, daß Bebel, Liebknecht, Auer ganz dasselbe wie er gesagt haben. Das von Vollmar Gesagte ist die Konsequenz des Parlamentarismus. Die Stellung der Opposition zum Parlamentarismus ist, daß derselbe lediglich als Agitationsmittel benutzt werden soll; die sozialdemokratischen Abgeordneten sollen keine Anträge stellen, sondern nur schärfste Kritik an den bestehenden Verhältnissen üben. Dann wären wir

mit dem Parlamentarismus einverstanden. So aber sind wir eine rein parlamentarische Partei geworden. Bereits sehen die auswärtigen Bruderparteien argwöhnisch auf diese Taktik. Die österreichische Sozialdemokratie ist prinzipieller als die deutsche, deshalb wird sie mehr Erfolge haben. Schicken Sie Delegirte nach Brüssel, welche die deutsche Sozialdemokratie als die alte erweisen. (Beifall.)"

Als weiterer Redner für die Opposition trat auf der Tapezierer Wildberger: „In der letzten Feenpalast-Versammlung handelte es sich nicht nur um den Brüsseler Kongreß. Es wurden beiderseitig die verschiedensten Fragen aufgeworfen. Redner schließt sich Baginski's Ausführungen an und kommentirt gleichfalls Liebknecht's Rede aus dem Jahre 1869, und zwar die Stelle, wo es heißt: Unsere Reden können die Gegner nicht bekehren, welchen Zweck habe nun das Reden? Das Prinzip werde geopfert, und nur der Verrath oder die Kurzsichtigkeit könne zum Parlamentarismus verleiten. So habe Liebknecht 1869 gesprochen. Damals war der Sozialismus eine Machtfrage, die nur auf der Straße zu lösen gewesen. So weit sei die heutige Opposition noch gar nicht gegangen. Also gerade jene Genossen hätten kein Recht, die Opposition anzugreifen. Grillenberger hat in einer Rede vollständig die Revolution abgeschworen. Vollmar will eine vollständig gesetzliche Partei, welche die Staatsgesetze respektirt; das sei etwas ganz anderes, als was vor zwanzig Jahren gesagt wurde. Die Fraktion hat sogar beim Arbeiterschutzgesetz dafür gestimmt, daß Berufe, welche nicht in dasselbe einbezogen sind, durch Kabinetsordre, durch die Initiative des Monarchen dem Gesetze unterstellt werden können. Das ist nicht demokratisch. Bebel sagt, wir müßten dem Gegner Schritt für Schritt das Terrain abgewinnen. Was haben wir aber durch diese Taktik gewonnen: verteufelt wenig. Was auf der einen Seite gegeben wurde, ist auf der andern zehnfach genommen worden. Die Zentralisation der Partei ist auch nicht mehr am Platze. Es ist ganz unmöglich, daß die Berliner Genossen immer Rücksicht nehmen sollen auf das kleinste Dorf. Die Forderungen müssen von den Zentren des Proletariats durchgesetzt werden. In Berlin fühlt man etwas anders als draußen im Land. Das mag unangenehm sein bei der Landagitation, in solchen Fragen ist aber die Disziplin nicht angebracht. Genau so ist es mit dem 1. Mai. Es war gesagt worden, daß dort, wo starke Arbeiterorganisationen beständen, gefeiert werden könnte. Bebel führte die Maßregelungen an, welche bei einer allgemeinen Arbeitsruhe hätten entstehen können. Dasselbe läßt sich aber auch vom Sonntag sagen, denn die Unternehmer wollten so wie so die Fachorganisationen der Arbeiter zertrümmern, und weil die Maidemonstration sich gegen sie richtet, deshalb werden sie dieselbe be-

kämpfen, auch wenn sie am Sonntag stattfindet. Bezüglich **Bebels Ausschlußdrohung** spreche ich nicht wie Werner, daß ich nach dem Ausschlusse kein Sozialdemokrat mehr sein würde; ich bin und bleibe Sozialdemokrat, ich spreche das aber **vielen ab, die sich heute noch als Alte geriren.** Zur Zeit der Frankfurter Angelegenheit trat Bebel gegen Frohme auf, heute scheint die **Richtung Frohme in der Fraktion vollständig gesiegt zu haben.** Damals unter dem Sozialistengesetz war noch Begeisterung in den Reihen. Heute nimmt man stets **Rücksicht auf die alten Gesellschaftsklassen, auf die nicht sozialdemokratischen Volksmassen.** Vollmar's Rede soll eine Dummheit sein; Liebknecht's Brief im vorigen Jahre nach Kopenhagen mit dem harten Urtheil über die Opposition sollte auch eine Dummheit gewesen sein. Weshalb nahm der Parteivorstand nicht Stellung zu Vollmar's Rede? Warum desavouirte er nicht Vollmar's Auffassung? Wenn bei ähnlichen Anlässen in Frankreich Ausschluß des Betreffenden erfolgt ist und in Deutschland nicht, so ist **die deutsche sozialdemokratische Partei schon gerichtet.** Wenn heute die Wahl nach Brüssel beschlossen wird, so sollte man nicht so vorgehen wie in Halle. Wenn die Opposition zu Ende ist in Berlin, dann wird in Berlin Grabesstille werden. Bebel weiß ganz genau, daß die große Masse von der Sozialdemokratie verflucht wenig versteht. Die heute in der Opposition stehen, sie haben unter dem Sozialistengesetz die Partei in die Höhe gebracht. **Wenn es so weiter geht, ist die Partei in zehn Jahren vollständig verflacht.** (Beifall.)"

Gegen die Ausführungen der Vorredner sprach besonders **Bebel.** Die Versammlung, welche von ca. 5000 Personen besucht war, erklärte sich, ebenso wie die vom 3. Juli, mit erdrückender Majorität gegen die Opposition, für welche sich noch keine 200 Hände erhoben.

Das Flugblatt der Opposition.

Dieser entscheidenden Niederlage folgte kurz darauf in Berlin die Veröffentlichung des unten folgenden **Flugblattes.** Von den Rednern der Opposition ist in späteren Versammlungen betont worden, daß das Flugblatt die Antwort auf die Ausschlußdrohung Bebels in der Versammlung vom 3. Juli sein sollte. **Zur Verfasserschaft des Flugblattes hat sich bisher noch keiner der Anhänger der Opposion bekannt.** Jedem Leser aber wird die Uebereinstimmung des Gedankeninhaltes des Flugblattes mit der vorstehenden Rede Wildberger's auffallen.

Das Flugblatt lautet:

An die Sozialdemokratischen Parteigenossen Berlins.

Motto: Erinnere Dich, mein Sohn,
daß man begeistert sein muß,
um große Dinge zu vollbringen. St. Simon.

Eine Anzahl Genossen aus allen Berliner Reichstagswahlkreisen, welche unter dem Sozialistengesetz keine Gefahren und Opfer scheuten, um die Ideen der Sozialdemokratie unter der Arbeiterbevölkerung zu verbreiten, und denen, neben der siegreichen Macht dieser Ideen selbst, die heutige Stärke der Partei wesentlich zu verdanken ist, kann es nicht länger mit ansehen, wie der revolutionäre Geist dieser Bewegung seitens einzelner Führer systematisch ertödtet wird.

Es wäre Verrath an der uns heiligsten Sache, wenn wir noch länger müßig zusehen wollten, wie die Diktatur jedes demokratische Denken und Fühlen erstickt — wie die ganze Bewegung immer mehr verflacht und schon jetzt zur puren Reformpartei kleinbürgerlicher Richtung herabgesunken ist — wie die Revolution von der Tribüne des Reichstages herab feierlichst abgeschworen wird, und täglich alles geschieht, um einen Ausgleich zwischen Proletariern und Bourgeois herbeizuführen. Wenn Lassalle und Liebknecht damals Recht hatten, als sie von der Fortschrittspartei behaupteten, daß sie sich während der preußischen Konfliktszeit **todt geredet habe**, dann trifft dies auch heute wieder auf die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu.

Wir wenden uns mit diesem Flugblatt hauptsächlich an die überzeugten und zielbewußten Genossen, und erst in zweiter Reihe an Diejenigen, welche es nur dem Namen nach sind. Und da möchten wir die Ersteren hier gleich zu Anfang fragen:

> „Wer von Euch fühlt heute noch diese glühende Begeisterung in sich angesichts der sogenannten Arbeiterschutz- und Versicherungsanträge, welche uns vordem alle Hindernisse überwinden half und uns trotz unserer geringen Anzahl der Regierung und übrigen gesetzmachenden Gesellschaft oft so furchtbar erscheinen ließ?"

„Aber" — hören wir hier Manche sagen — „im Interesse der Partei **muß** jeder Genosse der Majorität sich unterordnen, auch wenn diese Majoritätsbeschlüsse der eigenen Ansicht schnurstracks entgegen stehn!"

Diese Ansicht ist grundfalsch und muß schließlich zur politischen Korruption führen.

Die Majorität einer politischen Partei ist sehr oft eine rein zufällige und setzt sich, auch bei der Sozialdemokratie, namentlich seit den letzten Wahlen, aus den verschiedensten Interessengruppen zusammen. Majoritätsbeschlüsse kommen daher fast immer mit Rücksicht auf andere Parteien und Gesellschaftsklassen zu Stande,

und haben sehr oft mit den Prinzipien der eigenen Partei nicht nur sehr wenig gemein, sondern sie laufen diesen Prinzipien öfter schnurstracks zuwider, und **ebnen so den Boden einer Schwenkung nach rechts, die leider von den Meisten erst dann bemerkt wird, wenn sie vor der vollendeten Thatsache stehen.**

Der Sache selbst schadet man also nicht, wenn man die Parteileitung und die nach unserer Ansicht falsche und verkehrte Taktik der Partei bekämpft.

Die **Disziplin** wird bedingt durch die **Organisation;** über beiden aber muß für jeden Parteigenossen in erster Linie das Prinzip, die Idee des revolutionären Sozialismus stehen. In den meisten Fällen hat nun der Sozialismus und auch die Demokratie fast nichts gemein mit dem, was unsere Vertreter im Reichstage den herrschenden Klassen abdisputiren wollen, wie wir weiter unten beweisen werden.

Die sozialdemokratische Bewegung in Deutschland ist von Anfang an eine durch und durch **revolutionäre und proletarische** gewesen, der gegenüber alle übrigen Gesellschaftsklassen als die „Eine reaktionäre Masse" noch bis vor ganz kurzer Zeit von jedem Parteigenossen bezeichnet wurden.

Deshalb ist auch jeder Versuch, diese **von Natur rein proletarische Bewegung,** mit Rücksicht auf das mittlere und Kleinbürgerthum, weniger revolutionär erscheinen zu lassen, **ein Verrath an der Sache des Proletariats.**

Dieser Vorwurf kann durch keinerlei Gründe wie „Verbreitung der sozialdemokratischen Ideen" beseitigt werden, weil wir ganz genau wissen, daß in oben genannten Gesellschaftskreisen nicht die Ideen des demokratischen Sozialismus es sind — wenn sie überhaupt gepredigt werden —, welche den Bauer und Kleinhandwerker ꝛc. bestimmen, bei der Wahl einem Sozialdemokraten seine Stimme zu geben, sondern es entspricht einfach dem Interessenstandpunkt jener Leute, die sich bedrückt und geknechtet fühlen, und daher glauben, daß die Sozialdemokraten doch eigentlich weniger Rücksicht auf Regierung und Geldprotzenthum zu nehmen brauchen und der Sozialismus vorläufig noch in weite Ferne gerückt sei.

Den Industriearbeitern und wirklichen Sozialdemokraten kann es demnach ziemlich gleichgiltig sein, ob bei der Reichstagswahl in Hinterpommern 500 oder 1000 Stimmen für uns abgegeben werden; einmal, weil es falsch ist, die vorgeschrittene Arbeiterschaft auf die Bekehrung der zurückgebliebenen Länderstriche zu vertrösten, und zum andern, weil es ein Betrug wäre, wenn man die Genossen glauben zu machen versucht, daß innerhalb der heutigen Gesellschaft mit Hilfe des Parlamentarismus, durch Majoritätsbeschlüsse die Sozialisirung der verschiedensten Klassen herbeizuführen sei.

Die soziale Revolution wird dort entschieden, wo sie zuerst begonnen hat; in den Industriezentren, wo die Proletarisirung schon

seit 40 Jahren mit Riesenschritten vorwärts schreitet, unbekümmert um die Zustimmung der für alle Zukunft indifferenten Landbevölkerung.

Freiwillig werden die besitzenden Klassen niemals auf ihre Privilegien verzichten und so lange es eine besitzende Klasse giebt, wird es auch die nöthige Anzahl Knechte geben, welche auf Kommando bereit sind, für ihre Henker ihr Blut zu verspritzen.

Ein eben solcher Unsinn ist es auch, das Volk glauben zu machen, daß den Königen ihr Handwerk schließlich zu schwer werden könnte und dieselben eines Tages erklären würden, daß auch sie auf ihre Vorrechte freiwillig verzichteten. Wo das bisher wirklich geschah, da geschah es zu Gunsten des Kronprinzen oder auch eines andern Bevorrechteten, um dem Volk Sand in die Augen zu streuen und Hoffnungen zu erwecken, die sich niemals erfüllten.

Ebenso verhält es sich mit dem „Hineinwachsen" der heutigen Gesellschaft in den sozialistischen Staat, der ohne jede Betriebsstörung alsdann über Nacht nur proklamirt zu werden braucht und in England eigentlich schon heute proklamirt werden könnte. Diejenigen, welche solchen Blödsinn in die Menge schleudern, hätten wirklich kein Recht, von politischen Kindsköpfen zu sprechen und zu schreiben. **Sie selbst sind weit schlimmeres als das.**

Wir sind daher der Ansicht, daß es an sich schon taktisch falsch ist, wenn eine Centralstelle die Haltung der Genossen an den verschiedenen Orten in allen Dingen zu bestimmen hat. Es ist ganz undenkbar, daß die Genossen in Berlin und andern Industriestädten, denen der Sozialismus schon seit 30 Jahren gepredigt wird, nur der Parteidisziplin wegen, in allen taktischen Fragen Rücksicht auf das zurückgebliebene Dorf und den an seine Scholle gefesselten Bauer zu nehmen gezwungen sind. Hier, wo der Kampf um's Dasein auf dem Schlachtfelde der Industrie täglich Hunderte von Menschenleben fordert, die durch Arbeitslosigkeit, Ueberanstrengung, Noth und Elend und alle damit verbundenen Begleiterscheinungen langsam dahin siechen und vor der Zeit zu Grunde gehen — **hier rechnet man nicht,** — sondern man fühlt instinktiv, daß etwas anderes als bisher geschehen muß, wenn nicht Verzweiflung in den Reihen der bewährtesten Kämpfer platzgreifen soll.

Wir können auch nicht verstehen, daß alljährlich nationale und internationale Kongresse mit schweren Opfern zustande kommen, nur um die dort gefaßten Beschlüsse bei der ersten Gelegenheit unter irgend einem Vorwand wieder umzustoßen, wie dies mit der Maifeier schon zweimal geschah und mit dem Verhalten bei Stichwahlen ꝛc. schon öfter.

Als die Partei noch jung war und nur aus Proletariern bestand, da wäre eine Taktik wie die heutige ganz unmöglich gewesen.

Die einfache Thatsache, daß diese Taktik dennoch möglich ist, **beweist schon allein**, daß die Partei aus Elementen sich zusammensetzt und geleitet wird, die zum Theil ganz andere Ziele verfolgen, keinenfalls aber identisch sind mit jenen, die Gut und Blut ihrer Ueberzeugung zu opfern stets bereit waren und noch sind.

Was nun die Zweckmäßigkeit des Parlamentarismus betrifft, der heute das Mädchen für Alles ist, so deckt sich auch heute noch unsere Ansicht darüber mit der des Genossen Liebknecht, welche derselbe in seiner Broschüre: „Die politische Stellung der Sozialdemokratie" festgelegt hat und die wir hier wörtlich folgen lassen.

In Bezug auf den Reichstag schrieb Liebknecht **damals**, es war im Jahre 1869, unter Anderm folgendes:

„Einen direkten Einfluß auf die Gesetzgebung kann unser Reden nicht ausüben. Den Reichstag können wir durch Reden nicht bekehren. Durch unser Reden können wir keine Wahrheiten unter die Massen werfen, die wir anderweitig nicht viel besser bereiten könnten. Welchen praktischen Zweck hat also das Reden im Reichstag? Keinen. Und zwecklos Reden, ist Thoren Vergnügen.

Nicht Ein Vortheil! Und nun auf der andern Seite die Nachtheile: Das Prinzip geopfert, der ernste politische Kampf zur parlamentarischen Spiegelfechterei herabgewürdigt, das Volk zu dem Wahn verführt, der Bismarck'sche Reichstag sei zur Lösung der sozialen Frage berufen. — Und wir sollen aus praktischen Gründen parlamentiren? Nur der **Verrath** oder die **Kurzsichtigkeit** kann es uns zumuthen."

Und an einer andern Stelle schreibt Liebknecht:

„Der Sozialismus ist keine Frage der Theorie mehr, sondern einfach eine Machtfrage, die in keinem Parlament, die nur auf der Straße, auf dem Schlachtfelde zu lösen ist, gleich jeder andern Machtfrage."

Damit vergleiche man nun die jämmerlichen Gesetzentwürfe und die kläglichen Reichstagsreden, welche die Fraktion und Liebknecht mit, inzwischen verbrochen hat.

Auf was ist nun diese, für Jeden sichtbare Schwenkung zurückzuführen?

Die Führer sagen, daß sie bei ihrem Vorgehen Rücksicht auf das Kleinbürgerthum ꝛc. zu nehmen gezwungen seien, um die Partei zu einer volksthümlichen zu machen und die breite Masse hinter sich zu haben. Wir aber sind der Ansicht, daß man mit dieser breiten Masse nur sich selbst und Andere täuscht. Die Masse wird im gegebenen Augenblick eben so rasch abfallen, wie sie gekommen ist, weil ihr nicht mehr wie Alles fehlt, was eine sozialdemokratische Gesellschaft beseelen muß. Die Masse kann schließlich Jeder haben, der es versteht, sich überall den Verhältnissen anzupassen, wie die antisemitische Agitation dies auf das Deutlichste beweist.

Deshalb ist auch die neue Taktik in dieser Hinsicht nichts weiter, als ein Kompromiß mit der Masse, auf Kosten des Prinzips.

Wir alle glaubten, daß nach Aufhören des Sozialistengesetzes und dem Einzug von 35 Sozialdemokraten in den Reichstag die Agitation prinzipieller betrieben und die Gesetzentwürfe und Anträge unsererseits **weiter als bisher gehen müßten**, und das gerade Gegentheil trat ein.

Nach dem Entwurf unserer Fraktion soll der 8stündige Arbeitstag erst mit dem Jahre 1898 Gesetzeskraft erlangen, trotzdem auf dem internationalen Kongreß in Paris 1889 beschlossen wurde, daß der 8stündige Arbeitstag schon jetzt überall von der Gesetzgebung zu fordern sei. Wie verträgt es sich aber außerdem mit der Demokratie, daß der Reichstag im Jahre 1890 etwas beschließen und zum Gesetz erheben soll, was erst im Jahre 1898 Gesetzeskraft erlangt? In unserem Programm fordern wir alljährlich Neuwahlen und halten es für unstatthaft, daß die jeweiligen Vertreter des Volkes irgend etwas festlegen, was erst zu einer Zeit zu Recht bestehen soll, wo unter Umständen bessere oder auch schlechtere, jedenfalls aber andere die Vertretung ausüben. Wie verträgt es sich ferner mit der Demokratie, wenn im Reichstage Seitens unserer Fraktion bei Berathung der Gewerbenovelle der Antrag gestellt wird, daß das Einbeziehen verschiedener Gewerbe unter dieses Gesetz durch Kabinetsordre, also den Kaiser persönlich, geschehen soll, und nicht durch den Reichstag oder der Zustimmung desselben?

Auch das ist ein Zugeständniß an die Krone, welches sich von unserem Standpunkte durch nichts rechtfertigen läßt, auch dann nicht, wenn man Grund zur Annahme hätte, daß der Träger der Krone volksfreundlicher als die Volksvertretung selber wäre.

Feind des Militarismus in jeder Form, verstieg sich dennoch Bebel im vorigen Jahre so weit, daß er der Regierung seine Unterstützung versprach, wenn sie in Anbetracht des rauchlosen Pulvers, anstatt der bisherigen blanken Uniform ganz schwarze Uniformen anschaffen wollte, was er später damit rechtfertigte, daß ja auch diese verminderte Treffsicherheit des Feindes den bei der Armee sich befindenden Genossen zu Gute käme. Wer so argumentirt, kann schließlich alles rechtfertigen. Auch die Junker behaupten, daß die hohen Getreidepreise dem landwirthschaftlichen Arbeiter an seinem Lohne und somit dem Volke zu Gute kämen. Wenn die Regierung etliche hundert Millionen zum Kasernen- und Festungsbau verlangt, dann behauptet auch sie, daß dadurch Arbeitsgelegenheit geschaffen würde und der weitaus größte Theil dieser verlangten Summen doch wieder in die Taschen der Arbeiter zurückfließe. Dasselbe behauptet der Zünftler, wenn es sich um öffentliche Arbeiten handelt, gleichviel welchem Zweck sie dienen.

Das höchste in dieser Beziehung leistete in den letzten Tagen der ehemals als radikal bekannte Abgeordnete v. Vollmar. Wenn die Regierung nun immer noch kein Einsehen hat und dem, mit unstreitig staatsmännischem Talent ausgestatteten Genossen den Marschallsstab nicht verleiht, dann hat er sich sicher das erste Anrecht auf das zunächst frei werdende Minister-Portefeuil durch seine Münchener Rede vom Montag, den 1. Juni erworben. Nicht blos die Nationalliberalen und Freisinnigen, auch wir haben jetzt unsern Staatsmann. Und da thut man noch empört, wenn wir von Korruption sprechen? Das Wort ist viel zu gut, denn die Handlungen Einzelner grenzen nahezu an Verrath.

So hat sich auch die Agitation gegen die Getreidezölle durch nichts von dem, wie die Freisinnigen die Aufhebung begründen, unterschieden.

Mit keiner Silbe wurde der einzig richtige Standpunkt, den schon Karl Marx 1849 in seiner Brüsseler Rede vertrat, von unsern Abgeordneten erwähnt. Die Agitation zum Reichstag und allem, was damit zusammenhängt, welche bisher stets als Mittel zum Zweck betrachtet wurde, ist jetzt Selbstzweck geworden, und dies alles blos, um das Linsengericht eines sogenannten Arbeiterschutzgesetzes, das viel eher ein Schutzgesetz der Unternehmer genannt zu werden verdient und durch den neu hinzugekommenen Kontraktbruchparagraphen all die sogenannten Vortheile, welche dem Arbeiter scheinbar aus dem übrigen Gesetz erwachsen, zehnfach wieder aufhebt.

Der praktische Erfolg steht also durchaus in gar keinem Verhältniß zu den Opfern, welche die Partei deshalb zu bringen verpflichtet ist. Nicht Unehrlichkeit werfen wir aber deshalb den Führern vor, sondern allzu große Rücksichtnahme auf alle möglichen Machtfaktoren, hervorgegangen aus der veränderten Lebensstellung und der zu geringen Fühlung mit dem Proletarierelend, dem Pulsschlag des gequälten Volkes.

Wer aber bis jetzt immer noch hoffte, daß die Taktik sich bald ändern könnte, den dürften die Auslassungen Bebel's, sowie seine offene Kriegserklärung an alle Diejenigen, welche in Zukunft nicht Ordre pariren, in der Feenpalast-Versammlung vom Freitag, den 3. Juli, eines Besseren belehrt haben.

Betreffs der allgemeinen Feier am 1. Mai wußte auch Bebel diesmal nichts weiter anzuführen, als daß jedenfalls in Folge dessen noch heute 10 000 keine Arbeit hätten, wenn die Fraktion nicht noch rechtzeitig erkannt, daß bei der eingetretenen Krisis eine Kraftprobe der Partei nicht angebracht sei. Verhält sich denn das aber wirklich so, oder leidet auch diese Ansicht an demselben Grundfehler wie alle übrigen oben angeführten Maßnahmen der Partei? Das Unternehmerthum hat schon immer, wo es sich stark genug

fühlte und Zeit und Umstände günstig waren, fachgewerbliche und politische Organisationen der Arbeiter zu sprengen versucht und jeden überzeugungstreuen Arbeiter zu maßregeln verstanden, lange bevor der 1. Mai als ein gegen das Unternehmerthum gerichteter Weltfeiertag vom internationalen Kongreß proklamirt war.

Wenn man aber zugiebt, daß das Unternehmerthum stark genug ist, um bei einer derartigen Kraftprobe des Proletariats Hunderttausende von Arbeitern auf das Pflaster zu werfen, dann ist es sicherlich auch stark genug, unter den gleich günstigen Verhältnissen jede Betheiligung an dieser Demonstration überhaupt in gleicher Weise zu ahnden, auch wenn dieselbe auf einen Sonntag fällt, da die Bedeutung ja dieselbe sein soll.

Aber auch die Demokratie bekam von Bebel in dieser Versammlung einen so derben Faustschlag ins Gesicht, daß wir noch jetzt nicht begreifen können, wie ein Mann an einem Abend, ja in einer Stunde Alles das zertrümmern kann, was er seit 25 Jahren selber mit aufgebaut und in Wort und Schrift so tapfer und energisch vertrat.

Eine eigene Partei sollen Diejenigen sich gründen, welche nicht blindlings mit allem einverstanden sind, was die Parteileitung für gut befindet. Ist denn das nicht die Regierung in einer anderen Form? Glaubt denn auch Bebel heute schon, daß er die Unzufriedenheit wird beseitigen können, wenn er einige Wortführer dieser Unzufriedenen beseitigt?

Wir sind heute, was wir vor 10 und 15 Jahren schon waren, und werden auch in Zukunft dasselbe sein: überzeugte Sozialisten und wirkliche Demokraten.

Wir betrachten uns nach wie vor zur sozialdemokratischen Partei gehörig und lassen uns weder von den Leitern unserer Partei, noch von sonst jemand zu etwas drängen, was gegen unsere Ueberzeugung streitet.

Auch liegen zwischen dem Reichstag und der Revolution auf dem Gensdarmenmarkt noch mehrere Mittelstraßen, welche nach unserer Ansicht rascher zum Ziele führen. Trotzdem wir schließlich auch vor der äußersten Konsequenz des einmal für richtig Erkannten nicht zurückschrecken würden, trotz aller demagogischer Verhetzung und Angstmeierei.

Wir erwarten aber auch von denjenigen Parteigenossen, welche mit uns, namentlich unter dem Sozialistengesetz, für die Verbreitung unserer Ideen so tapfer kämpften, daß sie sich endlich aufraffen und wieder mit uns der Versumpfung entgegen treten.

Dann wird auch die alte Begeisterung wiederkehren, welche die Thatkraft stählt und alle Schwierigkeiten überwinden hilft.

Hoch die internationale revolutionäre Sozialdemokratie!"

Verantwortlich für das Flugblatt zeichnete: Ernst Müller, Berlin, Schmidtstr. 39. Gedruckt wurde es von O. Harnisch, in Firma Hugo Ginzel, Neuenburgerstr. 30.

* * *

Dritte Versammlung in Hensel's Lokal am 25. August 1891.

In der Versammlung des Wahlvereins des VI. Berliner Reichstagswahlkreises, welche am 25. August in Hensels Lokal in der Brunnenstraße stattfand, wurde obiges Flugblatt von Genosse Auer zur Sprache gebracht. Derselbe wandte sich besonders gegen die von der Opposition beliebte Kampfesweise und führte er in dieser Beziehung aus: „Die Parteileitung denkt nicht daran, die Opposition, wenn solche vorhanden ist, zu unterdrücken oder die Kritik beschränken zu wollen. Was aber verlangt wird, das ist, daß jene Genossen, welche Anlaß zum kritischen Tadel zu haben glauben, mit ihren Wünschen offen heraus treten und jene Thatsachen, gegen welche sich ihr Widerspruch richtet, konkret bezeichnen. Statt aber in solcher offenen Weise aufzutreten, wie es sich unter Gesinnungsgenossen geziemte, ergehen sich die Redner der sogenannten Opposition entweder in allgemeinen, verschwommenen Redensarten und Behauptungen ohne Beweis, oder sie greifen zu dem demagogischen Auskunftsmittel, sich den Gegner, wie sie ihn für ihre Bekämpfung gebrauchen, zu supponiren, um dann auf ihn losschlagen zu können. Dieses, schon unter politischen Gegnern verwerfliche, unter Genossen aber geradezu verächtliche Kampfesmittel werde z. B. fortgesetzt in Anwendung gebracht bei der auf Seiten der Opposition eine so hervorstechende Rolle spielenden Frage über den Werth des Parlamentarismus. Immer und immer wieder versichern uns da die betreffenden Genossen, daß der Parlamentarismus allein nicht zur Verwirklichung der Endziele unserer Bewegung führen werde. Diese fortgesetzten Deklamationen, bei denen es nie ohne mehr oder minder geschickt geführte Seitenhiebe auf unsere Abgeordneten abgeht, müssen bei jedem weniger unterrichteten Genossen den Glauben erwecken, als gälte es innerhalb der Parteileitung als feststehendes Dogma, daß der Parlamentarismus das A und O unserer ganzen Bestrebungen sei. Diesen Glauben bei Ununterrichteten zu erwecken, kann auch nur der Zweck der betreffenden Redner sein. Und doch ist auch nicht einer unter denselben, der nicht ganz genau wüßte, daß ihre in diesem Punkte mit so vielem Pathos und Ausdauer vorgetragenen Tiraden rein in den Wind gesprochen sind, da auch nicht ein einziger Abgeordneter oder ein Mitglied des Parteivorstandes existirt, welches an die bekämpften Wunder des Parlamentarismus glaubte."

Diesen Ausführungen trat der Sattler Börner in folgender Weise entgegen: „Die Opposition bekämpft den Parlamentarismus, weil sich dieser von der Revolution wie Wasser vom Feuer unterscheidet. Man legt auf die parlamentarische Vertretung ein viel zu großes Gewicht In der Fraktion sitzen viele, die gar nicht im Stande sind, eine wirksame Propaganda

für uns zu machen. Es ist schade, daß diese Leute aus ihrem Beruf herausgerissen werden, wo sie etwas leisten könnten, während sie im Parlament nur ihre Zeit verschwenden, nichts nützen, der Partei aber sehr viel Geld kosten. Wenn die Regierung nicht bald Diäten für die Abgeordneten bewilligt, dann werden uns die Beträge, die wir dafür aufbringen müssen, noch auffressen. Die Fraktion hat thatsächlich gar keine Macht im Parlament, und es ist eine Täuschung, anzunehmen, wir hätten im Reichstag das Sozialistengesetz überwunden. Das Ausnahmegesetz ist von der Regierung fallen gelassen worden, weil es der Partei mehr genützt als geschadet hat. Die Opposition, die nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reich Vertreter hat, arbeitet nicht um die Partei zu spalten, sondern zu ihrem Besten. Wir werden uns durch die brutale Unterdrückung der Opposition dem Anarchismus nicht in die Arme hetzen lassen. Man kann durch den Ton, in dem man uns jetzt bekämpft, nur erreichen, daß wir uns zur Diskussion nicht mehr stellen, weil wir öffentlich geradezu als Lumpe hingestellt werden. Die Alten bleiben wir aber doch — und wir verstehen auch anders zu arbeiten."

Die Diskussion konnte nicht zu Ende geführt werden und fand deshalb am 1. September Fortsetzung der Versammlung im Eiskeller statt.

* * *

Vierte Versammlung im „Eiskeller" am 1. September 1891.

In dieser Versammlung, zu der die Anhänger der Opposition aus ganz Berlin erschienen waren, führte Namens derselben speziell der Schriftsetzer Ernst das Wort. Derselbe erklärte zunächst, daß er der Verfasser des Flugblattes nicht sei, und fuhr dann fort: „Wir scheuen uns nicht, unsere Forderungen auszusprechen, und wer sie nicht kennt, der mag sie im Flugblatt nachlesen. Auer sagt, wir machen uns den Gegner erst zurecht, wie wir ihn gebrauchen. Das ist aber gerade Ihre Kampfesweise, z. B. gegen den Anarchismus, dessen Vertreter Sie durch die Bank der Polizei-Spitzelei bezichtigen, damit Sie nachher jeden Genossen, der nicht Ihrer Meinung ist, als Spitzel verdächtigen können. Um alle unsere Beschwerdepunkte festumgrenzt zu formuliren, wäre es nöthig, daß sich die Opposition organisirte; dann würden wir aber erstens aus der Partei hinausgeworfen werden, und zweitens könnten wir, die Opposition, zur Uebereinstimmung in unseren Forderungen nur durch Kompromisse gelangen, Kompromisse aber führen zur Phrase. Auf die Frage, wer sich denn von den Abgeordneten so sehr für den Parlamentarismus begeistert habe, nenne ich z. B. Liebknecht, der vor 1½ Jahren im Kolberger Salon sagte, durch den Parlamentarismus wäre Alles zu erreichen. In dem Ausspruch Bebel's,

er werde der Opposition Gelegenheit zur Gründung einer eigenen Partei geben, zeigt sich eine solche Fülle von Diktatur und Unduldsamkeit, daß eine Gegendemonstration voll berechtigt war; in dem Augenblick mußte etwas geschehen, und es erschien das Flugblatt. Auer hat die Behauptungen des Flugblattes, daß der revolutionäre Geist der Bewegung durch die Führer ertödtet werde, daß die Beschlüsse mit Rücksicht auf andere Parteien und Gesellschaftsklassen zu Stande kämen u. s. w., bestritten. Nun hat aber Grillenberger im Reichstag gesagt, die Partei hätte nie auf dem Boden des Marx'schen Ausspruches von „der Diktatur des Proletariats" gestanden, ohne daß die Fraktion Einspruch erhoben hat. Liebknecht spricht vom Hineinwachsen des gegenwärtigen in den sozialistischen Staat. Abg. Heine hatte im Magdeburger Geheimbundprozeß den traurigen Muth, zu erklären, er stehe auf dem Boden der kaiserlichen Erlasse. Beim Tode Kaiser Friedrichs ließ Grillenberger die „Fränkische Tagespost" mit einem Trauerrand erscheinen. Das „Volksblatt" brachte ebenfalls einen byzantinischen Artikel über Kaiser Friedrich, und ich bitte Auer, zu sagen, wer der Verfasser ist. Wird das demokratische Denken nicht erstickt durch Redensarten, wie sie Bebel gebrauchte, von den „ersten Höschen" Müller gegenüber und durch Drohungen, wie „wenn ich nur erst zu Hause bin!" Wille gegenüber? Rücksicht auf andere Gesellschaftskreise hat Auer selbst mit seinem Antrag, vorläufig erst den 10stündigen, dann den 9stündigen und erst von 1898 ab den 8stündigen Arbeitstag zu verlangen, geübt. Auer nennt die Kritik des Flugblattes verläumderisch und gemein, und doch heißt es in diesem: „Nicht Unehrlichkeit werfen wir den Führern vor, sondern allzu große Rücksichtnahme auf alle möglichen Machtfaktoren, hervorgegangen aus der veränderten Lebensstellung und der zu geringen Fühlung mit dem Proletarierelend." Ja wohl, während Sie sich in oratorischen Leistungen ergehen, hören wir den Verzweiflungsschrei des verhungernden Volks! Liebknecht, Auer und Fischer haben erklärt, hinter der Berliner Opposition stecken 4—5 unehrliche Elemente. Ich verlange Auskunft, wer diese sind, aber auch klipp und klar. Bis zum Gegenbeweis halte ich diese Behauptung für verläumderisch. Wir machen Opposition zum Besten der Partei; wenn wir keine machten, würden wir unsere persönlichen Interessen besser gewahrt haben. Heute nimmt sich jeder Schafskopf das Recht, uns anzurempeln. Grillenberger sagte, die Berliner Opposition werde von jungen Schriftstellern hervorgerufen, die bei andern Zeitungen keine Stelle fänden, die vielleicht früher zu Dynamit-Attentaten aufgefordert hätten und heute journalistische Spaltungen hervorrufen. Liebknecht nannte im dänischen „Sozialdemokrat" die Opponenten „räudige Schafe". In Hamburg ist von Dammann ein Flugblatt herausgegeben, das

die Opposition mit ganz gemeinen Schimpfnamen belegt. **Die Kampfesweise mit Verläumdungen wird also nicht von uns, sondern von denen praktizirt, die sie uns vorwerfen.** — Wir warnen, den bisherigen Weg weiter zu verfolgen! Durch Vergewaltigung der Opposition werden Sie uns nicht dahin bringen, unsere Meinung fallen zu lassen; Sie werden sich nur einen Hofstaat von ekeln Heuchlern und Schwindlern im eigenen Lager groß ziehen; die ganze Korruption, mit der das Herrscherthum verbunden ist, wird kommen. Und dann haben Sie die Partei so weit, — wie sie unsere Gegner wünschen."

Auch in dieser Versammlung konnte die Diskussion nicht abgeschlossen werden und fand deshalb eine weitere Versammlung am 9. September in Kolberg's Salon statt.

* * *

Fünfte Versammlung in Kolberg's Salon am 9. September 1891.

Zu dieser war die Opposition ebenfalls zahlreich erschienen, und sprach zunächst Feder, welcher erklärte: „Wenn persönliche Zwistigkeiten vorhanden seien, so trage die Parteileitung daran die Schuld. Die Opposition verlangt ein schärferes Vorgehen: nicht mit Bitten um einige Brosamen, wie in der Stadtverordneten-Versammlung (stürmische Unterbrechungen), sondern mit Forderungen an die herrschenden Klassen soll hervorgetreten werden. Die Opposition als solche kann Ihnen nicht sagen, was sie will; ist sie denn organisirt? Aber die einzelnen Redner sagen Ihnen ja, was sie wollen; greifen Sie da doch das Beste heraus!"

Nach Feder nahm das Wort Wildberger: Ich habe nicht, wie mir von Auer untergelegt worden ist, aus Ehrgeiz oder um Reichstags-Abgeordneter zu werden, kandidirt, habe vielmehr zweimal vorher die Kandidatur abgelehnt. Daß ich über den Parlamentarismus schon früher so wie heute dachte, kann mir der Genosse Reißhaus-Erfurt bestätigen, mit dem ich früher sehr befreundet war, aber wegen unserer verschiedenen Anschauungen über die Taktik auseinander gekommen bin. Wäre ich gewählt worden, ich hätte ganz bestimmt in der Fraktion denselben Standpunkt wie heute hier vertreten. Zu dem Arbeiterschutz-Gesetzentwurf wie er zu Stande gekommen ist, hätte ich meine Unterschrift nicht gegeben, sondern energisch dagegen protestirt. **Ich weiß, daß sieben Achtel von der Fraktion den Entwurf vorher nicht zu Gesicht bekamen, auch Verschiedenes nicht unterschrieben hätten, wenn er vorher diskutirt worden wäre.** Auf unserer Seite stand früher auch der Abgeordnete Albert Schmidt — es giebt noch mehr Leute, die heute im „Vorwärts" thätig sind, die früher unsere Forderungen mit vertraten — und dieser selbe Albert

Schmidt erklärte nachher in Halle, er kenne die Berliner Opposition ganz genau und müsse das Urtheil der Neuner-Kommission gegen Werner als so objektiv und gerecht wie möglich anerkennen! Er war doch mitgetroffen; er hatte alle diese „Dummheiten“ mit Werner am eifrigsten vertreten. Zu solchen Leuten gehöre ich nicht. weil ich nicht will, daß das bischen Charakter, was bei unseren Leuten noch vorhanden ist, zum Teufel geht, darum kämpfe ich. Gerade weil ich wußte, wie stark der auf den Einzelnen im Interesse des Ansehens der Partei, des Stimmenzuwachses u. s. w. ausgeübte Druck in der Fraktion ist, lag mir nichts an dem Mandat. In der Zeit vor der Stichwahl unterbreitete mir der von Liebknecht in Halle erwähnte Felgentreff ein Flugblatt des konservativen Parteivorstandes; wenn ich damit einverstanden sei, sei meine Wahl so gut wie gesichert. (Redner verliest das Flugblatt, welches Munckel gegenüber den „Volksmann“ Wildberger, den Kandidaten der Volkspartei, den Angehörigen einer Partei, die auf dem durch die kaiserliche Botschaft angedeuteten Wege sich befinde, empfiehlt.) Ich habe die Zustimmung abgelehnt und bin nicht gewählt worden. Wie sieht es denn mit der Geltendmachung der Forderungen unseres 1875er Programms aus? Hat die Fraktion irgend einen Schritt gethan, um die Forderung „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk“ geltend zu machen, hat sie die Verfassungsartikel, die das hindern, zu streichen versucht? Das Programm verlangt Abschaffung der stehenden Heere. Auch da ist nicht geschehen, was geschehen mußte, wenn diese Forderung nicht bloße Phrase sein soll. Gleichviel, ob man es durchsetzen kann oder nicht, aber gerade diese Punkte hätten gewählt und dadurch das Volk aufgerüttelt werden müssen. Rechnen Sie blos mit dem, was Regierung und Parteien zu geben im Stande sind, so unterscheiden Sie sich in nichts von der Volkspartei und den Deutschfreisinnigen. Eine solche Agitation kann keine Früchte tragen, man braucht ja nur daran zu denken, wie wenig man in der Konfliktszeit sich um die Wünsche der fortschrittlichen Volksvertretung gekümmert hat. — Man will der Opposition nicht Recht geben aber man lenkt schon ein (Ruf: Na, na!). In der „Neuen Zeit“ erklärt Bebel selbst, man sei jetzt mehr prinzipiellere Anträge im Reichstage zu stellen verpflichtet. Durch uns ist hier also doch etwas erreicht worden. (Sehr richtig! und stürmischer Widerspruch.) Kein Verbrechen ist so groß als das, einen ehrlichen Menschen zum Lumpen zu stempeln. Ich erinnere nur an den Buchbinder Rohmann. Daß das von Auer der Opposition gegenüber mit Absicht geschieht, solche Schlechtigkeit traue ich ihm nicht zu. Ich erwarte aber von ihm unter allen Umständen, daß er sagt, wer die unehrlichen, unsauberen Elemente sind. Ich will es ganz genau wissen; soweit ich die Opposition kenne, sind es alles gediente Genossen, keine Kapitals-

söldlinge, keine Polizeispitzel. Will man darauf hinaus, daß dieser oder jener der Partei etwas schuldet, so könnten wir bedeutend mehr auspacken. (Rufe: Heraus damit!) Nein! (Rufe: Pfui! und große Erregung.) Sie wollen es, ich werde es thun. Ich kenne einen Reichstags-Abgeordneten, dem hat man im letzten Winter 3000 oder 5000 Mark gegeben, um seine Schulden zu bezahlen. Wollte die Partei eine solche Summe für die Oppositionellen aussetzen, alle Schulden derselben, welche dieselben an die Partei haben, wären damit bezahlt. Jener Abgeordnete hat im Dienste der Partei seine Existenz nicht halten können und stand vor dem Bankerott. Die Partei zahlte mit der Kalkulation, daß eventuell die Behauptung des betreffenden Reichstagssitzes bedeutend mehr kosten könnte. Ist solches geschehen, so soll man die anderen nicht öffentlich brandmarken. (Lärm.) Für die Parteipresse hat man in der Parteileitung keinen Groschen übrig, man läßt die Leute zappeln und zu Grunde gehen, haben sie sich aber eine Position errungen, dann expropriirt man sie. Gerade die Leute, die ich ganz genau kenne in Süddeutschland, die mir jeden Tag ins Gesicht versicherten, ich sei zu ehrlich für „diese Leute", kommen jetzt mit gemeinen Verdächtigungen. Wenn Auer mir nicht die vier oder fünf unsauberen Elemente nennt, von welchen Liebknecht sprach, so nehme ich an, er weiß keinen und hat dieses Mittel nur gebraucht, um vor der Opposition graulich zu machen: und ich muß dann diese kolossale Verdächtigung für eine ehrlose Verläumdung erklären!" (Beifall und Zischen.)

Neben Wildberger sprachen in dieser Versammlung von der Opposition u. A. besonders noch Schriftsetzer Ernst und der Buchdrucker Werner. Ersterer erklärte, daß das Flugblatt in der Erregung, aber um durch dasselbe der Partei zu nützen geschrieben worden sei. Wilhelm Werner aber meinte: „Hier ist so viel von einem anarchistischen Klub die Rede. Die heutigen Schleppenträger, die gar nicht wissen, wie hoch sie sich heranschmarotzen sollen, die schon glauben, ihr Magen wird gefüllt, wenn sie bloß einem Reichstagsmitglied die Hand drücken können, erinnere ich doch daran, daß gerade die Herren Glocke und Baake es waren, welche Ende der 80er Jahre zur Gründung eines radikalen Klubs aufforderten gegen die verweichlichte Taktik der Fraktion. (Unterbrechung.) Wir müssen den freien Meinungsaustausch vor allem achten; Sie haben das heute nicht fertig gebracht. Mit Freude sollte die Fraktion Jeden begrüßen, der ihr offen und ehrlich gegenübertritt, nicht aber an ihnen ein Scharfrichteramt vollziehen." Von der Parteileitung trat Auer den Herren von der Opposition entgegen. Derselbe brachte besonders die angegriffenen Zeitungs-Artikel, Reichstags-Reden ꝛc. zur Verlesung, um dadurch die Genossen in die Möglichkeit zu versetzen, sich ein Urtheil zu bilden. Er er-

klärte, das er unter den „unsauberen Elementen“ die Verfasser und Verbreiter des Flugblattes verstehe, in dem behauptet werde:

1. Der revolutionäre Geist wird seitens einzelner Führer systematisch ertödtet.
2. Die geübte Diktatur erstickt jedes demokratische Fühlen und Denken.
3. Die ganze Bewegung ist verflacht und zur puren Reformpartei kleinbürgerlicher Richtung herabgesunken.
4. Die Revolution wird von der Tribüne des Reichstags feierlichst abgeschworen.
5. Es geschieht Alles, um einen Ausgleich zwischen Proletarier und Bourgeois herbeizuführen.
6. Angesichts der Arbeiterschutz- und Versicherungs-Anträge sei die Begeisterung unter den Genossen verflogen.
7. Majoritätsbeschlüsse in der Fraktion kommen fast immer mit Rücksicht auf andere Parteien und Gesellschaftsklassen zu Stande und ebnen so den Boden zur Schwenkung nach rechts.
8. Die Taktik der Partei ist falsch und verkehrt.
9. Sozialismus und Demokratie hat nichts gemein mit den Reden unserer Abgeordneten.
10. Es sei **Betrug**, wenn man die Genossen glauben zu machen versucht, daß mittelst des Parlamentarismus innerhalb der heutigen Gesellschaft eine Sozialisirung der verschiedensten Klassen möglich sei.
11. Es sei ein **Unsinn**, dem Volke glauben zu machen, den Königen werde ihr Handwerk schließlich zu schwer.
12. Das Reden vom Hineinwachsen der heutigen Gesellschaft in den sozialistischen Staat sei ein **Blödsinn**. Die solches sagen sind selbst weit schlimmeres als politische Kindsköpfe.
13. Das Flugblatt redet von jämmerlichen Gesetzentwürfen und kläglichen Reichstagsreden und einer „sichtbaren Schwenkung“.
14. Die neue Taktik ist ein Kompromiß mit der Masse auf Kosten des Prinzips.

Das also sind die Vorwürfe, welche uns das Flugblatt macht; und nachdem wir des Betrugs und Verraths an der Partei und dem Proletariat beschuldigt werden, wollen sich die Verfasser mit der Wendung vor der Verantwortung salviren, daß sie schreiben:

„Nicht Unehrlichkeit werfen wir aber den Führern vor, sondern allzu große Rücksichtnahme auf alle möglichen Machtfaktoren, hervorgegangen aus der veränderten Lebensstellung und der zu geringen Fühlung mit dem Proletarierelend, dem Pulsschlag des gequälten Volkes.“

Ist das nicht elende Heuchelei, welche nur übertroffen wird durch die Feigheit, welche dahinter steckt? Und diese Verleumdungen werden.

gegen Männer geschleudert, wie Bebel und Liebknecht, die in Vertretung der Partei- und Proletarierinteressen mehr Jahre im Gefängniß zugebracht haben, als manche der Verbreiter des Flugblattes überhaupt erst zur Partei gehören". (Stürmischer Beifall und Unterbrechung.)

Dem Abgeordneten Grillenberger wird von der Opposition vorgeworfen, er habe von der Tribüne des Reichstags herab die Revolution abgeschworen.

Die betreffenden Stellen der Rede Grillenberger's lauten nach dem Stenographischen Bericht, Seite 1805, der 77. Sitzung vom 28. Februar 1891:

„Herr Dr. v. Bennigsen hat, um dem Herrn Reichskanzler zu sekundiren, auch gesagt, es scheine uns mit unserer reformatorischen Thätigkeit nicht so recht ernst zu sein, weil der hervorragendste Gelehrte, den die Sozialdemokratie aufzuweisen hat, der verstorbene Karl Marx, sich in dem jüngst bekannt gewordenen Brief dafür erklärt habe, daß als Uebergangsstadium von der kapitalistischen zur sozialdemokratischen Gesellschaft eine Diktatur des revolutionären Proletariats eintreten müsse. Aber Herr Dr. v. Bennigsen hat beizufügen vergessen, daß die sozialdemokratische Partei sich diesem Programm-Vorschlag von Marx nicht gefügt hat. Marx war ja gerade darüber ungehalten, daß die deutsche Sozialdemokratie sich ihre programmatischen Bestimmungen so zurechtgelegt hat, wie sie es für die deutschen Verhältnisse für richtig hielt und daß infolge dessen von einer revolutionären Diktatur des Proletariats bei uns niemals die Rede gewesen ist. Gerade das, was man uns als Anerkennung zu Theil werden lassen sollte, daß wir nicht mir nichts dir nichts „Ordre pariren", wenn uns von auswärts her ein uns nicht genehmes Programm zugemuthet wird, das wird hier gegen uns vorgebracht! Das genirt uns allerdings nicht, wir werden unsern Weg, wie bisher, ruhig weiter gehen und uns darin nicht stören lassen, wenn bei Begründung jedes neuen Gesetzes der Herr Reichskanzler auftritt und darauf hinweist, daß hier eine große soziale Gefahr vorhanden sei, und daß man bereit sein müsse, sie niederzustrecken."

Weiter sagte Grillenberger in derselben Sitzung — s. S. 1810 des Berichts —:

„ . . . . . Der Herr Abgeordnete Dr. Windthorst hat mich provozirt, eine bestimmte Erklärung abzugeben. Obwohl ich nun der Meinung bin, daß ich gestern und heut klar genug nach jeder Richtung hin gesprochen habe, so stehe ich doch nicht an, seinen persönlichen Aufforderungen in einer persönlichen Entgegnung zu entsprechen. Ich habe mich mit aller Energie, Herr Dr. Windthorst, und ohne jeden Rückhalt gegen eine gewaltsam durch uns herbeizuführende Revolution ausgesprochen.

Das Marx'sche Programm betreffend habe ich nicht gesagt, daß wir die Marx'schen Anschauungen im Allgemeinen zurückgewiesen hätten, sondern nur die in seinem Briefe enthaltenen Rathschläge. Ein Appell an die Gewalt oder eine Verherrlichung der Gewalt ist in jenem Briefe nicht enthalten."

Außer der in den vorstehend wiedergegebenen Ausführungen angeblich enthaltenen „Abschwörung" wird dem Abgeordneten Grillenberger noch zum Vorwurf gemacht, daß die von ihm damals redigirte „Fränkische Tagespost" gelegentlich des Todes Kaiser Friedrichs mit einem Trauerrand erschienen sei. Diese Behauptung ist ebenfalls falsch. Die „Fränkische Tagespost" hob die Todesnachricht nur dadurch im Blatte hervor, daß sie dieselbe — wie die gesammte Presse — an der Spitze brachte und sie am Anfang und am Ende mit ein paar Querleisten versah.

Der von Auer bei demselben Anlaß geschriebene Artikel des „Berliner Volksblatt", welcher ebenfalls als Beweisstück für den in der Partei sich breit machenden Byzantinismus angeführt wird, hat folgenden Wortlaut:

† Kaiser Friedrich.

Die lang erwartete Katastrophe ist eingetreten: **Kaiser Friedrich** weilt nicht mehr unter den Lebenden.

Er fiel einer furchtbaren Krankheit zum Opfer, gegen welche die medizinische Wissenschaft kein Heilmittel kennt, und die nur mit dem Tode endet. Ein tragisches Geschick muß auch jene auf das Tiefste berühren, die im Kaiser wie im Bettler nur den Menschen sehen.

Noch vor wenigen Monaten konnte man das stolze Bild von den „vier Kaisern" in allen Schaufenstern unserer Kunsthandlungen sehen. Heute hat der Tod zwei davon aus dem Leben gerissen, den Vater im höchsten Greisenalter, den Sohn in der Vollkraft des Mannes.

Die Vergänglichkeit alles Irdischen gilt für den im Palast Geborenen ebensogut, wie für den, dessen Wiege in der Hütte stand. Vor dem Tode heißt es heute schon: Gleichheit für alles, was Menschenantlitz trägt. —

(Hier folgt ein kurzer Lebensabriß des Verstorbenen.)

Wir haben uns nie zu dem Glauben bekannt, daß die Geschicke ganzer Völker von den Thaten und Impulsen einzelner Männer abhängig seien und der Tod oder das Leben eines Einzelnen — und mag derselbe noch so hochstehend sein — wird von uns nie als ausschlaggebend für die Gestaltung und Entwicklung unseres Volkslebens betrachtet werden. Gewiß vermag der Einzelne den Ereignissen seinen Stempel aufzudrücken, aber nur dadurch, daß er sich denselben anschließt und, indem er sich den Anschein giebt, dieselben zu beherrschen, sich von ihnen tragen läßt. Die Geschichte nimmt ihren ehernen Lauf, und ob der Einzelne dabei an die Oberfläche getragen wird, und ob die gaffende Menge

glaubt, in diesen Einzelnen die Leiter und Lenker der Schicksale der Menschheit erblicken zu müssen, das ändert nichts an der Thatsache, daß ohne Alexander und Cäsar, ohne Cromwell und Danton, ohne Napoleon und Bismarck die Menschheit in ihrer Entwicklung genau an derselben Stelle wäre, wo sie heute ist, nicht weiter vor, aber auch nicht weiter zurück. Die zeitgeschichtlichen Vorgänge schaffen die „großen Männer" — nicht umgekehrt.

Wir können deshalb auch nicht mit jenen übereinstimmen, welche angesichts der aufgeschlagenen Todtenbahre im Kaiserpalast sich in den düstersten Prophezeiungen über Deutschlands Zukunft ergehen.

Wir glauben gern, Kaiser Friedrich war ein milder und humaner Mann, der von seinem Standpunkte aus sicherlich von den besten Absichten für das Wohl der Nation durchdrungen war. Er stand modernen Anschauungen nicht grundsätzlich feindlich gegenüber und war in seinen Ansichten so liberal, wie es in der heutigen Zeit ein Fürst seines Stammes und seiner Erziehung nur sein kann. Dennoch aber glauben wir, daß in Deutschland ein wirklich liberales Regiment nur möglich ist, wenn das Volk selbst in seiner großen Mehrheit ein solches verlangt. Wenn dies aber der Fall ist, dann wird, dann muß dem Volke sein Wille werden.

Jedes Volk wird regiert, wie es verdient regiert zu werden. Will das Volk mit dem System, das mit den Namen Ihring-Mahlow, Naporra, Schröder für ewige Zeiten gebrandmarkt ist, brechen, dann hat es die Mittel dazu in den Wahlen.

Nicht der Einzelne, sondern das Volk in seiner Gesammtheit macht Geschichte. So wenig wir uns deshalb auch lossagen möchten von dem Gefühle menschlichen Bedauerns mit dem tragischen Schicksal, dessen Opfer der verstorbene Kaiser geworden ist, so wenig möchten wir uns doch jenen anschließen, welche mit dem Kaiser die Hoffnung auf eine freiheitliche Entwicklung Deutschlands in absehbarer Zeit zu Grabe getragen glauben. Wer so denkt, der hat den Glauben an den guten Geist der deutschen Nation verloren, er mag aus der Reihe der Kämpfenden austreten und jenen Platz machen, die entschlossen sind, das Banner der Freiheit und Gerechtigkeit auch unter Sturm und Gefahr zum Siege zu tragen.

Gewiß wird jeder aufrichtige Volksfreund wünschen, daß die Entwicklungsgeschichte der Menschheit sich möglichst in glatten Bahnen bewege und die gewaltsamen Zusammenstöße und Explosionen vermieden werden. Wir begrüßten es deshalb freudig, daß der verstorbene Kaiser in seinem Manifest an das deutsche Volk seiner Friedensliebe einen so unzweideutigen Ausdruck gab, und daß dieser Versicherung innerhalb wie außerhalb Deutschlands voller Glaube und uneingeschränktes Vertrauen entgegen gebracht wurde. Es lag in diesem Vertrauen die beste Bürgschaft für den Frieden.

In Kaiser Friedrich wird ein Mann des Friedens begraben, möchte nach ihm bald jener Chauvinismus verschwinden, den wir früher an unseren Nachbarn jenseits des Rheins so bitter tadelten und der heute immer weitere Kreise unseres Volkes zu erfassen droht.

Von dem entschlafenen Monarchen sagte man, daß derselbe den entschiedenen Willen hatte, den Druck der Ausnahmegesetzgebung,

der auf der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands nunmehr schon seit 10 Jahren lastet, wenigstens zu mildern, wenn nicht zu beseitigen. Ob das wirklich in der Absicht des Verstorbenen lag, wir wissen es nicht. Immerhin aber wird es in der Erinnerung der deutschen Arbeiter bleiben, daß unter der Regierung Kaiser Friedrichs jener Minister gehen mußte, mit dessen Namen die härtesten Maßregelungen gegen die Arbeiterschaft verbunden waren.

Wenn deshalb die Theilnahme an dem ungemein traurigen Geschick des verstorbenen Kaisers auch in jenen Arbeiterkreisen, welche nicht ihren Stolz darin erblicken, Fürstendiener zu sein, eine allgemeine ist, so erklärt sich dies einmal aus dem Mitgefühl, das jeder nicht durch und durch verrohte Mensch empfinden muß, angesichts eines Martyriums, wie es Kaiser Friedrich erduldet hat. Dann aber gilt diese Theilnahme allerdings auch dem Politiker, der, obwohl den Tod im Herzen fühlend, doch noch die Kraft fand, dem System Puttkamer den Todesstoß zu versetzen. Dieser Todesstoß aber ist erfolgt, mag auch die nächste Zukunft bringen, was sie will.

Wir möchten nicht schließen, ohne unsere Theilnahme zugleich der Frau auszusprechen, die als treue Gattin in unermüdlicher Sorge den Todtkranken gepflegt und ihm in schwersten Stunden eine nie versagende Stütze war. Das bis zum Tode getreue und hingebende Weib bleibt immer ein erhabener Anblick, ob es uns im Palast oder in der Hütte begegnet. Ihm sei unsere Achtung und Huldigung gebracht."

Als ein dritter Beweis für die Verleugnung demokratischer und republikanischer Grundsätze seitens der Fraktionsmitglieder wird eine angebliche Aeußerung des Abgeordneten Aug. Heine gelegentlich des großen Geheimbundsprozesses in Magdeburg im Jahre 1887 angeführt.

Der Abgeordnete Heine befand sich unter den Angeklagten und bei seiner Vertheidigung soll er sich, nach der einen Darstellung, darauf berufen haben, daß er bei seiner Wahl 1884 ein „Flugblatt habe verbreiten lassen, in welchem er sich für die Grundsätze der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 ausspreche".

Nach einer anderen, ebenfalls von der Opposition ausgehenden Darstellung soll Heine sich nicht auf ein früheres Flugblatt berufen, sondern im Laufe seiner Vertheidigung erklärt haben, „daß er kein so gefährlicher Umstürzler sei, wie es der Staatsanwalt darstelle, sondern, daß er (Heine) auf dem Boden der kaiserlichen Botschaft stehe".

Was das vorerwähnte Flugblatt betrifft, so enthält dasselbe nur eine einzige Stelle, in welcher von der kaiserlichen Botschaft die Rede ist; diese Stelle aber lautet:

„Er (Heine) wird die sozialen Reformgesetze, welche auf Grund des kaiserlichen Erlasses dem Deutschen Reichstage von der Reichsregierung vorgelegt werden, gewissenhaft prüfen, und, wenn dieselben sich als zum Heile des Volkes, der Handwerker

und Arbeiter erweisen sollten, annehmen, wird jedoch allen dem, was des Volkes Rechte und Freiheiten gefährden könnte, entschieden entgegentreten."

Ob Heine in der Gerichtsverhandlung behauptet hat, auf dem Boden der kaiserlichen Botschaft zu stehen, darüber gehen die Mittheilungen auseinander. Heine selbst bestreitet es auf das Entschiedenste und will sich nur in dem Sinne ausgesprochen haben, wie dies in dem Flugblatte geschah. Dasselbe bestätigt der Vertheidiger in dem angeführten Prozesse, Genosse Rechtsanwalt Freudenthal in Berlin. Dieser behauptet, Heine habe, wenn man sich gegenwärtig halte, daß er auf der Bank der Angeklagten mitsaß, und daß der Staatsanwalt den „rothen Lappen" mächtig schwenkte, nichts gesagt, was ein Genosse unter solchen Verhältnissen nicht sagen durfte.

Gegen Heine zeugen eine Anzahl seiner Mitangeklagten, welche sich speziell auch auf den Bericht über die Gerichtsverhandlung in der „Magdeburger Zeitung" und dem „Neuen Tageblatt" berufen. Die betreffende Stelle dieses Berichtes der beiden sozialistenfeindlichen Blätter lautet:

„Der frühere Reichstags-Abgeordnete für Magdeburg, August Heine aus Halberstadt, der Theilnahme an der Verbindung angeklagt, hat Anfangs jede Auskunft verweigert, erklärt sich aber bereit, jetzt die verlangte Auskunft geben zu wollen. Aus der ziemlich umfangreichen Rede heben wir das Wesentlichste hervor: „Im Jahre 1884, kurz vor der Wahl, ward mir die Kandidatur für Magdeburg angeboten; ich acceptirte jedoch nur unter der Bedingung, daß ich eine event. gleichzeitige Wahl in Halberstadt annehme. Ich wurde nun hier bekanntlich mit Hülfe der Konservativen gewählt, denen ich speziell empfohlen wurde vom hiesigen Polizei-Präsidenten Dr. v. Arnim und dem Polizei-Inspektor Krieter. Ich erklärte damals in einem Flugblatt, ich stehe auf dem Boden der kaiserlichen Botschaft und stehe noch heute darauf."

Wie weit dieser Bericht als ein Beweis dienen kann, muß den Lesern überlassen bleiben. Bemerkt sei hier nur, daß die „Hilfe der Konservativen" damals unseren Genossen aus Haß gegen den Freisinn gewährt wurde. Weder unsere Genossen in Magdeburg noch Heine selbst haben irgend einen Schritt gethan, um sich der Hilfe der Konservativen zu versichern.

* * *

Damit sind die Beweisstücke, auf welche sich die Opposition beruft, erschöpft.

Angefügt mögen hier noch werden Aeußerungen, welche am 22. September in einer Versammlung des III. Berliner Wahlkreises gelegentlich der Wahl von Delegirten zum Parteitag fielen. Dort erklärte Wildberger:

„Durch Anträge, die auch das Zentrum stellen kann, hat die Partei den revolutionären Boden in der That verlassen. Damit unterscheidet sie sich faktisch nicht mehr von den Possibilisten, die man noch vor zwei Jahren vom Pariser Kongreß ausgeschlossen hat. Da die Presse, die unter dem Einfluß der Parteileitung steht, sich seit der Feenpalast-Versammlung gegen uns nur in Verdächtigungen und unfläthigen Schimpfereien ergeht, so können wir natürlich mit einem Parteitage, der in solchem Sinne zusammengesetzt ist, nichts anfangen. Wir könnten noch viel deutlicher werden, wenn wir einmal beleuchten wollten, wie verwerflich der Parlamentarismus von der pekuniären Seite ist. Dann würde man uns freilich wieder Denunzianten nennen. Einem einseitigen Gerichtshofe des Parteitages unterbreiten wir nichts, weil wir von vornherein wissen, daß wir doch verurtheilt werden. Als Jesus geht man da hinein, als Teufel aber kommt man heraus."

In demselben Sinne, wie hier Wildberger, haben sich eine Anzahl anderer Redner der Opposition über den Parteitag ausgesprochen. Besonders bei Gelegenheit der Versammlungen zur Wahl der Delegirten erklärten, dem Beispiele Wildberger's folgend, mehrere Anhänger der Opposition, welche als Delegirte in Vorschlag gebracht worden waren, auf direktes Befragen, daß sie zwar das Flugblatt nicht verfaßt, daß sie aber auf dem Boden desselben stehen, und daß sie nur das Eine an demselben auszusetzen haben, daß die **Sprache noch lange nicht scharf und rücksichtslos genug sei. In einem eventuellen zweiten Flugblatt werde man noch ganz anders auftreten müssen.**

Diese Erklärung gaben speziell in der Versammlung des Wahlvereins im V. Berliner Reichstagswahlkreis der Redakteur Richard Baginski und der Hausdiener Lamprecht ab.

* * *

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu machen, glauben wir in der vorliegenden Zusammenstellung den Delegirten doch alles dasjenige Material zu unterbreiten, das sie bedürfen, um sich ein erschöpfendes Bild über das Auftreten der Opposition und die von derselben vorgebrachten Beschwerden und Anklagen bilden zu können.

Berlin, den 8. Oktober 1891.

Der Partei-Vorstand.

Protokoll.

Vorversammlung: Mittwoch, den 14. Oktober, Abends 7 Uhr, im Kaisersaal.

Die Delegirten aus allen Gauen Deutschlands trafen zwischen 6 und 7 Uhr in den festlich geschmückten Räumen des Versammlungslokals ein. Der große Saal ist mit rothen Schildern dekorirt, auf welchen sich Sinnsprüche unserer Partei befinden. Von den Wänden flattern rothe Fahnen in den Saal. Von der Decke wallt ein mächtiges rothes Banner in den Saal hinab. Ueber der Tribüne prangt in weithin sichtbarer Inschrift das Wort: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" und „Die Arbeiter sind der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft aufgebaut werden soll!"

Die Verhandlungen werden um 7 Uhr 10 Minuten vom Genossen Singer mit folgender Ansprache eröffnet:

„Im Auftrage der Parteileitung eröffne ich die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und heiße die aus allen Gauen des Reiches zahlreich herbeigeeilten Delegirten herzlich willkommen. Wir haben auf dem bevorstehenden Parteitage eine Reihe ernster, wichtiger Aufgaben zu erfüllen. Während es sich im vorigen Jahre auf dem Parteitage in Halle darum handelte, nach dem Falle des Sozialistengesetzes eine neue Organisation für die Partei zu schaffen, eine Organisation, welche die Partei in den Stand gesetzt hat, in energischer und erfolgreicher Weise ihre Prinzipien zu vertreten, für ihre Ideale zu kämpfen, werden wir auf diesem Parteitage uns damit zu beschäftigen haben, uns ein neues Programm zu geben, welches wissenschaftlich unanfechtbar unsere Forderungen in klarer und allgemein verständlicher Form zum Ausdruck bringt und gleich dem bisherigen Programm uns ein Leitstern im Kampfe, ein Führer zum Siege sein wird. (Bravo!) Ich bin überzeugt, daß die Aufgaben, welche die Sozialdemokratie Deutschlands auf diesem Parteitage zu erfüllen hat, gelöst werden, wie es der Würde und der Ehre der Partei entspricht. (Bravo!) Ich darf die zuversichtliche Hoffnung aussprechen, daß, wie auch immer in einzelnen Fragen die Ansichten der Parteigenossen auseinander gehen mögen, die Geschlossenheit und Einigkeit

der Partei auch hier auf dem Parteitage zu machtvollem Ausdruck gelangen und einen glänzenden Triumph feiern wird. (Lebhafte Zustimmung!) So wie die Solidarität des Proletariats aller Länder sich in Brüssel siegverheißend manifestirt hat, so werden auch unsere Berathungen einzig und allein den Interessen der Arbeiterklasse, der Befreiung des Proletariats gewidmet sein. Wir können um so hoffnungsreicher in unsere Verhandlungen eintreten, als die letzten Wochen und Tage uns wiederum den Beweis gebracht haben, daß die Sozialdemokratie in ungebrochener Kraft ihre Siege zu erringen weiß. Unseren Parteigenossen in Baden haben vor wenigen Wochen sich die Thore des badischen Landtags erschlossen; den meiningenschen Genossen ist es gelungen, einen Sozialdemokraten in den Landtag zu entsenden, und die aus dem Wahlkampf direkt auf den Parteitag kommenden sächsischen Genossen bringen uns die Nachricht, daß unsere Partei gestern in heißer Wahlschlacht schöne Siege erfochten hat; wir haben den Besitzstand von 4 Mandaten gewahrt und 3 neue Mandate erobert, und wir können die erfreuliche Thatsache berichten, daß die sozialdemokratischen Stimmen von 13 500 im Jahre 1885 gestern auf 34 000 gestiegen sind. (Bravo!)

Die sächsischen Delegirten bringen dem Parteitage als Gruß der wackeren sächsischen Genossen ein Mehr von 20 000 sozialdemokratische Stimmen für den sächsischen Landtag mit, und ich meine, wir dürfen dies als ein gutes Zeichen betrachten, und sicher sein, daß wenn die Sozialdemokratie zum Kampfe aufgerufen wird, sie den Sieg an ihre Fahne heftet. (Bravo!)

Ich habe nicht nöthig, die Parteigenossen daran zu mahnen, sich der Pflichten, die ihnen der Parteitag auferlegt, bewußt zu bleiben. Wir wissen, daß die Augen der ganzen Welt jetzt nach diesem Saal gerichtet sind. Wir werden den Beweis liefern, daß die Hoffnungen, welche die Gegner auf diesen Parteitag setzen, zu Schanden werden; wir werden aber auch den Beweis liefern, daß innerhalb unserer Partei, bei voller Freiheit der Meinungsäußerung, an dem sozialdemokratischen Prinzip, an der Verpflichtung, sich den Beschlüssen der Majorität unterzuordnen und zu fügen unverbrüchlich festgehalten wird. (Bravo!)

Was auch unsere Verhandlungen ergeben werden, stets werden wir unser erhabenes Ziel, die Befreiung des Proletariats, die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft und die Schaffung einer menschenwürdigen Gesellschaftsorganisation fest und unverrückbar im Auge behalten, und ich bitte Sie, dies auszusprechen, indem Sie zu Beginn unserer Verhandlungen mit mir einstimmen in den Ruf, der uns bisher geleitet hat und der uns weiter leiten und zu neuen Siegen führen wird: Hoch die deutsche, hoch die internationale Sozialdemokratie, hoch das Proletariat aller Länder, sie leben hoch! (Die Versammlung stimmt begeistert dreimal in den Hochruf ein.)

Auf Grund des § 9 letzter Absatz unserer Organisation, welcher lautet:

„Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Theilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst"

habe ich Sie nunmehr zu bitten, den Parteitag zu konstituiren, indem Sie das Bureau für den Parteitag ernennen und zunächst in die Wahl der Vorsitzenden eintreten.

Grothe-Halle schlägt vor, zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten die Genossen Kloß-Stuttgart und Singer-Berlin zu wählen.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Durch Acclamation werden die beiden Genannten zu Vorsitzenden gewählt und nehmen die Wahl an.

Auf Vorschlag Grothe-Halle werden die Schriftführer durch Acclamation gewählt, und zwar sollen immer drei Schriftführer gleichzeitig fungiren, einer für die Rednerliste, zwei für das Protokoll. Für heute werden Geyer, Schmid und Blume auf das Bureau berufen.

Von der Parteileitung ist dem Parteitage die in Halle beschlossene Geschäftsordnung unterbreitet worden, die mit Rücksicht auf die Delegirtenzahl auf Vorschlag Singers eine Abänderung erfährt und schließlich in folgendem Wortlaut angenommen wurde:

1. Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2. Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen und müssen dieselben, falls sie zur Verhandlung gelangen sollen, von mindestens 20 Delegirten unterstützt sein. Die Unterstützung kann durch Unterschrift oder Zuruf erfolgen.

3. Sobald ein Antrag die nöthige Unterstützung gefunden, erhält bei der Verhandlung darüber zunächst der Antragsteller das Wort.

4. Bei Geschäftsordnungs-Anträgen genügt eine Unterstützung von 10 Delegirten. Bei Anträgen auf Schluß der Debatte oder auf Vertagung erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner ertheilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schluß der Debatte zu machen.

5. Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt. Die Einbringer selbständiger Anträge haben zur Begründung derselben eine Redezeit von 20 Minuten.

In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner — mit Ausnahme der Referenten und Einbringer selbständiger Anträge — darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

6. Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrags.

7. Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitags muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

8. Vor Schluß des Parteitags abreisende Delegirte haben dies dem Bureau anzuzeigen. Die Namen der Betreffenden sind im Protokoll zu vermerken.

Außerdem ist zu der provisorischen Tagesordnung ein Antrag Tölcke eingegangen, wonach dieselbe in folgenden Punkten abgeändert werden soll: 1. Die Berathung über das Programm soll derjenigen über die Taktik vorangehen; 2. sofort nach der Mandatsprüfung soll eine Kommission aus 5 Mitgliedern niedergesetzt werden, welche alle Anträge und Beschwerden gegen die Parteileitung, die Reichstagsfraktion u. s. w. zu prüfen und über das Ergebniß schleunigst Bericht zu erstatten hat; 3. diese Kommission, zu welcher Mitglieder der Fraktion und der Parteileitung nicht gehören dürfen, hat sich sofort zu konstituiren und ihren Vorsitzenden durch das Bureau bekannt zu machen; 4. bis zur Berichterstattung der Kommission soll über die betreffenden Anträge, Beschwerden u. s. w. nicht verhandelt werden.

Zu Nr. 5 der Tagesordnung, Redezeit, beantragt Auerbach-Magdeburg, für die Punkte 1, 3a und 3b und 4 der provisorischen Tagesordnung je einen Referenten und Korreferenten mit gleicher Redezeit zu bestellen.

Täterow-Berlin kann nicht begreifen, was die Bestellung eines Korreferenten zu den angegebenen Punkten der Tagesordnung bedeuten soll. Ein Korreferent habe eventuell die direkte Gegenmeinung zum Ausdruck zu bringen. Solches sei aber doch nicht zu erwarten, wenn auch in letzter Zeit viel von einer Opposition die Rede gewesen. Diese sogenannte Opposition sei doch gar nicht ein so fester Begriff, daß Korreferenten nöthig würden. Jeder Parteigenosse sei je nach der Lage der Sache berechtigt und verpflichtet, Opposition zu machen; es werde durchaus demokratisch verfahren, wenn man die Berichterstatter höre und dann frei diskutire.

Werner-Teltow: Ich kann diese Auffassung nicht theilen. Wie soll man die vielleicht 1½ stündigen Ausführungen eines Referenten in 10 Minuten widerlegen können? Es ist Ihnen eine Broschüre vorgelegt worden: „Die Anschuldigungen der Berliner Opposition.“ Es wäre unbedingt ein Akt der Gerechtigkeit, wenn Sie auch Denen, die hierin angegriffen sind, das Wort zur Erwiderung geben.

Sailer-Luckenwalde ist mit dem Vorschlag Auerbach einverstanden und vertritt die Ansicht, daß man den Leuten von der Opposition die größte Redefreiheit gewähren soll, damit sie ihre

Anklagen gegen Fraktion und Parteileitung möglichst gründlich erörtern können.

Bebel: Wenn der Antragsteller erklärt hätte, daß er für nothwendig hält, daß diejenigen unter uns, die hier mit ganz besonderen Anklagen, sei es gegen die Parteileitung oder den Parteivorstand oder einzelne Genossen, kommen wollen, zur Begründung längere Redezeit erhalten, so bin ich der erste, der dafür eintritt. Der vorige Parteitag in Halle hat hinlänglich gezeigt, daß er geneigt war, Werners Anklagen zu hören, er hat ihm die Redezeit auf das Doppelte und noch weiter verlängert. Wollen Sie das heute auch, dann wird Niemand dagegen sein. Einen Korreferenten im Sinne des Antrages zu wählen ist ja vielfach gar nicht möglich. Der Korreferent muß den Dingen persönlich nahe gestanden haben, und ich frage Auerbach, wie denn z. B. ein anderer als ein Vorstandsmitglied über die innere Thätigkeit der Parteileitung referiren soll. Das ist einfach ein Nonsens. Wenn Sie als Opponenten sprechen wollen, trete ich für Sie ein. Beim Punkte der parlamentarischen Thätigkeit, wo Molkenbuhr Referent ist, kann doch eben auch Niemand anders als ein Abgeordneter den Bericht erstatten. Wenn Sie einen Korreferenten ernannt haben wollen, so hat diesen die Majorität des Parteitages zu bestimmen und Sie (zu der Opposition) kommen wahrscheinlich nicht dazu! (Heiterkeit.) Als Ankläger aber sollen Sie möglichste Redefreiheit bekommen, in diesem Punkte haben die Erklärungen der Parteileitung an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig gelassen. Bezüglich des Punktes der Parteitaktik habe ich bereits vor längerer Zeit Vollmar mitgetheilt, daß unter uns Einstimmigkeit besteht, daß sowohl ihm, der abweichende Ansichten geäußert hat, als einem Mitgliede der Opposition volle Redefreiheit gewährt werde. Furcht, Herr Auerbach, haben wir nicht. (Heiterkeit.) Wenn wir in diesem Sinne handeln, kann Niemand über Illoyalität des Kongresses sich beschweren. (Beifall.)

Grothe-Halle erinnert ebenfalls daran, daß man in Halle Werner die Redezeit von 20 auf 40 und 50 Minuten verlängert und geduldig seine Ausführungen angehört habe. Soviel Gerechtigkeit könne die Opposition vom Parteitage erwarten, daß ihrem Vertreter auch 60 Minuten gewährt werden, nur damit die Sache endlich einmal zu Grabe getragen werde.

Werner: Nach den Ausführungen Bebels haben wir oder wenigstens ich keine Veranlassung, dieses Korreferat aufrecht zu erhalten, aber wenn wir als Ankläger auftreten sollen, wovon ich gar nichts weiß, so ist es besser, vorher die Redezeit festzustellen.

Auerbach: Die Erklärungen Bebels genügen mir. Daß Sie keine Furcht haben, war unnöthig, scharf hervorzuheben. Die Situation ist geklärt. Ich habe diese Empfindung und ziehe deshalb meinen Geschäftsordnungsantrag zurück.

Darauf wird zur Festsetzung der definitiven Tagesordnung übergegangen und nach dem Entwurf als Punkt 1 „Geschäftsbericht des Parteivorstandes" angenommen.

Vorsitzender Singer: Ich möchte hierbei das Einverständniß des Parteitages darüber herbeiführen, daß bei Punkt 1, falls sich längere Ausführungen seitens der Opposition nothwendig machen und die sich zur Opposition rechnenden Delegirten unter sich einen Redner bestimmen, diesem Redner dann dieselbe Redezeit wie dem Referenten gegeben werden soll. Ich darf als den Willen des Parteitages ansehen, daß er keine Neigung hat, Jedem, der sich als Mitglied der sog. Opposition bezeichnet, zu jedem Punkte unbeschränkte Redezeit zu geben. Ich konstatire das als die einstimmige Meinung des Parteitages.

Punkt 2 der provisorischen Tagesordnung: „Bericht der Kontrolleure" wird ebenfalls bestätigt.

Der Antrag Tölcke (s. o.) ist zurückgezogen.

Zu Punkt 3a und 3b der provisorischen Tagesordnung schlägt Bebel vor, nach Erstattung der beiden Referate einerseits Vollmar und andererseits einen Redner der Opposition mit gleichem Rechte wie die Referenten sprechen zu lassen. Da die beiden Punkte nicht auseinandergehalten werden könnten, werde die Verhandlung zweckmäßig in dieser Form zu führen sein.

Der Parteitag ist damit einverstanden.

Die übrigen Punkte der provisorischen Tagesordnung werden gleichfalls acceptirt, und damit ist die Tagesordnung für die Verhandlungen des Parteitages definitiv festgesetzt.

Auf Vorschlag Förster wird die aus 9 Personen bestehende Mandatsprüfungskommission ebenfalls durch Akklamation gewählt: dieselbe tritt sofort nach Schluß der Sitzung zusammen.

Die Versammlung ist mit dem Vorschlage des Vorsitzenden einverstanden, daß die Sitzungen des Parteitages von 9—1 Uhr Vormittags und von 3—7 Uhr Nachmittags stattfinden. Eine etwaige Sonntagssitzung soll, den Erfurter Polizeivorschriften entsprechend, erst um 3 Uhr Nachmittags beginnen.

Schluß 8 Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Donnerstag, den 15. Oktober.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender Singer eröffnet die Sitzung um 9 Uhr mit folgender Ansprache: Parteigenossen! Wir haben auch in diesem Jahre die Freude, einige ausländische Genossen unter uns zu sehen. Bis jetzt sind eingetroffen der holländische Genosse van der Goes und die österreichischen Genossen Czermak und Reu-

mann. Ich heiße dieselben Namens des Parteitages herzlich willkommen und spreche den Wunsch aus, daß sie aus unseren Verhandlungen die Ueberzeugung in ihre Länder mitnehmen wollen, daß die deutsche Sozialdemokratie sich stets ihrer internationalen Verpflichtungen bewußt bleiben wird und daß sie weiß, daß jeder Sieg, den sie in Deutschland erringt, gleichzeitig zu Gute kommt dem gesammten internationalen Proletariat; die deutsche Sozialdemokratie wird die Pflege und Förderung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse stets als eine ihrer ersten Aufgaben und Pflichten betrachten. (Beifall!)

Eine große Anzahl von Begrüßungs- und Zustimmungstelegrammen ist bei dem Bureau des Parteitages eingelaufen. Von einer wörtlichen Verlesung dieser Kundgebungen wird Abstand genommen.

Als Schriftführer fungiren in der heutigen Sitzung Frohme-Hamburg und Scholz-Berlin; die Rednerliste führt Oertel-Nürnberg.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Geschäftsbericht des Parteivorstandes.

Berichterstatter Auer: Werthe Genossen! Der Parteivorstand hat es für das Richtigere gehalten, seinen Bericht den Genossen gedruckt zu unterbreiten. Sie haben gestern alle den Bericht erhalten, und wenn ich auch nicht Sanguiniker genug bin, anzunehmen, daß Sie etwa alle denselben gelesen haben — das gestattete schon die Kürze der Zeit nicht, und außerdem lag noch ein anderes interessantes Aktenstück vor —, so darf ich doch annehmen, daß eine große Anzahl von Ihnen denselben gelesen hat. Ich beschränke mich deshalb darauf, Ihnen dasjenige mitzutheilen, was im Bericht nicht steht, was aber zur Erläuterung des einen oder anderen Punktes nothwendig erscheint.

Zunächst einige Mittheilungen über die Geschäftsordnung, wie sie sich der Parteivorstand selbst gegeben hat. Getreu den alten Traditionen der Parteileitung und im Interesse einer möglichst prompten und raschen Erledigung der Geschäfte, haben wir uns von vorneherein dahin verständigt, in der Woche regelmäßig zwei Sitzungen abzuhalten. Bei dem stetig wachsenden Umfang der Geschäfte sind jedoch sehr häufig auch drei, ja vier Sitzungen in der Woche abgehalten worden, und in der Regel wurde daran festgehalten, diejenigen Scripturen, Briefe, Einsendungen von Seiten der Genossen, welche in der betreffenden Sitzung erledigt wurden, dem Feuertode zu überliefern. Ich kann nur den Wunsch aussprechen, daß umgekehrt auch die Genossen die Briefe, welche sie von Seiten der Parteileitung erhalten, nachdem sie von deren Inhalt Kenntniß genommen, ebenfalls vernichten. Diese Gewohnheit

haben leider nicht alle unsere Genossen. So Mancher glaubt eine gewisse Reliquie in solchem Briefe zu besitzen. Aber während religiöse Reliquien die Eigenthümlichkeit haben sollen, dem Besitzer Vortheile zu bringen, Wunder zu wirken, können die Reliquien, die vom Parteivorstande in die Hände der Vertrauensmänner und anderer Genossen kommen, unter Umständen die umgekehrte Wirkung haben. Sie wirken zwar auch Wunder, aber nicht zum Vortheile des Besitzers. (Heiterkeit!)

Den Umfang des Correspondenzverkehrs zwischen Vorstand und Genossen finden Sie im Bericht.

Die Zahl der Orte überhaupt, aus denen wir Adressen und eventuell Verbindungen haben, beträgt nach unserem Adreßbuch 879. Diese Ziffer giebt aber natürlich noch lange nicht die Zahl der Orte, in denen wir überhaupt Genossen, ja sogar organisirte Genossen haben.

Der Kassirer theilt mir mit, daß pro Tag wohl 4—6 Briefe auch an ihn kommen, abgesehen von Geldsendungen u. s. w. Ich will noch ergänzend hervorheben, daß die Geschäftsführung nicht beschränkt geblieben ist auf die fünf Vorstandsmitglieder, sondern daß des Oefteren und besonders bei allen wichtigen Gelegenheiten mit den sieben Kontrolleuren zusammen Sitzungen abgehalten wurden.

Ich komme nun zur Agitation, wie sie von Seiten der Parteileitung betrieben wurde. Es sind hierüber vielfach Klagen laut geworden, die wohl auch hier ihr Echo finden werden. Zunächst bedenken Sie, daß die Zeit seit der Beseitigung des Sozialistengesetzes eine verhältnißmäßig kurze ist. Wenn auch in den letzten Jahren des Bestehens des Sozialistengesetzes eine größere Latitude seitens der Behörden waltete, so hat doch zweifellos die Agitation in dem Umfange, wie wir es vor dem Sozialistengesetz gewohnt waren und wie wir sie heute wieder betreiben und betreiben müssen, nicht stattfinden können. Die Folge war, daß die leitenden, in den Parteivorstand berufenen Personen nicht mehr eine genaue Kenntniß aller zur Agitation geeigneten Personen haben konnten, weil diese Personen selbst unter dem Sozialistengesetz nicht die Gelegenheit hatten, ihre agitatorischen Fähigkeiten zu bekunden. Es war also nicht böser Wille unsererseits oder Abneigung gegen die mündliche Agitation, sondern in vielen Fällen der Mangel an geeigneten Persönlichkeiten oder der Mangel an Kenntniß derselben, welcher uns dahin gebracht hat, manchen Wunsch in dieser Beziehung unerfüllt zu lassen. Sehr häufig wird von den Provinzen gerufen: in den großen Städten sitzen alle die Agitatoren zusammen, sie mögen zu uns herauskommen. Man vergißt dabei, daß wenn auch in den großen Zentren, wie Berlin, Hamburg u. s. w., so und so viele rednerisch begabte Genossen vorhanden sind, an die Agitationsfähigkeit dieser Genossen doch

ungeheuer größere Ansprüche gestellt werden als in den kleineren Orten. In den kleineren Städten genügt vielleicht alle 14 Tage oder 4 Wochen eine Versammlung. Lesen Sie aber die Versammlungsberichte des „Vorwärts“ und des „Echo“ und Sie werden sich nicht mehr wundern, wenn ich Ihnen mittheile, daß in diesen Orten selbst an geeigneten agitatorischen Kräften nicht minder Mangel ist, als draußen. Nicht Jeder, der sich geeignet und berufen fühlt, das Wort zu führen, ist zugleich geeignet, hinaus auf's Land, in die Provinz zur Agitation zu gehen. Manchem verbietet es auch seine soziale Lage, sein Geschäft. Andererseits hält auch den Einen oder Andern eine falsche Bescheidenheit zurück. Grade die klügsten, einsichtigsten, verständigsten Genossen sind nicht immer Diejenigen, welche die höchste Meinung von sich haben. Es fehlte uns also an geeigneten Kräften, und wenn wir sie hinausschicken, sind wir doch dafür verantwortlich, falls sie nicht den Anforderungen entsprechen. Weiter fällt ins Gewicht, daß das geistige Niveau der Partei, die Ansprüche der Arbeiter an den Versammlungsredner, höhere geworden sind im Laufe der Jahre. Man begnügt sich nicht mehr mit gewöhnlichen Rednern, man will Reichstagsabgeordnete haben, als wenn mit dem Amt auch der Verstand käme und als wenn jeder Reichstagsabgeordnete eo ipso ein ganz besonders qualifizirter Redner wäre! Man kann ein sehr guter Reichstagsabgeordneter und dabei ein sehr mittelmäßiger Redner sein. Große Sachkenntniß, Geschäftstüchtigkeit kommen in den Kommissionsberathungen zur besten Geltung und sind oft eben soviel werth wie eine blendende Rede im Plenum. Immerhin ist es im Laufe der letzten 11 Monate schon besser geworden in Bezug auf die Entsendung tüchtiger Redner.

Ferner werden wohl Klagen laut werden über den Mangel an guten und geeigneten Agitationsschriften. Es ist bereits eine Reihe von Anträgen auf Veröffentlichung recht praktischer, passender, geschickter und dabei prinzipiell wichtiger Agitationsschriften eingelaufen. Diesem Wunsche kann sich der Parteivorstand nur aus vollem Herzen anschließen. Daß aber den Parteivorstand kein Verschulden trifft, ergiebt sich daraus, daß in den letzten 20 Jahren kein Kongreß getagt hat, in dem nicht derselbe Wunsch in Form eines Beschlusses zum Ausdruck gebracht worden ist. Wenn es mit den Beschlüssen in dieser Beziehung gethan wäre, dann hätten wir eine Musterkarte der ausgezeichnetsten populären Agitationsschriften. Aber diese Broschüren müssen auch geschrieben werden, und da hat es hier und da etwas gehapert. Es ist sehr schwierig, derartige Broschüren, speziell für die Landagitation, zu schreiben. Es gehört eben zum Verständniß der sozialdemokratischen Weltanschauung schon eine gewisse Summe politischer und sozialer Bildung (Sehr richtig!), und dieses Maß sozialpolitischer Einsicht

ist in den ländlichen Kreisen noch nicht überall vorhanden. Der Fehler liegt also nicht in den Parteibroschüren, die zum Theil ganz exzellent geschrieben sind, sondern in den Elementen, die wir erst gewinnen wollen, und deshalb ist es meine persönliche Anschauung, daß auf lange Zeit hinaus, besonders für die ländliche Bevölkerung, das gesprochene Wort noch von größerem Erfolg und größerer Wirkung sein wird, als wie das geschriebene. (Zustimmung.) Damit soll aber nicht gesagt werden, daß nicht auch von Seiten des Parteivorstandes dem Wunsche, geeignete, passende, populär und dabei korrekt, prinzipiell geschriebene Broschüren den Massen zugänglich zu machen, die volle Sympathie entgegengebracht würde. Wir geben in unserm gedruckten Bericht den Rath, daß diese Aufgabe um der besonderen lokalen und provinziellen Verhältnisse Willen von den Land- und Provinzialorganisationen übernommen werden möge, die sich im Laufe der 11 Monate gebildet haben. Es ist einfach unmöglich, von Parteivorstandswegen für alle Provinzen und alle lokalen Verhältnisse ein Flugblatt herzustellen, das überallhin genügt. Der Weinbauer des Südwestens will anders behandelt werden als der Landproletarier des Ostens. Soweit es möglich gewesen, sind wir den geäußerten Wünschen auch nachgekommen. Die Zahl der Broschüren, Flugblätter u. s. w., welche gratis und auf Kosten des allgemeinen Säckels der Partei hergestellt und verbreitet sind, geht in die Zehntausende. Ich erinnere an die Agitationsbroschüre von Liebknecht: „Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen", die in vielen Auflagen hergestellt und packetweise an die Orte geschickt worden ist, die Material verlangten. Aber auch hier zeigt sich wieder die Thatsache, daß zum Verständniß des Inhalts bereits eine gewisse sozialpolitische Reife und Erkenntniß des Lesers gehört. Gerade dieser Broschüre, deren Titel so verführerisch klingt und deren Inhalt ausgezeichnet ist, ist nicht überall das nöthige Verständniß entgegengebracht worden. Es wurde uns geschrieben, die Broschüre sei vorzüglich, aber der und jener, dem sie gegeben worden, habe gesagt, er verstehe sie nicht. Mit diesen Dingen müssen wir immer rechnen, und nachdem wir diese Erfahrungen mit Parteibroschüren gemacht haben, sind wir schließlich wieder auf Reichstagsreden zurückgegangen und zwar zu solchen, welche speziell einen Gegenstand behandelten, für den großes Interesse und Verständniß bei den weitesten Schichten vorausgesetzt werden konnte. So wurde u. a. die Budgetrede Bebels, worin er die ländlichen, die Agrarverhältnisse behandelt, in Tausenden von Exemplaren hergestellt, durch Zirkuläre bei den Vertrauensmännern angekündigt und hinausgeschickt. Diejenigen, die zahlen konnten, haben bezahlt, aber eine große Anzahl von Orten hat die Broschüre auch gratis erhalten, und bis in die letzte Zeit hat die Broschüre ihre Wirkung gethan. Ebenso gut hat speziell in den ländlichen Kreisen die Rede

über die Mißhandlungen der Soldaten in den Kasernen gewirkt. Dann haben wir aus den Einsendungen zur Landagitation eine Abhandlung herausgenommen und mit Randglossen versehen unter der Ueberschrift „Zur Landagitation“ in Tausenden von Exemplaren verbreiten lassen. Aber auch diese Broschüre hat das Schicksal gehabt, daß eine ganze Reihe von Vertrauensmännern in ländlichen Bezirken uns erklärten: die Broschüre ist ein ausgezeichneter Leitfaden für den Agitator, aber zur Gewinnung des Landproletariats nicht voll geeignet, weil dessen Verständniß nicht heranreicht; den Landarbeitern, die im Sommer 15, 16 Stunden lang arbeiten müssen, 14 für den Gutsherrn und die wenigen übrigen und den Sonntag auf dem eigenen Acker, dürft ihr nicht zumuthen, noch Broschüren und Flugblätter zu lesen, die obenein für ihr Begriffsvermögen schwer verständlich sind (Sehr richtig!); sie lesen sie, auch wenn sie sie gratis bekommen, so wenig, als andererseits die Traktätchen der Pfaffen und ähnlicher Gesellschaften — und auf diese Linie wollen wir unsere Agitationsbroschüren doch nicht drängen lassen. — Die Aufmerksamkeit muß wieder der mündlichen Agitation zugewendet werden, und hier besteht nun die außerordentliche Schwierigkeit, geeignete Persönlichkeiten auf's Land hinauszuschicken. Daß solche geeignete Personen so außerordentlich selten sind, hängt wiederum damit zusammen, daß das Landproletariat auf sozialpolitischem Gebiete noch so ungemein weit zurück ist, während es doch die geeigneten Männer aus sich selbst heraus schaffen muß. Wenn Sie alle diese Umstände richtig würdigen und überdenken, wird der Vorwurf nicht mehr in derselben Schärfe erklingen, wie er hierher gebracht worden ist. — Ein großer Uebelstand ist es auch und verursacht unglaubliche Schwierigkeiten, daß gerade in diesen Bezirken es an geeigneten Lokalen fehlt, in denen die von mir auf diesem Gebiete bevorzugte mündliche Agitation betrieben werden kann. Früher haben wir die Erscheinung gar nicht gekannt, in letzter Zeit aber ist sie von unglaublich zahlreichen Orten zu konstatiren, daß die direkte Aufforderung an uns herantritt, es sollen Grundstücke gekauft oder Hypotheken übernommen werden, oder es soll von uns selbst ein Lokal gebaut werden, um eine Stätte für Versammlungen u. dgl. zu gewinnen. Solche Wünsche sind besonders häufig von Orten gekommen, wo unsere Agitation noch nicht mächtig ist. Alle diese Gesuche haben wir, wie wir glauben, mit gutem Recht abgelehnt. Die Gesammtsumme, welche zu diesen Zwecken hätte aufgewendet werden müssen, ging weit über das Vermögen hinaus, welches unserer Partei überhaupt zur Verfügung steht; sie würde in die Hunderttausende gelaufen sein. In einem Falle betrug die abzulösende Hypothek nicht weniger als 40000 Mark. Die Bewilligung nur in einzelnen besonderen Fällen eintreten zu lassen, war auch

wieder ausgeschlossen, denn was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig. (Sehr richtig!) Andererseits ist der Wunsch der Genossen, sich so ein Lokal zu schaffen oder zu erhalten, ein sehr berechtigter, und hätte es gemacht werden können, so hätte auch der Vorstand sein Möglichstes gethan; so aber konnten wir uns nicht darauf einlassen.

Nun noch ein paar Worte über unsere Presse. Der Beschluß des Parteitages von Halle, den „Vorwärts“ zum Zentralorgan zu bestimmen, hat pekuniär der Partei sehr wohl gethan; es sind sehr bedeutende Summen, welche Sie als Einnahmen aus dem „Vorwärts“ aufgeführt finden.

Wenn nun unter den Berliner Genossen im Laufe der letzten Monate der Wunsch laut geworden und ein entsprechender Antrag den Berliner Delegirten mitgegeben worden ist, daß den Berliner Genossen ein größerer Einfluß auf den lokalen Theil gewährt werde, so kann ich Ihnen schon heute mittheilen, daß, wenn der Parteitag einen derartigen Beschluß faßt, seitens des Vorstandes dem nichts in den Weg gelegt wird.

Wir anerkennen durchaus, daß den Berliner Genossen ebenso gut wie denen aller andern Orte bis zu einem gewissen Grade ein bestimmender Einfluß auf ihr Parteiorgan zugestanden werden muß. Das aber ist festzuhalten, daß, auch wenn der lokale Einfluß jetzt konkrete Gestalt gewinnen sollte, und als Beschwerde-Instanz eine Kommission Berliner Genossen eingesetzt wird, die Beschwerden und Klagen auch nicht um ein Jota geringer sein werden. (Sehr richtig!) Viele Beschwerden kommen daher, daß die Genossen mit dem Zeitungswesen nicht allzusehr vertraut sind.

Die Hamburger raisonniren auf ihr Blatt und finden das Berliner vortrefflich, und umgekehrt (Heiterkeit!); das ist überall und in der ganzen Partei so. (Sehr richtig!)

Stets finden sich eine Anzahl Genossen, die auf ihr Lokalblatt raisonniren, weil einmal eine Einsendung oder dergleichen nicht aufgenommen worden ist; kurz und gut, das Parteiblatt am Ort taugt in der Regel nichts, aber gelesen wird's, und das ist das Erfreuliche. Die für den „Vorwärts“ einzusetzende Ueberwachungskommission darf aber nicht selbständig insofern arbeiten, als sie die Beschwerden getrennt für sich und selbständig verhandelt. Das geht nicht; zwei Instanzen neben einander mit gleichen Rechten, deren Beschlüsse sich event. aufheben könnten, dürfen wir nicht funktioniren lassen. Die Kommission muß vielmehr mit dem Parteivorstand zusammen die betreffenden Beschwerden zu erledigen suchen. Der Vorschlag, das Blatt in einen politischen allgemeinen und einen lokalen Theil zu zerlegen, ist nicht durchführbar, ihm stehen zu viel technische und sachliche Bedenken entgegen, und die Berliner Genossen werden einsichtig genug sein, das anzuerkennen. Aber das

Zusammenwirken des Vorstandes mit einer Lokalkommission kann dem ersteren insofern nur angenehm sein, als durch diese Kommission die Verbindung mit den einzelnen Kreisen hergestellt ist und mancher leichter seine Einwände fallen lassen wird, wenn er die Gründe kennt, die zu der von ihm bemängelten Maßnahme Anlaß gegeben haben.

In Berlin haben Personen der sogenannten Opposition als schwere Anklage gegen die Parteileitung aufmarschiren lassen den Vorwurf von der mangelnden Unterstützung der einzelnen Lokalorgane aus allgemeinen Parteimitteln. Der Ihnen vorgelegte Bericht hat den Schlußpassus der auf dem Hallenser Parteitag über die Presse beschlossenen Resolution wieder abgedruckt; Sie ersehen daraus, daß damals nach sehr eingehendem Referat beschlossen wurde, daß die allgemeinen Parteimittel zur Unterstützung der lokalen Presse nicht in Anspruch genommen werden können. Wenn also der Parteivorstand bei der Gewährung von Mitteln aus der Parteikasse gegenüber den einzelnen Lokalblättern etwas zähe gewesen ist, so hat er sich dabei nur auf der ihm vorgeschriebenen Linie bewegt.

Die Beschlüsse werden doch nicht dazu gefaßt, um nachher durch den Vorstand gebrochen zu werden. Trotzdem müssen wir uns in diesem Fall sogar schuldig bekennen; als die Mittel erst wieder reichlicher flossen — denn in den ersten Monaten war stets Defizit und wurde vom Ueberschuß gezehrt — haben wir in einer ganzen Reihe von Fällen, als wir uns überzeugten, daß es gar nicht möglich war, den Beschluß ganz strikte durchzuführen, die Presse draußen unterstützt. Speziell wird nun immer auf den Königsberger Fall exemplifizirt. Er war der erste, der an uns herantrat, wir standen noch ganz frisch unter dem Eindruck des Haller Beschlusses; wie die Dinge dort lagen und angesichts der groben Fehler, welche die Genossen bei der Gründung des Blattes gemacht hatten, und da ganz außerordentlich hohe Mittel nöthig waren, um es nicht blos aus der augenblicklichen Verlegenheit herauszureißen, sondern auch dauernd zu unterstützen, haben wir uns damals ablehnend dagegen verhalten, die Verpflichtung zur Erhaltung des Blattes zu übernehmen. Wir haben aber mit ganz erheblichen Mitteln geholfen, die schlimmen Nachwehen der unbedachten Gründung eines täglich erscheinenden Blattes in Königsberg zu überwinden. Dort war eben der Hauptfehler gemacht worden, bei einer ungenügenden Zahl von Lesern und einer sehr armen Bevölkerung mit einem Tageblatte loszugehen, — was ein Tageblatt kostet, wissen Sie; mancher unter Ihnen hat sich bei der Gelegenheit selbst schon die Finger verbrannt.

Nun ist wieder in Anträgen an den Parteivorstand, aber erst nachdem der Termin für die Einreichung von Anträgen abgelaufen

ist, von mehreren Orten und auch aus dem Auslande der Wunsch angeregt worden, ein Wochenblatt ins Leben zu rufen, das gewissermaßen die Quintessenz des geistigen Lebens der Partei und der Vorgänge in der Partei den Genossen zur Kenntniß bringt. Der Parteivorstand hat sich des Oefteren über diese Frage unterhalten, und ich habe Ihnen von diesen Wünschen Mittheilung zu machen. Der Vorstand verhält sich nicht etwa ablehnend gegen den Wunsch, er wird sich einem event. Beschlusse des Parteitages in diesem Sinne nicht widersetzen, hält aber dafür, daß ein solcher Beschluß reiflich nach allen Seiten überlegt werden soll. Speziell bei den Genossen im Auslande ist der Wunsch ein sehr reger; denselben fehlt jetzt eigentlich jedes geistige Verbindungsmittel mit der Heimathspartei. Der „Vorwärts" ist ihnen als Tageblatt zu theuer; die jetzigen Wochenblätter, es sind deren 12, haben, mit Ausnahme von ein paar, nur mehr oder minder lokalen Charakter, und diejenigen Wochenblätter, welche allgemeinen Charakter haben sollen, haben dieser Aufgabe meiner persönlichen Meinung nach nicht in dem Umfange genügt, wie man es von ihnen im vorigen Jahre erwarten konnte und wie eins dieser Blätter unter der früheren Redaktion es ja in vollem Umfange gethan hat.

Ich habe nun noch eine unangenehme Seite zu berühren, welche, wie ich fürchte, die Zeit mehr in Anspruch nehmen wird, als es leider dem Parteitag erwünscht sein dürfte, es ist das die wenig angenehme Art, wie Wünsche u. dgl. von Genossen zum Ausdruck gebracht werden, welche als Berliner Opposition bezeichnet werden. In allen den Aussprüchen der Genossen in der Provinz über dieselbe kehrt immer die Erklärung wieder, daß das Recht der freien Meinungsäußerung ein unbeschränktes bleiben müsse. Dieser Standpunkt ist uns so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, er ist bei unsern Genossen und bei einer demokratischen Partei so selbstverständlich, daß es verwundern könnte, daß die Genossen das immer erst noch aussprechen zu müssen glaubten. Daß Meinungsverschiedenheiten in der Partei vorhanden sind, ist nicht blos recht, sondern wird immer da sein, wenn verschiedene Köpfe da sind. Darüber ist also nicht zu reden. Hier handelt es sich nur um die Art, in welcher diese Beschwerden zum Ausdruck gekommen sind. Diese Form ist in der Folge immer rigoroser geworden; und gerade diese Form ist von der gegnerischen Presse zum Nachtheil oder doch zur großen Unbequemlichkeit der Partei immer wieder ausgeschlachtet worden. Im vorigen Jahre war von Korruption die Rede und in diesem Jahre von Schmarotzerthum, von Speichelleckerei; heuer wurde behauptet, daß sieben Achtel der ganzen Fraktion keine Ahnung von dem Inhalt des Arbeiterschutzgesetzes, einer Hauptaktion der Fraktion, gehabt hätten; weiter wurde behauptet, daß Gelder zu Tausenden zu Gunsten von Ein-

zelnen unter Vernachlässigung der wichtigsten Parteiaufgaben in anderer Beziehung hingegeben seien, und alle diese Behauptungen wurden ausgesprochen an einer Stelle, wo sie Resonanzboden fanden! Das muß hier immer wieder betont werden, daß die Opposition in dieser Form in Berlin geführt wird, wo eine Preßorganisation vorhanden ist, wie nirgend anderswo, wo der Telegraph alles sofort bis in den entferntesten Ort, bis in das kleinste Winkelchen hinausträgt; der Boden, wo sich das abspielt, muß ganz besonders in Betracht gezogen werden, es ist ein großer Unterschied, ob etwas in Buxtehude oder in Berlin gesagt wird. (Sehr richtig!) Wenn nun diesen Verleumdungen und Verdächtigungen unsere Genossen in der Provinz draußen absolut hilflos gegenüber stehen (sehr wahr!) und in ihren Schmerzensschreien über diese Vorgänge immer wieder darauf zurückkamen und verlangten, daß entschiedener Wandel geschaffen würde, so kann ich namens des Parteivorstandes aussprechen, daß wir uns dem voll und ganz anschließen. Wir müssen an die Männer der Opposition das Verlangen stellen: Beweisen oder widerrufen! Oder das Tischtuch zwischen uns ist zerschnitten. Beweisen sie nicht und widerrufen auch nicht, so giebt es ein Drittes, und dieses wird der Parteitag zu finden wissen! (Lebhafter, andauernder Beifall und Händeklatschen!)

Vorsitzender Singer: Es sind einige Anträge eingegangen. Einer von ihnen beantragt, die Gründung eines Wochenblattes zu beschließen. Ich meine, der Antrag wird später mit den übrigen zur Frage der Parteiorganisation und der Parteipresse gestellten Anträgen zu verhandeln sein. Ferner liegt folgender Antrag vor:

> Beantrage, daß in Zukunft bei Gelegenheiten, wie beispielsweise am 1. Mai und ferner bei der Antikornzollagitation, die Resolutionen, die bei diesen Gelegenheiten angenommen werden sollen, nicht vom Parteivorstand verfaßt werden und dann den Genossen zur Annahme empfohlen werden sollen, sondern es einer jeden Versammlung zu überlassen sei, ihre eigenen Gedanken in einer Resolution zusammenzufassen.
>
> Niederauer-Berlin V.

Da der Referent die hier erwähnten Gegenstände berührt hat und der Antrag für die fernere Leitung der Geschäfte eine bestimmte Anforderung an den Vorstand stellt, so würde er hier zur Verhandlung kommen müssen, wenn er genügend unterstützt wird, was geschieht.

Bebel (zur Geschäftsordnung): Ich möchte, abweichend von der Meinung des Vorsitzenden, befürworten, daß wir doch einen Theil der zu den Punkten Agitation und Presse vorliegenden Anträge bereits jetzt in die Debatte hineinziehen und über sie Beschluß fassen, weil ganz unzweifelhaft der Inhalt dieser Anträge schon jetzt berührt werden wird, wie sie auch schon vom Berichterstatter

erwähnt werden mußten. Wir haben sonst zweifellos nachher dieselbe Debatte noch einmal. Ich beantrage, von den betreffenden Anträgen zum Punkt „Presse“ den von Berlin I., den „Vorwärts“ betreffend, von Koppe-Rixdorf, von den Genossen in Tuttlingen, von Berlin III. und Kamenz, ebenso die 3 unter dem Punkt „Agitation“ aufgeführten Anträge schon jetzt mitzuverhandeln.

Vorsitzender **Singer** kann eigentlich einen sachlichen Zusammenhang zwischen den Anträgen und dem Punkt 1 der Tagesordnung „Bericht des Parteivorstandes“ nicht anerkennen, ist aber bereit, den Antrag zur Erledigung zu bringen.

Derselbe wird ausreichend unterstützt.

Auerbach tritt für den Antrag Bebel ein.

Emmel-Frankfurt a./M. spricht sich gegen Bebels Antrag aus.

Der Antrag Bebel wird nach Probe und Gegenprobe abgelehnt.

Im Anschluß an den Geschäftbericht des Parteivorstandes wird gemäß Punkt 2 der Tagesordnung der

Bericht der Kontrolleure

durch G. **Schulz**-Berlin erstattet. Der Berichterstatter führt aus: Nachdem der Parteitag in Halle geschlossen war, trat die Kontrollkommission gleich an demselben Nachmittag zu einer Sitzung zusammen, und es wurde da beschlossen, daß nur bei wichtigen Angelegenheiten und bei die Gesammtheit interessirenden Fragen die gesammte Parteileitung zusammenzutreten habe. Die erste konstituirende Sitzung fand am 21. Oktober in Berlin statt.

Bezüglich der Prüfung aller Beschwerden wurde bestimmt, daß letztere an den Genossen Jacobey zu richten seien. Ich bemerke schon hier, daß eine Beschwerde an uns herantrat, deren Ursprung aber vor dem Beginn unserer Thätigkeit lag und noch aus der Zeit des Sozialistengesetzes stammte; sonst ist in dem ganzen Jahre auch **nicht eine Beschwerde** an die Kommission gelangt. Wo gleichzeitig so furchtbare Anklagen gegen die Fraktion und die Parteileitung erhoben worden sind, ist es drastisch und giebt zu denken, daß man sich nicht mit einer einzigen Beschwerde an die Kommission gewandt hat. — Die gesammte Parteileitung hielt 3 Sitzungen ab, die erste am 17. Dezember, in der wichtige, die Partei geschäftlich interessirende Fragen verhandelt wurden, die zweite am 20. Juni, worin über den Programmentwurf berathen wurde, die dritte am 5. September, worin über den Parteitag und dessen provisorische Tagesordnung Beschluß gefaßt wurde. Die Kasse wurde in der ersten Zeit monatlich revidirt; da es sich aber herausstellte, daß dies unnöthig war, so hernach von Quartal zu Quartal. Sämmtliche Beläge wurden geprüft, die Ein- und Ausgänge und die öffentlichen Abrechnungen im „Vorwärts“ mit den

Büchern verglichen, und wir müssen konstatiren, daß Alles gestimmt und sich in bester Ordnung befunden hat. Zum Schlusse hat eine Durchsicht im Parteibureau, Katzbachstraße, stattgefunden und ist Einsicht von den Büchern in der Parteibuchhandlung „Vorwärts", Beuthstraße, genommen worden; auch da war durchweg Alles in bester Ordnung. Wir ersuchen den Parteitag, dem Parteikassirer Decharge zu ertheilen.

Es wird hiernach in die Debatte der Punkte 1 und 2 der Tagesordnung eingetreten. Als Wortführer derjenigen Gruppe, welche formell als die sogenannte Opposition zu betrachten ist, ist Werner mit dem Rechte einstündiger Redezeit gemeldet.

Werner-Teltow: Meine Herren und Damen! Ich bin einer derjenigen Parteigenossen, die nicht in der Lage waren, den Bericht des Vorstandes eingehend durchzusehen, sondern ich habe mich damit beschäftigt, die in der Ihnen allen zugestellten Anklageschrift „Die Anschuldigungen der Berliner Opposition" enthaltene Darstellung kennen zu lernen, und nehme das Wort, um diese Sachen hier auf dem Parteitag bei der Verhandlung über den Bericht des Parteivorstandes vorzubringen. Wenn der Parteivorstand in der Nummer des „Vorwärts" vom 12. September eine Aufforderung an die Opposition erläßt, „ihre Anschuldigungen genau zu formuliren und unter Beifügung des nöthigen Beweismaterials dem Erfurter Parteitag zu unterbreiten" — der Wortlaut der Broschüre stimmt mit dem im „Vorwärts" nicht ganz genau wörtlich überein, der Wortlaut des „Vorwärts" besagt noch etwas mehr; es heißt da in Nr. 213: „Danach haben Vorstand und Fraktion die Partei systematisch korrumpirt und zur Versumpfung gebracht, und sind insbesondere durch den Parteivorstand die Parteigelder nach Gunst an Schmarotzer und Schweifwedler gewährt" u. s. w., während es auf Seite 2 der Broschüre bezüglich des letzteren Punktes nur heißt: „Was die . . . Günstlingswirthschaft und Unterstützung von ‚Schmarotzern und Speichelleckern' anbelangt" — so konnte dieser Aufforderung nicht Rechnung getragen werden, weil es eine fest gegliederte Opposition in Berlin nicht giebt, sondern was sich in Berlin gezeigt hat, sind einzelne, wenn man sich so ausdrücken darf, oppositionelle Elemente (Zwischenruf: Na, na!) und diese sind jedes einzeln verantwortlich zu machen für ihre Aeußerungen. (Sehr richtig!) Aber es ist nicht möglich, alle jene sogenannten oppositionellen Elemente mit ihren Anschauungen als eine Gesammt-Oppositionspartei, eine Partei in der Partei konstruiren zu können. Was die anderen Parteigenossen, die man mit mir zu den oppositionellen Elementen rechnet, gesagt haben, dafür ersuche ich, nicht meine Person verantwortlich zu machen, sondern jeden Einzelnen für seine Aeußerungen. (Heiterkeit; Ruf: Selbstverständlich!)

Ich übergehe nun bei meiner Angelegenheit die erste Auseinandersetzung über den Parteitag in Halle und komme sofort zu dem Passus der Anklageschrift, wo gesagt wird: Werner hat „sein die Partei schädigendes Treiben nach kurzer Pause wieder aufgenommen". (Sehr richtig!) In der ganzen Anklageschrift soll doch konstatirt werden, daß der Parteivorstand von jedem Mitgliede der Opposition angegriffen worden ist; ich ersuche Sie, meine Ausführungen hier nachzulesen, und Sie werden finden, daß ich in keiner dieser Ausführungen irgendwie den Parteivorstand angegriffen habe. Was aber war denn mein sogenanntes „parteischädigendes Treiben kurz nach dem vorigen Parteitage? Ich habe in einer Schuhmacherversammlung auf Aufforderung über „Lassalle und die heutige Sozialdemokratie" gesprochen und nicht kurz nach dem Parteitage, sondern am 9. Juni, also ¾ Jahre hinterher. In dieser Schuhmacherversammlung — bekanntlich werden in allen gewerkschaftlichen Versammlungen in Berlin politische Auseinandersetzungen gepflogen — sprach ich von den Lassalleanern und Eisenachern. Ich kam dann auf die Rede des Genossen v. Vollmar vom 1. Juni in München. Bis zum 9. Juni hatte das Zentralorgan der Partei, der „Vorwärts", noch nicht ein Wort darüber gebracht. Die Rede Vollmars enthielt nach meiner Auffassung — und Vollmar hat ja selbst eingeräumt, daß er nur auf einen Haufen zusammengetragen und die Taktik vorgeführt hat, die schon vorher andere Parteigenossen in verschiedenen Punkten in Einzelbesprechungen klargelegt hatten — allzuviel Opportunismus und Chauvinismus, das halte ich auch heute aufrecht, und da diese Rede in München unwidersprochen geblieben war, zog ich die Parallele und fragte, ob die Partei wirklich die sozialdemokratischen Prinzipien in den Agitationsreden immer noch so rein und unverfälscht vertrete, und da doch in München eine solche Rede Zustimmung gefunden, sagte ich: diese Anschauung darf in der sozialdemokratischen Partei nicht erst in die Breite gehen, weil sie nach meinem Dafürhalten nicht die richtige ist. Was geschah nun nach jener Versammlung? Mit der Resolution, die dort gefaßt ist, habe ich nichts zu thun, habe ich mich nicht darum gekümmert, das wird Genosse Niederauer bezeugen . . . (Vorsitzender Singer: Sie sprechen jetzt von der Taktik; diese Fragen sind hier, wo es sich um den Geschäftsbericht des Vorstandes handelt, nicht vorzubringen. Sie haben für die Kritik des Geschäftsberichts, soweit dieser nach Ihrer Auffassung Anlaß zu Klagen und Beschwerden giebt, eine Stunde Redezeit gewährt erhalten. Ich ersuche Sie, auf den Bericht einzugehen und die Taktik später zu behandeln.) — Ich danke sehr für die Aufklärung; ich kann aber diesem Wunsche des Parteigenossen Singer deswegen nicht nachkommen, weil dieses „parteischädigende" Treiben hier in der Anklageschrift behauptet worden ist. Ich habe Ihnen doch ge-

sagt, daß jeder Parteigenosse in Berlin die Verantwortung für seine Handlungen selbst trägt und übernimmt. Ich habe mich sogar in verschiedenen Punkten mit den anderen nicht solidarisch erklärt, das werde ich Ihnen beweisen. Die Schuhmacher nahmen eine Resolution an, welche besagte, Vollmar sei nicht berechtigt, die Partei zu vertreten, und ich habe direkt den Bericht und einen Brief nach München geschickt mit der Erklärung, daß ich nicht damit einverstanden sei. Nach dieser Versammlung kamen nun die Parteiblätter, allen voran das Hamburger „Echo", mit Berichten über diese Schuhmacherversammlung, und während gerade der angegriffene Vollmar derartige Angriffe gegen die Berliner nicht richtete, ging das „Echo", ohne zu wissen, was ich sachlich gegen Vollmars Rede hatte, mit ganz sonderbarem Schimpfen auf die Berliner „Radaumacher", die „krakehlsuchenden Elemente", die „konfusen Krakehler" (Sehr richtig!) u. s. w. vor. Dieser Artikel machte nun sonderbarer Weise ohne jede Bemerkung, mit Ausnahme von 3 Blättern, die Runde durch die ganze sozialistische Presse! Das war mein „parteischädigendes Gebahren". Gegen chauvinistische und possibilistische Anschauungen Front zu machen ist jeder Genosse berechtigt; andererseits bin ich nicht so weit gegangen wie Bebel und Fischer, welche sich in der Feenpalastversammlung viel weiter verstiegen. Ich habe nicht gesagt, daß Vollmar eine Dummheit gemacht hat; ich habe nicht, wie es in einer Breslauer Versammlung geschehen ist, Vollmar seine Vergangenheit vorgeschmissen und vom „Schlüsselsoldaten" des Papstes geredet; ich habe rein sachlich gesprochen. Dann kam die Feenpalast-Versammlung; dort hielt Fischer das Referat über den Brüsseler Kongreß. Bei der Erörterung kam er auf den Punkt des 1. Mai und erklärte, man müsse in Brüssel danach streben, daß nicht die anderen Länder zu bestimmen haben, was die Deutschen in dieser Frage machen sollen, und betonte andererseits die internationale Solidarität. Darauf erklärte ich: wenn man einerseits die internationale Solidarität anerkenne, dürfe man sie auf der anderen Seite nicht dadurch durchbrechen, daß man sage, man ließe sich von den anderen Ländern über die Maifeier nichts vorschreiben u. s. w. u. s. w., wie es in der Anklageschrift Seite 6 steht.

Der erste Mai stand auf der Tagesordnung; es war mein Recht, meine Ansicht mitzutheilen. Wenn ich sage, daß aus Opportunitätsgründen die Forderung des Achtstundentages erst 1898 erhoben werden soll, habe ich damit die Fraktion angegriffen? Wenn ich gesagt habe, es ist reine Opportunitätspolitik getrieben worden, so ist das doch kein Vorwurf gegen die Parteileitung, soweit muß doch die freie Diskussion gehen dürfen. (Bebel: Selbstverständlich!) Wenn ich weiter sagte: „Man ist allerdings in der sozialdemokratischen Partei bereits so weit gekommen, jede Oppo-

7*

sition zu verpönen, und jede Opposition als kleinliche Nörgelei hinzustellen", so schwebte mir dabei vor, wie ich auf Grund meiner sachlichen Auseinandersetzungen in der Schuhmacherversammlung von den Redaktionen behandelt wurde, wie man sofort drauf losgehauen hatte. Herr Grillenberger hat bei demselben Anlaß eine Note in seiner „Fränkischen Tagespost" niedergelegt, in der es heißt: Werner ist derselbe konfuse Krakehler und Stänker (Heiterkeit), über den der Hallesche Parteitag das Urtheil abgab, daß Werner nicht würdig sei, der Partei anzugehören. Nebenbei gesagt, ist das nicht richtig, das wurde gar nicht in Halle beschlossen; wäre es geschehen, dann hätte ich kein Recht mehr gehabt, mich als Sozialdemokrat zu betrachten. Wenn so in der Parteipresse aufgetreten wird, dann mache man doch nicht blos die Einzelnen verantwortlich, sondern gehe mit beiden Seiten ins Gericht. Wenn Bebel dann sagte, er werde dafür Sorge tragen, daß der Opposition in Erfurt Gelegenheit gegeben wird, eine neue Partei zu gründen, so möchte ich nur bemerken, daß Bebel damals sehr aufgeregt gewesen ist. (Bebel: Bitte sehr!)

Wenn man ihm das Recht zugesteht nervös erregt zu werden, warum dann nicht auch mir und den anderen, deren Sprache nicht einen 20jährigen Reinigungsprozeß im Parlament durchzumachen Gelegenheit hatte? Das ist doch ein bloßer Akt der Gerechtigkeit. Und ist denn nicht der gute Ton von der anderen Seite viel schlimmer verletzt worden? Ich habe nicht mit einem schallenden Bravo eine knallende Ohrfeige begrüßt. Da hört's doch auf, wenn sich ein Mann wie Nieuwenhuis Redensarten im „Vorwärts" gefallen lassen muß, wie die, daß er es mit der Wahrheit nicht mehr genau nimmt! Ferner habe ich laut des Buches geäußert:

„Hier ist so viel von einem anarchistischen Klub die Rede. Die heutigen Schleppenträger, die gar nicht wissen, wie hoch sie sich heranschmarotzen sollen, die schon glauben, ihr Magen wird gefüllt, wenn sie bloß einem Reichstagsmitglied die Hand drücken können, erinnere ich doch daran, daß gerade die Herren Glocke und Baake es waren, welche Ende der 80er Jahre zur Gründung eines radikalen Klubs aufforderten gegen die verweichlichte Taktik der Fraktion. (Unterbrechung.) Wir müssen den freien Meinungsaustausch vor allem achten; Sie haben das heute nicht fertig gebracht. Mit Freude sollte die Fraktion Jeden begrüßen, der ihr offen und ehrlich gegenübertritt, nicht aber an ihnen ein Scharfrichteramt vollziehen."

Es sind Parteigenossen hier, die Ihnen bezeugen werden, daß das vom radikalen Klub Gesagte thatsächlich sich so verhielt. Uebrigens steht in diesem Bericht nichts davon, wie ich es eben auch nicht gesagt habe, daß an Schweifwedler und Schmarotzer Geld gegeben werde; zeigen Sie mir das! Wenn jetzt soviel von

einem „radikalen" Klub gesprochen wurde, hatte ich die Verpflichtung, jene Parteigenossen daran zu erinnern, daß sie selbst es waren, welche unter dem Sozialistengesetze die Opposition geschürt und gepflegt haben. Als es 1887 sich um die Aufstellung der Reichstagskandidaten für Berlin in einer Konferenz weniger Parteigenossen handelte und auch Singer für Berlin IV. wieder vorgeschlagen wurde, da sagte Baake: „Singer wieder? Nun und nimmermehr! Dagegen protestire ich. Dessen Geldsack hat die Fraktion korrumpirt und wird noch die ganze Partei korrumpiren." Und Glocke hat einfach erklärt, die Taktik ist verweichlicht, wir sind zur puren Reformpartei geworden, wir müssen radikale Klubs gründen und zwar dürfen wir unseren Wirkungskreis nicht auf Berlin beschränken, sondern müssen solche Klubs in ganz Deutschland ins Leben rufen, um geschlossen gegen diese verweichlichte bürgerliche Taktik vorzugehen. Können Sie mir verdenken, wenn ich die Herren, die jetzt immer von einem radikalen Klub, von Anarchistelei redeten, aufforderte, uns doch offen entgegenzutreten, und sie dabei an ihre eigene frühere Haltung erinnerte? Das ist also mein auch hier in der Anklageschrift niedergelegtes Vergehen.

Der Parteivorstand hat aber zugleich hier das Flugblatt mit herangezogen, als ob Alle, die hier genannt sind, alle Punkte dieses Flugblattes unterschrieben. Ich frage den Parteivorstand, in welcher Versammlung ich mich auf den Boden des Flugblattes gestellt habe. Ich kann doch nicht verantwortlich sein für alle Aussprüche einzelner Genossen; ich betrachte mich nicht als Führer, sondern ich gebe meine Meinung zum besten, und wenn sie sie theilen, ist das ihre Sache. Ich habe nichts gegen die Parteileitung oder gegen die Fraktion. Ich verwahre mich nochmals dagegen, daß ich mit allen oppositionellen Elementen als sogenannte Opposition betrachtet und behandelt werde; ich verlange, daß Sie jede einzelne meiner Handlungen prüfen und dann das Urtheil über Jeden einzeln sprechen. Wenn ich hier spreche, so spreche ich hier allerdings im Namen der Parteigenossen, die hier mitsitzen, aber nicht im Namen der gesammten Opposition von Berlin. Wenn ich nun weiter als einzelne Person auf die Presse eingehe, so muß ich sagen, daß ich es nicht begreifen konnte, daß ein gerade in jener Gegend so wichtiges Agitationsmittel wie das „Königsberger Volksblatt" um einer geringen Summe wegen fallen gelassen wurde. Sollte doch die „Sächsische Arbeiterzeitung" Zuschuß bekommen, die mitten in Sachsen liegt, wo doch wahrlich die Parteigenossen agitatorisch thätig sein können, aber oben der verlassene Schultze in Königsberg bekam nichts.

Unsere Broschüren haben nach meiner Ansicht ihren Werth kolossal verloren aus dem einfachen Grunde, sie sind für unsere Parteigenossen viel zu theuer, diese können sie nicht kaufen; ein

Mittel aber, das nicht gekauft werden kann, ist kein Agitationsmittel. Die Broschüre für die ländliche Agitation wird pro Stück mit einem Pfennig angepriesen. Die Parteigenossen in Berlin machen ab und zu Agitationstouren auf das Land. Da verlangt man das Material gratis dazu. — Wenn über Mängel beim „Vorwärts“ seitens der Berliner Genossen geklagt wird, so ist das ganz natürlich und liegt in den da obwaltenden Verhältnissen begründet. Ich meine das nicht persönlich, ich will weder Bebel noch Liebknecht angreifen, aber in Berlin hat u. a. der Ton des Blattes gegen Eugen Richter sehr wenig Beifall gefunden. Die Parteigenossen wollten solchen Ton nicht einreißen lassen, sie meinten, sachlich und prinzipiell könne man gegen Richter so scharf wie möglich vorgehen, aber ihn persönlich angreifen, mit Wäschediebstahl u. dgl., das passe sich nicht. Ebenso steht es mit dem Ton, den man gegen Nieuwenhuis anschlug, solcher Ton gehört nicht in das Zentralorgan, wenn man nun einmal so viel auf den guten Ton giebt. Weiter wurde berechtigte Beschwerde erhoben darüber, daß die Versammlungsberichte nicht so in den „Vorwärts“ hineinkamen, wie sie hineinlancirt wurden. Einzelne Elemente ließen auf einzelne solcher Berichte im Sprechsaal Erklärungen los, und diese sind einfach nicht aufgenommen worden, während diese Genossen die Aufnahme der betr. Erklärungen zur Richtigstellung für unerläßlich hielten. Man spricht immer so kolossal von Disziplin. Ist das Disziplin, daß, wenn ich mit meiner Anschauung in der Minorität geblieben bin, ich mich immer diesem Majoritätsbeschluß unterordnen muß, ohne einmal meine Anschauungen zum Besten zu geben? Dann hört überhaupt das demokratische Prinzip auf, dann bleibt Minorität immer Minorität und Majorität immer Majorität.

Wir haben beantragt, daß die Presse der einzelnen Distrikte aus der allgemeinen Parteikasse unterstützt werde. Es ist auch beantragt worden, daß die Schwindelannoncen aus dieser Presse entfernt werden. Was ist aber die Ursache der Aufnahme solcher Annoncen? Die kleinen Tageblätter, welche gleich nach Aufhebung des Sozialistengesetzes gegründet sind, müssen aus purem Selbsterhaltungstrieb auf den Annoncenfang gehen, weil sie keinen Zuschuß bekommen. In Folge dessen sind sie auf diese Annoncen angewiesen. Da weiter die Redakteure kein Geld in den Fingern haben, um Leitartikel von gewandten Schriftstellern zu kaufen, so sagen sie sich einfach, du kannst Abonnenten nur bekommen, wenn du die Kost im Blatte den indifferenten Leuten, welche die bürgerlichen Blätter lesen, etwas besser zurechtmachst, und dann kommt die sogenannte prinzipielle Verflachung in die Parteipresse hinein. Hierzu müssen wir ganz entschieden Stellung nehmen.

Schließlich noch eine andere Angelegenheit. Ich habe dem Genossen Ernst in Berlin versprochen, seine Angelegenheit mit dem

Abg. Grillenberger hier auf dem Parteitage zur Sprache zu bringen. Ernst hat dem Abg. Grillenberger vorgeworfen, er hätte dem Chauvinismus gedient, indem er einen Trauerrand um seine Zeitung beim Todestage des Kaisers Friedrich gebracht habe. Grillenberger hat dies als eine Verdächtigung bezeichnet. Ich habe die betreffende Nummer mitgebracht und werde sie zirkuliren lassen. Ich frage Sie: ist dies ein Trauerrand oder nicht? (Redner zeigt das Zeitungsblatt vor.) Im Züricher „Sozialdemokrat“ sollen Trauerfälle stets in derselben Weise angezeigt worden sein wie hier.

Ich bitte Sie nochmals: konstruiren Sie nicht eine ganze Oppositionspartei, sondern urtheilen Sie von Fall zu Fall die Parteigenossen ab und ich bin überzeugt, Sie werden zu einem gerechten Urtheil kommen.

Es sind zwei Anträge eingegangen:

1. Auerbach und Genossen beantragen:

Der Parteitag beauftragt die Parteileitung, in denjenigen Landestheilen, in denen eine Lokalpresse, gleichviel ob täglich oder in längeren Zwischenräumen erscheinend, zur Nothwendigkeit für die Verbreitung unserer Grundsätze geworden ist, und wo die Mittel zur Unterhaltung der Presse von den Genossen dieser Landestheile nicht aufgebracht werden können, die Gründung und Erhaltung derartiger Organe aus den Partei-Einnahmen zu unterstützen.

2. Schultze-Königsberg und Genossen beantragen:

„Da sich herausgestellt, daß der „Vorwärts“ von den meisten Genossen nicht gehalten werden kann, die übrigen Parteiblätter in Deutschland aber einen mehr oder weniger lokalen Charakter tragen und daher eine allgemein befriedigende Uebersicht der Parteiverhältnisse nicht geben können, beantragen die Königsberger Genossen: „Die Beschaffung eines einmal wöchentlich erscheinenden Organs, welches neben dem „Vorwärts“ in gedrängter Kürze eine Uebersicht über alle politischen und wirthschaftlichen Fragen des In- und Auslandes, sowie über die Arbeiterbewegung aller Kulturstaaten berichtet, unter Berücksichtigung statistischen Materials.“

Diese beiden Anträge sollen bei dem Punkt Parteipresse zur Verhandlung und Entscheidung kommen.

Niederauer-Berlin V. begründet seinen Antrag. Die nach den verschiedenen Bezirken verschiedenartig gestalteten Resolutionen würden einen viel größeren Effekt machen als eine einheitliche schablonenhaft gestaltete Resolution. Auer sagte, der Parteivorstand werde garnichts dagegen haben, wenn eine Preßkommission gewählt würde, die mit dem Vorstande über die Haltung des „Vorwärts“ zu entscheiden habe. Das ist als Fortschritt zu begrüßen.

Es wurde hier bereits die Versammlung im V. Berliner Wahl-

kreise erwähnt. Es wurden dort von Biester Anträge gestellt, die ich unter keinen Umständen billigen kann, obwohl ich zur Opposition gehöre. Diese Anträge wurden in der Presse gesperrt abgedruckt, diejenigen aber, die von Seiten der leitenden Personen gestellt waren und die jedenfalls ganz vernünftig sind, hat man so entstellt und so schmählich verkürzt wiedergegeben, daß Niemand daraus klug werden konnte. Was die Schuhmacher-Versammlung betrifft, so kann ich Werner nur zustimmen. Ob die Schuhmacher-Versammlung competent war oder nicht, lasse ich dahingestellt.

Die Rede Vollmars hat kein einziges Blatt im Zusammenhang mitgetheilt, wohl aber ging ein Artikel des „Echo“ darüber durch die ganze Presse. Es hätte im Interesse der Partei gelegen, erst die Ausführungen Vollmars abzudrucken, damit die Parteigenossen ein klares Bild erhalten. Erst nachdem zwei Versammlungen in Berlin den Abdruck gefordert hatten, wurde die Rede im „Vorwärts“ abgedruckt. Eine bloße Plauderei, wie sie das Hamburger „Echo“ brachte, hat keinen Werth. Ich muß mich entschieden dagegen verwahren, daß in dieser Weise gegen einen Genossen vorgegangen wird.

Päthge-Magdeburg: Ich habe das Wort ergriffen, um auf die Spaltung unter den Magdeburger Parteigenossen einzugehen. Ich frage zunächst, was hat den Parteivorstand veranlaßt zu der Spaltung in Magdeburg Stellung zu nehmen? Oder sollte Genosse Fischer vom Parteivorstande sich selbst berufen gefühlt haben, für die Leute, die sich in Magdeburg von der Partei abgespalten haben, das Wort zu ergreifen? Wir haben in unserem Organisationsentwurf einen Passus, daß ein Wahlkreis einen oder mehrere Vertrauensmänner wählen kann. Nach Schluß des Haller Parteitages stellten sich sämmtliche Magdeburger Parteigenossen auf den Standpunkt, daß man nur einen Vertrauensmann wählen solle, und daraufhin wurde Schultze gewählt. Dies hat aber die Leute in Buckau nicht abgehalten, als die Frage Vollmar auf die Tagesordnung kam, sich einen neuen Vertrauensmann zu wählen. Wohin soll es führen, wenn die Leute von der Parteileitung sich berufen fühlen, nach irgend einem Kreise hinzureisen und zu sagen, ja wenn Ihr mit dem und dem nicht einverstanden seid, dann habt Ihr das Recht, Euch einen neuen Vertrauensmann zu wählen? Ich meine, daß der Parteivorstand genau dieselbe Taktik üben muß wie früher, wo man die eigenen Angelegenheiten den Genossen selbst überließ. Das Vorgehen Fischers kann nur zu neuen Spaltungen führen.

Referent Auer: Ich verweise den Genossen Päthge auf den § 3 unseres Organisationsstatuts: „Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Partei-Interessen einen oder

mehrere Vertrauensmänner. Die Art der Wahl dieser Vertrauensmänner ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen." Weil nun ein solcher Fall durchaus nicht vereinzelt vorgekommen ist, sondern gleiche und ähnliche Fälle den Vorstand wiederholt beschäftigt haben — und Genosse Fischer hat hier als Vorstandsmitglied nicht auf eigene Faust gehandelt — so haben wir bis jetzt daran festgehalten, daß, wenn in einzelnen Kreisen Parteigenossen darüber in Differenzen kamen, ob nur ein Vertrauensmann für den ganzen Kreis fungiren soll, oder ob in den verschiedenen Orten des Wahlkreises die Genossen sich je einen Vertrauensmann wählen wollen, seitens des Parteivorstandes Neutralität bewahrt werde: für uns ist der Vertrauensmann, der von den Genossen des betreffenden Ortes als solcher bestimmt ist. Das ist auch in Buckau der Fall gewesen und von Fischer damals ausdrücklich betont worden. Die Genossen in Buckau haben nur für Buckau und nicht für Magdeburg einen Vertrauensmann gewählt. Der Vertrauensmann für Magdeburg ist Schultze, und das haben wir nie bestritten.

Schultze-Magdeburg: Tagtäglich standen im „Vorwärts" Berichte gegen die Opposition, so daß man auf die Vermuthung kommen mußte, daß darin eventuell System liege. Dazu kommt, daß in einem ländlichen Kreise der Provinz eine Versammlung stattfand, in der der Genosse Gerisch-Berlin referirte. Nachdem Gerisch weg war, lief ein Antrag ein, das Vorgehen der Berliner Opposition zu verurtheilen. Dieser Antrag wurde heftig bekämpft, worauf ihn der Antragsteller zurückzog. Ich fragte ihn nun, warum er den Antrag eingebracht hätte. Er erklärte, er wäre vom Genossen Gerisch dazu aufgefordert worden. Wäre dies wahr, so läge allerdings in der Sache System, es wäre eine Mache. Aber ich glaube es nicht und ich hoffe, daß die Geschichte von Gerisch richtig gestellt wird. Der Fall Buckau liegt doch anders, als Auer meint. Unser Wahlkreis hat mit großer Majorität beschlossen, einen Vertrauensmann für Magdeburg zu wählen, und nachher nach ¾ Jahren sind dann erst die Buckauer gekommen und haben diesen Majoritätsbeschluß des Kreises durchbrochen. Das Vorgehen des Parteivorstandes, der diesen Vertrauensmann sanktionirt hat, hat schädigend gewirkt. Die Behauptung, daß die Opposition auf dem Lande den Interessen der Partei geschadet habe, hat Werner bereits zurückgewiesen. Immer heißt es, das Vorgehen der Buckauer Opposition wirke schädigend. Trotzdem sehen wir tagtäglich, daß in unserer Partei, wie das Singer schon bei der Eröffnung des Parteitages ausgeführt hat, überall Erfolge erzielt werden (Rufe: Aber nicht durch die Opposition!) jedenfalls doch trotz der Opposition. Dies beweist, daß diese Opposition nicht schädigend wirkt, und wir in der Magdeburger Gegend, die wir sonntäglich auf das Land gehen, haben auch Erfahrungen hinter uns. Wir haben garnichts

Schädigendes gespürt. Wir müßten den Berliner Genossen grade dankbar sein (Lachen), daß sie das Verfahren Vollmars, nachdem der Parteivorstand so gut wie der „Vorwärts“ keine Stellung dazu genommen, zuerst energisch mißbilligt haben. Daß die Berliner über das Ziel hinausgeschossen sind, indem sie die Absetzung Vollmars verlangt haben, billige ich auch nicht. Wenn nun die große Mehrzahl der Magdeburger Genossen mit den Berlinern sympathisirt, so geschieht dies aus reinem Gerechtigkeitsgefühl, indem wir in einzelnen Fragen der Taktik, des Parlamentarismus u. s. w. nicht mit den Anschauungen zufrieden sind, die augenblicklich in der Partei gang und gäbe sind. Was den Fall unseres Heine betrifft, so weiß die große Mehrzahl der Parteigenossen in Magdeburg, daß Heine vor dem Magdeburger Landgericht den Ausspruch gethan hat, er stehe auf dem Boden der kaiserlichen Botschaft. Der Umstand, daß der „Vorwärts“ eine Berichtigung in Bezug auf diesen Fall nicht aufgenommen, hat ebenfalls böses Blut gemacht. Bäthge hat in seiner Zuschrift behauptet, daß der Genosse Heine wirklich jenen Ausspruch gethan hat, und wenn hier eine Antipathie gegen gewisse Elemente besteht, so führe ich den alten Bremer als Zeugen an, der als Mitangeklagter bestätigen wird, daß Heine diesen Ausspruch doch gethan hat. Wenn ein Parteigenosse in einer so hervorragenden Stellung einen solchen Ausspruch thut, so heißt dies den revolutionären Geist unserer Partei mit Füßen treten. Gegen solche Leute gehe man vor und nicht gegen diejenigen, die anderer Meinung sind als die Fraktion. (Großer Widerspruch.)

Milenz-Johannisthal beschwert sich darüber, daß die Reichstags-Fraktion während der Dauer des Reichstages der ländlichen Agitation nicht genügende Dienste geleistet habe. Die Abgeordneten Singer, Förster und Schultze-Königsberg haben mir gesagt, sie hätten keine Zeit, auf's Land zu gehen. Ich bin garnicht der Meinung, daß die Abgeordneten nothwendig eine größere Wirkung erzielten als andere Redner, aber die Landleute wollen nun einmal einen Abgeordneten hören, und wäre der eine oder andere Abgeordnete in unseren Kreis gekommen, so wäre Ruhe und Friede gewesen. (Heiterkeit.) Die Lokalfrage ist gewiß eine sehr mißliche, aber ich und meine Freunde haben, wenn man uns Lokale verweigerte, im Laufen, sogar auf dem Eise Versammlungen abgehalten. Es würde einem Abgeordneten auch zur Ehre gereichen, wenn er derartige Sachen auch einmal mitmachte. — Man wird der Frage näher treten müssen, ob nicht aus der Parteikasse die kleinen Blätter unterstützt werden können. Man hat für das Beeskow-Storkow-Teltower Volksblatt um Geld gebeten, ist aber von der leitenden Stelle abgewiesen worden. Stadthagen hat mich im V. Berliner Wahlkreise als Oppositionellen hingestellt. Ich erkläre nun, ich habe mit der Berliner Opposition weiter nichts gemein, als daß

ich einige von den Genossen dort kenne, speziell Werner. Man wirft Alle, die sich erlauben, eine andere Meinung zu haben als die Parteileitung, in einen Topf zusammen und macht so Stimmung im Lande.

Ewald-Brandenburg: Die sogenannte Opposition hat unsere Langmuth doch etwas zu sehr in Anspruch genommen. Denn gestern ist hier beschlossen worden, daß die sogenannte Opposition Jemand aus ihrer Mitte ernennen solle, welcher im Namen derselben sprechen sollte. Dies ist heute nicht geschehen, sondern Werner hat nur für seine eigene Person gesprochen. Es ist doch wunderbar: erst sind die Anklagen und Verdächtigungen im Lande erhoben worden, und heute will Niemand etwas gethan haben. (Sehr gut!) So war es in Halle und so heute wieder: die Opposition ist ganz unschuldig und die Fraktion oder Parteileitung ist das Karnickel, das angefangen hat. Wenn trotz der Opposition Erfolge errungen worden sind, so beweist dies nur, daß eine gute Idee, ein guter Kern in unserer Partei ist. Aber wären ohne diese Opposition jene Erfolge nicht viel größer gewesen? (Sehr richtig!) Ich wünschte, die Berliner und Magdeburger Genossen kämen einmal zu uns aufs Land. Wie hat man uns nach den Berliner Vorgängen auf den Dörfern behandelt? Man hat uns mit scheelen Augen angesehen und gesagt, was Ihr wollt ist Unsinn, Ihr seid unter Euch selbst nicht einig, Ihr seid eine korrumpirte Partei, mit der wir nichts zu thun haben wollen. Noch niemals ist die sozialdemokratische Partei durch ihre Gegner so geschädigt worden, wie es augenblicklich durch die sogenannte Opposition geschieht. (Lebhafte Zustimmung.) Ganz entschieden muß ich dagegen protestiren, daß zur Beaufsichtigung des „Vorwärts“ eine Extra-Kommission gewählt werden soll. Das wäre eine Bevorzugung der Berliner Parteigenossen. Der „Vorwärts“ ist einfach Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie. Höchstens könnte von einer Kontrolle über den lokalen Theil des „Vorwärts“ die Rede sein. Auch ich halte den „Vorwärts“ für die ländliche Bevölkerung für zu theuer und für unzweckmäßig. Man sollte aus dem „Vorwärts“ einen Extrakt herstellen und ihn als Wochenblatt zu einem billigen Preise abgeben.

Könen-Hamburg: Berichterstatter Auer hat gesagt, die Berliner raisonnirten auf den „Vorwärts“ und die Hamburger auf das „Echo“. Dagegen muß ich protestiren. Die Hamburger Genossen haben gegen die Redaktion, gegen die Schreibweise der Leitartikel im „Echo“ und den Inhalt des politischen Theiles absolut gar nichts gesagt. Wenn einige Genossen mit dem lokalen Theil oder mit dem Annonzenwesen nicht einverstanden sind, so hat dies mit der prinzipiellen Stellungnahme zu dem Inhalt des Blattes nichts zu thun. Was die Agitation betrifft, so war anläßlich der Wahl im 19. hannoverschen Wahlkreise ein Mitglied

des Wahlkomitees aus Geestemünde in Berlin. Es ist ihm von der Parteileitung gesagt worden, wenn Ihr in die Wahl eintretet, dann sollt Ihr von dem Parteivorstande bei der Sache eine kräftige Unterstützung haben, und wir stellen Euch ein paar Abgeordnete zur Verfügung. Was geschah? Man schickte den Abgeordneten Molkenbuhr, einen ausgezeichneten Bauernagitator, zu jener Zeit nach Süddeutschland auf die Agitation.

Noch ein Wort über den Kassenbericht. Ich finde da an mehreren Stellen, daß Privaten Darlehen gegeben worden sind. Ueber diese Darlehen wünsche ich spezielle Aufklärung. Ich und ein großer Theil der Hamburger Genossen verwerfen solche Darlehen; wir werden da auf eine schiefe Ebene gedrängt und bekommen vielleicht das Geld nicht wieder.

Referent Auer: Es ist falsch, daß Molkenbuhr zu dieser Wahlagitation nicht verwendet worden ist. Er theilt mir mit, daß da einfach in der Zeit eine Verwechselung vorliegt. Molkenbuhr ist speziell in unserem Auftrage zur Wahlagitation im 19. hannoverschen Wahlkreise gewesen (Zuruf: Sonntag!). Der Sonntag ist auch ein Tag. Der Parteivorstand ist aber seinem Versprechen auch noch weiter nachgekommen. Die Abgeordneten Metzger, Bruhns, Ulrich, Förster und, wenn ich nicht irre, auch Frohme, haben dort Versammlungen abgehalten. Ein halbes Dutzend Reichstagsabgeordnete sollte am Ende doch genügen. Es konnte doch nicht die ganze Fraktion dort hinunterkommen (Heiterkeit).

Bebel: Nach dem vorliegenden Kassenbericht sind in der Rubrik Darlehen 25562 Mark aufgeführt. Auf Seite 11 finden Sie unter der Rubrik Darlehen eine kurze Erläuterung, wonach unter den ausgegebenen Darlehen sich u. a. 8000 Mark Kautionsleistungen für verhaftet gewesene Genossen, 4000 Mark für eine Hypothek auf ein früher der Partei gehöriges Grundstück, die bereits wieder zurückgezahlt worden sind, und 6000 Mark an verschiedene in momentane Nothlage gekommene Blätter befinden. Wir sind selbstverständlich sehr wenig erbaut, wenn solche Gesuche an uns kommen, aber was zunächst die 8000 Mark Kautionsleistungen für verhaftet gewesene Parteigenossen betrifft, so versteht es sich ganz von selbst, daß, wenn die Parteikasse irgendwie in der Lage ist, dort, wo die Parteigenossen unter schwerer Anklage stehen und die Gerichte sie nur unter der Bedingung freigeben, daß eine Kaution geleistet wird, wir zur Kautionsstellung stets bereit sein müssen; das ist sogar vom geschäftlichen Standpunkte aus ein Vortheil, weil während einer längeren Dauer der Untersuchungshaft die Parteigenossen und ihre Familienangehörigen unterstützt werden müssen.

Was die 6000 Mark Darlehen an verschiedene Lokalblätter betrifft, so haben wir uns im ersten Monat, getreu dem Beschluß des vorigen Parteitages, solchen Anforderungen gegenüber ablehnend

verhalten. Allmälig haben sich aber diese Gesuche so gehäuft, daß eine ganze Reihe von Blättern in Frage stand an Orten, wo dieselben unter allen Umständen gehalten werden mußten. Da haben wir in den Fällen, wo auf eine Rückzahlung nicht zu rechnen war, direkt die Summen gegeben als Agitationsbeitrag à fonds perdu. Des Weiteren haben wir überall da, wo die ganze Lage der Parteiorgane und insbesondere die Organisation der Parteigenossen in den betreffenden Orten die Sicherheit gewährten, daß die gewährten Gelder zurückgezahlt würden, diese als Darlehen gegeben und die Genossen zur Rückzahlung verpflichtet. — Wenn wir alles das bewilligt hätten, was gefordert wurde, so würde der Zuwachs des Kassenvermögens von 94000 Mark nicht gelangt haben. — 6000 Mark wurden in der verschiedensten Form an Parteigenossen gewährt, die durch ihre politische Thätigkeit in eine Nothlage gekommen und gemaßregelt waren, zur Gründung resp. Fortführung ihres Geschäftes u. s. w. Ich glaube, daß in sehr vielen Fällen das so angewendete Geld nicht besser angewendet werden konnte (lebhafte Zustimmung).

Storch-Stettin: Wenn irgendwo in der Agitation vom Parteivorstande zu wenig geleistet wird, so ist es in Pommern. Alle unsere Bitten um einen Abgeordneten blieben erfolglos. Allerdings ist Liebknecht neuerdings dort gewesen.

Werner hat allerdings Recht, wenn er sagt, daß die Berliner Opposition eine kompakte Masse nicht ist. Es sind dies meist Personen, welche unter dem Sozialistengesetz nicht gearbeitet haben. Ich meine nun, wenn ich mit der Taktik und Geschäftsführung nicht einverstanden bin, dann weiß ich, woran ich mich zu halten habe. Wenn ich glaube abgeschlachtet zu sein, gut, dann habe ich das Material in Händen, welches ich dem nächsten Parteitage unterbreiten will. Statt dessen schlägt man Radau. Die Berliner, wenigstens die ehrlichen Elemente, sollten ihre Augen doch nicht der Thatsache verschließen, wie sehr sie durch ihre Opposition unsere Agitation auf dem Lande erschweren. Wir sind z. B. nicht in der Lage, den „Vorwärts“ ungelesen und undurchgesehen auf das Land zu befördern; denn die Versammlungsberichte schaden uns mehr als sie uns nützen.

Blume-Hamburg II.: Der Genosse Auer wollte in Bezug auf das „Echo“ wohl keinen Vorwurf gegen die Hamburger Genossen erheben, sondern nur ein Beispiel anführen. (Zustimmung Auers.)

Werner hat verschiedene Male erklärt, daß er absolut nur für dasjenige verantwortlich sei, was er persönlich gesagt und gethan habe. Nun heißt es aber in dem bekannten Flugblatt nicht, der oder der Parteigenosse giebt das Flugblatt heraus, sondern eine Anzahl von Parteigenossen aus allen Berliner Reichstagswahlkreisen (Unterbrechungen seitens der Opposition), und wir haben

immer den Eindruck gehabt, daß zwar nicht ein formeller, aber doch geistiger Zusammenhang der Opposition besteht. Dieses Flugblatt ist unter der geistigen Führung aller oppositionellen Parteigenossen Berlins herausgegeben worden. Wenn nun Werner sich das Gros der Opposition von den Rockschößen schüttelt, so können wir nichts dafür, es ist aber nicht einmal ehrlich von ihm gehandelt. Wir müssen uns unter allen Umständen den Beschlüssen des Parteitages unterwerfen. Man untergräbt sonst thatsächlich die Grundlage der Sozialdemokratie. Die Opposition hat die Agitation auf dem Lande auf Jahre zurückgeworfen. Die Hamburger Genossen werden sich niemals auf dem Boden bewegen, auf welchem die Berliner Opposition steht. (Bravo!)

Emmel-Frankfurt a. M.: Wenn wir die Versammlungsberichte im „Vorwärts" und auch in der gegnerischen Presse über das Auftreten der Opposition gelesen haben und hören, wie sie heute auftritt, so müssen wir uns über die Aenderung kolossal wundern. (Sehr richtig!) Hätte die Berliner Opposition sich zu Hause so betragen wie heute, so würde der Entrüstungssturm in den Provinzen überhaupt nicht entstanden sein. (Zustimmung!) Aber der Ton der Opposition hat schließlich auch in der „Fränkischen Tagespost", im „Vorwärts" in der Gilles-Affäre und in anderen Blättern Platz gegriffen, und dies ist von gegnerischer Seite ausgenutzt worden. Man sollte einen solchen Ton in Zukunft unterlassen, hüben wie drüben. Wir sehen heute, daß, wenn die Forderungen sachlich formulirt werden, wir hier sehr wohl zu einem Resultat kommen können. Sollte allerdings das Flugblatt für die ganze Opposition als maßgebend angesehen werden, dann würde sich das Verhältniß ändern, denn das Flugblatt weicht prinzipiell von unseren Parteigrundsätzen ab.

Nach dem Bericht der Parteileitung ist ein bedeutender Ueberschuß von 94 000 Mark gemacht worden. Nun hat zwar Bebel gesagt, wenn man allen den Anforderungen in Bezug auf Agitation, Presse u. s. w. genügt hätte, der Ueberschuß nicht vorhanden sein würde. Aber ich glaube, wir sind nicht dazu da, Ueberschüsse zu machen.

Wenn die Opposition so sehr wünscht, daß Abgeordnete eine Versammlung abhalten, so verstößt das gegen ihre sonstigen Forderungen. Sie bekämpft sonst immer die Autoritäten, und andererseits werden doch dadurch die Autoritäten förmlich gezogen.

Wildberger-Berlin: Die Gründe, welche einzelne Genossen Berlins, die man zur Opposition rechnet, bestimmt haben, in der Weise wie geschehen vorzugehen, werde ich bei dem dritten Punkte der Tagesordnung, der Taktik, näher darzulegen versuchen. An dieser Stelle möchte ich nur auf die von mir früher aufgestellten Behauptungen zurückkommen, daß nämlich einem Abgeordneten

3—5000 Mark gegeben worden seien und daß sieben Achtel der Reichstagsabgeordneten den Entwurf unseres Arbeiterschutzgesetzes vor der Einbringung nicht gelesen haben. Zu meiner ersten Aeußerung gab mir Veranlassung ein Sprechsaalartikel, der an demselben Tage im „Vorwärts" stand. In demselben wurde einem Genossen vorgeworfen, Parteigelder nicht abgeliefert zu haben.

Das empörte mich ganz gewaltig, nicht, weil ich es für richtig fand, daß der betreffende Genosse das Geld seit einem Jahre nicht abgeliefert hatte, sondern ich wollte nur die Art treffen, wie man gegen den Einen vorgeht und wie man bei dem Andern alles gutheißt, und Jeden verpönt, der es wagt, daran zu rütteln. In der Versammlung im Colberger Salon kam ich mit ziemlich scharfen Worten darauf zu sprechen, daß man das im „Vorwärts" aufgenommen, und sagte bei dieser Gelegenheit, daß wenn man in dieser Weise weiter ginge, wir unter Umständen dasselbe oder noch schwereres Material vorbringen könnten. Es ist nicht richtig, was Storch sagte, daß diejenigen Opponenten, welche in öffentlichen Versammlungen aufgetreten wären, unter dem Sozialistengesetz nicht thätig waren. Mit Ausnahme von Goldberg sind alle in der Agitation thätig gewesen. (Zuruf: Biester auch?) Soviel ich weiß, ist derselbe noch gar nicht so lange in Berlin. (Ruf: Aha!) Also meinetwegen mit zwei Ausnahmen. Nun ist von Bebel und Auer zugegeben worden, was ich gesagt habe. Was habe ich denn Großes behauptet? (Rufe: Namen nennen!) Ich werde den Abgeordneten so lange nicht nennen, als nicht bestritten wird, daß das was ich gesagt habe wahr sei.

Meine Behauptung, daß der Arbeiterschutz-Gesetzentwurf von sieben Achtel der Reichstagsabgeordneten vorher gar nicht gekannt wäre, habe ich in gutem Glauben aufgestellt, nachdem ich die Mittheilung, direkt den Entwurf nicht ganz gelesen zu haben, von zwei Abgeordneten erhalten hatte. Nachdem der Arbeiterschutz-Gesetzentwurf in den Blättern erschienen war, sprach ich schon am anderen Tage mit einem Reichstagsabgeordneten und machte ihm Vorwürfe auf Grund seiner bisherigen Haltung. (Ruf: Namen nennen!) Ich werde das hier nicht thun; wenn es gewünscht wird, werde ich die Namen dem Vorstande mittheilen (Rufe: Wir wollen es aber wissen; sonst erklären wir es für eine Verdächtigung!) . . . ich machte ihm Vorwürfe, wie er diesen Entwurf hätte unterschreiben können. Darauf fragte er mich, was ich daran auszusetzen hätte. Ich sagte, Dies und Jenes, und da meinte er „steht das denn darin?" Ich sagte, na, es ist doch toll, daß Sie das nicht einmal gelesen haben. Da sagte er mir, Sie wissen doch, wie der Gesetzentwurf zu Stande gekommen ist. Der Reichstag wurde, wenn ich nicht irre, am 6. Mai 1890 eröffnet. Am 8. Mai wurde dieser Entwurf schon dem Bureau eingereicht. Daß man also nicht an

einem Tage einen zwei Bogen starken Gesetzentwurf in einer so starken Körperschaft durchberathen konnte, das muß auch demjenigen einleuchten, dem eine derartige Mittheilung seitens eines Abgeordneten nicht gemacht worden ist. Jedenfalls war ein großer Theil der Abgeordneten nicht da, und wenn auch diese sieben Achtel nicht zutreffen, so war ich doch berechtigt zu sagen, daß ein großer Theil der Fraktion von dem eigentlichen Inhalt dieses Entwurfes nichts gewußt hat. (Lachen.) Dies wurde mir von einem zweiten Reichstagsabgeordneten bestätigt. Nachdem in der Eiskeller-Versammlung auf Grund des Flugblattes gesagt worden war, daß wenn Werner und ich in den Reichstag gewählt worden wären — wir hätten uns ja redliche Mühe gegeben, in den Reichstag zu kommen — es statt 35 dort 37 „Verräther an der Sache" gegeben hätte, glaubte ich berechtigt zu sein, zu erklären, daß ich als Abgeordneter den Arbeiterschutz-Gesetzentwurf nicht mit unterschrieben hätte. Ich glaubte diese Aeußerung machen zu dürfen und dabei in nichts zu verstoßen, weil mir nicht bestritten werden kann, daß thatsächlich der Entwurf Vielen nicht bekannt war. Es ist übrigens dieses ganze Berliner Vorgehen in einer Art behandelt worden, wie es bisher noch gar nicht da gewesen ist. Es sind doch von anderer Seite früher viel stärkere Behauptungen aufgestellt worden. Auf dem Gothaer Kongreß beschuldigte Frohme Bebel und Liebknecht, daß sie im Dienste Sonnemanns ständen. Man hat Frohme nicht ausgestoßen, man ist gegen ihn nicht so vorgegangen, wie es jetzt gegen uns geschieht. Ich erinnere ferner an den Aufruf des Frankfurter Kongresses im Jahre 1885, worin alles enthalten ist, was in unserem Flugblatt steht, und gerade da trat Bebel auf die Seite der Frankfurter Genossen gegen den Abgeordneten Frohme. Nun wird man auch von uns sagen müssen, daß wir mindestens von demselben Geist beseelt sind, wie die Frankfurter Genossen mit ihrem Aufruf.

Vorsitzender Singer: Ich muß es ablehnen von Herrn Wildberger vertrauliche Mittheilungen entgegenzunehmen. Wenn Herr Wildberger die Namen der betr. Abgeordneten nennt, so mag er das vor dem versammelten Parteitage thun. (Zustimmung.)

Bebel: Der Vorredner hat auch heute wieder, wie in der Berliner Versammlung, die Behauptung aufgestellt, es seien einem Abgeordneten aus der Parteikasse 3–5000 Mark geschenkt worden, um seine Schulden zu decken. Das ist einfach unwahr; nichts dergleichen ist geschehen. Die Parteileitung weiß von dem Berliner Fall, den er hier mit in Vergleich gezogen hat, gar nichts, er ist uns erst aus dem „Vorwärts" zur Kenntniß gekommen. Wenn in dem „Eingesandt" Unrecht geschah, hatte Wildberger noch gar kein Recht, die Parteileitung in die Diskussion zu ziehen und Dinge zu behaupten, welche den unangenehmsten Eindruck machen mußten.

Der Parteigenosse, wenn er ein solcher sein will, weiß genau, wohin er sich zu wenden hat; er hat erst die Mitglieder des Vorstandes zu fragen, wenn er die Thatsache bestätigt findet, nach den Gründen zu fragen, und wenn er damit nicht einverstanden war, stand ihm das Recht zu, an die Kontrolleure und schließlich an den Parteitag heranzutreten. Diese Instanzen mußte er innehalten, nicht aber in Versammlungen Verdächtigungen und Verleumdungen herausschleudern, als verbrauchten die Leute an der Spitze die Gelder im persönlichen Interesse und um Schmarotzer großzuziehen u. s. w. Sie haben zu beweisen oder zurückzunehmen was nicht richtig ist, oder der Parteitag wird eine andere Entscheidung treffen. Was das Arbeiterschutzgesetz betrifft, so ist es unser lebhaftes Verlangen, daß die Namen der beiden Abgeordneten öffentlich genannt werden, damit sie, wenn sie sich wirklich so etwas zu Schulden kommen ließen, auch öffentlich genannt, öffentlich desavouirt werden. Wenn Wildberger von Cliquenwesen spricht, so brauchte er blos ein paar Mal in die Fraktion zu kommen, er würde eines andern belehrt werden. Der Gesetzentwurf ist mindestens 8, aber wohl 14 Tage vor Beginn des Reichstags an die Kollegen verschickt worden mit der Aufforderung zu genauem Studium und zur Einbringung der Anträge, welche sie für nothwendig hielten, damit die Sache sofort gemacht werden könnte. Der Entwurf datirt übrigens schon von 1885 und sind das letzte Mal nur einige Aenderungen vorgenommen worden. Außerdem ist die gesammte Fraktion vorher dringend eingeladen worden, am Tage der Eröffnung des Reichstags anwesend zu sein, damit in erster Linie über den Entwurf berathen und derselbe so schnell wie möglich an das Plenum gebracht werden könnte. Wer anders berichtet hat, hat die Unwahrheit gesagt.

Auf Befragen des Vorsitzenden Singer gestattet der Parteitag das Wort zu einer kurzen Erklärung dem auf dem Parteitage nicht als Delegirter, aber als Berichterstatter anwesenden

Redakteur Baake: Parteigenossen! Herr Werner hat in seiner Rede eine Aeußerung von mir aus dem Jahre 1887 angeführt, die mich zu einer Erklärung nöthigt. Ich soll zu ihm gesagt haben: Stellen Sie Singer nicht als Kandidaten für den Reichstag auf, sein Geldsack hat die Fraktion korrumpirt und wird noch die ganze Partei korrumpiren. Ich erkläre hiermit, daß ich diese Aeußerung in dieser Form nicht gethan; dagegen erkläre ich weiter, daß ich dem Sinne nach mich gegen Singer's Kandidatur ausgesprochen habe, und zwar im Auftrage einer Anzahl Berliner Parteigenossen. Diese meinten, es sei besser, einen Arbeiter in Berlin IV. aufzustellen; sie hatten dafür vorzubringen, daß Singer von in Noth und Elend gerathenen Leuten überlaufen werde und daß sein humaner Sinn ihn veranlaße, diese Leute zu unterstützen. Wir fürchteten, daß dadurch, daß die Leute sich gegen Singer verpflichtet fühlen

könnten, Singer einen Einfluß und eine blinde Anhängerschaft bekommen könnte, die sich mit den Parteiprinzipien nicht vertrug. Diese Gefahr ist später dadurch vermieden worden, daß Singer, der selber wohl diese Gefahr erkannte, damit einverstanden war, daß Unterstützungen von ihm nur gegeben wurden, nachdem die Partei sich mit denselben einverstanden erklärt hatte. Die Form, in der ich die Aeußerung gethan haben soll, muß ich entschieden zurückweisen. Das Wort „Korruption" ist so ausschließlich Werner'sches Eigenthum, daß ich jede Theilhaberschaft ablehne. Im Jahre 1887 kannte ich die Fraktion sehr wenig, ich war damals ein junger, 23jähriger Mensch und hatte allerdings andere Ansichten wie heute. Diese Entwickelung ist ganz natürlich; ich rechne sie meiner Jugend zu und der Erfahrung, welche ich mir in dem Maße, als ich in das innere Parteileben eingedrungen bin, angeeignet habe. Wörtlich soll sogar diese Aeußerung sein. Ich gratulire Herrn Werner zu diesem Gedächtniß; es übersteigt noch dasjenige eines Polizeikommissars, der eine Aeußerung, die ein Anderer gethan haben soll, sogar beschwört.

Um 1 Uhr 20 Minuten wird die Fortsetzung der Debatte vertagt.

Nachmittagssitzung.

3¼ Uhr. Den Vorsitz führt Kloß; als Schriftführer fungiren Emmel-Frankfurt a. M., Hug-Bant, Agster-Stuttgart.

Es sind wiederum zahlreiche Begrüßungstelegramme und Zuschriften eingegangen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung berichtet Pfannkuch über das Ergebniß der Prüfung der Legitimationen durch die Mandatsprüfungs-Kommission. Auf dem Parteitage sind 230 ordnungsmäßige Mandate vorhanden, außerdem sind noch 14 Personen anwesend, die zum Theil dem Parteivorstand, zum andern Theil der Fraktion angehörig, ohne Mandat erschienen sind. Die Kommission hat auch nicht ein einziges Mandat zu beanstanden Gelegenheit gefunden; sämmtliche Mandate sind einstimmig für giltig erklärt worden.

Ohne Debatte erklärt auch der Parteitag sämmtliche Mandate für giltig.

Darauf wird in der Tagesordnung: Fortsetzung der Diskussion über Punkt 1 fortgefahren.

Agster-Stuttgart: Zunächst möchte ich einem Wunsche des Landesvorstandes der württembergischen sozialdemokratischen Partei an den Parteivorstand Ausdruck geben: der neue Parteivorstand möge in seinen Antworten an die Genossen sich eines etwas weniger brüsken, schroffen Tones bedienen, als das hie und da der Fall

gewesen ist. Die verschiedenartigen Wünsche an den Vorstand mögen ja nicht leicht zu erfüllen sein und können je nachdem eine gewisse Ungeduld erregen, aber man sollte doch dabei immer bedenken, daß Diejenigen, welche sie laut werden lassen, das Interesse der Partei im Auge haben. Bezüglich der sogenannten Opposition muß ich es als etwas sehr Charakteristisches hervorheben, was wir heute früh zu hören bekamen, da Wildberger uns sagte, er wisse von einem Reichstagsabgeordneten, eventuell sogar von einem zweiten bestimmt, daß derselbe die fragliche Vorlage gar nicht gekannt habe. Nun ist es doch eine ganz gewaltige Uebertreibung, wenn man sich von einem Einzelnen aus zu dem Schlusse berechtigt glaubte, daß sieben Achtel der Fraktion den Entwurf gar nicht gekannt hätten; und aus diesem einen Beispiel können wir schließen, wie gewaltig die Uebertreibungen sind, deren sich diese Opposition schuldig gemacht hat.

Meist-Köln: Durch den Bericht des Vorstandes und die Ergänzungen des Genossen Auer ist uns klargelegt worden, aus welchen Motiven der Parteivorstand so und nicht anders zu handeln bewogen worden ist. Das gilt zunächst bezüglich des Königsberger Zeitungsunternehmens; aber auch über die Landagitation und die Presse überhaupt waren die Ausführungen Auers derart, daß wir uns nicht versagen können, dem Parteivorstande für seine Thätigkeit und seine Leistungen unsere Anerkennung auszusprechen. Ich verstehe deshalb auch es voll und ganz zu würdigen, wenn am Schlusse der Referent Auer es unter den obwaltenden Umständen für geboten erachtet, daß die von der Opposition erhobenen Anklagen erhärtet oder widerrufen werden, andernfalls er unbedingt darauf bestehen müsse, daß das Tischtuch zwischen uns und diesen Elementen entzweigeschnitten werde. Ich kann diesen Standpunkt nur durchaus billigen, und wer Gelegenheit hat, wie ich, auf Grund geschäftlicher und politischer Thätigkeit mit den verschiedensten Genossen zusammen zu kommen, muß bestätigen, daß die Berliner Vorkommnisse von geradezu deprimirender Wirkung in der Provinz, unter der ländlichen Bevölkerung gewesen sind. Wer daran denkt, daß der Stand der Genossen in den kleineren Städten viel schwieriger ist als in den großen, der wird würdigen, wie sehr es die Partei schädigt, wenn solche Leute den Gegnern bewußt oder unbewußt das Wasser auf die Mühle treiben. Mich hat es nicht wenig Wunder genommen, daß Werner sich hier in der Weise aufspielte, zuerst sich als Redner für die Opposition bestimmen ließ, um nachher allein auf seine Person zu reagiren (sehr richtig!); es scheint, daß man auf dieser Seite wohl gemerkt hat, es sei an der Zeit, den Zurückzieher zu machen. Es ist offenbar System in der Sache, wenn man jetzt jeden Zusammenhang leugnet. Ich halte es für an der Zeit, daß der Parteitag ein entscheidendes Wort in dieser Sache spricht. Ich verweise auf den Beschluß der Neunerkommission

in Halle, in dem es heißt: „Die Kommission gewann vielmehr, unter Zusammenfassung aller Punkte, die Ueberzeugung, daß Werner weder das Taktgefühl noch die Fähigkeit besitzt, die Tragweite seiner Handlungsweise in Bezug auf die Wahrung der Interessen der Partei abzuwägen." Wer dergestalt die Tragweite seiner Handlungen nicht ermessen kann, der ist auch nicht fähig, uns in der Oeffentlichkeit vertreten zu können, und diese Erkenntniß zeichnet uns den Weg vor, den wir zu gehen haben. Wir sollten nicht irgendwie Süßholz raspeln, sondern einfach das Tischtuch entzweischneiden! (Zustimmung.)

Täterow-Berlin I: Ich will nur konstatiren, daß die Opposition, wie sie sich heute gezeigt hat, keine Opposition ist. Das richtige Bild bekommen Sie zu sehen, wenn Sie in die Berliner Versammlungen gehen. Heute will man mit nichts etwas zu thun haben, heute leugnet man das Flugblatt ab. Mit diesem oder jenem Flugblattpassus ist dieser oder jener einverstanden, mit dem ganzen will Niemand etwas zu schaffen haben, trotzdem erklärt worden ist, daß für das Flugblatt Tausende von Unterschriften aufgebracht werden könnten. Verwunderlich ist es, wie Werner sich aus der Falle zu ziehen versucht. Nach alledem bin auch ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß diese Leute uns als Gegner viel mehr nützen können, wie als Freunde; als Freunde schaden sie uns nur; als Gegner sind sie uns durchaus nicht gefährlich.

Zu dem Antrage des Wahlkreises Berlin I auf eventuelle Theilung des Zentralorgans bemerke ich, daß das Recht, welches den Genossen in der Provinz zusteht, auch den Berlinern in gewissem Sinne gewährt werden muß. Das Organ wird sich nur schwer theilen lassen, aber wenn der gute Wille vorhanden ist, muß es gehen; man wird dann den Einwand los werden, daß die Berliner keinen Einfluß auf ihre Presse haben. Ich bitte Sie deshalb, später dem Antrage Berlin I zuzustimmen.

Börner-Berlin III.: Ich bin sowohl hinsichtlich des Geschäftsberichts als auch betreffs der Beschwerde- resp. Ueberwachungs-Kommission durchaus mit dem Referenten einer Meinung; die Berliner Genossen erheben bezüglich des politischen Theils des „Vorwärts" keinen Anspruch, sondern nur bezüglich des lokalen Theils. Zum Antrag Niederauer habe ich zu bemerken, daß es ja bisher jedem einzelnen Parteigenossen allerorten überlassen geblieben ist, Anträge zu stellen, trotzdem die Parteileitung solche Resolutionen vorgeschlagen hatte. Wenn Werner sagt, in allen Gewerkschaften Berlins werde Politik getrieben, so stimmt das nicht. Ich bin Tabakarbeiter, bei uns wird keine Politik getrieben, denn wir würden dadurch den über ganz Deutschland zentralisirten Gesammtverein schädigen oder gar zur Auflösung bringen. Wollen wir Politik haben, so gehen wir in die öffentlichen Versammlungen,

dort können wir Politik treiben, soviel wir wollen. — Nicht nur der Agitation auf dem Lande schadet das Treiben der Opposition, uns in Berlin und unsere Agitation schädigt es noch bedeutend mehr. Die Versammlungen werden leer, wir sind nicht mehr im Stande, die Leute für uns zu begeistern, wenn die Auseinandersetzungen bis in Schlägereien ausarten, sodaß es selbst uns, die wir doch an derbe Worte gewöhnt sind, schließlich zu viel wird. Aus diesem Grunde können wir alle nur wünschen, daß ein ruhigerer Ton in Berlin platzgreifen möchte. (Beifall.)

Jacobey-Berlin: Der Referent Gottfried Schulz hat mitgetheilt, daß Beschwerden bei den Kontrolleuren nicht eingegangen sind. Das ist richtig. Wir haben aber trotzdem ein paar Fälle verhandelt, die ich hier vortragen will. Der Restaurateur Gaede, Berlin, Fennstraße 17, wurde im „Sozialdemokrat" als Polizeispitzel angeschuldigt und hat sich an den Vorstand gewandt, damit dieser seine Sache regle und die Schuld von ihm nehme. Nun ist es ganz unmöglich, daß der Parteivorstand oder sonst irgend Jemand diese Rücknahme veranlassen kann, weil man nicht weiß, wer die eiserne Maske war, die sich doch so gut bewährt hat, mit der wir große Vortheile errungen haben. — Ein anderer Fall aus Rostock ist auch nicht als Beschwerde an den Vorstand aufzufassen. Er betrifft Bebel, Kandt und Erdbeer in Rostock. Es liegt ein Brief in der Sache vor. . . (Unterbrechung; Ewald ruft: Nicht verlesen, weil er anonym ist!) Er ist unterschrieben: Lucinde Schwarz; es ist festgestellt, daß es eine Genossin dieses Namens dort nicht giebt. Es wird in dem Briefe behauptet, die Genossen sollten die Parteigelder verbrauchen, ohne Rechenschaft zu legen, Bebel wird bezeichnet als wahrscheinlich von der Regierung gekauft (stürmische Heiterkeit), weil er gesagt hat, wenn Krieg gegen Rußland kommt, dann werden wir gegen Rußland kämpfen müssen. Das ist Alles.

Ich komme nun noch auf Wildberger zurück. Wenn er sich gestattet, in einer großen Versammlung vor 1500 Menschen von einem Abgeordneten zu behaupten, er habe 3000 oder 5000 Mark geschenkt erhalten, weil er sonst bankerott geworden wäre, so muß er sich doch selbst sagen, was die Folgen solcher Verdächtigungen sein müssen. Man braucht nicht zu warten, bis das in die Provinz dringt; es schädigt uns selbst in Berlin am meisten. Wenn Werner sagt, es giebt keine geschlossene Opposition, so hat er Recht; es ist keine Opposition, sondern die reine Oppositionspest, welche wir aufs Aeußerste bekämpfen müssen! (Beifall.)

Bebel: Werner, der im Namen der Opposition sprach, hat drei Viertel seiner Redezeit mit Dingen verbraucht, die nicht hierher, sondern zur Frage der Taktik gehören, und das letzte Viertel nur in seinem Namen, nicht im Namen der Opposition gesprochen. Ich

halte das nochmals zu konstatiren für nöthig. Ich gehe auf die gegen die Taktik und gegen das Verhalten des Parteivorstandes zur Vollmar'schen Rede erhobenen Anklagen nicht ein, ich stelle nur fest, daß Schulze-Magdeburg die Anklage erhebt, daß der Vorstand nicht gegen diese Rede vorgegangen sei, während dieselbe Opposition immer darüber klagt, daß der Vorstand die Diktatur und keine freie Meinungsäußerung wolle. Es ist ferner festzustellen, daß der Vorstand gegen letztere niemals Front gemacht hat, sondern bloß gegen Angriffe und Verdächtigungen, die seine Ehre antasten. Nun hat Werner sich dagegen verwahrt, behauptet zu haben, daß die Parteileitung Günstlingswirthschaft, Speichelleckerei u. s. w. begünstigt habe, aber in der Art und Weise, wie er sich ausgedrückt hat, lag mindestens indirekt der Vorwurf, daß die Parteileitung sich derartige Personen gefallen ließe, und er hat sogar zwei Personen genannt, Baake und Glocke. Wenn etwas die Objektivität der jetzigen oder früheren Parteileitung beweist, dann sind es grade diese beiden Fälle. Baake ist seit 1884 in der Redaktion des „Volksblatts". Wir in der Fraktion und im Fraktionsvorstand wußten ganz genau, daß Baake gegen uns eingenommen war, daß er eine politische Ansicht vertrat, die nicht die unsere war. Wenn wir trotzdem Baake in seiner Stellung ließen, so frage ich Sie, wo ein glänzenderes Beispiel für unsere Objektivität gefunden werden kann als grade hier. Als eine Expeditionsstelle im „Volksblatt" frei war, haben wir uns an die Berliner Genossen gewandt, und da hat uns die Opposition, die damals in der Mehrheit war, Glocke vorgeschlagen, und obgleich wir wieder ganz genau wußten, welche Stellung er einnahm, haben wir ihn aufgenommen. Wenn nun beide im Laufe der Jahre erkannt haben, daß alle jene niederträchtigen, gegen uns erhobenen Verleumdungen auf Unwahrheit beruhten, so gereicht das den Betreffenden zur Ehre, wenn sie ihren früheren Irrthum offen bekannten. Wenn je eine Opposition erbärmlich und nichtig sich gezeigt hat, nachdem sie mit soviel Aplomb ins Leben getreten war, so ist es die der Werner und Wildberger. Auf Grund des Kassenberichts hätte man doch mit bestimmten Behauptungen herausrücken sollen über die Günstlingswirthschaft u. dgl. Wildberger schüttelt mit dem Kopf; na, ich werde ihn gleich zitiren. (Heiterkeit.) Wildberger hat sich nicht begnügt, jenen Fall mit dem Reichstagsabgeordneten anzuführen, sondern er erklärte nach S. 30 der Broschüre folgendes in der Versammlung des III. Wahlkreises am 22. September:

„Da die Presse, die unter dem Einfluß der Parteileitung steht, sich seit der Feenpalast-Versammlung gegen uns nur in Verdächtigungen und unfläthigen Schimpfereien ergeht, so können wir natürlich mit einem Parteitage, der in solchem Sinne zusammengesetzt ist, nichts anfangen. Wir könnten noch viel deut-

licher werden, wenn wir einmal beleuchten wollten, wie **verwerflich** der Parlamentarismus von der **pekuniären Seite** ist. Dann würde man uns freilich wieder Denunzianten nennen. **Einem einseitigen Gerichtshofe des Parteitages unterbreiten wir nichts**, weil wir von vornherein wissen, **daß wir doch verurtheilt werden**. Als Jesus geht man da hinein, als Teufel aber kommt man heraus."

Also ein einseitiger Gerichtshof, auf dessen Urtheil nichts zu geben ist! Es wundert mich nur, daß dann Wildberger sich die Mühe gegeben hat, hier zu erscheinen. — Er droht also ganz allgemein; das ganze System wird angegriffen. Es herrscht die Korruption innerhalb des parlamentarischen Kreises unserer Partei; das wird nicht ausgesprochen, liegt aber in den Worten; jeder Abgeordnete wird also auch pekuniär unterstützt u. s. w. Wenn solche Verdächtigungen ohne jeden Schatten von Beweis gegen ganz bestimmte Personen öffentlich ausgesprochen werden, dann frage ich, ob es auf der Welt überhaupt noch eine elendere und niederträchtigere Verleumdung giebt. Als Auer in einer Berliner Versammlung sagte, es seien keine Beschwerden gekommen, da erklärte Niederauer: Beschwerden sind waschkörbeweise vorhanden, aber man hat zur Parteileitung kein Vertrauen und darum kommt man nicht damit. Giebt es etwas Niederträchtigeres als dieses Verhalten, ehe man auch nur den Versuch einer Begründung seiner Beschwerde gemacht hat? Hätten Sie doch die Parteileitung auf die Probe gestellt! Aber Sie haben keine Beschwerde erhoben, und von den Waschkörben voll Beschwerden haben die heutigen Redner nicht einmal ein kleines Handkörbchen vorgebracht. Was sonst vorgetragen worden ist, kommt auf jedem Parteitage immer wieder vor, so die Klagen über mangelhafte Agitation, Broschürenverbreitung, Preßunterstützung u. s. f. Sie haben den Kassenbericht vor sich liegen. Keiner von der Opposition hat bis jetzt versucht, die Richtigkeit der Zahlen und die Loyalität der Verwendung der Gelder irgendwie zu bezweifeln. Dort liegen die Kassenbücher, sie stehen jedem Parteigenossen zur Verfügung, ich bin bereit, Jedem jede Auskunft zu geben. Wir spielen mit so offenen Karten. (Zwischenruf: Das bezweifelt Niemand!) Was Sie sagen! Was bedeutet denn Wildbergers Ausspruch anders, als Verschleuderung der Parteigelder, Sichmästen von den Parteigeldern (Widerspruch der Opposition) — ja, heute habt Ihr's nicht gewagt zu sagen (stürmische Zustimmung und Lärm), es ist eben traurig, daß Ihr heute nicht den Muth habt, diese Anklage zu erheben. —

Ich komme auf den Punkt „Unterstützungen" im Kassenbericht, nahezu 11 000 Mark. Darunter ist eine einzige, welche 500 Mark beträgt, das ist die höchste, diese Summe ist nicht an eine Person, sondern an eine Mehrzahl von Personen verabreicht worden, die

politisch gemaßregelt worden waren. Weiter sind darunter 8 Posten von je 400, davon erstrecken sich 2 wieder auf eine Mehrzahl gemaßregelter Personen, und der dritte wurde einem armen Parteidrucker als Unterstützung gewährt, weil er später tief in Noth und Elend kam; kein Abgeordneter hat da was erhalten. Die anderen Posten, es sind hunderte, gehen bis zu 25 Mark herunter. Nun die Darlehne. 2500 Mark, es ist wahr, sind geliehen worden gegen Sicherheit. Der Mann hatte eine Gefängnißstrafe von 9 Monaten zu verbüßen. Die Frau, die das Geschäft leitete, wurde im zweiten Monat vom Schlage getroffen; 4 kleine Kinder waren vorhanden. Der Genosse mußte Urlaub aus dem Gefängniß nachsuchen, den er auch erhielt. Derselbe mußte fremde Leute anstellen, da die Frau vom Schlage gelähmt blieb und nicht sprechen konnte, er aber mußte, von der unglücklichen Frau und den weinenden Kindern wieder zurück ins Gefängniß. Mit welchen Gefühlen brauche ich Ihnen wohl nicht erst zu sagen. (Allgemeine Zustimmung.) Als er herauskam, war er ruinirt; er versuchte das Geschäft zu halten, hat das lange Zeit mit Hängen und Würgen gethan, und wenn ihn ein Vorwurf treffen kann, dann ist es der, daß er nicht früher an uns kam. Als dies aber endlich geschah, haben wir nicht ohne Weiteres gegeben, sondern zuerst eine ganz genaue Untersuchung der Geschäfts- und Familienverhältnisse vorgenommen und das Geld auch nicht als Geschenk gegeben, sondern gegen Verbürgung eines Kompagnons des Darleihers und wir haben sichere Aussicht, es wiederzubekommen. Wenn das Parteiverrath ist, so muß ich erklären, wenn ich solchen „Verrath“ hundertfach auf dem Gewissen hätte, ich würde es mir zur Ehre rechnen. (Beifall.)

Soviel über diesen Punkt. Ich will mich damit begnügen und mich darauf beschränken, Ihnen eine Resolution vorzuschlagen. Die Dinge können doch nicht ausgehen, wie das Hornberger Schießen; man kann nicht den Parteitag auseinander laufen lassen, ohne daß etwas Positives entschieden ist. Ich beantrage deshalb zu Punkt 1 und 3b der Tagesordnung:

> Der Parteitag wolle beschließen: Eine Kommission von 9 Mitgliedern zu ernennen, welche die Anklagen der Opposition in Bezug auf die Parteileitung und die Reichstagsfraktion, sowie die Anklagen, daß die Parteileitung bezw. der Parteivorstand gegen die Parteitaktik verstoßen habe, zu prüfen und dem Parteitag Bericht zu erstatten habe.

Diese Kommission soll erst in Funktion treten, wenn wir die Frage der Taktik erledigt haben, und es dürfen ihr selbstverständlich weder Mitglieder der Opposition, noch der Parteileitung, noch des Vorstandes angehören. Es sollen ganz unparteiische Personen sein, welche die Prüfung vorzunehmen und dann Bericht zu erstatten haben. Dann werden wir ja sehen, was dahinter steckt.

Kandt-Rostock beantragt, das ihn betreffende Schriftstück gleichfalls dieser Kommission zur Prüfung zu überweisen.

Der Antrag Bebel wird genügend unterstützt.

Frohme-Altona: Wenn noch etwas gefehlt hätte, die Berliner Opposition ins rechte Licht zu stellen, dann ist es jedenfalls ihr heutiges Auftreten gewesen. Dieses steht in so außerordentlichem Gegensatz zu ihrem Treiben in Berlin, daß es nicht nur in diesem Saale Aufsehen erregen wird. Die Herren haben dem „Echo" einen Vorwurf daraus gemacht, daß es zu dem Vorgehen der Opposition Stellung genommen hat. Das „Echo" soll sich einer unerhörten Sprechweise schuldig gemacht haben, sich in schmählichen Angriffen gegen die Opposition ergangen haben. Der betreffende Artikel wurde geschrieben, nachdem in einer Schuhmacherversammlung in Berlin die bekannte Resolution gegen Vollmar angenommen worden war. Wir haben es für nöthig gehalten, sachliche, prinzipielle Stellung zu den Fragen zu nehmen, um welche es sich in der Vollmar'schen Rede handelte. Wer im Stande ist, aus diesem Artikel einen unverschämten Ausdruck herauszufinden, der möge es versuchen. Irgend einer beliebigen gewerkschaftlichen Versammlung darf es nicht zustehen, derartig zu Gericht zu sitzen über einen abwesenden Parteigenossen, und noch dazu ohne genaue Kenntniß von dem, was der Betreffende wirklich gesagt hat. Unser Urtheil stützte sich lediglich auf das, was wir wußten, während die Herren von der Berliner Opposition ganz summarisch in Bausch und Bogen erklärt haben, Vollmar ist nicht mehr würdig, Vertreter des Proletariats zu sein. Daß das Entrüstung hervorrufen mußte, ist klar, und dieser Entrüstung haben auch wir Ausdruck gegeben, aber in einer Weise, die Sie nicht berechtigt, von einem unverschämten Angriff auf die Opposition zu sprechen. Ihnen gegenüber Rücksichten üben, Sie mit Glacehandschuhen anfassen, darauf haben Sie sich wahrhaftig kein Recht erworben.

Die Magdeburger „Volksstimme" hat sich nicht enthalten können, darauf anzuspielen, als habe man es im Hamburger „Echo" mit einem parteioffiziösen Organ und mit unserer Aeußerung als einer offiziösen zu thun; das sollte wohl heißen, wir seien vom Berliner Parteivorstand beeinflußt. Um derartigen thörichten Ansichten die Spitze abzubrechen, bin ich verpflichtet zu erklären, daß die Redaktion des „Echo" nicht die geringste Direktive vom Parteivorstand oder Parteileitung erhalten hat, durchaus selbständig arbeitet und keine Verhaltungsmaßregeln zu erbitten braucht.

Wenn Wildberger zu seiner Vertheidigung eine Sache in Anspruch nahm, welche vor 16 Jahren in Gotha zwischen Bebel und mir spielte, so hat er damit seiner Sache nichts genützt. Wollten doch die Herren sich zuvor genau über die Dinge informiren! Was dorten an persönlichen Auseinandersetzungen geschah, geschah offen

und ehrlich; nicht etwa, wie in Berlin, haben sich Kliquen gebildet, die erklärten: wir müssen die Partei vor Korruption bewahren. Ich hatte dort nichts anderes zu thun, als die mir von den Frankfurter Genossen gewordenen Aufträge zu erfüllen. Das und nichts anderes habe ich gethan, ich habe es sachlich gethan, der Kongreß hat die Beschwerde geprüft, es hat sich die völlige Grundlosigkeit der nicht von mir, sondern seitens ganz anderer Personen erhobenen Beschuldigungen herausgestellt, und damit war die Sache erledigt. Ich habe das hier eingeflochten, um dem Unfug ein Ende zu machen, der mit der Berufung auf diese 16 Jahre alten Vorgänge immerfort getrieben wird. Ich bemerke zum Schluß: Mir kann es nicht genügen, wenn die Herren hier Widerruf leisten, das ist für mich keine Garantie dafür, daß der Unfug nicht aufs Neue losgeht; wir müssen Garantien schaffen, daß Elemente, die sich in solcher Weise unwerth und unfähig gezeigt haben, unserer Sache zu dienen, nicht mehr als zur Partei gehörig betrachtet werden.

R. Fischer-Berlin: Auf den Antrag Bebel glaube ich nicht eingehen zu sollen; so wie die Stimmung hier ist, ist die Meinung darüber wohl schon gebildet: Die Opposition kam hierher, Anklage zu erheben, und vom ersten Augenblick an fand sie sich in der Lage, sich vertheidigen zu müssen. Ich will bloß eine Reihe von Einzelheiten feststellen und das von Frohme gestreifte Thema weiter ausführen. Werner tritt für den „guten Ton" ein! Die Opposition thäte gut daran, diesen Rath zuerst auf sich selbst anzuwenden. Man braucht dabei bloß daran zu erinnern, wie Wildberger in der Eiskellerversammlung am 1. Mai sagte, er habe sich mit Ekel von der Partei abgewendet! — Mit Ekel abgewendet! Gewiß, aber nicht Herr Wildberger von der Partei, sondern eine ganze Reihe von Genossen hat sich mit Ekel von Herrn Wildberger abgewandt, nach seinen alkoholischen Excessen gelegentlich seiner Kandidatur im III. Berliner Wahlkreise. Nach Erscheinen der rothen März-Nummer der Berliner „Volkstribüne" sagte der „Börsen-Courier", diese Nummer verrathe durch den Ton, als ob sie von einem agent provocateur geschrieben sei, und da insinuirte niederträchtig die „Volkstribüne" in einer Briefkastennotiz, der „Börsen-Courier" habe diese Verleumdung vielleicht „aus jüdischer Nächstenliebe auf Anregung eines gewissen Herrn" gebracht. Jedermann vermuthet, damit sei unser Genosse Bamberger gemeint — Jacob Bamberger, wie Herr Werner in Halle immer so besonders betonte. — Als dann der „Reichsbote" diesen Namen nannte, hat man vom Anstande der „Volkstribüne" nichts gehört, sie hat diesen nichtswürdigen Vorwurf gegen einen Genossen in ihren Spalten nicht zurückgenommen, aber auch nicht bewiesen, trotz der öffentlichen Bloßstellung im „Reichsboten".

Und wie steht es mit der Magdeburger „Volksstimme"

in der von „burschenhafter Niedertracht“ in Bezug auf den Genossen Frohme die Rede ist, auf welche man nur mit einem Pfui! dienen könne? Und warum? Weil das „Echo“, nicht Frohme, geschrieben hatte, die Karte sei verrathen, es hätten sich anarchistische Elemente in die Opposition eingeschlichen. Und das ist Thatsache! Man braucht nur die Artikel der „Autonomie“ nachzulesen, nur daran zu denken, wie Berliner Genossen unter Bruch aller Partei-ehre die gesammelten Parteigelder gemißbraucht haben, um einen sogenannten Kampffonds zu gründen, eingestandenermaßen zu dem Zweck, Mittel zur Verfügung zu haben, wenn einmal die Parteileitung sich weigern sollte, für die Leute von der Opposition im Falle von Verfolgung und Maßregelung einzutreten. Dieser „Kampf-fonds“ sollte aber eingestandenermaßen auch dazu dienen, Flugblätter gegen die Parteileitung herausgeben zu können und endlich gründete die Opposition diesen „Kampffonds“, wie einzelne Mitglieder ganz offen uns erklärten, dazu, daß, wenn einmal Jemand z. B. wegen Verbreitung der „Autonomie“ verhaftet werden und die Parteileitung die Unterstützung verweigern sollte, dann auch für diesen Zweck Mittel vorhanden seien. Für dieses Lumpenblatt, an dessen Spitze Jahre lang bezahlte Polizeispitzel standen, will man dergestalt eintreten. —

In der Magdeburger „Volksstimme“ vom 3. Juli wird einem Pastor Ballien demüthig Abbitte geleistet, weil die Ausdrücke „Lüge“ und „gelogen“ zweifellos beleidigender Natur seien; man bedauere lebhaft, sie gebraucht zu haben; zur Entschuldigung wird auf die momentane Erregung, von der man sich im heißen Kampfe habe hinreißen lassen, hingewiesen u. s. w. Dasselbe Blatt, welches gegenüber einem Pastor solche Erklärung losließ, hat es abgelehnt, eine Berichtigung aufzunehmen, daß Frohme nicht der Verfasser des betreffenden Artikels im „Echo“ sei. Wenn man also vom anständigen Tone reden will, dann fange die Opposition bei sich selber an.

Werner sagt nun, es gebe keine einheitliche Opposition, Jeder rede für sich. Ich glaube, das ist lediglich die Umschreibung des: Rette sich, wer kann! Jeder giebt den Andern preis. (Große Heiterkeit!) Werner den Wildberger, Wildberger den Werner! Diesen Kniff wollen wir aber nicht durchschlüpfen lassen. Werner ist ja der beste Beweis für die anerkannte und doch wieder abgeleugnete Homogenität der Opposition. Gestern haben sie einen Korreferenten verlangt, heute spricht er in ihrem Namen, freilich blos für seine Person. Die Opposition hat ferner in Berlin eine Versammlung einberufen, zu welcher alle die eingeladen wurden, die mit der bisherigen Taktik nicht einverstanden seien, Referent: Wildberger! Wenn die Opposition nicht homogen wäre, dann hatte die Einberufung einer solchen Versammlung gar keinen Sinn! (Zwischenruf: Sie hat nicht stattgefunden!) Sie hat nicht statt-

gefunden, aber warum nicht? Weil die Opposition in Berlin bereits wußte, wie die Stimmung in der Partei war; die Opposition, die ihre Biester, Feder, Goldberg vorher nie verleugnet hatte, wollte an diesem Abend die Verantwortung für deren Ausführungen nicht tragen. Ein weiterer Beweis für die Homogenität der Opposition ist das Flugblatt. Ist nicht die „Elite" der ganzen Opposition, 30—35 Mann, beisammengesessen, um das Flugblatt zu sanktioniren? Hat Werner nicht das Manuskript des Flugblatts in seiner Druckerei gehabt? Ist es nicht aus Werners Druckerei nach Magdeburg gewandert, und hat nicht Kampffmeyer ihm vom Druck abgerathen? Sind nicht die Verfasser des Flugblatts mit demselben bei Keßler gewesen, und hat der ihnen nicht erklärt, er würde den Druck nicht befürworten können? (Widerspruch.) Keßler ist hier, er hat es selbst geschrieben in seinem „Bauhandwerker." (Zwischenruf: Das ist nicht wahr!) Wir werden das Blatt herbeischaffen, es steht darin, er habe es vor der Drucklegung gesehen. (Werner: Gesehen hat er's!) Na, dann stimmt es doch. (Werner: Aber nicht hingegangen!) In einer Erklärung in der „Volkstribüne" hieß es sogar, Tausende bekennten sich zum Flugblatt. Wie hat dann die Magdeburger „Volksstimme" über dies Flugblatt sich ausgelassen? Da hieß es, es sei der Meinungsausdruck eines großen Theils der Berliner Parteigenossen, vor der ehrlichen Ueberzeugungstreue dieser Genossen müsse man Respekt haben. Und nachher erklärten alle die Genossen, nicht auf dem Boden des Flugblatts zu stehen, alles leugnet das Flugblatt ab, aber Niemand verwahrt sich gegen die darin enthaltenen Infamieen! Warum haben Sie das Flugblatt verleugnet? Aus Feigheit! (Große Unruhe bei der Opposition.) Sie wußten, daß alle diese Behauptungen und Unterschiebungen baare Lüge und nichtswürdige Verleumdung waren! (Vorsitzender Kloß bittet den Redner, sich zu mäßigen.) Ich gebe zu, daß ich etwas heftig geworden bin; aber wenn man heute hier dieses jämmerliche, weinerliche Entschuldigen hört, dann gehört ein hohes Maß von Kaltblütigkeit dazu, nicht in Entrüstung zu gerathen.

In der Magdeburger „Volksstimme" heißt es: „So wie das Flugblatt vorliegt, wird man sich freilich nicht der Ansicht verschließen können, daß es der Ausdruck der Meinungsäußerung eines großen Theils der Berliner Genossen ist; aber man wird ihnen mit Recht Mangel an Ueberzeugungstreue vorwerfen müssen, wenn sie vor persönlichem Konflikt zurückschrecken." Wenige Zeilen später wird Genosse Steck-Bern aus dem Schweizerischen „Sozialdemokrat" zitirt, daß das Flugblatt „von bester Meinung und anerkennenswerthem Ueberzeugungseifer diktirt erscheint." (Dr. Lux: Lesen Sie doch weiter!) Am Schlusse heißt es dann allerdings, daß der Versuch eines Nachweises der aufgestellten Be-

hauptungen nicht gemacht werde . . . . (Dr. Lux: Lesen Sie doch von dem vergifteten Pfeil!) Dann kommt die Stelle von dem vergifteten Pfeil. Aber was soll damit bezweckt sein? Wenn man so schreibt wie hier, wo der Nachsatz immer wieder aufhebt, was der Vordersatz behauptet, so ist das die Sprache des Charakterlosen, der nicht den Muth hat, Nein zu sagen. Ich meine, wenn es zu einer Trennung kommt, so kann diese nicht damit motivirt werden, daß innerhalb der Partei prinzipielle Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind, sondern die Partei muß erklären, sie hält diese Leute für unwürdig, ihr anzugehören, sie will mit solchen unsauberen Elementen nichts mehr zu thun haben! (Zustimmung.)

Sailer-Luckenwalde: Welchen ungeheuren Schaden haben diese Angriffe der Opposition, diese Verleumdungen und Verdächtigungen angerichtet! Sie wissen und begreifen nicht, was es heißt, wenn die Rittergutsbesitzer unter Verwerthung dieser falschen Behauptungen ihre Leute aufhetzen, uns aus den Dörfern hinauszutreiben, ja hinauszuprügeln!

Pëus-Berlin VI: Es wird hauptsächlich darauf ankommen, daß wir den Typus der Opposition erkennen, und obwohl Werner nicht für die andern eintreten will, ist er doch gerade ein Typus. Er ist nicht zu fassen, er rutscht einem immer aus den Fingern heraus, man weiß nicht, wo man ihn nehmen soll. Bald sagt er ja, bald nein, er erklärt sich gegen das Flugblatt, und dann spricht er eine ganze Stunde Dinge, welche lediglich Aeußerungen aus dem Flugblatt sind. So auch heute wieder. Man muß fast dahin kommen, daß er unehrlich ist, oder er weiß selber nicht, was er sagt. Es ist unbedingt nothwendig, die Sache in Ordnung zu bringen; wir haben alle Veranlassung, uns mit ganzer Kraft auf die Indifferenten und die Feinde zu stürzen, und da ist es wahrhaftig von der größten Bedeutung, daß diese Kinkerlitzchen und Kleinigkeiten verschwinden. Nach dem Parteitage muß es nirgendwo mehr möglich sein, daß die Sache wie bisher weiter getrieben werden kann.

Glocke-Berlin: Obgleich ich einsehe, daß die Zeit des Parteitages kostbar ist, muß ich doch nach der Art, wie Werner mich in die Debatte hineinzog, einige Worte erwidern. Wenn ich 1887 oppositionell war, so hing das damals zusammen mit dem Kampf gegen das „Volksblatt", weil wir von einem Herrn, der zu jener Zeit im „Volksblatt" war und den Werner damals als Schuft bezeichnete, während er ihn heute wieder Freund nennt, nämlich von Herrn Liefländer, dahin informirt worden waren, daß es mit der Abrechnung beim „Volksblatt" nicht in Ordnung sei. Wir haben dann Einsicht genommen und fanden, daß kein Grund vorlag, zu zweifeln, weil alles in Ordnung war. Mit Zustimmung der Betheiligten wurde damals auch das Blatt aus dem Privat-

besitz in den Parteibesitz übergeführt. Schippel, der doch unser Aller Haupt war, erwähnt Werner gar nicht. Bei meiner Opposition gegen die Stadtverordnetenwahlen lag die Sache ebenso; ich war gegen die Betheiligung, die Majorität hat anders entschieden. In Bezug auf den sog. Anarchistenklub habe ich ja im „Vorwärts“ erklärt, welche Motive uns leiteten. Daß ich gesagt hätte, wir wären eine pure Reformpartei geworden, hat Werner aus der Luft gegriffen. Diesen Ausdruck kann ich deswegen schon nicht gebraucht haben, weil ich jeder Zeit für die Arbeiterschutzgesetzgebung eingetreten bin.

Schultze-Königsberg: Dem Vorstande ist ein Vorwurf daraus gemacht worden, daß er das „Königsberger Volksblatt“ nicht genügend unterstützt hat. Ich halte es daher für meine Pflicht, die Sache hier klarzulegen, damit die Genossen sich ein Bild machen können. Wie überall im Deutschen Reich, brach sich auch bei uns der Gedanke Bahn, daß wir ein Lokal- oder Provinzialblatt haben müßten. Wir wandten uns an den Vorstand, erhielten aber den Bescheid, daß wir die Gründung unterlassen sollten, weil keine Mittel zur Verfügung ständen, andererseits das Blatt nicht lebensfähig sei. Trotzdem haben wir es gegründet, und in gewisser Beziehung ist ihm auch Unterstützung zu Theil geworden. Wenn es auch ein Fehler war, die Verhältnisse in Ost- und Westpreußen rechtfertigten in allererster Linie doch den Versuch der Gründung, weil die Ostprovinz ganz abgeschlossen von den übrigen Landestheilen liegt und agitatorische Kräfte nicht zur Verfügung stehen. Seit der letzten Reichstagswahl haben wir ziemlich die Hälfte der besten aktiven Parteigenossen verloren, weil sie vorgezogen haben, nach Berlin, Hamburg u. s. w. auszuwandern. Das bewirkte auch das Eingehen des Blattes. Die Schuldenlast war zu groß. Selbst wenn der Parteivorstand alle Schulden bezahlt und weitere Mittel hergegeben hätte, das Blatt wäre doch nicht zu halten gewesen. (Hört! hört!) Auch in diesem Jahre wurde vom Vorstande Unterstützung sowohl zur Agitation als zur Deckung der alten Schulden gewährt.

Was die Opposition betrifft, so kann ich es nicht begreifen, wie sie in solcher Weise Platz greifen konnte. Jedenfalls hat sie unserer Sache den schlechtesten Dienst erwiesen. Wenn wir uns in der Agitation an die breiten Massen, welche noch nicht im Banne unserer Ideen stehen, wenden, und wenn von den Gegnern hervorgehoben wird, seht, das sind die Personen, welche sich als Apostel hinstellen, seht, wie da mit den Arbeitergroschen gewirthschaftet wird, wie sie sich selbst in den Haaren liegen u. s. w., so schädigt uns das ganz enorm. Was dann Wildbergers Behauptung wegen des Arbeiterschutzgesetzentwurfs betrifft, so kann ich mich nur Bebel anschließen, erweitere aber seine Ausführungen, indem ich hinzu-

füge, daß der Entwurf nicht blos jedem Abgeordneten zugeschickt, sondern daß der weitaus größte Theil der Fraktionsmitglieder Anträge zu demselben gestellt hat, mithin die Behauptung Wildbergers ein leeres Nichts ist. Welchen Eindruck aber müssen derartige Behauptungen auf die große Masse des Volks ausüben! Jeder Parteigenosse sollte sich zur Pflicht machen, Alles zu thun, um die Wiederkehr so unschöner Dinge im Parteiinteresse zu verhindern! (Beifall!)

Stamm beantragt den Schluß der Diskussion; der Antrag wird genügend unterstützt. Gegen denselben spricht Auerbach, mit speziellem Bezug auf die Angriffe gegen die Magdeburger „Volksstimme". Lasse man hier Redefreiheit walten, so könne ein gut Theil Ausführungen später erspart werden.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Wernau-Potsdam. Redner spricht für eine andere Regelung der Thätigkeit der Kontrolleure, welche im Falle von Differenzen selbstständig eingreifen und nicht erst warten sollen, bis Beschwerden an sie gelangen. Weiter konstatirt derselbe die Existenz des sogenannten Kampffonds. Dieser Fonds ist nicht ganz klein, er beträgt 3000 Mark. Ich meine nun, daß es gar nicht erforderlich ist, daß die Vertrauensmänner eine öffentliche Versammlung einberufen, um gegen einen solchen Unfug, wie er im VI. Berliner Wahlkreise vorgekommen ist, vorzugehen. Nach § 2 des Organisationsstatuts kann zur Partei nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat. Wenn nun die Kontrolleure befugt sind, ein Schiedsgericht zusammenzuberufen über Personen, welche sich etwas haben zu Schulden kommen lassen, so müßten sie auch in der Lage und befugt sein, solche Leute vor ihr Forum zu laden und von ihnen Rechenschaft zu verlangen.

Joest-Mainz: Ich habe schon auf dem Haller Kongreß mich dafür ausgesprochen, daß mit diesen Elementen einfach Kehraus gemacht werden müsse. Wenn wir heute den Ausschluß dieser Opposition nicht beschließen, dann haben wir auf dem nächsten Kongreß dieselbe Geschichte wieder (Zustimmung!). Ich bin der Letzte, der vor der Fraktion auf dem Bauche liegt und die freie Meinungsäußerung beschränken will. Aber Verleumdungen, Verdächtigungen in einem derartigen Kampfe zum Gaudium der Gegner — das ist keine Opposition, sondern Krakehlerei um des Krakehles willen. — Entweder die Berliner Opposition bringt Beweise für ihre Behauptungen, oder wir machen die Thür der Partei ein- für allemal für sie zu. Jedes Winkelblättchen der gegnerischen Presse bringt jeden Tag eine Schmierecke über die Berliner Opposition, Zusammenstellungen aller niederträchtigen Ausdrücke. Eine ultramontane Zeitung hat ganze Columnen zusammen-

gestellt von Invektiven, die man sich in den Berliner Versammlungen an den Kopf geworfen hat. Stellen Sie sich vor, ein solches Blatt wird auf dem Lande gelesen — wie sollen wir da agitiren? Die Leute sagen: Ihr seid selbst nicht einig, Ihr seid eigentlich Gesindel. Also hinaus mit solchen Leuten! (Beifall.)

Liebknecht: Mit dem eigenthümlichen Zartgefühl, welches Herr Werner hat, wenn es gilt, die Ehre unserer Gegner zu wahren, hat er es sehr hart empfunden, daß ich Herrn Richter einmal einen sogenannten „Wäschediebstahl" vorgeworfen habe. Diese Thatsache ist, wie es scheint, von den Parteigenossen außerhalb Berlins und in Berlin nicht überall genügend begriffen worden, so daß es nöthig ist, sie kurz zu erklären. Es wurde im Winter d. J. von der „Vossischen Zeitung" in einer sehr scharfen Notiz darauf hingewiesen, daß gewisse Schriftstücke, welche die „Vossische Zeitung" allein gehabt habe, in einer anderen Zeitung der gleichen Partei plagiarisch entwendet worden seien und daß Derjenige, der es gethan habe, dabei die Taktik jener Wäschediebe befolgt habe, die, wenn sie Hemden stehlen, die Zeichen herausnehmen; er habe nämlich einige Worte und unwesentliche Wendungen geändert. Diese Notiz bezog sich auf die „Freisinnige Zeitung" und wir haben dies — natürlich zum Scherz, man kann ja nicht immer ernsthaft sein — Herrn Richter verschiedentlich unter die Nase gehalten, er hat aber niemals darauf reagirt. Immerhin aber war er ein paar Tage ruhig und anständig. Herr Werner hat den Vorgang einfach nicht begriffen.

Es ist mir weiter vorgeworfen worden, ich hätte in der Polemik mit Nieuwenhuis das Maß des parlamentarischen Anstandes überschritten — es ist doch wunderbar, wie Herr Werner auf einmal für parlamentarischen Anstand schwärmt. Ich habe hier einfach zu konstatiren, daß ich bei der Polemik mit Nieuwenhuis im „Vorwärts" genau so wie auf dem Brüsseler Kongreß, wo ich auf Wunsch und unter Billigung aller Parteigenossen die gegen die deutsche Partei geschleuderten schlimmsten Verdächtigungen zurückwies, mich einfach abwehrend verhielt.

Es wurde ferner gesagt, der „Vorwärts" hätte keine Berichtigungen aufgenommen. Mein Grundsatz ist: innerhalb der Partei giebt es für mich keine Partei. Und auch Herr Werner, so lange er in der Partei ist, hat für mich, als Redakteur des „Vorwärts", ganz genau dasselbe Recht, in Bezug auf seine Meinung berücksichtigt zu werden, wie mein Freund Bebel. Unparteiischer kann kein Mensch sein, und wenn die Herren von der Opposition loyal sein wollen, so werden sie zugeben, daß der „Vorwärts" mit Objektivität und Unparteilichkeit gehandelt hat.

Ich erkläre aber, daß ich alles, was Bebel und Fischer hier ausgeführt haben, abgesehen vielleicht von einigen persönlichen Dingen, voll und ganz unterstütze und vertrete. Das Recht der

freien Meinungsäußerung, der Kritik, wird von keinem Parteigenossen rückhaltloser anerkannt, wie gerade von mir. Man kann von Bebel und mir und jedem meiner Freunde meinetwegen in denkbar schärfster Form sagen: Ihr habt taktisch die und die Fehler gemacht, die die Partei schädigen können. Aber wir sind eine organisirte, geschlossene Partei, und es ist nothwendig, daß man diejenigen Instanzen durchgeht, die man durchgehen muß, bevor man an die Oeffentlichkeit mit Beschwerden und Anschuldigungen geht. Dieses absolute Recht der Kritik nicht blos unserer öffentlichen Thätigkeit, sondern auch der ganzen Parteitaktik und des Parteiprogramms erkenne ich Jedem zu. Aber hier hat man es mit Leuten zu thun, die niemals im Stande gewesen sind, eine Anklage zu präzisiren, von denen bis heute nicht Einer etwas Bestimmtes vorgebracht hat. Alles, was sie vorbringen, ist nebelhaft. Es sind unbestimmte Verdächtigungen in die Welt geschleudert worden, Verdächtigungen, die bei unseren Genossen ja sehr wenig Schaden angerichtet haben, unsere Partei aber trotzdem schwer geschädigt haben. Das Arsenal unserer Gegner ist in den letzten Monaten von den Herren der Berliner Opposition gefüllt worden. (Lebhafte Zustimmung.) Die schlimmsten Beschuldigungen, welche die Gegner jemals in ihrer Schamlosigkeit gegen uns erhoben haben: daß wir „Führer" uns von den Arbeitergroschen mästeten, daß wir die Partei korrumpirten, sind von der Opposition bestätigt worden vor den Augen der urtheilslosen Masse, und dies ist von allen unseren Gegnern gegen uns ausgenutzt worden. Man hat nicht den Bebel, den Singer, mich und Auer bestimmter Vergehen beschuldigt — das hätte man leicht zurückweisen können — die ganze Partei ist verdächtigt und beschmutzt worden. Hätte man uns persönlich Handlungen vorgeworfen, dann hätte man uns, wenn wir wirklich gefehlt hätten, einfach beseitigen müssen. Aber alle Beschuldigungen waren nicht faßbar, eine einzelne Person war nicht bezeichnet, das Ganze wurde angeschwärzt und das war das Vergehen, ich möchte fast sagen, das Verbrechen gegen die Partei. Und nun, nachdem wir Ihnen vollen Spielraum gewährt hatten — wir hätten Sie in Berlin spielend erdrücken können — erleben wir jetzt das Schauspiel, daß Sie absolut nichts vorzubringen wissen. Es ist wirklich ein allgemeines sauve qui peut! Ebenso unkörperhaft wie Ihre Verdächtigungen ist Ihre Opposition gewesen. Jetzt sind es auf einmal ein paar „oppositionelle Elemente!" So kommen Sie uns nicht durch, Kinder sind wir nicht, die mit sich spielen lassen. Sie haben alle Ihre Waffen benutzt, nun heißt es eingestanden für die Folgen Ihrer Handlungen! . Sie haben die Partei geschädigt, wie die Feinde sie niemals schädigen können, in Bezug auf das Ansehen in den indifferenten, noch nicht gewonnenen Kreisen, die wir erobern wollen. Genug — jetzt ist die Reihe an uns. Unsere Ankläger und Verdächtiger sind die Angeklagten geworden.

Sie sitzen auf der Anklagebank! Die Kommission wird über Sie richten, und **es** werden die Maßregeln getroffen werden, welche nothwendig sind, um die Ehre und das Interesse der Partei zu wahren! (Stürmischer Beifall.)

Metzner-Berlin: Ich möchte vor allem der Vermuthung begegnen, als ob die Schuhmacher in Berlin die Anschauungen theilen, wie sie in der bekannten Resolution zum Ausdruck gebracht sind. Jene Versammlung, die sich allerdings eine Schuhmacherversammlung nannte und auch eine solche war, war ungefähr von 120 Personen besucht, und diese haben unter dem Vorsitz Niederauer's jenen Beschluß gefaßt, von dem heute Niederauer selbst sagte, die Schuhmacher seien zu demselben nicht kompetent gewesen.

Grillenberger erklärt zunächst den Artikel der „Fränk. Tagespost" gegen Werner zwar nicht geschrieben zu haben, aber er billigt den Inhalt desselben. Werner hat mir dann den sog. Trauerrand der „Fränkischen Tagespost" am Todestage des Kaisers Friedrich zum Vorwurf gemacht. Ich habe seiner Zeit auf Wunsch Auers eine Anzahl Exemplare der betreffenden Nummer nach Berlin geschickt, damit sie dort gezeigt würden, und ich habe gedacht, daß Werner, der doch Fachmann ist, weiß, wie ein Trauerrand aussieht. Wir halten es so schon von jeher, daß besonders wichtige Artikel durch derartige Auszeichnungen hervorgehoben werden. Wir zeichnen jede Abonnementseinladung durch fette Linien oben und unten aus, besonders wichtige Bekanntmachungen des Parteivorstandes werden in der Weise gekennzeichnet, ebenso Aufforderungen zu Wahlzwecken u. s. w. Auch in diesem Falle ist weder von einer Trauer noch einer Halbtrauer die Rede, sondern es war einfach ein besonderes Hervorheben dieses Artikels für angezeigt gehalten worden. Bei der Art und Weise, wie heute Morgen Werner in geradezu jammerbarer Weise den Hals aus der Schlinge zu ziehen suchte, begreife ich, daß man zu solchen jämmerlichen Manövern greifen muß, um Verdächtigungen zu erheben. Ich kann die Berliner im Allgemeinen nicht davon freisprechen, daß sie sehr stark daran schuld sind, daß der Unfug sich in der Weise auswachsen konnte (Zurufe); ich nehme auch die Parteileitung nicht aus. Sie hätte dieser Gesellschaft rechtzeitig den Daumen auf das Auge drücken müssen. Ich beschuldige die Berliner, daß sie einen solchen Menschen, wie Werner, der nach dem Haller Beschluß unmöglich als Parteigenosse gelten konnte, in einer Reihe von Versammlungen wieder auftreten ließen, sogar als Referenten. Das hätte in keiner anderen Stadt Deutschlands vorkommen können. Das war nur möglich bei zerfahrenen Verhältnissen (Zurufe), allenfalls noch in Magdeburg, das will ich zugeben (große Heiterkeit), die haben es den Berlinern abgeguckt, wie sie sich räuspern und spucken. Jetzt hat man in Berlin die Bescheerung

Heute Vormittag hat Schulze-Magdeburg versucht es so hinzustellen, als ob die Resolutionen, die so zahlreich aus den Provinzen eingegangen sind gegen den Berliner Skandal, eine künstliche Mache Seitens des Parteivorstandes wären. (Große Unruhe; Ruf von der Opposition: Ist noch nicht widerlegt worden; Bebel: beweisen Sie doch erst!) Wenn der Genosse Schulze jemals Gelegenheit gehabt hätte, über den nächsten Umkreis von Magdeburg hinauszukommen, dann würde er gefunden haben, daß die Aufregung in den parteigenössischen Kreisen eine geradezu hochgradige ist. Sie (zur Opposition) beschweren sich über die 3—5000 Mk., die einem Parteigenossen als Darlehen gegeben worden sind. Wenn dieser Stank nicht die Zeit des Parteitages in Anspruch nehmen würde, so würden die Parteigenossen des ganzen Landes das Doppelte von dem ersparen, was diesem gegeben ist. Wir müssen uns hier zwei Tage mit diesen elenden Verdächtigungen, mit all diesem Unrath herumbalgen, zwei kostbare Tage vertrödeln, um derartige Sachen zurückzuweisen, blos weil es den Herren beliebt hat, derartige Karten zu mischen.

Von blos sporadisch vorhandenen oppositionellen Elementen kann nicht gesprochen werden; es handelt sich um eine praktisch organisirte Opposition. Ein Nürnberger Parteigenosse hat sich bei der Expedition der „Volkstribüne" Flugblätter bestellt, denn wir waren neugierig, dieses Machwerk kennen zu lernen. Trotzdem nun die Herren hier erklären, daß sie mit diesem Flugblatt nichts zu thun haben, und trotzdem eine Person vorgeschoben wurde, die mit der Abfassung des Flugblatts gar nichts zu thun hat, sind doch die Flugblätter durch die Expedition der „Volkstribüne" prompt zugeschickt worden (hört! hört! Unruhe), ein Beweis, daß die ganze Gesellschaft unter einer Decke steckt. Diese Kanäle gehen noch sehr viel weiter. Die unsauberen Artikel in der „Autonomie" rühren aus denselben Kreisen her. (Sehr richtig!) Es ist alles dasselbe Machwerk, und wenn die Herren Lust haben, die „Autonomie" dauernd als ihr Partei-Organ zu erklären, dann mögen sie es ruhig sagen. Der Parteitag wird Sorge tragen, daß ihnen die Gelegenheit dazu nicht genommen wird.

Was die Berliner Preßkommission betrifft, so sollte sich der Parteivorstand hüten, sich eine solche Ruthe aufzubinden. Diese Kommission würde nur eine Brutstätte für neue Stänkereien sein. (Lebhafter Beifall.)

Gerisch: Schulze-Magdeburg hat mir vorgeworfen, daß ich gelegentlich eines Referats in der Provinz Sachsen ein Tadelsvotum gegen die Berliner Opposition bestellt hätte. Der betreffende Genosse, der mir bereits von früher gut bekannt ist, trat vor Beginn der Versammlung an mich heran, wiederholte die Klagen über die Berliner Opposition, die auch heute hier laut geworden sind,

und sprach seine Absicht aus, ein Tadelsvotum gegen die Berliner Opposition zu beantragen. Ich habe darauf erklärt: Gut, das ist Ihre Sache, wenn Sie es thun wollen, ich habe nichts dagegen. Ich habe noch niemals, so oft ich gegen die Berliner Opposition prinzipiell Stellung genommen, Veranlassung gehabt, Jemanden zu animiren, einen derartigen Antrag zu stellen. Ich habe aber auch keinen Grund gehabt, Jemand von der Stellung eines solchen Antrages abzuhalten. Allerdings wurde der Antrag erst eingebracht, als ich schon weggefahren war. Der Antrag war auch unnöthig, weil die Versammlung sich einmüthig und einstimmig ohne Diskussion mit der von mir vertheidigten Taktik der bisherigen Parteileitung einverstanden erklärt hatte. Damit hatte sie ihr Verdikt ausgesprochen. Wenn Schulze aus diesem einen Fall den Beweis konstruiren will, daß die Tadelsvoten künstlich inszenirt worden seien, so ist ihm dies schmählich mißglückt.

Heine geht auf die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen ein. In einer Aschersleber Versammlung hat mir Köster vorgeworfen, ich hätte erklärt, sowohl vor dem Magdeburger Gericht wie in Versammlungen und Flugblättern, auf dem Boden der kaiserlichen Botschaft zu stehen. Köster wollte die gedruckten Beweise dafür in Händen haben. Früher hatte er mir vorgeworfen, ich hätte den Sieg in Aschersleben nur dadurch errungen, daß ich die Grundsätze der Partei verleugnet hätte; auch dafür wollte er die Beweise beibringen. Drittens hat er mir vorgeworfen, ich hätte mich in die Angelegenheiten des Wahlkreises Wanzleben unberechtigter Weise eingemischt. Ich habe diese Angriffe einfach im „Vorwärts“ als unwahr zurückgewiesen und Köster aufgefordert, Beweise zu bringen. Er hat aber keinen Beweis gebracht und wird auch keinen bringen können.

Heine konstatirt nun, daß auf dem Provinzial-Parteitag der Provinz Sachsen in Halle, wo seine Kandidatur für den Kreis Calbe-Aschersleben beschlossen wurde und wo seine jetzigen Magdeburger Gegner zahlreich anwesend waren, dieselben kein Wort dagegen einzuwenden hatten. Keiner hat den Mund aufgethan und den Muth gehabt, gegen mich aufzutreten. Damals wäre es die Pflicht der Opposition gewesen zu sprechen, wenn gegen mich etwas vorlag, was mich unwürdig machte.

Kater-Barleben erklärt, daß nachdem Gerisch festgestellt hat, daß er Niemand zu dem erwähnten Antrag angestiftet hat, die Sache für ihn erledigt sei. Die Wahl eines besonderen Vertrauensmanns für Buckau kann er nicht billigen.

Die Opposition selbst hat uns sehr wenig Kopfschmerzen gemacht. Man hat sich in unserem Wahlkreise prinzipiell auf den Beschluß des Hallenser Parteitages gestellt und danach gehandelt. Wir haben mit der Agitation genug zu thun.

Es wurde bei uns erwogen, ob ich nicht den Antrag stellen sollte, daß die Reichstags-Fraktion während der Dauer des Reichstages, da doch nicht alle Abgeordneten an den Verhandlungen des Reichstages theilzunehmen brauchen, mehrere von ihnen abkommandiren möchte, um der Landagitation zu dienen. Ich halte diesen Gedanken für erwägenswerth. Es kommt ja überall darauf an, was gesprochen wird, aber die Genossen wollen nun einmal Leute aus weit entlegenen Städten und Abgeordnete hören.

Trautwein-Quedlinburg: Von Seiten der Magdeburger Opposition wurde gegen die Gründung unseres Blattes gesagt, es wäre eine Gemeinheit, eine solche Zeitung gegen die „Volksstimme" in's Leben zu rufen. Nun, die „Sonntags-Zeitung" hat jetzt bereits 8500 Abonnenten in zwei ländlichen Wahlkreisen! Die Opposition nützt sogar die kleinen Differenzen in den kleinen Städten, die dort immer vorkommen werden, aus. Bei uns holte man sich einen Opponenten aus Magdeburg, und das war die einzige Versammlung, die wegen Radau's aufgelöst wurde. Das haben auch die Genossen in Wanzleben gewußt. Als Köster nicht zum Kandidaten gewählt werden konnte, holte man sich Werner zum Radaumachen. Und diese Herren beklagen sich über Diktatur! (Beifall.)

Schmidt-Zwickau: Wenn die Berliner Opponenten sagen, das Vorgehen der Opposition hätte uns keinen Schaden gebracht, dann verweise ich auf die Sächsischen Wahlen, da haben uns die Gegner Schlagworte vorgehalten wie: Bebel wird von den eigenen Genossen ein bezahlter Schmarotzer, Stadthagen ein Erzlump genannt u. s. w. Meine Auftraggeber wünschen, daß die Opposition entweder ihre Beschuldigungen beweist oder widerruft, andernfalls sind sie als zu uns gehörig nicht mehr zu betrachten. (Beifall.)

Mittag-Giebichenstein: Man hätte überhaupt nicht soviel Aufhebens von der Berliner Opposition machen, nicht soviel Resolutionen im Lande fassen sollen. Die dadurch entstandene Aufregung hat den Gegnern nur neuen Stoff gegen uns geliefert. Mit Vorwürfen, wie sie Grillenberger erhoben hat, sollte man sparsamer sein. Wir sollten, soviel in unserer Macht steht, dafür sorgen, daß die Genossen mehr auf eigenen Füßen stehen. Redner ist gegen den Antrag der Zwickauer Genossen und für die Annahme des Antrages Niederauer.

Hofang-Dessau: Nachdem der vorige Parteitag sich bereits mit der Opposition beschäftigt hatte, hätte man glauben sollen, daß die Sache erledigt sei. Wir haben uns getäuscht. Im Lande draußen erscheint die Opposition in der That als kompakte Masse, und der Landrath nützt ihre Beschuldigungen gegen uns weidlich aus. Das sollte dem Genossen Schulze am wenigsten verborgen sein. Redner konstatirt, daß in Halle keine Stimme gegen Heine's Kandidatur laut wurde.

Ehrhardt-Ludwigshafen: Ich bedauere, daß die Diskussion über den Bericht des Vorstandes so mit den Berliner Sachen ver-

quickt wurde, und so Verschiedentliches vielleicht, was man dem Parteivorstande am Zeuge flicken kann, nicht zum Ausdruck kommt. Auer sagte, das gesprochene Wort sei besser als das geschriebene. Vielleicht hat sich der alte Schlaumeier hier einmal festgenagelt. Er, der sonst weniger Gewicht auf das gesprochene Wort legte, und es so meisterhaft verstanden hat, wenn irgendwo ein sogenanntes „Paradepferd“ verlangt wurde, das den Leuten in gemüthlicher Weise auszustreichen, hier hat er dem gesprochenen Wort selbst das Lob geredet, und ich hoffe, daß das in's Protokoll kommt, damit man später einmal darauf zurückkommen kann. Dann hat er klargelegt, es sei in Berlin ebenfalls ein himmelschreiendes Bedürfniß nach Rednern. Nun, ich dächte, in Berlin sei ein reiner Wolkenbruch von Versammlungen und man könnte da unter Umständen etwas sparen und die Kräfte mehr auf das Land senden und die „Parteigötter“ sollten zum Volke heruntersteigen und in großen Versammlungen sprechen, das könnte den guten Erfolg haben, daß die Leute sich endlich selbst fragen, na, warum sind das eigentlich Götter, die sehen ja grade so aus wie Andere, und wenn die Leute diese „Götter“ ein- oder zweimal gehört hätten, dann würden sie befriedigt sein. Man hat hier gesagt, Süddeutschland sei dabei nicht zu kurz gekommen. Man scheint aber unter Süddeutschland bloß das Bierland zu verstehen. (Heiterkeit.) Bebel und Liebknecht waren im Sommer dort, obwohl sowohl in München wie in Nürnberg schon je ein „Gott“ residirte. (Heiterkeit.) Was dem einen recht ist, ist dem andern billig, auch in Bezug auf die Presse.

Den Antrag Niederauer finde ich nicht sehr praktisch. Wir waren Alle im Lande damit einverstanden, daß der Parteivorstand eine Resolution gebracht hat.

Die Opposition hat auch auf mich hier einen unangenehmen Eindruck gemacht. Ich hätte bestimmt erwartet und im Lande hat man das verlangt, daß die Opposition mit bestimmten Daten hervortrete, denn es giebt überall Solche, die oppositionell veranlagt sind. Wildberger hat in einer Berliner Versammlung geäußert, was brauchen wir in Berlin auf das Land Rücksicht zu nehmen. Ich frage ihn, ist das überhaupt gehörig? Darin liegt eine große Herzlosigkeit und Ungerechtigkeit. Gewiß haben sich auch die Berliner große Verdienste erworben, aber es ist unwürdig, Anschuldigungen zu machen, ohne mit den Beweisen herauszurücken, man glaubt sonst, es sind blos faule Flausen, um sich den Rückzug zu decken. Indem die Berliner Opposition ohne Prüfung der Sachlage Vollmar für unwürdig erklärte, hat sie die Partei auf das Schwerste geschädigt. Das ist die Art von Kindern oder Solchen, die nicht ermessen, was sie sagen. (Der Vorsitzende macht den Redner darauf aufmerksam, daß die Redezeit verstrichen sei.) Eine Minute habe ich noch! (Der Vorsitzende bestätigt dies; stürmische

Heiterkeit.) Es ist im höchsten Grade verwerflich, wenn Leute, die in der Bewegung erst ihre Fähigkeiten zu beweisen haben, Männer wie Bebel und Liebknecht in solcher Weise angreifen. Ich verehre auch keine Götter, aber Denjenigen, der sich in der Partei verdient gemacht hat, den achte und ehre ich.

Auer bemerkt, daß Erhardts Beschwerden über mangelnde Agitation der Abgeordneten in Süd-Westdeutschland eine Umschreibung der alten Klage sei, daß Bebel und Liebknecht nicht überall und zu gleicher Zeit sein können. Allerdings haben wir den Wunsch der Mannheimer bei der Gründung ihres Blattes unberücksichtigt lassen müssen. Wenn Erhardt aber einmal davon sprach, dann hätte er doch ehrlich genug sein müssen, um anzuführen, was außerdem geschehen ist. Kaum ist die Tinte trocken auf der Quittung über 1500 Mark, die zur Begleichung von Agitationsschulden nach Mannheim geschickt worden sind! Ich meine, 1500 Mark nach einem Orte wie Mannheim ist eine ganz respektable Summe. Mit bloßen Kalauern ist nichts gethan. Ehrhardt spricht das so hin, wir gehen auseinander, aber die Sache kommt in die Presse und richtet allerlei Unheil an. Ehrhardt war so gütig, uns eine besondere Vorliebe für das Bier gegenüber dem Wein in der Pfalz zuzuschreiben. Er sagt: Kaum war Bebel in Nürnberg, so ist auch schon Liebknecht dagewesen! Aus Bayern bekommen wir aber genau dieselben Vorwürfe, daß die Reichstagsabgeordneten sich dort nicht sehen lassen. Ein so alter, in der Partei erfahrener Genosse müßte Schlaumeier genug sein, um so abgedroschene Dinge hier nicht vorzubringen. (Heiterkeit.)

Alfons Beyer-Cottbus spricht gegen die Opposition und erklärt, daß deren Treiben nur in Berlin möglich sei. In anderen Parteiorten wären die Herren schon längst vor die Thüre gesetzt (Heiterkeit.)

Lütgens beantragt den Schluß der Diskussion.

Dr. Lux spricht dagegen. Es müsse ihm gestattet werden, sich gegen die Angriffe von Fischer und Meist zu vertheidigen.

Der Schlußantrag wird abgelehnt und die weitere Berathung auf Freitag 9 Uhr vertagt.

Schluß gegen 7 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Freitag, den 16. Oktober.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender Singer eröffnet die Verhandlungen um 9¼ Uhr.

Eine große Anzahl weiterer aus dem Aus- und Inlande inzwischen eingegangener Zuschriften und Telegramme wird zur Kenntniß des Parteitages gebracht

Zur Geschäftsordnung ist von Kalnbach, Nolderauer u. Gen. ein Antrag eingelaufen, nur noch Redner der Opposition und des Parteivorstandes zu diesem Gegenstand der Tagesordnung sprechen zu lassen. Derselbe wird abgelehnt.

Schmalfeldt-Stade will das Tischtuch nicht durchschneiden, obwohl er das parteischädigende dieser Art Opposition verurtheilt. Redner erinnert an die Differenzen im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein unter Schweitzer, später unter Hasenclever in Hamburg. Eine kleine Gruppe abgesprengter Lassalleaner in Altona habe veranlaßt, daß der Altonaer Wahlkreis 1877 verloren ging.

Gegen den Antrag Niederauer muß ich mich entschieden erklären. Es ist viel besser, wenn in diesen Dingen Einheitlichkeit herrscht, es bleibe wie bisher, daß bei solchen wichtigen Anlässen die Resolutionen von der Parteileitung ausgearbeitet werden. Es kann sonst dazu kommen, daß Dummheiten begangen werden.

Ich komme nun noch kurz auf die Wahlbewegung im 19. Kreise Hannover zurück. Mit Unrecht stellt Auer es so dar, als ob bei uns alles in Ordnung gewesen wäre. Den ganzen Tag sind hier gestern von da und dort Klagen vorgetragen worden; aber, wenn überhaupt von Vernachlässigung gesprochen werden kann, dann ist es im 19. hannoverschen Wahlkreise der Fall (Widerspruch). Ich werde das beweisen. Es sind nicht 6, sondern nur 4 Abgeordnete bei uns thätig gewesen (Heiterkeit). Diese 4 haben nur jeder eine einzige Versammlung abgehalten (Widerspruch). In einem Briefe von der Parteileitung waren Metzger, Schwartz und Molkenbuhr zur Verfügung gestellt worden von dem Tage an, wo die Wahl ausgeschrieben war. Es kommt aber noch besser. Als das Wahlkomitee sich beklagte, hieß es einfach in dem Bescheide, wir sollten keine allzu großen Anstrengungen machen, denn in Berlin wäre die Ansicht vorherrschend, daß Bismarck sofort im ersten Wahlgange Sieger bleiben würde. Das bewies, daß der Parteivorstand sich über die Lage nicht orientirt hatte; sie hätten den Papst aufstellen können, der wäre im ersten Wahlgange auch nicht gewählt worden. Das konnte der Parteivorstand wissen. Daß dieser Brief bei uns verschnupfte, daß er nicht dazu diente, den Muth der Genossen im Kampfe zu steigern, brauche ich wohl nicht zu erwähnen. Weil dies alles nun einmal aufgewärmt worden und es andererseits so hingestellt wurde, als wenn alles gethan war, mußte ich den Sachverhalt hier klarstellen. Molkenbuhr hat nur eine einzige Versammlung in Bremerhaven abgehalten (Molkenbuhr: Weil ich nicht zu mehr aufgefordert wurde!). Vier Abgeordnete sind dagewesen und vier Reden haben sie gehalten, keine einzige mehr!

Referent Auer: Ich mache wieder von dem Rechte der thatsächlichen Berichtigung namens des Parteivorstandes Gebrauch, indem ich zunächst erkläre, daß Genosse Molkenbuhr mir im Moment

mitgetheilt hat, daß er volle 8 Tage zur Verfügung gestanden hat, aber mit Ausnahme einer einzigen keine Einladung zum Sprechen erhalten hat. An wem das gelegen, weiß ich nicht; es muß wohl bei der Leitung im Wahlkreise nicht alles in Ordnung gewesen sein. Es ist auch nicht richtig, daß nur in vier Versammlungen Abgeordnete gesprochen haben. Ulrich allein, der von uns auch hinuntergeschickt wurde, erinnert sich ganz bestimmt an Versammlungen, die er abhielt; wahrscheinlich aber sind es drei gewesen. Ulrich ist es gegangen wie Molkenbuhr. Depesche um Depesche traf um ihn ein; als er ankam, war im Wahlkreise nicht einmal eine Versammlung einberufen. Uebrigens genügt ja das Gelächter, das sich erhob, zur Charakterisirung der Klage darüber, daß nur 4 Abgeordnete da waren. Zu der Zeit war der Reichstag beisammen, wichtige Aufgaben waren dort zu erledigen, und auch von anderen Seiten als blos von Geestemünde wurden an die Fraktion Anforderungen gestellt; dennoch standen die Agitatoren zur Verfügung. Den Genossen im Wahlkreise haben wir geschrieben — wenn ich nicht irre, ist der Brief von mir —, sie sollten sich darüber nicht täuschen, daß, wie die Dinge lagen, ihre sanguinischen Hoffnungen auf Eroberung des Wahlkreises nicht in Erfüllung gehen würden, daran sei nicht zu denken (Werner: Hört, hört!) — Wollen Sie, Werner, den Wahlkreis erobern? (Heiterkeit) —, sie sollten nicht zwecklos Gelder wegwerfen. Aus den Parteikreisen heraus gingen uns von den verschiedensten Seiten Briefe zu, worin man sich über diese reine Verschleuderung der Gelder beklagte. Wir haben nicht gesagt, die Genossen sollten keine Anstrengungen machen, das ist absolut nicht wahr, sondern sie sollten nicht allzu sanguinischen Hoffnungen sich hingeben. Im Uebrigen war der Brief speziell zur Stichwahl hinuntergeschickt, wo eine Aussicht auf Sieg ausgeschlossen war.

Auerbach: Durch alle gestrigen Reden zog sich der Gedanke hindurch: es muß unbedingt unter der Opposition eine Verbindung bestehen! Die dafür vorgebrachten Gründe erinnerten mich lebhaft an die Justiz unter dem Sozialistengesetz. Ist es etwa ein Nachweis, wenn gesagt wird: ein Nürnberger Genosse hat sich an den Expedienten der „Volks-Tribüne" gewandt und Exemplare des Flugblattes zugesandt erhalten? — Zufällig steht der Expedient der Opposition nahe, deshalb hat er die Flugblätter gehabt. — Nun hat man gesagt, Werner hätte bei seinen Versuchen, den Kopf aus der Schlinge zu ziehen, einen jammerbaren Eindruck gemacht (Sehr richtig!). Ich gestehe Ihnen das Recht zu, diesen Eindruck zu haben, aber mögen Sie sagen, was Sie wollen, wir werden uns durch Sie nicht verleiten lassen, Dummheiten zu machen (große Heiterkeit; Ruf: Das können Sie schon allein!), — nicht bestimmen lassen, die Verantwortung für Dinge auf uns zu nehmen, die wir verabscheuen und verwerfen. — Ich verstehe und begreife das Gefühl,

welches Wildberger beseelt, wenn er die beiden Abgeordneten nicht nennen will, die ihm die Mittheilung wegen des Arbeiterschutzgesetzentwurfs gemacht haben, daß er lieber zu Grunde gehen will (Gelächter).

Aber die beiden Abgeordneten sollten sich überlegen, wenn Wildberger einen so anständigen Standpunkt einnimmt, ob es nicht ihre Pflicht ist, in unserem Interesse, im Interesse der anständigen Opposition hervorzutreten und zu erklären, daß sie Wildberger diese Mittheilung gemacht haben.

Die Geschichte vom Trauerrand der „Fränkischen Tagespost“ soll nach Grillenberger erlogen sein. Wenn Grillenberger sagt, diese Hervorhebung des Todes des Kaisers Friedrich wäre erfolgt, weil er und ein großer Theil der Genossen Kaiser Friedrich für einen Mann hielt, der den Frieden sichern und das Sozialistengesetz beseitigen würde, ist das nicht schon ein Grund dafür, Front zu machen gegen solche unsozialdemokratischen Anschauungen? Grillenberger aber sagt weiter, die Berliner Opposition hätte sehr viel Schaden angerichtet, von jedem Spießbürger müsse man sich anrempeln lassen; Ehrhardt sprach von den alten Weibern, mit denen man sich herumschlagen müsse. Wir fragen den Teufel nach beiden; das ist ja eben unsere sachliche Differenz: Wir schielen nicht nach der indifferenten Masse, um sie um jeden Preis an uns heranzuziehen. Wer noch nicht so weit ist mit seinem Verständniß, daß er sich durch diese Auseinandersetzungen abschrecken läßt, der ist einfach noch nicht reif für unsere Partei (Unterbrechung), ja, das ist allerdings ein sachlicher Standpunkt. Wenn solch ein Proletarier noch etwas wartet mit seinem Eintritt in die Partei (Heiterkeit) so ist es besser und für die Partei von weit größerem Vortheil. Was Sie Opposition nennen, ist eine Gliederpuppe, die Sie sich selbst zurechtgemacht haben und auf die Sie losschlagen. Der Fall Vollmar ist nicht von der Opposition herangezogen worden, sondern eine öffentliche Schuhmacherversammlung hat darüber gesprochen, und hat mit ihrer Resolution weit über das Ziel hinausgeschossen. Darüber kann man einfach lächeln, aber die Versammlung hatte doch das Recht und die Pflicht, sich mit der Rede zu beschäftigen, sie hat sich damit ein Verdienst erworben. Nun aber die Magdeburger Opposition. Immerfort wird betont, das Recht der freien Meinungsäußerung soll nicht beschränkt werden; aber geben Sie dann nur gleich ein Zentimetermaß mit auf den Weg, daß Jeder weiß, bis wohin sie zugelassen und wo sie abgeschnitten wird. In Magdeburg fand kurz nach Bebels Rede im Feenpalast eine Versammlung statt. Bebel hatte im Feenpalast, wenn nicht gesagt, so doch ganz bestimmt gemeint, es müsse der Opposition, wenn sie mit der Parteileitung und der Taktik nicht einverstanden sei und nicht aufhöre, dagegen anzukämpfen, Gelegenheit gegeben werden, eine

neue Partei zu gründen. (Zustimmung **Bebel's.**) **In der Magdeburger Versammlung** wurde nun eine Resolution eingebracht, welche dahin zielte, sich gegen diese Bebel'sche Meinung zu erklären, weil die Magdeburger Genossen der Meinung seien, es müßte für alle auf dem Boden des Klassenkampfes Stehenden Raum innerhalb der Partei sein. Die Resolution fand in einer späteren Versammlung Annahme.

Was nun die Schädigung der Landagitation betrifft (die Redezeit des Redners ist bereits überschritten, die Versammlung gestattet ihm, weiter zu sprechen), so sage ich Ihnen, die relativ ungünstigen Erfolge der Landagitation sind kein ausschlaggebender Grund gegen Opposition. Denken Sie doch an die sofort nach dem vorigen Parteitage ergangenen Aufrufe, die die Gutsbesitzer an die Peitsche, an die Hunde erlassen hatten (Heiterkeit), um die sozialdemokratischen Agitatoren abzuwehren! Es trifft hier dasselbe zu, wie bei dem industriellen Proletariat; diejenigen, welche sich durch diesen häuslichen Zwist abhalten lassen, in unsere Partei zu kommen, an denen liegt mir und einem Theil meiner Genossen außerordentlich wenig. Diese Zwiste giebt es ja überall, wo es Sozialdemokraten giebt. Sie haben die Macht, die Opposition auszuschließen. Die Opposition wird Sie nicht einen Augenblick bitten, sie drinzulassen. Ich warne Sie. Sie führen damit eine immerwährend funktionirende Guillotine ein. Zu Anarchisten werden Sie uns nicht machen; wir bleiben, was wir gewesen sind, revolutionäre Sozialdemokraten!

Herbert-Stettin weist die Ausstellungen Wernau's an dem System der Kontrolleure zurück. Die Befürchtung, daß den Beschwerdeführern ihr Recht nicht geschehen werde, müsse er zurückweisen; die Kontrolleure wohnten doch in verschiedenen Städten und ständen den Beschwerden ganz unbefangen gegenüber. Vorschläge, wie es besser zu machen, habe Niemand verlautbart.

Hoffmann-Zeitz wiederholt die alten Klagen wegen des Nichtkommens von Reichstagsabgeordneten zu Versammlungen. Wissenschaftliche Broschüren können wir auf dem Lande nicht verbreiten, die sind unmöglich zu lesen. Wenn man absolut Literatur verbreiten will, dann ginge es dadurch, daß man Sachen in spannendem Erzählungston schriebe und überhaupt den Feuilletons unserer Parteizeitungen etwas mehr Aufmerksamkeit schenkte. — Zur Opposition stehe ich ähnlich wie Schmalfeldt.

Ich halte es nicht mit Meist für Schwäche, wenn wir die Opposition nicht hinausweisen. Da messen wir doch der Opposition viel zu viel Werth zu. Nachdem die Opposition so schwere Anklagen erhoben und für die schwersten, auf deren Begründung wir gespannt waren, keine Beweise hat erbringen können, hat sie sich die Sympathien entzogen, besonders Wildberger, der jetzt zu „ehrenhaft" ist, um die Namen der beiden Abgeordneten zu nennen. Er

ist verpflichtet, die Namen zu nennen, denn solche Abgeordnete müssen gerügt werden. Nennen Sie sie nicht, dann müssen Sie sich gefallen lassen, daß, außer Auerbach, hier im Saale Keiner an Ihre Behauptung glaubt. (Sehr richtig!)

Schöder-Niederbarnim konstatirt, daß auch auf dem Lande die Opposition kraft ihrer Agitation schon Boden gewonnen habe. Das erkläre sich nicht schwer. Wenn Grillenberger sage, es sei eine Schande, die Vertreter der Opposition zu Versammlungsreferenten zu bestellen, so möge das richtig sein, aber es seien eben für die Landbevölkerung nicht leicht Referenten zu erlangen und das Lob müsse der Opposition gezollt werden, daß sie stets am bereitwilligsten solchen Aufforderungen entsprochen habe. Die Opposition müsse voll und ganz gehört werden, von ihren persönlichen Anklagen sei nichts erwiesen, wohl aber werde man bei der Taktik ein weiteres Wort reden können.

Stabernack-Berlin I.: Der gestrige Vorwurf gegen die Berliner, daß sie nicht Kehraus gemacht hätten, war ungerecht. Wir sind mit dem Bewußtsein hierhergekommen, daß die Sache hier auf dem Parteitage geregelt werden muß. Wir haben die Sache sehr lange überdrüssig; hier muß das letzte Wort gesprochen werden.

Ein Schlußantrag wird eingebracht und von Agster befürwortet, während Bebel den Schluß bekämpft, da man um keinen Preis der Welt der Opposition auch nur den Schein der Berechtigung zu der Behauptung geben solle, daß ihr das Wort abgeschnitten sei.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Jeup-Gelsenkirchen: Ich halte den Weg, tabula rasa zu machen, für einen sehr gefährlichen, der zu noch gefährlicheren Konsequenzen führt. Wenn die Mehrheit des Parteitages die Opposition ausschließen will, muß sie auch Diejenigen ausschließen, die hinter ihr stehen. Man darf nicht die Opposition im Allgemeinen anklagen, die Anklage muß eine formulirte sein, eine solche vermisse ich bis jetzt. Wählen Sie nicht den Weg der Ausschließung, damit wir nachher nicht zu sagen brauchen, es war ein Fehler.

Dr. Lux-Magdeburg II.: Der Nachweis der geheimen Verbindung der Opposition sollte durch die Einführung des Begriffes der konkludenten Handlungen erbracht werden. Soweit sich diese auf die Magdeburger „Volksstimme" beziehen, ist der Nachweis kläglich gescheitert. Ich habe hier zu erklären, daß ich persönlich nie auf dem Boden der Opposition gestanden habe, noch stehe. Ich habe nur versucht, die Opposition rein objektiv zu beurtheilen, sie in Schutz zu nehmen gegen maßlose Angriffe, die mir ungerecht schienen. Insbesondere habe ich den Beschluß der Schuhmacherversammlung kritisirt und als formellen Verstoß zurückgewiesen.

Ich kam in eine Diskussion mit dem Hamburger „Echo“, sie wurde von unserer Seite rein sachlich geführt. Nun kamen die Versammlungen, welche in Magdeburg zu einer Spaltung geführt haben. In einer Versammlung zu Buckau wurde den Magdeburger Genossen der Vorwurf entgegengeschleudert, sie verfolgten eine anarchistische Taktik; der gleiche Vorwurf ist dort der „Volksstimme“ gemacht worden. Einem Bericht in der „Volksstimme“ entnimmt das „Echo“ nur diejenigen Stellen, welche sich auf den Vorwurf der anarchistischen Taktik beziehen. Inzwischen wird es bekannt, daß der Verfasser des Flugblattes der Berliner Opposition mit Anarchisten in Verbindung stehen solle. Das „Echo“ schreibt: „Der Beweis ist erbracht, die Karten sind verrathen; in Magdeburg spielt der gleiche Fall, das Weitere wird sich auf dem Parteitage finden.“

Nun frage ich einen Menschen, wenn zwei Nummern vorher dieser Vorwurf der anarchistischen Taktik gemacht worden ist und dann gesagt wird, in Magdeburg spielt der gleiche Fall wie in Berlin, so wird es für Jeden klar sein, daß der Vorwurf sich zunächst auf die „Volksstimme“ bezog. Durch nichts war diese denkbar schwerste Beleidigung bewiesen; wenn ich auf zwei Ohrfeigen, welche mir das Hamburger „Echo“ ertheilte, mit einer recht kräftigen replizirte, so wird mir das kein Mensch übel nehmen. Geirrt habe ich mich darin, daß Frohme selbst der Verfasser war; er war weg, es war die Redaktion des „Echo“; ich kann also das gegen Frohme Gesagte zurücknehmen, aber nicht gegen die Redaktion, so lange nicht der Beweis erbracht wird, daß sich bei uns Anarchisten finden und daß ich selbst Anarchist sei. Nun zog gestern Fischer eine Erklärung an, worin die „Volksstimme“ eine Beleidigung gegen einen Geistlichen zurückzog. Beleidiger war Genosse Köster. Nun ist es für einen Jeden, der auf Anstand und Sitte hält, nichts weiter als eine Ehrenpflicht, eine ungerechte Beleidigung zurückzuziehen. Und bedenken Sie noch: Köster hat bereits mehr als drei Jahre lang im Gefängniß gesessen, er hatte damals schon wieder 18 Monate abzusitzen, außerdem schweben gegen ihn noch 5 Klagen, und wenn hier eine Beleidigung zurückzunehmen war, warum sollte das nicht geschehen, auch wenn sie gegen einen Geistlichen gerichtet war? (Zwischenruf: Frohme!) Fischer hat, was die Leitung des politischen Theils Frohme gegenüber gethan hat, in einen Kuddelmuddel geworfen mit dem, was Köster gethan hat. Nun kam bei Fischer das Flugblatt und der Artikel der „Volksstimme“ darüber, aus welchem Fischer tendenziös alles verlas, was mich in Mißkredit bringen kann, aber alles ausließ, wo ich erkläre, ich stehe nicht auf diesem Boden u. s. w. Meine persönliche Ansicht ist es gewesen, daß ein großer Theil der Berliner Genossen dahinter steht, sonst kann man ein Flugblatt wie dieses, das doch

erhebliche Kosten macht, nicht drucken (Ruf: Na, na!) — und wenn ich das sagte, habe ich denn anerkannt, daß ich auf dem Boden stehe? Nein! (Zwischenruf: Das hat auch Niemand gesagt!) Weiter sagte ich in dem Artikel: es ist der schwerste Vorwurf, aus dem Hinterhalt den Gegner anzugreifen, anstatt sich ihm muthig entgegenzustellen, und gerade in diesem Falle, wo die „Jungen" den „Alten" gegenüber ihren Standpunkt präzisiren wollten, muß das Flugblatt als ein vergifteter Pfeil erscheinen ... An eine Machination der Polizei glauben wir nicht, wir schließen uns lieber dem Schweizer Genossen Steck an, der das Flugblatt als von persönlicher Ueberzeugungstreue und in bester Meinung geschrieben erklärt. (Bewegung.) Wir stehen auch in diesem neuen Kampf nicht auf Seiten der „Jungen", während wir die Entgegnungen, die sie gefunden haben, nicht für richtig halten. — Das ist der Kernpunkt; weil ich glaube, genau so wie Genosse Steck, daß etwas konzilianteres Entgegenkommen dem Streit die Spitze abgebrochen hätte, deshalb zog ich sein Urtheil heran. Aber da bin ich mit der Verurtheilung des Flugblatts noch nicht zu Ende: Steck hätte die Form tadeln, sie einer scharfen Kritik unterziehen müssen, bemerkte ich gegen Steck, die aufgestellten Behauptungen hätten bewiesen werden müssen.

Man hat von Seiten Fischers und Frohmes versucht, auch mich auf die Anklagebank vor die Neunerkommission zu zerren. Gut, ich gehe ruhig hinein, aber dann muß Herr Fischer auch mit! er hat verdächtigt, ohne mit Beweisen zu dienen, er hat tendenziös entstellt, wo mit der größten Objektivität von der Parteileitung vorgegangen werden sollte, hat Fischer Haß gepredigt in der Partei der Bruderliebe!

Riesop-Bromberg: Seit ich in Berlin wohne, werde ich von verschiedenen Leuten der Opposition angerüffelt, daß wir nur an den Rockschößen der Fraktion und des Parteivorstandes hingen. Gestern nun waren die Herren Werner und Wildberger die anständigsten, unschuldigsten Leute, gestern haben sie gesprochen, wie es sich gehört. Aber hätten Sie den Juliversammlungen beigewohnt, hätten Sie da die Verdächtigungen, die Drohungen gehört, dann hätten auch Sie die Meinung bekommen, daß ein scharfes Urtheil nothwendig ist. Wir von Berlin haben ein Interesse daran, daß endlich ein Ende gemacht werde.

Landé-Elberfeld: Seitens des Vorstandes und der Mehrzahl der Redner sind Vorwürfe gegen die Opposition gerichtet worden. Ich habe dabei ein Bedenken im Auftrage der meisten meiner Mandatgeber vorzubringen. Die Herren von der Opposition haben heute hier erklärt, daß sie mit einander nicht zusammenhängen, Jeder vielmehr nur für das verantwortlich ist, was er selbst gethan hat. Ich bin nun zwar auch der Ansicht, daß es mindestens

Mangel an Muth zeigt, wenn der Einzelne dasjenige, womit er sich früher ausdrücklich oder schweigend einverstanden erklärte, jetzt von sich abweist. Aber dem Einzelnen können wir das Recht nicht verweigern, ihn nur zu richten nach dem, was er selbst gethan hat. (Sehr richtig!) Wir haben diese Verpflichtung gegen uns selbst. Es scheint mir das Richtige, gegen die Opposition eine Resolution zu fassen, weiter etwas zu thun, scheint mir unmöglich, man weiß nicht, wogegen dieses weitere sich wenden würde, wir müssen uns hier an die einzelnen Personen halten. Da aber die Opposition keine Anklagen erhoben, sondern sich auf die Anklagebank gestellt hat, so muß der von Bebel beantragten Kommission aufgegeben werden, nicht die Anklagen der Opposition zu prüfen, sondern zu prüfen, inwieweit Werner u. s. w. sich vergangen haben, und dann Vorschläge zu machen, was zu geschehen hat, um diesen Schädigungen entgegenzutreten.

Wildberger: Unsere Schuld ist es nicht, wenn wir zu dieser Stunde noch bei Punkt 1 stehen. Ich habe schon gestern früh erklärt, daß ich nichts weiter vorzubringen hätte, als mich zu verwahren gegen die Anschuldigungen, als hätte ich meine beiden Behauptungen aus der Luft gegriffen. Das Flugblatt richtet sich nicht gegen den Vorstand oder die Parteileitung, sondern gegen die Taktik der Partei überhaupt. Bei diesem Punkte der Taktik werden wir alles Dahingehörige vorbringen. Unser Streit ist rein prinzipiell, keine persönlichen Angriffe sind gefallen. Bebel sprach gestern von Günstlingswirthschaft, von der Hingabe von Parteigeldern an Schmarotzer und Schweifwedler. Das zu behaupten ist keinem Einzigen von uns eingefallen, die beiden erwähnten Punkte sind die einzigen, die zu Punkt 1 gehören, und es war gar nicht angebracht, daß Bebel gestern früh den materiellen Standpunkt des betreffenden Abgeordneten so speziell beleuchtete, denn ich hatte vorher ausdrücklich gesagt, daß ich nicht aus Bosheit, sondern weil man mich in jener Versammlung dazu zwang und nur vergleichsweise das Beispiel jenes Fraktionsmitgliedes heranzog. Ich habe für solche Lagen eines Genossen soviel Herz wie jeder Andere und weiß auch genau, daß man das Geld ihm so gab, wie Bebel dargelegt hat. Damit ist doch keine Verdächtigung gegen den Vorstand ausgesprochen, das kann mir Niemand unterschieben. In dem andern Fall bedaure ich nur, daß Sie Edelmuth oder Edelsinn nicht verstehen. (Unterbrechung.) Sie können solches nicht fühlen, das beweist Ihr Verhalten. (Zwischenruf: Das Partei-Interesse steht höher!) Ich weiß ganz genau, sobald ich die beiden nenne, wird gegen mich und auch gegen diese beiden der Kongreß ein Urtheil sprechen, dann die Fraktion, dann die Wähler, sie werden dreimal verurtheilt werden. Darum sage ich nochmals: Wenn Sie durchaus ein Opfer haben wollen, so nehmen Sie mich! (Heiterkeit

und Unterbrechungen.) Gestern sagte Frohme, ich hätte mir keinen Dienst geleistet, als ich Gotha anzog. Ich wollte das auch gar nicht, sondern damit nur sagen, daß gerade Frohme am allerwenigsten berufen ist, uns zu schulmeistern und zu brandmarken.

Nun hat man verschiedentlich den Vorwurf erhoben, daß wir uns gegenseitig verleugnen. Ich verleugne garnichts, ich verleugne Werner nicht, ich verleugne auch das Flugblatt nicht, ich werde nachher das vom Flugblatt Behauptete zu beweisen versuchen, wie in jener Berliner Versammlung. Ich bin zu allerletzt ein Feigling, Herr Fischer! Das mögen Sie sich merken; ich stehe stets ein für das, was ich thue und sage, und ist es mir auch nicht ganz gleichgiltig, was Sie über uns beschließen, so läßt es mich doch ziemlich kalt. Wenn die Taktik in der bisherigen Weise weiter geht, wird ein Vertragen zwischen uns und der Partei niemals zu Stande kommen; wenn Sie nicht bis zu einem gewissen Grade Notiz nehmen wollen von dem, was wir wollen, dann ist es besser, Sie schließen uns gleich aus. (Bebel: Sehr richtig!) Ich habe noch zu erklären, daß ich vor der Kommission nicht erscheinen werde. Bebel wollte gestern den Kongreß gegen mich einnehmen, weil ich dessen Unparteilichkeit bestritten habe. Ich weiß nicht, wer diesen Bericht über die Anschuldigungen dem Parteivorstand geliefert hat, im „Vorwärts“ stand er nicht; zum Theil ist er ja richtig. Ich habe in jener Versammlung am 22. September gesagt, nachdem ich schon mehrere Meter Resolutionen habe zusammenkleben können (Redner hält einen meterlangen mit Ausschnitten beklebten Papierstreifen unter der Heiterkeit des Parteitages in die Höhe), wonach also die große Majorität der Partei Stellung gegen uns genommen, sei es zwecklos, dort auf dem Parteitag vor einer Kommission zu erscheinen. Wir werden schon um deßwillen verurtheilt werden, weil die Form an und für sich genau so wie im bürgerlichen Prozeßverfahren beleidigend ist. Deßwegen werde ich nicht erscheinen.

Werner: In den Anschuldigungen wird S. 4 gegen mich bemerkt:

> „Angesichts dieses Treibens und der ungemeinen Schädigung, welche durch dasselbe unsere Partei besonders in der Provinz erleidet, hat sich der Parteivorstand genöthigt gesehen, unterm 11. September dieses Jahres an die Opposition die Aufforderung zu richten:
>
> „ihre Anschuldigungen genau zu formuliren und unter Beifügung des nöthigen Beweismaterials dem Erfurter Parteitag zu unterbreiten.“

Was ich behauptet hatte, ist Folgendes: (Redner zitirt nochmals, wie schon gestern, im Wortlaute die persönliche Bemerkung betr. Glocke und Baake und den radikalen Klub.) Wo ist hier mit einem Worte von Parteigeldern die Rede?

Was sagt der Parteivorstand am 12. September in seinem Anschreiben an die sogenannte Opposition? Er erklärt einfach, die Berliner Opposition solle „den Nachweis führen, daß der Parteivorstand Parteigelder an Schmarotzer und Schweifwedler gegeben hat." Wie kommt denn der Parteivorstand dazu, die „Parteigelder" da hineinzubringen? Wer hat davon gesprochen? Ist das nicht eine Verdrehung der Thatsachen? In der Anklageschrift steht weiter unter Punkt 7, S. 24: „Majoritätsbeschlüsse in der Fraktion kommen fast immer mit Rücksicht auf andere Parteien und Gesellschaftsklassen zu Stande und ebnen so den Boden zur Schwenkung nach rechts." Im Flugblatt S. 11, letzter Absatz heißt es aber: „Die Majorität einer politischen Partei ist sehr oft eine rein zufällige und setzt sich auch bei der Sozialdemokratie, namentlich seit den letzten Wahlen, aus den verschiedensten Interessengruppen zusammen. Majoritätsbeschlüsse kommen daher fast immer mit Rücksicht auf andere Parteien und Gesellschaftsklassen zu Stande und haben sehr oft mit den Prinzipien in der eigenen Partei sehr wenig gemein, sondern sie laufen diesen Prinzipien öfter schnurstracks zuwider und ebnen so den Boden einer Schwenkung nach rechts." (Zuruf: Ist dasselbe!) Wo ist hier von der Fraktion die Rede? Auf eine so unsichere Grundlage stellt man eine Anklage! So macht es auch jeder Staatsanwalt.

Auf dieselbe Gehässigkeit muß ich es zurückführen, wenn Genosse Fischer, der ganz genau weiß, in welchem Verhältniß ich mich zur „Berliner Volkstribüne" befinde, hier in der Befürwortung des guten Tons sagt, wir sollten doch erst einmal auf die „Berliner Volkstribüne" in dieser Beziehung einwirken. Ich habe mit der „Volkstribüne" weiter nichts gemein, als daß ich dieselbe drucke. Ueber der „Berliner Volkstribüne" steht eine in einer Berliner Volksversammlung gewählte Preßkommission, und ich werde mich schönstens hüten, irgendwie in die Redaktionsarbeiten dieses oder jenes Redakteurs der Blätter, die bei mir gedruckt werden, hineinzuschnüffeln.

Fanghänel beantragt den Schluß der Debatte.

Dagegen spricht Fischer.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Leid-Niederbarnim bestätigt, daß die Berichte über die Radauversammlungen draußen im Lande nicht günstig wirken.

Wendt-Kamenz: Ich habe selten eine Opposition auftreten sehen, die, deutsch gesagt, das Maul voller genommen und die kläglicher die Segel gestrichen hätte, als die Berliner Opposition. Auf die Sozialdemokratie wird das nicht ohne tiefen Eindruck bleiben können. Machen wir ein Ende mit dieser „Opposition".

Ein abermaliger Schlußantrag wird abgelehnt.

Eine Reihe Redner verzichten aufs Wort.

Schweer-Hamburg I hätte auch verzichtet, wenn ihm nicht daran gelegen hätte, gegenüber der Insinuation, „in Hamburg wühlt es auch", zu konstatiren, daß der I. Hamburger Wahlkreis sich mit der Taktik der Parteileitung vollständig einverstanden erklärt habe. Das Treiben gewisser Berliner Parteigenossen sei ein unwürdiges.

Frohme-Altona: Herr Lux hat eine Darstellung über den Ursprung des Streits zwischen der „Magdeburger Volksstimme" und dem Hamburger „Echo" gegeben, welche der Wahrheit nicht entspricht. Die „Magdeburger Volksstimme" hat gleich zu Anfang des Streits zur Berliner Opposition eine Stellung eingenommen, die eine mehr als zweideutige war. Herr Lux hat allerdings eine die deutsche sozialdemokratische Partei beleidigende Aeußerung des französischen Blattes „Bataille" abgedruckt, in welcher uns Chauvinismus, Verletzung des Prinzips der Internationalität u. s. w. vorgeworfen wird, und sich ausdrücklich etwas darauf zu Gute gethan, daß die „Magdeburger Volksstimme" das einzige Blatt gewesen sei, welches von dieser Aeußerung Notiz genommen habe. Er hat versucht, die Sache so darzustellen, als sei die Berliner Opposition mit der Annahme ihrer Resolution gegen Vollmar durchaus in ihrem Rechte gewesen und als handle es sich da nur um einen Formfehler, darauf habe ich dann im Hamburger „Echo" dieses geradezu unerhörte Zwickmühlenspiel der „Magdeburger Volksstimme" gehörig beleuchtet. Wie Herr Lux zur Berliner Opposition steht, geht daraus hervor, daß er dem „Vorwärts" einen Vorwurf daraus gemacht hat, daß er gegen den Unfug der Berliner Vollmar-Resolution in durchaus objektiver und anständiger Weise Stellung genommen hat.

Lux hat bei jeder Gelegenheit versucht, der Berliner Opposition eine Stütze zu sein. Noch in den allerletzten Tagen hat er aus der „Berliner Volks-Tribüne" den bekannten Artikel über die Angriffe auf die Opposition abgedruckt mit dem Bemerken, das sei eine „beachtenswerthe Auslassung". Die „beachtenswerthe Auslassung" besteht nämlich darin, daß behauptet wird, die Opposition sei gar nicht verantwortlich dafür, daß ihr Vorgehen draußen ein solches Aufsehen erregt und geschadet habe; da hätte nur die bürgerliche Presse Schuld, welche sich dieser Angelegenheit bemächtigt habe, um sie gegen die Partei auszunutzen. Ich sage: Die bürgerliche Presse wäre herzlich dumm gewesen, wenn sie von diesem ihr gelieferten Material keinen Gebrauch gegen uns gemacht hätte.

Ullrich-Offenbach spricht sich gegen die Wahl einer Kommission aus, nachdem die Herren von der Opposition erklärt haben, nicht vor derselben zu erscheinen.

Heute sagen die Herren, sie hätten nicht von „Geschenken" geredet, nicht von „Schmarotzerthum" u. s. w.; so hätten sie es nicht gemeint. Warum haben sie das nicht bereits in Berlin öffentlich

ausgesprochen? Dort war es am Platze! Ich erkläre Namens meiner Wähler, daß wir wünschen, daß der Sache ein- für allemal ein Ende gemacht wird. Als Gegner sind die Herren einfach Gegner. Dann können die politischen Gegner von der anderen Seite nicht auftreten und sagen: Eure eigenen Leute nennen Euch Erzlumpe; wenn die das sagen, dann muß es wohl wahr sein (Unterbrechungen). — Beschließen wir also, daß Diejenigen, welche nicht widerrufen, ausgeschlossen werden.

Fischer-Berlin: Wenn Werner hier wieder einmal jede Verbindung mit der „Berliner Volkstribüne" ableugnet und betont, daß er als Drucker keinen Einfluß auf dieselbe habe, also auch nicht verantwortlich sei für deren schlechten Ton, so verweise ich darauf, daß ich gestern nur gesagt habe, die Opposition solle, wenn sie von gutem Ton rede, vor ihrer eigenen Thür kehren. Mit demselben Recht, wie Werner den schlechten Ton des „Vorwärts" anklagt, kann Werner als Parteigenosse den schlechten Ton der „Berliner Volkstribüne" anklagen (Bebel: Sehr richtig!). Was die bekannte jämmerliche Abbitte der „Magdeburger Volksstimme" betrifft, so muß ich hier betonen: ich halte es durchaus nicht eines Mannes unwürdig, daß, wenn Jemand gegen einen Anderen falsche Behauptungen erhoben, ihm Unrecht gethan hat, er diesen Vorwurf zurücknimmt. Aber es kommt auf den Ton an, in dem dies geschieht, und, worauf ich hier besonders Werth legte, war, daß die Redaktion der „Magdeburger Volksstimme" einem Gegner gegenüber die Regeln der Anstandspflichten erfüllte, die sie einem Parteigenossen gegenüber nicht erfüllt hat (Zustimmung). Lux hat sich geweigert, eine Erklärung der Redaktion des „Echo" aufzunehmen, und trotzdem festgestellt wurde, daß Frohme nicht der Verfasser war, hat Lux seinem Publikum nicht gesagt, daß seine Anklage an eine falsche Adresse gerichtet sei.

Dafür, daß in Berlin und Magdeburg anarchistische Elemente in die Opposition sich eingeschlichen haben, liegen Beweise vor. Den Deckadressen der „Berliner Volkstribüne" sind Exemplare der „Autonomie" zugegangen (Zwischenrufe). Wir haben davon der Expedition der „Berliner Volkstribüne" Mittheilung gemacht, als wir Namen und Daten erhielten. — Der Lokalredakteur der „Magdeburger Volksstimme" hält es noch mit der Parteiehre für vereinbar, mit einem Karl Schneidt in Verbindung zu stehen, dessen schmählicher Weggang aus Deutschland allen Parteigenossen bekannt ist, der in den schmutzigsten Organen der gegnerischen Presse unsere Genossen beschimpft und verleumdet und der auch jene elenden Verdächtigungen gegen den verstorbenen Genossen Kräcker erhoben hat. Die Redaktion der „Volksstimme" findet es sogar mit der parteigenossenschaftlichen Ehre vereinbar, die literarischen Erzeugnisse dieses Menschen in einem Augenblick in ihrem Blatte den Genossen

zu empfehlen, wo derselbe gegen den Redakteur eines Parteiorgans den Staatsanwalt zu Hilfe rief. Sind das nicht anarchistelnde Elemente? Oder wollen Sie sagen: diese Leute in der Expedition der „Volksstimme“ sind keine Anarchisten, aber sie halten es für ihre Pflicht, die „Autonomie“ den betreffenden Deckadressen der „Volkstribüne“ beizulegen? (Zwischenrufe.) — Ich werde soeben darauf aufmerksam gemacht, daß es sich in dem von mir in's Auge gefaßten Fall nicht um die „Autonomie“, sondern um das Berliner Flugblatt gehandelt hat. Ich stehe nicht an, diesen meinen Irrthum sofort hier zu berichtigen. (Werner: Flugblatt und „Autonomie“ ist doch zweierlei!) Gewiß, zum Theil. Aber trotz meines Irrthums in diesem Falle bleiben alle anderen Vorwürfe bestehen. Für diesen Zusammenhang zwischen „Autonomie“ und Opposition genügen übrigens meine gestrigen Darlegungen, daß von Seiten jener Mitglieder der Opposition, die sich in Berlin als Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei wählen ließen, die für diese sozialdemokratische Partei bestimmten Gelder zurückbehalten wurden, um damit eventuell Leute zu unterstützen, die wegen Verbreitung der „Autonomie“ verfolgt und bestraft werden sollten.

Lux hat mir vorgeworfen, daß ich seine Aeußerungen tendenziös, falsch citirt habe, und gemeint, ich hätte vergebens versucht, ihn auf das Rad der Opposition zu schmieden. Das ist mir gar nicht eingefallen; ich weiß, daß man Mollusken nicht anschmieden kann. Was ich ihm vorgeworfen, ist seine jämmerliche, schwankende, zweideutige Haltung. Redner citirt eine Reihe von Stellen aus der „Magdeburger Volksstimme“, u. a. eine, worin Lux schreibt, er identifizire sich nicht in allen Stücken mit der Opposition. — Ich habe Lux einen schwankenden Charakter vorgeworfen, und dies halte ich aufrecht. Lux will nicht zugestehen, daß die Opposition sich mit Veröffentlichung dieses Flugblattes außerhalb des Bodens des Parteiprinzips gestellt habe. Ich begreife allerdings nicht, wie ein Parteigenosse so alle Begriffe für Parteiehre verloren haben und ein Flugblatt, das von so nichtswürdigen Anschuldigungen wimmelt, als „von bester Meinung und anerkennenswerthestem Ueberzeugungseifer diktirt“ bezeichnen kann; ich muß also wohl annehmen, daß ihn dabei dieselbe Gesinnung geleitet hat, die ihn, den sozialdemokratischen Redakteur und Delegirten des Parteitages, bewogen hat, seine Berichte über diesen Parteitag dem Stöcker'schen „Reichsboten“ anzubieten! (Lärm; Auerbach: Sie haben in Chur dasselbe gethan; hier ist das betreffende Blatt!)

Schmidt-Zwickau beantragt den Schluß der Diskussion. — Schulze-Magdeburg erklärt sich dagegen; er will noch Heine und Fischer antworten. — Die Diskussion wird geschlossen. Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Grillenberger bestreitet, daß er in der „Fränkischen Tagespost“ einen Berliner Genossen einen ehrlosen Verleumder genannt habe. Er habe es nur als „erlogen“ bezeichnet, daß die „Fränkische Tagespost“ am Todestage des Kaisers Friedrich mit einem Trauerrande erschienen sei. Wenn Auerbach ihn des Monarchismus verdächtigen wolle, so verweise er darauf, daß er, Redner, zu einer Zeit, wo an Auerbach noch gar nicht gedacht worden sei, seine republikanische Ueberzeugung unter den heftigsten Angriffen der Rechten vertreten habe. Die revolutionäre Haltung Auerbach's habe noch erst ihre Probe zu bestehen.

Dr. **Lux**: Fischer hat der „Magdeburger Volksstimme“ vorgeworfen, daß sie die Berichtigung eines Parteigenossen nicht aufgenommen habe. Das geschah, weil die Berichtigung sich auf den § 11 des Preßgesetzes berief. Ich habe übrigens dem Genossen Frohme gegenüber *persönlich* den Vorwurf zurückgenommen, und damit ist die Sache erledigt. Mit Schneidt habe ich keinen Verkehr. In Bezug auf die Berichterstattung hat Fischer nicht den geringsten Grund, mir etwas vorzuwerfen; er hat in Chur genau so für die „Neue Züricher Zeitung“ berichtet, wie ich für die „Neue freie Presse“ berichtet habe. (Unruhe.)

Werner: Ich erkläre es für eine Lüge, daß der „Berliner Volkstribüne“ Exemplare der „Autonomie“ beigelegen haben. Ich erkläre es fernerhin für eine Lüge, daß von Seiten der Expedition oder eines Betheiligten derselben Deckadressen an die „Autonomie“ den betreffenden Leuten geschickt worden sind. Von den Flugblättern kann ich es nicht abstreiten und nicht bestätigen, weil ich mit der Expedition garnichts zu thun habe. Noch eine Berichtigung. Ich habe in keiner Versammlung gesagt, daß der Bauch der Schmarotzer von der Fraktion gefüllt *wird*, sondern daß die Schmarotzer und Schweifwedler *glauben*, wenn sie die Hand eines Abgeordneten drücken, daß ihnen der Bauch gefüllt werde.

Fischer: Herr Werner hätte sich seine ganze sittliche Entrüstung über meine „Lügen“ sparen können, denn ich habe sofort, als mir sein Zwischenruf von Auer bestätigt wurde, nicht angestanden, zu erklären, daß ich mich in einem Irrthum befunden. Damit ist für jeden anständigen Menschen die Sache erledigt. Von „Lüge“ kann meinerseits nicht die Rede sein, denn eine Lüge setzt voraus das *Bewußtsein* der Unwahrheit, und darüber erkenne ich Herrn Werner nach den Vorgängen in Halle allerdings nicht als kompetenten Richter an.

Herr Lux wirft mir vor, ich hätte am Churer Weltkongreß für eine bürgerliche Zeitung gearbeitet, genau so, wie er jetzt für andere Blätter. Die Sache ist ein klein wenig anders. Der damals nach Zürich einberufene Weltkongreß wurde in Folge einer

Petition der Züricher Bürgerschaft verboten. Die Delegirten kamen nach der Schweiz. Der Sitz des Kongresses war von Zürich nach Chur verlegt worden. Aber es war nothwendig, daß bis zum Tage der Eröffnung der Ort des Kongresses geheim blieb, um die ausländischen Delegirten nicht zu gefährden. Somit war es einfach ein Ding der Unmöglichkeit, daß irgend ein Berichterstatter einer bürgerlichen Zeitung von dem Kongreß Kenntniß oder Zutritt zu demselben erhalten konnte. Die Einberufer des Kongresses hatten aber andererseits alle Ursache, den Kongreß nicht hinter verschlossenen Thüren tagen zu lassen. Einerseits mußte man sicher sein, daß das Geheimniß der Tagung des Kongresses bis zur letzten Minute gewahrt bleibe, andererseits lag uns daran, daß die gegnerische Presse von dem Kongreß und seinen Verhandlungen Kenntniß nehme, und in Uebereinstimmung mit den Einberufern des Kongresses habe ich damals die Berichterstattung auch für die „Neue Züricher Zeitung" übernommen. Ich war aber weder Delegirter, noch in irgend einer Parteistellung. Das ist ganz etwas anderes, als was ich Lux zum Vorwurf gemacht, daß er nämlich als sozialdemokratischer Parteiredakteur und als Delegirter für den Stöcker'schen „Reichsbote" die Berichterstattung auch für diesen Parteitag übernehmen wollte, nachdem er, unter einstimmiger Verurtheilung der Parteigenossen, das gleiche Spiel schon in Brüssel getrieben hatte.

Frohme: Allerdings ist es bei uns nicht Usus, sich auf das Preßgesetz zu berufen. Mein Kollege Stolten war aber in jenem Falle gezwungen, sich auf das Preßgesetz zu berufen, weil Lux so unanständig gewesen war, zweimal eine gegen seine Ausführungen gewendete Erklärung Stoltens zu ignoriren, resp. über sie mit einer recht schnodderigen Bemerkung hinwegzugehen.

Landé-Elberfeld hat zu dem Antrag Bebel folgende Aenderung vorgeschlagen: Der Parteitag wolle beschließen, eine Kommission von 9 Mitgliedern zu ernennen, welche zu untersuchen hat, ob und in wie weit die von dem Parteivorstande einzeln zu benennenden Parteigenossen die Interessen der Partei geschädigt haben, und Maßregeln vorzuschlagen, durch welche dieser Bethätigung entgegengetreten wird.

Ferner ist eine Resolution von Ehrhardt-Ludwigshafen und Reißhaus-Erfurt eingegangen.

Der Parteitag wolle beschließen:

„Nach Entgegennahme des Berichts des Parteivorstandes und als Ergebniß der erschöpfenden Verhandlungen ertheilt der Parteitag der Parteileitung Decharge. Der Parteitag erklärt sich mit der Thätigkeit des Vorstandes vollkommen einverstanden und spricht demselben nach jeder Hinsicht sein vollkommenstes Vertrauen aus."

Ullrich-Offenbach hat seinen Antrag dahin formulirt, den Antrag Bebel auf Kommissionsprüfung abzulehnen und diejenigen Personen, die die Ehre der Partei geschädigt haben und ihre verleumderischen Behauptungen zu widerrufen oder zurückzunehmen sich weigern, aus der Partei auszuschließen.

Der Berichterstatter **Auer** erhält hierauf das Schlußwort. Derselbe giebt zunächst die Erklärung ab, daß der Parteivorstand von vornherein nur an bestimmte Personen seine Aufforderung gerichtet habe, ihre Anschuldigungen zu beweisen oder, wenn ihnen dies nicht möglich, dieselben zu widerrufen. Auf diesen Standpunkt stehe der Vorstand auch jetzt noch. Nicht um eine organisirte Opposition handle es sich, sondern um ein paar bestimmt zu bezeichnende Personen. Der Referent ging dann in längerer, häufig von Beifall und zustimmender Heiterkeit unterbrochener Rede die ganze Debatte noch einmal durch, zeigte das vollständig Haltlose der Anschuldigungen und schloß, indem er dem Antrage Bebels zustimmte, eine Kommission zur gründlichen Untersuchung der Angelegenheit einzusetzen.

Nach Schluß der Ausführungen des Berichterstatters beschließt der Parteitag, die Erledigung des Gegenstandes auf die Nachmittagssitzung zu vertagen, die der vorgeschrittenen Zeit halber erst um 4 Uhr beginnen soll. Während der Pause soll die inzwischen fertiggestellte Präsenzliste zur Vertheilung gelangen.

Schluß gegen 2 Uhr.

Nachmittagssitzung.

4 Uhr. Den Vorsitz führt **Singer**.

Es ist wiederum eine ganze Reihe von Begrüßungsschreiben und Telegrammen eingegangen.

Folgende Depesche wird auf Wunsch des Absenders verlesen: „Die gestern, am 15. Oktober, tagende Versammlung des Wahlvereins des 3. Berliner Reichstags-Wahlkreises spricht dem Parteitage sein volles Vertrauen aus und erwartet die Befestigung der Partei und strikte Beseitigung aller Elemente, welche hieran hinderlich sind. Grundel." (Beifall.)

Hierauf wird in der Vormittag abgebrochenen Berathung fortgefahren.

Dem Bureau ist eine schriftliche Erklärung des Abgeordneten **Stadthagen** zugegangen, welche besagt, daß Werner keinerlei Einfluß auf die redaktionelle Gestaltung des „Volksblattes" zusteht, sowie daß eine Berichterstattung über Streitigkeiten innerhalb der Partei auf **meine** Anregung hin **nicht** aufgenommen worden sei, um die Agitation auf dem Lande nicht zu verhindern.

Ab. **Schulze, Auerbach, Kater, Baetge, Werner,** Dr. **Lux, Nieberauer, Mielenz und Ungering** beantragen:

„Der Parteitag möge beschließen, diejenigen Mitglieder des Parteivorstandes, die in der bisherigen Debatte Namens des Parteivorstandes gesprochen haben, wegen ihres die Grenzen des Zulässigen weit überschreitenden Vorgehens gegen die Mitglieder der Opposition zu tadeln." (Heiterkeit.)

Der Antrag wurde nur von den 9 Antragstellern unterstützt, kam also nicht zur Verhandlung.

Ein Antrag, von **Volderauer** und Genossen eingegangen, lautend:

„Unterzeichnete beantragen, daß Wildberger und Werner ohne Kommissionsberathung ausgeschlossen werden, weil dieselben absichtlich und mit Bewußtsein die Partei geschädigt haben"

findet ebenfalls nicht genügende Unterstützung.

Landé zieht sein Amendement zum Antrag Bebel zurück.

Darauf wird zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag der Kontrolleure, dem **Kassirer** für das abgelaufene Geschäftsjahr **Decharge** zu ertheilen, wird **einstimmig angenommen.**

Mit allen gegen 5 Stimmen **angenommen** wird der Antrag **Reißhaus-Ehrhardt.**

Angenommen wird ferner das Amendement **Kandt-Rostock** zum Antrage Bebel, daß in der Neunerkommission auch der Inhalt des von Jacobey verlesenen Briefes aus Rostock untersucht werden soll, und schließlich der Antrag **Bebel** auf Einsetzung einer Neunerkommission mit großer Majorität.

Damit ist der Antrag **Ullrich erledigt.**

Der Antrag **Nieberauer** wird **abgelehnt.**

Die Wahl der Neunerkommission wird nach Schluß der Verhandlungen über die Punkte 3a. und 3b. der Tagesordnung erfolgen.

Es sagt Punkt 8 der Tagesordnung:

a) Die parlamentarische Thätigkeit der Reichstags-Fraktion.

b) Die Taktik der Partei.

Die Diskussion über die Punkte a. und b. wird verbunden und den Genossen v. Vollmar und Wildberger je 1 Stunde Redezeit zugebilligt.

Berichterstatter zu a. **Molkenbuhr:** Ich könnte vielleicht vollständig auf das Referat verzichten, wenn es nicht nothwendig wäre, erstens zu sagen was wir gewollt haben, und zweitens einige tadelnde Bemerkungen, welche über die Thätigkeit der Fraktion in die Oeffentlichkeit gedrungen sind, kurz zu beleuchten. Wir wollten

durch Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse den Arbeiterstand kampffähiger erhalten, um so die endliche Lösung der sozialen Frage herbeizuführen. Wir stehen dabei nicht auf dem Werner'schen Standpunkt. Wir begnügen uns allerdings mit kleineren Fortschritten auch nicht, aber daß ein kleiner Fortschritt überhaupt zurückgewiesen werden müßte, diese Meinung theilen wir in keiner Weise, sondern erachten es für unsere Pflicht, jede Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse anzunehmen, uns aber darum keineswegs von dem Ziel abdrängen zu lassen, das wir uns gesteckt haben: Die Verwirklichung der Grundsätze der Sozialdemokratie. Wenn es uns in der letzten Session auch nicht gelungen ist, großartige Erfolge zu erringen und unser Ziel zu erreichen, so lag das an der feindseligen Haltung der anderen Parteien, die gegen alles Front machen, was eine wesentliche Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen herbeiführen kann. Jedenfalls ist und bleibt unsere Thätigkeit eine agitatorische, nach zwei Seiten hin. Einmal beweisen wir durch Stellung von Anträgen der Oeffentlichkeit, wie wir ungefähr die vorliegenden Fragen zu lösen gedenken; zweitens suchen wir durch Stellung von Anträgen die Gegner bloßzustellen, um dem Volke zu zeigen, daß selbst die bescheidensten Forderungen von den Gegnern abgeschlagen werden. Dies ist agitatorisch von wesentlichster Bedeutung. Wir haben in der letzten Session nicht viele Initiativanträge gestellt, weil die Anfangs gestellten Anträge bis auf einen noch nicht zur Berathung gekommen sind. Der eine Initiativantrag auf Abschaffung der Lebensmittelzölle hat zwar eine erste Berathung erlebt, aber darüber hinaus ist es nicht gekommen. Ferner haben wir einen Antrag eingebracht auf Erlaß eines Gesetzes, wodurch die Wirkungen des Sozialistengesetzes, die es bis jetzt noch ausübt, aufgehoben werden, und einen auf Verstaatlichung des Apothekenwesens, wodurch wir verhindern wollen, daß auch die Kranken noch in schamloser Weise durch das Privatmonopol der Apotheker ausgebeutet werden können.

Die wesentlichen Anträge, die wir gestellt haben, waren Abänderungsanträge, und da sich der größte Theil der Session mit der Abänderung der Gewerbeordnung zu befassen hatte, so hatten wir hierzu eine Reihe von Anträgen gestellt. Daß wir mit dem Regierungs-Entwurf nicht einverstanden waren, weil er uns nicht weit genug ging, ist bekannt. Der Entwurf bewegte sich zunächst in viel engerem Rahmen als der unsrige; aber wir suchten deshalb unsere Anträge möglichst in das Gesetz hineinzubringen. Zunächst beantragten wir, daß die Sonntagsruhe eine Dauer von 36 Stunden haben sollte, ferner, daß für das Handelsgewerbe an Sonn- und Feiertagen höchstens 3 Stunden Thätigkeit erlaubt sein solle, ferner das Verbot der Merkmale in den Zeugnissen, die Verschärfung des Verbots des Trucksystems, die genaue Regelung der Lohnzahlungs-

fristen, strengstes Verbot von Lohneinbehaltungen und Lohnabzügen sowohl betreffs des § 119 a als auch für Wohlfahrtseinrichtungen; endlich die Beseitigung der Kündigung. Letzterer Antrag bedarf vielleicht näherer Erörterung. Wir wissen wohl, daß in manchen Arbeiterkreisen das Bestehen der Kündigung als eine gewisse Wohlthat angesehen wird; es mag auch für Manchen unbequem sein, wenn er mit seinem Arbeitgeber in Zwist kommt, sofort entlassen zu werden. Aber alle arbeiterfeindlichen Maßregeln, welche der Gesetzentwurf neu in Aussicht nahm, die Lohneinbehaltungen, die Buße für Kontraktbruch u. s. w., alles das hätte nur Sinn, wenn die Kündigung besteht; sobald die Kündigung verboten war, hatten auch alle diese Paragraphen keinen Sinn mehr. Gerade weil diese Maßregeln aus dem Kündigungssystem hergeleitet waren, sagten wir uns, es ist besser, daß diese kleine Wohlthat wegfalle, statt alle die Schädigungen, die in der Vorlage standen, Gesetz werden zu lassen. Ferner verlangten wir gänzliches Verbot der Kinderarbeit, der Nachtarbeit jugendlicher Arbeiter, Regelung der Arbeitsordnungen und Maximalarbeitstag. Der letztere Antrag hat auch in der Partei Anfechtungen erfahren, weil nicht ohne weiteres der 8 stündige Arbeitstag verlangt war. (Zwischenruf: Mit Recht!) Es wird gesagt: mit Recht. Darüber hat nicht der Einzelne zu entscheiden, sondern es ist der Parteitag im Ganzen, der zu dieser Frage Stellung nimmt. Bei jedem neu einzuführenden Gesetze dieser Art sind Uebergangsbestimmungen nothwendig. Fast allen Gesetzen ist ein Ausführungsgesetz beigegeben, welches aus dem alten in den neuen Zustand successive hinüberleiten soll. Sobald wir direkt die Forderung des Achtstundentages erhoben hätten, hätte man auch in den breitesten Schichten der Bevölkerung Anhänger für die entgegengesetzte Meinung gefunden, daß die Maßregel nicht durchführbar sei, weil die umliegenden Länder viel länger arbeiten und in 8 Stunden nicht das nöthige Quantum fabrizirt werden kann. Deshalb entschieden wir uns für ein stufenweises Uebergehen. Auch der Zehnstundentag wäre schon ein gewaltiger Eingriff in das jetzige Produktionssystem, wo heute noch theilweise 16 und 18 Stunden gearbeitet wird. Hätten wir nur den zehnstündigen Arbeitstag, dann wären wir unbedingt grade in diesem Punkte allen anderen Ländern voraus. Nun hat zwar Werner erklärt, wir müßten einfach unsere Forderungen stellen, von der heutigen Gesellschaft, die uns freiwillig nichts gebe, hätten wir doch nichts zu erwarten. Wenn letzteres richtig wäre, weshalb sollten wir dann den achtstündigen Arbeitstag fordern? Das ist doch ein seltsamer Widerspruch; dann ist doch der Standpunkt der konsequentere, einfach überhaupt jede parlamentarische Thätigkeit abzulehnen. Dadurch aber würde der Partei unendlicher Schaden zugefügt werden. Wir forderten ferner zur Gewerbeordnungs-

Novelle Strafverschärfung für die Kennzeichnung der Zeugnisse, Sicherstellung des Koalitionsrechts und Strafen gegen die Eingriffe in dasselbe und endlich den am meisten angegriffenen Passus — die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Hausarbeiter. Gerade an der Hausindustrie, wo die Lage der Arbeiter die gedrückteste ist, konnten wir beweisen, daß die Gegner nichts von wirklichem Schutz zugestehen wollten, auch den Leuten auf dem Lande konnten wir das an diesem Beispiel klar machen; darum vertraten wir diesen Antrag und die gesammten Gegner stimmten dagegen, um dieses kostbare Ausbeutungsgebiet sich nicht auch nur in etwas beschränken zu lassen.

Soweit unsere Stellung zum Arbeiterschutzgesetz. In Berliner Versammlungen ist namentlich von R. Baginski der Vorwurf gegen uns erhoben worden, die parlamentarische Thätigkeit sei überhaupt zu verwerfen, die Stellung von Anträgen sei überflüssig; es sei bloß stets schärfste Kritik zu üben. Werner andererseits meint, es war gut, daß wir unsere Anträge stellten, wir hätten aber sofort den Achtstundentag verlangen müssen. Wildberger geht noch weiter, denn er behauptet, wir hätten noch lange nicht genug parlamentirt; er beschwert sich, daß wir die Forderungen unseres 1875er Programms nicht geltend gemacht hätten: Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk, Abschaffung der stehenden Heere u. s. w. Dem Vorwurf, daß wir zu wenig parlamentirt hätten, steht also der Vorwurf des Zuviel auf diesem Gebiete gegenüber. Was übrigens den Programmpunkt der Beseitigung der stehenden Heere anbetrifft, so haben wir jedes Jahr bei der Etatberathung regelmäßig das Wort ergriffen, um die Verwerflichkeit der stehenden Heere nachzuweisen. Diesen Protest erheben wir also alljährlich. Dasselbe gilt von der anderen Frage: Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk. Die Forderung erheben wir, das ist richtig; aber daß sie nicht in einem formellen Antrage an die Gesetzgebung zur Geltung gebracht werden kann, ist schon in der Natur der Sache begründet. Begreifen denn die Herren, die diese Vorwürfe erheben, gar nicht den engen organischen Zusammenhang dieser Forderungen mit derjenigen der direkten Gesetzgebung durch das Volk, des direkten Wahlrechts der Beamten durch das Volk? Sollten wir in der That einmal diesen Antrag stellen, jene Entscheidung über Krieg und Frieden in andere Hände zu legen, so geht es nicht, auf eine alte schwarze Hose einen neuen rothen Flicken zu setzen, sondern es muß eine ganz neue rothe Hose angeschafft werden, es muß ein neuer Verfassungsentwurf ausgearbeitet werden, in den diese Forderung hineinpaßt. — Alle diese Vorwürfe gegen die Fraktion variiren vom Negiren bis zum Verlangen nach noch mehr parlamentarischer Thätigkeit, und falsch ist in den Augen dieser Herren lediglich, was die Fraktion gethan und unterlassen

hat. Gewiß, wenn man nörgeln will, kann man immer das Gethane negiren und das nicht Gethane als Unterlassung verurtheilen. Sämmtliche Mitglieder der Fraktion, das versichere ich, werden vom besten Willen beseelt, für die Ausbreitung der Partei Sorge zu tragen und für die Arbeiter zu erreichen, was erreicht werden kann.

Zu einer Reihe von Vorlagen, welche an den Reichstag kamen, haben wir uns ablehnend verhalten, so gegen die Kolonialvorlagen und gegen die Novellen zum Zucker- und Branntweinsteuergesetz, weil bei beiden nach wie vor die große Masse der Bevölkerung die Kosten zu tragen hat und die Privilegien der Großbrenner und der großen Zuckerfabriken nicht beseitigt werden. Ferner lehnten wir in der Schlußabstimmung auch das sogenannte Arbeiterschutzgesetz ab, weil wir den gebotenen Vortheilen gegenüber die im Bußparagraphen und in den anderen Bestimmungen enthaltenen Nachtheile für den Arbeiter als so schwerwiegend ansahen, daß wir es mit unserer Stellung als Arbeitervertreter nicht vereinbar hielten, unsere Zustimmung zu geben. Die gegnerischen Kreise hielten uns damals entgegen, wir würden es, wenn wir ablehnten, mit dem Arbeiterstande zu thun kriegen, und die Fortschrittler schrieben, wir hätten nur abgelehnt, weil mit der Annahme die Zufriedenheit gefördert worden wäre. Hier ist der Ort, darüber zu diskutiren und zu Gericht zu sitzen; die Partei hat heute zu entscheiden, ob wir richtig gehandelt haben. Ein Jahr ist vergangen; Sie selbst haben jetzt zu urtheilen. Ich möchte Sie ersuchen, wohl zu prüfen, was wir gethan haben, und dann Ihr Urtheil zu fällen. Von jeher war es bei uns Brauch, daß die Parteimitglieder selbst zu Gericht zu sitzen haben über die Abgeordneten, selbst zu bestimmen haben, was gethan werden soll. — Aber, wenn man verurtheilen will, muß man auch die Gründe dafür anführen. Wenn wir uns richten sollen nach diesem wunderbaren Urtheil der Opposition, aus der die widersprechendsten Anschuldigungen gekommen sind, so müssen wir gerade im Gegentheil zu der Ueberzeugung kommen, daß wir richtig gethan haben, weil wir die goldene Mittelstraße gewählt haben. (Lebhafter Beifall.)

Zu Punkt 3b „Die Taktik der Partei“ ist von Bebel folgende Resolution eingebracht:

Der Parteitag wolle beschließen:

In Erwägung, daß die Eroberung der politischen Macht das erste und Hauptziel ist, nach der jede klassenbewußte Proletarierbewegung streben muß, daß aber die Eroberung der politischen Macht nicht das Werk eines Augenblickes, nicht die Frucht einer momentan gelungenen Ueberrumpelung des Gegners sein kann, sondern nur durch zähe und ausdauernde Arbeit und geschickte Benutzung aller Mittel und Wege, die sich der Propaganda für unsere Ideen und Ziele in der gesammten

Arbeiterklasse darbieten, errungen werden kann, erklärt der Parteitag:

Es liegt kein Grund vor, die bisherige Taktik der Partei zu ändern.

Der Parteitag betrachtet es vielmehr noch immer als Pflicht der Parteigenossen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften und Mitteln die Agitation für die Reichstags-, Landtags- und Gemeinderathswahlen zu betreiben, wo immer nur eine Aussicht auf Erfolg, ohne Verletzung des Prinzips, sich bietet.

Ohne sich bei der Beschränktheit und dem Klassenegoismus der bürgerlichen Parteien über den Werth der parlamentarischen Erfolge in Bezug auf unsere Grundforderungen der geringsten Illusion hinzugeben, betrachtet der Parteitag die Agitation für die Reichstags-, Landtags- und Gemeinderaths-Wahlen als besonders wirksam für die sozialistische Propaganda, weil sie die beste Gelegenheit bietet, mit den proletarischen Klassen in Berührung zu kommen und dieselben über ihre Klassenlage aufzuklären, und weil die Benutzung der parlamentarischen Tribüne das wirksamste Mittel ist, die Unzulänglichkeit der öffentlichen Gewalten zur Hebung der sozialen Uebel darzulegen und die Unfähigkeit der herrschenden Klassen, den neuen Kulturbedürfnissen, deren Befriedigung die Arbeiterklasse fordert, gerecht zu werden, vor aller Welt zu offenbaren.

Der Parteitag verlangt von den Vertretern der Partei, daß sie fest und entschieden im Sinne des Parteiprogramms wirken und, ohne auf die Erlangung von Konzessionen seitens der herrschenden Klassen zu verzichten, immer das ganze und letzte Ziel der Partei im Auge haben.

Der Parteitag verlangt ferner von jedem einzelnen Genossen, daß er den Beschlüssen der Gesammtheit und den Anordnungen der Partei-Organe, so lange diese innerhalb der ihnen zugewiesenen Befugnisse handeln, volle Beachtung schenkt und in der Erkenntniß, daß eine Kampfpartei, wie die sozialdemokratische, nur in strengster Disziplin und Unterwerfung unter den Willen der Gesammtpartei ihr Ziel erreichen kann, diese Disziplin und diese Unterwerfung übt.

Der Parteitag erklärt ausdrücklich, daß die Kritik an den Handlungen oder Unterlassungen der Parteiorgane und der parlamentarischen Vertreter der Partei ein einem jeden Parteigenossen zustehendes selbstverständliches Recht ist, er verlangt aber, daß diese Kritik in Formen geübt werde, die eine sachliche Auseinandersetzung dem angegriffenen Theil ermöglichen. Er fordert insbesondere, daß kein Parteigenosse persönliche Anschuldigungen oder Anklagen öffentlich erhebt, bevor er sich

nicht von der Richtigkeit der erhobenen Anschuldigungen oder Anklagen überzeugt und alle ihm nach der Organisation zustehenden Mittel erschöpft hat, um Abhilfe zu schaffen.

Endlich ist der Parteitag der Anschauung, daß der in den Statuten der internationalen Arbeiterassoziation von 1864 ausgesprochene Grundsatz: „Daß Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage für das Betragen aller ihrer Mitglieder untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntniß oder Nationalität anzuerkennen sei", auch heute noch die Richtschnur für die Handlungen der Parteigenossen sein muß.

Referent **Bebel**: Parteigenossen! Die Frage, welche Taktik wir künftig einzuschlagen haben, wäre jedenfalls heute nicht zur Erörterung gekommen, wenn nicht in den letzten Monaten von bekannter Seite heftige Angriffe gegen die in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Haller Parteitages eingehaltene Taktik der Fraktion laut geworden wären. Auf diese Anklagen ist der Vorredner zum Theil bereits eingegangen. Zum großen Theil liegen sie in den Ihnen zugestellten Aktenstücken vor. Vorher aber ist es nothwendig, daß wir uns die historische Entwicklung der Partei in dieser Frage etwas vergegenwärtigen. Jede Partei, die überhaupt ein bestimmtes Ziel im Auge hat, hat zwei Dinge festzustellen: die Forderungen, die sie zu verwirklichen anstrebt, und die Art, wie sie dies erreichen will. Das erste ist das Programm, das zweite giebt die Richtschnur für die Kampfweise, stellt also die Taktik der Partei fest. Unsere Grundsätze sind im Programm niedergelegt, und wenn wir auch unmittelbar vor dem Eintritt in die Berathung über ein neues Programm stehen, so steht doch für Alle fest: wie immer wir künftig unsere Forderungen praktisch und prinzipiell besser als bisher formuliren werden, unzweifelhaft wird etwas prinzipiell Neues nicht darin ausgesprochen.

Das letzte Ziel der Partei, die Beseitigung der heutigen bürgerlichen Gesellschaft mit der kapitalistischen Produktionsweise, ist von Anfang an ihr Ziel gewesen, die Gründung der sozialistischen Gesellschaft und der sozialistischen Produktionsordnung hat das Programm der Partei gebildet von dem Augenblick an, wo die Partei sich über sich klar wurde.

Nun befindet sich ja die Sozialdemokratie gegenüber allen früheren Parteien, soweit sie zur Herrschaft zu gelangen suchten, in wesentlich anderer Position. Indem wir danach streben, die kapitalistische Produktionsweise zu beseitigen und die sozialistische an ihre Stelle zu setzen, sind wir genöthigt, einen ganz anderen Weg als alle früheren Klassen, die zur Herrschaft kamen, einzuschlagen. Bisher zeigt uns alle menschliche Entwicklung, daß eine Klasse erst in dem Augenblick zur politischen Herrschaft im Staate

gelangte, wo sie die Herrschaft über die neue Produktionsweise, den materiellen Machtbesitz erlangt hatte; bei uns handelt es sich um etwas ganz Entgegengesetztes.

Wir sind nicht in der Lage, die Herrschaft der Arbeiterklasse zu errichten auf der Gewinnung der ökonomischen Macht, wir müssen zum umgekehrten Mittel greifen. In erster Linie haben wir die politische Macht zu erobern und diese zu benutzen, um auch die ökonomische Macht durch die Expropriation der bürgerlichen Gesellschaft zu erreichen. Ist die politische Macht in unseren Händen, so findet sich das Weitere von selbst. Wie kommen wir nun zu dieser Macht?

Wenn eine Partei wie die unsere der herrschenden Gesellschaft den Krieg erklärt, und ihr letztes Ziel der Untergang dieser Gesellschaft ist, so ist es selbstverständlich, daß die herrschende Gesellschaft Alles aufbietet, das zu verhindern. Andererseits ist eine Partei wie die unsere, die solches erstrebt, in die Nothwendigkeit versetzt, alle Mittel und Hebel in Bewegung zu setzen, welche ihr geeignet erscheinen, für diese Ideen Propaganda zu machen; sie muß Alles aufbieten, um die Massen, welche aus Interesse den sozialistischen Ideen zugewendet sein sollten, auch für diese Ideen zu gewinnen. Aber wir wissen, daß der Kampf um die politische Macht nicht von heute auf morgen entschieden wird — wenn auch ganz unzweifelhaft die Marschgeschwindigkeit, mit der wir zum Ziele gelangen, in den künftigen Jahren ungleich rascher sich vollziehen wird, als bisher , und so haben wir nach den wirksamsten und erfolgreichsten Mitteln zu suchen.

Da giebt es nun eine ganze Reihe von Wegen, die zusammengenommen zum Ziele führen. Da ist zunächst die mündliche Agitation in Vereinen und Versammlungen. Wie schwer uns diese gemacht wird, dafür sind wir alle mehr oder weniger Zeugen, aber wir befördern sie mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften. Da ist ferner die Presse; wir verbreiten unsere Zeitungen, suchen die Abonnentenzahl derselben zu erhöhen und stellen immer neue Preßorgane in den Dienst der Parteibestrebungen, weil damit immer mehr unsere Macht wächst. Das dritte Mittel ist die parlamentarische Thätigkeit. Dieses Mittel wurde z. B von Lassalle so hoch geschätzt, daß er keine andere Forderung aufstellte, als die Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts. Dieses galt ihm als das einzige Mittel, die politische Macht zu erobern, mittels desselben der Staat gezwungen werden könnte, den Forderungen der Arbeiterklasse gerecht zu werden. 1867 wurde diese Forderung verwirklicht.

Ich will hier nicht die Gründe untersuchen, welche die herrschenden Klassen damals nöthigten, das allgemeine Wahlrecht zu geben; genug, daß es gegeben wurde; und von dem Augenblick an, wo es gegeben wurde, war bei keinem Sozialdemokraten ein

Zweifel, von diesem Mittel ausgiebigsten Gebrauch zu machen und Vertreter der Partei in den Reichstag zu senden. Das ist denn auch seit nahezu 25 Jahren in steigendem Maße gelungen.

Nun entstand aber die Frage: wie haben sich die Vertreter im Reichstage zu verhalten? Diese Frage ist vielfach Gegenstand der Erörterung gewesen, und sie wird es bleiben, so lange wir genöthigt sind, uns auf dem Boden parlamentarischer Thätigkeit zu bewegen. Es war nicht nur möglich, sondern selbstverständlich, daß über das Maß der parlamentarischen Bethätigung Meinungsverschiedenheiten eintraten. Wenn nicht vom ersten Jahre ab, so von dem Augenblick an, daß die Zahl der Vertreter größer wurde, entstanden diese Differenzen über die innezuhaltende Taktik. Zu jener Zeit standen sich zwei sozialdemokratische Fraktionen im Reichstage gegenüber; die eine Fraktion vertreten durch den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein, die andere vertreten durch die sozialdemokratische Arbeiterpartei, die zwar erst 1869 in Eisenach gegründet wurde, aber schon vorher im Reichstage durch Liebknecht, mich und andere vertreten war. Auf unserer Seite wurde bereits 1868, und zwar durch Liebknecht, die Frage der parlamentarischen Taktik zur Erörterung gebracht. Auf der anderen Seite ist sie meines Wissens nie erörtert worden.

Dieser frühzeitige Ausbruch von Meinungsverschiedenheiten über die Taktik der Partei, und zwar unter den Führern selbst, beweist am schlagendsten, daß die Meinungsfreiheit innerhalb der Partei ein Lebensprinzip bei ihr ist, ein selbstverständliches Recht, von dem die Führer selbst den vollsten und umfänglichsten Gebrauch machten. Wäre das nicht so, die Partei würde der Spaltung oder dem Tode verfallen. Was bei dem Versuch herauskommt, die Meinungsverschiedenheiten innerhalb einer durch und durch demokratischen Partei zu ertödten und keine andere Meinung als die eben herrschende aufkommen zu lassen, dafür hat uns die Geschichte des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins das abschreckendste Beispiel geliefert. Dort stand immer an der Spitze ein Präsident, der kraft der Organisation eine ungeheure Machtfülle besaß, welche ihn verleitete, sie zu mißbrauchen und das einzige Organ, das der Verein besaß, in seinem Interesse zu beeinflussen, da kein anderes neben ihm geduldet wurde. Das veranlaßte die Kämpfe, welche schließlich zur Absetzung Schweitzers und später zur Einigung beider Fraktionen im Jahre 1875 unter dem Namen der sozialistischen Arbeiterpartei führten. Diktatorische Bestrebungen waren nach der Natur der Organisation der sozialistischen Arbeiterpartei von vornherein ausgeschlossen, und sie sind bis heute unmöglich gewesen.

Der Kampf um die Taktik der Partei brach also zuerst unter den Führern aus, denn gegen wen schrieb Liebknecht 1869 seine Broschüre über die politische Stellung der Sozialdemokratie? Haupt-

sächlich gegen mich, weil wir uns damals nicht zu einigen vermochten über die im Reichstage innezuhaltende Taktik gegenüber der Gewerbeordnung von 1868. Und eine für alle Fälle geltende Taktik ist bis heute nicht festgestellt worden und wird nie festgestellt werden können. So kommt es, daß darüber, wie wir uns im einzelnen Falle zu verhalten haben, bis auf den heutigen Tag in der Fraktion in der heftigsten Weise gekämpft wurde. Wer, wie die Opposition, es so darstellt, als sei die Fraktion eine unterschiedslose Masse, die sich von einigen Personen leiten, um gewisser materieller Vortheile willen von einer segenspendenden Hand sich bestimmen lasse — die es obendrein nicht giebt, denn kein Einzelner hat über die Mittel der Partei zu verfügen —, bedient sich der denkbar falschesten Kampfesweise. — Bis zu diesem Augenblick ist die Meinung über die Stellung zu den einzelnen Gesetzentwürfen und Anträgen oftmals eine sehr getheilte gewesen. Oftmals wurden Anträge mit geringer Mehrheit abgelehnt oder angenommen. Der Streit um die Dampfersubvention — ich will darauf nur hindeuten — war beispielsweise innerhalb der Fraktion so heftig, daß nur die Gesammtpartei ihn schlichten konnte. Einen absolut negirenden Standpunkt hat die Fraktion einzig gegenüber der Militärgesetzgebung und den damit zusammenhängenden Vorlagen eingenommen; und weil die Ausgaben für Militär- und Marinewesen volle vier Fünftel des Reichsbudgets ausmachen und es so zu sagen beherrschen, stimmte sie stets und ohne jede Meinungsdifferenz gegen den ganzen Etat.

Als 1868 das Militärgesetz zur Berathung kam, stellten wir den Antrag, es abzulehnen und die Regierung zu beauftragen, einen neuen Gesetzentwurf, durch den die Volkswehr an Stelle des stehenden Heeres eingeführt wurde, vorzulegen. Das war die denkbar schärfste Negation. Dagegen haben wir schon 1868 beim Freizügigkeitsgesetz, beim Wahlgesetz, beim Paßgesetz keinen Anstand genommen, Anträge zu stellen; damals tauchten Meinungsverschiedenheiten noch nicht auf, diese kamen erst bei der Gewerbeordnung, und da wir uns hier nicht einigen konnten, hielt Liebknecht jene Rede, welche heute von der Opposition mit Vorliebe nicht blos gegen Liebknecht persönlich, sondern gegen die ganze Taktik der Partei ausgespielt wird. — Wie sich zeigen wird, mit Unrecht. — Diese Differenzen zwischen Liebknecht und mir wurden Veranlassung, daß auf dem nächsten Parteitage zu Stuttgart im Beginn des Juni 1870 die politische Stellung der Partei zur Erörterung kam. Wir waren auch damals noch keineswegs einig in unserer Auffassung. So schlugen wir dem Parteitage eine Resolution vor, auf welche wir uns beide verständigt hatten, die eine Art von Kompromiß vorstellte, des Inhalts, daß die Arbeiterpartei sich an den Reichstags- und Zollparlamentswahlen hauptsächlich aus agitatorischen Gründen

betheilige, daß sie auch, soweit es möglich sei, im Interesse der arbeitenden Klassen an der Parlamentsarbeit mitwirke, im Ganzen aber sich dazu negirend verhalte. Der zweite Theil der Resolution bezog sich auf die Stimmabgabe bei den Wahlen, und da finden Sie, daß diese damals einmüthig angenommene Resolution sich wesentlich von späteren Beschlüssen, namentlich betreffs der Stellungnahme zu den engeren Wahlen, unterscheidet. Es heißt darin, daß die Partei mit keiner anderen Partei eine Allianz oder ein Kompromiß eingehe, aber empfehle, dort, wo Kandidaten der eigenen Partei nicht aufgestellt seien, solchen Kandidaten die Stimmen zu geben, welche im Wesentlichen politisch den gleichen Standpunkt einnehmen, und vor allem wirkliche Arbeiterkandidaten anderer Parteien zu unterstützen. Unter den anderen Arbeiterparteien war der Allgemeine deutsche Arbeiterverein unter Schweitzer und der andere kleinere Theil des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins unter Mende verstanden. Die Entwicklung der Partei ist seitdem wesentlich anders geworden. Wir sind heute darüber einig, daß bei der ersten Wahl Kandidaten gegnerischer Parteien überhaupt nicht gewählt werden dürfen, und in die Verlegenheit, andere Arbeiterkandidaten zu unterstützen, kommt die Partei nicht mehr, weil es solche nicht mehr giebt. Weiter wurde die Frage der Taktik 1871 auf dem Parteikongreß in Dresden erörtert, wo ich im Auftrage der Parteileitung über die Betheiligung an Kommunal- und Landtagswahlen referirte; damals wurde die Direktive gegeben, überall für die Einführung des allgemeinen Stimmrechts für Landtage und Kommunen einzutreten. Aehnlich beschloß der Kongreß zu Eisenach 1873, desgleichen auf Antrag Liebknecht's 1874 in Coburg. Bis zum Jahre 1877, wo der letzte Parteitag vor dem Sozialistengesetz stattfand, hat sich die Partei mit der Frage der Taktik überhaupt nicht mehr beschäftigt. Dieselbe ist dann wiederholt unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes auf den drei Kongressen in Wyden, Kopenhagen und St. Gallen erörtert und in dem Sinne entschieden worden, daß die Partei sich allgemein an den Wahlen zu betheiligen habe und daß die Abgeordneten im Parlament sich keineswegs blos negirend zu verhalten, sondern alles aufzubieten hätten, um die Erlangung von Konzessionen zu Gunsten der Arbeiterklasse zu erwirken. Warum haben wir uns immer für das letztere entschieden? Weil jeder im praktischen Leben Stehende weiß, daß es eine Thorheit wäre, wenn die Partei nicht auch zugleich die täglichen Bedürfnisse, die täglichen Schmerzen des arbeitenden Volkes zur Sprache brächte und auf Abhilfe der bestehenden Uebel und Verbesserung der herrschenden Zustände drängte. (Sehr richtig!) Wir versuchen dasselbe unter anderem mit Hilfe unserer Gewerkschafts-Organisationen zu erreichen. Es gab eine Zeit, wo man über die Zweckmäßigkeit derselben innerhalb der Partei lebhaft stritt;

auch heute noch sind Einzelne der Meinung, diese sei ganz nebensächlich, man solle sie nach Möglichkeit bei Seite setzen, die gewerkschaftliche Organisation hindere die politische, sie absorbire eine Masse von Mitteln und Kräften, welche der politischen entzogen würden, auch angesichts der durch verunglückte Streiks verursachten Schäden dürfe man sich darauf nicht einlassen. Die immense Majorität der Partei hat indeß die gewerkschaftliche Organisation für nothwendig gehalten, nicht blos für die Entwicklung der Partei, sondern auch für die Führung des Klassenkampfes gegen die bestehende Ordnung der Dinge. (Zustimmung.)

Jeder im praktischen Leben Stehende weiß, daß wir mit unseren letzten Zielen nicht die Hunderttausende gewonnen haben, weil diese sich nur zu gerne sagen, was nützt uns ein Streben, dessen Ziel ich vielleicht nicht erlebe, wo kein direkter Erfolg zu erwarten ist. Darin besteht ja die Taktik der Anarchisten, zu erklären, man habe die gewerkschaftliche und parlamentarische Thätigkeit bei Seite zu setzen und schleunigst die bestehende Gesellschaftsordnung zu stürzen. So groß nun auch immer die Opferwilligkeit und der Eifer der Anarchisten gewesen sein mag, es steht fest, daß überall, wo die anarchistische Bewegung aufgetreten ist, sie trotz aller Mühe und aller Opfer nichts weiter erreicht hat, als elende Sektenbildung. (Zwischenruf: Polizeimache!) Ja gewiß war und ist auch Polizeimache dabei, denn was kann den heutigen Machthabern angenehmer sein, als in die Lage gesetzt zu werden, mit Gewaltmitteln gegen uns vorzugehen, dies wünscht man ja! (Zustimmung.) Alle diese auf die reine Negation ausgehenden Richtungen arbeiten unbewußt unseren Gegnern in die Hände, weil diese blos auf eine solche Taktik warten. Diesen ist nichts unangenehmer, als ruhige, zielbewußte Arbeit, nichts sähen sie lieber, als daß das Proletariat Gelegenheit gäbe, daß man mit Gewalt es niederwerfen könne. Nur unsere ununterbrochene, sich durch nichts irre machende Minirarbeit ist es, welche unseren Todfeinden bis auf den heutigen Tag so ungemein schwer im Magen liegt. (Stürmische Zustimmung.) Es wäre der größte Fehler, wenn wir diese bewährte Taktik jetzt verlassen wollten. Wir sind darüber einig geworden, daß die gewerkschaftliche Bewegung und Organisation nothwendig ist, daß der Kampf für Verbesserung der Lage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ein ungeheures Mittel für die Ausbreitung unserer Bewegung in der gesammten Arbeiterklasse geworden ist. Wir wissen, daß alle die Hunderttausende, Männer und Frauen, wie wir heute mit Stolz sagen können, zumeist nicht kamen, weil sie sofort erkannten, das letzte Ziel der Sozialdemokratie ist auch unser Ziel, darum schließen wir uns ihr an, sondern sie kommen, weil sie sehen, unsere Partei ist die einzige, welche die Leiden der Arbeiterklasse zur Sprache bringt und für die Besserung ihrer Lage

sicht. Sie sehen, die Thaten der anderen Parteien sind entgegengesetzt den Worten, welche sie vor den Wählern verschwenden; daß dagegen unsere Partei es ist, die für sie kämpft, die den auf ihnen lastenden Druck, die Uebel unter denen sie seufzen, die Schmerzen unter denen sie leiden, kennt und ihre Peiniger und Ausbeuter jederzeit an den Pranger stellt. (Sehr wahr!) Das sind die Erwägungen, welche die Massen bestimmen, sich uns zuzuwenden. Und sind sie erst einmal zu uns gekommen, dann ist es ganz selbstverständlich, daß sie, die Anfangs nur in der Hoffnung auf bestimmte direkte Vortheile, aus vielleicht mehr nebensächlichen Ursachen sich uns angeschlossen haben, mehr und mehr von uns erobert werden, bis sie schließlich volle und ganze Sozialdemokraten sind. (Sehr richtig! Sehr wahr!) Wer ist unter uns, der sagen kann: Ich bin vom ersten Tage meines Denkens an ein vollbewußter Sozialdemokrat gewesen? — Da kommen die Herren von der Opposition und höhnen über die 1½ Millionen Stimmen vom 20. Februar 1890; da höhnen sie, das seien keine Sozialdemokraten, selbst- und zielbewußt klar sehend sei nur die Minderheit. Auerbach hat das ja heute morgen noch drastisch ausgesprochen. Ich frage: wie wollen Sie denn das, was Auerbach ganz mit Recht als unsere Aufgabe bezeichnete, ausführen, wenn Sie nicht die Massen für sich gewinnen? Wollen Sie denn mit den verhältnißmäßig Wenigen, die sich vollkommen klar sind, Staat und Gesellschaft erobern? Das ist doch eine reine Unmöglichkeit. Wenn Sie das glauben, sind Sie nichts als politische Thoren. (Sehr wahr!)

Wir haben diese Massen zu gewinnen, indem wir jeden Einzelnen zu fassen suchen. Und fassen wir ihn zunächst auch nur an einem Finger, dann gehts ihm wie jenem, der dem Teufel den Finger reicht, wir fassen nach dem Finger die Hand und nach der Hand nehmen wir den ganzen Menschen, so wird er vollständig von uns erobert. Aus einem Gegner wird ein treuer, opferwilliger, fanatischer Anhänger, der seinerseits wieder für neue Proselyten sorgt. (Lebhafter Beifall.) Die Menschen springen nicht, wie Minerva aus dem Haupte Jupiters, geharnischt in der gegebenen Gesellschaft als fix und fertige Sozialdemokraten heraus, sondern sie haben sich erst mit einer Menge von Vorurtheilen, die ihnen von der Gesellschaft und ihren Anwälten in Schule und Kirche eingepaukt sind, ganz gewaltig herumzuschlagen. Andererseits steht wieder fest, daß Unzählige, die heute in die Bewegung kommen, als die Kinder von Sozialdemokraten so zu sagen in die Bewegung hineinwachsen, weil der entsprechende väterliche und mütterliche Einfluß vorhanden ist; zu unserer Zeit gab es aber noch keine sozialdemokratischen Väter und Mütter, diese mußten wir erst werden. (Große Heiterkeit und sehr gut!) Wenn heute in einem Maßstabe, wie wir es vielleicht selbst nicht erwartet haben, die

Partei progressiv nicht nur an Breite, sondern auch an Tiefe zunimmt, dann ist das die Frucht der Entwicklung der letzten 20 Jahre, und nicht blos unser eigenes Verdienst. Wir wissen gar zu gut, daß, was wir gethan haben, nur erreicht werden konnte, weil die ganzen Verhältnisse uns in die Hände arbeiten, und weil die Bourgeoisie, unsere Todfeindin, zugleich auch die Mutter ist, welche in dem modernen Proletariat die Kinder gebiert, die wir zu Sozialdemokraten zu erziehen haben. Auf diesem Wege sind wir geworden, was wir heute sind!

Nun sagt die Opposition, die Partei versumpft, versimpelt, sie setzt das Ziel, die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise, aus den Augen, sie vernachlässigt die prinzipielle Propaganda. Wenn je eine Anklage nach all und jeder Richtung ungerecht war, dann ist es diese. Hoffentlich wird der Geschichtsschreiber für die parlamentarische Thätigkeit der Partei nicht lange auf sich warten lassen; der wird alsdann finden, daß zwar in Bezug auf die Worte wir in früheren Jahren schärfer und schroffer aufgetreten sind als heute, aber daß andererseits in der thatsächlichen Formulirung der Forderungen die Partei von heute über jene von vor 20 Jahren unendlich erhaben ist. Sehen Sie sich doch die Anträge an, die in dieser sogenannten opportunistischen parlamentarischen Thätigkeit im Laufe der Jahre eingebracht wurden. Diese Thätigkeit ist ja fortgesetzt geübt worden; in minderem Maße nur da, wo wir zu wenig Vertreter hatten, und keine selbständigen Anträge stellen konnten, weil wir die Zahl von 15 nicht erreichten. Das ist namentlich in den ersten Jahren oft der Fall gewesen. Aber wie innerhalb der ganzen Bewegung in Deutschland sich das Charakteristikum herausgestellt hat, daß in dem Maße, wie die Bewegung immer mehr wuchs, der Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und den anderen Parteien immer schärfer wurde, bis es dahin kam, daß, wie zuerst in Sachsen, alle anderen Parteien sich zu einem Ordnungsbrei gegen uns vereinigten, so tritt diese selbe Erscheinung heute in steigendem Maße in allen anderen deutschen Ländern ebenfalls hervor. Hat doch schon vor 15 Jahren der radikale Eugen Richter, als es sich hier in Erfurt um den Sozialdemokraten Kapell und den freikonservativen Lucius handelte, telegraphisch die Ordre gegeben: Lieber Lucius als Kapell! Heute treten diese Gegensätze nicht allein in weit höherem Grade als je zuvor in der politischen Bewegung außerhalb des Parlaments hervor, sondern wir sehen die gleiche Erscheinung auch im Deutschen Reichstage. Weshalb sind denn, trotz der veränderten Konstellation der Parteien, eine ganze Reihe politischer Forderungen, welche andere Parteien auf ihrem Programm hatten, heute zurückgestellt worden? Einzig und allein aus Furcht vor der Sozialdemokratie. Die Erkenntniß, daß heute jedes weitere Stück politischer Freiheit in erster Linie der Sozial-

demokratie zu gute kommt, diese Furcht vor der stetig steigenden, wie eine Wasserfluth wachsenden Macht der Sozialdemokratie hat alle anderen Parteien mehr und mehr ins reaktionäre Fahrwasser getrieben, sie veranlaßt sie, Anträge, die sie früher selbst stellten, heute schnöde im Stiche zu lassen. Da begreift sich denn, weshalb die Gegner mit ganz besonderer Vorliebe gerade die Anklagen jener Herren von der Opposition, die bis zur Behauptung, unsere Partei sei eine lächerliche Partei geworden, sich verstiegen, verbreiten und mit Kommentaren versehen unter die Massen werfen. Wahrlich, unsere politischen Gegner müßten bornirt sein, wenn sie das Kampfmaterial, was ihnen jene Seite bot, nicht gründlich ausgenutzt hätten! (Sehr wahr!) Hätte die Opposition bestimmte Anklagen erhoben, z. B. ihr hättet diesen Antrag so und so stellen sollen, ihr hättet diese oder jene Rede viel schärfer halten müssen, dann sind das Sachen, über die sich hätte reden lassen. Ich würde den Tag mit Freuden begrüßen — er wird ja für einige nicht mehr kommen —, wo auch die Herren der Opposition in den Reichstag gelangen; da sollen sie zeigen, was sie können. Sie werden kaum besseres leisten können, als damals, wo sie ihrerseits Kandidaten waren und sich ehrlich bemühten, einen Reichstagssitz zu erobern. Wenn ich bedenke, wie sie damals vor die Wähler getreten sind und die praktische Thätigkeit der Partei und speziell der Fraktion lobten, dann bin ich stark veranlaßt, an der Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit ihrer heutigen Erklärungen zu zweifeln. Zuerst läßt man sich zu Erklärungen vor der Reichstagswahl herbei, die sich von den unsrigen in nichts unterscheiden, die sich ganz innerhalb des Rahmens der auch von uns vor den Wählern vertretenen Forderungen bewegen, man weist hin auf das, was wir, die Arbeitervertreter, für die Arbeiterinteressen gethan — und wenige Monate später diese gänzlich veränderte Stellung! Dieser Widerspruch wurde ja schon in Halle hervorgehoben. Ich muß nun hier zur Aufklärung dieses Widerspruchs auf eine Thatsache aufmerksam machen. Im Laufe des vorigen Sommers hatten Werner und Singer eine Unterhaltung; es war noch unter dem Sozialistengesetz, die Fraktion hatte damals die Parteileitung. Da sagte Werner: Nehmen Sie mal an, ich habe bei der Wahl 22000 Stimmen bekommen, andere, die im Reichstage sitzen, haben 7000 Stimmen bekommen; diese haben was zu sagen, und ich habe nichts zu sagen. (Große Heiterkeit.) Damit ist der heutige Standpunkt jener Herren charakterisirt: sie wollten auch was zu sagen haben. Es wäre freilich ein Kunststück, festzustellen, wie eine Einrichtung getroffen werden könnte, daß auch Diejenigen, die so und so viel tausend Stimmen hatten, aber nicht gewählt wurden, ihrerseits an den Verhandlungen der Fraktion und Parteileitung Theil nehmen könnten. Indem man sich über den Durchfall ärgerte, ist man dann immer weiter gegangen und

hat jede Handlung unter diesem Gesichtswinkel betrachtet und schließlich sich dermaßen in Feindschaft hineingeredet, daß man alles und jedes absprechend kritisirte und dabei weit über das Ziel hinausschoß. Ich habe nichts gegen das Kritisiren; es soll mir einer sagen, ob ein Mensch in der Fraktion ist, der sich sein Recht, seine Meinung frei zu äußern und Anderen auch einmal den Kopf zu waschen, weniger streitig machen läßt als ich. Das Recht, auch einen oppositionellen Standpunkt zu vertreten bis aufs Aeußerste, lasse ich mir zu allerletzt nehmen und nervös, wie wir Alle sind, gerathen wir denn auch manchmal so aneinander, wie es nur bei nervösen Menschen denkbar ist. Das thut aber der Freundschaft keinen Eintrag. Wird der Eine überstimmt, dann macht er kein trübes Gesicht, sondern thut sein Möglichstes, um die Beschlüsse der Majorität im Reichstage zu vertreten. (Sehr gut! Lebhafter Beifall.) Das wäre eine schöne Partei, wo die Minorität der Majorität sich nicht fügen wollte, wo die Nichteinverstandenen das Recht hätten, fortgesetzt an den Beschlüssen und ihrer Ausführung zu nörgeln, die Partei zu erregen und Spaltung zu verursachen!

Ein von mir gegen die Opposition ausgesprochener Satz ist mir ganz besonders schwer angerechnet worden. Im Feenpalast soll ich gesagt haben, die Herren würden Gelegenheit bekommen, eine neue Partei zu gründen. Wie so oft, wird auch hier etwas ganz anderes zitirt, als was ich gesagt habe. Nach dem Bericht des „Vorwärts“ habe ich gesagt und hier ist der Bericht korrekt:

„Die ewige Nörgelei und das ewige Unruhestiften in der Partei, womit man nach Außen den Glauben erweckt, als sei die Partei gespalten, das müsse endlich aufhören und ich würde auf dem nächsten Parteitag dafür Sorge tragen, daß endlich klare Bahn zwischen der Partei und der Opposition geschaffen werde und daß, *wenn die Opposition mit der Haltung und Taktik der Partei sich nicht versöhnen könne, sie Gelegenheit bekomme, eine eigene Partei zu gründen*. So wie jetzt gingen die Dinge nicht mehr weiter, dem jetzt bestehenden Zustand müsse so oder so ein Ende gemacht werden.“

Ich habe also ausdrücklich erklärt: Ist diese Verständigung nicht möglich zwischen uns, bleibt ihr auf eurem Standpunkt, meint ihr, er sei der richtige und wollt ihr euch der Mehrheit nicht fügen, dann habt ihr eine eigene Partei zu bilden. Nun kam noch etwas anderes hinzu. Als ich jene Erklärung abgab, war mir von Vertrauensmännern die Mittheilung zugegangen, daß eine anarchistelnde Richtung bestehe; ein Theil der Vertrauensmänner in einem Wahlkreis hatte seine Stellung mißbraucht, um unter sich und einigen gleichgesinnten Genossen den Beschluß zu fassen, daß diejenigen Gelder und Mittel, die aus dem Erlöse verkaufter Schriften stammten, gesammelt und für einen Kampffonds verwendet werden

sollten. Das geschah, ohne daß die Parteigenossen, welche die Gelder steuerten, etwas davon wußten. Es war eine kleine Clique, welche diesen skandalösen Beschluß faßte, und da sagte ich mir, wenn es soweit gekommen ist, daß diese Leute ihre Vertrauensstellung in der Partei so gewissenlos mißbrauchen, dann hört jedes Kompromiß und jedes Zusammengehen auf, das kann sich die Partei ganz unmöglich gefallen lassen. (Sehr wahr!) Diesen Beschluß kannte ich, bevor jene Versammlung im Feenpalast stattfand, und weil ich Jenen erklärt hatte, sorgt dafür, daß der Beschluß zurückgenommen wird, und das aber nicht geschah, habe ich mich so wie mitgetheilt geäußert. Sind die Herren Anarchisten, wie es nach jenem Beschlusse scheinen muß, wonach sie das Geld haben wollten für den Fall, daß Jemand von ihnen wegen Verbreitung der „Autonomie" gefaßt und bestraft wird, so bleibt nichts anderes übrig, als mit ihnen zu brechen. Für mich ist der Anarchist kein Schreckgespenst, mich überläuft vor ihnen keine Gänsehaut; sind sie Anarchisten, gut, dann mögen sie es sein, aber dann gehören sie nicht mehr in die Partei. (Zustimmung.) Der Parteitag in Halle hat mit allen gegen eine Stimme die parlamentarische Thätigkeit und die Taktik der Fraktion gutgeheißen, und es waren dort über 400 Delegirte anwesend. Wenn heute gegen die Thätigkeit der Fraktion opponirt wird, so wäre das nach den in St. Gallen und Halle gefaßten Beschlüssen nur insofern gerechtfertigt, als die Fraktion oder einzelne ihrer Mitglieder gegen jene Beschlüsse handelten. Thaten sie das nicht, dann kann sie auch kein Vorwurf treffen.

Ich gehe jetzt auf das Berliner Flugblatt ein, in welchem die Opposition diejenigen Anschauungen niedergelegt hat, nach welchen die gegenwärtige Taktik der Partei nicht nur als falsch, sondern als parteischädigend anzusehen sein soll. Inwieweit Einzelnes im Arbeiterschutzgesetzentwurf angegriffen werden kann, lasse ich dahingestellt; aber eins steht fest, in dem ganzen Entwurf ist keine Forderung, die als Verstoß gegen die Parteiprinzipien und Parteiforderungen angesehen werden könnte. Insbesondere fordere ich die Herren auf, später nachzuweisen, wo irgend in unseren Anträgen und Reden der Hoffnung Ausdruck gegeben ist, als könnten wir von der bürgerlichen Gesellschaft uns befriedigende Konzessionen erringen; ferner nachzuweisen, daß wir zu einer Reformpartei kleinbürgerlicher Richtung herabgesunken sind. Soweit überhaupt die Stellung zum Kleinbürgerthum erörtert worden ist, bei den Innungsanträgen z. B., ist stets in klaren, präzisen Worten von uns erklärt worden: Was ihr da fordert ist Thorheit oder Schwindel; es ist nicht daran zu denken, daß ihr damit dem Kleinbürgerthum helfen könnt, dem ist unter dem Drucke der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt nicht zu helfen, weil diese

es mit Nothwendigkeit ruinirt. Dieser unser Standpunkt ist stets unzweideutig zur Geltung gebracht und das hat uns noch in den letzten Tagen bei den Wahlen in Sachsen den Vorwurf eingetragen, die Sozialdemokratie wolle dem Kleinbürgerthum nicht helfen, sie könne ihm nicht helfen, sie sage selbst, es sei verloren, es müsse zu Grunde gehen. Wir haben ferner jederzeit betont, wenn die Kleinbürger vernünftig sein wollten oder könnten, müßten sie sich uns anschließen; auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung giebt es kein Heil, keine Erlösung für sie; das einzige Heil für sie wie für den Arbeiter liegt in der sozialistischen Produktionsordnung. Dieser Grundton geht durch alle Reden und Schriften, und die erhobene Beschuldigung ist Verleumdung. Ein weiterer Vorwurf geht dahin, es geschehe in der Partei alles, um einen Ausgleich zwischen Proletarier und Bourgeois herbeizuführen. Etwas Unverschämteres ist mir nie vorgekommen! (Allseitige Zustimmung.) Unter 35 Abgeordneten giebt es Redner sehr verschiedener Qualität und von verschiedenem Temperament, das ist selbstverständlich. Es sind nicht alle gleich gute Redner, nicht Jeder versteht mit Schärfe und Gründlichkeit die einzelnen Fragen zu behandeln. Ich bin auch der Letzte, der die Fraktion als die Crème der Partei, die destillirte Intelligenz, das Non plus ultra ansieht. Ich habe im Gegentheil oft gesagt, es giebt viele Elemente in der Partei, die weit intelligenter sind als gar viele unter uns, die aber auf Grund ihrer sozialen Lage nicht die Möglichkeit besitzen, eine öffentliche Stellung in der Partei zu bekleiden. Wie der Zufall bei den Wahlen entscheidet, das wissen wir: Werner z. B. kracht mit 22000 Stimmen durch, ein Anderer wird mit 7000 Stimmen gewählt. Aber was können wir dafür, daß das so ist? Ich fordere die Vertheidiger des Flugblattes auf, nachzuweisen, wo auch nur ein Redner Dinge gesagt hat, wonach Behauptungen, wie sie das Flugblatt enthält, gerechtfertigt sind. Diese ganze Kampfesweise ist nicht blos eine parteischädigende, sondern für Jeden, der die Dinge objektiv betrachtet, eine unehrliche. Wenn es weiter in dem Flugblatt heißt, es sei **Betrug**, indem man die Genossen glauben zu machen versuche, daß mittelst des Parlamentarismus innerhalb der heutigen Gesellschaft eine Sozialisirung möglich sei, so fordere ich auf zu sagen, wer das gesagt hat. Wäre das im Reichstage gesagt worden, ich würde es als Unsinn erklären, aber nicht sagen, wie die Opposition, es sei Betrug. Werfe ich Jemand Betrug vor, so behaupte ich, der Mann schwindelt, lügt, sagt, was er nicht glaubt, weiß, daß das Behauptete unmöglich ist; spreche ich dagegen von Unsinn, dann nehme ich immer noch den guten Glauben an, der versteht's nicht besser, er hat eine beschränkte Auffassung. „Unsinn, das hätte ich mir gefallen lassen, aber auch dann bliebe nachzuweisen, wer solchen Unsinn gepredigt hat. Weiter heißt es

da, die Gesetzentwürfe seien jämmerliche, die Reichstagsreden kläglich. Es kann ja sein, daß Wildberger und Werner bessere Reden gehalten hätten, als zeitweilig gehalten wurden; aber daß sie gerade im Stande wären, so besonders gute und prinzipielle Reden zu halten, daran lassen mich ihre hier gehörten Leistungen doch sehr zweifeln. Es ist allerhöchstens Mittelgut, mehr nicht. (Heiterkeit.) Was speziell Werner in dieser Beziehung bisher geleistet hat, dafür rufe ich das Zeugniß des Parteitages in Halle an, der hat ihm einen Befähigungsnachweis ausgestellt, daß er alle Ursache hätte, sich still bei Seite zu drücken und erst mal fleißig zu lernen. (Große Heiterkeit und Beifall.) Endlich heißt es: Die neue Taktik ist ein Kompromiß mit der Masse auf Kosten des Prinzips. Nicht eine Handlung, nicht einen Antrag können Sie uns nachweisen, woraus hervorginge, daß ein Kompromiß zum Schaden des Prinzips geschlossen wäre. Wir haben uns genau an das gehalten, was die 25-jährige Thätigkeit der Partei und die Beschlüsse der Parteitage uns vorgeschrieben haben und was die Gesammtpartei in ihrer großen Mehrheit fortgesetzt gebilligt hat. Wenn wir eine Taktik im Sinne jener Herren verfolgt hätten, würden wir direkt gegen diese Beschlüsse gehandelt haben. Wer bestimmt denn die Taktik? Wenn wir die Opposition hören, ist es die Fraktion, jetzt der Parteivorstand. Das ist aber nicht wahr. Die Fraktion muß die Taktik befolgen, welche der Parteitag billigt; es fragt sich also nur, ob sie dagegen verstoßen hat. Die Resolution, die noch zuletzt hierüber in Halle gefaßt wurde, lautet:

> Der Parteitag erklärt, daß die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion sowohl den Beschlüssen des St. Gallener Parteitages entsprach, als auch die aus der Aenderung der politischen Parteigruppirung für die deutsche Sozialdemokratie erwachsenen Verpflichtungen völlig erfüllt hat.
>
> Der Parteitag fordert die Fraktion deshalb auf, wie bisher die prinzipiellen Forderungen der Sozialdemokratie gegenüber den bürgerlichen Parteien und dem Klassenstaat rücksichtslos zu vertreten; ebenso aber auch die auf dem Boden der heutigen Gesellschaft möglichen und im Interesse der Arbeiterklasse nöthigen Reformen zu erstreben, ohne über die Bedeutung und Tragweite dieser positiven gesetzgeberischen Thätigkeit für die Klassenlage der Arbeiter in politischer wie ökonomischer Hinsicht Zweifel zu lassen oder Illusionen zu erwecken.

Daß wir gegen diesen Beschluß gehandelt, das nachzuweisen ist Ihre Aufgabe, meine Herren von der Opposition; wäre es so, dann hätten Sie Ursache zu Ihrem Verhalten. Glauben Sie, die Taktik müsse eine andere werden, so hat Jeder von Ihnen das Recht, eine solche Meinung zu haben. Ebenso wie Vollmar gemeint hat, die Taktik der Partei müsse sich mehr auf bestimmte positive

Forderungen konzentriren und die übrigen Forderungen müßten auf künftige bessere Tage zurückgestellt werden, eine Ansicht, die ich auf das Entschiedenste bekämpfe. Aber wie Vollmar diese Meinung haben kann, können Andere meinen, die bisherige Taktik der Partei müsse aggressiver sein. Hätten die Herren von der Opposition z. B. gesagt: die Fraktion hat das und das gethan, und das ist nach unserer Meinung nicht richtig, dann wäre zu diskutiren gewesen, aber bei der Art, mit der Sie Ihre Angriffe mit Verleumdungen und Verdächtigungen spickten, war eine Diskussion unmöglich. Nun sagen die Herren, der revolutionäre Standpunkt hätte mehr, als es in den Reden der Abgeordneten geschehen, zur Geltung kommen müssen. Wir haben aber gehört, daß sie selbst in der Frage der parlamentarischen Taktik nicht einig sind. Ihr gemeinsamer Boden ist nur die Verdächtigung und Beschimpfung der Parteileitung (lebhafte Zustimmung); in allen Positionen sind sie unter einander verschiedener Meinung. Die zwei Personen, die nach ihren geistigen Fähigkeiten als Leiter der Opposition angesehen werden könnten, Wildberger und Richard Baginski, gehen in der Frage, welche Taktik die Partei in Bezug auf die parlamentarische Thätigkeit zu üben habe, *grundsätzlich* auseinander. Wildberger ist nicht gegen die parlamentarische Bethätigung an sich, er meint nur, man müsse schärfer als bisher vorgehen, Baginski dagegen sagt, wir sollen zwar Abgeordnete in den Reichstag wählen, aber sie sollen dort keine Anträge stellen, sondern immer nur protestiren und negiren und erklären, Ihr, die Ihr dort im Reichstage sitzet, seid eine erbärmliche, elende Gesellschaft, mit der nichts anzufangen ist, wir werden suchen, Euch in unsere Gewalt zu bekommen, und dann geht es Euch schlecht. Wildberger sagt, wir dürfen den revolutionären Standpunkt nicht verleugnen, wir müssen stets betonen, daß der Parlamentarismus nicht der Boden ist, auf dem wir unser Ziel erreichen. Nun und das letzte Mittel? Es wird uns im Reichstag immer vorgehalten, Ihr wollt nur die brutale, rücksichtsloseste Gewalt und den Umsturz. Sollen wir das zugeben? Man könnte das, ohne strafrechtlich verfolgt zu werden, im Reichstage thun, aber was würde daraus folgen? Die moralische Verantwortung für dieses kopflose Vorgehen hätten wir außerhalb des Reichstags zu tragen und sie bekäme uns schlecht. Daß die Gegner dann folgerten, daß sie nur auf den Barrikaden, auf dem Schlachtfelde mit uns zu kämpfen hätten und um dies zu vermeiden, uns ganz anders behandeln müßten, ist doch selbstverständlich. Man könnte wirklich den Gegnern keinen größeren Gefallen thun, als in solchem Style zu reden (sehr richtig), dann wäre das herbeigeführt, was die Gegner wünschen. Sie sind unglücklich, daß sie uns rein ohnmächtig gegenüberstehen, Alles, was sie gegen uns thun, prallt an unserer Ruhe und Kaltblütigkeit wie an einem Panzer ab.

Nicht eine ihrer Waffen konnte bisher eine ernsthafte Verwundung uns zufügen. Den Einzelnen können sie sehr schädigen, vielleicht tödten, was liegt daran? Es treten zehn, zwanzig Andere an seine Stelle. So war es vor dem Sozialistengesetz und so war es unter dem Sozialistengesetz, und so wird es auch nach dem Sozialistengesetz bleiben, so lange wir mit dem heutigen Staat und der heutigen Gesellschaft zu kämpfen haben. Wenn wir bei jeder Gelegenheit das sagten, was die Opposition verlangt, dann wäre die Provokation da, und da kämen wir um den gewaltsamen Kampf nicht herum. Oder glauben Sie, gesetzt, die Partei erklärte sich mit einer solchen Taktik einverstanden, daß diejenigen, die dies billigten, es sich auf die Dauer gefallen ließen, daß es bei bloßen Worten bliebe? Da irren Sie sich sehr; wir wären zum offenen Kampfe gezwungen! Was aber im Zeitalter der Repetirgewehre und der Maximgeschütze in einer Revolution, die höchstens ein paar Hunderttausend Köpfe machten, geschehen würde, das habe ich schon neulich in Dresden ausgesprochen: wir würden wie die Spatzen jämmerlich zusammengeschossen. (Zustimmung.) Wer heute noch Angesichts der kolossalen Fortschritte nicht nur auf militärischem, sondern auch auf politischem und insbesondere auf ökonomischem Gebiet glaubt, wir Sozialdemokraten möchten mit den Mitteln der bürgerlichen Partei, wie z. B. mit dem Barrikadenbau, zum Ziele kommen, der irrt sich gewaltig, der verkennt total die Natur der Zustände, in denen wir uns befinden. (Sehr richtig!) Genau so, wie die Grundstellung, die wir dem Staat und der Gesellschaft gegenüber einnehmen, eine total verschiedene ist von derjenigen aller früheren Klassen und Parteien, so sind wir auch in der Erringung des letzten Ziels auf ganz neue Wege und neue Mittel angewiesen, das ist meine felsenfeste Ueberzeugung. Ich glaube, wir haben die größte Ursache, mit dem Gange der Dinge zufrieden zu sein. Nur diejenigen, welche das Ganze nicht zu überschauen vermögen, können anderer Meinung sein. Die bürgerliche Gesellschaft arbeitet so kräftig auf ihren eigenen Untergang los, daß wir nur den Moment abzuwarten brauchen, in dem wir die ihren Händen entfallende Gewalt aufzunehmen haben. (Zustimmung.) Und wie in Deutschland, so nehmen in ganz Europa die Dinge eine Gestaltung an, daß wir auch hier alle Ursache haben, uns darüber zu freuen. Ja, ich bin überzeugt, die Verwirklichung unserer letzten Ziele ist so nahe, daß Wenige in diesem Saale sind, die diese Tage nicht erleben werden. (Bewegung.) Und in einem solchen Gang der Entwicklung (zur Opposition) Ihre Art der Taktik zu billigen, das hieße die Partei zu Grunde richten und verderben.

Dies in Bezug auf die Herren von „links". Ich komme nun zu Vollmar. Es kommt mir nicht bei, den Streit hier anzufachen,

welche von den Zeitungsberichten über die Reden Vollmar's in München seine Ausführungen richtig wiedergeben haben. Ich halte mich an das, was er uns als den Inhalt seiner Reden in Broschürenform vorgelegt und mit seinem Namen versehen hat.

Vollmar sieht eine wesentliche Besserung in den gegenwärtigen politischen Verhältnissen, er glaubt, daß ein „neuer Kurs“ eingeschlagen worden sei. Die Großindustriellen und Agrarier müßten sich einrichten, so meint er, von ihren maßlosen Forderungen abzulassen; die Regierung habe sich auf den Boden der Arbeiterschutzgesetzgebung gestellt, wir sollten den Weg der Verhandlungen betreten und suchen, auf Grundlage der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung wirthschaftliche und politische Verbesserungen zu erreichen. „Dem guten Willen die offene Hand!“ Unkenntnisse und Vorurtheile machten nicht wenige gute Menschen zu Gegnern unserer Bestrebungen, wir müßten Selbstkritik und Selbstbeschränkung üben, uns in der praktischen, politischen Bewegung nicht allzuviel mit der Vergangenheit befassen u. s. w. Der eigentliche Inhalt dieser Reden läßt sich, wie ich in der „Neuen Zeit“ bereits ausgesprochen habe, in den Satz zusammenfassen: Nur immer langsam voran! — Vollmar betont allerdings die Nothwendigkeit der Entwicklung, aber er mahnt in bedenklicher Weise, mit dem Bestehenden zu rechnen und nur langsam vorzugehen. Die zweite Rede enthält nur den Kommentar zur ersten Rede, veranlaßt durch die Angriffe, welche gegen die erste Rede gerichtet wurden. Es gelte, heißt es hier weiter, die Kräfte auf die jeweils nächsten und dringendsten Dinge zu konzentriren, das Allernächste mit allem Nachdruck betonen. Des eigentlichen Ziels unserer Bewegung wird in beiden Reden nur nebenher gedacht. Vollmar hat seine Forderungen also formulirt: 1. Weiterführung des Arbeiterschutzes; 2. Erringung eines wirklichen Vereinigungsrechts; 3. Enthaltung jeder staatlichen Einmengung zu Gunsten des einen Theils; 4. Gesetzgebung über die industriellen „Ringe“; 5. Beseitigung der Lebensmittelzölle. Vollmars Reden gehen also darauf hinaus: „Wir haben selbstverständlich die Ziele des Programms auch fernerweit im Auge zu behalten, aber wir haben uns viel weniger mit dem Zukünftigen und dem was zukünftig werden soll zu beschäftigen, als mit dem, was er für das Nothwendigste und Nächste hält.“ Da muß ich nun erklären, wenn die Partei die Taktik Vollmars befolgte und ihre ganze Agitation zunächst auf die Erkämpfung dieser 5 Punkte konzentrire mit vorläufiger Beiseitesetzung unserer eigentlichen Ziele, dieses ein Kampf wäre, der nach meiner Ueberzeugung mit Nothwendigkeit zur Versumpfung der Partei führen müßte. Das bedeutete ein vollständiges Abziehen von unserem eigentlichen Ziel. Wir handelten also gerade umgekehrt, wie wir handeln müßten und bisher gehandelt haben. Wir kämpften bisher

um alles, was wir vom heutigen Staate erreichen können, aber was wir immer erringen — das ist stets betont worden — ist nur eine kleine Konzession und ändert an dem wahren Zustande der Dinge absolut nichts. Wir haben das Ganze im Auge zu behalten und jede neue Konzession hat für uns nur die Bedeutung und den Zweck, daß wir den Kampfboden, auf dem wir stehen, uns besser herrichten, um uns vertheidigungsfähiger zu machen. Wenn unsere Armee — die Partei — einer anderen Armee — den gesammten Gegnern — gegenübersteht, von der ich mir sagen muß, daß sie zunächst noch in jeder Beziehung die mächtigere ist, wäre es selbstverständlich eine Thorheit, mit dieser Armee einen Entscheidungskampf aufzunehmen. Ich muß also alles thun, was mir meine Kampfstellung nach Möglichkeit verbessert und damit den endlichen Sieg sichert. Jeden fußbreit Boden, den ich in einem solchen Kampfe erringe, jeden Vortheil, den ich mir erwerben kann, muß ich zu erringen suchen, um mich für den letzten Schlag um so kräftiger zu machen. Grade weil wir das ganze und letzte Ziel bei unserer Agitation auf politischem, wirthschaftlichem und parlamentarischem Gebiet zu erreichen suchen, darum sagen unsere Gegner, Ihr wollt nur Konzessionen, damit Ihr uns um so besser bekämpfen könnt, und darum geben wir Euch diese Konzessionen nicht. Für uns aber handelt es sich darum, daß wir den Massen zeigen, wie ihnen die Gegner auf ihrem eigenen Boden die elementarsten und gerechtfertigsten Forderungen verweigern. Diese Aufklärung der Massen über unsere Gegner ist die Hauptaufgabe für unsere parlamentarische Thätigkeit und nicht die Frage, ob zunächst eine Forderung erreicht wird oder nicht. Von diesen Gesichtspunkten aus haben wir unsere Anträge stets gestellt. Ist doch von den Dutzenden von Anträgen, die wir in den letzten Legislaturperioden gestellt haben, nur ein einziger angenommen worden, und zwar nur derjenige, den die Gegner konsequenter Weise annehmen mußten, wenn sie sich nicht selbst ins Gesicht schlagen wollten. Und unsere Thätigkeit in diesen Dingen hat in den weitesten Kreisen der Arbeiter, wie zahlreiche Zuschriften beweisen, die allergünstigste Beurtheilung gefunden. Wir haben also stets den Standpunkt vertreten, es handelt sich zunächst nicht darum, ob wir dies und jenes erreichen; für uns ist die Hauptsache, daß wir gewisse Forderungen stellen, die keine andere Partei stellen kann. Wir vertreten die Interessen der Arbeiterklasse im Gegensatz zu den Interessen aller anderen Klassen, und dabei können wir uns unter keinen Umständen auf ein Paktiren einlassen, wie es Vollmar in seiner ersten und noch mehr in seiner zweiten Münchener Rede befürwortet. Er sagt z. B. in seiner zweiten Rede, seitdem der Reichstag zusammengetreten, seien bedeutende Veränderungen in Deutschland vor sich gegangen, es seien neue Männer an die Spitze

getreten und eine nicht geringe Zahl von Umgestaltungen sei erfolgt. Er verweist ferner auf die Errungenschaften, die von der Zeit der Errichtung des ersten Fabrikinspektorats bis zur neuesten Gewerbeordnungs-Novelle gemacht wurden.

Er spricht von einer allmähligen, fortgesetzten Verbesserung des Arbeiterlooses, für das Erhebliches geschehen sei. „Ernste Männer verfolgen Ideale, aber sie vergegenwärtigen sich auch den langen Weg, der zu ihnen führt und die zahllosen Hindernisse, die zu übersteigen sind u. s. w." Das sind Anschauungen, die ich auf das Entschiedenste bekämpfe. Es ist grundfalsch, daß ein Führer von uns auftritt und fortgesetzt der Partei sagt, Kinder, es ist ein unendlich langer Weg, den wir zu gehen haben, auf dem ungezählte Hindernisse sind, also seid hübsch bescheiden, geht nicht zu rasch, und so werden wir allmählig, wenn auch sehr langsam, zum Ziele kommen. Das ist eine falsche und verkehrte Taktik, bei der alle Begeisterung erlahmt und Anschauungen über die Bedeutung kleiner Konzessionen verbreitet werden, die mit dem Wesen unserer Partei und ihren Zielen unvereinbar sind. Es wird dabei nicht allein der kolossale Fortschritt der Geister auf unserer Seite, sondern auch der in anderer Art vollzogene Fortschritt auf Seiten unserer Gegner, ignorirt. Unser Standpunkt ist schroffer, klarer, prinzipieller geworden in dem Maße, wie die ganze Partei sich mehr und mehr entwickelt hat, und wie wir uns mehr nach vorwärts, so haben sich unsere Gegner immer mehr nach rückwärts entwickelt. Kein einziger denkfähiger Gegner wagt heute mehr zu sagen, daß die bürgerliche Gesellschaft die Forderungen der Arbeiter befriedigen könnte. Das haben vor wenigen Jahren noch viele unserer Gegner geglaubt, heute glaubt es Niemand mehr. Die Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse, die fortgesetzten Kriegsrüstungen, wo sich jeder sagen muß, kommt der Krieg nicht heute oder morgen, so kommt er übermorgen sicher, und die Gewißheit, daß alle diese Dinge zum Verderben der heutigen Gesellschaft ausschlagen, das Alles hat herbeigeführt, daß keiner mehr leugnet, wir treiben einer Katastrophe zu. Man hütet sich selbstverständlich zu sagen, die Sozialdemokratie hat Recht, aber kein Gegner glaubt mehr, daß sie Unrecht habe. Das ist der ungeheure Gewinn, daß die Gegner den Glauben an sich selbst verloren haben. (Lebhaftes Bravo!) Und bei einer solchen Lage der Dinge sollen wir uns auf den Vollmar'schen Standpunkt stellen und ganz entgegengesetzt sagen: Kinder, marschirt langsam, seid bescheiden. Als ob wir je einmal unbescheiden gewesen wären! (Heiterkeit.) Mit einer Hinhaltungspolitik, wie die Vollmar'sche, kann ich unter keinen Umständen mich einverstanden erklären. Und nun, Parteigenossen, was in aller Welt hat sich denn in Deutschland seit 2 Jahren eigentlich verändert? Bismarck ist weg, gewiß wir freuen uns Alle darüber,

aber Caprivi ist da, und macht er es im Großen und Ganzen besser wie Bismarck? (Rufe: Nein!) Der Mann, der im letzten Reichstage erklärte, wir wissen ganz genau, daß wir mit Euch Sozialdemokraten nicht anders fertig werden, als mit Flinten und Kanonen, — nun er hat offen seine Meinung gesagt, und das freut uns —, aber Vertrauen ihm entgegenzubringen, dazu haben wir wahrhaftig keine Ursache. Und dann die Haltung der Regierung in der Agrarfrage. Haben wir da vielleicht Ursache, sie besonders günstig zu betrachten? Was wäre aber gewonnen, wenn selbst ein Systemwechsel zwischen liberal und konservativ einträte, was hätten wir bei der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung davon so Großes zu erwarten? Wenn schließlich die Regierung, im Gegensatz zu dem Bismarck'schen Regiment, dazu gekommen ist, neben dem Kranken-, Unfall- und Invaliditätsgesetz auch ein wenig in Arbeiterschutzgesetzgebung zu machen, ei, hat das die Regierung gethan, um der Sozialdemokratie Wasser auf die Mühle zu liefern? Nein, sondern einzig und allein, um der sozialdemokratischen Mühle das Wasser abzugraben. (Sehr richtig!) Darüber wollen wir uns doch nicht täuschen. Mögen die Leute da oben ein noch so „gutes Herz" haben — ich glaube z. B. an das „gute Herz" des Herrn v. Berlepsch — aber unsere Freunde sind sie nicht, und alles was sie thun, thun sie, um uns zu schwächen. Wenn sie uns stärken, indem sie die eine oder andere unserer Forderungen erfüllen, so geschieht dies gegen ihren Willen. Die Sachen liegen heute so, daß, was immer unsere Gegner thun, ob sie uns bekämpfen, oder ob sie uns zustimmen, unter allen Umständen besorgen sie unsere Arbeit, besorgen sie wider ihren Willen unsere Geschäfte. Aber dafür sind wir ihnen weder Dank noch Vertrauen schuldig. Wenn im nächsten Februar die Kornzölle von 50 auf 35 Mark ermäßigt werden, so macht man diese kleine Konzession nicht uns, sondern man macht sie, weil der Handelsvertrag mit Oesterreich eine Lebensnothwendigkeit für die Bourgeoisie ist. Es ist eine Konzession, die man mit schwerem Herzen bewilligt. Und wenn man heute die Einfuhr von amerikanischem Speck und Schinken wieder gestattet, wer glaubt denn, daß man dieses den Sozialdemokraten oder der Arbeiterklasse zu Liebe gethan hat? Man that es einestheils, um uns einen Agitationsstoff zu nehmen und anderentheils hauptsächlich, weil durch die Mac Kinley-Bill dem nordamerikanischen Präsidenten die Macht gegeben ist, die deutsche Industrie durch Retorsionsmaßregeln auf zollpolitischem Gebiet bedeutend zu schädigen. Glaubte man oben mit der Annahme eines Gesetzes, wie unser Arbeiterschutzgesetz-Entwurf, die Sozialdemokratie todtmachen zu können, man würde ihn morgen bis auf den letzten Buchstaben annehmen. (Sehr wahr!) Täuschen wir uns also selbst nicht über die Motive, die unsere Gegner zu ihren Handlungen bestimmen. Machen sie

uns eine Konzession, so acceptiren wir sie, aber sagen nicht einmal danke schön, sondern betrachten sie als selbstverständlich und als kleine Abschlagszahlung. (Sehr richtig!) Wir haben also keine Ursache, unseren Gegnern zu Liebe von unserer bisherigen Taktik abzuweichen.

Aus allen diesen Gründen habe ich Ihnen meine Resolution vorgeschlagen. Um der Ansicht der Opposition, daß wenn die Partei Beschlüsse faßt, jeder Einzelne, der mit denselben nicht einverstanden ist, beliebig gegen sie Front machen darf und sie nicht zu beachten braucht, einen Riegel vorzuschieben, habe ich im drittletzten Absatz der Resolution ausgesprochen:

„Der Parteitag verlangt ferner von jedem einzelnen Genossen, daß er den Beschlüssen der Gesammtpartei und den Anordnungen der Parteiorgane, so lange diese innerhalb der ihnen zugewiesenen Befugnisse handeln, volle Beachtung schenkt und in der Erkenntniß, daß eine Kampfpartei wie die sozialdemokratische, nur in strengster Disziplin und Unterwerfung unter den Willen der Gesammtpartei ihr Ziel erreichen kann, diese Disziplin und diese Unterwerfung übt."

Es ist schlimm, daß wir überhaupt solche selbstverständliche Beschlüsse fassen müssen. Aber nach der Haltung jener Herren müssen wir sie fassen, nicht blos für sie, sondern für Jeden, der künftig Miene macht, gegen die Parteibeschlüsse und die Parteitaktik handeln zu wollen. Im Weiteren habe ich vorgeschlagen, obgleich das eigentlich nicht streng mit der Parteitaktik zusammenhängt und ebenfalls selbstverständlich ist — die Herren von der Opposition haben aber behauptet, wir unterdrückten die freie Meinung, wir wollten nicht zulassen, daß andere Meinungen auftauchten, eine Anschauung, die auch von der gegnerischen Presse verbreitet wird. —

„Der Parteitag erklärt ausdrücklich, daß die Kritik an den Handlungen oder Unterlassungen der Parteiorgane und der parlamentarischen Vertreter der Partei ein einem jeden Parteigenossen zustehendes selbstverständliches Recht ist, er verlangt aber, daß diese Kritik in Formen geübt werde, die eine sachliche Auseinandersetzung dem angegriffenen Theil ermöglichen."

Schließlich schlage ich vor zu beschließen:

„Endlich ist der Parteitag der Anschauung, daß der in den Statuten der internationalen Arbeiterassoziation von 1864 ausgesprochene Grundsatz: „Daß Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage für das Betragen aller ihrer Mitglieder untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntniß oder Nationalität anzuerkennen sei", auch heute noch die Richtschnur für die Handlungen der Parteigenossen sein muß."

Daß wir im Jahre 1891, 27 Jahre nach der Gründung der internationalen Arbeiterassoziation genöthigt sind, eine Richtschnur

auszusprechen für das Verhalten der Genossen unter sich, ist kein günstiges Zeugniß für den gegenwärtigen Zustand in unserer Partei. Als ehrlicher Mann soll ich dem Gegner gegenüber immer nur das sagen, was ich ehrlicher Weise vertreten kann, wie vielmehr ist ein solches Verfahren den Genossen gegenüber Pflicht. Parteigenossen! Ich bitte Sie, nehmen Sie diese Resolution einmüthig an, damit die Ehre und das Interesse der Partei künftig nach allen Richtungen hin gewahrt werde! (Stürmischer Beifall.)

Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit — es ist 6½ Uhr — vertagt der Parteitag die weitere Berathung auf Sonnabend Vormittag 9 Uhr.

Von Dr. Schönlank ist der Antrag eingegangen, daß fernerhin der Zeitersparniß halber der Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraktion, gleich dem Berichte des Parteivorstandes, dem Parteitag gedruckt vorgelegt werde. Dieser Antrag wird mit zur Diskussion gestellt.

Weiter beantragt Riesop, der Parteitag wolle beschließen, den Vortrag des Abg. Bebel über die Taktik der Partei dem Druck zu übergeben und denselben in Broschürenform zum Selbstkostenpreis an die Partei abzugeben.

Vorsitzender Singer: Ich meine, daß dieser Antrag durch das sehr ausführliche Protokoll, welches wir herauszugeben gewohnt sind, wahrscheinlich nicht mehr nothwendig werden wird. Außerdem müßten ja dann auch die entgegenstehenden Ansichten abgedruckt werden.

Der Antrag wird genügend unterstützt und wird an der gehörigen Stelle zur Verhandlung kommen.

Der Vorsitzende theilt endlich mit, daß eine Depesche eingelaufen ist, wonach die Revision, welche in Sachen des Genossen Max Baginski wegen der hohen Strafurtheile, die über ihn gefällt sind, eingelegt ist, von theilweisem Erfolg begleitet gewesen ist. (Bravo!) Nähere Nachrichten darüber liegen noch nicht vor.

Schluß 7 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Sonnabend, den 17. Oktober.

Vormittagssitzung.

9 Uhr. Den Vorsitz führt Kloß.

Von Friedrich Engels-London ist ein Schreiben eingegangen, worin er den Verhandlungen des Parteitages besten Erfolg wünscht und seiner Sympathie mit den Bestrebungen der deutschen Sozialdemokratie Ausdruck giebt.

Dr. **Adler**, welcher beauftragt war, im Namen der Wiener Genossen den Verhandlungen beizuwohnen, theilt mit, daß er wegen dringender Familienangelegenheiten sowie durch Parteiangelegenheiten verhindert worden sei, diesem Auftrage nachzukommen. Er sendet dem Parteitage seine besten Grüße.

Außer anderen Begrüßungskundgebungen liegt auch eine solche vor „von einigen Zöglingen der Vogel v. Falkenstein'schen Ferienkolonien" aus Straßburg. (Heiterkeit.)

Die Verhandlung über die **Parteitaktik** wird hierauf fortgesetzt.

v. **Vollmar**: Gestern Abend hat uns Bebel eine ausführliche Darlegung der Entwicklung der Partei und der Parteimeinungen über die streitigen Angelegenheiten während der 30 Jahre ihres Bestehens gegeben. Diese lange Entwicklungskette ist für einen Augenblick unterbrochen worden durch das bekannte Sozialistengesetz. Da kam im vorigen Jahre die unerwartete Aufhebung des Sozialistengesetzes. Im vorigen Jahre, in jenen Debatten, welche zwischen der Partei in ihrer großen Mehrheit und der Berliner Opposition stattfanden und die ihren Abschluß auf dem Haller Parteitage fanden, wußte man sehr wohl zu schätzen, was man mit der Abschaffung des Sozialistengesetzes erreicht hatte. Ich erinnere daran, was damals mit Vorliebe und mit Recht stets wiederholt wurde, daß das Gesetz nur auf Probe gefallen sei, daß man nur die erste Dummheit von unserer Seite abwarte, um nicht nur diese Waffe, sondern noch schärfere Waffen gegen uns anzubringen. Wir Alle haben damals zur Besonnenheit und immer wieder zur Besonnenheit aufgefordert. Das ist z. B. gelegentlich des 1. Mai geschehen. Jetzt nun, nachdem das Sozialistengesetz eine längere Zeit hinter uns liegt, hören wir plötzlich, daß eigentlich die Aufhebung des Sozialistengesetzes ganz bedeutungslos ist und daß sich gar nichts geändert habe. Ich halte das für unrichtig, nicht nur sachlich, derartige Dinge fortwährend auszusprechen. Weit entfernt braucht man davon zu sein, daß man Denjenigen, die einsichtig genug sind, im Widerspruch zu den früheren Machthabern eine Waffe wegzulegen, welche auch ihnen selbst gefährlich geworden ist, einen großen Dank darbringt. Auch braucht man nicht im Entferntesten die ungeheure Menge von Fehlern zu übersehen, zu vertuschen, welche die neue Regierung des sogenannten neuen Kurses gemacht hat. Dieses vollkommen haltlose Schwanken hin und her zwischen verhältnißmäßig guten Anläufen, die dann in kurzer Zeit wiederum zu dem kläglichsten Rückgange führen, und die ich tadle so gut wie Einer, ist zu erklären aus der Erbschaft, welche Bismarck hinterlassen hat und aus der Furcht vor der Bismarckschen Fronde, welche die maßgebenden Kreise beherrscht. Jedenfalls gehören der Fall des Sozialistengesetzes und der Fall Bismarck's

zusammen und stellen in einer Beziehung mindestens einen Wendepunkt dar. Bismarck hat in seinen zahlreichen Preßunterhaltungen, namentlich mit auswärtigen Journalisten, aufs Deutlichste und Unumwundenste bekannt, was wir früher von ihm immer behauptet haben und was er damals natürlich ableugnete, daß er nämlich der Meinung war, daß die soziale Frage nothwendig auf dem Schlachtfelde, auf der Straße oder „auf militärischem Wege" gelöst werden müsse nicht nur, sondern daß er zielbewußt, raffinirt dahin gearbeitet hat, diese militärische Lösung möglichst schnell herbeizuführen, und er hat mit einem Cynismus sondergleichen sich offen dahin ausgesprochen, daß ein derartiger Aderlaß in großem Maßstabe die ganze Konstitution des modernen Staatswesens gesunden werde, wenn dabei nicht mit Halbheit vorgegangen werde. Diese offene und systematische Blutpolitik, die mit Nothwendigkeit in verhältnißmäßig kurzer Zeit zum Bürgerkriege führen mußte, der ohne die Besonnenheit, Klarheit und Disziplin der Sozialdemokratie wohl überhaupt gekommen wäre, diese Blutpolitik ist beseitigt. Die Spannung, welche herrscht, ist deshalb nicht aufgehoben und kann nicht aufgehoben sein, aber insofern gemindert, als mindestens heute der Boden für eine minder schroffe Entwicklung unserer Partei und der öffentlichen Verhältnisse überhaupt gegeben ist. Ich meine, es kann uns nichts verschlagen, sondern nur in der Oeffentlichkeit nützen, wenn wir sagen, daß das allerdings eine Aenderung ist, wenn auch keine große. Zu gleicher Zeit sind wir im vorigen Jahre ungefähr um dieselbe Zeit eine große Partei geworden. Die Thatsache, daß unsere Partei ein mächtiger Faktor im Reich geworden ist, der sie früher nicht war, steht fest, und ebenso daß wir die Möglichkeit eines unmittelbaren Einflusses haben, daß wir die Leitung nicht mehr blos eines verhältnißmäßig kleinen Bruchtheils der Bevölkerung, sondern Millionen der Bevölkerung haben und für diese Leitung verantwortlich sind, diese Thatsachen müssen sich ausprägen auch äußerlich in unserer Stellung, in unserem Auftreten, in unserer ganzen Taktik. Im vorigen Jahre meinte die Berliner Opposition, jetzt sei die Zeit da, wo wir nicht nur den Ton, das Vorgehen unter dem Sozialistengesetz in seinen schärfsten Aeußerungen fortzusetzen hätten, sondern wo wir auf die Jugend der Bewegung zurückzugreifen hätten, und man hat mit Vorliebe herausgesucht die jüngsten Schriften der Partei aus einer Zeit, wo wir uns noch viel mehr mit der Abstraktion als mit der Anwendung auf die thatsächlichen Verhältnisse beschäftigt haben. Sie meinte mit einem Wort, es sei möglich, daß man die Regeln und Handlungen der Kindheit auf die Männerjahre der Partei übertragen könne. Die Partei hat damals mit Recht und einhellig jenes Ansinnen zurückgewiesen.

Werthe Genossen! Wir meinen mit Recht, daß das Eintreten

für die augenblicklichen, für die Tagesbedürfnisse des Volks ganz besonders geeignet ist, uns die Massen zu gewinnen, und ich habe mich gefreut, daß gestern eine ähnliche Bemerkung Bebel's Ihre Zustimmung fand. Bebel sagte im vorigen Jahre in Halle sehr richtig, daß mit Zukunftsidealen, von denen man nicht weiß, wann sie kommen, das Volk nicht zu begeistern ist, sondern daß die großen Massen des Volkes etwas Greifbares, etwas für die heutigen Verhältnisse Mögliches verlangen. Bebel hat in Halle gegen Werner weiter gesagt, wenn der Arbeiterschutz und eine Reihe von Fragen, von augenblicklichen, nächstliegenden Verbesserungen, mit denen wir uns seitdem beschäftigen, Nebenfragen seien, dann wäre neun Zehntel unserer bisherigen Agitation und Thätigkeit überhaupt überflüssig gewesen; derartige Ansichten konnten nur aus einem wirren und krausen Gehirn entspringen. Gerade der Umstand, daß zu den „praktischen Forderungen" unseres Programms die meisten Zusatz- und Abänderungsanträge aus der Partei eingereicht sind, zeigt deutlich, welche Wichtigkeit man diesem Punkt beilegt. Auf der anderen Seite aber erfolgen unausgesetzt Rückschläge, welche dem Vorangegangenen geradezu widersprechen. Da finden wir bei der ersten Gelegenheit die hundertfach und tausendfach, und nicht nur von den „Jungen" vorgebrachte Aeußerung, daß ja doch unter den heutigen Umständen irgend etwas Nennenswerthes gar nicht zu erzielen sei. Was gegeben werden könne, sei von ephemerer Bedeutung, der zweite Theil des Programms sei nur eine Dekoration, und das Alles gipfelt in der bekannten Aeußerung, wir werden vielleicht eher die ganze Zukunftsgesellschaft erreichen, als eine einzige Forderung des zweiten Theils unseres Programms. Bebel hat gestern der Reihe dieser Widersprüche einen weiteren zugefügt, welcher kein geringer ist. Er hat absichtlich oder im Eifer der Rede gesagt, wir stellen unsere Anträge im Reichstage, ob sie angenommen werden, ist uns ganz gleichgültig, es handelt sich darum, Kritik an den herrschenden Verhältnissen zu üben. Nein, dieser Ansicht bin ich garnicht und weite Kreise auch nicht. Wenn wir Anträge in Bezug auf demokratische Forderungen, wie den Normalarbeitstag, stellen, dann ist es uns garnicht gleichgiltig, ob er angenommen wird oder nicht (Sehr wahr!), im Gegentheil, wir wünschen, daß der Antrag angenommen wird, sonst würden wir draußen in die zweideutigste Stellung kommen, weil man sagen würde, die fordern nur etwas, um zu glänzen, aber es ist ihnen nicht ernstlich darum zu thun. Dauern solche Widersprüche fort, dann müssen sie nothwendig zu Zweideutigkeiten führen.

Ich bin der Meinung, und das sage ich im schroffen Gegensatz zu den Herren von der Berliner Opposition, obwohl ich mich da einer „Illusion" über die Absichten und Fähigkeiten der herrschenden Kreise hingebe, daß thatsächlich heute fortschreitende Verbesserungen,

mögen sie auch noch so klein sein, möglich sind, um so möglicher, je mehr unsere Macht heranwächst, und damit stehe ich absolut auf dem Standpunkt wie jeder Sozialdemokrat, daß der erste und wichtigste Fortschritt die Ausdehnung der politischen Macht ist. Daß über diesem politischen Handeln die Endziele der Partei nicht zu vergessen seien, wer brauchte darüber im Kreise von Sozialdemokraten zu reden? Haben wir nichts Besseres zu thun, als daß wir in jeder einzelnen Rede immer wieder den alten Katechismus aufsagen? Uebrigens, lesen Sie meine Reden, ich habe jedesmal vorsichtshalber ausdrücklich hinzugefügt: ohne die allgemeinen Ziele im Mindesten aus dem Auge zu verlieren. Aber neben diesem allgemeinen oder Fernziele ist eine nähere Etappe; die Förderung der unmittelbarsten Volksbedürfnisse und die Erringung der nächsten Forderungen ist für mich eine Hauptsache, nicht nur deswegen, weil sie von großem agitatorischem Werth, von großer Werbekraft auf die Massen ist, sondern auch deshalb, weil nach meiner Ueberzeugung dieses allmählige Fortschreiten, diese allmählige Sozialisirung der naturgemäß vorgezeichnete Weg der fortschreitenden Uebergänge ist. Damit ist der Weg der ruhigen, der gesetzlichen, der parlamentarischen Thätigkeit im weitesten Sinn — denn mit der Veränderung der Volksgesinnung werden auch die entsprechenden Veränderungen im Parlament, im Reichstage vor sich gehen — vorgezeichnet. Ich bin ebensoweit entfernt wie irgend Einer, vom Parlament Wunder zu erwarten. Ich erwarte überhaupt von nichts ein Wunder. Es ist von der Opposition dem Genossen Liebknecht vorgeworfen worden, er habe gesagt, daß Alles durch das Parlament zu erreichen sei. Liebknecht hat darauf erwidert, es sei jedenfalls ein „aber“ dabei gewesen. Gewiß. Indeß, im richtigen Sinne ist das Wort zu unterschreiben, und jedenfalls unterschreibe ich es. Ich meine, daß, weil wir diesen Weg zu gehen haben, es die größte Thorheit ist, welche namentlich in dem Organ der Berliner Opposition, in der „Volkstribüne“, fortwährend sich breit macht, unausgesetzt gegen das Repräsentativsystem, gegen das Parlament zu kämpfen. Im Gegentheil, wir müssen unter den heutigen Verhältnissen in Deutschland den Parlamentarismus stärken, freilich mit der Voraussicht, ihn für uns zu erobern. Hier im Parlament muß vorgegangen werden, so wie es jeweilig nützlich erscheint, einmal scharf eingreifend, ein andermal hemmend, zögernd, das muß dem Augenblick überlassen bleiben.

Ich komme nun zu meinen Münchener Reden. Eine Reihe von Blättern hat gemeint, meine erste Münchener Rede sei weder neu, noch originell gewesen. Bebel hat nun seinerseits eine andere Charakteristik versucht. Er hat schon vor seiner gestrigen Rede in der letzten Nummer der „Neue Zeit“ mich dahin charakterisirt, meine Reden hätten den Zweck, uns zu konzentriren auf unsere

nächstliegenden Forderungen. Das Anerkennen des guten Willens ist richtig. Ich anerkenne den guten Willen überall, nicht nur in der Partei, sondern auch bei meinen Gegnern. Was nun die Sammlung der Kraft der Partei auf die nächstliegenden und wichtigsten Punkte betrifft, so nennt Bebel das ein Bremsen, ein Rückwärtskonzentriren. Ich spräche: immer langsam voran! Das ist ein sehr schönes und prächtiges Schlagwort, aber es trifft nicht zu, wie so ziemlich alle Schlagwörter. Bebel, der sich so viel mit militärischen Dingen befaßt (Rufe: Sehr gut!), sollte doch ganz genau wissen, daß Konzentration und Rückwärtskonzentration himmelweit verschiedene Dinge sind. Ich will nicht verlangsamen, aber ich will hindern, daß durch Einhaltung einer Taktik, die unter den gegebenen Verhältnissen noch nicht vorhanden ist, aber die sich ausbilden kann, wenn nicht eine Klärung eintritt, daß wir durch eine falsche Schätzung unserer eigenen Kraft zu Mißerfolgen kommen, welche schließlich einen Rückschlag herbeiführen. Bebel hat in Berliner Versammlungen wiederholt darauf hingewiesen, daß es nichts Schlimmeres giebt für unsere Partei, als unsere Kraft falsch zu schätzen. (Bebel: sie zu unterschätzen!) Auch zu überschätzen, denn das war damals die Meinung, weil die Berliner Opposition unsere revolutionäre Kraft ganz anders und viel höher schätzte, wie wir meinten. Liebknecht hat im vorigen Jahre mit Recht Denen eine Douche gegeben, welche unsere Macht falsch schätzten, indem er sagte, noch sind wir weitaus nicht die Mehrheit, zwanzig Prozent sind für uns, achtzig Prozent gegen uns. Es wäre thöricht, ja wir dürfen als Demokraten es nicht einmal fordern, daß diese achtzig Prozent sich uns unterwerfen, und was wir thun können, ist, daß wir fortdauernd diese achtzig Prozent auf unsere Seite zu ziehen suchen."

Genosse Bebel hat in der „Neue Zeit" gemeint, wenn er die Wahl habe zwischen Zögern oder Trödeln und zwischen Stürmen, dann erkläre er sich immer für das Stürmen. Wir leben in einer Zeit einer so raffinirten Entwicklung aller Kampfmittel, nicht nur auf dem Gebiet der materiellen Waffentechnik, sondern überhaupt auf dem Gebiet des Parteikampfs, daß mit dem bloßen Stürmen allein man in der Regel nicht viel erreicht, höchstens, daß man sich den Schädel dabei einrennt.

Bebel meinte, wenn meine Taktik durchgeführt würde, so würden wir zu einer erbärmlichen Reformwirthschaft kommen. Das sollte wohl heißen, wenn so vorgegangen würde, wie ich empfehle, dann würde das Fernziel, die sozialdemokratische Gesellschaft, der Sozialismus aufgegeben werden. Einzelne Verbesserungen, die heute zu erreichen sind, sind dann etwas Verkehrtes, wenn man sie so darstellt, als ob sie alles wären. Die Hebung der Arbeiterlage, der Volkslage unter den heutigen Verhältnissen, wäre dann zweifel-

los ein Verzicht auf unsere endgiltigen Grundsätze, auf die sozialdemokratische Umgestaltung, wenn diese heutigen Verbesserungen zu einer endgiltigen Aussöhnung mit der heutigen Gesellschaft führen würden. Wenn das aber möglich wäre, dann wäre der Fehler nicht an mir oder an denen, welche diese Taktik vertreten, sondern am Sozialismus selbst, weil der Sozialismus in seiner tiefsten Grundlage darauf beruht, daß eine derartige Aussöhnung mit der heutigen Gesellschaft überhaupt nicht möglich ist. Nein, jede derartige mögliche Ausführung und deren schließliche Erreichung gefährdet nicht etwa das Endziel, sondern führt es vielmehr näher.

Bebel hat in wirksamster Weise für diese Taktik gesprochen. Er hat gemeint, meine Taktik, d. h. die Aufstellung meiner fünf Forderungen, wobei ich, um Mißverständnissen vorzubeugen, gleich bemerken will, daß ich dieselben nicht als unser Ziel, als unser ausschließliches Kampfziel bezeichnet habe, wir können denselben vielmehr, wenn eins erreicht ist, weitere hinzufügen — führe zur Versumpfung. Ich nehme das Wort nicht krumm, weil es haltlos oder inhaltlos ist. Ich führe es nur an, um hier ein gutes Wort für die Berliner Opposition einzulegen. Es ist in diesen Tagen der Opposition so viel Schlechtes und so viel Bitteres, zum größten Theil wohl mit Recht, gesagt worden, daß es ganz gut ist, wenn man auch einmal ein objektives Wort ablegt, und ich muß sagen, daß, abgesehen von den direkten persönlichen Beleidigungen, Verleumdungen u. s. w. — als solche bezeichnet sie die Anklage, das Weitere werden wir erst sehen —, ich das, was sie in sachlicher Beziehung gesagt hat und was man ihnen so scharf vorgeworfen, weit entfernt bin als Hochverrath und Staatsverbrechen auszuzulegen. — Sie wissen, daß ich der Letzte bin, der sich über ein besonderes Wohlwollen bei den Berlinern zu beklagen hat. Bin ich doch mit dem allerhärtesten, was es für einen Sozialdemokraten giebt, mit dem Namen eines Verräthers, eines Ministerkandidaten u. s. w. bezeichnet worden. Das nehme ich gar nicht krumm. Wenn meine Gewissensruhe, meine politische Ehre und öffentliche Stellung davon abhinge, was eine zusammengelaufene Versammlung in der Nacht um $^1/_2$12 beschließt, dann könnte ich mir leid thun. (Heiterkeit.) Wie ich meine Gegner gewöhnt habe nicht mit Glacéhandschuhen angefaßt zu werden, so werden in dem Maße, wie unsere Partei größer wird, sich die Auffassungen mehr und mehr differenziren, und wir werden nicht im Stande sein, auf die Dauer eine so scharfe Disziplin zu üben wie früher, wir werden uns dann in der Hauptsache darauf beschränken müssen, daß jeder Einzelne, der beleidigt, angegriffen wird, darauf baut, daß auf die Dauer doch Lügen kurze Beine haben, und er schließlich doch Recht behält. Ich habe das herbeigezogen, um zu zeigen, wie leicht man zu Worten wie Korruption, Versumpfung kommen kann. Ich frage

Sie einmal, wenn Bebel mir gegenüber, dessen prinzipielle Stellung er ja am allerbesten kennt, von dem er außerdem weiß, daß diese fünf Punkte doch wahrlich in unserem Programm im Wesentlichen selbst enthalten sind und Hauptforderungen für die nächste Gegenwart in der That darstellen, meint, daß die Konzentrirung auf diese Punkte zur Versumpfung führe: wie will er da der Berliner Opposition wegen desselben Ausdrucks Vorwürfe machen? (Zustimmung bei der Opposition.)

Wenn aber Bebel meint, eine derartige Politik führe zur Versumpfung, so braucht er nur einmal im „Kapital" von Marx die Stelle nachzusehen, wo dieser sich in förmlicher Begeisterung, im Gegensatz zu seiner sonstigen Sprache, erhebt, wo er über die Wirkungen der Einführung des Normalarbeitstages in England spricht, wo er sagt, daß die physische und geistige Wiedergeburt des englischen Fabrikproletariats Hand in Hand gehe mit der Fabrikakte. Ich denke, wenn das damals in England der Fall gewesen ist, so wird es wahrlich nicht zur Versumpfung führen, wenn wir unseren Kampf auf diesem Gebiet, namentlich für den Normalarbeitstag, möglichst ernst nehmen und nicht sagen, wir streben dahin, aber es ist uns ziemlich gleichgiltig, ob er erreicht wird oder nicht.

Nun hat Bebel in jenem Artikel in der „Neue Zeit" gemeint, es sei aber die ungeschickteste Zeit, in welcher ich meine Rede angebracht hätte. Er sagt: Jetzt ist der Augenblick, wo sich alles vereinigt, unsere Situation zur denkbar günstigsten zu gestalten, und es haben sich Aussichten auf baldigste und großartigste Erfolge eröffnet, und in einem anderen Artikel hat er in Siegesbegeisterung gesagt, fortan rechnen wir nur mehr mit Siegen. Hier liegt nun der Hauptpunkt, der viel wichtiger ist, als unsere Debatte während des Sommers. Von verschiedenen Seiten, namentlich von meinem Freunde Bebel, wird in letzter Zeit fortwährend Folgendes in steigendem Maße, mit steigender Begeisterung den Mengen vorgetragen. Das Ziel unserer endgiltigen Hoffnungen sei nunmehr unerwartet uns ganz nahe vor Augen gerückt. Er hat das gestern dahin ausgedrückt, daß wohl wenige im Saale wären, die es nicht erreicht sehen würden. Der Weltkrieg sei unvermeidlich, in ihm werde sich die alte Gesellschaft vollkommen verbluten, so daß der Bankerott, die Katastrophe, der große Kladderadatsch eintritt. (Heiterkeit.) Der Zeitpunkt, wann das geschehen soll, ist — da das Prophetenthum in der Partei jetzt Mode wird — (Heiterkeit), zuerst von London aus auf das Jahr 1898 festgesetzt worden, Tag und Monat weiß ich nicht. Aber ich weiß Leute in der Partei, denen dies Jahr viel zu entfernt ist und die meinen, es könnte 1893, vielleicht schon 1892 werden. (Heiterkeit.)

Damit komme ich auf die auswärtige Politik, die in meiner

Rede eine ziemlich große Rolle gespielt hat. Die traurigen Zustände, wie sie in Europa vorhanden sind, wurzeln zweifellos in den Ereignissen von 1870/71 und in der Wegnahme von Elsaß-Lothringen. Auch ich bedaure das Kulturunglück, das in der Fortsetzung und Zuspitzung der Feindschaft zwischen den Deutschen und Franzosen liegt, auf das allertiefste und auch ich wünsche eine Versöhnung. Aber wir haben uns nicht mehr mit Wünschen, sondern als Politiker mit Thatsachen zu beschäftigen, und da liegt denn die Thatsache vor, daß Frankreich und Rußland, die beiden Länder, welche allein ein Interesse an einer Veränderung der jetzigen Landkarte nach verschiedenen Richtungen haben, seit dem Kriege einander näher gekommen sind. Seit dem Sommer ist ein offenes Bündniß vorhanden. Es ist gerade der Genosse Bebel gewesen, welcher im Reichstage in allerzutreffendster Weise die politische Lage erörtert und dargethan hat, wie dieses fortwährende Einandernäherrücken der beiden Staaten dahin geführt hat, daß die anderen Staaten, vor allem Deutschland, sich ihnen gegenüber haben koaliren, verbinden müssen. Es ist einmal von einem hervorragenden Parteigenossen der Ausdruck gebraucht worden, daß der sogenannte Dreibund der Gensdarm Europas sei und daß man für einen Gensdarmen keine Sympathie habe. Vollkommen einverstanden. Ich habe für Diplomatenwerk überhaupt so wenig Sympathie, wie irgend einer von Ihnen, aber ich weiß, daß, wenn Leib und Leben in Gefahr kommt, die deutsche Sozialdemokratie den deutschen Gensdarmen auch zu finden weiß, welche Vortheile er hat, welche Macht, um Schlimmeres zu verhüten, und daß diese Bündnißpolitik etwas weiteres sei, habe ich nicht behauptet. Ich habe nur gesagt, daß sie für den Augenblick die Aufrechterhaltung des Friedens zu gewährleisten mir geeignet erscheine und daß sie deshalb das relativ Bessere sei.

Nun haben sich nicht blos die „Alten", also die Partei, sondern auch die „Jungen", vor allem die „Berliner Volkstribüne", mit der auswärtigen Politik beschäftigt. Ich könnte mich darüber freuen, daß das, was mir damals so schlimm angerechnet worden und was als eine entsprechende Strafe für mich bezeichnet worden ist, daß ich nämlich in auswärtigen Blättern als sehr patriotischer Mann dargestellt wurde, daß diese Strafe auch Freund Bebel in rechtem Maße zuerkannt ist und daß er namentlich im Auslande der eigentliche Führer und Fahnenträger derjenigen Sozialdemokratie ist, welche im Kriegsfall sich mit Eifer an die Seite der Regierung, der herrschenden Klassen stellen wird, um eine Vernichtung Rußlands in der nachdrücklichsten Weise herbeizuführen. (Zustimmung.) Ich will hinzufügen, daß ich natürlich mit Bebel auf demselben Standpunkt stehe, damit kein Mißverständniß entsteht. Aber zwischen der Stellung derjenigen, welche jetzt auftreten,

und meiner Stellung von damals ist doch in der That ein wesentlicher Unterschied. Meine Ausführungen von damals waren darauf berechnet, eine Mahnung, eine Warnung für die Friedensbrecher im Auslande zu sein und dadurch der Aufrechterhaltung des Friedens zu dienen. Heute aber, und namentlich von Seite der „Berliner Volkstribüne", wird gerade das Umgekehrte gepredigt. Es wird uns gesagt, es ist ein Glück, daß der Weltkrieg herbeikommt, je eher, desto besser, und uns ist es ganz gleichgiltig, ob dieser Krieg ein moralischer Vertheidigungs- oder ein frivoler Angriffskrieg ist, wenn wir nur den Erfolg dabei haben. Nebenbei gesagt, wie hübsch nimmt es sich aus, wenn die Prinzipiellsten der Prinzipiellen in unserer Partei, wenn die Opposition, welche nicht genug deklamiren konnte gegen die Blut- und Eisenpolitik eines Bismarck, sich plötzlich ganz genau auf denselben Standpunkt stellt, daß alles nur auf den Erfolg ankommt. In demselben Blatte wird uns vorgeworfen, daß wir uns nicht zu der prinzipiellen Höhe des jetzigen Programms aufschwingen wollen: „Abschaffung aller Kriege", und dabei wollen die Herren möglichst schnell den Krieg erklären, natürlich wie Viktor Hugo, der auch ein Friedensfreund war, aber blos noch einen Krieg wollte er führen, den Krieg gegen Deutschland. (Heiterkeit.) Aber nicht nur die „Jungen" gehen so vor, auch vom Genossen Bebel wird nach meiner Ansicht nach dieser Richtung vorgegangen. Wenn man unausgesetzt die Unabwendbarkeit eines Krieges predigt und jedesmal hinzufügt, daß dieser Krieg auch der letzte Krieg auf Erden sein werde, daß in diesem Kriege die Befreiung von allen Lasten und Gebrechen der Menschheit vor sich gehen werde, dann muß man den Anschein erwecken, daß man ihn wünscht. Ich anerkenne die Gefahr, die von Seiten Rußlands kommt, so gut wie irgend Einer, und wenn dieser Krieg kommen sollte, habe ich erklärt, so würde die Sozialdemokratie nach meiner Ueberzeugung nicht die letzte sein, welche in diesen Kampf mitzieht, sondern ihre ganze Kraft aufwenden, um diese Last, diese unerhörte fortwährende Drohung, welche auf dem Reiche nicht nur, sondern auch auf der Partei ruht, von uns hinwegzunehmen.

Aber so sehr rechnete ich nicht blos mit Siegen, daß ich meinte, daß wenigstens eine vorübergehende Niederlage mit mathematischer Sicherheit für uns ausgeschlossen sei. Aber wenn wir auch nur vorübergehend unterliegen sollten, ich glaube nicht ausmalen zu müssen, was es heißt, wenn das russische Wesen wie ein Eiswind über Deutschland und die deutsche Sozialdemokratie hinwegginge. Die hat dann doch das meiste zu befürchten. Aber auch wenn ein Sieg kommt, den ich wünsche und erhoffe, was dann? Rußland ist nicht so leicht zu bekämpfen; es hat Menschen und Naturkräfte gerade genug, um auch nach zahlreichen Niederlagen uns trotzen zu können. Die Zeche bei der Geschichte würde Frankreich be-

zahlen, und man könnte nicht einmal sagen, mit Unrecht; denn daran halte ich fest, daß das Wort von Marx aus der Zeit des Beginns des Krieges von 1870, daß die Hilfe der Kosacken anzurufen oder auch nur zu dulden, jeglicher Sympathieen beraube, nicht blos für Deutschland, sondern auch für Frankreich noch heute gilt. Schaden würde also so oder so vorhanden sein, und wenn behauptet wird, wie in Berlin, wir würden niemals eine so geeignete Gelegenheit gehabt haben, unsere Macht auszudehnen wie in einem derartigen Kriege, so erkläre ich das meinerseits für die ungeheuerlichste Verkennung der Thatsachen. Im Gegentheil, es würden die größten Schädigungen der Sozialdemokratie die Folge sein, und zwar in Folge der großen Anspannung des nationalen Gedankens, welche bei solchem Ereigniß unabwendbar ist. Nebenbei eine Bemerkung. Als ich im Sommer gesprochen hatte, ist mir gesagt worden, wenn man meine „Politik" annähme, man nothwendig zur Bewilligung aller Militärlasten käme. Es kann ja nicht anders gehen, wenn man recht viel Reden hält, daß man auch vergißt, was man selbst gesagt hat. Zu zwei Malen, am 15. März 1889 und am 25. Juni 1890, ist im Reichstag seitens unserer Fraktion durch Bebel ausdrücklich erklärt worden, der Bestand des Dreibundes bilde für uns eine wesentliche Grundlage, um Neuforderungen abzulehnen, weil nicht nur die deutschen Streitkräfte in Frage kämen, sondern weil wir berechtigt seien, Oesterreich und Italien gleichfalls in Anrechnung zu bringen, so daß man nicht behaupten könne, gegen die vereinigten beiden Mächte, Frankreich und Rußland, seien wir im Nachtheil. Es ist also auch die Meinung unrichtig, daß diese „Politik" zur Bewilligung der Militärlasten führen würde. Im Gegentheil aber muß ich sagen, daß Diejenigen, welchen der nächste Weltkrieg nicht schnell genug kommen kann und welche nicht einmal den Dreibund haben wollen, doch bei der nächsten Gelegenheit Alles bewilligen müssen, was die Regierung verlangt. Soviel steht fest, daß ich weit weniger leichten Herzens hierbei bin als Andere, und auf die Gefahr hin, als Regierungsmann wieder angeklagt zu werden, froh bin, daß die Regierung allem Anschein nach auch nicht so leichten Herzens dabei ist. Ganz entsprechend dem anscheinend völlig vergessenen Brüsseler Beschlusse trete ich möglichst für Aufrechterhaltung des Friedens ein. Jedes Jahr, welches wir weiter Frieden haben, entfernt die Gefährdung des Friedens nicht blos für den Augenblick, sondern es ist sehr denkbar, daß dann der Krieg überhaupt nicht herbeikommt. Engels hat mit Recht darauf hingewiesen, daß in Rußland die Verhältnisse auf die Dauer nicht fortbestehen können und die Möglichkeit vorhanden ist, daß das heutige Zarenthum und mit ihm die Gefahr für den europäischen Frieden zusammenbricht. Vielleicht kommen wir auf diese Weise ohne Krieg fort, und des-

halb haben wir Alles zu thun, was geeignet ist, die Katastrophe hinauszuschieben. Nun wird ja gesagt, es sei doch ganz gleichgiltig, wie wir denken, die Politik werde von den Kabinetten gemacht. Das ist nicht wahr; und wenn Bebel gesagt hat, unsere Partei sei auch in der auswärtigen Politik ein Machtfaktor geworden, so hat er ganz Recht, aber wir müssen diesen indirekten Einfluß auch wirklich anwenden; und wenn ich fortwährend von der Unvermeidlichkeit des Krieges spreche, daß er kommen muß, daß er der Freiheitsbringer, der Erlöser sei, so popularisire ich schließlich den Krieg, und nicht blos in Deutschland, sondern das findet Wiederhall im Auslande. Wenn unsere Taktik nach dieser Richtung zugeschnitten werden sollte, dann stellen wir den Leuten den vollen Sieg, die Erreichung unserer endgiltigen Ziele in nächste Aussicht. Daß dann in der Menge der Gedanke entsteht: „wenn das so nahe ist, was brauchen wir uns dann mit dem Programm, dem Arbeiterschutz u. s. w. noch abzuplacken? Warten wir ruhig ab, legen wir die Hände in den Schoß, der Tag kommt dann heran und dann haben wir das Ganze in der Tasche", ist das etwa wunderbar oder unmöglich? Bebel zeigte gestern, welche Nachtheile der Appell an die Gewalt hat, ich unterschreibe das absolut; aber sind diese Anschauungen nicht auch geeignet, indirekt dahin zu führen? Wenn das Jahr herankommt und die Dinge treffen nicht ein, dann entsteht eben die Ungeduld, und die Leute kommen dann auf den Gedanken, was nicht auf dem natürlichen Wege kommen will, womöglich künstlich zu fördern. Ein sprungweises Umwandeln, in Abreißen der heutigen Verhältnisse heute und ein plötzliches Heraustreten morgen, daran ist nicht zu denken; für eine Weltwende, wie sie uns für die nächsten Jahre in Aussicht gestellt ist, sind die politischen und ökonomischen Voraussetzungen nicht vorhanden. Um das zu glauben, daß wir in ein paar Jahren obenauf sind, daß in ein paar Jahren Alles umgewandelt sein wird, dazu gehört nicht blos der Optimismus, der mir zugeschrieben wird, sondern derjenige eines verzückten Gläubigen, eines Ekstatikers, nicht eines ruhigen Politikers. Auf die Massen wirkt das natürlich möglicherweise sehr ein. Ich meine, es ist gut, daß das ein Phantom ist, gut für unsere Sache und die menschliche Entwicklung; denn so gewiß als wir die Macht wollen und erstreben, so gewiß ist es, daß wir nur eine solche Macht haben wollen, für welche fester Grund unter unseren Füßen ist. Ein vorzeitiges Emporkommen würde blos eine Episode bleiben in der Geschichte, würde nichts weiter erreichen, als eine neue Auflage der Kommune mit allen hochherzigen Bestrebungen und Opfern, wie mit allen Verkehrtheiten und Rückschlägen, die damals stattgefunden haben. Wir müssen also vor Allem den verkehrten Gedanken bekämpfen, als wenn ein plötzlicher Umschwung vor der Thür steht oder mögkich ist. Hier komme

ich auf die Resolution Bebels. Ich unterschreibe sie Wort für Wort, aber nicht überall seine Motivirung, wie ich überhaupt der Meinung bin, daß seine Motivirung, so ausgezeichnet rednerisch sie war und so packend sie gewirkt hat, mit seiner Resolution im Einzelnen nicht ganz im Einklang steht. Die Resolution sagt, daß wir die politische Macht erstreben müssen, daß aber die Eroberung der politischen Macht nicht das Werk eines Augenblicks, nicht die Frucht einer momentan gelungenen Ueberrumpelung des Gegners sein kann, sondern nur durch zähe und ausdauernde Arbeit u. s. w. errungen werden kann. Diese Stelle ist aus einem älteren Parteidokument vom vorigen Jahre aufgenommen worden, mit Recht, weil die damalige Ausführung vorzüglich ist. Ich hätte nur gewünscht, daß jene Ausführung bis zu Ende eingesetzt worden wäre, weil dann die Sache sich noch deutlicher gemacht haben würde.

Damit bin ich vollständig einverstanden. Was man meine neue Taktik nennt, hat man mit Unrecht so genannt, ich will gar keine völlig neue Taktik, ich stehe auf dem Boden der bisherigen Taktik, will sie aber konsequent durchgeführt sehen. Nach meinem Ermessen stehe ich ganz auf diesem Boden, aber nicht Alle, die mit Worten diese Taktik bekennen, stehen in der That auf ihr. Bebel hat in jenem Artikel der „Neue Zeit" gerufen: Die sozialdemokratische Partei Deutschlands muß sich ihrer geschichtlichen Mission bewußt sein! Gewiß müssen wir das; aber dazu gehört, die organische Ueberleitung der alten in die neue Welt zu fördern, nicht aber die mustergiltige Organisation und die Besonnenheit unserer Partei aufs Spiel zu setzen! (Lebhafter Beifall.)

Wildberger: Ich werde jetzt versuchen, Ihnen die Gründe darzulegen, die uns zu unserem Vorgehen in Berlin bestimmt haben. Die Liebknecht'sche Broschüre, die auch Bebel gestern erwähnte, ist wesentlich die Veranlassung zu den Kämpfen der letzten Wochen in Berlin gewesen. Man darf nicht vergessen, daß die Broschüre nicht nur seit 22 Jahren gedruckt ist, sondern auch zur Kenntniß der Parteigenossen gekommen ist, welche so lange in der Bewegung stehen, und wenn man sich vergegenwärtigt, daß diese Sätze den einzelnen Parteigenossen in Fleisch und Blut übergegangen sind, braucht man sich eigentlich über das in letzter Zeit Geschehene nicht zu wundern. Liebknecht beleuchtet da den Parlamentarismus nach jeder Richtung. Alle Bedingungen, unter denen er heute redet, waren auch damals schon vorhanden; das allgemeine Wahlrecht bestand seit zwei Jahren. Jetzt sagt Liebknecht, von einigen unverbesserlichen Kindsköpfen pflege diese Rede zitirt zu werden; er führt aus, daß er sich geändert habe, der veränderten Situation Rechnung trage. Die Verhältnisse sollen sich mehr zugespitzt haben. Danach müßte sich nach meiner Meinung auch die Taktik entwickeln, aber nicht umgekehrt. Auf dem Koburger Kongreß hielt Liebknecht

noch dasselbe aufrecht. Es folgte der Gothaer Kongreß von 1876, wo Bebel auf den Parlamentarismus zu sprechen kam, weil man dort ihm und Liebknecht einen Vorwurf zu machen versuchte, daß sie sich an der Abstimmung über den Diätenantrag nicht betheiligt hätten. Von Dreesbach und Genossen wurde sogar ein Tadelsvotum beantragt. Da führte Bebel aus, man solle sich, auch wenn 15 Parteigenossen gewählt würden und die Partei selbständig Anträge stellen könnte, nicht zu viel davon versprechen. Die Wirksamkeit der Sozialdemokraten würde nie nach innen, stets nur nach außen vollen Erfolg erzielen. Auch Liebknecht erklärte auf diesem Kongreß, wenn die Sozialdemokratie sich an dem Komödienspiel im Reichstage betheiligte, würde sie eine offiziöse sozialistische Partei; er betheilige sich nicht daran. Auf dem Parteitag in Wyden wurde ein ähnlicher Antrag deshalb nicht angenommen, weil allseitig erklärt wurde, daß das ablehnende Verhalten gegen den Parlamentarismus so selbstverständlich sei, daß man darüber nicht zu diskutiren brauche. Dann kamen die Wahlen von 1884, wo sich die Zahl der Abgeordneten verdoppelte und sich ebenso wie bei der Wahl von 1890 die Illusion bildete, was diese 25 nun alles im Reichstage würden erreichen können. Das Arbeiterschutzgesetz, welches 1877 eingereicht wurde, konnte schon deswegen nicht einen rein sozialistischen Charakter tragen, weil man zur Einbringung desselben die Unterstützung von Mitgliedern anderer Parteien bedurfte. Damit ließ sich alles und jedes rechtfertigen. Nachdem aber die nöthige Anzahl vorhanden war, glaubten die Genossen, es würden nun auch etwas prinzipiellere Anträge gestellt werden. Das geschah nicht; die Fraktion betheiligte sich vielmehr in einer Weise an den parlamentarischen Arbeiten, daß die Genossen sich daran gestoßen und dagegen Front gemacht haben. Anlaß zum Einschreiten gab damals die Haltung der Fraktion bei der Dampfersubvention. 19 von 25 Abgeordneten waren geneigt, für eine Linie ganz oder theilweise zu stimmem. Schon dieses einfache Wollen hat die Genossen so empört, daß die Frankfurter einen Aufruf erließen, in dem fast Alles enthalten, was das letzte Flugblatt besagt. Entsprechend den Punkten 1—14, welche Auer aus dem Flugblatt ausgezogen hat, will ich Ihnen das Korrespondirende aus dem Frankfurter Aufruf vorlesen. Da heißt es nach Punkt 1, ein Theil unserer Abgeordneten versucht unsere revolutionäre Bewegung in den Sumpf des Parlamentarismus zu ziehen. Nach Punkt 2 sagen die Frankfurter: Das edle demokratische Selbstbewußtsein ist bei der Mehrheit der Fraktion einem verwerflichen Dünkel gewichen. Nach Punkt 3: Die verschiedenen Beschlüsse sehen einer Opportunitätspolitik so ähnlich wie ein Ei dem andern. Nach Punkt 4: Der Beginn der parlamentarischen Thätigkeit gestaltete sich zu einer tiefen Verletzung unserer revolutionären Prinzipien.

Nach Punkt 5: Unsere Vertreter scheinen sich mehr und mehr mit den Vertretern der heutigen Gesellschaft in diplomatische Unterhandlungen einzulassen. Nach Punkt 6: Versuche auf die eventuelle Gummieigenschaft unseres Programms üben eine entnervende Wirkung auf unsere eigene Kraft. Weiter sprechen die Frankfurter von der unbegreiflichen Zerfahrenheit in der Taktik, in der Beurtheilung einzelner Fragen auf Grund unseres bestimmten Programms. Daß die Punkte 7 und 9 falsche Behauptungen aufstellen, ist schon gestern zugegeben worden. Die Frankfurter sagen: Es sind Reden gehalten worden, welche einem Volksparteiler oder Freisinnigen alle Ehre machen würden, nur einem Sozialdemokraten nicht. Nach Punkt 12: Wir sehen, daß bei der Majorität der Fraktion ein geistiger Stillstand eingetreten ist. Und der Aufruf schließt: Wenn Euch die Führer in den Sumpf des Parlamentarismus ziehen wollen, dann beweist, daß Ihr in Wahrheit revolutionäre Sozialdemokraten seid.

Wenn man nun in der Presse und namentlich gestern in dieser unerhörten Weise uns angriff, beschimpfte, verdächtigte, dann hätte man doch mit den Frankfurtern ungefähr dasselbe thun sollen. Jene Angriffe sind viel schroffer als die des Flugblatts. Damals aber hat Herr Bebel, der sich gerade jetzt so sehr entrüstet, eine ganz andere Stellung genommen. Zunächst hatte Frohme das Wort ergriffen und eine Zuschrift an das „Frankfurter Journal“ gerichtet. Darauf antwortete Herr Bebel im „Sozialdemokrat“: Frohme habe äußerst heftig sich gegen die Absender jener Erklärung gewandt, darauf würden die Angegriffenen selbst antworten. Er, Bebel, habe zufällig Gelegenheit gehabt, mit den Betreffenden unmittelbar nachher zu verkehren, und habe ein Recht, dieselben gegen die Angriffe Frohmes in Schutz zu nehmen. Es wäre übrigens nicht eine kleine Klique, sondern es seien wohlgezählt 90 Mann, darunter die ältesten Parteigenossen Frankfurts. Bezüglich des Aufrufs selbst, sagt Bebel, er könne denselben nicht in allen Punkten billigen; übrigens richte derselbe sich nicht etwa gegen die Person Frohmes, sondern gegen die gesammte Fraktion, also auch gegen Bebel, und so hätte Frohme zur Veröffentlichung seines besonderen Protestes keinen Anlaß gehabt. „Konstatiren aber will ich, daß Jene von dem besten Geiste beseelt waren und es Keinem in den Sinn kam, die Partei schädigen zu wollen; alle handelten, wie sie es für ihre Pflicht hielten.“

Wenn Bebel sagt, er sei nicht in allen Punkten mit dem Aufruf einverstanden, so hat er ihn doch auch nicht verurtheilt, sondern er nimmt die Frankfurter direkt gegen Frohme in Schutz, läßt alle Schimpfworte durchgehen, ohne den Frankfurtern eine Zensur wie uns zu geben. Wenn es damals unter dem Sozialistengesetz, wo die Machtmittel ihr nicht zum hundertsten Theil zur

Verfügung standen, die Partei nicht ruinirte und schädigte, wenn ein scharfes Urtheil gefällt wurde, dann durfte man auch nicht heute, 6 Jahre später, in der Weise, wie gestern und vorgestern geschehen, gegen uns vorgehen.

Wie aber damals das Stimmenwollen für einzelne Linien nicht der eigentliche Grund des Aufrufs, sondern nur die Veranlassung war, so ist auch in diesem Sommer die besondere Veranlassung in den Vollmar'schen Reden gegeben worden. Nun sehen wir aber in Berlin garnicht ein, welche Veranlassung vorlag, daß Vollmar sich so auf das Pferd der hohen Politik setzte, von dem friedlichen Dreibund sprach, meinte, daß man den leitenden Männern Vertrauen entgegenbringen solle u. s. w. Vollmar hat ganz Recht, wenn er sich auf ähnliche Aeußerungen beruft, die Bebel und Liebknecht vor ihm im Reichstage gethan; aber da muß man doch in Betracht ziehen, daß man im Reichstage sehr leicht in die Nothlage gebracht werden kann, sich solche Aeußerungen auspressen zu lassen. Das ist aber in Versammlungen nicht der Fall.

Liebknecht sagte in seiner Rede zum Militäretat gegen den Grafen Stolberg: „Was die Vertheidigung des Vaterlandes betrifft so werden alle Parteien einig sein, wenn es gilt, einem äußeren Feind zur Abwehr entgegenzutreten, da wird keine Partei zurückbleiben. Das ist doch ziemlich dasselbe, was Vollmar in München auseinandergesetzt hat, und ungefähr dasselbe oder noch etwas mehr hat Bebel in der letzten Berliner Versammlung gesagt. Auch hier ist es kein Unglück, wenn die Genossen das nicht stillschweigend geschehen lassen. Bisher ist es noch nicht dagewesen, daß die Führer in dieser Weise sich ausließen; ich weiß, daß sehr viele Genossen Anstoß genommen haben an der Ausführung, wie man gegen die Russen mit den herrschenden Parteien kämpfen müsse. Das ist ein Gebiet, auf das wir uns überhaupt nicht begeben sollten, das bleibt besser denen überlassen, die nur in hoher Politik machen und zu ihrem eigenen Schutze die Kriege provoziren oder durchführen. Die „Volkstribüne" verurtheile ich in dieser Beziehung ebenso wie Bebel und Liebknecht und Vollmar. Die Sozialdemokratie als solche hat zur Abgabe derartiger Aeußerungen keine Veranlassung. Bebel's Schlußfolgerung, das Volk werde dann die Leitung seiner Geschicke selbst in die Hand nehmen, ist doch wohl blos eine Vermuthung. Es kann auch ganz anders kommen; selbst im Falle der Niederlage Rußlands ist nicht gesagt, daß das Volk die Leitung in die Hand nimmt, im Gegentheil wird die Reaktion, wenn man nicht halten kann, was man vorher versprach, schärfer als vorher ihre Herrschaft ausüben. Jedenfalls steht im Programm, daß wir die Stürzung der heutigen Gesellschaft verlangen, und da brauchten wir im Reichstage doch garnicht auf Anzapfungen von anderer Seite zu reagiren und zu versichern, daß wir Schulter an Schulter

mit den anderen Parteien marschiren würden. Wenn wir von der Nothwendigkeit dieses gewaltigen Heeres überzeugt wären, könnten wir auch die Mittel dafür nicht verweigern. Was unterschiede uns dann noch von den Freisinnigen, denen das vorhandene Heer genügt, die nur für die Verstärkung keinen Groschen bewilligen wollen? Wenn Bebel übrigens sagt, nur beim Militarismus, bei diesem aber auch prinzipiell, habe sich die Fraktion negirend verhalten, so stimmt das auch nicht ganz, denn dann durfte Bebel den von Windhorst erwähnten Gedanken der allgemeinen Abrüstung nicht als unausführbar und aussichtslos bezeichnen. Ob die maßgebenden Kreise die Abrüstung durchführen oder nicht, kann für uns so ziemlich gleichgiltig sein, wir haben sie zu fordern. Solche Aeußerungen mögen von staatsmännischem Talent zeugen, von uns sind sie nicht angebracht. Ist die Abrüstung unmöglich, dann muß man die Mittel für das stehende Heer bewilligen. Bebel ist ja noch weiter gegangen und hat erklärt, die hellen Farben an den Uniformen müßten im Kriegsfalle beseitigt werden, eine hierzu erforderliche Anleihe wäre er gern bereit zu bewilligen, sie wäre eine produktive Anlage im eminentesten Sinne des Wortes. Wenn das so ist, dann hat man den prinzipiellen Standpunkt der Partei vollständig verlassen und kann dann Vollmar nicht mehr kritisiren.

Ich komme nun zu den einzelnen Punkten des Flugblatts. Nach der Auer'schen Zusammenstellung lautet der erste Anklagepunkt:

1. Der revolutionäre Geist wird seitens einzelner Führer systematisch ertödtet.

Der revolutionäre Geist der Bewegung wird doch gewiß nicht dadurch gestärkt, daß man solche Aeußerungen, wie die eben beleuchteten, thut. Die Rede Vollmar's ist dafür ein Beweis. Ein fernerer Beweis ist das Verhalten Heine's. Dies sind Gründe genug für unsere erste Behauptung.

2. Die geübte Diktatur erstickt jedes demokratische Fühlen und Denken.

Hierfür ist Beweis die 1884 von der Fraktion gegen den „Sozialdemokrat" erlassene Erklärung, in der es heißt, daß das Parteiorgan unter keinen Umständen in Gegnerschaft zur Fraktion zu treten hat, daß nicht das Blatt die Haltung der Fraktion zu bestimmen, sondern die Fraktion die Haltung des Blattes zu kontrolliren habe u. s. w. Das ist doch ein diktatorischer Uebergriff in das Recht der Presse. Vollmar hat gleich nach dem Erlaß dieser Erklärung öffentlich hervorgehoben, daß er sie nicht unterschrieben und nichts damit zu thun habe. Ein weiterer Beweis ist das Verhalten der Fraktion zur Feier des 1. Mai. Vorstand und Fraktion wußten ganz genau, daß in fast allen größeren Städten Deutschlands der Kongreßbeschluß dahin verstanden wurde, daß man nicht

bloß Versammlungen einberuft, sondern an diesem Tage feiert. Man freute sich sogar im „Sozialdemokrat" über diese Beschlüsse. Schon im Dezember 1889 war beschlossen worden, daß man die Arbeit ruhen lassen solle. Da kommt ganz kurz vor dem 1. Mai, nachdem alle Vorbereitungen bereits getroffen waren, der Aufruf der Fraktion. — Hierher gehört auch die Frage der Stichwahlen. Der St. Gallener Kongreß hat nach meiner Meinung die Parteileitung nicht beauftragt, der Situation Rechnung zu tragen und einen Aufruf, wie er nach den Hauptwahlen 1890 ergangen ist, zu erlassen. Wenn ich diesen Schritt der Parteileitung auch unter die Diktatur begreife, glaube ich im Rechte zu sein.

3. Die ganze Bewegung ist verflacht und zur puren Reformpartei kleinbürgerlicher Richtung herabgesunken.

Hier möchte ich an eine Rede von Bock (Gotha) im Reichstage erinnern, die zur Vorlage wegen Prüfung der Gewehrläufe gehalten wurde. Da hofft Bock, daß es nicht die Absicht der Vorlage sei, den kleinen Gewerbtreibenden zu schädigen, und er fragt, wie dieser geschützt werden soll, wenn die Prüfungsanstalten sehr weit auseinander liegen; er weist auf die zu hohen Transportkosten hin und wünscht, zwar nicht an jedem Orte, wo solche Kleinindustrielle wohnen, aber doch an den bedeutenderen Orten solche Anstalten errichtet und schließt: Wollen Sie den Kleingewerbtreibenden schützen, dann haben Sie hier die beste Gelegenheit! (Vielfaches sehr richtig!) Wenn das sehr richtig ist, dann habe ich gar nichts mehr zu sagen. Ich meine nur, diese Prüfungsanstalten kosten Geld, und die Errichtung derselben auf Staatskosten für die kleinen Handwerker bedeutet doch lediglich eine kleinbürgerliche Reform. Ein weiterer, hierher gehöriger Verstoß ist von Heine in der Zuckersteuer-Kommission des Reichstages 1886 begangen worden, wo er mit Bock die Materialsteuer aufzuheben und die Fabrikatsteuer einzuführen beantragte. Eine Steuer zu beantragen, das ist doch nicht die Aufgabe unserer Leute; wenn wir daran Kritik üben, sind wir vollständig im Recht. Ferner hat Stadthagen für die Staatssubvention der Helgoländer Fischer gesprochen. Auch das halte ich für vollständig falsch; es ist von allen bisherigen Kongressen verurtheilt worden, sich mit solchen kleinlichen Fragen zu befassen.

5. Es geschieht alles, um einen Ausgleich zwischen Proletarier und Bourgeois herbeizuführen.

Da führe ich den 10-, 9- und 8stündigen Arbeitstag an. Die Pariser Beschlüsse verlangen den Achtstundentag, im Programmentwurf steht er obenan; da müßte er doch auch im Parlament direkt vertreten werden. Es trifft hierauf auch zu, was unter Punkt 7 gesagt ist, daß Vieles mit Rücksicht auf andere Parteien zu Stande kommt. Ich verweise weiter auf den von Singer befürworteten Antrag zur Frage der Sonntagsruhe, den im kaufmännischen

Gewerbe Beschäftigten eine Arbeitszeit bis zu 8 Stunden vorzuschreiben. Das ist doch alles gerade so langsam und zahm, wie Bebel es gestern Vollmar vorwarf.

6. Angesichts der Arbeiterschutz- und Versicherungsanträge ist die Begeisterung unter den Genossen verflogen.

Von mir kann ich das ganz bestimmt konstatiren (Heiterkeit), von verschiedenen hundert Anderen auch; im Flugblatt steht aber nicht, daß sie verflogen sei, sondern es wird blos die Frage gestellt, wer diese Begeisterung heute noch fühle.

8. Die Taktik der Partei ist falsch und verkehrt.

Wenn man das nicht mehr sagen darf, dann hört jedes Kritisiren überhaupt auf. (Zwischenruf: Gewiß darf man das sagen!) Wenn in der Aufzählung es dann heißt:

„7. Majoritätsbeschlüsse in der Fraktion kommen fast immer mit Rücksicht auf andere Parteien und Gesellschaftsklassen zu Stande und ebnen so den Boden zur Schwenkung nach rechts,"

so ist ja gestern schon von Auer zugegeben worden, daß die Worte „in der Fraktion" in der Geschwindigkeit hineingekommen sind. Sonst pflegt man leichter in der Geschwindigkeit etwas zu vergessen. An die Fraktion wurde bei diesem Passus am allerwenigsten gedacht.

Bebel rechnet nun ganz bestimmt darauf, daß wir in dem Tempo wie bisher in den sozialistischen Staat hineinkommen. Wer gar keine Möglichkeit kennt, daß die Dinge doch einmal umschlagen könnten, hat ein Recht, wie Bebel zu sprechen. Logischer Weise hätte dann aber Aehnliches sich schon früher unter gleichen Verhältnissen vollziehen müssen. Wir sehen indessen bei allen Völkern einen plötzlichen Rückschlag in die Barbarei.

Was Marx von der Einführung des Normalarbeitstages, des Arbeiterschutzgesetzes in England gesagt hat, daß sie die geistige und physische Wiedergeburt des englischen Proletariats bedeute, brauchen wir uns für unsere Bewegung in Deutschland nicht zur Richtschnur sein zu lassen, ein großer Theil von uns wird von einer Wiedergeburt bei uns nicht viel gemerkt haben. Seit Einführung des Arbeiterschutzgesetzes hörte die Thatkraft auf. Nach dem Programm, welches heute von der Fraktion vertreten wird, braucht sich Niemand mehr an der sozialdemokratischen Partei zu stoßen. Sie hat jetzt Raum für alle Elemente, auch für die kleinbürgerliche Richtung. Daß die Majorität bei kleinbürgerlichen Elementen immer den Ausschlag giebt, mag bei diesen der richtige Weg sein, aber nicht bei den proletarischen Arbeitern. Was haben denn die Arbeiter zu verlieren? Schon jetzt sind sie von den Arbeitgebern so ausgebeutet, es werden so viele Opfer gebracht, daß man diesen Kriegszustand nicht auf unabsehbare Zeit verlängern muß. Ich habe auch nicht, im Gegensatz zu Baginski, gesagt, daß mehr parlamentirt werden müsse. Ich lasse diese Frage überhaupt offen.

Für mich giebt es nur eins: entweder es wird vollkommen negirend im Reichstage vorgegangen, oder prinzipiell. Die Forderungen des jetzigen Programms müssen als Antrag eingebracht werden, dazu ist die Fraktion stark genug, dann bekommt die Volksmasse ein ganz anderes Bild von der Sache. Es muß der Achtstundentag verlangt werden. Alle Blätter müssen davon Notiz nehmen, so kommt das, was wir wollen, viel besser in die Massen hinein als bisher. Was die Landagitation betrifft, so habe ich gesagt, man kann doch bei einer Bewegung wie der sozialdemokratischen, die ihren Hauptsitz in den Industriestädten hat, nicht bei jeder Frage der Taktik Rücksicht nehmen auf die unbedeutendsten Dörfer, auf den Bauer, der nichts von der Bewegung versteht. Es gehört nicht immer die vollständige Majorität eines Volkes dazu, um etwas durchzusetzen. Nimmt sich eine zielbewußte, thatkräftige Minorität vor, ein Ziel zu verwirklichen, so schließen sich ihr die großen Volksmassen, die von denselben Lasten bedrückt sind, an. Es ist nothwendig, daß die Massen, die wir gewinnen, in anderer Weise unterrichtet und aufgeklärt werden, und da können allerdings die Verhandlungen des Reichstags einen wesentlichen Beitrag liefern, aber anders als bisher. Das sind nicht die Reden, an die wir früher gewöhnt waren. Schon auf dem St. Gallener Kongreß wurde dies getadelt und eine schärfere, packendere und prinzipiellere Sprache von den Abgeordneten verlangt. Man braucht sich nicht an jeder Reichstagsverhandlung zu betheiligen. Die Genossen im Lande klagen, daß ihnen kein Redner zur Verfügung stehe, und gestern ist geklagt worden, daß man die Wahlen u. s. w. vernachlässige, daß man nicht genügend materielle Mittel zur Verfügung stelle. Bei der Prenzlau-Angermünder Wahl ist nicht ein einziger unserer Abgeordneten erschienen, und die Genossen sind dort so arm, daß sie nichts machen können. Als die dortigen Genossen sich an die Fraktion wandten, wurde ihnen gesagt, Ihr habt das letzte Mal nur 1300 Stimmen gehabt, die Sache hat keinen Zweck. Darauf wurde erwidert: Wählen wir denn, um einen Sitz im Reichstag zu bekommen oder um die Agitation zu betreiben, um das Richtige in die Menge des Volkes zu bringen? Da wurden ihnen schließlich 300 Mark gegeben. Was sind aber 300 Mark für einen Landkreis von diesem Umfange? Man sollte weniger auf einen Sitz im Reichstage geben, als auf die Propaganda an sich, die gelegentlich der Wahl betrieben werden kann. Sind einmal in einem solchen Wahlkreise hundert Stimmen abgegeben, so ist damit schon ein guter Grund für die endliche Eroberung des Kreises gelegt. Es ist nun aber nach den letzten Reichstagswahlen der Schwerpunkt in den Reichstag gelegt worden, weil man sich an allem, was dort vorgeht, betheiligt. Vollmar sprach nur von einem Vertrauen zu den leitenden Männern, während Bebel von dem Vertrauen gesprochen hat, das

man jeder Regierung schenken müßte. Bebel ist ein ebenso großer Optimist wie Herr v. Vollmar.

Ich behalte mir vor, nachdem ich eben, so weit ich dazu im Stande bin, meine Schuldigkeit gethan habe, wenn ich weiter angegriffen werde, meine Stellung noch einmal zu vertheidigen. Einer Ausschließung, die Sie hier jedenfalls vollziehen werden, werde ich meinen Austritt aus der Partei vorziehen.

Nunmehr wird die allgemeine Diskussion eröffnet.

Singer: Parteigenossen! Ich werde mich vorwiegend mit der Rede Vollmars beschäftigen, weil ich seine Ausführungen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen, wenn der Parteitag denselben etwa sollte zustimmen, für viel gefährlicher für die Partei halte, als die Ansichten der Opposition und deren Wortführer. — Wildberger gegenüber muß ich zwei Bemerkungen machen, weil er mich persönlich genannt hat. Er hat sich auf eine Aeußerung von mir in St. Gallen bezüglich der Stichwahlen bezogen. Die Frage der Stichwahlen ist auf dem vorigen Haller Parteitag definitiv erledigt worden, und ich habe deshalb keine Veranlassung, jetzt auf dieses Thema einzugehen. Wenn Wildberger mir ferner vorgeworfen hat, daß ich, um den im kaufmännischen Gewerbe beschäftigten Personen die Sonntagsruhe zu verschaffen, zugegeben habe, daß man 3 Stunden des Sonntags arbeiten lassen könne, so befinde ich mich dabei in einer, zwar nicht nach meiner Auffassung, aber nach Ansicht Wildbergers sehr guten Gesellschaft, nämlich in der seines Spezialfreundes Auerbach. Wenn die im Handelsgewerbe Angestellten vor die Wahl gestellt würden, den ganzen Sonntag, manchmal bis zu 16 Stunden, zu arbeiten, und unter Verzicht auf Beschränkung der Sonntagsarbeit durch das Parlament, eine revolutionäre Rede Wildbergers zu hören, oder ob sie eine Beschränkung der Sonntagsarbeit auf 3 Stunden haben wollen, so werden sie sich zweifellos für das Letztere entscheiden. (Sehr richtig!)

Genosse Vollmar hat bei aller Anerkennung der Nothwendigkeit, auch stets die letzten Ziele der Sozialdemokratie zu vertreten, den Hauptwerth gelegt auf das sogenannte Aktionsprogramm, welches er in den bekannten fünf Forderungen aufgestellt hat. Ich habe bei diesen Ausführungen den Eindruck gehabt, als ob Vollmar unsere letzten Ziele und den energischen Kampf für dieselben so als eine Art Familienreliquie in den Silberschrank gestellt hat, der nur bei besonders feierlichen Gelegenheiten geöffnet wird. (Heiterkeit.) Nun meine ich aber, daß die Propagirung unseres eigentlichen Ziels, der Kampf für die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft ebenso andauernd, kräftig und nachhaltig geführt werden muß, wie der Kampf für irgend eine unserer aktuellen Forderungen. (Bravo!) Wir können unmöglich eine solche Trennung unserer Forderungen vornehmen, und ich bin überzeugt, daß Vollmar, der den revolu-

tionären Charakter unserer Partei ebenso anerkennt wie wir Alle, sehr bald sehen würde, daß wenn seine Taktik Anwendung fände, die Partei auch selbst bezüglich der nächsten Forderungen nicht mehr mit derjenigen Thatkraft und Energie agitiren könnte, welche erzeugt wird, wenn wir immerdar das ganze, volle Ziel, die Befreiung der Arbeiterklasse aus der Lohnsklaverei des Kapitalismus, im Auge haben. (Lebhafter Beifall!)

Vollmar warnt davor, die parlamentarische Thätigkeit zu unterschätzen. Wir sind aber Alle darin einig, daß der Hauptnutzen unserer parlamentarischen Thätigkeit in der Vertretung unserer Ideen im Reichstage, nur in der dadurch erzeugten lebendigen Agitation im Volke liegt. Wenn wir durch unsere parlamentarische Thätigkeit einige Erfolge erzielen, so dürfen diese Erfolge auch nur wieder dazu dienen, die Arbeiterklasse im Kampfe für unsere Endziele zu stärken. Es steht zweifellos fest, daß heut jede Reform, jede Besserung der wirthschaftlichen Lage der Arbeiterklasse nur durch Mitwirkung der gegnerischen Parteien zu ermöglichen ist. Wir 35 Sozialdemokraten im Reichstage können zwar mit größerer Wucht wie früher unsere Anträge begründen und vertreten, aber wir können nichts durchsetzen. Ich bin überzeugt, daß die herrschenden Klassen in dem Augenblick, wo die Möglichkeit vorliegt, daß die Sozialdemokratie im Reichstag etwa aus eigener Kraft gesetzgeberische Maßregeln durchsetzen könnte, das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht ins alte Eisen werfen und alle in ihren Händen befindliche politische und materielle Macht aufbieten, um zu verhindern, daß eine so große Anzahl von Sozialdemokraten in den Reichstag kommt, daß ihre Klassenherrschaft dort gefährdet werden könnte. (Sehr richtig!)

Aber selbst die Möglichkeit vorausgesetzt, daß wir durch parlamentarische Thätigkeit etwas Vernünftiges erreichen können, so würde diese Thätigkeit, weil sie nur in Verbindung mit anderen Parteien ermöglicht werden kann, nothwendiger Weise zur Versumpfung der Partei führen müssen. Selbstverständlich liegt dies nicht etwa in der Absicht des Genossen Vollmar.

Aber eine revolutionäre Kampfpartei, wie die unsere, muß vollständig rein gehalten werden von jeder Art Politik, welche nur in Verbindung mit anderen Parteien im Reichstage möglich ist. Wenn die Majorität des Reichstages und die Regierung aus Furcht vor der Sozialdemokratie es für angezeigt erachtet, der Arbeiterklasse Konzessionen zu machen, so können wir uns das sehr wohl gefallen lassen, betrachten dies aber nur als Abschlagszahlungen, die wir zu weiterer energischer Agitation für unsere Ziele auf unserem Vormarsch mitnehmen und in deren Besitz wir aber unaufhaltsam weiter marschiren und um so fester zusammenschließen. (Bravo!)

Der Ton der Entsagung, der Wunsch nach Verlangsamung des

Marschtempos, der durch die Vollmar'schen Reden in München sowohl, als auch durch die hier gehaltene Rede geht, ist mit der Taktik der sozialdemokratischen Partei unvereinbar. (Lebhafte Zustimmung.) Wir können nicht mit Vollmar anerkennen, daß die Verhältnisse sich zu Gunsten der Arbeiter verändert haben, und daß der gute Wille seitens der herrschenden Gewalten vorhanden ist, das System der Ausbeutung und Unterdrückung einzuschränken. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob wir unter fortdauernder und nachhaltiger Propagirung der Endziele unserer Partei, für die sogenannten nächsten Forderungen eintreten, oder ob wir uns, wie es die Ansicht Vollmar's zu sein scheint, auf die Agitation für aktuelle Forderungen beschränken. Vollmar hat darauf hingewiesen, daß es ihm gleichgiltig sei, ob die Gegner ihn loben oder tadeln. Aber als Parteimann und Agitator wird er mir zugeben müssen, daß es doch sehr bedenklich ist, wenn seine Reden und seine Warnungen vor der lebhaften Propagirung unserer Endziele den begeisterten Beifall der gesammten gegnerischen Presse finden. Die gegnerische Presse hat mit richtigem Instinkt herausgefunden, daß die Vollmar'sche Taktik den herrschenden Klassen nicht allzu gefährlich werden würde; ein Bischen Sozialreform, ohne die Grundlagen der heutigen Gesellschaft anzutasten, das läßt man sich schon gefallen und lobt die Besonnenheit und die Mäßigung Vollmar's. Diese Taktik entspricht aber nicht den sozialdemokratischen Prinzipien. Die Sozialdemokratie darf niemals den Boden des Klassenkampfes verlassen, nie ihren revolutionären Charakter verlieren. Die Gemüther müssen revolutionirt werden, und die glühende Begeisterung für unsere letzten Ziele, für die Beseitigung der Klassenherrschaft, in Kopf und Herz der Massen zu erwecken, ist die Hauptaufgabe unserer Agitation. (Lebhafter Beifall) Eine derartige Agitation wird jedoch gelähmt durch die von Vollmar bevorzugte Kampfesweise. Nicht dadurch, daß man den Massen die Erringung kleiner wirthschaftlicher Konzessionen als Ziel der Sozialdemokratie hinstellt, wird die Aufgabe der Sozialdemokratie erfüllt, sondern nur dadurch, daß man den Kampf gegen die bestehende Gesellschaft organisirt, daß man mit der Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsorganisation die Todfeindin des Proletariats, die bürgerliche Gesellschaft beseitigt, und mit dem Klassenstaat zugleich die Klassengegensätze aus der Welt schafft. (Bravo!) Daß neben dieser Aufgabe auch die nächsten Forderungen der Partei mit Energie vertreten werden, ist so selbstverständlich, daß ich es nicht erst noch zu betonen brauche. Aber wir dürfen auch unsere letzten Ziele nicht verschleiern, wie es bei Anwendung der Vollmar'schen Taktik unbedingt geschehen würde. Deshalb bitte ich, die Bebel'sche Resolution anzunehmen, nicht nur nach dem Wortlaut, sondern auch nach den Motiven, und mit dem festen Entschluß, an unserer bewährten Taktik unbedingt festzuhalten.

(Bravo!) Möge der Parteitag erklären, daß er keinen Grund findet, an der bisherigen revolutionären Taktik der Partei irgend etwas zu ändern, und damit zugleich aussprechen, daß die Propagirung unserer letzten Ziele unablässig betrieben werden muß, bis zu dem hoffentlich nicht fernen Tage, an dem der ganze, der volle Sieg unser ist. (Lebhafter Beifall.)

Fritz-Berlin III.: Ich muß sagen, daß ich die Wildberger und Werner von Berlin hier garnicht wiedererkenne. Das ist heute eine ganz andere Sprache gewesen als in der Feenpalast- und Kolberger Versammlung. Wildberger sprach heute gegen die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion. Was steht aber in den Flugblättern, die unter seiner Aegide unter Hilfe seiner Freunde abgefaßt und in seinem Wahlkreise verbreitet worden sind? In einem Flugblatt wird auf die Bedeutung der Wahlen hingewiesen, und dann heißt es: „Unsere Vertreter im Reichstage sind es, die unentwegt und unbeeinflußt von jedem Standesinteresse gekämpft haben für das Wohl und das Recht des gesammten Volkes, und wenn es galt, dem Ansturm der Reaktion die Spitze zu bieten ... dann war es die von allen Parteien angefeindete Sozialdemokratie" u. s. w. Weiter: „Die Sozialdemokratie .... hat auch im Laufe dieser Woche wieder die Genugthuung gehabt, daß ein Theil ihrer vorläufigen Forderungen durch kaiserlichen Erlaß anerkannt worden ist (hört! hört!) und daß die betreffenden Ministerien angewiesen wurden, die einleitenden Schritte zu thun. (Bebel: hört! hört!) Die von der sozialdemokratischen Fraktion beantragte und vom Reichstage verworfene Arbeiterschutzgesetzgebung ist vom deutschen Kaiser jetzt wieder aufgenommen! Muß man da nicht zu der Ueberzeugung kommen, daß auch das ganze sozialdemokratische Programm der Verwirklichung nahe ist?" (Hört! hört! Heiterkeit.) Weiter: „Wir erstreben eine neue Gesellschaftsordnung und betrachten die Sozialreform nur als winzige Abschlagszahlung, als die Grundlage, auf der weiter zu bauen ist." (Hört! hört!) Weiter: „Das rapide Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen, sowie das Verhalten der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage (Bebel: hört! hört!) legen Zeugniß davon ab, daß man in den unteren und unklaren Volksklassen zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, welche die Volksrechte und Freiheiten energisch zu wahren entschlossen ist." (Hört! hört!) Weiter: „Selbsthilfe von Korporationen ist machtlos, hier kann nur Wandel geschaffen werden durch die Gesetzgebung" (Hört! hört!) u. s. w. Wildberger hat gemeint, er wäre in dem betreffenden Wahlkomitee aufgefordert worden, daß er bei seiner Aufstellung als Kandidat nicht so energisch vorgehe wie sonst. Ich weiß von einer solchen Weisung nichts, es wäre auch eine Thorheit, wenn Jemand zu einem bestimmten Zweck eine Versammlung

einberiefe und sie dann durch sein eigenes Reden sprengte Die Sprache der Flugblätter ist auch garnicht damit motivirt worden, daß sie sonst verboten worden wären. In Berlin sind unter dem Ausnahmegesetz ganz andere Flugblätter verbreitet worden wie diese hier, es sind damals auch ganz andere Reden gehalten worden als sie Wildberger gehalten hat, und die Versammlungen sind doch nicht aufgelöst worden. Wildberger kritisirt hier das Verhalten der Fraktion im Reichstag. Was wollte er denn aber in der Stadtverordnetenversammlung thun? Er hat gesagt, nehmt mir das Reichstagsmandat ab und ich erkläre mich bereit, in der Stadtverordnetenversammlung ein Mandat anzunehmen. (Wildberger: Habe ich nicht gesagt!) Jawohl, Sie haben es in einem Lokal am Spittelmarkt gesagt, nicht einmal, sondern zweimal! (Wildberger: Vor 15 Jahren war ich sogar konservativ!) (Große Heiterkeit.)

Oertel-Nürnberg: Die Ausführungen Vollmar's können mich nicht veranlassen, seinen isolirten Standpunkt zu theilen. Seine speziellen Forderungen sind so selbstverständlich, daß er sie nicht mit einer so ungeheuren Wichtigkeit in die Welt zu setzen brauchte, aber ich mache es ihm zum Vorwurf, daß er es in seinen Münchener Reden sorgfältig vermieden hat, von dem zu sprechen, was man die prinzipielle Haltung und Agitation nennt. Eine solche Taktik führt allerdings zur Verflachung und schließlich zur Versumpfung der Partei. Auf Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien, auf ein Süßholzraspeln kann sich eine Partei, die auf dem Boden des Klassenkampfes steht, nicht einlassen. Die im „Vorwärts" veröffentlichte Liste der Verurtheilungen unter dem „neuen Kurs" beweist, daß wir einen solchen neuen Kurs nicht haben. Auch Vollmar's Hoffnungen bezüglich der Agrarpolitik haben sich nicht erfüllt. Die schädlichen Kornzölle haben wir genau wie früher. Vollmar kann sich garnicht auf den Standpunkt des Bebel'schen Antrages stellen, denn er hat selbst gesagt, „daraus ergiebt sich, daß unsere Taktik heute nicht die gleiche sein kann." Bebel hat aber gesagt, es liegt kein Grund vor, die heutige Taktik zu ändern. Vollmar muß sich also deutlicher erklären. Die prinzipielle Agitation wird auch künftig ausgezeichnete Früchte tragen. (Beifall.)

Niederauer: Fritz hat durch jene Flugblätter beweisen wollen, daß die Berliner in dem Wahlkampfe denselben Standpunkt vertreten haben, den heute vielleicht die Fraktion vertritt. Ich kann darin nichts Wunderbares finden. Ich wollte blos einmal sehen, was die Majorität des III. Wahlkreises gesagt hätte, wenn Wildberger nicht in der Weise aufgetreten wäre. (Große Heiterkeit.) Die Flugblätter sind mit Zustimmung einer ganzen Anzahl von Personen veröffentlicht worden, Wildberger trifft da kein Vorwurf, jene Personen bildeten eben die Majorität. Was die Ausführungen Vollmar's betrifft, so bin ich garnicht dagegen, daß wir für die

Erringung der Koalitionsfreiheit u. s. w. eintreten. Aber daß wir daraus Hauptfragen machen, dagegen muß ich mich verwahren. Was hat denn die Fraktion wirklich erreicht? Wir haben bisher im Parlament gar keinen Erfolg gehabt. (Widerspruch.) Die kleinen Erfolge haben so viele Nachtheile gebracht, daß wir uns garnicht dessen freuen können, was im Reichstage erreicht ist. Wenn Wildberger das Hauptgewicht auf die Stadtagitation gelegt wissen will, so bin ich anderer Meinung. Wir müssen in Betracht ziehen, daß gerade das Landproletariat eine Masse ist, die sich im Fall eines Kampfes uns gegenüberstellen könnte. Wir müssen das Klassenbewußtsein der Landarbeiterschaft soweit wecken, daß sie sich uns nicht gegenüberstellt. Da ist noch viel zu thun. Aber die Parlamentsberichte nützen auf dem Lande nicht viel. Da werden meist die kleinen offiziellen Provinzial- und Amtsblätter gelesen, und in diesen stehen wohl die Reden von Bennigsen u. s. w., aber nicht von Bebel oder Liebknecht. (Unterbrechungen.) Man druckt die Reden so ab, daß sie nicht für uns, sondern für unsere Gegner agitatorisch wirken. Das viele Reden im Reichstage ist vollständig unnütz, das Reden auf dem Lande wäre viel besser! (Widerspruch und vereinzeltes Bravo!)

Liebknecht: Herr Wildberger klammert sich an meine Broschüre oder Rede vom Jahre 1869. Ich habe nun in einer neuen Auflage bereits vor Jahren erklärt, daß ich, belehrt durch Thatsachen und in Folge der veränderten Verhältnisse, jenen Standpunkt nicht beibehalten konnte. Unter gleichen Verhältnissen würde ich ganz dieselbe Rede halten, dieselbe Broschüre schreiben und dieselben Prinzipien verkünden. Die Lage ist eben heute eine vollständig veränderte. Damals war der Norddeutsche Bund vorhanden, eine Geburt des Augenblicks, ein bloßes Provisorium. Damals war es mir nicht möglich, mich auf einen sogenannten Rechtsboden, der durch volksfeindliche Gewalt geschaffen war, drängen zu lassen. Ich nahm gegenüber dieser Bismarck'schen Neuschaffung oder Einigung Deutschlands den intransigenten Proteststandpunkt ein. Der Norddeutsche Reichstag war nur das, als was ich ihn bezeichnet habe: das Feigenblatt des Absolutismus. Ich habe in meiner Rede gesagt: die Entscheidung wird auf der Straße oder auf dem Schlachtfelde sein. Nun gut, das Schlachtfeld ist gekommen, freilich nicht das Schlachtfeld, welches von mir gemeint war — das Schlachtfeld, die Schlachtfelder in Frankreich. Der Norddeutsche Bund hatte für seine Existenz zu kämpfen und er siegte: aus dem Provisorium wurde ein Definitivum. Es war jetzt eine Gestaltung geschaffen, die umzustürzen einfach unmöglich war. Das Reich, so unvollkommen es politisch und auch national sein mag, ist seinem Gründer über den Kopf gewachsen. Bismarck ist weg, und es besteht. Das deutsche Reich hat dem arbeitenden Volk gewisse Vor-

theile und Rechte geboten, die ihm vorenthalten waren und die in den Verfassungen der Einzelstaaten nicht gewährt werden. Durch das allgemeine Wahlrecht, das ich gewiß nicht überschätzen will, das aber doch immerhin das politische Grundrecht ist, hat das deutsche Reich Wurzel im Volke gefaßt — ist mit dem Volke gewissermaßen zusammengewachsen, und allmählich hat sich eine feste Grundlage gebildet, auf der wir in dem Kampf gegen das herrschende System den Hebel ansetzen können. Innerhalb des Rahmens dieses Reiches haben wir einen Kampfboden, der sich uns sehr günstig erwiesen hat. Der reine Proteststandpunkt, wie ich ihn vor 1870 eingenommen habe, kann überhaupt nur in provisorischen Zeiten gelten, — auf die Dauer ermüdet und lähmt er. Wie kläglich endete nach 1848 die Protestpolitik der Bourgeoisie? Ich kann mich aber nicht ruhig in eine Ecke stellen. Und als der Norddeutsche Bund, freilich in einer mir nicht zusagenden Weise, beseitigt war, suchte ich die neue Lage nach Möglichkeit auszunützen. Das allgemeine Wahlrecht war ein Mittel, mit dem wir die Arbeitermassen in Bewegung setzen konnten. Es wäre eine Thorheit gewesen, von der Waffe, welche uns gegeben war, keinen Gebrauch zu machen. Wir haben Gebrauch von ihr gemacht und uns eine neue Taktik geschaffen, welche die Probe glänzenden Erfolges für sich hat.

Meine Taktik von 1869 war richtig zu der Zeit, als ich sie befürwortete; jetzt wäre sie Thorheit. Ich erkläre hier: so wenig ich meinen prinzipiellen Standpunkt jemals geändert habe und jemals ändern kann, so bin ich doch auch künftighin stets bereit, meine Taktik zu ändern, sobald ich sehe, daß die Verhältnisse dies erheischen. (Beifall.)

Veränderte Verhältnisse erheischen veränderte Kampfweise, veränderte Taktik. Ich würde mich zur Unthätigkeit verurtheilt, meiner Partei einen schlechten Dienst geleistet haben, wenn ich eigensinnig festgehalten hätte an einer Forderung oder Taktik, die den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprach. (Beifall.)

Was nun den Parlamentarismus und meine Stellung zu ihm betrifft, so würde Herr Wildberger, wenn er die Protokolle der früheren Kongresse gelesen hätte, wissen, daß ich dem Parlamentarismus stets diejenige Bedeutung beigelegt habe, die er selbst ihm in seiner soeben gehaltenen Rede beigelegt hat. Ich und wir alle sind der Ansicht, daß der Schwerpunkt unserer Parteithätigkeit nicht in dem Reichstag liegt, sondern außerhalb desselben, und daß unsere Thätigkeit im Reichstag, so lange wir keinen ausschlaggebenden Einfluß haben, eine vorwiegend agitatorische sein muß. Aber liegt darin, daß wir keinen ausschlaggebenden Einfluß haben, eine Verurtheilung des Parlamentarismus? Parlamentarismus heißt einfach das System der Vertretung des Volkes. Daß wir im Reichstag bisher nichts ausgerichtet, ist doch nicht die Schuld des

Parlamentarismus, sondern daß wir im Lande, im Volke noch nicht die nöthige Macht haben. Ständen hinter uns so viel Stimmen, so viel Macht wie hinter den bürgerlichen Parteien, dann würde der Reichstag für uns so wenig unfruchtbar sein, als er es jetzt für die Anderen ist, — die „Klinke der Gesetzgebung“ würde für uns ebenso gut arbeiten, wie heute für unsere Gegner. Damit soll nicht gesagt sein, daß auf dem Wege der Gesetzgebung alle Fragen gelöst werden können; aber zeige man mir doch einen anderen Weg, der zum Ziele führt! Allerdings giebt es, nach der Meinung Dieser oder Jener, noch einen anderen Weg, der kürzer ist: den der Gewalt. Wir bereiten uns im Geheimen oder sonstwie auf den Moment vor, wo wir mit Gewalt dreinschlagen, mit einem großen Coup die Verhältnisse ändern können. — Nun, da kommen wir auf den Anarchismus, und das ist Ihr (zur Opposition) großer Fehler, daß Sie diese Konsequenz nicht begriffen haben. — Unter Parlamentarismus verstehen wir nicht eine parlamentarische Scheinvertretung wie unter Louis Philipp, sondern die Ausnützung einer Macht, welche uns durch die Stimmen, die hinter uns stehen, geboten ist.

Wenn wir auf das Moment der mechanischen Gewalt den Hauptnachdruck legten, dann stellten wir uns auf den Standpunkt unserer Feinde. Bismarck war der Mann der brutalen Gewalt, der Mann der Blut- und Eisenpolitik. Niemand hat je über größere Gewaltmittel verfügt und je einen unskrupulöseren Gebrauch von ihnen gemacht. Und der Erfolg? Wo ist er hin? Er hatte über ein Vierteljahrhundert lang die Polizei, die Armee, das Kapital, die Staatsgewalt, kurz alle mechanischen Machtmittel zu unbeschränkter Verfügung; — wir konnten ihm nichts entgegensetzen als unser gutes Recht, unsere gute Ueberzeugung, die nackte Brust, und wir haben gesiegt. Unsere Waffen waren die besseren. Auf die Dauer muß die brutale Gewalt den moralischen Faktoren, der Logik der Thatsachen weichen. Bismarck liegt zerschmettert am Boden — und die Sozialdemokratie ist die stärkste Partei Deutschlands! Ist das nicht ein mächtiger Beweis für die Güte der jetzigen Taktik? Was haben dagegen die Anarchisten in Holland, Frankreich, Italien, Spanien, Belgien erreicht? Absolut nichts! Was sie in die Hand nahmen, haben sie verdorben, überall die Bewegung geschädigt. Und die Arbeiter haben sich von ihnen abgewandt. Man könnte die Anarchisten Europas in ein paar Polizeiwagen stecken. Mit ihren lächerlichen Revolutionsphrasen, unsinnigen Attentaten und sonstigen Dummheiten haben die Anarchisten für die Sache des Proletariats nichts gethan und nur den Gegnern in die Hände gearbeitet, die deshalb überall mit den Anarchisten sehr zufrieden sind. Die Sache des Sozialismus steht am schlechtesten in den Ländern, wo die Arbeiterbewegung sich von

Anfang an mit den Brutalitäten und Tollheiten des Anarchismus verquickt hat. Die politische Neugeburt des französischen Proletariats nach dem Aderlaß der blutigen Maiwoche beginnt mit dem Moment, wo es vollständig mit dem anarchistischen Unsinn gebrochen hat. Ich habe — das muß ich betonen — unsere Taktik mit schaffen helfen, und ich stimme mit Bebel, der von vornherein in Folge seines anderen Entwicklungsganges auf diese mehr praktische Form der Taktik gekommen ist, durchaus überein. Seine Resolution, die mir vor dem Druck vorgelegen hat, unterschreibe ich Wort für Wort.

Was meine hier zitirte Schrift von 1869 betrifft, so werde ich beiläufig demnächst in Berlin über dieselbe einen ausführlichen Vortrag halten, ihn mit der ursprünglichen Broschüre zusammen in die Oeffentlichkeit bringen.

Keiner von uns in der Fraktion will eine „Versumpfung durch den Parlamentarismus". Keiner meiner Kollegen schwärmt für das Redenhalten. Eine gute Abhandlung, eine gute Broschüre ist mir persönlich tausendmal lieber als eine Reichstagsrede. Deshalb bin ich auch prinzipiell dagegen gewesen, daß Reden von Abgeordneten als Druckschriften verbreitet wurden. Unter dem Sozialistengesetz war das aber nothwendig, weil wir sonst nicht ohne größere Gefahr für die Parteigenossen in Fühlung mit ihnen bleiben konnten. Alle anderen Schriften wären verboten worden. Mit agitatorischen „Brandreden" ists aber nicht gethan. — Wir haben im Reichstag auch praktische Aufgaben. Die Arbeiter Deutschlands würden es uns sehr verargen, uns bald im Stich lassen, wenn wir ihre Interessen nicht auch nach Möglichkeit praktisch zu fördern suchten.

Wodurch haben wir unsere Macht in Deuschland erlangt? Gerade dadurch, daß wir von Anfang an, statt zu sagen: Wir leben in einem Wolkenkuckuksheim und kümmern uns nicht um die praktischen Dinge — daß wir von Anfang an für das Wohl der arbeitenden Klasse überall praktisch eintraten, in Gemeinden, Landtagen und im Reichstage, und jede Waffe benutzten, die wir hatten. Wir haben es nicht gemacht wie jener Mann in England, der sich nicht waschen wollte, wenn er nicht das ganze Meer habe, und so hat er sich lieber garnicht gewaschen. (Heiterkeit.) Das Revolutionäre liegt nicht in den Mitteln, sondern in dem Ziel. Gewalt ist seit Jahrtausenden ein reaktionärer Faktor. Weisen Sie (zur Opposition) nach, daß unser Ziel ein falsches ist, dann können Sie sagen, die Partei wird durch die jetzige Leitung von der revolutionären Bahn abgelenkt. Der beste Beweis für die Richtigkeit der Leitung ist der Erfolg, und unsere Taktik hat sich herrlich bewährt.

Man wirft mir vor, daß ich erklärt habe, wenn wir angegriffen würden, wenn wir zur Abwehr kämpfen müssten, seien wir bereit, das Vaterland zu vertheidigen. Ei gewiß, das habe ich

wiederholt erklärt — das ist etwas Selbstverständliches, das thut Jeder von uns, und ich frage Herrn Wildberger, ob er es nicht auch thut, nicht thun muß — und schließlich werden wir ja garnicht gefragt, erheischt es denn nicht unser eigenes Interesse, daß wir den, der in unser Land eindringt, hinauswerfen, wie man einen Räuber hinauswirft, der in unser Haus einbricht? Ich habe aber bei meinen Erklärungen stets hinzugefügt, daß der Krieg ein nothwendiger, gerechter sein muß. Und nicht jeder Krieg, der der Form nach ein Vertheidigungskrieg ist, ist es auch in Wirklichkeit. Der scheinbare Vertheidiger ist manchmal thatsächlich der Angreifer gewesen. In keinem Fall aber darf sich die Sozialdemokratie in eine chauvinistische Strömung hinein verlocken lassen. Der Brüsseler Beschluß gegen den Militarismus präzisirt nach allen Richtungen scharf und korrekt unsere Stellung. Wir nehmen die Kriegsgefahr keineswegs als etwas Unvermeidliches, als ein Verhängniß. Falsch ist die Schlußfolgerung: Wenn Bebel und ich einen Weltkrieg als Folge der herrschenden Mißwirthschaft für wahrscheinlich erklärten, seien wir auch verpflichtet, der Regierung die Gelder für den Militarismus zu bewilligen. Der heutige Militarismus ist selber eine Ursache der Kriegsgefahr und jedenfalls unfähig, den Krieg zu verhindern. Deshalb stehen wir dem Militarismus gegenüber genau auf demselben prinzipiell entgegengesetzten Standpunkt, auf dem Herr Wildberger zu stehen behauptet.

Ja, hätte Wildberger in Berlin so gesprochen wie hier, dann würde kein Hahn danach gekräht haben, denn was er hier sagte, ist tausendmal gesagt worden, besser und schärfer gesagt worden. Manches davon unterschreibe ich selbst, und nichts finde ich darin, was irgend einer meiner Genossen für jenseits der Grenze sozialdemokratischer Anschauung liegend halten könnte. (Sehr richtig!) Ich erlaube ihm deshalb nicht, sich als Märtyrer seiner Prinzipien hinzustellen, wenn er in der Partei unmöglich geworden ist. (Zustimmung.) Es handelt sich um gemeine Verdächtigungen, um thatsächliche Schädigungen der Partei, und nicht um die Ausübung des Rechts der Kritik, das Niemandem verschränkt ist. Und nun zu Vollmar.

Vollmar klammert sich an Bebel und mich. Er sagt, wir hätten bei dieser und jener Gelegenheit dasselbe geäußert wie er. Das ist richtig, wenn ich die Worte aus ihrem Zusammenhang nehme. — Aber man kennt ja das Wort: „Hab' ich nur ein paar Zeilen von Jemand, so kann ich ihn hängen.“ Der große Unterschied zwischen unseren beiderseitigen Aeußerungen und seinen Reden liegt darin, daß Vollmar eine neue Methode des Vorgehens, eine neue Taktik befürwortet hat, während es sich bei uns nur um gelegentliche Aeußerungen gehandelt hat. Wer im politischen, im parlamentarischen Kampf steht und einer par excellence kämpfenden

Partei angehört wie der unsrigen, die weitschauende Ideale hat, der kommt sehr häufig in die schwierige Lage, daß Ideal und Wirklichkeit sich einander stoßen.

Es wird manchmal zu sehr der Wirklichkeit Rechnung getragen, manchmal zu sehr dem Ideal nachgehangen, und so wird wohl ein jeder Vertreter unserer Partei - dann und wann einmal ein kleines bischen zu weit nach rechts oder nach links gerathen, allein mit dem Programm vor sich und Dank der Kritik der Genossen, wird er sofort wieder den rechten Weg finden. Aus ein paar solchen, vielleicht zu weit nach rechts gehenden Aeußerungen will Vollmar nun auf einmal eine neue Taktik aufbauen; ist für eine solche Veranlassung? Haben die Verhältnisse seit dem 1. Oktober 1890 sich wesentlich verändert? Ich sage Nein! Herr von Caprivi und die Reichsregierung hat nicht um der schönen Augen der Sozialdemokratie willen das Ausnahmegesetz fallen lassen, sondern weil sie eingesehen haben, daß es den heutigen Staat untergraben, daß es die breiten Volksmassen erbittert und mit Mißtrauen gegen die Träger der Gesellschaftsordnung erfüllt — daß es in den weitesten Kreisen Haß und Verachtung gegen die bestehenden Zustände erzeugt hat. Hat doch Herr von Caprivi selbst gesagt: Jede Regierungsmaßregel wird von uns auf ihre Wirkung auf und gegen die Sozialdemokratie geprüft! Man hat eine andere Methode der Bekämpfung gewählt. Man sucht uns mit Scheingüte zu ködern, man giebt uns zum Schein einen Rechtsboden und will uns damit auf einen Boden locken, wo wir leicht ausgleiten können. (Zustimmung.) Ist aber das System geändert, ist der Kurs ein anderer geworden? Die Form hat sich geändert, und dem entsprechend haben wir ja auch unser Verhalten geändert. Einen, der mich an der Gurgel packt, behandele ich selbstverständlich anders, als Einen, der mit freundlichen Manieren vor mir steht und mir vielleicht gefährlicher ist, als jener. Wirthschaftlich und politisch ist das System nicht geändert. Grade jetzt, wo die Regierung trotz des herrschenden Nothstandes gegen den Willen des Landes hartnäckig an der Bismarck'schen Agrarpolitik festhält, wo sie sich beim Arbeiterschutzgesetz ganz unfähig zur bescheidensten Sozialreform gezeigt hat, wo das „soziale Königthum" sein Unvermögen so handgreiflich erweist, da sollen wir hier auf den Leim hüpfen und sagen: Die Regierung meint es gut mit uns, jetzt wollen wir es mit ihr auch gut meinen! Diese Zumuthung ist es in Vollmar's Rede, was so große Beunruhigung, so großen Unwillen hervorgerufen hat.

Man hat mich getadelt, daß sich der „Vorwärts" nicht sofort über die Rede aussprach. Nun — ich erwartete jeden Augenblick eine Richtigstellung Vollmar's; ich glaubte nicht, daß er, dem ich eine radikale Ader zutraute, etwas so Opportunistisches gefordert haben könne. Als die Sache dann weiter ging, ergab sich die

Nothwendigkeit, sie hier auf dem Parteitage zum Austrag zu bringen, wie auch den Streit mit den sogenannten Jungen. Der Fehler Vollmar's war, daß er annahm, die Taktik der Gegner hat sich uns gegenüber geändert, und deshalb müßten wir den guten Absichten der Regierung Rechnung tragen und gut Kind werden. Das ist ein schwerer Irrthum, der allerdings, wenn die Partei ihn theilte, dahin führen müßte, daß wir in den Opportunismus hineingeriethen und die Partei zu einer regierungssozialistischen würde. Wenn man derartig mit solchen Grundsätzen und gestützt auf einzelne abgerissene Aeußerungen Anderer, die sonst ganz anders denken, operiren will, so ist das Regierungspolitik; und nähme die Partei diese Politik an, dann wären die Angriffe ehrlicher und unehrlicher Heißsporne, daß unsere Bewegung verflacht, versumpft, sowie opportun sei, durchaus berechtigt. (Der Vorsitzende erinnert daran, daß die Redezeit abgelaufen ist.) Leider ist meine Zeit abgelaufen! (Große Heiterkeit.)

Genug, auf den anarchistischen Leim gehen wir ebensowenig wie auf den opportunistischen. Was die „Opposition" zur Kritik der Taktik gesagt hat, das rechnen wir ihr nicht als Verstoß gegen das Parteiinteresse an, dazu haben sie ein vollständiges, von Niemand bestrittenes Recht gehabt. Wenn die Jungen aber die Konsequenz dessen ziehen, was sie praktisch fordern, soweit ich daraus klug werden kann, — denn klar ausgesprochen hat es keiner —, dann müssen sie sagen: Der parlamentarische und gesetzliche Weg ist zu verurtheilen, der Parlamentarismus ruinirt und korrumpirt die Partei, fort mit ihm! Wir wollen die Propaganda der That, wir sind Anarchisten! Wenn Sie die Fähigkeit der Konsequenz, wenn Sie Kourage haben, müssen Sie das sagen, sonst stehen Sie ja jämmerlich in der Mitte, schweben zwischen unserer und der anarchistischen Taktik in der Luft, wie Sie ja so wie so in der Luft stehen.

Andererseits haben wir uns zu hüten vor dem Opportunismus. Der revolutionäre Charakter der Partei muß sorgsam bewahrt werden. Das Anpassen an die Verhältnisse darf nicht ausarten in feige, prinziplose Rechnungsträgerei, des Prinzips und Endziels muß sich die Partei bei all ihren Handlungen bewußt sein, und ihren revolutionären Charakter niemals vergessen, ihn stets zum Ausdruck bringen. Das ist es, was Vollmar vergessen hat, daß ein Kompromiß zwischen Kapitalismus und Sozialismus nicht möglich ist, und daß alle übrigen Parteien auf dem Boden des Kapitalismus stehen. Wenn wir auch die Phrase von der einen reaktionären Masse aufgeben, so müssen wir doch wissen, daß alle anderen Parteien fest zusammenstehen und daß sie eine Mauer bilden, die nicht mit Güte, mit schönen Redensarten aus dem Weg geräumt werden kann.

Sie muß erstürmt werden durch das zum Klassenbewußtsein erwachte Volk. Die Partei muß **Macht** erlangen, muß eine solche Anhängerschaft gewinnen, daß sie schließlich einen so mächtigen **Druck** ausüben kann, daß keine Regierung zu widerstehen vermag. Sagt man nun: wenn ihr die Majorität habt, dann kommen die Soldaten, so antworte ich: **lassen Sie uns erst einmal soweit kommen, dann machen wir die Probe.**

Bis jetzt hat sich noch kein Regierungssystem auf die Dauer behaupten können gegen den ausgesprochenen Willen der Majorität des Volkes — noch jede Regierung, die dagegen ankämpfte, ist gestürzt worden. Und die Natur der ökonomischen Entwicklung bringt es mit sich, daß in demselben Maße, wie die Machtmittel der Bourgeoisie zunehmen, sie die Grundlagen und Hebel ihrer Macht untergraben und zerstören muß. Der Kapitalismus tödtet sich selbst. Er revolutionirt die Gesellschaft fortwährend, und in derselben revolutionären Umgestaltung sind auch die Menschen begriffen. Glauben Sie denn, daß auch die Anschauungen unserer Gegner sich mit ihren Existenzbedingungen nicht allmählich ändern? Aus den wirthschaftlichen Interessen entstehen die politischen Anschauungen. Sehen Sie doch, wie die Mittelstände vernichtet werden, die kleinen Leute niedergeworfen werden. Wo sind Diejenigen in Deutschland, denen das heutige System in 8 oder 10 Jahren noch von Vortheil sein wird, die ein privates Interesse an seiner Aufrechterhaltung haben werden? (Heiterkeit.) Die Zahl derer, die ein Interesse an der Erhaltung des status quo haben, schmilzt immer mehr zusammen, und die Zahl derer, die ein Lebensinteresse an der Beseitigung desselben haben, wächst lawinenartig. Und mit der wirthschaftlichen Revolutionirung ist auch eine Revolutionirung der Meinungen der Geister verbunden.

Gestützt auf Wissenschaft und Erfahrung, stark im Bewußtsein unserer guten Sache gehen wir rastlos und unaufhaltsam vorwärts. Benutzen wir geschickt und klug die Thatsachen, die für uns wirken, und gebrauchen wir die Kampfmittel, in denen wir unseren Feinden überlegen sind, nicht aber diejenigen, in denen sie uns überlegen sind und deren Gebrauch sie unzweifelhaft in Stand setzen würde, uns als Partei schwer zu schädigen, wo nicht zu vernichten. Wir haben unsere altbewährte Taktik — der Weg ist uns durch unser Programm klar vorgezeichnet. Weichen wir nicht von ihm ab. Vermeiden wir einerseits den Sumpf **opportunistischer Regierungspolitik**; hüten wir uns andererseits vor **anarchistischen Tollheiten!** (Langanhaltender Beifall.)

Um 1¼ Uhr wird die Sitzung abgebrochen.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Kloß** eröffnet die Verhandlungen um $3^1/_4$ Uhr mit der Bekanntgabe einer Anzahl neuerdings eingegangener Zuschriften und Telegramme.

In der Fortsetzung der Debatte über Punkt 3a und 3b der Tagesordnung erhält zunächst das Wort:

C. W. **Tölcke**-Dortmund: Parteigenossen! Einige Aeußerungen in der gestrigen und heutigen Debatte geben auch mir Veranlassung, das Wort zu ergreifen. Zunächst ist da von Herrn Wildberger behauptet worden, daß von jeher in der Partei Opposition gewesen wäre, er hat sich namentlich berufen auf die früheren Parteigenossen Hasselmann und Most. Es ist ferner im Allgemeinen gesagt worden, Opposition muß sein! Ich halte das für falsch. Opposition muß nicht sein, aber sie darf sein können, vorausgesetzt, daß sie sachgemäß ist und nicht so beschaffen, wie die sogenannte Berliner Opposition.

Herr Bebel hat in seinen Ausführungen über die bisherige und zukünftige Taktik u. a. Bezug genommen auf den früheren Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und hat behauptet, daß dieser bekanntlich von Lassalle begründete Verein, in dem ich auch theilweise eine ziemlich hervorragende Stellung eingenommen habe, nichts weiter bezweckt hätte als die Erringung des Allgemeinen Wahlrechts. Der Vorschlag Lassalle's, auf diesem Wege die politische Macht zu erlangen, war darauf gerichtet, daß dann mit Staatshilfe Produktivgenossenschaften errichtet werden könnten — was ja nach dem neueren Entwurf in Wegfall kommen soll, womit, wie ich persönlich überzeugt bin, bei dem heutigen Stand der Wissenschaft auch Lassalle, wenn er noch lebte, einverstanden wäre. Aber es ist auch an den Reden und Schriften Lassalle's eine Kritik geübt worden durch den früheren Redakteur des „Sozialdemokrat", Herrn Bernstein in London, und gegen diese Art von Kritik möchte ich denn doch aus Leibeskräften protestiren. Lassalle hat bekanntlich auf Grund einer Aufforderung eines sächsischen Arbeiterkomitees seine Vorschläge gemacht: es wurde von ihnen angefragt, was sie thun sollten, sie seien vom Nationalverein, der es abgelehnt habe, das allgemeine Stimmrecht auf seine Fahne zu schreiben, zurückgewiesen worden; man habe ihnen gesagt, von den Abgeordneten, die auf dem Boden des Dreiklassenwahlsystems gewählt sind, sei doch eine ganz prächtige Opposition gemacht worden, was wolle man mehr? Da hat Lassalle ihnen gesagt: Gerade ihr müßt das allgemeine Stimmrecht zuerst zu erwerben suchen, und wenn ihr das habt, dahin drängen, daß statt der von Schulze-Delitzsch empfohlenen Genossenschaften mit Selbsthilfe solche mit Staatshilfe errichtet werden. Es war ein wahres Glück, daß Lassalle in den

Schulze'schen Projekten ein Gegenstück hatte, an das er anknüpfen konnte. Er mußte eben, weil er die Arbeiterklasse und zunächst die industriellen Arbeiter hinter sich haben wollte, an diesen vorhandenen Gegensatz anknüpfen, mußte sagen: Mit der Selbsthilfe ist es nichts, ihr müßt Staatshilfe fordern, und darum das allgemeine Wahlrecht erringen! — Man hat später auch Lassalle verdächtigt, daß er da vielleicht Hintergedanken gehabt hätte, man hat später seine Taktik verurtheilt, weil das Zentralorgan des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins später unter der Leitung von Dr. v. Schweitzer den Bismarck zuviel lobte, und da haben Mitarbeiter, welche am Kopf der ersten Nummer des „Sozialdemokrat" verzeichnet waren, sich jede Mitarbeiterschaft an diesem Blatte verbeten. Dazu gehörten u. a. der damalige Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, Bernhard Becker, Johann Philipp Becker, Friedrich Engels, Herwegh, Moritz Heß, Liebknecht, Marx und der Oberst Brigadier Rüstow in Zürich, auch Professor Wuttke in Leipzig. Der letzte Anhänger dieser Taktik des „Sozialdemokrat" war Heß in Paris, wohl eigentlich der älteste Sozialist Deutschlands. Aber auch dieser trennte sich später, als von dem Hatzfeldschen Allgemeinen Arbeiterverein nach dem Kriege von 1866 plötzlich die Parole ausgegeben wurde: „Durch Einheit zur Freiheit". Zur Schlichtung der zwischen dem Schweitzer'schen und Hatzfeld'schen Arbeitervereinen bestehenden Differenzen über die zu verfolgende Taktik und speziell zum Entscheid über jene Parole wurde 1866 gerade hierher nach Erfurt eine Generalversammlung berufen, bei welcher auch die beiden Präsidenten zugegen waren. Zunächst wurde bis in die Nacht hinein debattirt. Die Gräfin und Schweitzer statteten sich gegenseitig Besuche ab, aber die Majorität der Delegirten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins war gegen diesen Grundsatz, und so ging das Verhandeln bis 2, 3 Uhr Nachts. Die Gräfin logirte hier im Gasthof, und es wurden immer Deputationen an sie abgesandt, und die wußte sie so zu fesseln, daß die Herren, es waren vielleicht 8 Delegirte, gar nicht wieder zurückkamen. (Große Heiterkeit.) Da hieß es denn, wir müssen sie auffordern, sofort wieder zu erscheinen, widrigenfalls wir den ganzen Kram aufheben — und da blieben die Nachgesandten auch wieder aus (erneute Heiterkeit) und erst, als schließlich ein Ultimatum gestellt wurde, so daß die Betreffenden riskirten, in der nächsten Viertelstunde ausgeschlossen zu werden, da kam denn die ganze Sippschaft und berichtete, die Gräfin bestehe auf ihrem Willen. Wie so manche Intrigue da gespielt hat, erklärt sich auch dieser Vorgang aus der Absicht, die Marx'sche Richtung, die durch Liebknecht in Süddeutschland und besonders in Sachsen an Ausdehnung gewann, in Deutschland nicht aufkommen zu lassen.

Daß die Opposition auf allen Generalversammlungen und

Kongressen vorgeherrscht haben soll, damit hat Wildberger zum Theil Recht. Es ist immer opponirt worden, aber von welcher Seite? Am meisten von Hasselmann, der rechten Hand Schweitzer's. Von dieser Seite wurde alles versucht, das Aufkommen der Marxistischen Richtung zu hintertreiben. 1870 kam an Schweitzer ein Brief, da hieß es, die Leipziger sind schon bis Magdeburg vorgerückt, es wird nicht lange dauern, dann haben wir sie auch in Berlin; was soll dagegen geschehen? Ich weiß nicht, was er geantwortet hat, aber es erfolgten dann jene erbitterten Kämpfe zwischen den beiden Strömungen und das hat so lange gedauert, weil man jede Verbindung unter diesen beiden Strömungen zu hindern wußte, bis endlich in Folge der staatlichen Verfolgungen bei den Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins der Glaube an die Unangreifbarkeit ihrer Organisation zerstört und durch den Ausfall der Wahlen 1872 das Thörichte des Bruderzwistes für uns Alle klargestellt wurde.

Bei der letzten Versammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Hannover 1874 wurde von Hasselmann der Versuch gemacht, den damaligen Präsidenten Hasenclever von seinem Amte zu entfernen. Hasselmann suchte die Versammlung dazu zu veranlassen, weil er selbst Präsident werden wollte — dann wäre der Verein allerdings in den richtigen Händen gewesen. Das habe nun freilich gerade ich persönlich durchkreuzt und gesagt, ihr dürft dem Burschen das Präsidium nimmermehr anvertrauen. Es wurde denn auch abgelehnt, und vier Tage nachher wurde der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein von dem Berliner Präsidium für Preußen verboten. Fast zugleich wurde auch die Organisation der sogenannten Eisenacher Richtung, der Marxisten, für ganz Preußen verboten. Diese Vorgänge haben auf die Einigung von 1875 mit hingewirkt.

Es ist ferner ein Irrthum Wildberger's, Most hier als einen Opponenten hinzustellen. Most hat innerhalb der Partei niemals eine oppositionelle Stellung eingenommen. Er war auch ein Anarchist, aber nachdem er in Plötzensee seine bekannten Studien gemacht hatte und, von dort entlassen, aus Berlin ausgewiesen worden war, ist er nach London übergesiedelt. Soweit ich ihn habe beurtheilen können — ich habe ihn nur ein einziges Mal gesehen und gesprochen — war er ein durchaus unschädliches Menschenkind, aber ziemlich konfus und zu Extravaganzen geneigt. In London ist er schließlich nach allerlei Sprüngen zu den Bakuninisten übergegangen, aus denen sich die Anarchisten rekrutiren. Hasselmann hat, nachdem er in Verbindung mit Karl Schneidt die ganze Bewegung noch von Hamburg aus zu schädigen versucht hatte, sich nach Belgien begeben und dort behauptet, er hätte wegen seiner vielen Anklagen aus Hamburg auskneifen müssen. Die Belgier erkundigten sich in Hamburg und erfuhren, es wäre kein wahres

Wort daran. Zu der Zeit, als er ausrückte, schwebte gegen Hasselmann nicht eine einzige Anklage; er hatte überhaupt während seiner ganzen Redaktionsthätigkeit, da er niemals als verantwortlicher Redakteur gezeichnet hatte, weder irgend eine Strafe noch Anklage erhalten. Schweitzer hat allerdings wohl hie und da einmal eine Strafe scheinbar zudiktirt erhalten, weil er das Bedürfniß hatte, in entscheidenden Augenblicken, wo es sich um die ganze Existenz des Vereins handelte, sich in seine Villa Rummelsburg zurückzuziehen und mir die Verantwortlichkeit für alles das, was im Verein geschah, zu übertragen.

Es war eben, daß zwischen den beiden Strömungen — Eisenacher und Lassalleaner — eine bittere Feindschaft bestand; aber in der Voraussetzung, daß diese so eingewurzelt sei, um eine Vereinigung dauernd zu hindern, hat Tessendorff sich getäuscht; ich persönlich habe Veranlassung gegeben, daß ihm ein Strich durch die Rechnung gemacht wurde. Sobald Tessendorff bewiesen war, daß seine Voraussetzungen nicht zutrafen, wurde er als erster Staatsanwalt abgesetzt oder vielmehr versetzt, anscheinend mit höherem Rang als Landgerichtspräsident. Jetzt ist er ja Oberreichsanwalt in Leipzig, und das Reichsgericht ist ja auch hinlänglich bekannt. (Heiterkeit.)

Wenn nun die Herren, Wildberger und seine Freunde, in der Meinung Opposition muß sein, sich dazu verstanden haben, diese Opposition in Berlin zu leisten, so ist das im höchsten Grade zu bedauern. Wenn sie sich aber gerade auf Herrn Hasselmann berufen, der später bekanntlich nach Amerika ging und dort sich als Anarchist aufspielte, und wenn sie glauben eine Opposition in Berlin führen zu können, wie Hasselmann sie in Deutschland einzurichten versucht hat, wie er sie auch in Amerika versucht hat und damit ganz gründlich durchgefallen ist, dann sind sie gewaltig im Irrthum. Ich möchte Ihnen nicht empfehlen, die früheren in dieser Richtung gemachten schweren Verstöße zu wiederholen, es werden damit die Interessen der Arbeiterpartei im höchsten Grade gefährdet. Dafür kann Niemand besseres Zeugniß ablegen, als gerade ich. Ich habe diese Kämpfe mit durchmachen müssen. Ich hatte bis 1875 den Genossen Liebknecht nicht persönlich kennen gelernt und hatte Bebel nie gesehen, Most auch nicht; ich kannte keinen einzigen von diesen Parteigenossen — und was Denen alles für Verbrechen und Vergehen gegen die Arbeiterpartei aufgebürdet wurden, das könnte ich Ihnen alles noch jetzt detaillirt schriftlich und gedruckt nachweisen. Von beiden Seiten wurden alle denkbaren Beschuldigungen erhoben, bis sich schließlich herausstellte, daß alles erfunden gewesen war und zwar von Seiten der Herren Schweitzer und Hasselmann. Der Ehrenmann Schneidt erschien erst später auf der Bildfläche. Dieser letztere hat gerade auch während des großen Bergarbeiterstreiks sich im Wahlkreise Dortmund, den ich hier vertrete, eingefunden und

versucht, dort einzuwirken; dasselbe war bei der Maifeier im vorigen Jahre der Fall. Er war dort, die Bergleute kannten ihn nicht. Er gab sich für einen Berichterstatter der Berliner „Volks-Zeitung" aus, hat denn auch während der Versammlungen Notizen gemacht und ist dann wieder abgefahren. Es ist ihm gerathen worden, nicht wieder in dieses Revier zu kommen, mit heiler Haut würde er es nicht verlassen. (Heiterkeit.) Ja, wenn die Bergleute ein derartiges Versprechen Jemand gegeben haben, halten sie es auch. (Große Heiterkeit.) Herr Schneidt ist seitdem nie wieder dagewesen, vor dem sind wir geschützt.

Ich habe diese Bemerkungen machen müssen, um Ihnen ein Bild zu geben, wie es mit der Opposition ausgesehen hat. Jetzt heißt es: Die „Alten" und die „Jungen". Parteigenossen! Wenn die Alten nicht gewesen wären, wo wären denn heute die sogen. Jungen! Wenn man damit sagen will, die Alten hätten sich überlebt, da irren die Jungen. Sollten sie dieselben Kämpfe durchmachen müssen, die wir durchgemacht haben, dann würden sie innerhalb Jahresfrist zu Grunde gehen, ich bürge ihnen dafür. Als die Bewegung in Deutschland durch Lassalle hervorgerufen wurde, war es außerordentlich schwierig, irgendwie die Arbeiter dafür zu interessiren. Es wäre falsch gewesen, wenn man von vornherein mit dem wissenschaftlichen Sozialismus begonnen hätte, weil man keinen einzigen Arbeiter mit wissenschaftlichen Deduktionen hinter seiner Feueresse hätte hervorlocken können. Es mußte an die thatsächlichen Verhältnisse angeknüpft werden. Wenn Lassalle das nicht gethan und solche Anknüpfungspunkte nicht vorgefunden hätte, dann wäre es ihm gerade so gegangen, wie Marx und Engels in London; sie werden auch da mit den schönsten wissenschaftlichen Beweisen und Postulaten keinen einzigen Arbeiter von seinen Verbindungen ablocken können. Deshalb ist Deutschland für die Sozialdemokratie der Welt ein Muster geworden dafür, daß man die Agitation den vorhandenen Zuständen anzupassen hat.

Das Alles bitte ich von beiden Seiten zu berücksichtigen und den Grundsatz „Opposition muß sein" fallen zu lassen, weil er grundfalsch ist. Es muß jedem Parteigenossen freistehen, seine eigene Meinung über eine Frage in der Partei auszusprechen, aber wenn er im Irrthum gewesen ist, dann muß er auch sofort den Beschlüssen des Parteitages sich fügen. Wenn er das nicht kann, beweist er, daß er unfähig ist, Sozialdemokrat zu sein. Danach mögen Sie auch in diesem Fall Ihr Urtheil fällen. Mit der Bebel'schen Resolution bin ich vollständig einverstanden und bitte Sie, sie einstimmig anzunehmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Sailer-Luckenwalde: Wenn Wildberger auch die Arbeiterschutzgesetzgebung für geeignet erklärt, die Sozialdemokratie zu versumpfen, so verkennt er ganz und gar die wirthschaftlichen Ver-

hältnisse. Wenn ein Arbeiterschutz die Sozialdemokratie tödten soll, dann kann es nur ein solcher sein, der das Elend von den Massen wegnimmt, der die ungeheuere industrielle Reservearmee vom Erdboden verschwinden läßt. Die heutige Gesellschaft kann das nicht. Unmöglich also kann die Sozialdemokratie, wenn sie diese Forderung vertritt, versumpfen.

Volderauer-Karlsruhe spricht gegen die von der Opposition befürwortete Taktik an der Hand der von ihm bei der Agitation in Baden gemachten Erfahrungen, dabei ein anschauliches Bild der dortigen Agitation entrollend.

Von Oertel-Nürnberg wird folgendes Amendement zum Antrag Bebel eingebracht:

Beantrage zu dem Antrag Bebel's in Absatz 6 nach den Worten: „immer das ganze und letzte Ziel der Partei im Auge haben", einzuschalten:

„Der Parteitag erklärt hierbei ausdrücklich, daß er den Standpunkt, welchen Vollmar in seinen zwei Münchener Reden vom 1. Juni und 6. Juli d. J. mit Bezug auf die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie und die einzuschlagende neue Taktik eingenommen hat, nicht theilt, sondern denselben als für die weitere Entwicklung der Partei verhängnißvoll betrachtet."

Der Antrag wird ausreichend unterstützt.

Grothe-Halle: Obwohl Bebel gestern so glänzend über die Taktik gesprochen hat, habe ich mich doch für den letzten Theil der Rede nicht erwärmen können, wo Prophezeiungen in die Welt gesetzt werden. Diese Erörterungen über die Kriegsgefahr, diese ganzen weitausschauenden Ideen halte ich für eher schädlich als nützlich. Wir sollten nur zum Volke sagen, der Krieg ist absolut zu vermeiden, wenn die Völker ihrer Macht sich bewußt werden und thatsächlich sich nicht mehr zum Spielball der Regierungen benutzen lassen. Aus der Geschichte sehen wir, daß durch Kriege die Bewegung stets zurückgeworfen wurde. Vollmar hat mit Recht auf die Kommune hingewiesen. So gut damals nur für Paris gesorgt wurde, und nichts für die Provinz geschah, woraus dann der Untergang der Kommune sich ergab, ebenso einseitig könnte unsere Bewegung sich entwickeln, wenn es nach den Ideen der Opposition ginge. Die Auffassung Vollmar's vom neuen Kurs kann ich nicht theilen. Der Bericht des Parteivorstandes ergiebt, daß in dem Jahre vom 1. Oktober 1890/91 an Prozeß- und Gefängnißkosten 5987,35 Mark ausgegeben wurden. Da kann doch von einem neuen Kurse keine Rede sein. Nach demselben Bericht belaufen sich die in den 11 Monaten, von November 1890 bis September 1891, erkannten Strafen auf **87 Jahre** 6 Monate 25 Tage Gefängniß und auf 18 362,30 Mark Geldbuße. Diese Mittheilungen des Geschäfts-

berichts werden auch Vollmar überzeugen, daß es mit der Erweckung rosiger Hoffnungen auf den neuen Kurs eine zweifelhafte Sache ist. Die Opposition hat scharf getadelt, daß der Achtstundentag erst für 1898 gefordert wurde. Der etappenweise Uebergang ist der einzige praktische Vorschlag. Wenn die Fraktion heute den Achtstundentag einfach verlangt hätte, würde sie ausgelacht worden sein. Wenn die Opposition für sich die besondere Parteithätigkeit in Berlin in Anspruch nimmt, wenn sie ganz besonders die Bewegung dort unter dem Ausnahmegesetz hochgehalten haben will, so ist das grundfalsch. Der Einzige, der bereits längere Zeit, und auch dieser erst seit 7 Jahren, in Berlin ist, ist Werner. Die Anderen sind alle miteinander erst bedeutend später in die Bewegung hineingekommen, als thatsächlich die Zügel des Gesetzes schon bedeutend locker gelassen waren. So stehen die Sachen. Als die Zügel stramm gehalten wurden, war von den Herren Wildberger u. s. w. nicht die Rede; da waren es Andere, wie ja Schulze-Magdeburg bezeugen kann, der leider ebenfalls bedauerlicher Weise zur Opposition neigt.

Schweer-Hamburg I beschwert sich, daß das Bureau wiederholt die Redezeit von 10 Minuten habe überschreiten lassen.

Thierbach-Königsberg N.-M.: Ich habe mich absichtlich bei Punkt 1 nicht zum Worte gemeldet, weil ich gespannt darauf war, zu hören, was die Opposition für Anklagematerial vorbringen würde. Ich habe wahrnehmen müssen, daß von alledem, was man in öffentlichen Versammlungen in Berlin verbreitete, hier nicht gesprochen worden ist, sondern daß man sich zum großen Theil mit Dingen befaßt hat, über die unter den Genossen gar kein Streit besteht. In Berlin hat man in schärfster und gehässigster Weise nicht allein die gesammte Fraktion, sondern auch die einzelnen Personen, welche auf dem Standpunkt der Parteileitung stehen, angegriffen und verdächtigt. Wenn man den Muth hatte, in einer Stadt wie Berlin ein Flugblatt hinauszulassen, das geradezu von Anschuldigungen strotzt, dann ist man verpflichtet, auch mit seinen Beweisen für so schwere Anklagen hervorzutreten. In der letzten Volksversammlung in Berlin VI, wo Werner über den Erfurter Parteitag referirte, erklärte er, wenn das so weiter mit der Taktik der Partei gehe, und wenn die Partei sich herausnehmen sollte, die Opposition auszuschließen, dann werde diese, trotzdem sie heute noch über kein Blatt verfüge, doch zu einem eigenen Organ gelangen. Werner hat weiter gesagt: wenn es in diesem Sinne weiter geht, dann seien Sie versichert, daß in allernächster Zeit ein Flugblatt erscheint, wogegen das alte ein reiner Waisenknabe ist. Solche Aussprüche sind da gethan worden. Dazu kommt der schon erwähnte Kampffonds im VI. Wahlkreise. Auch zu diesem Fonds muß der Parteitag ganz entschieden Stellung nehmen Es ist einer Partei unwürdig, Elemente in ihrer Mitte zu haben, welche einen

Fonds gründen, um gegen die Interessen der Partei zu arbeiten. An Ihnen liegt es, ein Exempel zu statuiren.

Oertel-Nürnberg hat den Wortlaut seines Antrages dahin geändert, daß die letzten Worte „sondern denselben als für die weitere Entwicklung der Partei verhängnißvoll betrachtet" fortfallen sollen.

Auerbach: Wir meinen, daß die Taktik der Partei in manchen Fällen schon dazu geführt hat, und, wenn kein Einhalt geboten wird, noch mehr dazu führen wird, die sozialdemokratische Partei in eine solche des Possibilismus umzuwandeln. Singer hat Wildberger's Aeußerungen wegen der Haltung bei den Stichwahlen mit dem Hinweis auf die Haller Beschlüsse abfertigen zu können geglaubt; ja, damit ist doch die Frage der Taktik bei den Stichwahlen nicht abgemacht. Wir stehen einmal auf dem Standpunkte, daß wir für falsch und gefährlich halten, bei den Stichwahlen für den Kandidaten irgend einer anderen Partei einzutreten, und wie gefährlich das wirkt, wenn ein solcher Beschluß nicht klipp und klar gefaßt ist, werde ich aus den Flugblättern für Heine beweisen. Damals, 1884, stand Heine in Stichwahl mit dem Freisinnigen Büchtemann. Es war in einer Versammlung der Freisinnigen von deren Vorsitzendem erklärt worden, es wäre eine Schmach und Schande, wenn in Magdeburg auch nur 1000 Stimmen für den Konservativen abgegeben würden. Mit Bezug hierauf heißt es in dem Flugblatt für Heine, ob wohl ein ehrenwerther konservativer Mann oder überhaupt ein Mann von Ehre einem Vertreter dieser freisinnigen Partei seine Stimme geben könne. — So das Flugblatt Heine's gegen einen freisinnigen Gegenkandidaten. — Nehmen wir nun das Flugblatt von 1890 aus Calbe-Aschersleben; da handelte es sich zufälliger Weise um einen Kampf mit einem Konservativen, und da heißt es nun im Flugblatt: „Wähler! Ganz Deutschland blickt mit Spannung auf unseren Wahlkreis; unser Sieg in Calbe-Aschersleben bedeutet einen Triumph für die ganze zivilisirte Welt. Der Arbeiterstand ist versklavt, der Bauernstand wird aufgesogen: sollen diese Zustände trotz der kaiserlichen Erlasse ewig so bleiben?" — Sie sehen, Heine hat eine Vorliebe für kaiserliche Erlasse! (Heiterkeit.) — „Nimmermehr! Die Erlasse des Kaisers müssen zur vollen Durchführung gelangen! Wer das erstrebt, wähle unseren Kandidaten!" Weiter heißt es: „Welche Angriffe schleudern diese Herren der Partei Tietze auf den Deutschfreisinnigen und den Mann der Arbeiterpartei! Wir, die Männer der Freiheit und des Fortschritts, müssen daher zusammenstehen, gemeinsam den gemeinsamen Feind bekämpfen! Nur langsam können wir zum Ziele kommen; wir müssen ausharren und kämpfen um Verminderung der Arbeitszeit — nicht plötzlich, sondern allmählich —, Vermehrung des Lohnes — nicht plötzlich, sondern allmählich —, bis wir alle Arbeiter frei

und glücklich gemacht haben! Das ist unser Ziel, ein edles Ziel, des Ringens werth; mit Freuden setzen wir, wie bisher, Gut und Freiheit dafür ein." (Rufe: Sehr richtig!) Ich glaube, daß Sie auf dem Standpunkt Heine's stehen; für mich aber nehme ich in Anspruch, es nicht für richtig zu finden, wenn von einem Sozialdemokraten für einen Sozialdemokraten ein solches Flugblatt herausgegeben wird. — Heine glaubt dann noch die Sozialdemokraten gegen den schweren Vorwurf, daß sie die Ehe aufheben und die freie Liebe einführen wollten, vertheidigen zu müssen (Ruf: Natürlich!); er bezeichnet ihn als albernen Quatsch.

Dr. Schönlank: Die Reden des Herrn v. Vollmar in München hätten viel eher von einem volksparteilichen, als einem sozialdemokratischen Manne gehalten werden können. Es ist ein geradezu bewundernswerther Optimismus, wenn man zwei Tage nach Caprivi's Erklärung, die Kornzölle nicht aufzuheben, die Hoffnung ausspricht, daß man auch in zollpolitischen Sachen von der Regierung Konzessionen auf dem Wege der Verhandlung erwarten könne. Darin hat sich Vollmar getäuscht wie in anderen Punkten. Er sieht die Bismarck'sche Gewaltpolitik beseitigt und erkennt gerade darin den neuen Kurs. Bei Gelegenheit der Berathung der Unteroffizierprämien im Reichstage hat aber Caprivi erklärt, er rechne darauf, daß es einmal zum Straßenkampf käme und für diesen müßten die Unteroffiziere warm gehalten werden. Solche Dinge sind gesprochen worden, und Vollmar redet davon, daß der Weg der Verhandlung betreten werden müsse! Seine Rede war eine volksparteiliche, nicht aber eine sozialdemokratische. Wegen eines zufälligen Ereignisses, wegen des Sturzes Bismarck's verlangt er eine Aenderung der Tendenz unserer ganzen Bewegung, nicht blos der Taktik; er will an die Stelle der revolutionären Auffassung, daß nur durch Umänderung der Produktionsweise die heutige Unterdrückung der Arbeiterklasse beseitigt werden kann, eine gemüthliche bürgerliche Arbeiterpartei setzen, er will uns abspeisen mit kleinen Brocken! Von Niemand mehr als von ihm hat mich das gewundert, solche Ausführungen zu hören. Vollmar war als einer der Radikalsten in der Partei bekannt, und plötzlich entpuppt er sich als ein Opportunist, wie er schöner nicht gedacht werden kann. Er hat sich früher doch ein bischen anders festgelegt. Im Jahre 1882 hat er in Zürich eine Broschüre erscheinen lassen, worin er ausführt, daß es schädlich wäre für die Partei, wenn das Ausnahmegesetz aufgehoben würde, wir müßten nicht nur die Evolution, sondern auch die Revolution wollen, wir acceptirten zwar alle Zugeständnisse, gäben uns aber damit nicht zufrieden. (Hört, hört!) Noch im vorigen Jahre galt Vollmar in Halle als Schirmherr und Schutzpatron der Berliner Opposition. Ich kann mir daher den Seelenschmerz der Berliner „Jungen" schon vorstellen, der sie er-

griffen hat, als sie diese Rede vom 1. Juni lasen und nun sahen, wie Vollmar vom großen Revolutionär zu einem Sozialdemokraten in Schnallenschuhen und Escarpins gekommen ist.

Die Herren von der Opposition sind so autoritätssüchtig, daß sie sich an die Liebknecht'sche Broschüre klammern und durchaus danach handeln wollen; von geschichtlicher Entwicklung scheinen sie keine Ahnung zu haben. Wenn Auerbach sich mit Suffisance von den Bauern und Kleinbürgern abwendet, und die Berliner und Magdeburger für die Hauptsache erklärt, nach denen sich alles zu richten habe, so muß man doch fragen: Was wollen sie eigentlich von der Partei? Soll das eine geschlossene Gesellschaft werden, wie etwa ein Stammtisch mit der Warnungstafel „Reservirt"? Wenn Wildberger die Stellung prinzipieller Anträge verlangt, möge er doch seine Wünsche der Fraktion einreichen! Die Fraktion wird jede Anregung mit Dank entgegennehmen, aber nach seiner heutigen Rede traue ich ihm die Sachkenntniß nicht zu. Wer so wie er mit einem durch Sachkenntniß nicht getrübten Blick über englische Verhältnisse, über Marx spricht, keine Spur von Ahnung über die Entwicklung der Arbeiterfrage in England hat, der ist auch zu derartigen Anregungen nicht befähigt.

Kalnbach-Karlsruhe erklärt, daß ihm die heutigen Ausführungen Vollmar's doch wesentlich abgeschwächt gegenüber den gedruckten Reden erscheinen. Uebrigens glaubt Redner, sowohl bei Vollmar wie auch bei der Berliner Opposition an den ehrlichen Willen, der Partei zu nützen und würde er deshalb wünschen, daß es zu keinem Bruche komme.

Ein erneuter Schlußantrag wird abgelehnt.

Agster wendet sich gegen Vollmar's Aeußerungen über Lockerung der Disziplin in der Partei im Verhältniß zu deren Anwachsen, sowie gegen seine Darlegung über die Stellung zur Frage des nächsten Krieges, und polemisirt gegen Wildberger's Auffassung von der Bedeutung der Wahlagitation.

Scholz-Berlin VI.: Es ist charakteristisch, daß die Vertreter der Opposition in Berlin nicht gemein genug handeln können, während sie hier die Sammetpfötchen zeigen. Ich gebe zu, daß man in Berlin von vornherein nicht scharf genug gegen die Opposition vorgegangen ist. Man hat die sanguinische Hoffnung gehabt, daß eine Besserung eintreten werde; wir sind eines Besseren belehrt worden. Ich möchte Sie bitten, den direkten Ausschluß der Wildberger und Genossen abzulehnen, aber die Resolution so zu fassen, daß es den Berliner Genossen ermöglicht wird, in Berlin mit diesen Elementen reinen Tisch zu machen. Nicht die bisherige Taktik der Partei, sondern die Taktik der Opposition korrumpirt die Partei.

Storch-Stettin ist zunächst der Meinung, daß die Fraktion schon für 1891 den Achtstundentag hätte fordern müssen. Redner

kommt sodann auf die Berliner Opposition zu sprechen und meint, wenn man den Ausschluß der Opponenten nicht aussprechen wolle, solle man wenigstens die Resolution mit der Bestimmung annehmen, daß, wenn der Parteitag gesprochen hat und die Opposition weiterhin so vorgehe wie bisher, die Parteileitung das Recht habe, ohne den Beschluß des Parteitages abzuwarten, diese Elemente aus der Partei zu entfernen. (Zustimmung.)

Löwenstein-Nürnberg: Meine Wähler haben mich beauftragt, den Ausdruck ihrer Mißbilligung über die sogenannte Berliner Opposition zur Kenntniß des Parteitages zu bringen. Sie billigen voll und ganz die Taktik, welche bisher, namentlich von Seiten der Parteileitung, befolgt worden ist. Sie haben sich auch entschieden gegen die Vollmar'schen Anschauungen ausgesprochen.

Trilse-Leipzig: Man hat zwischen berechtigter und unberechtigter Opposition nicht immer richtig unterschieden. Wäre dieser Fehler nicht vorgekommen, dann hätten wir heute vielleicht nicht mit so unerquicklichen Thatsachen zu rechnen. Aber es ist bezeichnend, daß eine Broschüre aus dem Jahre 1869 die Unterlage bildet zur Befürwortung einer Taktik, welche Liebknecht so und so viele Jahre hinter sich hat. Diese Leute sind eben nach dem volksthümlichen Ausdruck ein bischen spät aufgestanden. Unsere bisherige Taktik hat doch vermöge des Parlamentarismus den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisation zu Stande gebracht und den Kapitalismus in Schach gehalten.

Werner-Teltow: Ich gestehe ganz offen zu, daß ich seit der letzten Reichstagswahl in etwas meine Anschauungen über den Parlamentarismus geändert habe. (Ah!) Ein Theil meiner Genossen und ich wünschen Parlamentarismus, aber nicht zuviel. Wir haben uns gefragt, was wird dann werden, wenn wir einmal 100 Abgeordnete bekommen? Ich glaube, es wird der parlamentarischen Thätigkeit der Riegel vorgeschoben werden, weil wir einfach das Geld für die Diäten nicht werden aufbringen können. (Oho!) Liebknecht hat 1891 den anderen Parteien im Reichstag mit Recht vorgeworfen, daß sie die Diktatur des Kapitalismus etablirten, und Bebel hat gesagt, und das wurde ihm sogar von dem Minister Bötticher bestätigt: „Sie, meine Herren, am Bundesrathstisch, Sie sind die Kommis der besitzenden Klassen!" Muß man sich nach solchen Erklärungen nicht wundern, wenn dann ein Vertreter derselben Partei hintritt und dem Bundesrath das Recht zusprechen will, daß er noch mehr Betriebe unter die Arbeiterschutzgesetzgebung stellen darf? Daß die Partei in der That eine Opportunitätspartei geworden ist, beweist die Rücksichtnahme auf alle möglichen Machtfaktoren. Liebknecht hat auf dem Haller Parteitag gesagt, die Bourgeoisie will und kann uns keine Erfolge erzielen lassen. Nun ist es aber doch eine Opportunitätspolitik, wenn man sagt, im

Jahre 1890 wollen wir den 10stündigen, 1894 den 9stündigen und 1898 den 8stündigen Arbeitstag. Wir können doch heute garnicht wissen, wie weit sich die Technik entwickelt und ob wir überhaupt 1898 noch einen Achtstundentag zu fordern haben. (Heiterkeit.)

Der Vorsitzende macht den Redner darauf aufmerksam, daß seine Redezeit abgelaufen sei.

Auf Antrag Meist wird Werner die Redezeit verlängert.

Werner (fortfahrend): Mit diesem opportunistischen Standpunkt haben wir uns auf die schiefe Ebene begeben; Vollmar ist dabei der konsequenteste. Nach allem, was sich jetzt in der sozialdemokratischen Partei geltend macht, konnte man nach der Mahnung: Immer langsam voran, daß der Krähwinkler Landsturm nachkommen kann! vielleicht 1899 die Verstaatlichung der Apotheken, 1903 die Abschaffung der Zölle fordern u. s. w. (Lachen.) Bei der Frage der Sonntagsruhe hat aber Singer gesagt: wir müssen das Bestreben haben bei dieser Einrichtung, allen betheiligten Kreisen nach Möglichkeit entgegenzukommen und ihnen die Eingewöhnung in diese neuen Verhältnisse bequem zu machen. Ja, meine Herren, wenn das nicht Opportunitätspolitik ist, dann weiß ich nicht, was dieses Wort bedeutet. (Singer: Sehr richtig!) Bebel hat es in der letzten Zeit nicht daran fehlen lassen, auch recht stark in Chauvinismus zu machen. Er hat in Berlin in einer Rede gesagt, wir müssen uns gegen das Russenthum wenden, wir müssen in den Kampf ziehen Schulter an Schulter mit unseren wirthschaftlichen und politischen Gegnern. Ich meine, der Kriegsminister wird jedenfalls in der nächsten Reichstagssession mit lächelnder Miene Herrn Bebel die Rechnung vorzeigen und sagen, bitte, wollen Sie gefälligst die Zeche bewilligen? Ich frage, auf welche Bahn gerathen Sie denn eigentlich? Wir halten an dem Gedanken fest, den Liebknecht ausgesprochen hat: Prinzipien sind untheilbar. Man fragt: Ja, wo soll dies ein Ende nehmen: Ich will mir nicht den Kopf zerbrechen, ob es auf dem Wege der blutigen Revolution geschehen soll. Die Sache kann auch einen anderen Verlauf nehmen. Es können die Organisationen der Arbeiter, auch die Gewerkschaftsorganisationen, zu einer gefährlichen Macht für die bürgerliche Gesellschaft werden. Der Zirkulations- und Produktionsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft könnte an einem Tage zum Stillstand gebracht werden (Unruhe), und dann ist es doch nothwendig, daß wir zielbewußte Sozialdemokraten haben und nicht Leute, die nicht wissen, warum sie Sozialdemokraten sind. (Beifall bei der Opposition.)

Auer: Wenn Vollmar geglaubt hat, der Bebel'schen Resolution zustimmen zu können, wenn auch aus anderen Gründen als Bebel, so ist er mit sich selbst in Widerspruch gerathen, denn in der Resolution Bebel ist ausdrücklich ausgesprochen, es läge kein Grund

vor, die bisherige Taktik der Partei zu ändern. Vollmar ist aber zweifellos in seiner Rede sowohl wie in seiner Broschüre für die Nothwendigkeit einer Aenderung der bisherigen Taktik eingetreten. Es werden nicht Viele im Saale sein, die in Bezug auf eine Reihe praktischer Punkte, die Vollmar angeführt hat, so sehr seine Auffassung theilen, wie ich. Ich bin auch der Meinung, daß die praktischen Gesichtspunkte hervorgekehrt werden müssen; ebenso meine ich, daß beim Prophezeien nichts herauskommt, ich überlasse andererseits aber auch gern dem Genossen Vollmar, der dazu ja in Folge seiner Verhältnisse die nöthige Zeit hat, die Spekulation über die auswärtige Politik. Mir ist es so absolut gleichgiltig, was Vollmar von dem Dreibund denkt, wie es ihm gleichgiltig ist, was ich morgen zu Mittag essen werde. (Heiterkeit.) Aber etwas anderes ist die Frage, ob eine Aenderung der Taktik, wie sie Vollmar wünscht, am Platze ist. Daß Vollmar diese Taktik wünscht, geht zweifellos aus seinen Münchener Reden hervor. (Redner zitirt die betreffenden Stellen.) Er hat der Partei einen großen Dienst geleistet, daß er die Frage überhaupt in der Partei zur Diskussion gestellt hat (sehr richtig!) und ich bedauere nur, daß durch das plumpe Eingreifen der Berliner Opposition die Auseinandersetzung über die von Vollmar angeregten Punkte nicht so stattgefunden hat, wie sie ohne dies Eingreifen stattgefunden hätte.

Sollte der Vollmar'sche Standpunkt hier getheilt werden, dann bliebe gar nichts anderes übrig, als den Absatz 2 der Bebel'schen Resolution einfach zu streichen. Ich halte es nicht für nothwendig, unter den heutigen Verhältnissen die Taktik zu ändern, und ich halte es sogar für bedenklich, sie in dem Sinne zu ändern, wie es uns Vollmar vorschlägt. Er sagt, daß es unsere Aufgabe sein müsse, den Weg der Verhandlungen zu betreten, und er kommt ganz folgerichtig zu der Forderung, daß wir „Selbstbeschränkung“ zu üben haben. Diese „Selbstbeschränkung“ halte ich für gefährlich. Wir haben dann nicht mehr die Freiheit der Aktion, wie wir sie bis jetzt gehabt haben, wir müssen Rücksichten nehmen, weil wir, um Verhandlungen anknüpfen zu können, auf die Freiheit des Entschlusses verzichten müssen. Und so kommt denn Genosse Vollmar, immer logisch weiter denkend, zu dem positiven Vorschlage, daß die Aufstellung eines Aktionsprogramms nothwendig sei. Auf diese Weise werden wir, wenn auch nicht mit Wissen und Wollen, doch thatsächlich dahin geführt, daß wir zweierlei Programm haben, eins für den Alltagsbedarf und eins für den Sonntag. Die strenge Scheidelinie, die bis jetzt unsere Partei allen anderen Parteien gegenüber innegehalten hat, wird somit auf die Dauer verwischt werden. (Zustimmung.) Das ist nicht die Absicht des Genossen Vollmar, aber eine nothwendige Folge seines Standpunktes. In unserem Programm heißt es: Die Befreiung der Arbeiterklasse muß

das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Diesen Standpunkt müssen wir weiter festhalten. Nun hat Oertel vorgeschlagen, klipp und klar auszusprechen, daß der Parteitag die Anschauungen Vollmar's nicht theilt. Damit ist absolut kein Mißtrauen verbunden. Aber nachdem Vollmar selbst in einer Münchener Versammlung als der brave Genosse, der er bisher immer gewesen und auch in Zukunft bleiben wird, erklärt hat, daß er sich den Beschlüssen des Parteitages fügen werde, und nachdem er heute erklärt hat, daß er auch zur Annahme der Bebel'schen Resolution bereit sei, aber aus ganz anderen Motiven, da wird es nothwendig, daß der Parteitag sagt: nein, wir theilen den Standpunkt Vollmar's in dieser Frage nicht. Das ist kein Vorwurf, kein Mißtrauensvotum; das muß sich jeder Genosse gefallen lassen, daß die höchste Instanz, der Parteitag, in aller Freundschaft und kollegialischer Genossenschaft erklärt: Wir theilen Deinen Standpunkt nicht. Ich bitte Sie, nehmen Sie die Bebel'sche Resolution mit dem Zusatzantrag Oertel an! (Beifall.)

Joest-Mainz: Die Münchener Reden Vollmar's haben uns um so mehr überrascht, als Vollmar lange Jahre hindurch den radikalsten Standpunkt unter den Genossen vertreten hat. Hätte Hasenclever so etwas gesagt, Vollmar würde die schärfste Kritik gegen ihn geübt haben. Welche Veranlassung lag vor, auf einmal Stellung zum Dreibunde zu nehmen? Keine! Ebenso müssen wir eine Anschauung bekämpfen wie die, wenn ein Krieg mit Rußland kommt, dann marschirt die Sozialdemokratie Arm in Arm mit den Gegnern. Solch ein Idealismus steht unserer Partei nicht an.

Milenz-Johannisthal: Die gestrigen Reden Einzelner vom Vorstandstisch haben mich stutzig gemacht, und ich habe mich gefragt, ob es auf den Parteitagen immer so zugeht oder nur heute. Ich fühlte mich hier wie vor dem Inquisitionsgericht zur Zeit des Herzogs Alba. (Lachen.) Bebel ist in geradezu rigoroser Weise aufgetreten, und in Folge dessen habe ich den bekannten Antrag mitunterzeichnet, der allerdings besser mündlich hier zum Austrag gebracht worden wäre. Ich war in der großen Lips-Versammlung Zeuge, wie es in Berlin zugeht. In jener Versammlung wurden Bruno Wille und Werner niedergeschrieen, ebenso hat es heute auch der Parteitag gemacht. (Lebhafter Widerspruch.) Der Parteitag hat den Genossen Niederauer mit Lachen und vielen höhnischen Bravos ...

Vorsitzender: Ich muß den Parteitag gegen die Angriffe des Redners entschieden in Schutz nehmen. Es ist unwahr, daß der Parteitag einen Genossen niedergeschrieen hat. Wenn ein Genosse mit seinen Ausführungen das Interesse der Gesammtheit nicht in dem Maße erregt, daß diese ihn anhören kann, so kann man nicht dem Parteitage die Schuld geben, wenn die nöthige Ruhe nicht obwaltet. Aber von einem Niederschreien kann hier absolut keine Rede sein. (Zustimmung.)

Milenz (fortfahrend): Es war ein falscher Ausdruck von mir. ich wollte sagen, nachdem Niederauer geredet, erscholl höhnisches Bravo. Ich bin kein Redner. Ich spreche so wie ich kann, und was ich nicht kann, werde ich lernen. Redner geht noch ausführlicher auf die Lips-Versammlung ein, betont die Nothwendigkeit der mündlichen Agitation auf dem Lande und muß schließlich seinen Vortrag abbrechen, da die Redezeit abgelaufen ist.

Schulze-Mageburg: Ich will nur bei dieser Gelegenheit protestiren gegen die Art und Weise, wie gestern Frohme meinen Freund und Genossen Köster in Magdeburg mit den Anarchisten identifizirt hat. Ich bin auch nicht mit all' und jedem einverstanden, was in Berlin von einzelnen Rednern gesagt worden ist, aber ich verstehe, wenn ich bedenke, wie gestern die Herren Bebel, Auer und Fischer hier gesprochen haben, daß sich auch die Berliner Genossen dazu hinreißen lassen, etwas zu sagen, was sie unter anderen Umständen auch nicht sagen würden. Auch ich mißbillige die Vollmar'sche Taktik, aber Vollmar hat doch nichts weiter ausgesprochen, als was nach meiner Ansicht die ganze Fraktion bisher gethan hat. Daß wir uns keineswegs in einem neuen Kurse befinden, beweisen die in Magdeburg allein im letzten Jahre verhängten Polizei- und Gerichtsstrafen. Es sind 42 Beschlagnahmen erfolgt, 76 Haussuchungen, 133 Strafmandate und -Befehle; unter Anklage standen 91 Genossen. Gefängnißstrafen wurden 54 Monate 13 Wochen verhängt, an Geldstrafen 16 325 Mk. Wo ist da der neue Kurs, Herr v. Vollmar? Wenn gesagt worden ist, es fehlte in Magdeburg ein hervorragender Führer, so antworte ich, wir haben in Magdeburg auch Parteipäpste gehabt, aber mit ihnen aufgeräumt.

Der Vorsitzende schlägt nunmehr vor, die Verhandlungen über den zur Berathung stehenden Gegenstand der Tagesordnung abzubrechen, dafür aber noch eine Kommission von 21 Mitgliedern zu wählen, welche den Programmentwurf vorzuberathen hat. Darüber entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungs-Debatte, die mit Annahme dieses Vorschlags endet, worauf per Acclamation mit allen gegen 2 Stimmen die vorgeschlagene Liste angenommen wird. Die gewählte Kommission soll am Sonntag früh bereits mit ihren Arbeiten beginnen. Eine fernere Geschäftsordnungs-Debatte entspinnt sich darüber, ob Sonntag überhaupt eine Sitzung stattfinden soll, da vor 3 Uhr Nachmittags nicht begonnen werden dürfe, und bereits Abends 7 Uhr der von den Erfurter Genossen zu Ehren der Delegirten veranstaltete Kommers beginnen soll. Es wird beschlossen am Sonntag Nachmittag 3 Uhr eine Sitzung stattfinden zu lassen mit der Tagesordnung: Berathung derjenigen Anträge, welche sich auf die Organisation, Presse und Agitation beziehen.

Schließlich giebt Singer folgende Erklärung ab: Der Genosse Glocke hat gestern die Verhältnisse des „Berliner Volksblatt“ in

die Diskussion gezogen. Glocke motivirte seine frühere Opposition damit, daß er meinte, die Verhältnisse des „Volksblatt“ wären derartige gewesen, daß sie einer anderweitigen Regelung bedurft hätten. Ich habe demgegenüber zu erklären, daß seit der Gründung des „Volksblatt“, so lange dasselbe Defizits machte, die Parteikasse niemals zur Deckung derselben in Anspruch genommen worden ist, und daß von dem ersten Augenblicke an, wo das „Berliner Volksblatt“ Ueberschüsse erzielte, diese Ueberschüsse zu Gunsten der Partei durch die Parteileitung verwendet worden sind. Ich gebe diese Erklärung nur ab, um der Möglichkeit vorzubeugen, daß eine längst zu allseitiger Zufriedenheit untersuchte und geregelte Angelegenheit von neuem zu Mißverständnissen Veranlassung geben könnte.

Schluß 7¼ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Sonntag, den 18. Oktober.

Vorsitzender Kloß eröffnet die Sitzung um 3¼ Uhr.

Wiederum ist eine große Anzahl von Zuschriften und Begrüßungstelegrammen an den Parteitag eingegangen.

Auf der Tagesordnung steht Punkt 5: Berathung derjenigen **Anträge** der Parteigenossen, welche bei den voraufgehenden Punkten der Tagesordnung nicht bereits ihre Erledigung gefunden haben.

Zunächst werden die

Anträge zur „Organisation“

berathen. Deren liegen in der gedruckten Vorlage drei vor. — Ein von Demmler-Geyer eingebrachter Abänderungsantrag zu § 3 des Organisationsstatuts, daß die Vertrauensmänner mindestens jährlich zweimal Berichte an den Vorstand gelangen lassen sollen, findet nicht die nöthige Unterstützung, gelangt daher nicht zur Verhandlung.

Antrag 1:

> Der Landes-Vorstand der sozialdemokratischen Partei Württembergs beantragt, die Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands in § 7 wie folgt abzuändern: „Ein Parteitag hat in der Regel alle 2 Jahre stattzufinden; die Einberufung desselben erfolgt durch die Parteileitung.“

Agster begründet den Antrag unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Aufwendungen, die der Parteitag verursache.

Bebel: Es wäre geradezu ein Unglück, wenn der Parteitag auf einen solchen Antrag einginge. Daraus würden lediglich

dauernde Reibereien zwischen den einzelnen Landestheilen — und jeden Augenblick Anträge auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages resultiren. Angesichts des Brüsseler Beschlusses, der sogar einen internationalen Kongreß alle zwei Jahre für nöthig erklärt, sind jährliche Parteitage unbedingt nothwendig. Die Befürchtung, die Mittel wären nicht aufzubringen, kann allenfalls von einigen wenigen kleineren Orten gelten, nicht aber von der großen Mehrheit. Der Parteivorstand will die Verantwortung für außerordentliche Parteitage auch nicht ohne Weiteres tragen.

Der Antrag wird abgelehnt; ebenso der zweite, von einem Kölner Genossen auf Einführung der direkten Gesetzgebung in die Parteiorganisation gestellte.

Antrag 3:

Die Genossen in Wandsbeck beantragen, den § 9, Absatz 1 des Statuts unserer Partei-Organisation dahin abzuändern, daß die Wahl der Delegirten zum Parteitage auf proportionaler Grundlage erfolgt, und zwar in der Weise, daß bis zu 5000 Wähler in einem Wahlkreise nicht mehr als einen Delegirten zu wählen haben, von 5- —10 000 zwei, weiter aber nur die höchst zulässige Zahl von drei Delegirten. Das letzte Wahlresultat der Reichstagswahlen ist maßgebend bis zur folgenden Wahl für die Entsendung der Delegirten.

Zur Begründung des Antrages meldet sich Niemand. — Heinrich-Altona erklärt: trotz wiederholter Aufforderung, die Genossen möchten ihm ihre Begründung schriftlich mittheilen, habe er keine Antwort erhalten. — Nach längerer Debatte, in der Singer, Frohme, Stadthagen, Bebel und Köhnen gegen, Niederauer für den Antrag eintreten, wird derselbe abgelehnt.

Ein inzwischen noch eingelaufener Antrag zum § 9, den Satz: „Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden“, zu streichen, findet nicht die erforderliche Unterstützung, kommt also nicht zur Verhandlung.

Lingner-Hannover VI. beschwert sich zur Geschäftsordnung darüber, daß das Bureau so rasch über die Anträge hinweggegangen sei. Bei der Unterstützungsfrage für den Antrag Demmler habe im unteren Theile des Saales Niemand gewußt, um was es sich handle. Auch Hänsler-Mannheim erhebt diese Klage; es sei wohl ein Irrthum untergelaufen, sonst hätte dieser so nothwendige Antrag wohl die Unterstützung gefunden.

Vorsitzender Kloß erklärt sich bereit, den Antrag Demmler nochmals zur Unterstützung zu stellen.

Die große Mehrheit entscheidet wiederum gegen die Verhandlung des Antrages.

Es wird hiernach zu den

Anträgen bezüglich der Presse

übergegangen.

Antrag 1.

Die Parteigenossen in Zwickau beantragen: Zur Gründung jedes neuen Partei-Organs ist die Genehmigung der Parteileitung erforderlich. Alle anderen Beschlüsse einzelner Landesversammlungen sind dadurch aufgehoben.

Schmidt-Zwickau: Wir haben in Zwickau nach dem Erlöschen des Ausnahmegesetzes ein eigenes Blatt gründen wollen; da wurde auf der Landesversammlung in Chemnitz der Beschluß gefaßt, jede neue Gründung eines Parteiorgans bedürfe zunächst der Genehmigung der Landtagsfraktion. Die leichtfertige Gründung von Zeitungen müsse verhindert werden. Wir wollen das auch, aber für uns handelt es sich darum, daß das Blatt, welches jetzt in Chemnitz erscheint, lebensfähiger würde, wenn es in Zwickau erschiene. In Halle ist einstimmig beschlossen worden, nicht die Reichstagsfraktion mit der Parteileitung zu betrauen, sondern letztere aus der Mitte des Parteitages wählen zu lassen. Soll also eine Zeitungsgründung erst einer Prüfung unterworfen werden, dann kann das höchstens durch die Parteileitung geschehen, aber nicht durch eine Landtagsfraktion.

Agster erklärt sich gegen den Antrag. Der Parteivorstand werde, wenn er zur Gründung seine Einwilligung zu geben habe, nachher auch quasi verpflichtet sein, wenn das Blatt nicht rentire, ihm materiell unter die Arme zu greifen. Daß das Blatt in Chemnitz nicht rentire, sei kein Wunder, da im Lande Sachsen 3 oder 4 täglich erscheinende Blätter sich gegenseitig Konkurrenz machten.

Hoffmann-Chemnitz: Die Annahme des erwähnten Antrages in Chemnitz hatte ihren guten Grund. Die Zeitungen haben zu thun, sich über Wasser zu halten. In Halle sagte Auer: Unterstützt in erster Linie die bestehenden Parteiblätter, gründet nicht neue! Wir hatten nicht weniger wie 460 Genossen, welche an Blättern thätig waren und schließlich zum Theil elend in's Unglück geriethen, als die Blätter sich nicht mehr halten und die Partei unter dem Sozialistengesetz nicht dafür aufkommen konnte. Dieses Gründungsfieber sollte nicht wieder losgehen. Geben Sie dem Parteivorstand die Befugniß, dann machen Sie nur gleich auch den Geldsäckel viel größer.

Singer: Was uns hier beschäftigt, ist die Stellung der Gesammtpartei zur Presse. Bei Annahme dieses Antrages müßte vom Parteivorstand die moralische Verantwortung bei event. finanzieller Unterstützung übernommen werden. Es ist jedoch nicht angebracht, der Parteileitung die Entscheidung über Verhältnisse zu

übertragen, welche sie nicht kennt und nicht kennen kann. Der Vorstand wäre in allen solchen Fällen angewiesen auf die Auskünfte der Genossen des Ortes oder Landstrichs, wo die Gründung vorgenommen werden soll. Diese Genossen sind aber bei der Gründungsfrage interessirt. Ueber solche Fragen müssen größe Versammlungen und große Kreise der Genossen entscheiden, die schließlich, wenn sie die Gründung beschließen, auch verpflichtet sind, für die finanzielle Sicherstellung, wie für die Verbreitung des Organs zu sorgen. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Gießmann-Breslau-Ost: Auch wir haben speziell bei uns in Schlesien ein reines Gründungsfieber erlebt. Es gründete sich der „Proletarier im Eulengebirge“; vorher war schon durch Bruno Geiser die „Wahrheit“ ins Leben gerufen. Wir haben die „Wahrheit“ in schwerem Kampf niedergemacht.

Ein Schlußantrag von Röhrle wird angenommen. Im Schlußwort bemerkt

Schmidt-Zwickau: Wir hätten den Antrag nicht gestellt, wenn nicht Bebel und Liebknecht erklärt hätten, es sei Pflicht des Parteivorstandes, gegen solche Gründungen aufzutreten und dagegen zu wirken.

Bebel (zur Richtigstellung): Die Auffassung des Vorredners wegen unserer Erklärung auf der Landesversammlung ist vollständig falsch. Ich speziell habe damals in längerer Rede die Gründe angeführt, welche Vorsicht gebieten. Ich muß mich entschieden dagegen verwahren, daß man dem Parteivorstand oder einer anderen Instanz die Verantwortung für die Gründung von Blättern überweist; in solche Dinge hat sich, darin stimme ich ganz mit Singer überein, kein Parteivorstand zu mischen.

Der Antrag Zwickau wird abgelehnt.

Antrag 2.

Die Genossen in Dortmund, Lüdenscheid, Württemberg, Berlin I und Leipzig beantragen: „Das Parteiprogramm soll, mit einem kurzen parteigeschichtlichen Ueberblick, sowie mit allgemein verständlichen Erläuterungen des Programms versehen, gedruckt und zum Zwecke der Massenverbreitung als Agitationsschrift zum Betrage der Herstellungskosten abgegeben werden.

Taeterow-Berlin I.: Viel wichtiger als die Anträge auf Verbreitung von Flugschriften und sonstigem Agitationsmaterial ist dieser Antrag. Das Programm zu verstehen ist schwer, noch schwerer, es richtig auszulegen. Daher dürfte sich unser Antrag wohl zur Annahme und Ausführung empfehlen. Die Gewichtigkeit der Organisation ist auch nicht genügend begriffen worden. Daher würde sich nicht blos ein parteigeschichtlicher Ueberblick, wie er im Antrage gewünscht wird, sondern auch eine spezielle Beleuchtung der Organisation empfehlen.

Trilse-Leipzig: Es ist eine bekannte traurige Thatsache, daß 80 % der Arbeiterbevölkerung wohl dem Namen nach mit der Sozialdemokratie bekannt sind, jedoch nicht mit deren Prinzipien, und es wäre daher unsere Pflicht, daß wir hauptsächlich der Landbevölkerung gegenüber Broschüren herausgeben, welche unser mit Erläuterungen versehenes Programm enthalten.

Tölcke-Dortmund beantragt zur Geschäftsordnung die Zurückstellung der Verhandlung des Antrages bis zur Beendigung der Berathungen der Programmkommission.

Nach einer Erklärung Singers wird der Geschäftsordnungsantrag Tölcke zurückgezogen und der Antrag Dortmund-Berlin I. mit großer Majorität angenommen.

Antrag 3.

Die Genossen des I. Berliner Wahlkreises beantragen:

„Um dem Einwande zu begegnen, die Berliner Genossen hätten keinen Einfluß auf unser Organ; um weiter den auswärtigen Genossen den für sie interesselosen Inhalt des Organs, als die Lokallisten, Sprechsaal-Notizen, einen großen Theil der Geschäfts- und Vereinsannonzen, Berichte u. s. w. zu ersparen, wird der Vorstand beauftragt, wenn möglich eine Theilung des Zentralorgans „Vorwärts" zu bewirken, dergestalt, daß der erste Theil das eigentliche Zentralorgan bildet, wogegen der andere Theil die Berliner Parteipresse darstellt. Das Zentralorgan bleibt unter der Kontrolle des Parteivorstandes, der andere Theil unter dem Einfluß der Berliner Genossen."

Metzner-Berlin I. begründet in kurzer, präziser Form den Antrag und erklärt, derselbe sei auch nicht so gedacht, als müsse er in allen seinen Theilen ganz so, wie er dasteht, zur Annahme gelangen, denn er besagt ausdrücklich: „wenn möglich." Greifen technische Bedenken Platz, so kann man den Antrag ruhig ändern.

Bebel: Der erste Theil des Antrages ist in der vorgeschlagenen Form unannehmbar. Ich verstehe nicht, wie die Genossen glauben können, daß ein auswärtiger Genosse, der auf den „Vorwärts" abonnirt, nicht wünscht, auch die übrigen Nachrichten des „Vorwärts" zu erhalten. Die Kenntniß der Vorgänge in einer Stadt wie Berlin, wo die Parteibewegung eine so große Rolle spielt, muß doch prinzipiell für die Genossen von besonderem Interesse sein. Hat nicht Jeder ein Interesse, sich z. B. über die Vorgänge der letzten Zeit aus erster Quelle Aufklärung zu verschaffen? Was die Kontrolle der Berliner Genossen über den lokalen Theil des „Vorwärts" betrifft, so hat Auer schon erklärt, daß der Vorstand, wenigstens der jetzige, gegen diesen Antrag absolut nichts einzuwenden hat. Ich schlage daher vor: Der Parteitag wolle denjenigen Theil des Berliner Antrages, welcher sich auf die Theilung des „Vorwärts" bezieht, ablehnen und beschließen: Der Parteitag erklärt sich damit

einverstanden, daß die Berliner Genossen eine Kommission von 9 Mitgliedern wählen, welche in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande die Kontrolle des lokalen Theils des „Vorwärts" zu übernehmen haben.

Dieser Antrag wird angenommen, nachdem Metzner den Berliner Antrag zurückgezogen hat.

Die Genossen des I. Berliner Wahlkreises beantragen ferner:

„Der Parteitag möge sich dahin erklären, daß die Organe der Partei angehalten werden, Annonzen von schwindelhaften Abzahlungs-Geschäften, Leihhaus-Ausverkäufen u. s. w. keine Aufnahme zu gewähren; besonders aber dann die Aufnahme zu verweigern, wenn die einzelnen Gewerkschaften, deren Interessen hierdurch geschädigt werden, bei der Preßkommission, welcher das betreffende Blatt unterstellt ist, dagegen Einspruch erheben."

Metzner als Antragsteller erkennt an, daß der Antrag nicht leicht ausführbar sei; glaubt aber, daß man zu den Redaktionen und Expeditionen der Parteiblätter das Vertrauen haben dürfe, daß sie schwindelhafte Annonzen zurückweisen würden, sobald sie davon Kenntniß hätten.

Neweczerzal-Mülhausen i. E. empfiehlt, es so zu machen, wie in der „Elsaß-Lothringischen Volkszeitung", welche an der Spitze der Annoncen die Notiz bringt: „Für die Reellität der Annoncen dem Publikum gegenüber übernehmen wir keine Verantwortung." — Redner beantragt, nur den zweiten Theil des Antrages anzunehmen.

Slomke-Bielefeld verweist auf frühere Parteitage, speziell auf den Haller Parteitag, welche ähnliche Anträge bereits angenommen haben. Trotzdem ständen nach wie vor im „Vorwärts" großartige Lotterieannoncen und Gewinnlisten, wodurch dem Lotterieschwindel Vorschub geleistet werde. Die Parteiblätter können ohne die Lotterieannoncen auch existiren.

Inzwischen ist ein Amendement eingegangen, auch die Aufnahme unsittlicher Annoncen zu verbieten.

Bebel: Dieses Amendement wünscht etwas Selbstverständliches und ist dasselbe überflüssig. Was den Antrag selbst betrifft, so war unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes eine solche Kontrolle vielleicht nothwendig; aber heute besteht wohl kaum ein Organ, auf dessen Verwaltung und Handhabung die Genossen nicht einen Einfluß haben. — Haben wir doch so viel Vertrauen, daß die Genossen selber wissen, was sie dem Parteiinteresse schuldig sind! Müssen wir denn überall bevormundende Vorschriften in's Detail geben? Wenn wir bezüglich der unsittlichen Annoncen eine Vorschrift geben, so könnten wir auch verbieten, daß Jemand Gebetbücher empfiehlt; man müßte alle literarischen Erzeugnisse verbieten, die den Genossen nicht nützlich sind, u. s. w. Ich wünschte, daß die

Genossen nicht in erster Linie ihrem Triebe folgen, überhaupt einmal einen Antrag zu stellen, um darüber eine Rede zu halten, sondern sich fragen: ist dieser Antrag der Mühe werth, um den Parteitag damit zu beschäftigen? (Sehr richtig!) Der vorliegende Antrag ist absolut unannehmbar. — Warum sollen die Annoncen über Leihhaus-Ausverkäufe verboten werden? Ich bedauere, daß die heutige Gesellschaftsordnung es nothwendig macht, daß diese Institute mehr und mehr wie die Pilze emporwachsen und daß gerade die Armuth ihre besten Sachen dahin tragen muß, aber, wenn man verböte, die Pfänder zu verauktioniren, dann würden überhaupt keine Leihhäuser existiren.

Grothe-Halle: Wenn der vorliegende Antrag angenommen wird, dann ziehen wir der Provinzialpresse die Schlinge um den Hals. Was ein schwindelhaftes und was ein reelles Abzahlungsgeschäft ist, kann der Parteitag nicht unterscheiden. Ich mache selbst Abzahlungsgeschäfte durch ein Möbelmagazin und habe große Kopfschmerzen damit. Nicht jedes Abzahlungsgeschäft ist ein Schwindel. Man würde thatsächlich durch die Inhibirung solcher Abzahlungsgeschäfte dazu übergehen, sich auf den Standpunkt des Professors Birnbaum in Leipzig zu stellen, der sagte, der Arbeiter soll überhaupt nicht heirathen, ehe er das nöthige Geld hat und 30, 40 Jahre alt ist.

Die Diskussion wird geschlossen. Das Schlußwort erhält

Metzner: Die Auktionen, die in Leihhäusern stattfinden und von denen Bebel sprach, kommen hier garnicht in Betracht. Es handelt sich nur um die schwindelhaften Leihhaus-Ausverkäufe und Abzahlungsgeschäfte. Wenn wirklich einzelne unserer Blätter durch solche schwindelhafte Annoncen ihr Leben fristen, dann ist es besser, sie gehen zu Grunde!

Der Antrag und das Amendement werden mit großer Majorität abgelehnt.

Antrag 4.

Koppe-Rixdorf beantragt: „a) Das Abonnement des „Vorwärts" pro Quartal auf 3 M. festzusetzen; b) die Versammlungsanzeigen für Arbeiterversammlungen (politische und gewerkschaftliche) um 50 pCt. zu verbilligen."

Antrag 5.

Die Genossen in Tuttlingen: „Das Partei-Organ „Vorwärts" (Berliner Volksblatt) soll vom 1. Januar 1892 ab abermals eine Ermäßigung des Abonnementspreises erfahren."

Beide Anträge werden gemeinsam verhandelt.

Agster-Stuttgart: Die Tuttlinger haben diesen Antrag nur gestellt, um überhaupt einen Antrag zu stellen.

Bebel: Der Antrag Koppe sub b) ist insofern erledigt, als bereits seit einem Jahre die Versammlungsanzeigen um 50 pCt.

verbilligt sind. Was nun die Reduktion des Abonnementspreises des „Vorwärts“ anbetrifft, so ist zu bedenken, daß bereits im vorigen Jahre das Monatsabonnement in Berlin von Mark 1,35 auf Mark 1,10 und das Postabonnement von Mark 4 pro Quartal auf Mark 3,30 herabgesetzt wurde. Nun sollen wieder 30 Pfennige gestrichen werden. Das macht bei 35 000 Abonnenten rund 42 000 Mark. Der Ueberschuß des Blattes beträgt 38 000 Mark im letzten Jahre. Man würde also mit einem Schlage den ganzen Ueberschuß streichen. Ich will nicht streiten, ob der Ueberschuß so hoch, wie er da ist, gerade nothwendig für die Partei ist, aber jedenfalls brauchen wir angesichts der immer größer werdenden Anforderungen an die Partei immer mehr Ueberschüsse. Unser Kassenabschluß ist zwar außerordentlich günstig, aber sobald nur eine einzige allgemeine Wahl kommt, fliegen die Hunderttausende aus der Kasse heraus. Dazu kommen die gesteigerten Preß anforderungen aus ganz Deutschland. Also die kleine Preisermäßigung nützt den Genossen nicht viel, aber der Parteikasse schadet sie ungemein. Die Ueberschüsse hängen gar nicht vom Abonnement ab, sie kommen blos aus den Annoncen. Wir haben 64 000 Mark für Annoncen eingenommen, und 38 000 Mark ist der Ueberschuß gewesen. Wer den „Vorwärts“ im letzten Jahre verfolgt hat, wird gefunden haben, daß das Material, der Umfang des Blattes allmählich ein bedeutend größeres geworden ist gegen früher. Wir sind oft genöthigt, Extrabeilagen zu machen. Die Berichterstattung über den Parteitag kostet uns wieder einige tausend Mark, die wir um jeden Preis anwenden müssen, damit ein prompter, rascher Bericht möglich ist. Der „Vorwärts“ ist das einzige Blatt, welches am nächsten Morgen die Kongreßverhandlungen des vorhergehenden Tages bis zum Abend bringen kann. Ferner hat der Parteivorstand beschlossen, daß vom 1. Januar k. J. ab ein allgemeines illustrirtes Unterhaltungsblatt herausgegeben werden soll, welches den Blättern zu einem bestimmten Preise beigelegt werden soll. Wir haben beschlossen, dem neuen Blatt den Namen „Neue Welt“ zu geben. (Bravo!) Es wird von Neujahr ab in Hamburg erscheinen und von unserem Genossen Kurt Baake redigirt werden. In erster Linie ist aber doch der „Vorwärts“ verpflichtet, dieses Blatt beizugeben, und das verursacht wieder ein paar tausend Mark mehr Kosten. Sollten wir wirklich einmal in eine so günstige Lage kommen, daß wir den Abonnementspreis herabsetzen können, dann wird die betreffende Parteileitung gerade so wenig davon Abstand nehmen, wie früher. Außerdem kann der Parteitag das jeden Augenblick beschließen. Heute aber ist dazu die Zeit noch nicht. Ich bitte Sie deshalb, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Die Anträge Koppe und Tuttlingen werden abgelehnt.

Antrag 6.

Die **Dortmunder** Delegirten beantragen:

a) „Der Parteitag wolle beschließen, daß es Pflicht eines jeden Parteiblattes ist, einem jeden anderen Parteiblatt ein Pflichtexemplar gratis zu überweisen.

b) Der Parteitag wolle beschließen, daß der „Vorwärts" jedem Parteiblatt zwei Pflichtexemplare überweist und zwar eins zur Verwendung bei Herstellung der Partei-Organe und eins zum Einreihen in die Bibliothek der Redaktion.

c) Der Parteitag wolle beschließen, daß der Redaktion eines jeden Parteiblatts seitens der Parteileitung eine Handbibliothek gratis zur Verfügung gestellt wird und zwar derart, daß diese Handbibliothek Eigenthum der Partei bleibt und im Falle Eingehens eines Parteiblatts an die Parleileitung zurückzuliefern ist."

Tölcke hat den speziellen Auftrag, diesen Antrag zu begründen, obwohl er persönlich nicht mit allen Forderungen einverstanden ist. Die Forderung sub a werde jetzt schon fast überall erfüllt, die sub b sei vollständig gerechtfertigt und nur die Forderung sub c bedenklich. Die Dortmunder Genossen haben geltend gemacht, daß nicht alle Blätter einen ausgezeichneten Redakteur halten können. Für diese Blätter solle dem Redakteur eine Handbibliothek zur Verfügung gestellt werden und zwar gratis, weil solche jungen Blätter finanziell noch nicht kräftig genug seien.

Agster und **Bebel** erklären sich gegen den Antrag. Der Letztere wendet sich namentlich gegen den Antrag sub b., der schon aus posttechnischen Gründen mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Ueberweisung nicht durchführbar sei. Dasselbe gelte auch von dem Antrag sub c. Jeder Redakteur werde die verschiedensten Ansprüche machen, und wer solle da entscheiden? Ganz davon zu schweigen, wie es mit dem „Eigenthum der Partei" werden würde. (Heiterkeit.)

Der Antrag wird **abgelehnt**.

Mit Rücksicht auf den heute Abend stattfindenden Kommers wird nunmehr die Sitzung abgebrochen und die nächste Sitzung auf Montag früh 9 Uhr anberaumt.

Schluß 5¾ Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Montag, den 19. Oktober.

Vormittagssitzung.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt **Singer**.

Wieder sind zahlreiche Zuschriften und Telegramme an den Parteitag gelangt, deren Absender bekannt gegeben werden.

Vorsitzender Singer: Es liegen ferner 2 Depeschen und mehrere Briefe vor, in denen einzelne Personen sich mit der Opposition einverstanden erklären. Ferner eine Depesche mit einer Unterschrift aus Teltow, worin erklärt wird, daß die Genossen dort sich mit dem Flugblatt solidarisch erklären. Um nicht den Schein zu erwecken, als ob von hier aus die Meinungsäußerung innerhalb der Partei irgendwie unterdrückt würde, habe ich heute noch diese Mittheilungen gemacht; der Parteitag kann sich aber nicht darauf einlassen, Zuschriften einzelner Leute, von denen man nicht einmal weiß, ob und von wem sie autorisirt sind, zur Verlesung zu bringen. Mit dieser Art von Mittheilungen werde ich also jetzt aufhören, wenn der Parteitag damit einverstanden ist. (Zustimmung.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Jacobey, daß der von ihm bei der Berathung des Punktes 1 als aus dem Wahlverein des VI. Berliner Kreises neben Schwabe ausgeschlossen erwähnte bisherige Genosse nicht Litfin ist, wie die ganze Presse berichte, sondern der in Moabit wohnhafte Löpke.

Vorsitzender Singer: Es ist uns noch eine Mittheilung zugegangen von der Preßkommission, welche zur Ueberwachung der „Volkstribüne" in Berlin besteht. Die Herren schreiben, daß sie, veranlaßt durch die Mittheilung Grillenberger's, der behauptet haben soll, daß das bekannte Flugblatt von der Expedition der „Volkstribüne" und mit der „Volkstribüne" versandt worden ist, eine Untersuchung angestellt haben, aus der sich ergiebt, daß der Expedient des Blattes behauptet, aus eigener Initiative keine Flugblätter verschickt zu haben; dagegen könne selbstverständlich nicht in Betracht kommen, wenn der Betreffende auf Wunsch von Genossen diesen einige Exemplare zusandte, und zum Beweise dafür, daß an die Expedition sowohl aus dem Auslande, wie aus dem Inlande der Wunsch um Uebersendung einiger Exemplare ausgesprochen ist, fügt die Preßkommission 3 Postkarten mit solchen Bestellungen bei.

Hierauf wird die Erörterung der Punkte 3a. und 3b. „**Die parlamentarische Thätigkeit und die Taktik der Partei**" **fortgesetzt**.

Herbert-Stettin: Wir haben mehr Grund, uns mit Vollmar zu beschäftigen, als mit der Opposition, wie es die meisten Redner bisher gethan haben. Vollmar spricht vom Herrschen eines neuen Kurses. Wir in Pommern merken nichts davon, wir haben im Gegentheil Herrn von Puttkamer erhalten. Im Lande herrschen die alten Behörden, die alten Staatsanwälte, und andererseits wird der Kampf zwischen der Bourgeoisie und uns immer erbitterter. Die Frage der Taktik ist nicht allein nach den im Lande errungenen Erfolgen, sondern auch nach der Reinheit des Prinzips zu beurtheilen. Wir müssen Stellung nehmen, um Allen, die Vollmar

ganz oder halb zugestimmt haben, zu erklären, daß der Parteitag diesen Weg nicht beschritten wissen will. Würden wir den Standpunkt Vollmar's einnehmen, dann hätte die Opposition mit ihrer Behauptung recht, daß wir zu einer kleinbürgerlichen Reformpartei herabgesunken sind. Es muß ein Antrag angenommen werden, welcher die Taktik festlegt und erklärt, daß wir weder nach links, noch nach rechts gehen.

Der Antrag Riesop wird zurückgezogen.

Schmid-München: Die Münchener Delegation hat zu der schwebenden Frage eine Erklärung abzugeben. Zunächst haben wir uns entschieden gegen den Vorwurf der Berliner Opposition zu verwahren, als wäre die Partei in München korrumpirt oder nur eine Hurrahkanaille. Aber auch aus anderen Parteikreisen ist den Münchenern der Vorwurf gekommen, als ob sie nicht strikt genug gehandelt, den Sinn der Rede Vollmar's nicht erfaßt hätten, da sie sonst nicht Bravo rufen konnten u. s. w. Vollmar hat in Südbayern für die Partei sehr viel geleistet, übt auf die Versammlungen durch seine Reden sehr großen Einfluß, so daß wohl erklärlich, warum nicht in jener Versammlung ihm gleich Jemand entgegengetreten ist. Aber die Münchener ganze Parteigenossenschaft war auch nicht völlig mit Vollmar einverstanden. Das können Sie aus der Erklärung ersehen, welche von 60—70 Parteigenossen beschlossen und veröffentlicht worden ist. Ungern haben wir das gethan, aber wir waren dazu gezwungen durch die aus Bosheit oder Dummheit auf unsere Parteithätigkeit gerichteten Angriffe. Allein vernünftiger und taktisch richtiger war es, die Sache nicht in großen Versammlungen breit zu treten, sondern sie an die Instanz zu verweisen, wo einzig Beschluß gefaßt werden kann, und das war nach unserer Ansicht der Parteitag. (Sehr richtig!) Vollmar hat in einer Besprechung, bevor wir hierher gegangen sind, zugesagt, daß er hier lediglich seine persönliche Ansicht vertreten würde, trotzdem er sich auf die Zustimmung einer großen Versammlung stützen konnte. Das darf nicht außer Betracht gelassen werden. Deswegen erwarten wir von ihm, daß er, wie es Pflicht jedes einzelnen Parteigenossen ist, sich den Beschlüssen und Maßnahmen des Parteitages fügen wird.

Ebenso kann ich Namens der Münchener Delegirten die Versicherung aussprechen, daß die Münchener Parteigenossen, gleichviel um welche Personen es sich handelt, so arbeiten werden, wie die Taktik vom Parteitage geregelt werden wird. Hören Sie die Erklärungen Vollmar's ruhig und sachlich an, lassen Sie sich nicht bestimmen durch Sympathien oder Antipathien, sondern handeln Sie, wie Sie handeln müssen. Vollmar hat zugestanden, daß er die Resolution Bebel unterschreibt. Offen müssen wir unser Bedauern aussprechen, daß der Antrag Oertel in dieser Form eingereicht worden ist. (Sehr richtig!)

Metzner: In Angelegenheiten der Berliner Opposition ein Urtheil auszusprechen, halte ich mich für verpflichtet, um einige Klarheit über das am Sonnabend hier Gesagte zu geben. Wildberger sagte am Sonnabend, die Liebknecht'sche Broschüre von 1869 sei wesentlich die Veranlassung seines oppositionellen Auftretens gewesen. Das ist unrichtig. Die Opposition ist nicht erst in Folge der Broschüre gemacht worden, denn sonst hätte sie ja viel früher eintreten müssen. Auf Grund der Broschüre hätte auch ihr Verhalten in der Wahlperiode ein anderes sein müssen, sie hätten sich nicht um Mandate bewerben, sondern jedes Mandat ablehnen müssen.

Lütjens-Hamburg I.: Es sind wohl nur Wenige hier, welche den Standpunkt Vollmar's theilen, ich glaube gar keine. Wir Hamburger stellen uns wohl alle auf Seiten der Resolution Bebel's, sind aber ganz entschieden gegen den Antrag Oertel. Was dieser Zusatzantrag besagen soll, finden wir in der Resolution schon voll und ganz ausgedrückt, dort, wo von strenger Disziplin und strafferem Zusammenhang unter den einzelnen Genossen die Rede ist.

Bis jetzt ist man auf Bebel's Aeußerungen über die Gewerkschaften noch nicht eingegangen. Er erwähnte, daß er in einem größeren Orte, muthmaßlich Hamburg, Genossen als Gegner der Gewerkschaften gefunden hat. Prinzipielle Gegner der Gewerkschaften giebt es unter den Hamburger Genossen nicht, nur gegen gewisse Ueberschwänglichkeiten und zu optimistische Anschauungen machen verschiedene Front. Und sie stützen sich dabei auf die Erfahrungen, welche sie erst wieder in jüngster Zeit gemacht haben, z. B. bei dem großen Tabakarbeiterstreik, der 450 000 Mark Streikgelder verschlang, und die von den Einzelnen persönlich gebrachten Opfer und erlittenen Schädigungen betragen noch mehr! Wer aber bringt alle diese Gelder auf? Die Indifferenten? Nein, immer sinds die Genossen in erster Linie, die dann auch wieder hauptsächlich die Folgen zu tragen haben, während die Indifferenten sich einfach zurückziehen. Wie gegen diese allzu rosigen Hoffnungen im Gewerkschaftswesen, so treten diese Genossen auch gegen den geradezu fieberhaften Eifer und die übertriebenen Erwartungen auf, womit jetzt gerade bei uns in Hamburg von Einzelnen die Genossenschafts-Idee in den Vordergrund gestellt wird, in einem Augenblick, wo der bezügliche Passus unter allgemeiner Zustimmung aus dem Parteiprogramm gestrichen wird.

Heine-Halberstadt wendet sich gegen Werner's Angriffe wegen seines Antrags auf Beseitigung der Zuckersteuer und weist Auerbach's Behauptungen wegen der Flugblätter mit dem Hinweise zurück, daß es in Calbe sich um den freisinnigen Munckel, in Magdeburg aber um Büchtemann gehandelt habe. Aber ernster sei die Frage Vollmar zu nehmen. Vollmar will immer seine eigene Wurst gebraten haben. Er ist der einzige gewesen, welcher

mit der Magdeburger Opposition dem St. Gallener Beschluß, bezüglich der Doppelkandidaturen, sich widersetzt hat; die Herren, welche stets über Vergewaltigung klagen, haben ihn in Magdeburg aufgestellt, trotzdem er in München schon aufgestellt war. Bei Beurtheilung der Stellungnahme Vollmar's müssen wir auch in Betracht ziehen, wie diese in den Landraths- und den kleinen Provinzialblättern dargestellt wurde. Was ich vermißt habe, war eine ganz einfache und kurze Erklärung von Vollmar, zu welcher er diesem Auftreten der Reptilien- und Landrathsblätter gegenüber verpflichtet war. Da hieß es immer: Vollmar vertritt die nationale Sozialdemokratie, gegenüber der internationalen von Bebel und Singer. In einem Blatte stand sogar folgender Satz: Wenn der nächste Parteitag Vollmar ausschließen sollte, dann möge er die Thür nur recht weit aufmachen, denn $^2/_3$ der deutschen Sozialdemokraten werden wissen, was sie zu thun haben, sich nämlich zu vereinigen mit Herrn v. Vollmar zu einer nationalen Sozialdemokratie. (v. Vollmar: Wo steht das?) In Provinzial- und Landrathsblättern, z. B. im „Schönebecker Tageblatt" (Lachen bei der Opposition, Zurufe), in einer Elbinger Zeitung u. s. w. Wir müssen die Resolution Bebel mit dem Zusatz Oertel annehmen, und da bedauerlicherweise verschiedene Anwesende gegen den Zusatz Oertel stimmen werden, beantrage ich namentliche Abstimmung.

Ein von Dreesbach gestellter und von Bebel bekämpfter Schlußantrag wird abgelehnt.

Fischer-Berlin: Ich kann nicht begreifen, wie man in der Weise, wie es z. B. von den Hamburger Delegirten geschehen, gegen den Antrag Oertel Stellung nehmen kann. Was will denn der Antrag Oertel? Sie kennen die Resolution Bebel; Vollmar hat erklärt, sie zu akzeptiren, aber er komme zu diesem Endresultate aus ganz anderen Gründen als Bebel, d. h. er legt in die Resolution etwas hinein, was nicht darin steht und nicht darin stehen soll. Nun beantragt Oertel zu dem Passus der Resolution, welcher lautet: „Der Parteitag verlangt von den Vertretern der Partei, daß sie fest und entschieden im Sinne des Parteiprogramms wirken und, ohne auf die Erlangung von Konzessionen seitens der herrschenden Klassen zu verzichten, immer das ganze und letzte Ziel im Auge haben", den Zusatz, daß der Parteitag ausdrücklich erklärt, er theile hierbei nicht den von Vollmar in seinen beiden Münchener Reden vertretenen Standpunkt in Bezug auf die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie und die neue Taktik. Weiter besagt der Antrag nichts. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die ganze gegnerische Presse aus diesen beiden Reden geschlossen hat, daß nunmehr eine vollständige Frontveränderung der Partei die nothwendige Folge sei, daß die Partei eine neue Taktik einzuschlagen, ihre ganze Kraft auf die 5 Punkte: Arbeiterschutz, Vereinsrecht, Neutralität der Staats-

gewalt im Lohnkampf, Verbot der Kartelle und Ringe und Aufhebung der Lebensmittelzölle zu werfen habe; wenn man weiter erwägt, daß während der ganzen, monatelangen Debatten, die in der Parteipresse, in Versammlungen und in der gegnerischen Presse gepflogen wurden, Vollmar niemals die Gelegenheit ergriffen hat, zu sagen, daß die Schlußfolgerungen der gegnerischen Presse falsch seien, sondern sie als Konsequenzen zugestanden hat, dann, meine ich, sei es angesichts all' dieser Umstände Pflicht des Parteitages, sich zu erklären, ob er diese Anschauungen theilt oder nicht. Das ist viel wichtiger, als die ganze Diskussion mit der Opposition. Wenn wir Vollmar's Standpunkt anerkennen, dann haben wir aus unserem Programm sofort die Worte „Sozialdemokratische Partei" zu streichen und dafür zu schreiben: „Programm der deutschen Arbeiterpartei". (Vielfache Zustimmung.) — „Die letzten Ziele nicht aus dem Auge lassen", das kann immer nur in dem Sinne verstanden werden, wie es in St. Gallen und voriges Jahr in Halle auf Oertel's und meinen Antrag beschlossen ist. Die Tendenz der Vollmar'schen Taktik ist, diese 5 Punkte, welche er als die „nächsten Aufgaben" hinstellt, um ihrer selbst willen zu erstreben; wir aber erklären: alle diese Reformen, welche wir verlangen, verlangen wir blos in der Voraussetzung, die Stellung der Arbeiter für die Eroberung der Endziele der Partei zu stärken, sie sind für uns blos Mittel zum Zweck; nach Vollmar aber erscheinen sie als Selbstzweck, als die Hauptsache für die Partei. — Vollmar sagt zwar, er habe unsere Endziele nie verleugnet; gut, er sagt aber auch, es sei nicht unsere Aufgabe, die in gewisser nebelhafter Ferne liegenden Ziele hauptsächlich zu betonen. Das ist ein Standpunkt, der einigermaßen weitergezogen, auch von Bennigsen getheilt wird. (Sehr wahr!) Der hat bei der Berathung des Sozialistengesetzes ausdrücklich erklärt, ob in fernerer Zukunft die Güterverteilung u. s. w. geändert würde, das sei eine Frage der Zukunft, welche man bejahen könne, ohne sich für die Gegenwart zu verpflichten; er meinte sogar, die gegenwärtige Produktionsweise treibe dahin. — Die Konsequenz der Vollmar'schen Anschauung ist weiter die Verlegung des Schwergewichts der Parteithätigkeit in das Parlament, statt in die Agitation unter dem Volke. Eine weitere Konsequenz ist, daß der Partei die Kontrolle über die parlamentarische Vertretung entzogen und den Wählern der einzelnen Kreise überantwortet wird. Nicht mehr die Partei schreibt dann die Haltung der Abgeordneten vor, sondern der Abgeordnete legt den Wählern sein Arbeitsprogramm vor und verpflichtet sich durch die Wahl darauf. Dann haben wir nicht mehr die Herrschaft der Partei, sondern die Abgeordnetendiktatur, die Abgeordnetenunverantwortlichkeit. Weil dies die Konsequenzen der Vollmar'schen Auffassung sind, darum halte ich für durchaus nothwendig, daß der Parteitag, entsprechend

dem Antrage Oertel, erklärt, er theile diese Auffassung nicht. Das ist eine klare Stellungnahme, frei von jeder persönlichen Spitze, und ich verstehe nicht, wie man es sich verhehlen kann, daß das die elementarste Pflicht des Parteitages ist. Was nützen alle schönen Programme, wenn nicht von vornherein konstatirt wird, in welchem Geiste das Programm den Massen gegenüber vertreten werden soll? Der Parteitag muß unzweideutig Stellung nehmen; entweder hält er den Beschluß von St. Gallen fest, oder er akzeptirt die Taktik Vollmar's, die, er mag wollen oder nicht, zu einer Theilung des Programms führt, die ganze Kraft der Partei auf jene 5, nach unserer Auffassung im Verhältniß zu den Endzielen nebensächlichen Forderungen konzentriren will.

Wir sind eine Partei, die keine Politik der freien Hand kennt. Wenn der Parteitag gesprochen hat, muß jeder Parteigenosse ausführen, was beschlossen ist. Innerhalb der Partei freie Diskussion, nach außen hin, den Gegnern gegenüber, ist Jeder verpflichtet, diejenige Haltung einzunehmen und zu propagiren, welche der Parteitag festgesetzt hat. Die von den Münchener Delegirten berührte Frage, daß Vollmar bereits erklärt hat, sich zu fügen, gehört garnicht in die Diskussion. Diese Seite der Angelegenheit Vollmar ist undiskutirbar, weil selbstverständlich. Wohin kämen wir denn, wenn ein Parteigenosse gegen den Parteitagsbeschluß erklären wollte, er behalte sich freie Hand vor; wenn ein Abgeordneter gegen die Entscheidung des Parteitages an die Wähler appelliren wollte? — 1876, nach der Vereinigung, ist in Gotha der Antrag gestellt worden, die Abgeordneten hätten im Reichstage nur geschlossen abzustimmen. Bebel und Liebknecht erklärten, sich nicht zu fügen, weil sie die Komödie mit dem Diätenantrag nicht mitmachen wollten. Der Antrag wurde angenommen und Bebel und Liebknecht haben sich zu fügen gehabt. — Wenn der Parteitag in einer Frage gesprochen hat, ist diese nicht mehr zu diskutiren, sondern der Genosse hat sich zu unterwerfen. Wäre es anders, so wäre damit ganz einfach der Weg geebnet, innerhalb der Partei Boulangismus oder Parnellismus einzuführen. Nicht der Abgeordnete ist die Instanz, sondern der Parteitag! (Beifall.)

Fleischmann: Die Berliner Opposition hat ganz besonders auf die Vorgänge von 1885 in Frankfurt a. M. Bezug genommen. Da ich dazumal selbst in Frankfurt wohnte, kann ich sagen, daß die Bezugnahme der Berliner auf diese Vorkommnisse absolut unzutreffend ist. So wenig ich die damalige Opposition in Frankfurt in Schutz genommen habe, so fühle ich mich doch verpflichtet, diese Unrichtigkeit festzustellen. Die gesammte damalige Opposition bezog sich auf den prinzipiellen Standpunkt; nicht aber hat man in Frankfurt oder in dem von Wildberger zitirten Aufruf persönliche Verdächtigungen und Verleumdungen erhoben. Redner erklärt es für

Pflicht der Partei, in dieser, wie in der Frage der Taktik klare Stellung zu nehmen.

Dahlen-Halberstadt: Wildberger und Andere haben geäußert, man könne auf die Provinzialstädter und das flache Land keine Rücksicht nehmen; sie wollten damit sagen, daß sie alles durch ihre Intelligenz allein zu erobern im Stande sind. Ich habe schon oft Gelegenheit gehabt, den Maßstab an die geistige Bildung gewisser Herren aus den Großstädten legen zu können, und konstatire, daß prozentual in den Provinzialstädten ganz entschieden ebenso viel aufgeklärte Arbeiter sich finden, welche den Sozialismus selbst in seinen Endzielen begriffen haben, wie in den Städten. Es wird viel von Landagitation in den Städten gesprochen, aber wenig von Städten getrieben. Niederauer sagt, in den Großstädten sei ein anderer Boden, auf dem andere Pflanzen gedeihen. Ja, wenn es Ihnen nur darum zu thun ist, wie wollen Sie denn die Ideen des Sozialismus durchführen? Sind Sie denn in der Lage, mit dieser handvoll zu erreichen, was Sie vorgeben, auch selbst wenn sie Himmelstürmer wären? Wir wollen die Geister gewinnen, die Majorität der Bevölkerung davon überzeugen, daß es nothwendig geworden ist, die kapitalistische Produktionsform umzuändern. Auf dem vorigen Parteitag hat Werner sich zufrieden gestellt, erklärt und versprochen, sich im Rahmen der Parteiorganisation und Parteidisziplin zu bewegen. Kurz vor unserem jetzigen Parteitag ist nun die Kampfesweise eine andere geworden. Es scheint da eine Art Größenwahn hineingekommen zu sein. Einige Blätter hatten ja von Halle schon geschrieben, Werner sei gewissermaßen der Löwe des Tages gewesen, und so mögen dann gewisse Herren, welche nicht zu der gewünschten Berühmtheit gelangen konnten, sich als Krakehler aufspielen, um in der gegnerischen Presse als Löwen des Tages gefeiert zu werden. (Sehr richtig!) Hätten sie um der Sache selbst willen gekämpft, sie würden uns nicht mit so kleinlichen Sachen, mit Postkarten und dergleichen gekommen sein.

Goldstein-Dresden: Der Standpunkt, den Vollmar bezüglich der Agitation entwickelt hat, ist noch nicht genügend hervorgehoben worden. Wenn Vollmar nunmehr die nationale Seite der Demokratie vertritt, wie die Zeitungen schreiben, und wir die internationale, so kommt jene Meinung daher, daß Vollmar's Forderungen sämmtlich mehr oder weniger kleinbürgerliche sind. Mit demselben Rechte könnten wir dann auch für das Partnership-System oder dergleichen eintreten. Wir wollen das Ganze und nicht den Theil. Kritik und Entwicklung des Zieles, das ist für uns das Erste und das Letzte. Wir bedürfen des Optimismus und nicht des Pessimismus, der Erhebung und Anfeuerung, nicht der Herabdrückung und Selbstbeschränkung. Ein Agitator mit Vollmar's Programm kann draußen keine Wirkung machen. Wieviel wir erreichen, das

kommt sehr auf uns an; wenn wir uns aber selbst eine Schnur um den Leib binden, haben wir nichts zu erwarten. Die bisherige Taktik war die richtige. Zu den Tröblern wollen wir nicht gehen, aber auch nicht zu den Berliner Opponenten, die haben ja gar kein Programm. Gefährlich ist nicht der wilde, stürmende Berliner Opponent, gefährlicher ist Vollmar mit seinen Propositionen, mit denen er die Leute, die nach der Höhe streben, unten am Berge zurückhalten könnte. Lassen wir uns weder nach der „radikalen", noch nach der pessimistischen Seite verlocken! (Beifall.)

Liebknecht: Ich knüpfe an das Wort des Vorredners gegen die Stürmer an. Ich erkläre für meine Person: Wenn ich die Wahl habe zwischen Stürmern und Bremsern, dann bin ich bei den ersteren; die können jetzt nicht schaden. Und es handelt sich nicht blos um das Bremsen, sondern die Parteilokomotive soll auf ein anderes Geleise, das zu einem anderen Ziele führt, gefahren werden. Als ich zuerst sprach, war ich der Meinung, daß Vollmar rückhaltslos erklärt habe, er würde für die Resolution Bebel stimmen. Wäre dem so, dann würde ich bei meinen damaligen Ausführungen stehen bleiben und nicht mehr das Wort genommen haben. Wie ich aber heute erfahren, hat Vollmar — was ich überhört habe — erklärt, er werde zwar für den Antrag stimmen, jedoch aus anderen Motiven als denen der Verfasser, deren Standpunkt er nicht theile. Dadurch ist die Situation für mich vollständig verrückt. Ich muß etwas zurückgreifen. Nachdem Vollmar seine erste Münchener Rede gehalten hatte, tauchte in der Partei die Ansicht auf, daß er eine Art Pronunziamento gemacht habe, daß er die Partei zu einer anderen Taktik, zu einem neuen Kurse verleiten wolle. Ich selbst habe mich damals in einer Versammlung in Breslau etwas drastisch über Vollmar's Vorgehen ausgedrückt — es thut mir leid, wenn ich persönlich verletzt hätte. Genug — sobald Vollmar sich überzeugt, wie seine Rede überall verstanden worden war, wie sie im Inland und Ausland unter den Genossen den peinlichsten Eindruck hervorgebracht hatte — gab es für ihn zwei Wege; er war verflichtet entweder zu erklären: ja ich will eine neue Taktik — das war das Pronunziamento; oder er mußte sagen: Meine Rede ist mißverstanden worden, ich will keine neue Taktik, ich will kein Abweichen von den alten Bahnen. Geschah dies, dann war kein Zweifel vorhanden, dann gab es eine Frage Vollmar überhaupt nicht. (Sehr richtig!) Er hat keins von beiden gethan — und er macht auch jetzt noch Ausflüchte, er leugnet, eine neue Taktik zu befürworten, befürwortet sie aber thatsächlich, nur daß er sich dabei auf frühere Aeußerungen von uns beruft, die von ihm hintennach anders ausgelegt werden, als sie gemeint waren. Nachdem Vollmar so gehandelt und, um eine unumwundene Erklärung abzugeben, unserer Resolution nur unter Vorbehalt zu-

gestimmt hat, sind wir genöthigt zu erklären, daß die Resolution Bebel nicht mehr genügt: die Annahme des Amendements Oertel ist jetzt zu einer absoluten Nothwendigkeit für die Partei geworden. (Zustimmung.) Vollmar hat das Recht, der Partei eine andere Taktik vorzuschlagen, aber die Partei hat die Pflicht, in ihrem Lebensinteresse diese neue Taktik, welche den Ruin der Partei, ihre vollkommene Entmannung, ihre Umwandlung aus einer revolutionären und demokratischen in eine sozialistische Regierungspartei oder nationalliberale Sozialistenpartei bedeuten würde (lebhafte Zustimmung), aufs Entschiedenste zurückzuweisen. Die Person lassen wir dabei ganz aus dem Spiel. Alles persönlich Verletzende ist aus dem Antrag Oertel herausgenommen, aber in der Form, wie er jetzt besteht, ihn anzunehmen — auszusprechen, daß die Partei diese Taktik nicht einschlagen, diesen Standpunkt nicht theilen kann, dazu sind wir moralisch gezwungen, wenn wir bleiben wollen, was wir sind, eine sozialdemokratische Arbeiterpartei. Und Vollmar hat als Genosse sich zu fügen.

Um seinen Standpunkt zu vertheidigen, hat Vollmar gesagt: Ich habe ja gar keinen neuen Standpunkt eingenommen, der Bebel, der Liebknecht, der Auer haben schon früher ähnliches gesagt. Nun — herausgerissene Aeußerungen bedeuten nichts; Auer, Liebknecht, Bebel erklären, daß sie keinen anderen Standpunkt, keine andere Taktik gewollt haben, daß, wenn die betreffenden Aeußerungen auf die Goldwage gelegt, vielleicht nicht ganz scharf und korrekt waren, dies nicht dahin gedeutet werden kann, als ob wir der Partei eine andere Taktik, ein anderes Wesen hätten vorschreiben wollen. Die Stützen, auf welche sich Vollmar berufen, lassen ihn in Stich. Und gerade weil er diese Unklarheit geschaffen hat, sind wir genöthigt, scharf uns auszusprechen. Es freut mich, daß der Staub, welchen der Berliner Streit aufgewirbelt, sich gelegt hat. Jetzt ist der Kongreß in der Lage, klar zu sehen und zu begreifen, daß für die Taktik nur die eine prinzipiell wichtige Frage Vollmar vorliegt, um mir diesen Ausdruck zu erlauben. Was die Berliner über die Taktik gesagt haben, das kann Jeder sagen, ohne daß es zu prinzipiellen Bedenken Anlaß giebt. Das hat Mancher von uns schon gesagt; sie verlangen, nicht wie Vollmar, daß methodische Aenderungen eintreten sollen. Wenn wir nun erwägen, welche Wirkung Vollmar mit seiner Rede im Inlande und Auslande erzielt hat, wie sie überall so aufgefaßt wurde, als wolle die deutsche Sozialdemokratie nach dem Falle des Ausnahmegesetzes auf dem Boden der Gesetze unter Verlassen des alten Kampffeldes eine neue Taktik einschlagen, sich gewissermaßen in eine Regierungspartei umformen — wenn wir erwägen, welche Hoffnungen bei den Gegnern, welche Befürchtungen bei allen unseren Freunden erweckt wurden, wie selbst in diesen Kreis hier Verwirrung hinein-

gebracht worden ist, — dann erscheint es für die Partei doppelt nothwendig, klipp und klar zu erklären, daß sie nichts mit solchen Strebungen zu thun haben will, daß sie bleiben will, was sie ist, daß sie sich ihr Ziel nicht auf hundert oder tausend Jahre à la Bennigsen zurückschieben lassen will! Das muß ausgesprochen werden. Nicht beleidigend ist das für Vollmar; es ist seine Pflicht, diesem Beschluß sich zu unterwerfen, wie Bebel und Liebknecht sich auch den Kongreßbeschlüssen gefügt haben. Wie oft bin ich in der Fraktion unterlegen, wo es mir schwer war, mich zu fügen. Aber man fügt sich, wenn man die Partei lieb hat. Die Partei geht vor. Wenn Vollmar die Konsequenzen für sich zieht, — wohlan, wir alle ziehen auch die Konsequenzen für uns. Genug — das Wohl, die Existenz der Partei erheischt es gebieterisch, daß wir erklären: mit dieser Taktik, die Vollmar in München vorgeschlagen und hier nicht von sich gewiesen hat, haben wir nichts gemein! Im Interesse der Klarheit freue ich mich, daß der Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt ist, ich werde für ihn stimmen und hoffe, daß der Kongreß mit überwältigender Mehrheit die Resolution Oertel annehmen wird. Ginge sie nicht durch, dann hätte die Opposition recht, dann ginge ich auch zur Opposition! (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Renner-Augsburg schließt sich vollständig seinem Freunde Schmid-München mit der Bemerkung an, daß er das Amendement Oertel für eine überflüssige Formalität hält.

Wengels-Berlin IV.: Ich muß anführen, daß die Berliner Opposition hier blos Komödie gespielt und ihr wahres Gesicht nicht gezeigt hat.

Wenn z. B. Auerbach so in Berlin wie hier aufgetreten wäre, hätten wir garnicht gegen ihn aufzutreten nöthig gehabt. Wir müssen Klarheit haben, wenn wir nach Berlin kommen. Durch eine scharfe Resolution des Kongresses gegen die Opposition sind die Leute mehr geschädigt als durch den Ausschluß.

Ein von Meist gestellter, von Jöst bekämpfter Schlußantrag wird angenommen, die Debatte ist also geschlossen.

Urban-Forst ist durch den Schluß der Diskussion verhindert worden, eine Resolution zur Verlesung zu bringen, worin die Forster Genossen ihr Einverständniß mit der Haltung der Fraktion und Parteileitung erklären, bei aller Wahrung des Rechtes der freien Kritik und der freien Meinungsäußerung doch ihre Mißbilligung über das Treiben der sogenannten Berliner Opposition ausdrücken und vom Parteitage erwarten, er werde diesem Treiben „Halt" zu gebieten wissen.

Persönlich bestreitet Stadthagen Wildberger gegenüber, unter Hinweis auf seine Ausführungen im Reichstage, irgend etwas in der Helgoländer Affaire gesagt zu haben, was den Grundsätzen und der Taktik der Sozialdemokratie zuwiderliefe.

Frau Steinbach konstatirt, daß ihr durch den Schluß der Diskussion die Möglichkeit genommen sei, hier etwas anzuführen, was für die Hamburger Wähler von außerordentlicher Wichtigkeit sei. Die Sache werde wahrscheinlich ein Nachspiel hervorrufen. (Rufe: ah!)

Der Vorsitzende schlägt, um jeden Schein zu vermeiden, als wollte der Parteitag nicht mit Ruhe und Geduld alles anhören, was die Berliner Opposition anzuführen hat, nach Rücksprache mit verschiedenen Genossen vor, daß auch dem von der Opposition zu bestimmenden Redner das Schlußwort mit derselben Redezeit wie dem Referenten verstattet werden soll. Dasselbe Recht würde auch Vollmar zustehen.

Der Parteitag ist mit diesem Vorschlage einverstanden.

Molkenbuhr: Um zu beweisen, daß die Partei zu einer puren Opportunitätspartei herabgesunken sei, hat die Opposition einzelne Aeußerungen von Abgeordneten angeführt. Diese Behauptungen sind bereits widerlegt worden.

Der Haupteinwurf der Opposition richtete sich gegen unseren bekannten Antrag auf die stufenweise Einführung des Maximalarbeitstages. Man hat diesen Antrag als Verrath an der Sache hingestellt. Der Antrag bewegt sich aber durchaus im Rahmen des bisherigen Programms. Da ist wohl von einem, den wirthschaftlichen Bedürfnissen entsprechenden Normalarbeitstag, aber nicht von einem Achtstundentag die Rede. Wir haben ja selbst im Prinzip den Achtstundentag gefordert für alle Betriebe, die ununterbrochen oder unter Tag arbeiten, und für andere Betriebe nach einigen Jahren. Für eine ganze Reihe von Gewerben, welche jetzt 12 und mehr Stunden arbeiten, wie für die Müllerei, Bäckerei, Ziegelei, Weberei und Stickerei, für die Konfektionsbranche, für das Schuhmacher- und Schneiderhandwerk u. a. wäre der Zehnstundentag jetzt ein wesentlicher Fortschritt. Uebrigens geht unser Antrag noch über das hinaus, was in der Schweiz und in Oesterreich bereits eingeführt ist. Die Vorwürfe der Opposition sind also lediglich Behauptungen, die jeder thatsächlichen Unterlage entbehren. (Beifall.) Die Mitglieder der Fraktion haben ganz in dem Sinne gehandelt, in dem sie gewählt sind. (Erneuter Beifall.)

Auerbach: Man hat gesagt, die Berliner Opposition hat ja gar kein Programm, sie ist nicht mit bestimmt formulirten Forderungen hervorgetreten. Gewiß, die Berliner Opposition hat kein besonderes Programm, denn hätte sie eins, so würde sie sich außerhalb des Rahmens der sozialdemokratischen Partei begeben haben. Die Berliner Opposition war eben und wollte es bleiben: der Sozialdemokratie allergetreueste Opposition! (Heiterkeit.)

Hat denn etwa Vollmar ein neues Programm aufgestellt? Vollmar will die und die Punkte mehr in den Vordergrund gedrängt

wissen, wir wollen die aktuellen Forderungen nicht so sehr poussirt sehen, wir wünschen, daß die prinzipiellen Forderungen, das große Ziel immer mehr propagirt werden. Mit der von Herrn Bebel hingestellten Taktik könnte man ja bis auf manche Punkte einverstanden sein. Aber die Partei handelt nicht nach dieser Taktik. Die Partei handelt nach der Taktik, die Vollmar nicht allein erzählt, sondern auch ausgeübt hat. — Es ist uns immer vorgeworfen worden, wir hätten uns in so starken Ausdrücken bewegt. Hat man von der anderen Seite nicht auch gesagt, die Vollmar'sche Taktik führt in den Sumpf, sie ist „gefährlich", und hat man nicht aus persönlicher Humanität gegen Vollmar das „gefährlich" aus der Resolution herausgebracht? Fischer, Herr Fischer, hat dasselbe gesagt, was wir uns erlaubt haben zu sagen. — Ich frage: pflegt man, wenn eine Gefahr vorliegt, an die Glocke zu tippen oder die Sturmglocke zu läuten? Wir in Berlin haben bei der Gefahr, welche die Vollmar'sche Taktik für unsere revolutionäre Partei hat, die Sturmglocke geläutet (große Heiterkeit), und wir werden sie weiter läuten. — Wenn Liebknecht gesagt hat, daß, wenn der Parteitag sich nicht der Oertel'schen Resolution anschließen würde, er zur Berliner Opposition käme, so fürchte ich, daß er vielleicht in einem oder in zwei Jahren so weit sein wird, zur Berliner Opposition übergehen zu müssen! (Heiterkeit.)

Bei der Wahl Heine's im Kreise Calbe-Aschersleben hat man den reinen Stimmenfang getrieben. In den damals verbreiteten Flugblättern kommt von der Sozialdemokratie nicht ein Wort vor. Es wird da nur gesprochen von einer Verkürzung der Arbeitszeit, aber durchaus nicht plötzlich, nein, alles allmählich! Heine hat gesagt, Vollmar hätte es doch so leicht gehabt gegenüber dem Angriff des „Schönebecker Tageblatts" eine Erklärung abzugeben, daß er sich geirrt hätte. Nun, was hat denn Heine abgehalten, eine Erklärung abzugeben gegenüber der Erklärung des Magdeburger Polizeipräsidenten und des Polizei-Inspektors Krieter.

Von verschiedenen Seiten ist uns untergelegt worden, wir hätten gesagt, wir wollten uns nicht an die indifferenten Massen wenden, an der Agitation unter diesen Leuten liege uns nichts. Das glauben Sie ja selbst nicht. Wir würden uns ja selbst vernichten, wenn wir nicht an die Massen herantreten würden. Wir sind nur dagegen, daß die ganze Kraft auf die Gesetzgebungsmaschine gelegt wird. Diejenigen Massen, die wir nur gewinnen, indem wir unsere Endziele verschleiern, sind von keinem Vortheil für unsere Partei.

Liebknecht hat gesagt, wenn wir konsequent denken könnten, dann müßten wir einfach sagen, wir sind Anarchisten, wir wollen eine anarchistische Taktik haben. Nebenbei bemerkt, bin ich durchaus kein Freund davon, daß man sich so auf eine Broschüre stürzt, die ein Mann mal vor 20 Jahren geschrieben hat. Für mich ist

nur die Frage: Hältst Du das, was in dieser Broschüre steht für richtig, auch heute noch? Und da muß ich sagen: Wir halten einen großen Theil der darin aufgestellten Grundsätze auch heute noch für richtig. Ich glaube, dem Abgeordneten Liebknecht ist noch niemals vorgeworfen worden, daß er zum Anarchismus hinneige, oder Anarchist werden wolle, und doch hätte ihn damals, 1869, auf Grund seiner Broschüre dieselbe anarchistelnde Taktik vorgeworfen werden können, die er uns heute vorwirft.

Von Seiten der Münchener Genossen ist gesagt worden, die Münchener hätten den Parteitag für das Forum erklärt, vor dem diese Fragen zur Entscheidung gebracht werden müßten. Der Parteitag kann aber doch unmöglich über diese Frage beschließen, bevor nicht nach allen Regeln der Kunst diskutirt worden ist, und weiter haben wir ja auch nichts gethan.

Um Ihnen zu beweisen, wie sehr die Partei in das opportunistische Lager übertritt, will ich einen speziellen Fall erzählen. Zu einer Buckauer Stadtverordnetenwahl wurde ein Flugblatt herausgegeben, und ich setze einen Preis darauf, wer mir aus diesem Flugblatt konstatiren kann, ob der Betreffende, der gewählt werden sollte, ein Sozialdemokrat ist, oder ein Bürgerparteiler, oder sonst welcher gekränkten Lokalgruppe in irgend welchem kleinen Städtchen angehört. Ich stelle Ihnen dieses Flugblatt zur Verfügung.

Ich komme nun auf die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraktion. Der Antrag auf Verstaatlichung der Apotheken steht in Widerspruch mit dem Programm, welches Sie sich jetzt machen wollen. Wir sind garnicht dagegen, daß die Fraktion im Reichstage einmal auf eine Herabsetzung der Arzneitaxe dringe. Eine Verstaatlichung der Apotheken würde aber doch wahrscheinlich zu Ueberschüssen führen, und diese Ueberschüsse würde man verwenden, um neue Montirungsstücke, neue Gewehre anzuschaffen. Gegen diese Art von Staatssozialismus hat sich Engels bereits 1886 mit sehr scharfen Worten gewendet. Verstaatlichte Apotheken sind so wenig eine sozialdemokratische Einrichtung, wie es die Königliche Porzellanmanufaktur und die Seehandlung sind.

Ein weiterer Beweis für das Ueberhandnehmen der kleinbürgerlichen Richtung: Unter dem 24. Mai 1891 stand im „Vorwärts“ ein Bericht über eine Versammlung der Vereinigung zur Wahrung der Interessen der Berliner Gast- und Schankwirthe. In dieser Versammlung stand auch einmal die Frage der Besteuerung des Flaschenbierhandels auf der Tagesordnung, und da hat Zubeil, selbst Schankwirth und sozialdemokratischer Stadtverordneter, gesagt, die Frage der Besteuerung der Brauereien wegen des Flaschenbierhandels ist eine sozialdemokratische, denn sie ist eine Frage der Gleichheit. Weil sich die Berliner Budiker davon getroffen fühlen, wenn ihnen der Großhandel im Biergeschäft Kon-

kurrenz macht, kommt ein Sozialdemokrat auf eine so kleinbürgerliche Anschauung zurück und sagt, der Flaschenbierhandel muß besteuert werden.

Man hat uns neuerdings in der sozialdemokratischen Partei verschiedene Popanze aufgestellt. Einer dieser Popanze ist die gegnerische Presse. Wir haben, denke ich, blos auf unsere eigene Presse Rücksicht zu nehmen. Wir propagiren unsere Idee und fragen den Teufel danach, was die Gegner davon sprechen und denken. Man hat gestern gesagt, die Fraktion wäre von den Bourgeoisparteien im Reichstage ausgelacht worden, wenn sie den Achtstundentag gefordert hätte. Wir hätten der Fraktion gewiß kein Tadelsvotum gegeben, wenn ihr dies passirt wäre. Liebknecht und Bebel sind die ersten Männer gewesen, die im Norddeutschen Bunde das sozialdemokratische Programm bis in die letzten Konsequenzen verfochten haben, und wie hat man sie angejohlt, ausgelacht und ausgepfiffen! Daran kehren wir uns nicht. Wenn ihnen die ausgebeuteten Volksmassen wegen dieser Forderungen zujubeln, dann soll uns das Lachen der Gegner ganz gleichgiltig sein. (Sehr wahr!)

Pëus hat ausgesagt, wir müßten mehr Rücksicht nehmen auf die indifferenten Massen, die Opposition wäre deshalb so schädlich gewesen, weil wir in der Achtung unserer Gegner verloren hätten, denn diese Achtung wäre es meistens, die uns neue Leute in die Partei führe. Ich glaube Pëus ist grade „typisch“ für die Agitation, wie sie jetzt bei uns getrieben wird. Ich sage, wenn man à la Pëus so sehr auf die Gesittung, auf das konziliante Wesen der Partei etwas giebt, ja dann werden wir einen Achtungserfolg erzielen, aber auch weiter nichts. Dann werden wir nicht Leute heranziehen, die auf dem Boden der Sozialdemokratie stehen, sondern sogenannte gute Menschen, die da sagen, die Leute benehmen sich so fein, die sind so anständig, so mäßig, ach, da ist es wirklich nicht gefährlich, wenn wir einen solchen unblutigen Zettel in die Urne werfen und uns für so anständige Leute erklären.

Die Reichstagsfraktion hat dadurch, daß sie die Ausdehnung des Arbeiterschutzgesetzes in die Hände des Kaisers unter Zustimmung des Bundesraths gelegt haben wollte, indirekt das Prestige der herrschenden Gewalt verstärkt.

Was die Kornzollagitation betrifft, so bin ich nicht der Meinung Niederauer's, daß allgemeine Resolutionen durchaus zu verwerfen seien. Aber es fragt sich, wie sieht die Resolution der Parteileitung aus? In dieser Resolution, die ein jeder Freisinnige unterschreiben könnte, steht hauptsächlich nur, daß die Zölle die niederen Volksklassen belasten und daß der Ueberschuß der Zölle in die Taschen der Großgrundbesitzer fließt. Da hätte unbedingt hinzugefügt werden müssen, daß dieser wirthschaftliche Nothstand der Aus-

fluß der heutigen privatkapitalistischen Wirthschaftsweise ist und daß nur in der Umwandlung dieser Wirthschaftsweise in eine andere und bessere ein Erfolg für die Massen erzielt werden kann.

Es ist ferner charakteristisch, daß in Brüssel auf dem internationalen Arbeiterkongreß die Arbeiterschutzresolution zurückgewiesen werden mußte in die Kommission, weil in dem ersten Entwurf dieser Resolution durchaus nicht der Standpunkt des Klassenkampfes gewahrt war, weil Jeder, der auf schutzreformatorischem Wege sich befindet, diese Resolution annehmen konnte. Der deutschfreisinnige Arbeiterverein in Berlin hat kürzlich eine Resolution gefaßt, die sich für die Ueberführung des Grundes und Bodens in den Besitz der Gesellschaft, für Abschaffung der indirekten Steuern, für Einführung einer nach oben sich steigernden Einkommensteuer, für Beseitigung der stehenden Heere ausspricht. Wie sollen wir da eine Konkurrenz mit diesem Verein aufnehmen? Wir können ihn nur dann besiegen, wenn wir sagen, ja wohl, das wollen wir auch, aber nur einzig und allein zu dem Zweck, um uns in den Besitz der politischen Macht zu bringen, um unser Endziel zu erreichen.

Nachdem in dieser Debatte von allen Seiten auf die Opposition losgeschlagen ist, erlauben Sie mir, eine ruhige, objektive Aeußerung vorzutragen, die ein guter Vertreter der Sozialdemokratie im Auslande über diesen Streit zwischen den Alten und Jungen gemacht hat. Mir ist ein Brief zur Verfügung gestellt worden, den der Bezirksanwalt Lang in Zürich an einen deutschen Freund gerichtet hat. Er spricht darin auch über die außerordentliche Gefahr, die ein Auftreten wie das Vollmar's in München für die Partei haben könnte, weil seiner Ansicht nach die Chancen für die Entstehung einer possibilistischen Partei in jedem Lande außerordentlich günstig seien. Er befinde sich sachlich in den meisten Fällen auf dem Boden der „Alten". Die Fraktion müsse sich am Parlamentarismus betheiligen und bei allen wichtigen Fragen prinzipielle Stellung nehmen. Auch müßte sie für die volksthümlichen reformatorischen Forderungen eintreten. Aber es liege die Gefahr nahe, daß die Fraktion aus Freude am Erfolg sich zu Konzessionen herbeilasse und das Taktgefühl bei der Unterscheidung von Wichtigem und Unwichtigem leicht verliere. „Diese Opposition," heißt es dann, „ist nothwendig und erfreulich, ein Zeichen dafür, daß die Autorität der Person noch nicht die Autorität der Sache oder des Prinzips überwuchert hat. Die Opposition ist geschichtlich nothwendig, und auf ihren Einfluß und ihre Wirkung können und wollen wir nicht verzichten. Aber gerade darum muß eine Spaltung verhütet werden; denn nur dann, wenn die Opposition zur großen Partei im Verhältniß eines radikalen Flügels sich befindet, kann sie diese beeinflussen. Aus alledem erklärt sich, daß die Art, wie die Fraktion die Opposition behandelt, von einer großen Verständnißlosigkeit und

Verblendung zeugt. Ich stehe im Wesentlichen auf dem Standpunkt der „Alten“, bin aber entrüstet über den Ton, den diese anschlagen, so oft es zu Auseinandersetzungen mit den „Jungen“ kommt. Man soll froh sein über die Opposition, das Zeichen selbständigen Lebens in der Partei, und ihre relative Berechtigung anerkennen. Man soll nicht über sie schimpfen, sondern sie verstehen und von ihr zu lernen suchen.“ (Gelächter.) — Nicht ich bin es, der Ihnen diesen Rath giebt; Ihr Gelächter bezog sich auf die Person des Briefstellers. (Rufe: Jawohl!) Durch dieses unparteiische Urtheil (Oho!) haben wir einen Beleg dafür, daß nicht allein nach unserer Meinung, nein, daß auch nach der Meinung der Leute im Auslande eine Gefahr nicht allein vorliegen könnte, sondern schon vorliegt. Das beste Zeichen ist das Vorgehen Vollmar's, und wir werden sehen, wie die Sache weiter läuft. Mögen Sie sich noch so sehr durch Resolutionen salviren, die Reichstagspraxis führt mit Nothwendigkeit zur Vollmar'schen Taktik. Das wollen wir vermeiden, und deshalb haben wir unsere warnende Stimme erhoben, und weil wir der Meinung Lassalle's sind, daß auf die Massen nur das Ganze, Unmittelbare, das Extreme wirkt. Wir sagen, wenn die Leute noch so viel erzählen, wie lieblich und ungefährlich die Sozialdemokratische Partei sei, man wird es uns nicht glauben, wohl aber liegt die Gefahr vor, daß wir die Massen in das kleinbürgerliche Lager hineinführen. Das wollen und können wir nicht, weil wir damit die Befreiung des Proletariats nicht beschleunigen, sondern vielmehr verzögern! (Beifall bei der Opposition.)

Persönlich bemerkt zur Rede Auerbach's

Heine: Wenn Auerbach es so darstellt, als wenn ich auf dem Standpunkt kleinbürgerlicher Demokratie stehe und von mir nichts geschehen sei, um die Endziele unserer Partei in die Massen zu bringen, so begeht er dabei eine wissentliche Unwahrheit. Ich verweise nur auf die „Halberstädtische Sonntagszeitung“, wo in jeder Nummer die Endziele unserer Partei betont werden. Redner erklärt ferner für unwahr, was Auerbach von den Flugblättern und dem damit angeblich betriebenen Stimmenfang gesagt hat und schließlich auch die Behauptung, daß er seiner Zeit keine Richtigstellung in Bezug auf die Magdeburger Wahl erlassen habe. Er habe vielmehr eine derartige Erklärung im „Sozialdemokrat“ veranlaßt.

Scholz-Berlin VI: Nach den Ausführungen Auerbach's könnte es scheinen, als wenn der Verein, dem Stadtverordneter Zubeil und auch ich angehören, sich die Ausführungen Zubeil's damals zu eigen gemacht hat. Es haben sich aber verschiedene Redner gegen Zubeil gewandt, und ist gegen dessen Meinung energisch protestirt worden.

Pëus: Ich verwahre mich ganz entschieden dagegen, daß ich

jemals irgend eines unserer letzten Ziele verschwiegen hätte. Ich meine aber, daß unsere Ziele so edel sind, daß sie allerdings in einer Weise dargestellt werden können, daß die Besten Aller sich dafür erklären können.

Vorsitzender **Singer**: Von dem Zentralrath der Sozialdemokratie in den Niederlanden ist ein Schreiben eingegangen, daß der Genosse van der Goes nicht im Namen der holländischen Partei, wie es im „Vorwärts" hieß, auf dem Parteitag anwesend ist. Nach den stenographischen Aufzeichnungen habe ich in der ersten Sitzung gesagt: „Wir haben auch in diesem Jahre die Freude, einige ausländische Genossen unter uns zu sehen. Bis jetzt sind eingetroffen der holländische Genosse van der Goes u. s. w." Der Genosse ist also nur als Person, nicht als Vertreter der holländischen Partei hier angekündigt worden.

Von den Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion ist folgende Erklärung eingelaufen:

Wir unterzeichneten Abgeordneten erklären hiermit, daß keiner von uns über Fraktionsgenossen solche Mittheilungen gemacht hat, wie Wildberger sie in der Versammlung am 9. September 1891 im Kolberger Salon erhalten zu haben behauptet.

Insbesondere ist die Aeußerung:

> „sieben Achtel von der Fraktion hätten den Fraktionsentwurf eines Arbeiterschutz-Gesetzes vorher garnicht zu Gesicht bekommen, würden auch Verschiedenes nicht unterschrieben haben, wenn es vorher diskutirt worden"

von keinem von uns gethan worden. Und wir erklären weiter, daß eine Aeußerung dieses oder ähnlichen Sinnes unseres Wissens von keinem sozialdemokratischen Abgeordneten gemacht worden ist.

Erfurt, 19 Oktober 1891.

Auer. Bruhns. Frohme. Molkenbuhr. Vollmar. Bebel. Blos. Bock. Harm. Dreesbach. Meister. Geyer. Albert Schmidt. Birk. Carl Schultze. Schwartz. Wurm. Wilhelm Schmidt. Ulrich. Joest. Metzger. Heine. Förster. Grillenberger. Singer. Stadthagen. Liebknecht. Kunert.

Dietz erklärt persönlich, daß er sich dieser Erklärung anschließe.

Singer: Ich habe eine weitere Mittheilung zu machen: Folgender Brief ist eingelaufen:

Friedrichshagen, 17. Oktober 1891.

Sehr geehrter Herr Singer!

Es laufen in Berlin drei Versionen über die beiden Abgeordneten um, welche an Wildberger die Mittheilung über die Fraktion und das Arbeiterschutz-Gesetz gemacht haben sollen. Alle drei stimmen in einem Namen überein, wechseln aber in anderen. In einem Falle wird auch meine Person genannt.

Ich weiß nicht, welche Namen in **Erfurt** zirkuliren und nehme

daher auch nicht Veranlassung zu irgend welcher thatsächlichen Erklärung, die selbstverständlich nur eine Zurückweisung der hier umlaufenden Behauptungen sein könnte.

Wenn das Bureau aber in die Lage kommen sollte, irgendwie an diese Sache herantreten zu müssen, so ist es ebenso selbstverständlich, daß es für meine Person erklären kann, ich mache auf das Schweigen Wildberger's absolut keinen Anspruch, sondern ließe ihn bitten, klipp und klar zu sagen, was ich ihm über die Arbeiterschutz-Verhandlungen der Fraktion nach seiner Meinung mitgetheilt hätte.

Aus den Zeitungsberichten kann ich nicht einmal ersehen, ob an den sieben Achteln oder etwas Aehnlichem festgehalten worden ist, sondern ob nunmehr der Abgeordnete blos gesagt haben soll: von der und jener Bestimmung wisse er nichts.

Mit bestem Gruße

Max Schippel.

(Bewegung.)

Baethge-Magdeburg meldet sich zum Wort. (Rufe: Er will die Namen nennen!)

Vorsitzender Singer: Ich habe keine Veranlassung, zu diesem Gegenstand in diesem Augenblick das Wort zu geben. Die Konsequenzen, die sich weiter daran knüpfen sollten, müssen an der Stelle ausgefochten werden, an die sie gehören.

Meister: Ich verstehe eine derartige Auffassung nicht, nachdem wir hier gehört haben, daß Wildberger bereit ist, die Namen zu nennen. (Widerspruch.)

Singer: Es ist ein Irrthum, daß Wildberger sich bereit erklärt hat, die Namen zu nennen. (Ruf: Aber ein Anderer!) Wildberger hat die Verpflichtung, das, was er gesagt hat, zu vertreten, und er hat es nicht nothwendig und wünscht es auch wohl nicht, sich einen Stellvertreter zu wählen. Dieser Gegenstand ist für den Augenblick erledigt.

Baethge verzichtet aufs Wort.

Vorsitzender Singer macht Vorschläge über die Wahl der Neuner-Kommission: Es ist inzwischen eine Vorschlagsliste unter den Delegirten vertheilt worden.

Reißhaus beantragt die Mandatprüfungskommission mit der Sichtung und Feststellung des Resultats zu beauftragen.

Auerbach: Meine Damen und Herren! Nachdem nun die Frage der Wahl der Kommission aktuell geworden ist, gebe ich im Namen meiner Gesinnungsgenossen Werner, Baethge, Wildberger, Schultze und in meinem eigenen Namen die Erklärung ab, daß wir in diese Kommission nicht hineingehen. Was wir gegen die Parteileitung und gegen die Fraktion vorgebracht haben, haben wir im Rahmen der vollsten Oeffentlichkeit gethan

und wir sind jetzt und jeden Augenblick weiter bereit, diese Anklagen im Lichte der Oeffentlichkeit und nicht hinter verschlossenen Thüren zu rechtfertigen. Weiter habe ich im Namen der eben genannten Gesinnungsgenossen folgende Erklärung abzugeben: Wir Anhänger der Opposition, bisher zur Mitarbeit an den Aufgaben des Parteitages durch den Auftrag unserer Wähler verpflichtet, erklären nunmehr, wegen der den demokratischen Grundsätzen direkt zuwider .... (Unruhe.)

Vorsitzender Singer (den Redner unterbrechend): Ich kann nicht zugeben, daß diese Erklärung weiter verlesen wird. Wir sind jetzt bei der Erledigung der Frage (Unterbrechungen; die genannten 5 Mitglieder der Opposition erheben sich von den Plätzen), in welcher Weise die Kommission gewählt werden soll. Ich kann also die weitere Verlesung einer Erklärung, welche die Stellung der sogenannten Opposition zur Partei behandelt, nicht zulassen. (Auerbach versucht die Erklärung dem Vorsitzenden zu überreichen.) Ich lehne es ab, jetzt diese Erklärung anzunehmen. Die Herren haben volle Freiheit, ihre Erklärung abzugeben, wenn es Zeit ist, wir lassen uns aber nicht bei einer Frage, wo es sich einzig und allein um nur geschäftliche Angelegenheiten handelt, in dieser Weise Erklärungen aufdrängen. Außerdem erkläre ich, daß die Kommission gewählt wird, ob die Herren vor derselben erscheinen oder nicht. (Baethge: Nein, unter keinen Umständen! Die fünf Mitglieder der Opposition verlassen unter großer Unruhe den Saal.) Der Parteitag ist es der Ehre der Partei schuldig, zu untersuchen, ob die Anklagen der Opposition begründet sind. Weigern sich die Ankläger, vor der zu dieser Untersuchung eingesetzten Kommission zu erscheinen, so wird es Aufgabe der Kommission sein, dem Parteitage vorzuschlagen, was zu geschehen hat. Die Konstituirung und Thätigkeit der Kommission ist vollkommen unabhängig von dem Willen der Opposition. (Lebhafte Zustimmung.) Die Mandatprüfungskommission würde nach der Mittagspause die Stimmzettel einzusammeln und das Resultat festzustellen haben, so daß wir nach Erledigung des vorliegenden Gegenstandes die Mitglieder der Kommission bekannt geben können.

Scherm, Oertel und Keßler bitten von ihrer Wahl abzusehen, ebenso Meist, der statt seiner Slomke vorschlägt.

Vorsitzender Singer bemerkt noch: Die abzugebenden Stimmzettel müssen 9 Namen enthalten; weniger Namen sind unzulässig. Es steht Jedem frei, in die Vorschlagsliste andere Namen zu schreiben und die nicht konvenirenden zu streichen. In Folge des Beschlusses des Parteitages darf weder ein Mitglied der Fraktion, noch der Parteileitung, noch ein Delegirter Berlins in diese Kommission gewählt werden. — Schluß gegen 1 Uhr.

Nachmittagssitzung.

Eröffnung 3¼ Uhr. Vorsitzender Singer:

Die Verhandlung über die parlamentarische Thätigkeit und die Taktik der Partei wird fortgesetzt. Zu seinem Schlußwort erhält das Wort:

v. Vollmar: Ich bin bei meiner vorgestrigen Rede davon ausgegangen, mich nicht in ein Wiederaufwärmen des ganzen Streits der vergangenen Monate mit all seiner unerquicklichen Unfruchtbarkeit einzulassen. Es ist mir lediglich um die Sache zu thun gewesen. Zugleich werden Sie wohl in meiner Rede bemerkt haben, daß ich Alles unterlassen habe, was auf das Gefühl zu wirken geeignet war, was die Leidenschaften und Vorurtheile hätte anstacheln können, weil ich meinte, daß wir hier es mit der Intelligenz der Partei zu thun haben, wo man ausschließlich an Verstand und Vernunft appelliren soll. Ich wünschte mit einem Wort, die Debatte, soweit es auf mich ankam, an höhere Gesichtspunkte zu fesseln. Leider ist dieser mein Wunsch nur sehr zum Theil von Erfolg gekrönt gewesen. Anstatt sich an das Ganze meiner Münchener Reden und meiner neulichen Reden zu halten, hat im Allgemeinen der größere Theil der Redner es vorgezogen, einzelne Aeußerungen und Anführungen zu zerpflücken, das Ganze in Einzelheiten, in einen Wortstreit aufzulösen. Die Debatte der vergangenen Tage hat mir auf das Deutlichste gezeigt, eine wie schwere Kunst das Lesen und Hören ist, eine wie noch viel größere Kunst es ist, Reden, Gelesenes und Gehörtes, richtig auszulegen, richtig zu verdolmetschen, namentlich dann außerordentlich schwer, wenn sich einmal das Stück Staatsanwalt gerührt hat, welches in jedem Einzelnen vorhanden ist. — Namen will ich dabei nicht nennen. Es ist geradezu wunderbar, welcher kritische Scharfsinn aufgewendet worden ist, um um jeden Preis aus einzelnen Zeilen, aus einzelnen Worten das herauszulesen, was dem Betreffenden angenehm war, weil er dann am besten sich dagegen wenden konnte. Ein Redner hat z. B. ausgeführt, ich hätte in den Münchener Reden nicht die Einzelheiten der nächsten Forderungen unseres Programms so hervorheben, dagegen den revolutionären Charakter und die Ziele unserer Bewegung um so mehr betonen sollen. Das kommt auf dasselbe heraus, worüber ein Redner der Opposition klagte, daß wir bei Gelegenheit der Frage der Prüfung der Gewehrläufe nicht eine revolutionäre Rede gehalten haben. Es kommt doch auf den speziellen Zweck an, den man mit einer Versammlung verfolgt. Nach diesem Maßstab ist die Rede zu bemessen. Bei den Versammlungen, um die es sich hier handelt, ist speziell die Aufgabe die gewesen, nicht eine allgemeine Agitationsrede zu halten, sondern Kritik an den augenblicklichen Verhältnissen und an den Aufgaben

zu üben, welche aus derselben mir zu erwachsen schienen. Der revolutionäre Charakter der Bewegung beruht nach meiner Ansicht zunächst in etwas ganz anderem, als in fortwährenden Wiederholungen und großen Worten, nämlich darin, daß wir, die Sozialdemokratie, das naturnothwendige Ergebniß eines revolutionären Vorganges, der Enteignung der Massen, sind, des Vorganges, welcher fortdauernd weiter revolutionirend wirkt und den wir zum Bewußtsein der Masse zu bringen haben.

Von verschiedenen Rednern ist mir eine Reihe anderer Vorwürfe gemacht worden. Genosse Singer hat gemeint, ich wollte gewiß das Prinzip, aber es wie ein Familienheiligthum in den Silberschrank stellen; man hat gesagt, ich wolle Entsagung, Verlangsamung, ich predigte das Kompromiß, die Aussöhnung mit den herrschenden Klassen, ich wolle die „nächsten" Aufgaben als die hauptsächlichsten, zunächst als die einzigen aus dem Programm herausgegriffen sehen. Wiederholt hat man sogar gesagt, ich wolle eine Regierungspartei, den Regierungssozialismus, heute Vormittag hat ein besonders mit Temperament begabter Redner sogar auf den seligen Boulanger hingewiesen. Wenn in dieser Weise eine lange Broschüre zerpflückt und mit dem Rothstift jeder einzelne Punkt markirt wird, dann bin ich gezwungen, so leid mir das Lesen thut, Ihnen die andere Seite der Medaille zu zeigen. Auf einer Zahl Seiten der Broschüre sage ich, daß von einer Aufgabe unserer Grundsätze selbstverständlich keine Rede sein kann, daß wir ebensowenig Veranlassung haben, unsere Waffen aus der Hand zu legen, denen wir am meisten verdanken, was wir bisher erreicht haben. „Aber andererseits entspricht es dem Interesse der Arbeiterbewegung und des Gemeinwesens überhaupt und ist auch dem aller Utopie und Spekulation fernen, im besten Sinne realpolitischen Wesen unserer Partei nicht zuwider, wenn wir den Weg der Verhandlung betreten und suchen, auf Grundlage der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung Verbesserungen wirthschaftlicher und politischer Art herbeizuführen. — Die Lage ist für uns aussichtsreich, vielversprechend, aber zugleich verantwortungsvoll. — Der in der heutigen Gesellschaft vorhandene Interessengegensatz ist der Hauptfeind; aber Unkenntniß und Vorurtheil machen nicht wenige gute Menschen zu Gegnern unserer Bestrebungen, und hier kann nicht nur überzeugendes Lehren, sondern noch mehr kluges Handeln uns viel nützen. Ueber alledem aber ist unsere Partei als Vertreterin aller Unterdrückten und Bedrängten, aller emporstrebenden Kräfte, zu einem immer gewaltigeren politischen Machtfaktor zu entwickeln, den Gutmüthigen zum Sporn, den Eigensüchtigen zum Widerstande. Denn nur der kann Forderungen erheben, der Kraft und Macht hat; dem hilflosen Bettler giebt man nichts." Ferner Seite 16: „Man sagt, die herrschenden Klassen würden ja doch freiwillig nie-

mals etwas von ihren Vorrechten ablassen. Nun freiwillig werden sie das allerdings kaum, sondern nur genöthigt. Aber es ist ein Irrthum, sich vorzustellen, daß diese Nothigung nur durch die Faust geschehen könne, daß in jeder einzelnen Frage des Staats- und Gesellschaftslebens die nackte Gewalt in Wirkung trete und entscheide. Es giebt auch noch andere Gewalten als die Faust: die fortgesetzte zähe Arbeit zielbewußt arbeitender Organisationen, die dadurch bewirkte Veränderung der Meinungen und vor Allem die Macht der wirthschaftlichen Thatsachen." — Seite 17: „Worauf es ankommt, das ist, daß wir — ohne unsere Endziele und den Zusammenhang der Forderungen im Mindesten zu vergessen — auch praktische Tagespolitik treiben, unausgesetzt in jeder Einzelfrage die öffentliche Meinung und die gesetzgebenden Faktoren bestürmen und nie vergessen, daß jede noch so unbedeutende Verbesserung des Arbeiterlooses die geistige und leibliche Kraft und Macht des Volkes vermehrt und zum weiteren Kampfe stärkt, zu neuen Bestrebungen ermuthigt und befähigt." Seite 18: „Niemand kann daran denken, von unseren Grundsätzen etwas aufzugeben; vielmehr müssen wir bei jeder Handlung unserer praktischen Politik uns gegenwärtig halten, daß sie nur eine kleine Annäherung an das große Ziel ist. Deshalb müssen wir, ohne das Allgemeine aus dem Auge zu verlieren, vom Zeitumbegrenzten mehr ins Unmittelbare, vom Absoluten zum Positiven gehen, neben dem dauernden Programm solche Arbeitsprogramme aufstellen, welche für die nächstliegende Zeit bestimmt sind und unsere Kraft auf solche Einzelforderungen sammeln, welche jeweilig den dringendsten Bedürfnissen entsprechen und die größte Möglichkeit der Durchführung für sich haben. Hinter diese Forderungen muß dann die ganze Kraft unserer Agitation, unserer Beweisführung und Ueberzeugung, die Geschicklichkeit und Zähigkeit der Verhandlung, sowie all unser öffentlicher Einfluß gestellt werden. Man achtet und beachtet nur den Starken, und deshalb dürfen wir die Waffen, die wir bisher geführt haben, nicht aus der Hand legen; sind sie doch gegenüber den Meisten unsere einzige Bürgschaft." Seite 19: „Glaubt Einer von Ihnen, daß die ganze oder theilweise Erreichung dieser Forderungen für das arbeitende Volk Deutschlands gleichgiltig oder unbedeutend wäre? Oder würde sie nicht vielmehr die Lage von Millionen thatsächlich verbessern, sie leiblich und geistig zu weiterem Verbesserungsstreben stärken? Würde uns das Volk nicht für die Erringung dieser Forderungen mehr Dank wissen, als für die kräftigsten Phrasen und schönsten Zukunftsbilder?" Seite 23: „Ich wiederhole, wir haben die Aufgabe, wo sich ein guter Wille zeigt, ihn anzuerkennen und zu stärken, die ihn hemmenden schlechten Einflüsse zu bekämpfen, die öffentliche Meinung zu gewinnen, der Staatsgewalt die Nothwendigkeit des Brechens mit der Interessenpolitik kleiner Kreise und des Ueber-

gehens zu einer für die Interessen des ganzen Volkes wirkenden und sich auf letzteres stützenden Politik zu zeigen, zugleich aber unausgesetzt an der Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung als politischen Machtfaktors zu arbeiten, weil alle Politik wesentlich eine Machtfrage ist und nur derjenige etwas zu erreichen hoffen darf, der seine Forderungen durch reale Macht unterstützen kann."

Und nun frage ich: Wo ist hier die Beseitigung, wo die Verschleierung, Verschweigung des Prinzips, wo ist von Entwaffnung gegenüber der herrschenden Gewalt, von Unschädlichmachung unserer Bewegung die Rede, wo davon, daß der Arbeiterschutz den Hauptinhalt, den einzigen Inhalt unseres Programms für die nächste Zeit ausmachen soll? Was ich beabsichtigte, und was sich vollkommen deckt mit dem bisherigen thatsächlichen Verhalten der Partei, ist, daß neben unserem Programm, neben unseren prinzipiellen Forderungen vollkommen gleichlaufende und mit denselben zusammenhängende Forderungen nicht als Ziel, sondern als Weg, als Mittel herausgegriffen werden sollten als unsere jeweilig nächsten, dringendsten und in der Ausführbarkeit möglichsten Forderungen. Auer hat gemeint, hier sei die Linie, wo wir uns von anderen Parteien trennen, wo es darauf ankommt, ob wir noch auf eigenen Füßen stehen oder mit jenen zusammenschmelzen. In persönlichen Unterredungen mit einer Reihe von Kongreßdelegirten habe ich bemerkt, daß gerade das Wort Arbeitsprogramm, Aktionsprogramm die allerverkehrteste Auslegung gefunden hat, weil unsere Grundsätze den Namen Parteiprogramm tragen, haben sie gemeint, es soll daneben ein anderes Programm stehen. Davon ist für den ruhig Urtheilenden nicht im entferntesten die Rede. Das Wort Aktionsprogramm ist von der Schweizerischen Partei hergenommen, wo ein solches seit Jahren besteht, wo neben dem großen jeweilig das Arbeitsprogramm auf die nächsten Jahre festgesetzt wird, wonach neben den prinzipiellen auf diejenigen Fragen, deren Erfüllung heute möglich ist, die augenblicklich am meisten Aussicht haben oder am meisten im Interesse der Arbeiter zu liegen scheinen, ganz besonderer Nachdruck zu legen ist. Das ist die ganze Geschichte und nichts anderes. Nun kommt Liebknecht und führt wiederum das Wort an, mein Gedanke müßte zur Versumpfung führen, ja er fügte weiter hinzu, zum Regierungssozialismus — ein Wort, das entweder bestimmt oder geeignet ist, mich hier in den allerschlimmsten Verdacht zu bringen. Nun meine ich und meinte stets, die Sozialdemokratie sei nicht die Erfindung einiger weniger Köpfe, die nicht gemacht worden wäre, wenn diese Köpfe nicht vorhanden wären, sondern unsere Bewegung sei das nothwendige Ergebniß der materiellen Voraussetzungen, welche seither unwiderstehlich wirken. Ich habe schon in meiner vorigen Rede gesagt, die Hebung des Arbeiterlooses in politischer oder ökonomischer Hinsicht unter den heutigen Umständen würde dann ein Verzicht

auf das Endziel unserer Partei sein, wenn die Möglichkeit bestände, daß die Erringung dieser einzelnen Vortheile zur endgiltigen Aussöhnung mit der Gesellschaft führen könnte. Die ganze sozialistische Theorie ist gerade darauf gebaut, daß diese Aussöhnung unmöglich ist und daß deshalb, möge so viel an Einzelverbesserungen gegeben werden als man will, dieses Endziel doch nicht im allermindesten aufgegeben oder beseitigt wird. Singer ist auch für Konzessionen, auch für einzelne Verbesserungen, aber das hätte für uns nur den Zweck, uns zum weiteren Kampfe zu stärken. Das ist nichts Neues gewesen, in meiner Broschüre steht ganz genau derselbe Satz, so daß hieraus kein Vorwurf hergeleitet werden kann. Ich meine gerade in Bezug auf den Punkt, der mir der wesentlichste war, den Normalarbeitstag, tritt am deutlichsten hervor, daß derartige Verbesserungen die Arbeiter und ihre Lage ganz außerordentlich für den weiteren Kampf zu stärken im Stande sein würden. Daher kann man nichts Unzutreffenderes sagen, als daß ein derartiges Vorgehen zur Versumpfung führt. Ich wünschte, wir kämen recht bald zu der Versumpfung des Normalarbeitstages!

Bei vielen Rednern trat die Anschauung zu Tage, daß weniger die Einzelheiten als der Ton meiner Rede anzugreifen sei, also das Unfaßbare, das was man blos fühlt, was man nicht beweisen kann, sondern was am meisten dem rein persönlichen, subjektiven Ermessen anheimfällt. Das ist der Tendenzprozeß in seiner schönsten Form; wogegen wir, wenn wir auf der Anklagebank der heutigen Gewalten sitzen, niemals entschieden genug protestiren können, das schleppen Sie so in unsere eigene Partei hinein! Es fällt mir nicht ein und ist mir nicht eingefallen, von Entsagung zu sprechen; das Wort ist in meinen Reden nicht enthalten. „Die Lage ist für uns aussichtsreich, aber auch verantwortungsvoll ... Wir müssen rüstig auf dem eingeschlagenen Wege fortschreiten, die Augen fest auf das ferne Ziel gerichtet, entschlossen, kräftig, aber auch mit Umsicht und Ueberlegung.“ So wörtlich in meinen Reden. Es scheint fast, als ob der Hauptvorwurf, den mir Einige machen wollen, darin beruht, daß ich zur Ueberlegung und Besonnenheit aufforderte. Ganz abgesehen von außerhalb unserer Partei liegenden Faktoren habe ich meine guten anderen Gründe gehabt; zunächst das Drängen der Berliner Opposition, welche bis zur Stunde zu unserer Partei gehört, in unserer Parteibewegung in den letzten Monaten eine Rolle gespielt hat und auf die ich nothwendig Bezug nehmen mußte. Auch außerhalb der Berliner Opposition, vielleicht durch sie gedrängt, zeigten sich Andere, welche die Zeit nicht mehr erwarten zu können schienen, und deren Verhalten, wenn es nicht darauf ausging, doch dazu geeignet war, die Sachen zu überstürzen. Soviel steht fest, daß noch keine Partei der Welt durch Besonnenheit zu Grunde gerichtet worden ist und daß man eher statt zu

wenig zu viel Besonnenheit haben soll, aus dem Grunde, weil die Entwicklung der Verhältnisse ganz von selbst die zu Besonnenen nach vorwärts treibt.

Nun ist auch die Selbstbeschränkung hereingezogen worden. Ich sollte meinen, Selbstkritik und Selbstbeschränkung sollten jedem Menschen, jedem Parteimann, jedem Politiker ganz außerordentlich anstehen, und gerade hier scheint mir meine Mahnung sehr berechtigt gewesen zu sein. Auer hat die Sache so dargestellt, als ob der, welcher die Selbstkritik und Selbstbeschränkung in meinem Sinne übt, nicht mehr die Freiheit des Handelns hätte. Ich habe immer, in der Schule schon, gelernt, daß Selbstkritik und Selbstbeschränkung erst die wirkliche Freiheit giebt, daß ohne dieselben nur ein willkürliches und großentheils dem Zufall unterworfenes Handeln die Folge ist. Im Uebrigen ist auch S. 8 der Broschüre nicht von Anträgen, nicht von praktischer Politik im Reichstage die Rede, sondern es handelt sich um die Kritik einer ganzen Reihe verkehrter Handlungen und Ausführungen in verschiedenen Blättern unserer Partei, und unmittelbar darunter ist gleich die Erklärung hinzugefügt, daß es sich im Allgemeinen um das leichtbereite Absprechen über alle möglichen Dinge handelt, ein Absprechen, das wir leider in unserer Presse, soweit sie nicht gut bedient ist, nur allzu häufig finden. Diese Selbstkritik und Selbstbeschränkung im moralischen Sinne ist gemeint. Wenn ich alle diese merkwürdigen Aeußerungen und Irrungen über meine Rede hier in dieser Versammlung übersehe, dann kann ich mir, da ich an dem guten Willen keines einzigen Genossen zweifle, das nur dadurch erklären, daß die Mehrzahl der Beurtheiler der Rede gegen ihren Willen nicht im Stande ist, meine Rede von der Lawine, zu der sie im Laufe des Streites durch die eigene, namentlich aber durch die gegnerische Presse angewachsen ist, zu trennen. Daß mir heute von zwei älteren Genossen ein Vorwurf aus dem gemacht ist, was im Burgstädter oder Buxtehuder Amtsblatt über meine Reden gestanden hat, das ist doch wohl das Ungeheuerlichste, was hier in diesem Saale überhaupt gesagt werden kann. Glaubt denn Freund Heine mich verpflichtet, die Amtsblätter im letzten Winkel seines Kreises zu lesen, oder auch die „Germania", die „Vossische Zeitung" u. s. w.? Da hätte ich viel zu thun. Meine Aufgabe ist gerade groß genug, die süddeutschen Blätter zu lesen, fällt mir auch nicht entfernt ein, mich gegen irgend einen solchen Unsinn zu kehren. Auch die Aufspießungen im Zentralorgan berühren da oben bei uns in Süddeutschland nichts weniger als freundlich. Aber ich verlange von Ihnen, sich darüber zu äußern, was ich gesagt habe, und nicht, was ein beliebiger Anderer, ein Gegner, gesagt hat.

Nun komme ich auf den Punkt, daß aus meiner Schrift ganz unzweideutig hervorgehe, ich hätte eine nagelneue Taktik haben

wollen. Davon ist nicht im Allerentferntesten die Rede, und namentlich in der zweiten Rede finden Sie schon einen Protest dagegen, da sage ich, dies „ist jedoch keineswegs richtig. Die Taktik, welche ich empfohlen habe, ist in ihren Elementen bereits bisher vorhanden gewesen, nur daß sie weniger folgerichtig durchgeführt wurde", und als Erklärung verweise ich auf die Rückschläge der „Jungen" mit ihrem revolutionären Phrasengeklingel. Seite 19 sage ich: „Die von mir empfohlene Taktik ist seit dem Fall des Ausnahmezustandes schon in zahlreichen Fällen in und außer dem Reichstage befolgt worden. Gegen diese Taktik sind aber mehrfache Rückschläge erfolgt." Ich habe sie also nicht erfunden, sondern mich mit ihr identifizirt, wie sie seit Halle eingeschlagen ist. „Heute kann von dieser Taktik weniger als je abgegangen werden." Das zeigt aufs Deutlichste, daß ich die vorhandene Taktik im Auge habe, welche parteigesetzlich eingehalten werden soll.

Nun sagt ein Redner, wenn diese Ansichten nichts neues gewesen seien, sei es auch nicht nöthig gewesen, sie mit solchem Lärm vorzutragen. Ich bitte Sie, sich ein paar Monate zurückzuversetzen. Wie haben sich denn die Dinge verhalten? Die erste Versammlung ist nicht eine großartige Versammlung gewesen, sondern es war die regelmäßige Monatsversammlung der Partei, die ich nicht veranstaltet habe, sondern zu der ich eingeladen wurde. Hätte ich Lärm machen wollen — wir verstehen uns ja alle miteinander ein wenig auf dieses Geschäft (Heiterkeit) —, hätte ich gewünscht, ein „Pronunziamento" zu machen, dann hätte die Geschichte ein wenig anders ausgesehen, dann hätte ich zunächst eine Riesenversammlung einberufen in einem Lokal, was damals noch zur Verfügung stand, welches vier- bis fünftausend Mann faßt, und nach dieser Versammlung hätte ich dieselbe Rede ein Dutzend mal in der Provinz gehalten und wäre mit Resolutionen vorgegangen, welche ich Ihnen dann hier als Sturmpetitionen an den Kopf geworfen hätte. „Als Mitherausgeber eines großen Blattes hätte ich auch dieses zu diesem Zwecke ziemlich ausnutzen können. Es ist mir nicht eingefallen. Noch in derselben Nacht bin ich nach meiner Rede fortgefahren und habe mich weiter nicht um die Sache gekümmert. Daher die widersprechenden Notizen in den Blättern; der Bericht der „Münchener Post" rührte von einem Redakteur her, der nicht geschult und nicht Parteigenosse ist. Ich habe mich den ganzen Monat nicht darum gekümmert; ich dachte mir, das Geschwätz, wie es der Tag gebracht, wird der Tag hinwegnehmen. Das ist nicht geschehen und schließlich habe ich denn beide Reden in Broschürenform herausgegeben, aber nicht freiwillig, sondern weil ich nicht mehr anders konnte.

Ich nehme jene Meinungsfreiheit, welche wir von den heutigen Gewalten, von den Gegnern in Schrift und Wort in ausgedehntestem

Maße verlangen, als mein Recht in Anspruch innerhalb der Partei und sage was ich für richtig halte, und da muß ich allerdings betonen, wenn Jemand so ruhig, so sachlich, ohne Nennung auch nur einer Person selbst da, wo sie genannt werden könnte, seine Ansichten vertritt, wenn aus dem ganzen Inhalt und dem Ton der Rede aufs Deutlichste hervorgeht, daß ich garnichts, keine Sturmpetitionen und dergleichen machen will, sondern blos meine Ansichten zur Debatte stelle und ruhig dem entgegensehe, was dagegen gesagt wird, und dann demselben Mann, der außen in der Partei immerhin ein wenig bekannt ist, nicht nur während der Debatten der letzten 3 Monate, sondern auch hier in solcher Weise entgegengetreten wird, wenn er dargestellt wird, als ob er das schrecklichste Verbrechen gegen die Partei plane, sie zu einer nationalen, zu einer Regierungspartei machen, sie in den Sumpf, ja in den Ruin führen will — dann muß ich allerdings fragen: Wo bleibt hier die Meinungsfreiheit, von der man so oft spricht? (Sehr richtig!) Ich bin zufällig in der Lage, daß ich mich den Teufel darum scheere, was Andere denken, mit Ausnahme Derer, die über mich in München oder in der Gesammtpartei ihr Urtheil abzugeben haben — aber ich frage Sie: wo soll die freie Meinungsäußerung hinkommen der zahlreichen Leute, die mit uns in der öffentlichen Thätigkeit so eng zusammengewachsen sind, welche fallen, wenn diese fällt, wo sollen die den Muth hernehmen, aufzutreten, wie sollen diese zahlreichen Elemente es dann noch wagen, eine eigene Meinung zu äußern? (Sehr richtig!) Wenn es etwas in unserer Partei giebt, was namentlich seit ihrer Vergrößerung, seit dem Fall des Ausnahmegesetzes nothwendig ist, so ist es, selbständig denkende Charaktere heranzuziehen. (Sehr richtig!) Wir sind mustergiltig geworden für die Arbeiterbewegung der ganzen Welt, aber in Bezug auf die Selbständigkeit der Meinung steht es doch etwas flau bei uns, und es hat niemals etwas einen deprimirenderen Eindruck auf mich gemacht, als wie im vorigen Jahre wir Zeugen der Dinge im Streit mit den Jungen gewesen sind. Da wird in Berlin eine Versammlung abgehalten; 5000 Mann sind zugegen, alle mit Wille einverstanden. Dann kommt Bebel, spricht vor 6000 Mann, und alle 6000 sind mit Bebel einverstanden. (Große Heiterkeit; Widerspruch Bebel's.) In Magdeburg ging es ähnlich. Die zwei Redakteure der „Volksstimme" referiren mit aller Beredsamkeit, und die übergroße Mehrheit der großen Versammlung erklärt sich mit ihnen einverstanden. Die sind nun schlau genug gewesen in ihrem Siegesbewußtsein zu telegraphiren, Bebel möchte doch kommen. Bebel kommt, und die nächste Versammlung resolvirt für ihn gegen die beiden andern. Dergleichen Dinge müssen ja vorkommen, weil die Hunderttausende im Volke nicht die gelehrten Männer sind, die blos mit Politik sich beschäftigen, weil sie das allgemeine Gefühl

haben für die Sache, und wenn sie den Redner auftreten sehen, von dem sie wissen, daß er ein treuer, tüchtiger Mensch ist, so sind sie unweigerlich für ihn, wenn auch hintennach vielleicht Einigen Bedenken aufsteigen. Aber gerade weil dem so ist, deswegen ist Selbständigkeit des Denkens eine Hauptaufgabe für uns. Diese ist aber nur dann möglich, wenn man, abgesehen von Verleumdungen, Lügen und Beleidigungen, die Gedanken irgend welcher Richtung zum Besten der Partei von Personen, welche sich zwar irren können, aber den guten Willen haben, mit Dank entgegennehmen würde — ich meine das nicht in Bezug auf mich, sondern ganz im allgemeinen — man sollte froh sein, wenn solche neuen Gesichtspunkte auftauchen, damit in das alte, regelmäßige Agitationsgeklopfe einige Abwechslung kommt.

Aber das Aeußere solcher Gedanken wird nicht gefördert, wenn man sie zu riesigen Staatsaktionen aufbauscht, wenn man den Urheber aufs Schärfste angreift, ganz wie der Staatsanwalt thut, schon vorher den Rothstift nimmt, um anzustreichen, wo sich möglicherweise etwas herauspressen läßt. — Eine Nebenbemerkung muß ich noch machen, nachdem der Angriff wiederholt gemacht ist. Zuerst hat Liebknecht davon gesprochen, daß ich mich an ihn und Bebel anklammerte, daß mir das aber nichts nütze; ein Anderer hat das wiederholt. Wenn Jemand vor Männer, welche sich Verdienste erworben, sei es um die Partei, sei es außerhalb derselben, Achtung und Sympathie empfindet und sie hoch stellt, dann bin ich es. Aber keiner steht so hoch, daß ich es für nothwendig hielte oder Lust hätte, mich an ihn zu klammern. (Bravo!)

Und nun begebe ich mich zur Resolution. Man hat es vorgestern merkwürdig, eigenthümlich, unbegreiflich — einige wenigstens — gefunden, daß ich erklärt habe, auf dem Boden der Resolution zu stehen und sie zu unterschreiben. Das ist außerordentlich einfach, warum ich das gethan habe, und da Zweifel darüber bestehen, so will ich all das wiederholen und neues hinzufügen, was zur Erklärung nothwendig scheint. Ich erkläre Folgendes: Ich stehe, worüber man garnicht erst zu sprechen brauchte, was aber nach all den Angriffen und Verzerrungen des Bildes nöthig ist, voll und ganz auf dem gleichen Programm wie Sie und wie die ganze Partei, und füge hinzu, daß Sie das dadurch ja selbst schon anerkannt haben, daß Sie mich in die Kommission für die Ausarbeitung des neuen Programms gewählt haben, und, wenn das gemacht sein wird, gerade mich wieder die Rolle treffen wird dessen, der in München und Südbayern das Programm darlegt auf das Allereingehendste, und gezwungen ist, die letzten Ziele der Partei auf das Allerdeutlichste klarzulegen, selbst wenn er es nicht wollte. Ich stehe weiter selbstverständlich auf dem Boden, daß unser ganzer Kampf stattzufinden hat zur Erreichung der politischen Macht, „die

nicht das Werk eines Augenblicks, nicht die Frucht einer momentan gelungenen Ueberrumpelung des Gegners sein kann, sondern nur durch zähe und ausdauernde Arbeit und geschickte Benutzung aller Mittel und Wege der Propaganda zu erringen ist." Ich erkläre weiter, daß ich fest und entschieden eintrete für das ganze Ziel der Partei, aber auch eintrete für die einzelnen Verbesserungen, wie die Resolution selbst will, und die ich in dem Maße, wie sie nothwendiger und näher sind, für ausgezeichnete Agitationsmittel halte; ich erkläre weiter, daß es mir nicht im Entferntesten eingefallen ist, aus den fünf Punkten, welche ich herausgehoben habe, im eigentlichen oder überhaupt in irgend welchem Sinne ein eigenes Programm zu machen, sondern daß sie in der Reihe stehen sollen, wie jede andere Forderung, daß ich aber einen gewissen Nachdruck darauf lege, weil diese Forderungen heute nothwendig sind und, wie beim Arbeiterschutzgesetz, von uns seit Jahren geltend gemacht werden. Weil ich in allen diesen Punkten genau auf dem Standpunkt der Resolution Bebel stehe, weil ich ihre Annahme wünsche, weil ich diese Bebel'sche Resolution, wenn sie angenommen wird, dann für die ganze Partei einschließlich aller und meiner für bindend erachte, deshalb trete ich für sie ein. Damit ist nach meiner Meinung die Angelegenheit erledigt, und sie muß erledigt sein. Etwas weiteres kann einem Parteigenossen nach meiner Ansicht nicht zugemuthet werden. (Sehr richtig!)

Da kommt nun der Antrag Oertel. Es giebt zwei verschiedene Arten, wie man eine Streitfrage innerhalb einer Partei erledigen kann, die sachliche und die persönliche. Die sachliche besteht darin, daß man sich nicht an den einzelnen Fall, nicht an die einzelne Person hält, sondern, anstatt etwas zu verbieten, positiv setzt, was man im Interesse der Partei für nothwendig hält, was dann von selbst die Verpflichtung ausspricht, daß jeder Einzelne sich fügt, worüber ein Wort nicht weiter zu sprechen ist. Diese sachliche Art der Erledigung ist in unserer Partei seit ihrer Geburt alte, unweigerliche, unverbrüchliche Sitte. Ein Redner, ich glaube Fischer, hat angeführt, wir hätten ja auch schon mit Bebel und Liebknecht Streit bekommen und die hätten sich auch fügen müssen. Es kommt blos darauf an, welche Form gewählt wird. Erinnern Sie sich der Rede Liebknechts von 1869. Das war der erste Streitfall. Damals hat Liebknecht gegen Bebel die Rede gehalten, in so scharfen Worten, daß er sagte, den Eintritt in's Parlament empfehlen (wie Bebel gethan) könne nur Verrath oder Kurzsichtigkeit! Sieben oder acht Monate später ist der Kongreß der Eisenacher in Stuttgart zusammengetreten; ihm ist es nicht eingefallen, zu erklären, wir sind mit Liebknecht nicht einverstanden, sondern er hat sachlich die Taktik festgelegt und für die Zukunft vorgeschrieben. Dann kam 1876, wo Bebel und Liebknecht sagten, sie wollten für den Kleinkram unseres

Programms nicht eintreten, wie Fischer es dargestellt hat. Wir haben den Streit Frohme — Bebel gehabt, der auch von einem Kongreß entschieden wurde; da ist es keinem Menschen eingefallen, zu erklären: wir sind mit Frohme nicht einverstanden. Wir haben die Dampfersubvention bekommen, der Streit darum war der größte bisher. Dem nächsten Kongreß ist es wiederum nicht eingefallen, zu erklären: wir sind mit den Genossen A, B, C u. s. w. nicht einverstanden. Mit einem Worte: unsere Parteigeschichte weist nicht ein einziges Beispiel auf, wo wir an Stelle der sachlichen die persönliche Erledigung gesetzt hätten. Diese Art der Erledigung ist die freundschaftliche unter solchen, welche in Zukunft miteinander weiter wirken; sie ist aller Betheiligten würdig und schädigt keinen Einzelnen.

Der andere Weg ist der persönliche, der dadurch, daß er zur Ausnahme wird, persönlich um so verletzender wirkt. Ich weiß in meiner Parteithätigkeit auf den Parteitagen einen einzigen Fall, wo mit Namensnennung etwas erklärt wurde; das war beim Ausschluß von Most und Hasselmann. Ich muß es Ihnen überlassen, ob der gegenwärtige Fall irgend welche Verwandtschaft mit dem Fall Most und Hasselmann hat. Die Behauptung wird vielleicht erhoben werden, und da ich das Schlußwort nicht habe, muß ich meine Erwiderung darauf vorweg nehmen: Es wird gesagt und ist mir persönlich gesagt worden, wenn wir, nachdem einmal der Unterantrag eingebracht ist, ihn nicht annehmen, so gewinnt es den Anschein oder so soll es wohl so sein, als ob sich die Partei einem Einzelnen, nämlich dem Vollmar unterwerfe. Ich mag nicht gern kränkende Worte in den Mund nehmen, aber etwas Ungeheuerlicheres kann es wohl nicht geben, als diese Annahme, wenn man die Partei und meine Person, meine Gepflogenheiten betrachtet. Wenn jemand weniger Lust hätte als ich, die Partei sich zu unterwerfen, dann wäre die Gefahr wahrlich nicht so groß. Die Resolution Oertel ist sachlich vollständig dadurch beseitigt, daß ich mich auf den Boden der Resolution stelle und hinzugefügt habe, wie auch jegliche Nebenabsicht ein für alle Mal beseitigt ist. (Sehr richtig!) Damit ist die Resolution beseitigt; sie hat, was man auch sagen mag, eine persönliche Spitze und wirkt persönlich verletzend. Wenn man Jemand einen Rüffel ertheilt, ihm ein Mißtrauensvotum giebt, braucht man nicht die gröbsten Worte zu nehmen, das kann sehr ruhig ausgedrückt werden, und es wird damit an der Sache selbst nicht das Mindeste geändert. Nun steht es aber so: Der Abgeordnete nimmt eine öffentliche Vertrauensstellung innerhalb der Partei ein und auch nach außen hin, und wenn er wirksam wirken soll, namentlich wenn er das bei uns in Süddeutschland können soll, wo wir nicht mit einer homogenen Arbeiterbevölkerung, sondern mit anderen Verhältnissen zu thun haben, dann muß das Vertrauen zu ihm un-

erschüttert, seine öffentliche Stellung unangetastet sein. Was würde man z. B. sagen, wenn ich, der ich mit Bebel meistens einverstanden bin, aber es nicht bin mit seinen letzten Berliner Reden über die Unvermeidlichkeit des Krieges, mich nun hinsetzte und schrieb: der Kongreß erklärt hiermit, daß er mit Bebel nicht einverstanden ist. Es könnte dann ein dritter und vierter kommen und ähnliche Erklärungen bezüglich anderer Punkte beantragen. (Vielfache Zustimmung.) Das ist nicht die Art, wie man innerhalb der Partei vorgehen kann. Jedenfalls bitte ich Sie, dies in Betracht zu ziehen und meine Worte genau abzuwägen. So viel steht fest für mich, daß eine derartige persönliche Zuspitzung, ein speziell auf den persönlichen Fall zugespitztes Mißtrauensvotum für mich unannehmbar ist, und wenn es nichtsdestoweniger vielleicht unter irgend welchen Einwirkungen, welche ich nicht paralysiren kann, angenommen werden sollte, so habe ich Ihnen einfach und ruhig zu erklären, daß in diesem Fall der Boden für eine weitere Thätigkeit nicht mehr gegeben ist und ich dann zum letzten Male zu Ihnen gesprochen habe. Lassen Sie diese persönliche Spitze weg, nehmen Sie die sachliche Erklärung an, welche alles vollkommen entscheidet und für die vollkommene Einigkeit innerhalb der Partei maßgebend ist, dann steht es für mich anders, dann ist sie für mich ebenso bindend, wie für jeden andern, dann kann ich weiter wirken, wie seit mehr als einem Jahrzehnt. (Lebhafter Beifall.)

Persönlich bemerkt Liebknecht: Vollmar hat bezüglich meiner Broschüre gesagt, ich hätte darin erklärt, der Eintritt ins Parlament sei Verrath oder Kurzsichtigkeit, und Bebel sei in den Reichstag eingetreten. Ich bin ja selbst im Reichstage gewesen und, wie Bebel erklärt hat, sind wir über die im Reichstage einzuhaltende Taktik nicht einverstanden gewesen. Eine persönliche Spitze gegen Bebel lag in meiner Broschüre nicht.

Bebel: Parteigenossen! Als Referent bin ich genöthigt, auf das Ganze der Verhandlungen, die wir seit zwei Tagen hier gepflogen haben, einzugehen und sie zu resumiren. Ueber eine Reihe von Punkten, die nach meiner Ansicht sich schon erledigt haben, kann ich hinweggehen. Dagegen kann ich ungeachtet der Thatsache, daß eine Anzahl Genossen den Saal verließen, weil heute Mittag ein Beschluß gefaßt wurde, der ihnen nicht paßte, nicht umhin auf einige der von ihnen berührten Fragen einzugehen. Die Herren, welche von jener Seite ihre Einwendungen gegen die bisherige Taktik der Partei und Fraktion erhoben, sind nicht nur in diesem Saale gehört worden, sondern sie werden auch außerhalb dieses Saales, namentlich in den gegnerischen Parteien gehört, und dort könnte es den Anschein erwecken, als wenn wir auf die Ansichten Jener nicht zu antworten vermöchten. So unangenehm es mir also ist, in Abwesenheit jener Herren ihnen zu entgegnen, so bin ich dazu gezwungen.

Herr Auerbach hat nochmals in längeren Ausführungen die Anklagen und Beschwerden der Opposition darzulegen versucht. Wenn er dabei erklärte, es sei ihm stets nur um die Sache zu thun gewesen und die Differenzen und Gegensätze sachlich zum Austrag zu bringen, sie seien nichts als „allergetreueste“ Opposition der Partei gewesen, so antworte ich darauf, daß wenn die Herren immer so geredet hätten wie heute er, es nicht zu jenen erhitzten und erregten Erörterungen, wie sie stattgefunden haben, gekommen wäre. Das aber ist der Grundunterschied, daß die Herren, wie von allen Seiten konstatirt worden ist, auf diesem Parteitage eine Taktik verfolgt haben, welche von der draußen im Lande und in Berlin von ihnen verfolgten wesentlich verschieden war. Ich konstatire noch einmal, daß es sich vor allem für uns darum handelte, die persönlichen Verunglimpfungen und Anschuldigungen gegen bestimmte Kreise und speziell gegen die Parteileitung, die von einzelnen unter den Herren der Opposition erhoben wurden, unter Beweis zu stellen, und weiter wurde verlangt, daß die beschimpfenden Angriffe des bekannten Berliner Flugblatts gegen die Fraktion und Partei ebenfalls bewiesen oder zurückgenommen wurden. Um diese Dinge handelt es sich allein, sie waren die Ursache, daß hier bestimmte Personen in den Vordergrund gezogen wurden, weil sie vorzugsweise jene Anklagen erhoben hatten. Würde die Opposition sich in der Weise ergangen und ausgelassen haben wie z. B. Vollmar in seiner abweichenden Meinung über die Taktik der Partei, dann wären Differenzen persönlicher Art nicht möglich gewesen.

Ich komme nun zunächst noch auf einige von Wildberger erhobene Anschuldigungen. Was seine Beschuldigungen betrifft, es herrsche die Diktatur in der Partei, so hat er als Anklagematerial nur Thatsachen herbeigezogen, welche in die Zeit vor Halle und zum Theil noch in die früheste Zeit des Ausnahmegesetzes fallen und durch frühere Parteitagverhandlungen längst erledigt worden sind. Dasselbe gilt von einer Reihe anderer Anschuldigungen, die er zusammen mit Werner vorgebracht hat. Es hieße die kostbare Zeit des Parteitages in unverantwortlicher Weise in Anspruch nehmen, wenn ich hier noch einmal auf die durch Beschlüsse in St. Gallen und Halle und die dort definitiv entschiedenen und erledigten Punkte eingehen wollte. Das ist, was man den Herren noch zum besonderen Vorwurf machen muß, daß sie sich nicht beschränkten auf diejenigen Dinge einzugehen, welche innerhalb des letzten Jahres nach ihrer Meinung Schaden und Unehre der Partei gebracht haben sollten, sondern daß sie zum Theil mit ihren Anklagen auf 10 und mehr Jahre zurückgriffen und längst abgethane Dinge wieder zum Gegenstand der Anklage machten. Weiter ist von Wildberger der Vorwurf aufrecht erhalten worden, die Fraktion habe eine kleinbürgerliche Reformtaktik eingeschlagen. Genosse Fritz

hat schon vor einigen Tagen sehr drastisch aus Flugblättern für die Wahl Wildberger's im dritten Berliner Wahlkreis nachgewiesen, daß diese Flugblätter ihrem ganzen Inhalt nach genau dasselbe enthielten, wie die Parteiflugblätter im Allgemeinen, daß in ihnen allen — und ich habe hier sechs verschiedene Flugblätter für die Wahl Wildberger's in der Hand — auf die Stimmen der Handwerker, der Kleingewerbetreibenden, der kleinen Beamten gerechnet wird, und diese alle aufgefordert werden, für Wildberger's Wahl einzutreten. Niederauer hat den sehr verunglückten Versuch gemacht, Wildberger bezüglich dieser Flugblätter zu entschuldigen, indem er sagte, wenn Wildberger sich diese Flugblätter nicht hätte gefallen lassen, wenn er sie nicht vertreten hätte, was wären ihm dann für Vorwürfe gemacht worden? Nun, wenn Wildberger nicht damit einverstanden war, hatte er die Verpflichtung, sie zu desavouiren und zu erklären, er lasse sich auf dieses Programm nicht wählen. Ich bedaure, daß in der Ihnen vorgelegten Broschüre über die Berliner Opposition nicht alles abgedruckt ist, was hätte abgedruckt werden müssen. Es ist nicht überflüssig mitzutheilen, was er in seinen Wahlreden äußerte. Insbesondere ist bemerkenswerth, daß er noch im Februar 1890, also zu einer Zeit, wo die Thätigkeit der Fraktion keine andere gewesen war als nachher, sich vollständig auf dem Boden der Fraktion und ihrer Thätigkeit stellte und auf diese Thätigkeit mit Nachdruck hinwies, um sie für seine Wahl wirken zu lassen. Da heißt es in einer seiner Reden von damals: „Die Sozialdemokratie will nicht zerstören, sondern aufbauen; unsere Ziele sind so berechtigte, so durch die Vernunft begründete, daß wer auch nur menschlich denkt, sie anerkennen muß. Sie sind nicht mit einem Male zu verwirklichen und werden auch nicht erreicht werden können, wenn wir 100 Vertreter im Reichstage haben. Wohl aber würden wir unseren Zielen dadurch erheblich näher gerückt werden.“ (Hört!) Ganz ähnlich äußerte sich Wildberger in seinen anderen Reden. Werner hat es als ein „besonderes Zeichen für die Entwicklung des Klassenbewußtseins unter den Bergarbeitern gefeiert, daß sie beschlossen hatten, in Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen nicht zu streiken.“ Bei einer anderen Gelegenheit erklärt Werner, unsere Partei sei die einzige, die durch ihr Verhalten im Reichstage bewiesen habe, daß sie wirklich für die Rechte des arbeitenden Volkes eintrete. (Hört!) Damit ist zur Genüge bewiesen, daß bis zum 20. Februar 1890 die Herren von der Opposition und ihre Wortführer genau auf demselben Boden gestanden haben, wie die Fraktion und die Gesammtheit der Partei; und wenn sie nachher eine andere Taktik einschlugen, und Werner sagt, seit jener Zeit hätten sich seine Anschauungen geändert, so ist das blos dem Unglück zuzuschreiben, daß sie bei den Wahlen durchfielen. (Heiterkeit. Sehr richtig!) Daß der Durchfall jener

Herren aber kein maßgebendes Motiv für die Aenderung der Taktik der Partei oder der Fraktion sein konnte, versteht sich doch wohl von selbst. Wildberger hat ferner gegen mich den Vorwurf erhoben, daß ich diejenige Haltung, welche ich dem Frankfurter Aufruf gegenüber eingenommen, nicht auch gegen das Berliner Flugblatt beobachtete, und hat hinzugefügt, er verstehe nicht, wie ich nach dem Vorgehen der Frankfurter Genossen gegen diese so glimpflich und gegen sie, die Berliner, so rücksichtslos vorgehen konnte. Zunächst habe ich zu erklären, daß ich in keiner Weise mich mit dem Inhalt des Frankfurter Aufrufs identifizirt habe, sondern ich habe mich dagegen ausgesprochen. Noch mehr; da ich geschäftlich von Berlin abwesend war, als die Fraktion über die Frankfurter Angelegenheit beschloß und eine Deputation nach Zürich schickte, habe ich später sehr bedauert, daß die Vertreter der Fraktion jene Erklärung der Frankfurter veröffentlichten, und zwar bedauerte ich dies im Interesse der Frankfurter Genossen selbst. Nachdem aber die Fraktion die Veröffentlichung selbst hatte erfolgen lassen, stand denn doch die Sache anders. Zunächst war die Frankfurter Erklärung nicht heimtückisch ohne Unterschrift veröffentlicht worden, sondern die Frankfurter Genossen bekannten sich dazu, während hier nur Wildberger zum Berliner Flugblatt sich bekannt hat. Als dann Frohme, nachdem die Erklärung der Fraktion und der Redaktion des „Sozialdemokrat" veröffentlicht war, noch auf eigene Faust sich veranlaßt sah gegen die Frankfurter Stellung zu nehmen, hielt ich dieses Vorgehen nicht für richtig und nahm gegen ihn Stellung, aber nicht für den Inhalt der Frankfurter Erklärung. So gut wie Auer hier aussprach, mit einer ganzen Anzahl Stellen aus dem Berliner Flugblatt sich einverstanden erklären zu können, genau so erging es mir mit dem Frankfurter Aufruf. Aber die Dinge lagen auch sonst himmelweit verschieden. Damals hatten wir das Ausnahmegesetz und keine Presse, die frei schreiben konnte; über die Stellung der Fraktion zur Dampfersubvention war eine große Erregung eingetreten, und so hatten die Frankfurter Genossen von ihrem Rechte Gebrauch gemacht und ihre Meinung in dieser Angelegenheit an das Partei-Organ geschickt, und dieses hatte unter Zustimmung der Fraktion jene Erklärung als wichtige Meinungsäußerung eines Theiles der Partei veröffentlicht. Ganz anders lag der Fall in Berlin. Wir haben kein Ausnahmegesetz mehr, wir haben eine Presse, die täglich zur Partei sprechen kann, wir haben Vereine und Versammlungen. Die Genossen haben also volle Gelegenheit, alles was ihnen an der Leitung oder an einzelnen Genossen nicht gefällt, in offener Weise zur Sprache zu bringen. Darum ist das illoyale Vorgehen der Opposition, wie es in der Art der Verbreitung des Flugblattes und in dessen Ableugnung sich gezeigt hat, zu verurtheilen. Herr Wildberger ist dann auf die Abrüstungsfrage

gekommen und hat mir aus meinen Aeußerungen im Reichstage nachweisen wollen, daß ich einen Fehler machte. Er irrt. In diesem Punkte habe ich nie einen Fehler gemacht. Ueber die absolute Unausführbarkeit und das utopische eines Planes, wie jener der allgemeinen Abrüstung ist, bin ich nie im Zweifel gewesen. Wer übrigens die Resolution, die später der Brüsseler Kongreß in Bezug auf den Militarismus gefaßt hat, einigermaßen aufmerksam liest, wird finden, daß meine Aeußerungen im Reichstag mit der jener Resolution zu Grunde liegenden Auffassung sich decken. Eine Frage wie die Abrüstungsfrage, ist für uns keine Prinzipienfrage. Ich mache daher Niemandem, der anderer Meinung ist, daraus einen Vorwurf, nur dagegen verwahre ich mich, daß ich einen Fehler gemacht haben soll, während ich glaube grade korrekt gehandelt zu haben.

Ferner hat Auerbach eine Reihe von Punkten hervorgehoben, welche die letzjährige Thätigkeit der Fraktion betreffen. Wenn Auerbach und seine Freunde eine Entscheidung des Parteitages hätten herbeiführen wollen, dann war der einfache und natürliche Weg, daß sie erklärten, die Fraktion hat im Laufe des Jahres die und die Haltung eingenommen, die und die Anträge gestellt; wir meinen, das verstößt gegen das Programm oder die Taktik und deshalb soll der Parteitag darüber sein Urtheil abgeben. Das wäre berechtigt und loyal gewesen, so mußte vorgegangen werden, weil es der einzige Weg zur Entscheidung solcher Differenzen ist; alsdann würden alle diese unerquicklichen Debatten unmöglich gewesen sein. Eine solche sachliche Auseinandersetzung und Entscheidung hat man aber nicht herbeizuführen versucht. Auerbach ist sogar soweit gegangen und hat einem Antrag von uns eine Tendenz unterschoben, welche durch die Motivirung des Antrages ganz ausgeschlossen ist; ich meine den Antrag auf Verstaatlichung der Apotheken. Die ganzen Ausführungen Auerbach's über diese Frage werden dadurch hinfällig, daß in den Motiven zu dem von uns eingebrachten Antrage erklärt ist, das Apothekenwesen soll in dem Sinne verstaatlicht werden, daß die Arzneimittel zum Selbstkostenpreise gewährt und der Staat keine Ueberschüsse macht. Es kann also von einem spekulativen Unternehmen, wie es die Post, die Eisenbahnen, die Bergwerke und andere Staatsbetriebe sind, welche der Staat genau wie ein Privatunternehmer behandelt und bei ihnen in demselben Maße Arbeiter und Beamte ausbeutet und dabei die Ueberschüsse nicht selten für kulturfeindliche Zwecke verwendet, keine Rede sein. Auch wird mit einem solchen Antrag nicht der Boden des Staatssozialismus betreten. In unseren eigenen Reihen ist vielfach dadurch Verwirrung eingetreten, daß man fälschlicherweise als Beispiel dafür, wie die Sozialdemokratie vorzugehen habe, auf das Postregal verwies. Allein Niemand darf

diese Staatsbetriebe als staatssozialistische Betriebe ansehen, es sind Staatsbetriebe, welche rein privatkapitalistisch betrieben werden. Sobald die Sozialdemokratie dahin gelangt, die politische Gewalt in ihre Hände zu bekommen, würde das Vorhandensein dieser Staatsbetriebe den einzigen Vortheil haben, daß man ihre Expropriation nicht mehr vorzunehmen brauchte. Von diesem Standpunkt könnte man einer weiteren Verstaatlichung aller möglichen Betriebe zustimmen, wenn dabei nicht andere Interessen politischer Natur in Frage kämen, die ein solches Vorgehen bedenklich erscheinen lassen. Der Begriff „staatssozialistisch" trifft also bei unseren Staatsbetrieben nicht zu; das ist allenfalls zutreffend bei der Alters- und Invaliditätsgesetzgebung, bei welcher der Staat direkt materiell eingreift. Aber wir unsererseits haben nicht dafür gestimmt, weil das Gesetz uns zu „staatssozialistisch" war, sondern weil es ungenügend und unzulänglich in seinen Leistungen ist. Andererseits haben wir uns sehr entschieden dagegen verwahrt, daß solche Gesetze die Lösung der sozialen Frage herbeizuführen vermöchten. Es ist von uns, und zwar speziell von mir. im Auftrage der Fraktion nachdrücklichst erklärt worden, daß diese ganze Gesetzgebung die Klassenlage der Arbeiter nicht im Geringsten verändere und die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft nicht berühre. Damit bin ich mit diesem Theil der Opposition fertig.

Ich komme nun zu Vollmar. Er hat im Eingang seiner heutigen Rede hervorgehoben, daß die Art und Weise, wie seine Münchener Reden hier verschiedentlich behandelt wurden, ihm den Eindruck erweckt habe, daß man entweder die Reden überhaupt nicht gelesen oder sie so interpretirt habe, wie es ihrem Sinne nicht entspreche. Er hat darzulegen sich bemüht, in welchem Sinne er sie aufgefaßt haben wolle; nicht um den einzelnen Satz oder die einzelnen Worte, wie dies hier und da nach seiner Meinung geschehen sei, handle es sich, sondern sie seien in ihrer Gesammtheit zu betrachten. Er hat weiter darüber sich beklagt, daß nicht allein die Gegner seinen Reden und seinem Auftreten Unterstellungen gemacht hätten, die seinen Absichten direkt widersprächen, sondern daß dies auch von weiteren Kreisen der Parteigenossen und der Parteipresse geschehen sei. Ich habe der ganzen Frage von Anfang an mit großer Objektivität gegenübergestanden, ich will weiter hinzufügen, daß ich mich nicht entsinne, außer einem einzigen Bericht eines gegnerischen Blattes, irgend etwas über die Reden Vollmar's gelesen zu haben. An meinem Urtheil über diese Reden, ist die gegnerische Presse sehr unschuldig. Ich würde es überhaupt als eine persönliche Herabsetzung meiner selbst ansehen, wollte ich mir ein Urtheil über einen Parteigenossen auf das hin bilden, was die gegnerische Presse über ihn sagt. Auch alle Diejenigen, welche hier über die Vollmar'schen Reden gesprochen, haben ihr Urtheil nicht

aus der gegnerischen Presse geholt, wenn auch nicht bestritten werden soll, daß sie einen mehr oder weniger großen Theil erst veranlaßt hat, sich damit zu befassen. Ich stehe nun auf dem Standpunkt, den Vollmar **selbst** seinen eigenen Reden gegenüber einnimmt. Ich halte es auch für falsch, verkehrt und im höchsten Grade ungerecht, wollte man diese Reden nach einzelnen Ausdrücken, Worten oder Sätzen beurtheilen, denn da wird immer nachzuweisen sein und Vollmar selbst glaubt das nachgewiesen zu haben, daß in Wahrheit garnicht darin stehe, was man herausliest. Fragen wir uns einmal: Wie sind jene Reden zu Stande gekommen? Vollmar verwahrt sich dagegen, daß er blos eine Rede auf Lager habe oder andere Reden als diese eine nicht halte, und so enthielten sie keineswegs Alles was er denke. Wer Vollmar kennt, weiß, daß er viel zu intelligent ist, als daß ihm eine solche Unterstellung gemacht werden kann; sie ist ihm auch weder von mir, noch vom Parteitage, noch in der Parteipresse gemacht worden. Wäre ihm solcher Unsinn nachgesagt worden, ich hätte es an Vollmar's Statt nicht der Mühe werth gehalten, darüber zu sprechen. Aber gleichwohl, die Reden, die uns vorliegen, bilden ein gegliedertes Ganze, sie sind aus einem Guß; sie sind auch nicht aus dem Stegreif gehalten, sondern sorgfältig präparirt, jedes Wort darin ist gewissermaßen abgewogen, und insofern kann man mit vollem Rechte sagen: Was da steht, ist die ruhige, volle, überlegte Meinung Vollmar's. Die erste Rede wurde am 1. Juni gehalten, Vollmar hat darüber kein Stenogramm aufnehmen lassen, er hat auch den Bericht im Münchener Parteiblatt vor der Veröffentlichung nicht gelesen, aber er hat diese Rede nachträglich fixirt auf Grund der qu. Notizen, die ihr zu Grunde lagen, nachdem sie in der Partei auf Gegnerschaft stieß und von der gegnerischen Presse mit Jubel begrüßt wurde, weil man sie dort als hochwichtig bezeichnete. Man wies auf jener Seite darauf hin, daß, wenn ein Mann von der Stellung Vollmar's, der bisher zum linkesten Flügel in der Partei gerechnet wurde, der bis vor kurzem noch von der Opposition selbst als ihre Nährmutter angesehen wurde, auf einmal eine völlige Frontveränderung vornehme, dies einen Bruch mit der ganzen bisherigen Taktik der Partei, mit seiner ganzen bisherigen Laufbahn bedeute und für die Partei von großer Wichtigkeit sei. Was das Letztere betrifft, so stimme ich dem Urtheil der gegnerischen Presse bei. **Es ist keiner in der Partei, der in so kurzer Zeit von seinem radikalen zu einem so opportunistischen Standpunkt gelangte wie er**, und man muß billigerweise fragen, wie erklärt es sich, daß bei einem mit großer Intelligenz und Bildung ausgestatteten Manne eine solche Aenderung in seinen Anschauungen und seiner Stellung eintritt? Darüber kann man verschiedener Meinung sein. Ich will aber nicht anstehen, offen zu sagen, daß, als jene Reden

bekannt wurden, eine ganze Reihe persönlicher Freunde meinten, es sei nicht denkbar, daß Vollmar das gesagt habe, was man ihn sagen ließ. Man frug sich: was bezweckt er, was will er? Will er nur von sich reden machen oder was bedeutet es? Da habe ich geantwortet: ich bin überzeugt, das ist seine wirkliche Meinung, und sie erklärt sich einfach aus den total veränderten persönlichen Verhältnissen und aus der Stellung, in die er in den letzten Jahren gekommen ist. — Die alte Mythologie erzählt von einem Riesen Antäus, welcher zeitweilig, um neue Kräfte zu sammeln, zur Mutter Erde zurückkehrte, um aus deren Berührung neue Kräfte zu sammeln. Das gilt bildlich auch von den sozialdemokratischen Führern und Agitatoren. In dem Augenblick, daß ein Mann, der in der Partei eine hervorragende Rolle spielt, die beständige Fühlung mit der Masse verliert, weil er in eine andere soziale Position gelangt, ist die Gefahr vorhanden, daß er auf Abwege geräth und das Gefühl der Zusammengehörigkeit und des Zusammenhanges mit der Partei verliert. (Sehr richtig!) — Vollmar ist seit Jahren mehr oder weniger isolirt, schon in Folge seines körperlichen Zustandes, mehr noch in Folge seiner persönlichen, sozial angenehmen Verhältnisse. Wie nun nach unserer materialistischen Auffassung bei ganzen Klassen die Existenzbedingungen ihren Gedankengang beherrschen, so gilt dasselbe sehr häufig auch von den Individuen unter uns selbst. Es geschieht nur zu oft, wenn man selbst in einer Position ist, die man als satte bezeichnen kann, daß man der Versuchung erliegt, die eigenen Gefühle auch der hungrigen Masse zu unterstellen und zu denken: es pressirt, es eilt nicht mit der Umgestaltung, seien wir vorsichtig und sorgen wir, daß wir wenigstens allmählich, peu à peu zum Ziele kommen. Wir haben ja Zeit.

Ich begreife diese Auffassung, die sich eines Menschen unter gewissen Verhältnissen bemächtigen kann, vollkommen — und Vollmar kennt auch meine Auffassung, indem er meine Darlegungen in der „Neuen Zeit“ als einen Appell an die Ungeduld der Massen bezeichnete. Das ist vollkommen richtig. Nicht, daß ich wider besseres Wissen an die Ungeduld der Massen denke und mit ihr rechne, sondern weil mir mein Gefühl und mein Verstand sagen: die Elemente, aus welchen die Partei besteht, haben alle Ursache, hochgradig unzufrieden und damit auch hochgradig ungeduldig zu sein, und sie wünschen und erwarten mit Recht, daß eine Umgestaltung aller Verhältnisse baldigst eintrete.

Andererseits ist unsere Partei keineswegs eine vollständig homogene, in der Alle auf gleicher materieller und geistiger Stufe stehen. Unsere Partei ist in Folge der allgemeinen sozialen Entwicklung in den letzten Jahren die stärkste Partei in Deutschland geworden, und so ist natürlich, daß innerhalb der Partei selbst verschiedene Strömungen in Bezug auf das Tempo der Marsch-

bewegung vorhanden sind. Aber, mag man über das Tempo verschiedener Meinung sein, eins ist unzweifelhaft: als sozialdemokratische Partei haben wir mit allem Nachdruck den Klassenkampf zu führen und die Zustände unter das Sezirmesser einer scharfen Kritik zu nehmen. Bei allen noch so unbedeutenden Fragen müssen wir nachdrücklich betonen, daß irgend welche positiven Vortheile aus unserer Agitation keinen anderen Zweck haben können, als die Partei kampffähiger zu machen, um das große, ganze Ziel rascher und ausgiebiger zu erreichen. Also: die Natur unseres Kampfes als Klassenkampf muß überall und mit aller Schärfe hervorgehoben und dabei immer wieder betont werden: das, was die Gegner uns geben, geben sie nicht freiwillig, sondern es wird ihnen abgetrotzt. Wir dürfen uns weder über den Charakter unserer Gegner, noch über den der Bewegung täuschen. (Ruf: Hat Vollmar gesagt!) Nein, das hat er in seiner Broschüre nicht gesagt! Allerdings hat er gesagt, wir dürfen das Ziel nicht aus den Augen verlieren, andererseits aber betont er in seinen beiden Reden systematisch auf jeder Seite: aber langsam, bedächtig, geht mit Mäßigung vor, setzt Euch keiner Uebereilung, keiner Gefahr aus und bedenkt, daß viele unserer Gegner vom besten Willen beseelt sind. Vollmar hat zur Begründung seiner Ausführungen, daß doch etwas anderes in seinen Reden stände, als man darin sehe, eine Reihe von Citaten aus denselben gegeben. Nun ist aber doch eins bei alledem sehr auffallend: Vollmar sieht sich genöthigt, seine am 1. Juni gehaltene Rede dem Druck zu übergeben, weil man falsch über sie berichtete; alsdann sieht er sich wieder genöthigt, nachträglich noch eine zweite Rede zu halten, die als Interpretation der ersten Rede gelten muß. Nachdem er aber beide dem Druck übergeben hat, muß er hier eine dritte Rede halten, die wieder als eine Interpretation der ersten und zweiten Rede anzusehen ist. Seine heutige Rede weicht aber nicht unerheblich von dem Tenor der beiden ersten Reden ab. (Sehr wahr!) Sehen wir einmal näher zu. Seine Reden führen den Titel: Ueber die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie. Er hat gleich Eingangs die Frage aufgeworfen, ob die seit dem Fall des Sozialistengesetzes eingetretenen Veränderungen die Partei veranlassen könnten, einer anderen Taktik zu folgen. Es ist also durchaus falsch, wenn Vollmar heute mit allem Nachdruck erklärt, es sei ihm garnicht eingefallen eine neue Taktik zu wollen. Wenn es sich darum handelte, die alte Taktik beizubehalten, dann brauchten überhaupt die Reden nicht gehalten zu werden. (Sehr wahr!) Wir sollen ihm zufolge durch den „neuen Kurs" seit dem Fall des Sozialistengesetzes und dem Sturz Bismarck's in eine wesentlich andere Lage gekommen sein, es habe sich die Regierung genöthigt gesehen, in einer ganzen Reihe von Fragen eine andere Stellung

zu uns einzunehmen; es seien eine ganze Anzahl erheblicher Aenderungen und Verbesserungen eingetreten und wir müßten anerkennen, daß es viele wohlmeinende Leute mit gutem Herzen gäbe, die, wenn ihnen unsere Bestrebungen in richtiger Art vorgetragen würden, sehr geneigt sein würden, sich unseren Anschauungen anzuschließen, was letzteres ich auf das Entschiedenste bestreite. Vollmar hat uns endlich den Widerspruch vorgehalten, der nach ihm darin bestehe, daß wir auf der einen Seite das Ziel der Partei als ein in Bälde zu verwirklichendes betrachteten und andererseits fortwährend für alle möglichen Reformen einträten. Wäre dies an sich ein Widerspruch, so bestände er auch bei Vollmar; er sagt ja auch immer, ich behalte das ganze Ziel im Auge, aber nur mit dem Unterschied, daß es bei ihm in unendlicher Ferne schwebt. Das Gleichniß von Singer, das er glaubt lächerlich machen zu können, trifft in Wahrheit vollkommen zu. Nach seiner Taktik kämen wir mit Naturnothwendigkeit dahin, daß wir über der ausschließlichen Agitation für naheliegende Aufgaben schließlich vergessen, daß wir eine sozialdemokratische Partei sind (sehr wahr!), daß wir vergessen, daß Staat und Gesellschaft von heute Todfeinde der Sozialdemokratie sind und es ein Paktiren mit diesen nicht giebt. In vollständig logischer Folge seines Standpunktes befürwortet Vollmar denn auch, zwar das Ziel nicht aus dem Auge zu verlieren, aber dabei stets nur gewisse praktische Ziele im Auge zu behalten und darauf unsere ganze Kraft, unsere ganze Energie und unsere Mittel zu konzentriren. Ich habe diese Art von Konzentration eine Rückwärtskonzentration genannt. Ich möchte sie weiter eine Verzettelung unserer Kräfte nennen, eine Agitation, die im diametralen Gegensatz zu der ganzen bisherigen Thätigkeit unserer Partei steht. Bisher haben wir stets erklärt, wir wollen die sozialdemokratische Gesellschaft herbeiführen unter Beseitigung der heutigen bürgerlichen Gesellschaft und ihres politischen Oberbaues, des heutigen Staates. Zu diesem Zweck suchen wir alle Mittel und Vortheile zu erobern, um uns den Kampf für dieses Ziel zu erleichtern. Das Ziel in seiner Gesammtheit ist die Hauptsache, und das andere Nebensache. Wie weit wir in Bezug auf einzelne Konzessiönchen gekommen sind, in dem Augenblick, wo wir das Ganze glauben erreichen zu können, das ist nebensächlich für uns. Vollmar erklärt umgekehrt, das große allgemeine Ziel als das vorläufig nebensächliche und als Hauptsache die nächsten, praktischen Forderungen, die wir zu erreichen haben. Das ist ein so prinzipieller Gegensatz, wie er schärfer garnicht gedacht werden kann, und worüber Klarheit zu schaffen allerdings die Aufgabe des Kongresses ist. (Zustimmung.)

Vollmar hat mir vorgeworfen, daß ich gerne prophezeite und

er findet, das Prophezeien sei eine bedenkliche Sache, einmal nach der Richtung hin, daß es immer schlimm für den Prophezeier wäre, wenn das, was er prophezeie nicht eintreffe, und zweitens weil solche Prophezeiungen, wenn sie aus dem Munde einer Persönlichkeit kämen, die durch ihre Stellung in der Partei einen bestimmten Einfluß auf weitere Kreise habe, gefährlich werden könnten. Vollmar wirft mir zwar das Prophezeien vor, er hätte aber nicht gleichzeitig selbst ins Prophezeien fallen sollen. Der Unterschied zwischen ihm und mir besteht einzig und allein darin, daß er mir vorwirft, ein Optimist zu sein, vielleicht ein rosenfarbener Optimist, während ich ihm vorwerfen muß, daß er der schwärzeste Pessimist ist, den ich kenne, und daß er von diesem Standpunkte prophezeit. (Sehr richtig.)

Wenn ich sage, und wie ich glaube auch beweisen kann, so weit sich auf diesem Gebiet beweisen läßt, die Partei hat nach der Konstellation der Verhältnisse in Deutschland und Europa alle Ursache, der nächsten Zukunft getrosten Muthes entgegenzusehen und sich mit den besten Hoffnungen zu tragen, sagt Vollmar im Gegentheil: nein, alles liegt grau in grau, in nebelhafter Ferne. Er nimmt der Partei das, ohne das eine Partei wie die unserige nicht bestehen kann, die Begeisterung. (Sehr gut!) Man hat gegnerischerseits Vollmar einen neuen Lassalle genannt. Genossen! Mit Reden wie die Vollmar's hätte Lassalle nie etwas erreicht, wäre eine Sozialdemokratie nie erstanden. (Sehr wahr!) Damit kommt man in den nationalliberalen Sozialismus hinein, das hieße die nationalliberale Taktik in die sozialdemokratische Partei einführen. (Sehr wahr! Sehr richtig!) Vollmar sagt, nie wäre eine Partei an der Vorsicht zu Grunde gegangen. Die nationalliberale Partei ist mit dieser Vorsicht zu Grunde gegangen. (Sehr wahr!) Und ebenso beweist uns die Geschichte anderer Parteien, wenn sie durch die Macht der Umstände zur Gewalt gelangten, daß sie an allzugroßer Vorsicht, die dann leicht Aengstlichkeit wird, gescheitert und zu Grunde gegangen sind. Wir haben alle Ursache, das Feuer der Begeisterung in den Massen nicht nur zu erwecken, sondern auch zu erhalten (sehr wahr!) und, Parteigenossen, womit erwecken wir Begeisterung? Damit, daß wir nur allerlei Reformen, wie etwa den Normalarbeitstag fordern? Wahrhaftig, ich bin der Letzte, der den Werth des Normalarbeitstages unterschätzt. In dieser Beziehung unterschreibe ich die Worte von Marx. Auch habe ich den Werth praktischer Forderungen unserer Opposition gegenüber stets vertheidigt, aber wenn wir unser schönes Ziel in nebelhafte Ferne rücken und immer betonen, daß erst künftige Generationen es erreichen werden, dann läuft uns die Masse mit vollkommenem Recht auseinander. (Lebhafte Zustimmung. Zuruf Vollmars.) Na, Begeisterung hast Du mit Reden wie die letzten nicht geweckt, lieber Vollmar. (Heiterkeit.)

Parteigenossen! Ich habe die Reden Vollmar's drei- und viermal durchgelesen und studirt, in meinem Handexemplar werden Sie nicht eine Seite finden, die nicht mit Unterstreichungen und Bemerkungen von mir versehen wäre. Ich kenne also den Inhalt seiner Reden, und da sage ich noch einmal: die Reden sind ein Muster von Logik, aber sie enthalten auch von Anfang bis zu Ende fortwährend Mahnung zur Bedachtsamkeit und zur Mäßigung. Man hat mir gesagt, daß die erste Vollmar'sche Rede in Wahrheit viel schlimmer gewesen sei, als ihr Wortlaut, der nun im Druck vorliege. Ich kann und will das nicht beurtheilen. Andererseits aber mache ich kein Hehl daraus, daß, als ich vom Lesen der ersten zur zweiten Rede überging, ich mich schier gewundert habe, daß alles Bedenkliche in der ersten Rede in weit bedenklicherer Form in der zweiten enthalten ist. Diese enthält noch eine Potenzirung seiner opportunistischen Anschauungen. Da heißt es auf Seite 15 der Broschüre: „Es sind neue Männer an die Spitze getreten und mit ihnen sind, trotz vielseitigen Sträubens gegen Neues, eine nicht geringe Anzahl von Umgestaltungen eingetreten, die für uns nicht gleichgiltig sind. Nachdem diese neue Phase nun fast $1^1/_2$ Jahre besteht, ist es an der Zeit, dieselbe forschend zu überblicken und zu prüfen, inwieweit sie zu Veränderungen in unserer politischen Stellungnahme Anlaß giebt oder nicht." — Die Quintessenz seiner Anschauungen befindet sich auf Seite 18: „Niemand kann daran denken, von unseren Grundsätzen etwas aufzugeben; vielmehr müssen wir bei jeder Handlung unserer praktischen Politik uns gegenwärtig halten, daß sie nur eine kleine Annäherung an das große Ziel ist. Aber die Hoffnung auf die Zukunft, die uns stärkt und erhebt, darf nicht die Hoffnung für die Gegenwart ersticken, muß sie vielmehr erst recht beleben. Die Wanderer auf dem **langen und dornigen** Wege zum **fernen** Ende können ihre Lebenskräfte nicht blos durch den Anblick des in **nebelhafter Ferne sich abzeichnenden Zieles ihrer Hoffnungen aufrechterhalten**, sonst würden sie lange vor der Ankunft verhungern und verschmachten. Deshalb müssen wir, ohne das Allgemeine aus dem Auge zu verlieren, vom Zeitunbegrenzten mehr ins Unmittelbare, vom Absoluten zum Positiven gehen, neben dem dauernden Programm solche Arbeitsprogramme aufstellen, welche für die nächstliegende Zeit bestimmt sind, und unsere Kraft auf solche Einzelforderungen sammeln, welche jeweilig den dringendsten Bedürfnissen entsprechen und die größte Möglichkeit der Durchführung für sich haben. Hinter diese Forderungen muß dann die ganze Kraft unserer Agitation, unsere Beweisführung und Ueberzeugung, die Geschicklichkeit und Zähigkeit der Verhandlung, sowie all' unser öffentlicher Einfluß gestellt werden. Man achtet und beachtet nur den Starken, und deshalb dürfen wir die Waffen, die wir bisher

geführt haben, nicht aus der Hand legen; sind sie doch gegenüber den Meisten unsere einzige Bürgschaft. Aber wir brauchen nicht jeden Augenblick unnütz mit ihnen zu lärmen. Der Wilde glaubt den Gegner zu schrecken, wenn er die Lanze drohend herumwirft und schreckliche Gebehrden macht; ein wohlorganisirtes Heer macht auch Gewehr bei Fuß den Eindruck der Stärke — sich selbst und anderen! — Von diesem Gesichtspunkte aus habe ich am 1. Juni als zunächst zu betreibende Forderungen bezeichnet: 1. Fortführung des Arbeiterschutzes, insbesondere Normal-Arbeitstag u. s. w. u. s. w."

Vollmar will also hiernach in der That eine gänzlich neue Taktik der Partei inauguriren. Wenn wir so agitiren wollten, wie Vollmar es wünscht, dann würden wir nothwendiger Weise eine Opportunitätspartei im allerschlimmsten Sinne des Wortes werden. Eine solche Taktik wäre etwa für die Partei dasselbe, als wenn man einem lebenden Organismus das Rückgrat zerbräche und ihm dann noch zugemuthet würde, dasselbe zu leisten wie vorher. (Zustimmung.) Dagegen wehre ich mich, daß der Sozialdemokratie ihr Rückgrat zerbrochen, d. h. ihr Prinzip, der Klassenkampf gegen die herrschenden Klassen und die Staatsgewalt, durch eine lahme Taktik und Kampfweise und durch den ausschließlichen Kampf für sogenannte praktische Ziele in den Hintergrund geschoben wird.

Heute hat nun Vollmar sich vollkommen korrekt auf den Boden der von mir vorgeschlagenen Resolution gestellt. Wenn er diese Erklärung in seiner ersten Rede gab, wäre nach meiner Ueberzeugung der Antrag Oertel unnöthig gewesen. (Zustimmung.) Aber vielleicht trage ich selbst ein wenig die Schuld. Ich will nicht verschweigen, daß Freunde mir am Samstag als Referenten den Vorwurf machten: Du bist selber schuld; hättest Du in Deinem Referat Vollmar ein wenig kräftiger geschüttelt, dann hätte er wahrscheinlich seine Rede ein wenig anders eingerichtet. (Zustimmung.) Nun, ich lasse das dahingestellt. Schließlich war es kein Unglück, daß es so gekommen ist. Die Debatte hat ihre Früchte getragen. — Vollmar hat mir allerdings für meine Rücksicht seltsam gedankt. — In meiner ersten Rede hatte ich dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß wir unsere Anträge stellten, einerlei, ob sie angenommen würden oder nicht, und ich konnte logisch und selbstverständlich nur damit sagen wollen: werden sie nicht angenommen, nun gut, so haben wir ein um so wirksameres Agitationsmittel.

Vollmar kennt diesen meinen Standpunkt ganz genau. Er weiß, daß niemand mehr wie ich an den von uns eingebrachten Anträgen gearbeitet hat, und daß die Arbeiterschutz-Gesetzentwürfe in ihrer ersten Formulirung von mir herrührten, da ich mit ihm in der von der Fraktion gewählten Kommission saß. Ueber meine Intentionen kann also bei ihm zu allerletzt ein Zweifel sein. (Zu-

ruf Vollmar's.) Höre Vollmar, wir kennen uns viel zu lange und zu genau, um uns täuschen zu können.

Wenn er dennoch meine Aeußerung so auslegte, als befürwortete ich Anträge zu stellen, deren Schicksal uns gleichgiltig sei, ja über deren Ablehnung wir uns freuten, so ist dies ein Verfahren, das ich zurückweise, und zwar nicht blos wegen mir, denn ich werde mit meinen Gegnern fertig, sondern der Genossen halber, die eine solche Auslassung draußen in der Agitation zu büßen haben. Ihnen gegenüber wird man sich auf die Auslegung meiner Worte durch Vollmar berufen, und daß er zu einer solchen Kampfesweise greift, ist, was ich ihm übel nehme.

Im Uebrigen thut dies seinem Standpunkt keinen Eintrag. Bis zu seiner Rede am Sonnabend hat er einen anderen Standpunkt eingenommen, als bisher die Partei, und wenn er jetzt erklärt, daß er voll und ganz auf dem Boden meiner Resolution stehe, dann antworte ich noch einmal, wäre diese Erklärung am Sonnabend von ihm abgegeben worden, hätte ich ihm Bravo zugerufen, denn dann war erreicht, was ich wünschte. Ich glaubte ihm in meiner ersten Rede eine goldene Brücke gebaut zu haben, damit er bei näherer Ueberlegung und nachdem er die Stimmung des Parteitages kennen gelernt hatte, eine Form finde, die ihm gestattete, den in seinen gedruckten Reden eingenommenen Standpunkt zu verlassen. Das war keine Blamage für ihn, denn wer nie unter uns geirrt hat, der trete auf und werfe den ersten Stein auf ihn. Weit entfernt, daß eine solche Erklärung ihn herabgesetzt hätte, sie würde im Gegentheil ihm zur höchsten Ehre gereicht haben. (Sehr richtig!) Aber nachdem Vollmar am Sonnabend erklärte, er billige zwar die Resolution, stehe aber in Bezug auf die Motive auf einem andern Boden, halte ich allerdings für nothwendig, daß der Parteitag in Bezug auf den Antrag Oertel Stellung nimmt. Wie kann eine Uebereinstimmung in der Sache, d. h. in dem, was resolvirt werden soll, erzielt werden, wenn in der Art der Geltendmachung der Sache diese Meinungsverschiedenheiten bestehen? Vollmar sagte, ich stimme mit der Bebel'schen Resolution überein, aber nicht mit den Motiven, während Auerbach sagt, ich bin nicht nur mit der Resolution einverstanden, sondern auch mit ihrer Motivirung, aber ich fürchte, daß die Parteileitung dieser Motivirung gemäß nicht handelt. Also die äußerste Rechte und die äußerste Linke vereinigen sich mit uns in dem Wortlaut der Resolution. Da meine ich nun, da muß etwas nicht in Ordnung sein, es muß in die Resolution etwas hineingetragen werden können, was nicht darin stehen soll. Wer garantirt, daß Vollmar, der seine Schwenkung von der radikalen nach der rechten Seite machte, auch nach seiner heutigen Erklärung nicht noch einmal eine neue Schwenkung macht und sich wieder auf seine ersten Reden stützt, das will ich ver-

hüten, und ich will auch verhüten, daß in unserer Partei sich vielleicht ein anderer findet, der es ihm nachmacht. (Zustimmung.) Hier muß ein Riegel vorgeschoben werden. Nachdem wir die Erfahrung gemacht, daß Vollmar, obgleich der Sinn seiner beiden hier gehaltenen Reden ein ganz verschiedener war, er sich in beiden mit der Resolution einverstanden erklärte, müssen wir zum Antrag Oertel Stellung nehmen. Ich setze hinzu: in diesem Augenblick scheidet bei dem Antrage Oertel Vollmar als Person vollständig für mich aus. Mit der Erklärung, die er heute in seiner Rede gegeben hat, ist die Sache für mich in Bezug auf ihn zunächst entschieden; aber nicht in Bezug auf die objektive Seite der Sache, d. h. in Bezug darauf, zu verhüten, daß künftig neue Leute kommen, ein beliebiger Schulze, Müller oder Cohn (Heiterkeit), der dann uns sagt: Vollmar hat ja auch erklärt, daß er auf dem Boden der Resolution steht, er hat aber seine erste Rede nicht zurückgenommen, warum soll ich nicht das wiederholen, was er gesagt hat und was ich zugleich für richtig halte? Es muß aber auch deshalb Stellung genommen werden, weil ich weiß, daß ein Standpunkt, wie ihn Vollmar vertritt, bei einem nicht unerheblichen Theil unserer Genossen theils aus mangelnder Einsicht, theils aus einem ganz natürlichen Trägheits- und Bequemlichkeitsgefühl Anklang findet. Die Rede, die Vollmar am Samstag gehalten, hat hier in diesem Kreise mehr Beifall gefunden, als ich erwartete; das sage ich ganz offen. Ich nehme von den betreffenden Parteigenossen, die hier die Partei vertreten, an, daß sie wissen, um was es sich handelt, daß sie nicht der schönen Form von Vollmars Rede oder seiner schönen Augen wegen Beifall zollten, sondern des Inhalts der Rede wegen, und deshalb wünsche ich, daß konstatirt wird, wie groß die Zahl derjenigen ist, die mit der Vollmar'schen Auffassung in Bezug auf die Taktik der Partei übereinstimmen. (Zustimmung.) Es muß Klarheit unter uns herrschen. Ist die Majorität der Meinung, daß die Sache abgethan ist, ohne zu dem Antrag Oertel Stellung zu nehmen, dann hat sie auch die Pflicht, zur Lösung einer so bei Seite geschobenen Frage, die nothwendigerweise Verwirrung und Zweideutigkeit in die Partei bringt, dadurch beizutragen, daß sie die Leitung der Geschäfte in die Hand nimmt. Das erachte ich als selbstverständlich. Ich sehe aber nichts persönlich Verletzendes für Vollmar darin, wenn der Parteitag ruhig und objektiv erklärt, Anschauungen, wie sie in diesen Reden über die Taktik der Partei enthalten sind, können wir nicht gutheißen. Das ist kein Tadel gegen Vollmar, sondern einfach eine abweichende Meinungsäußerung über seine Reden, die für Alle gilt und von Allen zu beachten ist. Das wäre schön, wenn das nicht ausgesprochen werden könnte vom Parteitag, ohne daß der Betreffende sofort erklärt, das ist das ärgste Mißtrauensvotum, das Ihr mir geben könnt. Nein,

es ist kein solches. Ich erkläre ausdrücklich, daß es mir fernliegt, dem Antrage Oertel nach den vorhin gehörten Erklärungen Vollmar's noch eine persönliche Spitze beizulegen. Es ist mir nur darum zu thun, daß endlich Klarheit geschaffen wird, damit wir nicht gezwungen sind, nächstens wieder auf einem Parteitag eine ähnliche Debatte zu führen wie heute. Mit der Opposition von links sind wir fertig. In Bezug auf die Anschauungen von rechts müssen wir noch die Meinung des Parteitages hören. Ich unterstütze deshalb den Antrag, daß die Abstimmung über den Antrag Oertel eine namentliche sei. Weil wir wünschen müssen, daß über die künftige Taktik der Partei kein Zweifel mehr obwaltet, müssen wir auch wünschen, daß Jeder von uns durch ein offenes Ja oder Nein seine Meinung kundgiebt, damit die Wähler Gelegenheit haben, sich mit Jedem von uns auseinander zu setzen. (Sehr richtig!) Ich habe in meinem Leben nichts mehr gehaßt, wie verzwickte, unklare Situationen, und ich habe immer den Knoten durchgehauen, wenn es nicht anders ging, damit Klarheit geschaffen werde.

Vollmar hat es nun mir besonders übel genommen, daß ich gesagt habe, seine Taktik würde zur Versumpfung der Partei führen. Von einem Theil der Versammlung ist seine Gegenbemerkung mit Beifall aufgenommen worden, als er sagte, daß dann die „Jungen" dasselbe Recht hätten, denselben Vorwurf auch uns zu machen. Das ist falsch. Wenn Zwei dasselbe sagen, ist es noch lange nicht dasselbe. Es kommt auf die Gründe an, aus denen heraus man zu einem Urtheil kommt. Wenn die Parteigenossen von der äußersten Linken kommen und uns vorwerfen, Ihr versumpft die Partei, dann ist ihnen mit vollem Fug und Recht gesagt worden: Ihr irrt Euch. Erstens ist dieses die Taktik, die wir seit 25 Jahren befolgten, und zweitens ist die Partei durch diese Taktik groß und mächtig geworden, so daß wir keinen Grund haben, sie zu ändern. Eure Taktik wollen wir nicht probiren, weil wir sie für schädlich halten, und auch die Vollmar'sche Taktik kann sich nicht bewähren. Seine Taktik müßte nothwendig zur Versumpfung führen, weil sie uns Selbstbeschränkung auferlegt wo wir sie nicht nöthig haben. Was war der große Schaden des Sozialistengesetzes? Daß unsere Presse, unsere Agitatoren gezwungen wurden, um überhaupt zum Volke sprechen zu können, innerhalb eines beschränkten, von oben vorgeschriebenen Gesichtskreises schreiben und sprechen zu müssen. Hätten wir nicht die Möglichkeit gehabt durch unsere Presse im Auslande, durch die Gründung des „Sozialdemokrat" und durch Herausgabe einer unverfälschten Parteiliteratur, die durch die ungeheure, gar nicht hoch genug zu rühmende Opferwilligkeit der Parteigenossen verbreitet wurde, die Parteigenossen prinzipiell aufzuklären, dann wäre allerdings in hohem Grade das erreicht worden, was die Regierung mit dem Sozialistengesetz erreichen wollte, dann

wäre die geistige Versimpelung der Partei eingetreten. (Lebhafte Zustimmung.) Und nun sollen wir den geistigen Bann, den uns das Sozialistengesetz 12 Jahre zwangsweise auferlegte, nach Vollmar uns ferner freiwillig auflegen! Das wäre gradezu ein Verbrechen. Ich halte also den Ausdruck „Versumpfung“ voll und ganz aufrecht. Er ist objektiv vollkommen richtig. Es wäre nicht nur die Versumpfung, sondern die vollständige Korrumpirung und schließlich die Zugrunderichtung der Partei. (Sehr wahr!) Aber ich habe keine Sorge, denn ich weiß ganz genau, wenn sich ein Parteitag fände, der eine solche Taktik guthieße: sobald die Delegirten heimkehrten, hätten sie auch die Rebellion im Hause, und ich wäre der Erste, der sich an die Spitze einer solchen Rebellion stellte. (Heiterkeit. Bravo!) Ich habe ein viel zu großes Vertrauen an die gesunde Vernunft und an den revolutionären Instinkt der Massen, um nicht zu wissen, die Vollmar'sche Taktik ist unmöglich. Die Taktik, die er vorschlägt, unterscheidet sich in nichts von der Taktik des ehemaligen Herrn von Schweitzer, und dieser ist in die Brüche gegangen, und heute wollen und brauchen wir keinen Schweitzer. (Bewegung.) Wir stehen auch nicht vor der Frage: stürmen oder trödeln. Ich habe diese Frage in der „Neuen Zeit“ nur hypothetisch gestellt. Das Stürmen kommt heute nicht in Frage, aber das Trödeln erst recht nicht. Ich habe es schon einmal gesagt: wer Ziele wie die unsrigen verfolgt, wer wie wir mit den Massen zu arbeiten hat und sie aufrütteln will, der kann nur etwas erreichen, wenn er mit voller, ganzer Begeisterung bei der Sache ist und für die ganze Sache rückhaltlos eintritt. Dabei versteht es sich von selbst, daß man nun nicht eine gewissermaßen demagogische Taktik treiben soll, wider bessere Ueberzeugung zu den Massen redet und ihnen Luftspiegelungen vormacht und ihnen prophezeit, ohne selbst von der Richtigkeit dieser Anschauungen überzeugt zu sein. Man kann ja in Bezug auf die Macht und die Entwicklung unserer Ideen verschiedener Meinung sein. Ich bin stets Optimist gewesen und habe öfters zu meinen mehr pessimistisch angehauchten Freunden gesagt: Nehmt Euch in Acht, es geht Euch eines Tages wie den thörichten Jungfrauen in der Bibel, wenn der Bräutigam kommt, dann haben sie kein Oel auf der Lampe. (Große Heiterkeit.) Mit andern Worten: Ihr scheint so wenig die wahre Situation zu begreifen, daß Ihr überrascht werdet von den Ereignissen, und nicht wißt, was Ihr zu thun habt. Es ist nicht das erste Mal, daß es bei großen Umgestaltungen der Führerschaft so erging. Ich habe mir meinen Optimismus auch nicht aus den Fingern gesogen. Ich habe mich immer für einen furchtbar nüchternen Menschen gehalten, der Dinge und Menschen so gründlich studirt, wie nur einer, und sich vor Täuschungen zu bewahren sucht. Ich meine aber ohne Uebertreibung, daß grade

die Lage der Dinge in Deutschland und Europa auf sozialpolitischem, wie auf ökonomischem Gebiet in den letzten Jahrzehnten und insbesondere in den allerletzten Zeiten eine Entwicklung genommen habe, die uns mit der größten Genugthuung und mit den besten Hoffnungen erfüllen muß. (Zustimmung.) Die Geschichte belehrt uns über die Zeitdauer, deren es in der neueren Zeit bedurfte, um neue Ideen und Ziele gegenüber den bestehenden Zuständen zur Herrschaft zu bringen. Wann begann das französische Bürgerthum den politischen Kampf gegen den feudalen Staat und die feudale Gesellschaft, gegen die Kirche, den Adel und das Königthum zu führen? Die erste entschiedene Opposition auf diesem Gebiete erhob Montesquieu in seinem „Geist der Gesetze", ein Buch, das 1749, also 40 Jahre vor dem Ausbruch der Revolution erschien. Montesquieu folgten die anderen revolutionären Schriftsteller, und sie wirkten so, daß eine Reihe von Jahren vor dem Bastillensturm Konservative der strengsten Observanz, von den Erscheinungen beeinflußt, ihre warnende Stimme vor der kommenden Revolution erhoben und ihren Ausbruch vorhersagten. Das waren auch Propheten. Und so giebt es heute wiederum zahlreiche denkende Konservative, die es ganz offen in ihren Büchern und Revuen aussprechen: Habt Acht, die Revolution kommt, die Katastrophe steht vor der Thür! (Zustimmung.) Und da will man mir einen Vorwurf daraus machen und es mir verdenken, wenn ich die gleichen Gedanken ausspreche, weil das unsere Genossen aufrege, bei ihnen Hoffnungen erwecke und sie ungeduldig mache?! Da antworte ich: Lieber ein bischen zuviel Hoffnung und Ungeduld, als eine Rede- und Denkweise, die jeden Nerv der Begeisterung so zu sagen aus dem Leibe schneidet und nur mit der nüchternsten Berechnung arbeitet! (Sehr richtig!) — Und fragen wir weiter: wann begann die geistige Vorarbeit für die 1848er Revolution? Im Beginn der zwanziger Jahre, d. h. kaum drei Jahrzehnte vor der Revolution. Und wie stehen wir? Wir haben jetzt seit fast 30 Jahren eine sozialdemokratische Agitation und haben es in dieser Zeit dahin gebracht, daß wir die stärkste Partei in Deutschland geworden sind. Wenn wir nun sehen, was für eine kolossale Umwälzung auf ökonomischem und politischem Gebiet in dieser Zeit stattgefunden hat, wie heute die Gegner in vollständiger Verzweiflung sind, weil sie nicht mehr wissen wohin und wo hinaus, wenn wir sehen, wie alle Verhältnisse sich allmählich so entwickelten, daß kein vernünftiger Mensch mehr darüber im Zweifel sein kann, daß die Dinge auf eine längere Dauer so nicht mehr weiter gehen können und darum die Katastrophe nur noch eine Frage der Zeit ist, dann ist es nicht nur natürlich, dann ist es nothwendig, daß man zu Anschauungen, wie ich sie habe, kommt und sie auch ausspricht. Ich mache kein Hehl daraus, ich habe mich riesig gefreut, als kürzlich mein Freund Friedrich Engels in seinem bekannten Brief im

„Socialiste", den auch unsere Presse veröffentlichte, einen Umschwung der Dinge von Grund aus gegen das Jahr 1898 in Aussicht stellte. Vollmar glaubte darüber spötteln zu können, ich dagegen schrieb Engels: Alter, Du und ich, wir sind die einzigen „Jungen" in unserer Partei! (Große Heiterkeit.) Man mag lachen und höhnen über das Prophezeien; denkende Menschen kommen ohne dasselbe nicht aus. Die kühle, pessimistische Nüchternheit von heute war Vollmar vor einigen Jahren auch noch fremd. Der von ihm angegriffene Engels hat 1844 vollkommen richtig die Revolution von 1848 vorausgesagt. Und ist nicht das, was Marx und Engels zur Zeit des Kommuneaufstandes in der bekannten Adresse des Generalraths der internationalen Arbeiter-Assoziation voraussagten über die künftige Konstellation der Dinge in Europa bis auf das Tipfelchen auf dem i verwirklicht worden? (Sehr wahr!) — Liebknecht, der auch ein wenig über mich gespöttelt hat, hat selbst viel prophezeit. (Heiterkeit.) Er hat gleich mir im Jahre 1870 im Reichstag vorausgesagt, was heute vollständig eingetroffen ist. Lesen Sie seine und meine Reden von 1870—1871 und Sie werden das bestätigt finden. Aber da kommt Vollmar und ruft: schweigt von diesen alten Geschichten und laßt das Prophezeien. Er selbst aber prophezeit auch. Der Unterschied zwischen ihm und mir ist nur der: er besitzt den wunderbarsten Optimismus in Bezug auf unsere Gegner, aber den fürchterlichsten Pessimismus in Bezug auf die prinzipiellen Bestrebungen der Partei und die Zukunft derselben. (Sehr wahr!)

Damit komme ich weiter auf die Frage der auswärtigen Politik. Ich weiß, daß ein großer Theil der Parteigenossen, wenn er nur von der auswärtigen Politik hört, am liebsten mit den Achseln zuckt. Mit einem gewissen Recht. Die ungeheure Mehrheit unserer Parteigenossen, die mühselig um das nackte Leben zu kämpfen hat, hat weder die Mittel noch die Zeit, um die Fragen der großen Politik zu studiren, die dennoch von der kolossalsten Wichtigkeit sind. Wir stehen ja alle auf internationalem Boden, und müssen auf ihm stehen, weil wir den Zusammenhang der Entwicklung in den verschiedenen Ländern erkennen und begreifen. Nachdem dann, in Folge hiervon, die internationalen Arbeiter-Kongresse sich eingebürgert haben, ist für uns die Beschäftigung mit der auswärtigen Politik erst recht eine Nothwendigkeit geworden. Wenn das die große Mehrzahl unter uns aus den angegebenen Gründen nicht kann, dann müssen es diejenigen thun, die nach ihren Mitteln, ihrem Wissen und ihrer sozialen Stellung nicht blos berufen, sondern auch verpflichtet sind, sich um diese Dinge zu bekümmern. Es ist nun nicht wahr, daß Liebknecht und ich einen gleichen Standpunkt eingenommen hatten, wie Vollmar in der Dreibundfrage. Vollmar weiß, daß Liebknecht und ich seit einer Reihe von Jahren die

Redner der Fraktion in der Generaldebatte über den Etat sind, welche fast die einzige Gelegenheit bietet, wo im Reichstag die auswärtige Politik ausführlicher behandelt werden kann. Um unseren Standpunkt in der auswärtigen Politik zu kennzeichnen, genügt nicht, daß man nur eine Rede von uns liest, sondern man muß eine Reihe derselben lesen, um ein volles Bild davon zu erhalten. Da haben wir, nun im Gegensatz zu Vollmar, der über diese Dinge am liebsten möchte Schweigen beobachtet sehen, mit allem Nachdruck fortgesetzt den Fehler der Annexion von Elsaß-Lothringen und die Nothwendigkeit einer Versöhnung mit Frankreich bis zu diesem Augenblick betont. Wir sind, im Gegensatz zu ihm, nicht gewillt, die Ereignisse von 1871 in Vergessenheit zu bringen, weil sonst unser Standpunkt unverständlich würde. Nun haben meine Ausführungen zur Frage des Bündnisses zwischen Rußland und Frankreich und unserer Stellung zu demselben zum Theil in der eigenen Partei eine Beurtheilung gefunden, die hart an diejenige heranreicht, die gestern ganz à propos der „Vorwärts" in der Ihnen bekannten Korrespondenz aus Paris, aus der chauvinistischen Presse Frankreichs zitirt hat. Vollmar rief mir warnend zu, Acht zu geben, wie in der fremden Presse Aeußerungen wie die meinen aufgefaßt würden. Ich antwortete ihm: Wer im Glashause sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Ich kümmere mich nicht um die Methode der gegnerischen Presse und halte es nicht der Mühe werth, darauf zu antworten. Aber wenn ein Parteigenosse sich erlaubt, an meinen Handlungen und Aeußerungen eine Kritik zu üben, die sich in nichts von der gegnerischen unterscheidet, obgleich ich doch billiger Weise verlangen darf, daß er nur das kritisirt, was ich wirklich gesagt habe, und nicht was die Gegner mich sagen lassen, so muß ich dagegen entschieden Verwahrung einlegen. Ich gebe zu, daß wir, und zwar die nächsten Freunde, in der Auffassung der europäischen Verhältnisse nicht übereinzustimmen brauchen, obwohl z. B. zwischen Engels und mir eine solche Meinungsverschiedenheit nicht besteht. Trotz der Verschiedenheit unseres Wesens und trotzdem er mir an Wissen und Erfahrung weit überlegen ist, besteht zwischen uns, wie unser fleißiger Briefwechsel hierüber beweist, in Bezug auf die Auffassung der europäischen Lage eine fast wunderbare Uebereinstimmung. Es ist nun einfach unwahr und eine ganz unqualifizirbare Unterstellung, wenn hier gesagt worden ist, daß ich in der bekannten Berliner Versammlung einen chauvinistischen Standpunkt eingenommen habe, daß man aus meinen Auslassungen schließen könnte, ich wolle den Krieg und sei offenbar dafür, denselben zu provoziren. Vollmar sagte sogar, zum Glück fasse die Reichsregierung die Dinge etwas kühler auf wie ich, und habe es nicht so eilig. Wenn das wahr wäre, was er mich sagen läßt, dann hätte er Recht. Aber das Gegen-

theil ist wahr. Ich habe sowohl in dem Artikel über die russische Anleihe, wie in meiner Rede in Sanssouci vollständig objektiv vom Standpunkt der historischen Entwicklung, wie sie sich seit 1870 vollzogen hat, die Ereignisse vorgeführt, die in Europa mit Bezug auf Deutschland und in Deutschland in die Erscheinung traten, und aus alledem habe ich wieder vollständig objektiv und logisch die Schlußfolgerung gezogen, daß die Konstellation in Europa gegenwärtig so stehe, daß wenn nicht unmittelbar, so doch in nicht ferner Zeit wir vor einer Kriegskatastrophe ständen. Ich habe dann für den Fall eines Angriffskrieges gegen Deutschland und dessen Folgen weiter gesagt in einem Artikel über die russische Anleihe: wir sind Deutsche so gut wie die Herren von der Regierung. . . . Der deutsche Boden, das deutsche Vaterland gehört uns, den Massen, ebenso gut und mehr wie jenen. Greift Rußland, der Hort der Grausamkeit und Barbarei, der Feind aller menschlichen Kultur, Deutschland an, um es zu zerstückeln und zu vernichten, und das kann nur der Zweck eines solchen Krieges sein, so sind wir so gut und mehr interessirt, wie diejenigen, die an der Spitze Deutschlands stehen, und werden dem entgegentreten. Ich habe dann hinzugefügt, daß, wenn wir alsdann Seite an Seite mit jenen, die heute unsere Gegner sind, kämpften, wir es thun, nicht um sie und ihre Staats- und Gesellschaftsordnung zu retten, sondern um Deutschland, d. h. uns selbst zu retten und unseren Boden von einem Barbaren zu befreien, welcher der größte Feind unserer Bestrebungen ist, und dessen Sieg unsere Niederlage als Sozialdemokraten bedeute. Ich meine, schärfer und prinzipieller kann man sich doch nicht ausdrücken. (Sehr richtig!) Grillenberger, der vielfach nicht auf meinem Boden steht, wird bezeugen, daß ich auch in Nürnberg ganz ähnlich mich ausgespochen habe. (Zustimmung Grillenberger's.) Ich habe auch nirgends gesagt, daß diese Zustände unser Wunsch sei, sondern habe noch ausdrücklich betont, daß die Schuld an diesen Zuständen dem System Bismarck in erster Linie zuzuschreiben sei, der in dieser Politik von den herrschenden Klassen unterstützt worden ist. Ferner habe ich noch in der letzten Sanssouci-Rede erklärt, daß wir auch jetzt noch im letzten Augenblick die Aussöhnung mit Frankreich verlangten, und zwar um jeden Preis, damit diese ungeheure Gefahr, die über Deutschland und Europa schwebe, beseitigt werde. Aber ich setzte auch weiter hinzu: Freilich, wenn die leitenden Kreise sagen, lieber sollen 42 Millionen auf der Strecke bleiben, als daß ein einziger Stein von unseren Festungen verloren geht, dann werden wir den bitteren Kelch über uns ergehen lassen müssen, aber wehe dann Denen, die diese Zustände herbeiführten! Auf sie fällt die volle Verantwortung, und sie werden auch erfahren, daß das Ende der von ihnen geschaffenen Dinge ein solches ist, das sie nicht erwartet und nicht

gewollt haben. (Lebhafter Beifall.) Vollmar hat also in einer wichtigen Frage die Objektivität, die er von mir und uns sich gegenüber fordert, mir gegenüber in keiner Weise gewahrt.

Damit bin ich mit meinen Ausführungen fertig. Ich glaube hinlänglich dargethan zu haben, wie wir zu einander stehen. Ich würde es bedauern, wenn Vollmar seine Drohung, die er andeutungsweise machte, ausführte. Der Antrag Oertel enthält keine persönliche Spitze. Vollmar hat sich selbst in diese Zwangslage gebracht mit seiner Rede vom Samstag und mit seinen früheren Reden. Wäre seine Samstagsrede so ausgefallen, wie seine heutige gewesen ist, Niemand wäre auf den Gedanken gekommen, einen Antrag wie den Oertel'schen zu stellen. Er tauchte erst auf, als er gegen uns eine Stellung einnahm, wie man sie nach seiner Vergangenheit von ihm nicht erwarten konnte. Er mußte hier auf dem Parteitag einsehen, daß seine Reden vom 1. Juni und 6. Juli keinen Anklang finden konnten, und nach allem, was seitdem vorgekommen ist, konnte er sich nicht der Einsicht verschließen, daß sein Standpunkt für eine Partei wie die unsrige ein unmöglicher ist. Nachdem er trotzdem noch an demselben festhielt, darf unter keinen Umständen der geringste Zweifel über die Bedeutung der Resolution, die ich im Namen meiner Freunde vorgeschlagen habe, weder bei Freund noch bei Feind bestehen, und ich bitte Sie, als Männer auch über den Antrag Oertel ein ehrliches Ja oder Nein abzugeben! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Kater: Die Genossen von der sogenannten Opposition haben mir einen Brief übergeben, den ich dem Vorsitzenden Singer übergeben und auf dessen Verlesung ich bestehen soll.

Vorsitzender Singer: Die Herren, um die es sich hier handelt, haben kein Recht mehr, nach der Erklärung, die sich bei den Akten befindet, sich auf unserem Parteitag vertreten zu lassen. (Zustimmung.) Es beweist auf's Neue, wie wenig sachlich die Herren zu handeln gewohnt sind, wenn sie daran zweifeln, daß eine dem Parteitage zugegangene Erklärung zur Kenntnißnahme desselben gelangt und sie sich dafür einen besonderen Vertreter bestellen. Die in Rede stehende Erklärung lautet folgendermaßen:

> Die unterzeichneten Mitglieder der Opposition, bisher zur Mitarbeit an den Aufgaben des Parteitages durch den Auftrag ihrer Wähler verpflichtet, erkären nunmehr, wegen der den demokratischen Grundsätzen direkt zuwiderlaufenden und geradezu empörenden Bekämpfung von Differenzen seitens der Vorstandsmitglieder Auer, Bebel und Fischer auf die Zugehörigkeit zu dieser sozialdemokratischen Partei zu verzichten. (Beifall und Heiterkeit.)
>
> Erfurt, den 19. Oktober 1891.
>
> Wildberger. Auerbach. Bäthge. Schultze. Werner.

Diese Erklärung wird der Neunerkommission überwiesen.

Ferner ist folgende Resolution eingegangen:

Der Parteitag erklärt: die von Seiten der sogenannten Berliner Opposition in die Welt gesetzten Schmähungen, Verleumdungen und Verdächtigungen gegenüber der Parteileitung und Fraktion sind nach Anhören dieser Richtung in solch grundloser und niederträchtiger Art geschehen, daß den Berliner Parteigenossen in Gemeinschaft mit der Parteileitung aufgegeben wird, in der schärfsten Weise dem Treiben dieser Elemente entgegenzutreten, um sie für die Bewegung unschädlich zu machen. — Der Parteitag bestimmt ferner, daß da, wo sich solche und ähnliche Vorkommnisse zeitigen, die Vertrauensmänner dieser Orte angewiesen sind, die Kontrolleure der Parteileitung hiervon zu unterrichten, damit durch schiedsrichterliche Untersuchung solche Vorkommnisse im Interesse der Partei Erledigung finden.

Wernau. Wengels. Tempel. Pëus. Scholz.

Diese Resolution wird ebenfalls der Neunerkommission überwiesen.

Ehrhardt-Ludwigshafen beantragt:

Nachdem sich Genosse Vollmar ohne jede Einschränkung für die vom Genossen Bebel und anderen Rednern entwickelte Ansicht bezüglich der Beibehaltung der bisherigen Parteitaktik ausgesprochen hat, erklärt der Parteitag den Antrag Oertel für erledigt und geht über denselben zur Tagesordnung über.

Sowohl über den Antrag Oertel wie über den Antrag Ehrhardt ist namentliche Abstimmung beantragt worden.

Oertel: Wenn sich der Genosse Vollmar mit dem von Ehrhardt vorgeschlagenen Antrag einverstanden erklärt, bin ich bereit, den von mir gestellten Zusatzantrag sofort zurückzuziehen. (Bravo!)

Vorsitzender Singer: Ich muß es vollkommen in das Ermessen des Genossen Vollmar stellen, ob er überhaupt irgend eine Erklärung abgeben will.

v. Vollmar: Ich habe in meiner Rede bereits erklärt, daß ich, sobald die Angelegenheit eine sachliche Erledigung findet, mich auf dem Boden dieser sachlichen Erledigung stelle, daß ich dagegen um keinen Preis eine persönliche Spitze annehme. Nachdem nun der Antragsteller dem Antrage die persönliche Spitze genommen hat, ist die Sache für mich erledigt. (Beifall.)

In Folge dieser Erklärung zieht Oertel sein Amendement zurück. (Beifall.) Damit wird auch der Antrag auf namentliche Abstimmung hinfällig.

Der Antrag Ehrhardt-Ludwigshafen wird ohne namentliche Abstimmung mit allen gegen 2 Stimmen, die Resolution Bebel einstimmig angenommen.

Der oben mitgetheilte Antrag Schönlank wegen künftiger

Drucklegung des Berichts der Reichstagsfraktion gelangt ebenfalls zur Annahme.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Bebel: Wir würden nun nach der Tagesordnung zur Berathung des Programmentwurfs übergehen müssen. Angesichts der Geschäftslage des Parteitages schlage ich aber vor, daß der Parteitag jetzt von einer Generaldebatte über das Programm absieht und die Programmkommission beauftragt, die bereits begonnene und nur in Rücksicht auf die noch nicht stattgefundene Generaldebatte des Parteitages nicht weitergeführte Berathung fortzusetzen und so rasch wie möglich dem Parteitag Bericht zu erstatten, worauf die Generaldebatte über den Vorschlag der Kommission eröffnet werden könnte. Wir können diesen Weg um so eher betreten, als die Vorlage der Kommission im Wesentlichen den Wünschen der verschiedenen Antragsteller entsprechen dürfte, die wir ja fast alle in die Kommission geschickt haben. Treten wir sofort in die Generaldebatte ein, so ist es unzweifelhaft, daß wir in einem halben Tag nicht fertig werden. Dann würde die Kommission nicht vor übermorgen Bericht erstatten können, und wir würden unter allen Umständen noch Mittwoch sitzen müssen, während wir mit Hilfe einer Abendsitzung das Programm, und am nächsten Tage alle übrigen Geschäfte erledigen könnten.

Gegen diesen Vorschlag wendet sich Singer, für ihn treten Emmel und Liebknecht ein.

Der Parteitag beschließt diesem Antrage gemäß; es wird also die Generaldiskussion bis nach der Berichterstattung der Programmkommission vertagt.

Pfannkuch proklamirt das Resultat der beim Beginn der Sitzung erfolgten **Wahl der Mitglieder der Neuner-Kommission.**

Von dem Genossen **Schumacher** ist folgende Depesche eingegangen: „Habe mit Wildberger weder schriftlich noch mündlich verkehrt, kenne denselben nicht einmal."

Schluß 6¾ Uhr.

Sechster Verhandlungstag.

Dienstag, den 20. Oktober.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Kloß** eröffnet die Sitzung kurz vor 9½ Uhr.

Wiederum sind zahlreiche Zuschriften und Telegramme eingelaufen. Die Genossen aus Lüdenscheid theilen mit, daß sie bei den Wahlen zum dortigen Gewerbegericht vollständig gesiegt haben. (Bravo!)

Auf der Tagesordnung steht die

Fortsetzung der Berathung der selbständigen **Anträge.**

Von den in der gedruckten Vorlage enthaltenen 9 Anträgen zur „Presse“ sind die ersten 6 derselben bereits am Sonntage erledigt worden.

Antrag 7.

Die Genossen in Breslau und Dortmund:

„Da die Sozialdemokratie eine ihrer edelsten Aufgaben damit erfüllt, durch gute, den Volksklassen zuzuführende Lektüre die Menschheit für eine bessere Zukunft zu erziehen, möge der Kongreß beschließen, den befähigten Mitgliedern der Partei es zur Pflicht zu machen, ein Augenmerk mehr wie bisher darauf zu richten, daß eine Jugendliteratur zu Stande kommt, welche in unterhaltender Weise, dem Wesen der Kindheit entsprechend, den Geist und das Fühlen der Jugend zu Gunsten des Sozialismus weckt und bildet. Wir beantragen, dieses Unternehmen dadurch zu organisiren, daß eine Kommission ernannt wird, welcher die Pflicht obliegt, dafür zu sorgen, daß nach Möglichkeit Literatur in diesem Sinne geschaffen, resp. daß solche in anderer Sprache erscheinende Werke in unsere Landessprache übersetzt und diese Literatur agitatorisch der Jugend zugänglich gemacht wird.“

Winkler-Breslau-West: Als unser Antrag in einer großen Versammlung angenommen wurde, ging ein Schrei der Entrüstung durch einen Theil der gegnerischen Presse, wir wollten nicht blos die Arbeiter, sondern auch die Kinderherzen vergiften. Die „Deutsche Schulzeitung“ sprach auch darüber, und meinte, das einzige Mittel, diesem Versuche entgegenzutreten, sei eine Revision der jetzt eingeführten Schulbücher. Sie sehen also, daß der Antrag schon einen Zweck gehabt hat; das allein würde genügen, den Antrag anzunehmen.

Ohne Debatte wird der Antrag genehmigt.

Antrag 8:

Die Genossen des III. Berliner Wahlkreises und Oskar Kamenz in Berlin beantragen:

„Den Parteitag dazu aufzufordern, einen der Partei entsprechenden Partei-Agitationsfonds anzulegen. Derselbe soll ausschließlich dazu geschaffen werden, um faßliche und rein sozialistische Broschüren an die ländlichen Arbeiter gratis vertheilen zu können; nur allein dadurch ist es möglich, das ländliche Proletariat zum Sozialismus zu bringen.“

wird einstweilen abgesetzt, da die Berliner Genossen zu einer für sie wichtigen Besprechung zusammengetreten sind.

Antrag 9.

Gustav Semmler in Lunzenau: Der Parteitag soll den Parteivorstand beauftragen, einen „Literarischen Wegweiser“ herauszugeben.

Semmler-Sachsen 15.: Der Antrag soll zunächst jedem Parteigenossen, der bestrebt ist sich ein umfassendes Wissen anzueignen, die Wege finden lehren, wie er das zu machen hat. Gleichzeitig soll der Wegweiser den Vereinen in den mittleren und kleinen Städten einen Leitfaden an die Hand geben, wonach sie ihre Bibliothek zusammenstellen können. Es soll eine Art Bücherkatalog sein, in dem die besten wissenschaftlichen Werke empfohlen werden, und zwar populär geschriebene Bücher, die Jeder verstehen kann, der auch nur eine Volksschule besucht hat. Der Antrag ist schon längst eine Nothwendigkeit gewesen. Unsere Parteiliteratur erweckt zwar wieder den Wissenstrieb, welchen die Volksschule systematisch erstickt hat; leider aber kann sie ihn nur wecken, nicht befriedigen, da sie blos die sozialdemokratischen Fragen umfaßt; darum lassen die Wissensbegierigen, welche nicht die nöthige Leitung haben, bald die Flügel hängen, wenn ihnen nicht kräftig unter die Arme gegriffen wird. Das soll der Wegweiser besorgen.

Singer: Der Gedanke des Antrages ist ja ein sehr guter, aber die Konsequenz ist einfach die, daß die Parteigenossenschaft, die Arbeiterbevölkerung, nichts weiter lesen wird, als was gleichsam unter hoher obrigkeitlicher Approbation des Parteivorstandes ihnen empfohlen wird. (Sehr richtig!) Daß diese Konsequenz mit dem Grundgedanken unserer Partei durchaus im Widerspruch steht, brauche ich nicht erst hervorzuheben. Aber auch praktisch ist der Antrag unausführbar. Genosse Semmler will die Arbeiter durch diesen Wegweiser in alle Gebiete der Wissenschaft einführen. Zunächst aber liegen doch die wirthschaftlichen Verhältnisse so, daß unsere Arbeiter auch nicht im Entferntesten die Mittel haben, um sich diese Schriften anzuschaffen; dann aber werden sehr Viele durch diesen Wegweiser in die Lage gebracht, sich Bücher anzuschaffen, die, weil eben die nothwendige Vorbildung fehlt, von ihnen nicht verstanden werden. Wenn es sich aber darum handelt, die auf dem Gebiete der Sozialpolitik und unserer Bewegung erscheinende Literatur unseren Genossen durch Verzeichnisse in Erinnerung zu bringen, so geschieht das ja bereits durch die Buchhandlung des „Vorwärts" und die übrigen Parteibuchhandlungen in ausreichendstem Maße. Der Antrag ist praktisch undurchführbar und ladet der Parteileitung eine Verantwortlichkeit auf, die sie nicht übernehmen kann. Ich bin also in erster Linie für Ablehnung, sonst aber für Ueberweisung des Antrags an die Parteileitung zur Erwägung.

Sailer-Luckenwalde fügt zu den von Singer angeführten Gründen noch den, daß der Katalog bei dem voraussichtlichen Umfang auch materielle Unkosten verursachen werde.

Heine: Ich beantrage die Ueberweisung des Antrages an den Vorstand. Ein solcher Katalog kann entschieden herausgegeben

werden. Die Furcht, daß Schriften, die nicht ganz auf unserem Standpunkt stehen, den Arbeitern die Köpfe verdrehen möchten, ist nicht so erheblich, als der Vortheil sein würde, wenn man mit diesen Schriften die erbärmliche Schundliteratur, die Sie jetzt in jeder Arbeiterhütte finden, verdrängen könnte.

Semmler bittet im Schlußwort, den Antrag anzunehmen; bei der Ueberweisung würde er doch blos in den Papierkorb fallen. Eine Verantwortung werde damit dem Parteivorstand in keiner Weise aufgebürdet. Umsonst könne der Wegweiser nicht hergestellt werden, aber er würde doch höchstens 10—20 Pfennige kosten.

Der Antrag wird abgelehnt. Darauf wird der Antrag auf Ueberweisung zur Erwägung zur Abstimmung gebracht und angenommen.

Zum Punkt **„Presse“** sind im Laufe der Verhandlungen des Parteitages noch zahlreiche weitere Anträge eingebracht, über welche in der Reihenfolge der Einbringung verhandelt wird.

Antrag 10:

> Da sich herausgestellt, daß der „Vorwärts“ von den meisten Genossen nicht gehalten werden kann, die übrigen Parteiblätter in Deutschland aber einen mehr oder weniger lokalen Charakter tragen und daher eine allgemein befriedigende Uebersicht der Parteiverhältnisse nicht geben können, beantragen die Königsberger Genossen: „Die Beschaffung eines einmal wöchentlich erscheinenden Organs, welches neben dem „Vorwärts“ in gedrängter Kürze eine Uebersicht über alle politischen und wirthschaftlichen Fragen des In- und Auslandes, sowie über die Arbeiterbewegung aller Kulturstaaten berichtet, unter Berücksichtigung statistischen Materials.“

Schultze-Königsberg: Das Bedürfniß nach einem Zentralorgan, welches, wenn nicht allen, so doch recht vielen Parteigenossen zugänglich gemacht werden kann, ist so alt wie die Partei. Wir haben im vorigen Jahre den „Vorwärts“ begründet, aber in seiner heutigen Gestalt kann er den Anforderungen nicht gerecht werden, einmal wegen des hohen Preises und dann, weil er so sehr viel Material enthält, das für die außerhalb Berlins wohnenden Genossen nur geringeres Interesse hat. Am zweiten Verhandlungstage hat man ja hier schon den Wunsch ausgesprochen, den „Vorwärts“ zu theilen. Nun haben wir ja allerdings auch eine Reihe anderer Blätter, welche mehr oder weniger bestrebt sind, diesem Bedürfniß abzuhelfen. Da ist die „Volkstribüne“, die aber heute den Verhältnissen nicht mehr entspricht, wie noch vor einigen Jahren, nicht mehr das ist, was sie sein soll und sein könnte. Dann haben wir Lokal- und Provinzialblätter; aber auch diese Preise kann denjenigen Anforderungen nicht entsprechen, welche die Genossen bei uns in Deutschland an ein wirkliches Zentralorgan stellen. Dazu tritt noch etwas Anderes. Der „Sozialdemokrat“ war bis 1890 gewisser-

maßen das Bindeglied unter den Genossen; fast in jeder Stadt, ja in den kleinsten Orten waren Abonnenten auf dieses Blatt, dessen Inhalt völlig befriedigte. Es ist nach dem Fall des Sozialistengesetzes aber eingegangen und jetzt fehlt der Ersatz. Nun haben wir Landestheile, wo überhaupt unsere Presse nur sehr wenig vertreten ist, und andererseits Distrikte, wo die Presse, um mit der gegnerischen Presse konkurriren zu können, den lokalen Verhältnissen viel zu viel Rechnung tragen muß. Da bleibt denn zu wenig Raum übrig für die allgemeinen Fragen, wie sie gerade in neuerer Zeit eine hervorragende Rolle spielen. Deshalb ist ein neues Wochenblatt nothwendig. Daß das neue Organ den bestehenden Konkurrenz machen und ihnen Abonnenten entziehen könnte, fürchte ich nicht. In seiner gestrigen, vortrefflichen Rede führte Bebel aus, wie nothwendig es sei, den Blick auf die Verhältnisse der übrigen Staaten zu richten. Vorzugsweise dieses neu zu gründende Organ würde es sich zur Aufgabe zu machen haben, eine allgemeine, größere Uebersicht über die Arbeiterbewegung aller Staaten zu geben; damit würde dann vielfach die übrige Presse entlastet. Das „statistische Material" ist in unserm Antrag besonders betont worden, da wir doch auch damit sehr wesentlich zu rechnen haben. Vielfach fehlt den Genossen, welche agitatorisch wirken wollen, das statistische Material zur Begründung und zum Beweise ihrer Ausführungen. Auch diesen muß man zu Hilfe kommen. Wird bei der Schaffung eines solchen Organs in diesem Sinne verfahren, so wird damit der Partei ein wesentlicher Dienst geleistet.

Schade-Stendal: Wir können den Antrag sehr gut unterstützen, um einmal den Parteigenossen außerhalb der Großstädte entgegenzukommen und um außerdem die Parteikasse von erheblichen Summen für die Parteipresse zu entlasten. Jetzt wird die Sache so gehandhabt, daß von unseren Lokalblättern, die täglich erscheinen, Kopfblätter gemacht werden, welche unter die Landbevölkerung vertheilt werden. Diese Kopfblätter sind im Allgemeinen nur ein Auszug aus dem „Vorwärts". Die Kosten dafür decken sich nun aber durch den Abonnementspreis nicht; dadurch wird also nur das Defizit der Lokalpresse erhöht.

Frohme-Altona: Ich kann mich so ohne weiteres nicht für diesen Antrag erklären. Mit demselben werden Sie die Parteigenossen in vielen Kreisen in eine recht üble Situation bringen. Es besteht eine ganze Reihe von Wochenblättern, für die bereits hier und da große Opfer aufgewendet worden sind und die man durch die Einführung dieses neuen Organs zweifellos einfach ruiniren würde. Es fragt sich doch, ob denn das neue Organ so ohne weiteres für die Gesammtheit der Partei Geltung haben soll, oder ob man die Kreise, welche ein wöchentlich erscheinendes Organ besitzen, mit der Einführung dieses neuen zu verschonen gedenkt.

Theoretisch ist die Sache leicht gelöst; zur praktischen Beurtheilung müssen wir erst Stand und Verhältnisse der Lokalpresse kennen. Es wäre deshalb das geeignetste, diesen Antrag dem neu zu wählenden Vorstand zur Erwägung zu überweisen. Jedenfalls reichen die von Schultze geltend gemachten Gründe für mich und auch wohl für viele andere durchaus nicht aus.

Wendt-Kamenz: Ich habe den Antrag lediglich deshalb unterstützt, um der Auffassung Ausdruck zu geben, daß das Bedürfniß vorhanden ist. Ich verstehe darunter nicht ein selbständiges Zentralorgan, sondern ein an den „Vorwärts" sich anschließendes Wochenblatt. Allerdings möchten sich durch die Schaffung eines neuen die bestehenden Wochenblätter bedroht fühlen und können sich event. nicht halten; aber es kommt eben darauf an, ein Organ zu schaffen, das möglichst von allen Parteigenossen gelesen werden kann, wie es beim alten „Volksstaat" und „Vorwärts" der Fall war.

Blos-Braunschweig: Ich bezweifle garnicht, daß der Antrag praktisch und ausführbar ist, bezweifle aber, daß er unter den gegenwärtigen Umständen uns irgend einen Vortheil bringt; ich würde sehr dafür sein, wenn unsere Preßverhältnisse überhaupt andere wären. Erwägen Sie doch, daß mindestens 3/4 unserer Lokalpresse mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat (sehr wahr!), und daß es sehr bedenklich ist, das bis jetzt mit solcher Mühe und so großen Opfern Geschaffene wieder in Frage zu stellen. Von einem billigen Wochenblatt, das weniger mit Originalarbeiten als mit Auszügen und Zusammenziehungen schon gedruckter Arbeiten gefüllt ist, werden Sie den Erfolg nicht haben, den Sie sich etwa vorstellen. Der Konkurrenzkampf, in dem die kleinen Blätter stehen, würde noch verschärft werden. Warten Sie damit wenigstens so lange, bis unsere Partei- und Lokalpresse sich einigermaßen aus den heutigen Zuständen herausgearbeitet hat.

Singer: Der bisherige Parteivorstand hat sich seit Monaten mit dieser Frage beschäftigt, und wenn nicht von Schultze der Antrag auf Gründung eines Wochenblatts gestellt worden wäre, so wäre er von uns hier eingebracht worden. Die Gründe hierfür liegen zunächst auf einem Gebiet, welches von den bisherigen Rednern nur leise gestreift worden ist, nämlich daß wir nach unserer Meinung verpflichtet sind, auch unseren Genossen im Auslande die Möglichkeit zu geben, die Bewegung in Deutschland zu verfolgen, von allen Vorgängen innerhalb der Partei Kenntniß zu nehmen. Die ausländischen Genossen, die früher beim Erscheinen des „Sozialdemokrat" in dieser Lage waren, haben seit dem Eingehen desselben bittere Klage darüber geführt, daß sie garnicht im Stande seien, überhaupt über den Fortgang der Bewegung in Deutschland ein Urtheil zu fällen. Die Genossen im Auslande können das für die

Genossen im Reich täglich erscheinende Organ nicht lesen, weil es zu theuer ist und durch das Porto noch unverhältnißmäßig vertheuert wird. Dadurch sind dieselben vielfach auf die im Ausland erscheinende anarchistische Presse angewiesen, und in den Köpfen, namentlich der jüngeren Elemente, die erst im Ausland in die Bewegung gezogen werden, wird somit eine ganz falsche Vorstellung von der deutschen Bewegung erzeugt, während die älteren Genossen im Ausland durch das Fehlen dieses geistigen Bandes die Fühlung mit den im Inland lebenden Genossen verlieren.

Es würde nun wohl an sich nicht wichtig genug sein, der Genossen im Auslande wegen ein Blatt zu gründen; aber auch für die Genossen im Inlande ist die Gründung eines prinzipiell gehaltenen Wochenblattes ebenso nothwendig. Wir denken hierbei nicht an einen bloßen Ableger, sondern das Blatt soll eine besondere Redaktion erhalten und durchaus selbständig ausgestattet werden. Täuschen wir uns darüber nicht: wie nothwendig es ist, die prinzipiellen Auffassungen der Partei in weiten Kreisen in höherem Maße, als es durch die Lokalpresse möglich ist, zum Ausdruck zu bringen, dafür haben die Diskussionen der letzten Tage reichlich den Beweis geliefert. Weder die Strömungen von links noch von rechts wären möglich gewesen, wenn in weiten Kreisen der Partei die prinzipielle Stellung, die schließlichen Ziele, die wir verfolgen, wenn unsere ganze Aufgabe nach dieser Richtung hin mehr, als es durch die lokale Presse geschehen kann — ohne Vorwurf für diese — erörtert worden wäre. Nun glaube ich auch nicht, daß aus einem solchen Wochenblatt der lokalen Presse irgend ein Nachtheil erwachsen wird. Diejenigen Wochenblätter lokalen Gepräges, welche in dem Kreise, in dem sie erscheinen, genügend Abonnenten haben, die im Stande sind, sich überhaupt zu halten, werden von der Gründung dieses Organs garnicht berührt werden. Denn die betreffenden Parteigenossen werden nach wie vor an ihren Blättern festhalten, und sie werden auch keinen Schaden dadurch erfahren, denn das Zentralblatt kann die lokalen Anforderungen nicht erfüllen, welchen die lokale Presse gerecht wird. Abgesehen davon existiren weite Landstriche in Deutschland, wo überhaupt keine Parteipresse erscheint, und für diese wird es wesentlich sein, wenn ein Organ geschaffen wird, welches dafür agitiren kann, auch die Massen in diesen Gegenden zu gewinnen.

Nun braucht ja der Parteitag nicht heute sofort zu beschließen es wird ein Wochenblatt gegründet; es genügt, nach gewalteter Diskussion und nach den geäußerten Bedenken dem künftigen Parteivorstande den Antrag Schultze zur Erwägung zu überweisen. Ich habe mich aber verpflichtet gehalten mitzutheilen, daß diese Frage wiederholt im Parteivorstande diskutirt worden ist.

Beyer-Kottbus schließt sich Frohme und Singer an, insofern

sie gründliche nochmalige Erwägung des Planes für nothwendig halten.

Jöst-Mainz: Ich muß mich entschieden gegen den Antrag und gegen Singer wenden. Eine Versammlung, die so souverän ist wie der Parteitag, braucht sich des Reichstagsmittels „den Antrag dem Herrn Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen" nicht zu bedienen; sie kann selbst entscheiden. Aus welchen Gründen sollen wir denn veranlaßt sein, für die ausländischen Genossen ein Organ ins Leben zu rufen? Warum nehmen die ausländischen Genossen nicht den „Vorwärts"? Die Genossen im Ausland haben auch Geld, den „Vorwärts" zu halten. Dann haben sie ihre Klubs, wo diese Blätter aufgelegt werden; ein solcher Klub kann auch ein paar Mark mehr für Zeitungen ausgeben. Nun heißt es, für die prinzipielle Haltung müsse ein Leitfaden gegeben werden. Warum genügt nicht auch dafür der „Vorwärts"? Er hat sich allerdings im Falle Vollmar als ein außerordentlich schlechter Leitfaden erwiesen, und wenn der Vorstand reformiren will, soll er zunächst hier einwirken, daß der „Vorwärts" ordentlich funktionirt. In der Provinz herrschen die sogenannten kleinen Parteiführer. Wenn die zu arm sind sich das Blatt zu halten, sollen die Genossen sich zusammenthun, damit der Vertrauensmann das Blatt gratis bekommt; es wird in einer Wirthschaft niedergelegt und die Leute lesen es. Wir haben jetzt in Deutschland 24 tägliche Blätter; die sind so über das Land verstreut, daß es wohl möglich ist, sich irgendwo anzuschließen. 26 erscheinen dreimal, 6 zweimal, 10 einmal wöchentlich — und da will man zum Schaden der Provinzpresse noch ein weiteres Blatt gründen? Ich ersuche Sie, unter allen Umständen den Antrag abzulehnen, er wird zum Schaden gereichen. Man sucht glauben zu machen, die Provinzpresse sei nicht so prinzipiell gehalten; das stimmt nicht, sie ist grade so prinzipiell wie die andern auch; nur bringt sie mehr Lokales, aber das schadet doch nichts. Schultze hält solch ein Blatt namentlich mit Rücksicht auf seinen Landestheil für nöthig. Wo keine Presse existirt, wo die Genossen Malheur gehabt haben, da besteht natürlich das Bedürfniß; ich begreife daher das Königsberger Verlangen, aber Königsberg ist nicht ganz Deutschland, und wir müssen auf die Gesammtheit Rücksicht nehmen. In Mainz, Offenbach, Wiesbaden hat speziell unser Provinzblatt eine ganz hübsche Abonnentenzahl. Diese Abonnenten werden der Provinzpresse verloren gehen durch das neue Blatt, die Provinzpresse wird geschädigt, verdrängt und die Genossen verlieren an ihrem Orte eine Waffe.

Grillenberger: Joest hat viel Beherzigenswerthes vorgebracht, ich kann mich ihm aber doch nicht anschließen. Auf die Dauer können wir es nicht umgehen, ein solches Wochenblatt zu schaffen. Die Hauptgründe dafür hat Singer bereits betont. Die

vorhandenen Wochenblätter sind zum Theil auf bestimmte Provinzen berechnet; einige haben einen zentralen Charakter, können aber auf die Dauer dem Bedürfniß nicht genügen, sie sind geschaffen worden unter dem Ausnahmegesetz als Band für die Genossen, als Korrespondenzblätter. Diese Blätter sind mehr und mehr zurückgegangen in Folge der Gründung der neuen Provinzial- und Lokalblätter, sie haben erheblich an Bedeutung verloren, haben mehr und mehr ein lokales Kolorit erhalten und besitzen auch die Mittel nicht mehr, um etwas Besonderes aufzuwenden. Ich hätte in meiner Eigenschaft als Verleger eines täglich erscheinenden Lokalblattes und als Drucker eines im Parteieigenthum befindlichen Wochenblattes gewiß ein bedeutendes geschäftliches Interesse, wenn ich mich so ausdrücken soll, dem Antrage entgegenzutreten. Aber das Parteiinteresse wiegt hier unendlich schwerer. Ob die Gründung sofort oder in nächster Bälde zu geschehen hat, ist eine andere Frage, welche sehr sorgfältig erwogen werden muß, weil die Erwerbsverhältnisse der Gegenwart und des bevorstehenden Winters nichts weniger als günstige sind. Joest wies vorher darauf hin, daß das bei uns in Nürnberg erscheinende Wochenblatt 10 000 Abonnenten gehabt habe, und wollte damit sagen, das sei doch nicht besonders viel und das neue Blatt werde auch nicht sehr viel bekommen. Die „Arbeiterwochenchronik" hat in der günstigsten Zeit unter dem Gesetz 23 000 Abonnenten gehabt, sie ist jetzt durch die Gründung der anderen Blätter auf 5000 herabgegangen. Das ist ein Schade für den Herausgeber, aber nicht für die Partei, denn durch die Gründung der anderen Blätter sind 50 oder 60 000 neue Abonnenten gewonnen. Die Lokalblätter werden nach meiner Meinung durch das Wochenblatt nicht geschädigt werden. Einmal wird dieses nicht aus dem Satz des „Vorwärts" hergestellt, sondern es wird ein original redigirtes, gutes Wochenblatt sein, das noch nebenbei gelesen werden kann neben den anderen Zeitungen. Dann aber haben eine gewaltige Anzahl kleiner Städte und ganze Provinzen bis jetzt überhaupt noch kein Parteiblatt; der ganze Osten ist so gut wie unvertreten. Auch die Provinzblätter werden keinen Schaden leiden. Die kleinen Städte und Landorte in weit entlegenen Gegenden werden dann mit einem Parteiblatt versehen werden. Die bestehenden Zentralblätter können nicht mehr genügen; sie erscheinen da, wo das Leben nicht so pulsirt wie in Berlin — dort muß doch das neue Blatt entschieden erscheinen. — Die im Ausland lebenden deutschen Parteigenossen haben den Züricher „Sozialdemokrat" in ziemlich großen Quantitäten verbreitet; das wird auch mit dem neuen Blatt der Fall sein. Mit jenen in Fühlung zu bleiben und ihnen den wirklichen Stand der Bewegung in Deutschland zu zeigen, haben wir allerdings ein großes Interesse. Die Gefahr des Veranarchistelns ist für diese Leute im Auslande

allerdings vorhanden. Der „Vorwärts" hat jetzt im Ganzen 2500 auswärtige Abonnenten, alles andere in Berlin, der wird also wenig geschädigt werden. Die Hauptsache aber ist, daß die geschäftlichen Interessen dem Bedürfniß der Partei gegenüber zurücktreten müssen. Wenn ich auch meinerseits ein äußerst vorsichtiges Vorgehen für nöthig halte, so halte ich doch nicht angezeigt, zur Ueberweisung an den Parteivorstand zu greifen; wir können sehr wohl beschließen, daß das Zentralwochenblatt gegründet werden soll; wann, wo und wie, das können wir dem Parteivorstand überlassen.

Schmidt-Burgstädt: Ich erkläre mich gegen den Antrag. Ich kann die zuversichtliche Meinung Singer's nicht theilen, der da hofft, dieses Wochenblatt werde existiren können. Wir sind wochenlang draußen auf die kleinen Orte, bis in die entlegensten Bauerndörfer für unser Blatt agitirend gezogen, wir haben auf den Wiesen Versammlungen abgehalten und über die Presse und ihre Bedeutung eindringlich zu den Leuten geredet, und wir sind froh gewesen, 2, 3 Abonnenten zu gewinnen! Wenn wir in dieser Weise gearbeitet haben, und doch mit so wenig Erfolg, wie sollen wir denn da die Leute erwärmen für ein anderes Blatt, das noch neben den Lokalblättern bestehen soll. Zudem haben verschiedene unserer Parteiblätter, trotz der besten Redaktion und der prinzipiellsten Haltung, schwer um die Existenz zu kämpfen, weil die Erwerbsverhältnisse zu traurige sind; da möchte ich doch wünschen, daß der Wunsch des Vorstandes nicht so schnell in Erfüllung geht. Grillenberger warnt ja auch vor Ueberstürzung. Ich bitte, vor Ablauf des Jahres nicht an die Durchführung zu gehen. Dazu kommt, daß die Ausgaben für die Blätter höher werden müssen, weil der Parteivorstand ein illustrirtes Wochenblatt herausgeben will, welches doch jedes Blatt seinen Abonnenten als Beilage geben muß. Ich bitte den Parteitag, den Antrag abzulehnen, und den Vorstand, im Interesse der bestehenden Blätter und Druckereien die Frage nicht so schnell wieder aufzunehmen.

Röhrle beantragt den Schluß der Diskussion. Der Schlußantrag wird angenommen und der Antrag Schultze abgelehnt. Der Vorsitzende will hiernach, wie beim Antrage vorher, über den Antrag Frohme auf Ueberweisung zur Erwägung abstimmen lassen. Dagegen erhebt Fischer-Berlin Widerspruch. Wenn der Antrag abgelehnt sei, habe der Vorstand mit der Sache nichts mehr zu thun. Die Abstimmung unterbleibt.

Es folgt Antrag 11, Auerbach und Genossen:

> Der Parteitag beauftragt die Parteileitung, in denjenigen Landestheilen, in denen eine Lokalpresse, gleichviel ob täglich oder in längeren Zwischenräumen erscheinend, zur Nothwendigkeit für die Verbreitung unserer Grundsätze geworden ist, und

wo die Mittel zur Unterhaltung der Presse von den Genossen dieser Landestheile nicht aufgebracht werden können, die Gründung und Erhaltung derartiger Organe aus den Partei-Einnahmen zu unterstützen.

Vorsitzender Kloß: Da Auerbach nicht mehr Mitglied der Partei ist, können wir über den Antrag nicht verhandeln, so lange nicht einer der Anwesenden ihn zu dem seinigen macht.

Milenz-Johannisthal nimmt den Antrag auf, derselbe wird genügend unterstützt.

Milenz: Da der Antrag Schultze abgelehnt ist und konstatirt wurde, daß die Presse sehr schwach unterstützt wird, jetzt aber die durch die Neubegründung drohende Konkurrenz wegfällt, bin ich um so mehr der Meinung, daß, wenn es nicht möglich ist, die Organe in den einzelnen Landestheilen zu halten, wir doch an den Parteivorstand herantreten mit der Erklärung, wir brauchen das Organ durchaus zur Betreibung der Agitation, die Mittel reichen aber nicht, die Löhne sind so gedrückt u. s. w., ihr müßt helfen. Ich meine nicht, daß die Parteikasse ein Blatt fortdauernd unterhalten soll, das würde zuviel kosten, aber da, wo voraussichtlich ein Fortkommen möglich, müßte die Partei unbedingt eintreten.

Scherm: Ich beantrage den Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag. Der Parteitag kann einen solchen Antrag auf keinen Fall annehmen, denn die Konsequenzen wären gar nicht zu ermessen.

Fichtmann-Elbing wendet sich gegen Uebergang zur Tagesordnung.

Ueber den Antrag Milenz wird zur Tagesordnung übergegangen.

Die Versammlung wendet sich nunmehr zu Antrag 8 zurück, der von Berlin III gestellt ist und die Bildung eines Parteiagitationsfonds anregt. Zugleich wird hiermit der folgende Antrag Herbert verhandelt:

> Zur Förderung der Agitation auf dem Lande sollen kleine, den Verhältnissen in den verschiedenen Theilen des Landes angepaßte Broschüren gratis vertheilt werden. Den Inhalt haben die Genossen in der Provinz, welche die Verhältnisse genau kennen müssen, zu liefern. Die Kosten der Herstellung und Vertheilung hat der Parteivorstand zu bewilligen.

Boerner: Dieser Antrag wurde in einer Versammlung des III. Berliner Wahlkreises Nachts 1 Uhr so beim Auseinandergehen ohne Diskussion angenommen, er ist also garnicht ausgereift. Ich glaube, für den gewünschten Zweck ist ohnehin der ganze Parteiagitationsfonds da.

Singer: Das Letztere ist durchaus richtig. Alle Gelder, die

aus Deutschland an die Parteileitung gelangen, fließen in einen Fonds, aus dem alle Bedürfnisse der sozialdemokratischen Partei Deutschlands gedeckt werden. Soweit also für die Verbreitung der sozialdemokratischen Literatur Ausgaben sich als nothwendig erweisen, werden sie in ausreichender Weise aus dem allgemeinen Fonds zu decken sein. Auch ist es falsch, daß nur durch Verbreitung der Literatur das Proletariat zum Sozialismus zu bringen ist. Dies geschieht ebenso oder vielleicht in noch höherem Maße durch die mündliche Agitation. Ich wende mich auch gegen den Antrag Herbert. Nach dem Bericht des Vorstandes ist eine große Anzahl von Broschüren auf Wunsch gratis verabfolgt worden. Ueberall da, wo in der ländlichen Bevölkerung sich eine Anzahl Genossen findet, welche sich der Mühe unterziehen wollen, die Landagitation zu betreiben, werden sie in der ausgiebigsten Weise von der Parteileitung sowohl durch Deckung der persönlichen Agitationskosten, als durch Uebersendung von Broschüren für die ländliche Bevölkerung unterstützt. Gewiß muß die Landagitation kräftig betrieben werden, aber es müssen erst diejenigen Broschüren geschrieben werden, welche die ländliche Bevölkerung versteht. Wir sind jetzt dabei, diejenigen Arbeiten und Mittheilungen, die aus allen ländlichen Kreisen in Folge der Aufforderung der Parteileitung eingegangen sind, zu einer größeren Arbeit zusammenstellen zu lassen. Sowie diese Arbeit beendet sein wird, wird selbstverständlich für die Verbreitung derselben das Möglichste gethan werden.

Frohme: Es wird nicht anders möglich sein, in der ländlichen Bevölkerung Boden zu gewinnen, als indem wir aus dieser Bevölkerung selbst die befähigten Elemente ziehen und zur Agitation heranbilden. Dann wird sich das Weitere von selbst finden. (Zustimmung.) Das kann still und geräuschlos geschehen. Es muß aber bei der Agitation zwischen fluktuirendem und seßhaftem Landproletariat wohl unterschieden werden.

Fischer-Weimar beantragt, diese Anträge als erledigt zu betrachten.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Antrag 12.

„Antrag zur Errichtung eines statistischen Bureaus.

In Anbetracht, daß das Bedürfniß nach einer Statistik der Arbeiterverhältnisse ein tief und überall gefühltes ist;

in fernerem Anbetracht, daß den bis nun von den Gewerkschaften und anderen Korporationen in Angriff genommenen Statistiken Einheitlichkeit, Uebersichtlichkeit und Vergleichbarkeit häufig abgeht, dies aber Eigenschaften sind, welche die Statistik erst werthvoll machen;

in endlichem Anbetracht, daß oft die Personen fehlen, welche

die Zeit und Fähigkeit haben, zweckdienlich die Statistik vorzubereiten und die umlaufenden Fragebogen zu verarbeiten,

beschließt der Parteitag, daß auf Kosten der Partei ein statistisches Bureau errichtet werde, welches in die von den Arbeitern unternommenen statistischen Erhebungen Einheitlichkeit und Gleichmäßigkeit bringe.

Eduard Schmid. Josef Urban. Georg Wambsganß. Konrad. Knieriem. Georg von Vollmar. Georg Birk.

Schmid-München weist darauf hin, daß zwei Münchener Versammlungen sich im Sinne dieses Antrages ausgesprochen haben.

Haensler-Mannheim hält diese Frage für eine überaus wichtige, welcher die Parteileitung unbedingt näher treten müßte.

Gerisch: Der vorjährige Parteitag hat sich mit diesem Antrag beschäftigt, wenigstens hat Bebel die Bedeutung eines solchen statistischen Bureaus hervorgehoben. Im Laufe des Jahres haben wir im Parteivorstande wiederholt diesen Antrag eingehend erörtert. Aber täuschen wir uns nicht darüber, daß es sich hier um die Ausführung einer Sache handelt, die, mag sie von einer Partei in Angriff genommen werden, von welcher sie wolle, jedenfalls stets über das Können einer Partei hinausgeht. Hier handelt es sich eigentlich um eine Aufgabe der Regierung; unsere Arbeit würde jederzeit nur Stückwerk bleiben. Die Wichtigkeit und Bedeutung dieser Angelegenheit wird von uns nicht verkannt, aber sie ist sehr schwierig. In erster Linie spielt die Personenfrage eine große Rolle. Wer soll dieses Werk ausführen? Und dann müßte mit demselben auch das Partei-Archiv verbunden werden. Darum würde ich beantragen, daß Sie diese Angelegenheit dem neu zu wählenden Parteivorstand zur Berücksichtigung überweisen.

Haberland-Barmen schließt sich diesem Antrag an, während

Trilse-Leipzig glaubt, daß nicht die Parteileitung, sondern die Gewerkschaftskommission die Sache in die Hand nehmen müßte.

Haensler schlägt vor, den am Sonntag verworfenen Antrag Demmler, welcher lautet:

> Jeder Vertrauensmann ist verpflichtet, mindestens jährlich zweimal Bericht an den Parteivorstand über die Thätigkeit der Partei des Ortes oder Kreises gelangen zu lassen. Geschieht solches nicht, so ist der Parteivorstand verpflichtet, die Vertrauensleute, wenn nöthig, im Parteiorgan aufzufordern.

zum Beschluß zu erheben. Damit würde man der Sache bedeutend näher kommen.

Fischer-Berlin bittet, diesen Antrag nicht wieder aufzunehmen, derselbe stehe in gar keinem Zusammenhange mit dem, was die Münchener Genossen wollen.

Schmid: Wir waren uns in München der Schwierigkeiten,

welche die Durchführung unseres Antrages machen würde, wohl bewußt, namentlich auch in Bezug auf den Kostenpunkt. Zunächst soll nur dafür Sorge getragen werden, daß in die von den Arbeitern ja selbst bezahlten bis jetzt erhobenen Statistiken eine einheitliche Form gebracht werde. Mit der Ueberweisung unseres Antrages an den Parteivorstand sind wir einverstanden.

Fischer beantragt unter Zustimmung Schmid's den letzten Absatz des Antrages so zu fassen: „beschließt der Parteitag, dem Parteivorstand zur Erwägung anheimzugeben, daß auf Kosten der Partei ein statistisches Bureau errichtet werde u. s. w."

Mit dieser Modifikation wird der Antrag der Münchener Genossen angenommen.

Antrag 13. Dreesbach und 21 Genossen beantragen:

Der Parteitag möge die Parteileitung veranlassen, während der Reichstags-Tagung ein literarisches Bureau aus geeigneten Personen zu bilden, das unseren Provinzial-Parteiblättern möglichst rasch kurze, treffende, in unserem Sinne gehaltene Berichte liefert, damit diese Blätter nicht mehr auf die verschwommenen Berichte der Bourgeoisberichterstatter angewiesen sind. Die Kosten hierfür werden leicht gedeckt, wenn sich sämmtliche Parteiblätter zur Abnahme der Berichte gegen eine entsprechende Vergütung verpflichten.

Der Antragsteller weist darauf hin, daß diese Frage die Fraktion und den Parteivorstand wiederholt beschäftigt hat. Man sei vor der Ausführung dieser Idee im Hinblick auf die bedeutenden Schwierigkeiten zurückgeschreckt, jetzt aber sei die Sache spruchreif, da von 27 täglich erscheinenden Blättern wahrscheinlich 25 einen solchen Bericht abnehmen würden. Es würden also mindestens die Kosten gedeckt werden. Sollte der Parteitag nicht gewillt sein, jetzt schon einen definitiven Beschluß zu fassen, so möge er wenigstens den Antrag der Parteileitung und der Fraktion zur Erwägung überweisen.

Frohme verweist auf die außerordentliche Verschiedenheit der sozialdemokratischen Organe. Einen ausführlichen Bericht würden die meisten Organe gar nicht brauchen können. Die Kosten eines eignen Berichts würden viel erheblicher sein als Dreesbach anzunehmen scheine. Ob ein knapper und doch übersichtlicher Bericht, eine Korrespondenz über jede Reichstagssitzung herausgegeben werden könne, überlasse er der Erwägung des Parteivorstandes.

Buchwald-Altenburg schlägt vor, daß der Parteivorstand die Reichstagsberichte in genügend großer Auflage drucken und den sämmtlichen Parteiblättern als Beilage, nach Art der Sonntagsbeilagen, zugehen läßt. Dadurch würden abermalige Setzer- und Druckkosten vermieden werden.

Singer: Buchwald will den Bericht des „Vorwärts" bei-

legen lassen. Ein solcher Bericht, wie ihn Dreesbach im Auge hat, würde viel zu spät in den Besitz der Parteiblätter kommen und jede aktuelle Wirkung verlieren. Der „Vorwärts" bringt den großen Oldenberg'schen Bericht, den anerkannt objektivsten und besten Parlamentsbericht. Aber dieser Bericht ist für die meisten unserer Blätter zu lang, und die Redaktionen müßten ihn erst in die Form bringen, die für die Parteiblätter paßt. Dazu reichen aber andere Blätter auch aus. Andererseits gereicht es auch keinem Parteiblatte zum Vorwurf, daß es zunächst auf die Reden des Abgeordneten seines Kreises besonderen Werth legt. Auch insofern würden also die Interessen schon an sich verschiedene sein. Was Dreesbach durch ein besonderes literarisches Bureau geschaffen haben will, wird für eine ganze Reihe von Parteiblättern schon jetzt besorgt. Denn von unseren 35 Abgeordneten haben mindestens 28 ein besonders lebhaftes Interesse für einen Reichstagsbericht und sind Korrespondenten der verschiedenen Parteiblätter. Vergegenwärtigen Sie sich auch die Schwierigkeiten der Errichtung eines solchen literarischen Bureaus. Von einem Beschlusse, die Parteileitung mit der Errichtung desselben zu beauftragen, bitte ich Sie abzusehen. Ueberweisen Sie doch der Parteileitung nicht gar zu viel Aufgaben! (Sehr richtig!) Bedenken Sie, daß es sich dabei nur um fünf Personen handelt! Wird deren Thätigkeit durch die verschiedensten Aufgaben zersplittert, so kann schließlich auf keinem Gebiete etwas Gutes geleistet werden.

Joest: Ich fürchte, die Abzüge des „Vorwärts" würden für die Redaktionen zu spät kommen. Anders wäre es, wenn Jemand während der Verhandlungen des Reichstages den Bericht mit chemischer Dinte fertig machte; dieser könnte dann eine halbe Stunde später in alle Welt hinausgehen.

Singer: Auf diese Weise ließe sich nicht ein Bericht im eigentlichen Sinne, sondern nur ein Entrefilet herstellen. Wenn man einmal eine Sache machen will, muß man sie auch ordentlich machen.

Dreesbach: Ich würde auch zufrieden sein, wenn ein Entrefilet abgeklatscht und noch mit den Abendzügen versendet würde. Es ist viel besser, unsere Blätter bringen erst einen kurzen Ueberblick über die Verhandlungen, wie es die gegnerischen Blätter auch thun, und später dann die Reden ausführlich nach dem „Vorwärts." Uebrigens ziehe ich in Uebereinstimmung mit den Mitantragstellern meinen Antrag zurück und wünsche, daß der Parteivorstand diese unsere Wünsche berücksichtigt. (Beifall.)

Der Antrag Buchwald findet nicht die genügende Unterstützung, er ist damit beseitigt.

Antrag 14. P. Braun und 20 Genossen beantragen:

In Elberfeld ist der Fall vorgekommen, daß in derselben

Sitzung des Strafgerichts ein Dienstmädchen, welches sich eines Diebstahls gegen seine Herrschaft vergangen hatte, mit drei Monaten Gefängniß bestraft wurde, während ein Handlungslehrling, der einen Geldbrief mit hohem Betrage unter dem Dach versteckt hatte, von der Anklage der Unterschlagung freigesprochen wurde, da er aus guter Familie und im Besitz der Befähigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst war und nach Meinung des Gerichts bei ihm deshalb nicht die Absicht, ein Vergehen gegen das Eigenthum zu begehen, vorausgesetzt werden dürfe.

Es wird der Antrag gestellt:

Daß alle Redakteure von Arbeiterblättern verpflichtet werden, Urtheile, durch welche auf Bildung und Besitz der Angeklagten in der Weise Rücksicht genommen ist, daß ein Aermerer auffallend hart bestraft oder ein Reicherer auffallend leicht behandelt ist, an eine Zentralstelle einzusenden, welche die zu einander passenden Fälle zusammenstellt und regelmäßig in der Parteipresse veröffentlicht.

Der Antragsteller ist abgereist. Von anderer Seite wird Uebergang zur Tagesordnung beantragt.

Frohme glaubt, daß das, was der Antrag will, durch persönliche Verständigung unter den dabei zunächst Interessirten erreicht werden kann.

Der Antrag wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Ein Antrag Schmid (München) und Genossen, die Parteipresse soll von Zeit zu Zeit Gratisannoncen der Gewerkschaftspresse aufnehmen, kommt mangels genügender Unterstützung nicht zur Verhandlung.

Damit sind die Anträge zur Presse erledigt.

Es folgen die Anträge zur Agitation.

Der Antrag der Delegirten aus dem Großherzogthum Weimar, den einzelnen Landestheilen, namentlich den kleinen thüringischen Staaten, zur Agitation für das allgemeine Stimmrecht aus der Parteikasse finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen, wird nicht genügend unterstützt, kommt also nicht zur Verhandlung.

Trilse-Leipzig beantragt:

In Anbetracht dessen, daß es dem Parteivorstand in Folge mancher zu Tage tretenden bedeutenden Schwierigkeiten und Hindernisse eine absolute Unmöglichkeit ist, die mündliche Agitation in der nach den verschiedenen örtlichen Verhältnissen geeigneten Weise in jeder den Wünschen und Forderungen der Parteigenossen gerecht werdenden und entsprechenden Hinsicht entfalten zu können,

in fernerer Erwägung aber, daß leider unter den industriellen nnd gewerblichen Berufen noch eine große Zahl solcher existiren,

in denen die Arbeiterschaft bis jetzt noch nicht einmal mit den Prinzipien der Arbeiterbewegung vertraut, geschweige denn organisirt sind, z. B. der Handelsstand, das Kellnergewerbe, die im Verkehrsgewerbe u. s. w., die Organisirung derselben aber eine unbedingte Nothwendigkeit und an der Zeit sein muß,

beauftragt der Parteitag, die gewählten Vertrauensmänner, sowie die in den verschiedenen Bezirken existirenden Agitationskomitee's, ihre Thätigkeit nicht nur auf die engeren Parteiangelegenheiten zu beschränken, sondern auch hauptsächlich für die Organisation und Agitation der oben erwähnten Berufe, sofern sich innerhalb derselben keine agitatorischen Kräfte befinden, genügend Sorge zu tragen.

Der Antrag wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, nachdem Singer dargelegt hatte, wie die Konsequenz des Antrages die Verbindung der Partei mit der Gewerkschaftsbewegung bedeute, was nach heutigem Vereinsgesetz einfach heiße, für Partei und Gewerkschaften die Gefahr der Auflösung heraufzubeschwören.

Rüdt und 22 Genossen beantragen:

In Erwägung, daß die unserer Partei zur Verfügung stehenden Rednerkräfte lange nicht den vorhandenen Bedürfnissen genügen, wie dies von der Parteileitung selbst zugegeben und von den Genossen fast überall empfunden wird, stellen wir den Antrag:

Der Parteitag möge beschließen, daß in Berlin, unter der Leitung und Aufsicht des Parteivorstandes, auf Parteikosten eine Rednerschule zum Zwecke der Heranbildung von Agitatoren geschaffen und unterhalten werde. Die auszubildenden Agitatoren sollen, mit Rücksicht auf die Haupt-Dialekte, aus Nord-, Süd- und Mitteldeutschland herangezogen werden.

(Heiterkeit.)

Dr. Rüdt: Als ich meinen Antrag stellte, war ich mir wohl bewußt, daß derselbe auf Hindernisse stoßen würde, aber ich habe nicht vorausgesehen, daß wir, ohne gehört zu werden, namentlich ohne daß man unsere praktischen Vorschläge gehört hat, mit einem Gelächter würden empfangen werden. Das ist nicht sozialdemokratisch.

Nicht platonische Liebe für die Berliner hat mich bewogen, grade Berlin als Sitz der Rednerschule vorzuschlagen. Obgleich auch ich Berlin in mein Herz geschlossen, sind mir andere Städte sympathischer. Aber Berlin ist nicht nur Zentrum der Politik in Deutschland, sondern auch der Zentralpunkt der sozialdemokratischen Bewegung. Es ist auch zugleich in Berlin eine Anzahl von geistigen, materiellen und moralischen Kräften vorhanden, denen vielleicht die Leitung dieser Sache am Besten übertragen werden könnte. Diese Schule soll keineswegs eine Anstalt sein, in der gewissermaßen

Menschen, die nichts wissen, also Dummköpfen oder talentlosen Leuten, mittels des Nürnbergers Trichters hohe Weisheit eingetrichtert werden soll. Ich habe durchaus keinen großen Respekt vor der Gelehrsamkeit, weil ich auf Universitäten gelernt habe, was hinter der Gelehrsamkeit steckt und ich im Kampfe mit den Herren Professoren in Deutschland in der letzten Zeit erfahren habe, daß das alte, gute Sprichwort: je gelehrter, desto verkehrter, vollständig begründet ist. Ich habe diejenigen Genossen im Auge, welche auf dem Boden unserer sozialdemokratischen Weltanschauung sehr hoch stehen und auch ein gutes Quantum von Beredtsamkeit, aber keine Gelegenheit haben, sie an den Mann zu bringen, denen auch die Kourage fehlt, als Redner aufzutreten. Grade die intelligentesten Genossen scheuen sich vielfach, öffentlich aufzutreten, weil sie fürchten, eine gewisse Verantwortung zu übernehmen. In dieser Rednerschule könnten etwa 15 tüchtige Genossen ein Jahr ausgebildet werden. Ich denke mir ihr Studium so, daß sie täglich acht Stunden unsere Agitationsschriften durcharbeiten, nach diesen Schriften Vorträge ausarbeiten und ein- oder zweimal die Woche über die bearbeiteten Themata in den Berliner Versammlungen sprechen. Die Geldfrage ist nicht von entscheidendem Gewicht, denn Bebel hat uns gesagt, daß unsere Geldverhältnisse ausgezeichnet stehen und Singer hat vorhin bei der Frage des statistischen Bureaus ausgeführt, daß durchaus nicht die Höhe der Summe hindernd in den Weg treten kann, wenn es sich um die Interessen der Sozialdemokratie handelt. Ich glaube, daß die für diesen Zweck aufgewendeten Mittel sich reichlich und mit Zinsen lohnen würden, denn diese Agitatoren würden uns Tausende von neuen Genossen zuführen. Was die Dialekte betrifft, so möchte ich, daß bei der Ausbildung dieser Agitatoren auf die drei Hauptdialekte, auf Süd-, Mittel- und Norddeutschland Rücksicht genommen werde.

Ich habe im Auge, daß aus Nord-, Süd- und Mittel-Deutschland die betreffenden Agitatoren herangezogen und ausgebildet werden sollen. Uebrigens bin ich mir sehr wohl bewußt, daß die Sache einer etwas längeren Zeit, einer längeren Ueberlegung und Erwägung bedarf. Ich möchte deshalb bitten — meine Mitantragsteller sind wohl damit einverstanden —, daß Sie meinen Antrag dem Parteivorstande zur ernsten Erwägung überweisen. (Beifall.)

Inzwischen ist ein Antrag eingelaufen, über den Antrag Rüdt zur Tagesordnung überzugehen.

Peus: Ich bin prinzipiell gegen den Antrag. Es giebt natürliche Redner (Heiterkeit) und künstlich dressirte. Unsere Partei hat soviel naturwüchsige Redner, daß wir damit zufrieden sein können. Wir dürfen nicht allzu großes Gewicht auf die Form legen.

Der Parteitag geht über den Antrag Rüdt zur Tagesordnung über.

Alw. Kerrl-Bremen beantragt:

Der Parteitag beschließt:

In den ländlichen Bezirken Distrikts-Organisatoren oder Vertrauensleute zu ernennen, welche, wenn es die Umstände erheischen, in einer von der Parteileitung zu bestimmenden Höhe entschädigt werden. Die Ernannten haben die Verpflichtung, der Parteileitung mindestens allmonatlich einen Bericht über ihre Thätigkeit einzusenden.

Der Antragsteller führt aus, daß man der Landagitation möglichst Vorschub leisten müsse. Wenn man 40 derartige Distriktsagitatoren mit einem monatlichen Gehalt von 125 Mark anstellte, so würde das zunächst genügen; der Kostenbetrag sei im Verhältniß zu dem vorauszusehenden Nutzen kein hoher.

Eitzinger beantragt, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen. — Der Parteitag beschließt demgemäß.

Wesch-Krefeld stellt den Antrag:

Der Parteitag wolle beschließen: Aus der Parteikasse werden die Mittel vorgeschossen zur Anschaffung eines Zeltes, in welchem die Parteiversammlungen in den niederrheinischen Weberdörfern abgehalten werden können.

Gründe:

In der Umgegend von Krefeld liegen im Umkreise von fünf Stunden 12 bis 14 Dörfer und 2 Städte, in welchen wir keine Lokale haben können. In den Orten wohnt vorwiegend eine industrielle Bevölkerung, die, obgleich sie noch dem Zentrum anhängt, uns dennoch sympathisch gegenübersteht. Es würde durch die Abhaltung von Versammlungen in jener Gegend uns möglich sein, jene Hauptstützen des Zentrums von der Wichtigkeit des Sozialismus zu überzeugen. (Heiterkeit.)

Wesch: Trotz Ihrer Heiterkeit werden Sie mir zugeben, daß diese Frage eine sehr ernste ist. Unsere Bevölkerung ist so arm, daß sie nicht die Mittel zur Beschaffung eines derartigen Zeltes aufbringen kann. Allerdings sind mehrere Leute dort, die ein Grundstück besitzen. Auf diesen Grundstücken könnte man derartige Zelte aufschlagen. Wir haben seit dem Kulturkampfe keine Lokale mehr bekommen. Einmal gelang es uns zwar, ein Lokal zu bekommen, zu einer einzigen Versammlung, aber dann wurde es uns wieder abgetrieben. Das Großkapital ging mit den Pfaffen Hand in Hand. (Redner erzählt mehrere derartige Fälle, welche die Indignation der Versammlung hervorrufen.) Es bleibt uns also nichts übrig, als unter Zelten zu reden, denn das gesprochene Wort wirkt mehr als das gedruckte. Wir hoffen, daß der Parteitag dieser Frage näher tritt und eventuell an einem Orte am Niederrhein einen Versuch unternimmt, dann wird man ja sehen, ob die Sache praktisch durchführbar ist.

Singer: Bei diesem Antrage bewahrheitet sich das alte Wort: Vom Erhabenen bis zum Komischen ist nur ein Schritt. Ich habe die Ueberzeugung, daß dieser Antrag aus der gemeinen und niederträchtigen Handlungsweise unserer Gegner resultirt. In dieser Beziehung haben die Genossen das einzige Mittel, den Boykott, in der Hand, um gegen derartige Lokale mit Recht vorzugehen. Die Motive des Antrages billigt also Jeder von uns; aber der Antrag selbst ist undurchführbar. Wesch vergißt ganz und gar, wo er den Grund und Boden hernimmt, auf dem die Zelte aufgestellt werden sollen. Es könnte passiren, daß, wenn die Träger in das betreffende Dorf kämen, der Dorfbürgermeister ihnen einfach sagt, hier auf diesem Grund und Boden habt Ihr nichts zu suchen. Hier liegt die Gefahr des Komischen vor. Wir müssen uns hüten, uns dem Spotte der Gegner auszusetzen. Es könnte leicht vorkommen, daß die Zelte einfach in der Rumpelkammer lagern müssen, weil sie nicht aufgestellt werden können.

Trappe: Wenn man diese Forderung bewilligte, so würden andere Provinzen, namentlich Pommern, auch mit diesen Forderungen kommen.

Knieriem-München befürchtet, daß es bei der Niederträchtigkeit und Gemeinheit der Gegner garnicht darauf ankommen werde, die Bauern aufzuhetzen, die Zelte zu zerschlagen, wie man sie jetzt schon verhetze, auf die Sozialdemokraten mit Dreschflegeln und Sensen loszugehen.

Wesch: Wir haben bei uns eine Reihe kleinerer Webermeister, die ein Stückchen Land besitzen. Darauf könnte das Zelt errichtet werden. Wir werden am Niederrhein dieser Frage selbst nähertreten, und hoffen dann auf den Beistand der Partei.

Der Antrag wird abgelehnt.

Die beiden letzten Anträge zur Agitation lauten:

Die Genossen in Karlsruhe beantragen: Alle Wahlkreise, in denen die Lage der arbeitenden Bevölkerung eine zu schlechte ist, um die Wahl- und Agitationskosten selbst aufbringen zu können, sind materiell von der Partei zu unterstützen. Außerdem sollen vom Parteivorstand gewandte Redner der Reichstagsfraktion zu größeren Agitationstouren in das Land geschickt werden, und zwar mit besonderer Berücksichtigung von Süddeutschland.

Die Genossen in Bromberg:

a) Der Parteitag möge beschließen, den Genossen von Bromberg zur Erleichterung der schon ohnehin schweren Agitation jährlich eine materielle Unterstützung zu gewähren. Die Höhe derselben wird durch den Vorstand der Partei, sowie durch den eventuellen Wunsch der Genossen des Wahlkreises bestimmt.

b) Für eine unbestimmte Zeitdauer wird eine regelrechte

mündliche Agitation vorgenommen, und zwar durch einen Agitator, welcher womöglich der polnischen Sprache mächtig ist.

Frohme beantragt, beide Anträge dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Singer will sie dem Parteivorstande zur Erledigung überweisen.

Volderauer: Der vorige Parteitag hat ganz dieselben Anträge dem Parteivorstande überwiesen, ohne daß bis heute eine Spur davon bemerkt wäre, daß diese Anträge berücksichtigt worden wären. Ich bitte also, über diese Anträge in eine Diskussion einzutreten.

Singer: Ich muß es als geradezu unerhört bezeichnen, wenn ein Parteigenosse behauptet, daß der Parteivorstand nach dieser Richtung keine Spur der Thätigkeit entwickelt hat. Haben Sie denn nicht im Bericht des Parteivorstandes gelesen und von Auer gehört, wie im Laufe des vorigen Sommers eine ganze Anzahl von Reichstagsabgeordneten größere Agitationstouren gemacht haben? Uebrigens hat Ulrich in Baden agitirt. Volderauer kann also nicht einmal aus seiner Heimath einen Grund zur Klage hernehmen.

Beide Anträge werden dem Parteivorstand zur Erledigung überwiesen.

Von einer Nachtsitzung wird auf Vorschlag Singer's Abstand genommen.

Milenz wendet sich in einer persönlichen Erklärung mit scharfen Worten gegen einen Bericht der Mannheimer „Volksstimme", worin das Auftreten der Opposition in unangemessener Weise besprochen und in Bezug auf seine Ausführungen der Ausdruck „Quatsch" zc. gebraucht werde. Für ein Parteiorgan sei solche Sprache unwürdig.

Schluß $1^1/_4$ Uhr.

Nachmittagssitzung.

$3^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Kloß.

Begrüßungstelegramme sind noch eingelaufen aus Velbert, Freudenheim-Mannheim und Neuhaldensleben.

Die Berathung der selbständigen Anträge wird fortgesetzt. Von den Anträgen, welche sich auf die parlamentarische Thätigkeit beziehen, steht zunächst zur Verhandlung derjenige von Harm und Meist:

Der Parteitag wolle beschließen:

Um die an den verschiedenen Orten (Kamen, Eisleben und Spenge) vorgekommenen Gewaltthätigkeiten gegen Parteigenossen für die Zukunft zu verhindern, die Fraktion zu beauftragen, diese Angelegenheit in geeigneter Weise im Reichstage zur Sprache zu bringen.

Harm: Ich bin mir vollständig darüber klar, daß die Sache, auch ohne Verhandlung des Parteitages im Reichstage zur Sprache kommen wird; ich halte aber für nothwendig, daß auch der Parteitag sich mit diesen Vorkommnissen beschäftigt und durch sein Urtheil seinerseits bezeugt, daß die Partei nicht gewillt ist, sich in dieser Weise behandeln zu lassen. Durch den Umstand, daß die Staatsanwaltschaft gegen andere Parteien gelinder vorgeht als gegen die unsere und mit dem Rechtsschutz anderer Parteien schneller bei der Hand ist als mit der unseren, gewinnt es fast den Anschein, als ob unsere Leute zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradirt werden sollen.

Singer: Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben sich bereits seit längerer Zeit darüber verständigt, daß unter allen Umständen diese Angelegenheit im Reichstage zur Sprache gebracht wird. Wir sind beschäftigt, Material dafür zu sammeln, und der Parteitag kann überzeugt sein, daß, ganz wie Harm es vorausgesetzt hat, die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage diese Vorfälle gebührend brandmarken und annageln werden. Ich würde für richtig finden, wenn statt des Antrages Harm der Parteitag in einer Resolution seine Entrüstung und Mißbilligung über das gemeine Treiben jener Parteien, die da glauben, die Sozialdemokratie mit dem Dreschflegel todtschlagen zu können, ausspricht. (Beifall.) Diese Resolution wird eine wirksame Unterstützung der Thätigkeit der Abgeordneten in diesem Punkte sein, und damit auch gleichzeitig ausgesprochen, in welcher Weise die Gesammtpartei diese Vorgänge auffaßt.

Nachdem Redner unter großem Beifall die dem Antrage zu Grunde liegenden Vorkommnisse auf's schärfste gegeißelt, zieht Harm seinen Antrag zurück. — Ueber die noch nicht formulirte Resolution wird später abgestimmt werden.

Ein von Emmel eingebrachter Antrag, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten dahin wirken sollten, daß alle in staatlichen Betrieben beschäftigten Hilfsbeamten und Arbeiter nach einer kurzen Probezeit unter das Beamtengesetz fallen, wird nicht genügend unterstützt und kommt nicht zur Verhandlung.

Die elsaß-lothringischen Delegirten beantragen:

> Der Parteitag beauftragt die Fraktion, im Reichstage die Abschaffung des in Elsaß-Lothringen existirenden Diktatur-Paragraphen und der Preß-, Vereins- und Versammlungs-Gesetze zu beantragen.

Neweczerzal-Mülhausen: Es ist schon in Halle ein ähnlicher Antrag gestellt, jedoch mit Recht abgelehnt worden, denn er lautete damals blos auf Abschaffung aller französischen Gesetze. Hier handelt es sich vor allem um den Diktaturparagraphen. Dieser stammt vom 30. Dezember 1871 her und giebt dem Statthalter außerordentliche Gewalten, im Falle der „Gefahr für die öffent-

liche Sicherheit alle Maßregeln ungesäumt zu treffen, welche er zur Abwendung der Gefahr für erforderlich erachtet." Von diesem Gesetz hat man in ausgedehntem Umfange Gebrauch gemacht, man braucht blos eine Gefahr zu sehen, auch wenn sie gar nicht vorhanden ist, und hat dann die Gewalt, alles Mögliche zu thun. Der Arbeiterverein in Bühl wurde ohne jede Motivirung kurzer Hand aufgelöst, die Beschwerde blieb selbstverständlich erfolglos. Zeitungen, welche dem Statthalter nicht passen, werden einfach durch Verbot aus dem Wege geräumt; da steht Elsaß-Lothringen schlechter als Deutschland unter dem Sozialistengesetz. Aber auch ganz ohne diese Diktatur genügen die anderen Gesetze vollständig, um jede Bewegung der Arbeiterschaft zu unterdrücken. Früher wurden alle diese Gesetzesparagraphen garnicht angewandt; seitdem aber die Arbeiterbewegung etwas zur Geltung gekommen ist, geschieht dies, um sie wieder todt zu machen. So haben wir ein Preßgesetz von 1848; danach darf über Preßprozesse überhaupt nicht berichtet werden. Auch die anderen hierher gehörigen Gesetze tragen den Stempel der Klassenherrschaft an der Stirn. Zur Gründung einer Zeitung, die dreimal wöchentlich erscheint, bedarf es einer Kaution von 10 000, für eine sechsmal erscheinende 20 000 Mark. Da ist ferner das Kolportagegesetz vom 27. Juli 1849, also aus einer Zeit, da die Reaktion wieder die Oberhand gewonnen hatte. Zur Verbreitung von „écrits", d. h. Büchern, Schriftstücken, Gravüren und lithographischen Sachen, bedarf es danach ausdrücklicher Genehmigung des Ministeriums, zu den écrits gehören aber auch die Zeitungen. Unseren Genossen wird nun diese Erlaubniß ohne Motivirung von vornherein auf Grund des Diktaturparagraphen versagt. Wenn man also z. B. für unsere Zeitung, eine gesetzlich erlaubte Zeitung, für die 10 000 Mark Kaution erlegt sind, für welche die Postanstalten Abonnements annehmen, auf den Dörfern Abonnenten sammeln will, wird man ohne diese Erlaubniß mit 4 Tagen Gefängniß bestraft. Unserem Geschäftsführer und einer Reihe anderer Genossen ist das passirt. — Weiter existirt ein Gesetz betreffend die Errichtung von Druckereien und den Betrieb derselben. Darnach muß — so lächerlich es klingt — ein Buchdruckereibesitzer, wenn er die Konzession zur Ausübung seines gelernten Gewerbes erlangen will, erstens nach dem Dekret vom 5. Februar **1810** gerichtlich vereidigt werden, ferner von 4 Druckereibesitzern des Ortes, also Konkurrenten, die Bescheinigung beibringen, daß er sich auf Grund seiner Fähigkeiten etabliren darf; außerdem muß er wenigstens 2 Pressen besitzen und über seine Verfassungstreue sich ausweisen können. (Heiterkeit.) Wenn das nun aber auch Alles überwunden ist, so kann ihm doch die Ausübung des Gewerbes immer noch ohne Angabe des Grundes verweigert werden. Man will auf diese Weise die

Zeitungen untergraben, und da man sich nicht immer auf den Diktaturparagraphen stützen mag, weil das böses Blut machen würde, so zieht man sich hinter diese Bestimmungen zurück. Man kann allerdings auch ohne Genehmigung eine Zeitung drucken, dann aber muß man der Eigenthümer der Zeitung sein und darf gar keinerlei andere Druckarbeiten ausführen. Unser Drucker hat beispielsweise die Konzession im April nachgesucht, nach 4 Monaten endlich erfolgte die Ablehnung, und zwar ohne jede Motivirung.

Ferner besteht bei uns ein Vereinsgesetz, dessen Abschaffung wir beantragt wissen wollen. Wenn man dort einen Verein gründen will, muß man vor allen Dingen viermal die Statuten einreichen, dreimal auf gewöhnlichem, einmal auf Stempelpapier; je nach dem Umfang kostet dies 40, 80 oder 120 Pfennige. Von den Statuten kommt je ein Exemplar nach Mülhausen, Colmar, Straßburg und Berlin. Dann muß die Eingabe mit mindestens 7 Unterschriften versehen sein; die Regierung aber hat auch hier das Recht, ohne jede Motivirung nein zu sagen. Im vorigen Jahre, am 27. Dezember, wurde die Gründung eines Freidenkervereins beschlossen; fast sämmtliche Vorstandsmitglieder bekamen Vorladungen vor die Polizei; nach 5 Monaten erfolgte die Ablehnung der Genehmigung, auf den ergriffenen Rekurs ist bis heute kein Bescheid ergangen. (Rufe des Unwillens.) Die Pfaffen haben katholische Arbeitervereine zum ausschließlichen Zwecke der Bekämpfung der Sozialdemokratie begründet. Die haben noch keine 8 Tage warten brauchen. (Heiterkeit.) Den Arbeiterwahlverein in Mülhausen, der gegründet worden ist als die Sozialdemokratie im Elsaß noch nicht ihre heutige Bedeutung hatte, sucht die Polizei jetzt mit allen Mitteln zur Auflösung zu bringen; alle Eingaben müssen auf Stempelbogen geschrieben sein; eine Eingabe, die Herabsetzung des Monatsbeitrages von 30 auf 20 Pfennige zu genehmigen, ist endlich nach 5 Monaten — abschlägig beschieden worden. (Heiterkeit.)

Gleichen Charakter hat das elsaß-lothringische Versammlungsgesetz. Zur Anmeldung von Versammlungen gehört gleichfalls ein Stempelbogen mit sieben Unterschriften, zwischen dem Tage der Eingabe und der Versammlung müssen mindestens drei Tage liegen. Wenn man in einem Dorfe eine Versammlung einberufen will, wo da so schnell die sieben Bauern finden, die sich bewegen lassen, ihre Unterschrift auf einen Stempelbogen zu setzen. Wenn aber auch dies Alles beschafft ist, wenn man selbst einen Wirth und ein Versammlungslokal gefunden hat, steht der Polizei immer noch das Recht der Nichtgenehmigung zu; auch das haben wir schon hundertfach erlebt. Die Präfekten, jetzt Kreisdirektoren, können jede Versammlung vertagen, welche die Ordnung zu stören oder

die Sicherheit zu gefährden scheint; dennoch wurde in Gebweiler die Versammlung widerrechtlich von vornherein verboten, und die Beschwerde war fruchtlos. Findet die Versammlung wirklich statt, so wird sie unter Umständen einfach aufgelöst. Dreesbach hielt bei uns drei Versammlungen ab; als er in einer derselben über das Thema „Was die Sozialdemokraten wollen" referirte und auf das Parteiprogramm zu sprechen kam, sagte der Kreisdirektor: „Von Politik darf hier nicht gesprochen werden" (große Heiterkeit), und es wurde aufgelöst.

Diese Verhältnisse würden Rußland alle Ehre machen. Lassen Sie es unserem Antrage nicht an Unterstützung fehlen, daß solche Mißstände im Reichstage erörtert werden können. Der Reichstag hat ja kaum eine Ahnung von diesen Verhältnissen und es ist dafür, daß sie ihm bekannt werden, fast noch nichts gethan worden, obwohl wir einen sozialistischen elsaß-lothringischen Abgeordneten im Reichstage haben. Deshalb haben mich meine Wähler beauftragt, diese Dinge hier vorzubringen. (Beifall.)

Hoffmann-Zeitz und Stamm-Cannstatt befürworten den Antrag; Singer weist nach, wie die Fraktion schon 1884 einen Antrag auf Aufhebung sämmtlicher Ausnahmegesetze, also auch der für Elsaß-Lothringen, im Reichstage eingebracht habe; Jahr für Jahr, gelegentlich der Etatsdebatte, gebe sich Anlaß, über diese Angelegenheit zu sprechen, und fast keine Session vergehe, ohne daß die elsässisch-lothringischen Ausnahmeverhältnisse im Reichstag zur Sprache gebracht werden. Die Vorwürfe des Antragstellers gegen die Fraktion seien also unzutreffend; auch gegen Hickel könne kein Vorwurf erhoben werden; die Frage sei wiederholt berathen worden, aber eine Reihe besonderer Umstände haben die Einbringung eines besonderen Antrages bisher verhindert. Nachdem Redner noch des Näheren auf die elsässischen Zustände und die Verwaltung der Reichslande eingegangen, wird der Antrag nach kurzem Schlußwort Neweczerzal's angenommen.

Hiernach wird die inzwischen von Geyer, Frohme und Singer formulirte Resolution zum Antrage Harm und Meist:

> „Der Parteitag spricht seine Entrüstung aus über das vergewaltigende, brutale Vorgehen gegnerischer Elemente gegen unsere Parteigenossen, wie sich dasselbe in Spenge, Eisleben, Kamen u. s. w. gezeigt hat.
>
> Ferner erklärt der Parteitag das Verhalten der gegnerischen Presse in dieser Angelegenheit als ein unerhört frivoles und tendenziöses, darauf berechnet, die indifferente Masse gegen unsere Partei aufzuhetzen und zu Gewaltthätigkeiten zu provoziren."

zur Debatte gestellt und ohne Diskussion einstimmig genehmigt.

Der II. Pfälzische Parteitag beantragt:

Der Parteitag wolle unsere Fraktion beauftragen, im Reichstage die Verstaatlichung des Getreidehandels zu beantragen.

Ehrhardt-Ludwigshafen: Nach den eingehenden und nach jeder Hinsicht klärenden Debatten über unsere Taktik und der Stimmung des Parteitages ist es für mich sehr schwer, für unseren Antrag eine Lanze zu brechen, trotzdem will ich es versuchen. Angeregt wurden wir zu unserem Antrage durch die verschiedentlichen Verstaatlichungen, wie sie zum Theil auch von unserer Fraktion erstrebt wurden, wie beispielsweise die Verstaatlichung der Aerzte und Apotheken; dieser Antrag ist nur etwas in andere Worte gekleidet. Soll er für die arme Volksklasse von Erfolg sein, so kann er nur dann seinen Zwecken entsprechen, wenn die Verstaatlichung radikal durchgeführt wird. Es dürften auch sehr wenige unter uns sein, die an Stelle der heutigen Post und Telegraphie 2c. in Staatsbetrieb dieselbe in privatkapitalistische Hände wünschten. Auch unser Streben hinsichtlich der Arbeiterversicherung ist nach meinem Dafürhalten ein Stück Verstaatlichung. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß jede Konzentration der Arbeitsmittel uns unseren Zielen näher führt. Oft schon wurde dargethan, daß sich die politische Macht ungemein leichter erobern lasse, als gesellschaftliche Einrichtungen umzugestalten; wenn der Staat also als Expropriateur auftritt, so arbeitet auch er in einem gewissen Sinne mit an den Vorbedingungen für eine andere Gesellschaftsordnung. - Die Befürchtung, daß wir mit diesem unserem Antrage den Konservativen begegnen, läßt mich vollkommen kalt. War es doch schon öfter da, daß wir der einen oder anderen politischen Partei in irgend einer Frage begegneten. Wir glaubten also, es ließe sich sehr wohl ein derartiger Antrag mit unserer Taktik decken. Was die Frage selbst anlangt, so gestehe ich offen, daß sie im Wesentlichsten ein Agitationsmittel sein soll, wie die gesammten Forderungen des zweiten Theiles unseres Programms ja es auch sind. In Halle haben wir ausgerufen, daß sich für die Folge unsere Agitation auf das Land erstrecken muß. Dementsprechend erschienen auch eine Reihe von literarischen Produkten, welche die Lage des Bauernstandes besprechen, allein es muß zugestanden werden, daß sie insgesammt in ihren Ausführungen den Großgrundbesitz des Nordens im Auge haben und deshalb für unsere südwestdeutschen, parzellenbäuerlichen Verhältnisse nicht anwendbar sind. Unser Bauer macht uns den Vorwurf: „Ihr sorgt wohl in eurem Programm für den industriellen Arbeiter, für den kleinen Bauern aber tragt ihr viel zu wenig Rücksicht.“ Aehnlich verhält es sich auch mit den Zöllen; der kleine Bauer lebt sich in den Gedanken hinein, daß die Zölle doch einen Nutzen für ihn haben, und wir müssen gestehen, daß es uns sehr

schwer fällt, ihn von dieser Meinung abzubringen. Im Uebrigen möchte ich Sie in Anbetracht der unserem Antrage feindlichen Stimmung bitten, die Frage wenigstens in Erwägung zu ziehen, es dürfte alsdann Sache unserer Theoretiker sein, derselben etwas näher zu treten, und wir würden uns freuen, zu einem guten Agitationsmittel angeregt zu haben.

Gegen den Antrag wendet sich Frohme. Daß die Schweizer Genossen den gleichen Gedanken propagiren, sei für uns nicht maßgebend; dort sind die Verhältnisse für diese Frage und für unsere Partei ganz anders geartet. Der Antrag sei eigentlich ein Programmantrag und durch die Stellung zum Staatssozialismus schon erledigt. Die Verstaatlichung des Getreidehandels führe nothwendig zur Verstaatlichung des Grund und Bodens. Er bittet, den Antrag kurzer Hand abzulehnen.

Emmel-Frankfurt und Klüß-Elmshorn vertreten den gleichen Standpunkt. Letzterer beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Röhrle-Heilbronn tritt für den Antrag ein; daß die Konservativen ebenfalls diese Verstaatlichung erstreben, sei gleichgiltig; man brauche dem Volke nur die Zwecke klarzulegen, welche die Konservativen dabei verfolgen.

Ueber den Antrag des zweiten pfälzischen Parteitages wird zur Tagesordnung übergegangen.

Durch Uebergang zur Tagesordnung werden ferner erledigt: der Antrag des Klub „Südost“ in Berlin in Bezug auf die Sprache des Programms, Einführung des gebundenen Mandats 2c., dann der Antrag Drewes-Ottensen auf Errichtung von Asylen für Obdachlose; der Antrag der Rendsburger Genossen auf staatliche Unterstützung der Arbeitslosen wird von der Tagesordnung abgesetzt, weil ein fast gleichlautender Antrag zum Programmentwurf vorliegt.

Fleischmann beantragt:

Der Parteitag wolle beschließen:

Die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage zu beauftragen, dahin zu wirken, daß Bücher und alles, was unter dem Sozialistengesetz von der Polizei beschlagnahmt worden, wieder freigegeben wird.

Fleischmann: Dieser Antrag wurde schon voriges Jahr in Halle gestellt; ich habe nicht erfahren, inwieweit die Fraktion oder der Parteivorstand Ermittelungen über den Gegenstand angestellt hat. Jöst hat mir mitgetheilt, daß man speziell im Hessen-Darmstädtischen die Sachen nicht mehr freigiebt. Mir hat man die seiner Zeit konfiszirten Sachen nicht zurückgegeben. Ich möchte, daß die Fraktion sich der Angelegenheit etwas annimmt.

Stadthagen: Ich bitte den Antrag zurückzuziehen, da er

bereits erledigt ist. Die Aufhebung des Gesetzes hat keine rückwirkende Kraft.

Kaden: Es sind das nicht Reichs-, sondern Landessachen. Ich bin durch alle Instanzen gegangen, ohne die Bücher rc. wieder zu erhalten.

Jöst bestätigt diese Auffassung. Mir hat man 130 Sachen an einem Tage fortgenommen, die Sachen sind futsch, ich kriege sie nicht mehr. In einem Falle sind auch die eingebundenen Werke Schiller's, trotz Anrufens der höchsten Instanz, nicht herausgegeben worden!

Der Antrag wird abgelehnt.

Es liegen noch einige Anträge allgemeinen Charakters aus der Mitte des Parteitages vor.

Hoffmann und Genossen beantragen:

Der Parteitag wolle beschließen:

Abgeordnete, welche ohne Mandat auf dem Parteitag anwesend sind, erhalten aus der Parteikasse Diäten.

Namens der Antragsteller empfiehlt Albrecht den Antrag. Der Vorstand glaube den § 9 Absatz 2 des Status nicht in dem Sinne interpretiren zu sollen, daß auch die Theilnehmer ohne Mandat Diäten aus der Parteikasse zu beziehen hätten. Der Parteitag möge sich über die Frage schlüssig machen.

Emmel: Ich bin entschieden gegen den Antrag. Daß die Abgeordneten unter allen Umständen auf dem Parteitag anwesend sein müssen, sehe ich garnicht ein. Dadurch, daß diese bevorzugt werden, entstehen blos die kleinen Götter und die Halbgötter! (Heiterkeit und Beifall.)

Sitzinger-Nürnberg ist für den Antrag, ebenso Kühn-Gera und Hoffmann-Zeitz.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Börner beantragt, auch den Vorstandsmitgliedern und Kontrolleuren ohne Mandat Diäten zu gewähren.

Der Antrag wird genügend unterstützt und der Antrag Hoffmann mit dieser Erweiterung angenommen.

Ehrhardt, Dreesbach, Häusler und Kalnbach beantragen:

Der Parteitag drückt den Wunsch aus, daß die Parteileitung für die Folge die Einberufung des Parteitages wie seither auf den Sonntag verlegen möge und zwar mit Rücksicht darauf, daß durch eine Tagung, wie die diesjährige, für eine große Anzahl der Delegirten zwei Arbeitswochen verloren gehen, wodurch entweder sie selbst oder ihre Auftraggeber empfindlich belastet werden.

Dreesbach: Mit Rücksicht auf die sächsischen Wahlen ist diesmal der ursprüngliche Einberufungstermin verändert und auf

einen Tag mitten in der Woche verlegt worden. So gewiß wir diese Verlegung billigen, so unangenehm ist doch für uns alle eine derartige Tagung.

Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Wilh. Schmidt-Frankfurt und Emmel beantragen folgende Resolution:

> In Erwägung, daß es die Würde und das Interesse der Partei gebieten, dem Personenkultus entgegenzutreten, erklärt es der Parteitag für nothwendig, die Verbreitung von Bildnissen lebender Parteigenossen in jeder Form dadurch einzuschränken, daß in Zukunft Gegenstände mit solchen Abbildungen durch Parteigenossen nicht mehr hergestellt oder in Vertrieb genommen werden; an deren Stelle sollen allegorische (sinnbildliche) Darstellungen, welche auf die Bestrebungen des Proletariats Bezug haben, oder höchstens die Bildnisse verstorbener Vorkämpfer des Proletariats treten.

Emmel: Es wird Allen ganz besonders in der letzten Zeit aufgefallen sein, daß überall, bei jeder Gelegenheit Cigarrenspitzen, Spazierstöcke, Bilder, Quittungsmarken u. s. w. mit den Köpfen oder Medaillonportraits lebender Abgeordneter angetroffen werden. Der Parteitag muß unzweideutig erklären, daß er solche Gebräuche nicht billigt.

Könen-Hamburg III.: In Stettin habe ich es erlebt, daß sogar Bilder von Reichstagskandidaten auf Streichhölzerschachteln geklebt wurden. Wohin soll das führen? Schon 1876/77 haben wir in Hamburg auf Parteiversammlungen dem Verkauf von Bildern verstorbener Männer, die für die Freiheit gelitten hatten, entgegengearbeitet. Bei Verstorbenen könnte man sich das ja aber schließlich noch gefallen lassen. Die bloße Annahme der Resolution hat aber auch nur problematischen Werth. Es wird Sache der Parteigenossen sein, solche Dinge nicht mehr zu kaufen.

Grothe-Halle: Sollen wir denn nicht alle die Mittel und Wege, welche die Gegner für ihre Propaganda anwenden, ganz ebenso benutzen? (Widerspruch.) Sehen Sie sich doch um in den Hütten der Arbeiter, wo diese Bilder nicht hängen, wo Sie unsere Ideen nicht vertreten finden: Sie werden den Kopf schütteln und bedauern, daß solche Bilder nicht vorhanden sind, sondern Bilder der entgegengesetzten Richtung. Ich beantrage Uebergang zur Tagesordnung.

Bebel: Der Tendenz des hier gestellten Antrages stimme ich vollständig bei, ich gebe allen Beschwerden Recht über den Unfug, der nach den verschiedensten Richtungen hin mit Abbildungen von lebenden Parteigenossen in allen Formen getrieben wird, und ich persönlich möchte sogar in vielen Fällen aus ästhetischen Gründen wünschen, daß von mir und Anderen nichts dergleichen fabrizirt

wird. Es ist gradezu grauenhaft, was da oft geleistet wird. Aber wie der Antrag vorliegt, geht er zu weit. Nicht nur ich, sondern auch eine ganze Anzahl meiner Freunde haben in allen Fällen, wo an uns persönlich eine Anfrage gestellt wurde, ob man Abbildungen irgend welcher Art von uns vornehmen dürfe, regelmäßig abgelehnt: wir wollen nicht auf Medaillen, nicht in Gipsabgüssen, nicht bei der Beklebung der Hüte figuriren. Ich habe seiner Zeit im Gefängniß gesessen, als bestimmte Hutformen mit den Namen von Abgeordneten in den Verkehr gebracht wurden, ich habe aus dem Gefängniß einen energischen Brief an den Mann geschrieben, der meinen Namen mißbrauchte; man hat dann wenigstens den Namen weggelassen, aber sich nicht genirt, die Bilder nach wie vor mit hineinzukleben. Die Parteigenossen hätten Mannes genug sein können, diesem Unfug entgegenzuwirken. Es ist damit keineswegs gesagt, daß man den Parteigenossen die Fabrikation verbietet, man muß weiter gehen und verhindern, daß die Fabrikate verkauft werden. Andererseits können Sie nicht soweit gehen, alle und jede Abbildung eines lebenden Parteigenossen zu verweigern und zu verbieten. Ist es nicht für Euch alle von großem Interesse gewesen, das Bild unseres Friedrich Engels kennen zu lernen? (Zustimmung.) Warum machen denn unsere illustrirten Blätter so riesige Geschäfte? Weil sie jeden Mann, der im öffentlichen Leben bedeutend ist oder Aufsehen erregt, sofort abbilden. Hat nicht Jeder unter uns das Bedürfniß, das Bild eines Lafargue oder Jules Guesde einmal zu sehen? Gerade die Nummern des „Der wahre Jakob", die diese Bilder brachten, sind am meisten gekauft worden. Das zu verbieten ist einfach Unsinn. Wo ein Unfug eintritt, muß ihm gesteuert werden, und zwar durch die Genossen von Fall zu Fall. Aber man schütte nicht das Kind mit dem Bade aus.

Der Antrag wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Von Kunert ist ein durch zahlreiche Unterschriften unterstützter Antrag eingegangen, den bekannten Beschluß des St. Gallener Parteitages, soweit er auf Bruno Geiser sich beziehe, außer Kraft zu setzen, weil in dessen seitherigem Verhalten kein Grund zur ferneren Aufrechterhaltung des Beschlusses liege. Nach längerer Debatte wird derselbe mit großer Majorität abgelehnt.

Von Niederauer und Gumpel ist die Anfrage eingegangen, ob die Streitfrage zwischen Frohme und Keßler erledigt sei. Der Parteitag lehnt es ab, daß diese Frage hier zur Beantwortung gelangt.

Schluß 6 Uhr 22 Minuten.

Siebenter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 21. Oktober.

Schlußsitzung.

8¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Tutzauer-Berlin erklärt schriftlich, sich der von den anderen Abgeordneten in Hinsicht auf die Wildberger'schen Aeußerungen abgegebenen Erklärung anzuschließen.

Eine Versammlung in Adlershof, aus dem Wahlkreise, in dem Werner kandidirt hat, protestirt energisch dagegen, auf dem Boden der bekannten Flugblätter zu stehen. (Beifall.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst der **Bericht der Neuner-Kommission.**

Im Namen derselben referirt:

Müller-Darmstadt: Die Kommission nahm bei ihrem Zusammentritt Kenntniß von nachstehender Erklärung:

Erklärung.

Die unterzeichneten Mitglieder der Opposition, bisher zur Mitarbeit an den Aufgaben des Parteitages durch den Auftrag ihrer Wähler verpflichtet, erklären nunmehr — wegen der den demokratischen Grundsätzen direkt zuwiderlaufenden und geradezu empörenden Bekämpfung von Differenzen seitens der Vorstandsmitglieder Auer, Bebel und Fischer — auf die Zugehörigkeit zu dieser sozialdemokratischen Partei zu verzichten.

Erfurt, den 19. Oktober 1891.

Albert Auerbach, Magdeburg.
Max Baetge, Magdeburg.
Adolph Schultze, Magdeburg.
Wilhelm Werner, Buchdrucker, Berlin.
Karl Wildberger, Berlin.

Diese Erklärung gab der Kommission Veranlassung, zunächst über die Frage zu entscheiden, ob trotz derselben in eine Untersuchung der von einem Theil der Unterzeichner erhobenen Verdächtigungen, Beschuldigungen und Anklagen gegen die Parteileitung, die Reichstagsfraktion und die Parteitaktik, wie solche in mehreren Reden und in dem bekannten Flugblatte der Berliner Opposition ihren Ausdruck fanden, einzutreten sei. — Diese Frage wurde einstimmig **bejaht.**

Unter Zugrundelegung der Beschuldigungen beantwortet die Kommission die nachstehenden Fragen wie folgt:

Frage 1. Sind Beweise für die Anschuldigung erbracht, daß der Parteivorstand und die Fraktion die Partei systematisch korrumpirt und zur Versumpfung gebracht habe?

Einstimmig: **Nein!**

Frage 2. Sind Beweise dafür erbracht, daß der Parteivorstand Parteigelder nach Gunst an Schmarotzer und Schweifwedler gegeben habe?

Einstimmig: Nein!

Frage 3. Sind Beweise dafür erbracht, daß die Parteileitung die wichtigsten Partei-Interessen vernachlässigt hat?

Einstimmig: Nein!

* * *

Gegenüber den speziellen Beschuldigungen in dem angezogenen Flugblatte der Opposition stellt die Kommission nach gründlicher Untersuchung fest:

1. Es ist nicht wahr, daß der revolutionäre Geist seitens einzelner Führer systematisch ertödtet wird.
2. Es ist nicht wahr, daß in der Partei eine Diktatur geübt wird.
3. Es ist nicht wahr, daß die ganze Bewegung verflacht und die Sozialdemokratie zur puren Reformpartei kleinbürgerlicher Richtung herabgesunken ist.
4. Es ist nicht wahr, daß die Revolution von der Tribüne des Reichstags feierlich abgeschworen wurde.
5. Es geschah bis heute nichts, um den Vorwurf zu rechtfertigen, daß versucht worden wäre, den Ausgleich zwischen Proletarier und Bourgeois herbeizuführen.

Alle weiteren Anschuldigungen in dem Flugblatte der Opposition, speziell die unter Ziffer 6—14 Seite 24 der vom Parteivorstande herausgegebenen Broschüre „Die Anschuldigungen der Berliner Opposition" erachtet die Kommision durch die Beschlüsse des Parteitages gelegentlich der Berathung über Punkt 2a und b der Tagesordnung für widerlegt.

Herr Wildberger hat früher und hier auf dem Parteitage erklärt, daß er auf dem Boden des Flugblattes stehe und die darin enthaltenen Anschuldigungen aufrecht erhalte; Beweise für dieselben hat er jedoch nach keiner Richtung hin zu erbringen vermocht, trotz erfolgter Aufforderung aber sich geweigert, die verleumderischen Lügen und Anschuldigungen zu widerrufen. Soweit Wildberger für seine Beschuldigungen gegen die Fraktion sich auf angebliche Mittheilungen einzelner Abgeordneter berufen hat, hat die Kommission festgestellt, daß er private Mittheilungen tendenziös entstellt und zum Zwecke verleumderischer Verdächtigungen der Fraktion vermischt mit von ihm erfundenen Lügen in die Oeffentlichkeit brachte.

Herr Werner, über den bereits der Parteitag in Halle auf Grund der dort gegen ihn vorgebrachten Thatsachen zu dem Resultate kam, daß „der äußere Anschein nothwendig zur Annahme führe, daß Werner nicht würdig sei, unserer Partei als Genosse anzugehören" und dessen Ausschließung aus der Partei nur unterblieb, weil die dafür eingesetzte Kommission annahm, „daß Werner weder

das Taktgefühl, noch die Fähigkeit besitze, die Tragweite seiner Handlungsweise in Bezug auf die Wahrung der Interessen der Partei abzuwägen", hat durch neue Handlungen bewiesen, daß er der damals gegen ihn geübten Rücksichtnahme unwürdig sei. Für dieses Urtheil zeugt, von allem Andern abgesehen, die Thatsache, daß Werner trotz seiner in Halle gemachten Zusage: „sich den Beschlüssen des Parteitages zu fügen und die Streitaxt zu begraben" — sein die Partei im höchsten Grade schädigendes Treiben fortsetzte. Zwar hat sich Werner formell nie zum Inhalt des Flugblattes bekannt, durch sein ganzes Auftreten aber in den verschiedenen Versammlungen, sowie auf dem Parteitage bewiesen, daß er die in dem Flugblatte erhobenen Anschuldigungen theilt, nur nicht den Muth hatte, für dieselben mit seiner Person einzutreten. Die Kommission hat die Ueberzeugung gewonnen, daß Werner's Taktik dahin geht, seine Anschuldigungen stets in hypothetische Form zu kleiden, wodurch er seine verleumderischen Zwecke zu erreichen hofft, ohne dafür persönlich haftbar zu sein. Getreu dieser seiner Taktik hat Werner dem Parteitag das Schauspiel geboten, daß, obwohl er die Vertretung der Sache seiner Gesinnungsgenossen von der Opposition übernommen hatte, im entscheidenden Moment die Solidarität mit seinen Genossen verleugnete und seine Person vor den Folgen der gemeinsamen Handlungen zu salviren suchte.

Der Aufforderung, zu beweisen oder zu widerrufen, ist Werner weder nach der einen, noch anderen Richtung nachgekommen.

Aus vorstehend entwickelten Gründen schlägt deshalb die Kommission vor:

Der Parteitag wolle beschließen:

Wilhelm Werner und
Karl Wildberger

sind nicht mehr als Parteigenossen anzuerkennen.

* * *

Nach den in der Broschüre des Parteivorstandes enthaltenen Angaben auf Seite 30, die durch Zeugen bestätigt und von keiner Seite Widerspruch fanden, haben

Redakteur Richard Baginski und der
Hausdiener Lamprecht

in einer Versammlung des Wahlvereins des 5. Berliner Reichstags-Wahlkreises die Erklärung abgegeben, daß sie voll und ganz auf dem Boden des Flugblattes der Opposition stehen und daß sie nur das Eine an demselben auszusetzen haben, daß die Sprache noch lange nicht scharf und rücksichtslos genug sei.

Im Verfolg der Beschlüsse in Sachen gegen Wildberger beantragt die Kommission:

Der Parteitag möge beschließen: an Redakteur Richard Baginski und Hausdiener Lamprecht ist die Aufforderung zu richten, ihre vorerwähnte Erklärung zurückzunehmen, andernfalls sie nicht mehr als Parteigenossen zu betrachten seien.

*

Die Kommission hat, wie Eingangs bereits erwähnt, von der Austrittserklärung, welche auch die Unterschriften der Magdeburger Delegirten Auerbach, Baetge und Schultze trägt, Kenntniß genommen.

Gegen Auerbach sind im Laufe der Verhandlungen des Parteitages zwar Thatsachen vorgebracht worden, welche allerdings geeignet sind, auf denselben den Schein zu werfen, daß er in nicht zu billigender Weise seine Parteistellung zur Förderung seiner Privatinteressen zu benutzen suchte.

Die Richtigkeit dieser Angaben vorausgesetzt, kommt die Kommission zu dem Ergebniß, daß Auerbach keineswegs die geeignete Person ist, sich zum Retter der Parteiehre aufzuwerfen. Aber Auerbach sowohl als Baetge und Schultze haben ausdrücklich erklärt: Daß sie nicht auf dem Boden des Flugblattes der Opposition stehen, dieselben haben vielmehr die dort erhobenen Anschuldigungen als unberechtigt und unzutreffend zurückgewiesen.

Die Kommission hat deshalb keinen Anlaß, sich mit den Magdeburger Delegirten im Weiteren zu beschäftigen.

Wenn sich dieselben mit Wildberger und Werner solidarisch erklären, so steht es Jedem frei, die ihm am meisten zusagende Gesellschaft zu wählen; die Kommission glaubt jedoch aussprechen zu müssen, daß die in der Erklärung niedergelegten Gründe keineswegs den Austritt rechtfertigen.

Erfurt, den 21. Oktober.

Die Neuner-Kommission.

Ueber den anonymen Lübecker Brief an die Kontrollkommission beantragt die Kommission zur Tagesordnung überzugehen.

In der Diskussion über den Bericht bemerkt zunächst Scholz-Berlin: Wir haben nunmehr gehört, was mit den ehemaligen Genossen Wildberger, Werner, Baginski und Lambrecht geschehen soll, aber nicht, was wir mit Denen machen sollen, welche gleich Jenen in Berlin mit ungeschwächter Kraft ihre Maulwurfsarbeit fortsetzen. Die Berliner Delegirten hatten dem Parteitag eine Resolution überwiesen, nach welcher gegen alle diese Elemente vorgegangen werden kann. Wir müssen darauf bestehen, daß diese Resolution zur Verhandlung kommt.

Vorsitzender: Nach den Beschlüssen, die der Parteitag faßt, muß es nach meiner Ueberzeugung Sache der Berliner Genossen sein, diese Dinge in ihren Kreisen zu regeln. (Sehr richtig!) Auf

Grund unserer Organisation haben die Berliner Genossen die Mittel dazu in der Hand.

Die von **Wernau-Potsdam** und den Berliner Delegirten **Wengels, Tempel, Pëus** und **Scholz** gestellte Resolution lautet:

> Der Parteitag erklärt: Die von Seiten der sogenannten Berliner Opposition in die Welt gesetzten Schmähungen, Verleumdungen und Verdächtigungen gegenüber der Parteileitung und Fraktion sind nach Anhören dieser Richtung in solch grundloser und niederträchtiger Art geschehen, daß den Berliner Parteigenossen in Gemeinschaft mit der Parteileitung aufgegeben wird, in der schärfsten Weise dem Treiben dieser Elemente entgegenzutreten, um sie für die Bewegung unschädlich zu machen.
>
> Der Parteitag bestimmt ferner, daß da, wo sich solche und ähnliche Vorkommnisse zeitigen, die Vertrauensmänner dieser Orte angewiesen sind, die Kontrolleure der Parteileitung hiervon zu unterrichten, damit durch schiedsrichterliche Untersuchung solche Vorkommnisse im Interesse der Partei Erledigung finden.

Niederauer, Gumpel, Ihrer, Rohrlack, v. Hofstetten erklären diese Resolution nicht anzuerkennen. Auch **Metzner** erklärt, nur ein Theil der Berliner Delegirten sei mit derselben einverstanden.

Diese Resolution wird genügend unterstützt, die Berathung über dieselbe aber bis nach Erledigung des Berichts der Neuner-Kommission ausgesetzt.

Zum Bericht der Neuner-Kommission meldet sich Niemand weiter zum Wort.

Der Antrag der Neuner-Kommission wird mit allen gegen 11 Stimmen angenommen.

Die Berathung kehrt zurück zu der obenerwähnten **Resolution.**

Wernau: Ich habe nicht eine solche Hoffnung und Zuversicht, wie einige meiner Berliner Genossen, die meinen, wir sind stark genug, um die oppositionellen Elemente unschädlich zu machen. Ich weiß, was für Elemente unter diesen Herren stecken, daß sie eine gewisse Suade und Unverfrorenheit besitzen, sie verfügen auch über Geldmittel und werden daher alles Mögliche versuchen. Es wird mir mitgetheilt, daß heute auch in Magdeburg eine Versammlung der Opposition stattfindet. Auch dort wird es ungeheure Arbeit kosten, um das alte Terrain zu erobern. Gerade die Vertrauensmänner im VI. Berliner Wahlkreis sind bei der Sache mitbetheiligt. Es ist Aufgabe der Partei, daß sie da, wo sich derartige Zustände zeigen, eingreife!

Einem Antrage Fräsdorf=Dresden gemäß wird über die Resolution zur Tagesordnung übergegangen.

Der Vorsitzende schlägt vor, während der Programm=Berathung die Wahlen für die künftige Parteileitung vorzunehmen und das Ergebniß durch die Mandats-Prüfungskommission feststellen zu lassen.

Zum Sitz der Parteileitung wird auf Vorschlag Singer's Berlin bestimmt.

Laut § 14 der Organisation hat der Pateitag die Gehälter der Parteileitung festzusetzen. Der Parteitag zu Halle hat die Festsetzung der Gehälter unter Abgrenzung der Maximalhöhe der Parteileitung selbst überlassen. Diese Gehälter sind festgestellt worden auf je 250 Mk. pro Monat für die Sekretäre, auf 150 Mk. für den Kassirer, auf 50 Mk. für jeden der beiden Vorsitzenden.

Der Parteitag erklärt sich mit der Beibehaltung der Gehälter einverstanden.

Der Vorsitzende schlägt vor, als Ort des nächsten Parteitages Berlin zu wählen. (Zustimmung.) Er sei überzeugt, daß die Berliner Genossen die Delegirten aus allen Theilen des Deutschen Reiches freudig aufnehmen werden. (Rufe: Hamburg, Frankfurt a. M.)

Der Parteitag wählt Berlin zum Ort des nächsten Parteitages.

Vorsitzender Singer: Wir treten nun in den letzten Punkt unserer Tagesordnung ein:

Berathung des Parteiprogramms.

Die Kommission hat den bereits für die General=Debatte bestellten Referenten auch zu den ihrigen gemacht; ich ertheile dem Genossen Liebknecht als Referenten und Kommissions=Berichterstatter das Wort.

Liebknecht: Genossinnen und Genossen! Es ist sehr zu bedauern, daß die öffentliche Berathung über das Programm erst an dem letzten Tage dieses Kongresses stattfinden kann. Die stürmischen, leidenschaftlich=erregten Debatten der letzten Tage waren aber nothwendig; eine andere Anordnung der Kongreßverhandlungen war, wie die Verhältnisse lagen, einfach undenkbar. Wenn nun auch manches in den letzten Tagen unerquicklich gewesen ist, so können wir doch mit Stolz sagen: in seiner Gesammtheit war es ein großes Schauspiel, welches die sozialdemokratische Partei der Welt geboten hat. Es giebt keine andere Partei, welche beim vollen Lichte der Oeffentlichkeit ihre innersten Angelegenheiten hätte erledigen, ihren Anklägern sich stellen, und sie rückhaltlos auffordern können, den Beweis für die Anschuldigungen zu liefern, welche sie gegen uns und die Partei erhoben. Eine zweite Partei, die dies zu thun im Stande war, — ich wiederhole es — besteht in Deutschland nicht,

besteht nirgends, und wenn auch die Gegner höhnen über den angeblichen Zwist in unseren Reihen, das **eine** haben die Debatten klar gemacht: der Ehrenschild der Partei ist rein! Und die Partei ist einig in ihrem Streben, einig in der Abwehr aller ihr feindlichen und schädlichen, aller unreinen Elemente. Dieser Gedanke der **Einigkeit**, der uns in jenen Debatten beherrschte, wird jetzt, wo es gilt, das neue Programm festzustellen, noch glänzender und in vollster Macht zur Geltung kommen.

Ehe ich weiter gehe, möchte ich Sie daran erinnern, daß heute ein Gedenktag ist. Erfurt ist ja die Stadt der Gedenktage. Doch ich will nicht an Ereignisse erinnern, welche in Erfurt selbst stattgefunden haben — ich habe einen anderen Gedenktag im Sinn: es ist heute der 21. Oktober und heute vor 13 Jahren, am 21. Oktober 1878, trat das Ausnahmegesetz in Kraft, vermittelst dessen die deutsche Sozialdemokratie erwürgt werden sollte, und welches uns zu zwölfjährigem unablässigem Kampfe zwang, zu einem Kampfe, der schließlich mit dem Siege der Sozialdemokratie auf der ganzen Linie geendet hat und mit dem Falle des Haupturhebers jenes unheilvollen, gemeingefährlichen Gesetzes. Die Kraft zu diesen Kämpfen schöpften wir in den Prinzipien, welche unsere Partei beseelen. Die Parteiprinzipien waren damals formulirt in einem Programm, welches nicht mehr auf der Höhe der Zeit stand und in seinen Sätzen und Forderungen vielfach unvollkommen war, in das aber die Partei in ihrer Weiterentwicklung den wahren Geist der Partei gelegt hatte, die alten Formen mit neuem Inhalt erfüllend.

Indeß eine Revision des Programms, die schon vor dem Sozialistengesetz verlangt worden war, ließ sich nicht mehr aufhalten, und am 16. Oktober v. J. faßte der Parteitag in Halle folgenden Beschluß:

„In Erwägung, daß das von dem Einigungskongreß zu Gotha im Jahre 1875 beschlossene Parteiprogramm, so trefflich es sich auch in den Kämpfen der letzten 15 Jahre, namentlich unter dem Sozialistengesetz bewährt hat, dennoch nicht mehr in allen Punkten auf der Höhe der Zeit steht, wie das schon von früheren Parteikongressen ausgesprochen ist, beschließt der Parteitag: Der Parteivorstand wird beauftragt, dem nächsten Parteitag einen Entwurf eines revidirten Parteiprogramms vorzulegen und den Entwurf mindestens 3 Monate vor Zusammentritt des nächsten Parteitages zu veröffentlichen, damit die Partei hinreichende Zeit zur Prüfung habe."

Genossen! Ich komme auf die Debatten in Halle nicht zurück. Die Kritik, welche ich in meiner Programmrede vom vorigen Jahre an das alte Programm legte, fand keinerlei Widerspruch; es zeigte sich allseitige Uebereinstimmung darin, daß jenes alte Programm, welches ein Kompromißprogramm war, durch ein neues, besseres

zu ersetzen sei. Der Entwurf des neuen Programms liegt nun vor Ihnen. Es ist mit dessen Berathung allerdings auf diesem Parteitage etwas eigenthümlich verfahren worden. Wir haben keine Generaldebatte gehabt, und das ist trotz der offenbaren Gründe, die dafür vorlagen, vorgestern vielfach befremdlich gefunden worden. Angesichts unserer Geschäftslage war es leider unvermeidlich und jetzt wird wohl Jeder begriffen haben, daß, wenn wir nicht so gehandelt hätten, nämlich die Kommission vor der Generaldebatte zu wählen und berathen zu lassen, dann der Parteitag mindestens einen Tag länger hätte zusammen sein müssen. Außerdem ist ja die Generaldebatte im Plenum des Kongresses vollständig ersetzt worden durch die Generaldebatte, die während des letzten Jahres in Deutschland im Plenum der Gesammtpartei stattgefunden hat. In gründlicherer Weise konnte überhaupt ein altes Programm nicht zerpflückt, nicht kritisirt, die Grundlage eines neuen nicht gelegt werden, als dies innerhalb des letzten Jahres und besonders der letzten vierthalb Monate, seit der Entwurf des Vorstandes veröffentlicht ward, geschehen ist. Zu dieser Kritik hat in wesentlicher Weise Anregung gegeben und einen wichtigen Beitrag geliefert der durch Engels veröffentlichte Brief von Marx vom 5. März 1875. Den Inhalt des Briefes setze ich bei Ihnen allen als bekannt voraus; er ist in der „Neuen Zeit" und in den übrigen Parteiblättern, sowie in der gegnerischen Presse eingehend besprochen, und bei Ausarbeitung des neuen Programm-Entwurfs aufs gründlichste erörtert und mit gebührender Achtung berücksichtigt worden. Ueber diesen Brief habe ich persönlich einige Bemerkungen zu machen — nicht in Bezug auf seinen Inhalt. Man hat von gegnerischer Seite den Vorwurf erhoben, daß die Wenigen, an welche der Brief gerichtet war, sich gewissermaßen unehrlich gegen die Parteigenossen benommen hätten, indem sie den Inhalt des Briefes nicht 1875 dem Einigungs-Kongresse mittheilten. Hätten wir das gethan, dann wäre der Zweck jenes Kongresses gefährdet worden! Und der Brief war ein streng vertraulicher, nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt. Wir haben uns über unsere Stellung zu dem Marx'schen Programmbriefe bereits im „Vorwärts" ausgesprochen — in einer Erklärung, welche von der Fraktion ausgegangen ist, und welche nach reiflicher Feststellung des Inhalts unsere Ansicht klargestellt hat. Die Dinge lagen zur Zeit dieses Briefes so: Die beiden Fraktionen der Sozialdemokraten, die Eisenacher und die Lassalleaner, waren viele Jahre lang im Kampfe mit einander begriffen gewesen. Im Anfang hatte man wohl hüben und drüben geglaubt, daß die Ziele verschieden wären, daß Fragen prinzipiell trennender Art zwischen uns stünden. Im Laufe des Kampfes selbst war man aber zu der Ueberzeugung gelangt, daß für die Masse der Mitglieder beider Fraktionen solche Fragen nicht vorhanden, daß, wenn auch die Schlagworte verschieden, doch

das Ziel, die Forderungen und Bestrebungen auf beiden Seiten völlig die gleichen waren. So brach sich denn auf beiden Seiten allmählich die Ueberzeugung Bahn, daß es nothwendig sei, die zwei getrennten Ströme zu einem zu vereinigen. Statt die Kräfte in diesem brudermörderischen Kampfe aufzureiben, müssen sie zusammengethan und gegen den gemeinsamen Feind gewendet werden — das sagte sich ein Jeder. Und dieser Gedanke trat so elementarkräftig hervor, daß auf beiden Seiten, selbst wenn die Führer sich entgegengestellt hätten, die Mannschaften nicht mehr an der Einigung zu hindern gewesen wären. Vor wenigen Tagen sprach hier unser ältester Genosse, der Senior der Partei, unser Tölcke; er erinnerte an die traurige Zeit des Kampfes. Ich will ihn jetzt erinnern an ein schöneres Ereigniß. Als ich, nicht lange nachdem ich aus dem Gefängniß von der Festung in Hubertusburg gekommen war, eines schönen Morgens in Leipzig in dem Redaktionslokale saß, kam ein Mann herein, der mir nicht ganz unbekannt schien, von dem ich aber nicht sofort sagen konnte, wer er war. Ich arbeitete weiter, darauf theilte man mir mit: Tölcke ist da und wünscht Sie zu sprechen. Ich erhob mich sofort. Tölcke ging auf mich zu und reichte mir die Hand, in die ich sofort einschlug — dazu bedurfte es keines vorherigen Friedensschlusses. Wir begaben uns in ein Nebenzimmer. „Wir müssen Frieden haben", sagte Tölcke und ich antwortete ihm: „Ja, wir müssen Frieden haben". (Lebhaftes Bravo!) Von dem Moment an war für mich der Friede geschlossen; und als um diese Zeit auch im Norden, in Hamburg, in Altona und den anderen Orten ähnliche Schritte gethan wurden — da stand es auch für alle meine Freunde in Deutschland fest: Jetzt müssen wir uns einigen, mag kommen, was da wolle! Einige Heißsporne hüben und drüben suchten das Friedenswerk zu hemmen, aber die Einigung mußte sein, sie war nothwendig im Interesse der Partei. Wir kamen zu Besprechungen zusammen, um uns über ein Einigungs-Programm zu verständigen; von hüben und drüben wurden Konzessionen gemacht, und endlich, nach langen, langen Berathungen einigte man sich über den Ihnen bekannten Entwurf, welcher fast unverändert vom Gothaer Einigungskongreß angenommen worden ist. Als Marx von dem Entwurf Kenntniß erhielt, schrieb er diesen Brief, der für einige von uns Eisenachern bestimmt war. Wir gingen den Brief genau durch; ich selbst, der in langer Kampfgenossenschaft mit ihm gelebt hatte, sein Schüler, der in London den Kelch des Exils mit ihm durchgekostet hatte, stets stolz darauf, mich seinen Schüler und Freund zu nennen — ich hatte mich vor die Frage zu stellen: Ist es im Interesse der Partei, wenn wir jetzt in der Weise vorgehen, wie Marx es will? Was er theoretisch gegen diesen Entwurf sagte, war richtig bis auf den letzten Buchstaben, das wußte ich damals genau so wie heute;

Theorie und Praxis sind aber zweierlei, und so unbedingt ich dem Urtheile von Marx in der Theorie vertraute, in der Praxis ging ich meine eigenen Wege. Ich fragte mich: Ist es möglich, ein Programm, so wie es Marx hier verlangte, jetzt durchzusetzen? Nach reiflicher Prüfung kam ich für mich zu der Ueberzeugung, daß es nicht möglich war, und auf die Gefahr hin, mit Marx auf einige Zeit zu zerfallen — was auch geschah, doch nicht für lange — erklärte ich: Es geht nicht; hoch steht mir Marx, aber höher steht mir die Partei! (Bravo!) Marx war in England, von wo er die Dinge in Deutschland nicht so gut übersehen konnte, wie ich; und er, mein Lehrer, hat mir, als wir dort in der engen Gemeinschaft des Flüchtlingslebens zusammen lebten, gegenüber der Revolutionsmacherei der bürgerlich-demokratischen Partei mehr als einmal gesagt: „Vom Auslande her kann man die Geschicke der Heimath nicht mehr lenken, man verliert die Fühlung.“ Niemand hat das beiläufig mehr erfahren, als gerade ich; ich war 13, ja 15 Jahre im Exil und es hat lange gedauert, ehe ich, nach meiner Heimkehr, die Fühlung mit den Menschen und Dingen wieder völlig gewinnen konnte. Genug, es blieb mir keine Wahl — ich schrieb Marx: Du kannst von außen die Verhältnisse nicht so überschauen, wie es uns hier von innen möglich ist. Ich entwickelte ihm, daß die Befürchtung, die er ausgesprochen, die Partei werde versumpfen, das Einigungs-Programm werde ihr verderblich sein, daß diese Befürchtung unbegründet sei. Ich sagte ihm: Das deutsche Proletariat wird in diese unvollkommenen, mangelhaft formulirten Forderungen schon den richtigen Inhalt seiner revolutionären Klassenbestrebungen legen. Sind die Gedanken auch nicht richtig ausgedrückt, so werden wir im Laufe weniger Jahre, vielleicht weniger Monate, dahin gelangen, daß das, was an klarem Verständniß der Grundsätze noch fehlt, in der Partei zur Geltung gebracht wird, und daß Diejenigen, welche jetzt noch nicht auf der Höhe des wissenschaftlichen Sozialismus stehen, dahin emporgehoben werden. Also wir entschlossen uns, über den Brief zur Tagesordnung überzugehen, unser Möglichstes zu thun, daß die Befürchtungen von Marx sich nicht erfüllten, und die Hand zur Einigung zu reichen. Wir haben dann noch vor dem Einigungskongreß einige kleine Aenderungen an dem Entwurf des Einigungsprogramms angebracht, aber im Großen und Ganzen war es, wie die Lage und das Machtverhältniß beider Theile zu einander war, einfach nicht möglich, ein wesentlich anderes Programm zu schaffen, ohne daß wir Gefahr liefen, einen Theil der Lassalleaner außerhalb der Einigung zu lassen — und auf eins kam es uns an: zu verhindern, daß irgend eine Fraktion, irgend ein Bruchtheil des organisirten Proletariats außerhalb der neu zu schaffenden Organisation stand. Was hätte es genützt, wenn wir dem spezifischen

Lassalleanismus, der damals noch mächtig, aber freilich auch bereits am Absterben war, durch ein streng anti-lassalleanisches, rein wissenschaftliches Programm, durch Opposition gegen das Kompromißprogramm Gelegenheit gegeben hätten, neue Kraft zu gewinnen — in einem Augenblick, wo die Logik der proletarischen Bewegung ihn einem anderen Bett zudrängte? So haben wir die Einigung vollzogen, und alle meine Freunde, Auer, Brake, Geib und die Anderen mit mir — Bebel saß im Gefängniß und konnte nicht an jenen Verhandlungen Theil nehmen — wir alle, heute vor dieselbe Wahl gestellt, wir alle würden heute dasselbe thun; und ich für meine Person sprach es aus: ich glaube, in meinem Leben niemals der Partei einen größeren Dienst geleistet zu haben, als damals, wo ich den Rathschlag meines Freundes und Lehrers Marx zurückwies und in das Einigungsprogramm gewilligt habe. Und Marx hat auch später eingesehen, daß seine Befürchtungen unbegründet waren und hat später mit Stolz auf die geeinte deutsche Sozialdemokratie geblickt. Das Gothaer Einigungsprogramm hat uns in Wahrheit die Einigung gebracht; es ist seitdem unmöglich, die deutsche Sozialdemokratie noch zu spalten; Sektirerei hat es von da ab nicht mehr gegeben und kann es nicht mehr geben. Einige unreife oder zweifelhafte Individuen splitterten ab, aber die Arbeiterpartei war einig, und während die Befürchtungen Marx' nicht in Erfüllung gegangen sind, hat Alles, was wir erhofft, vorausgesehen und vorausgesagt haben, sich erfüllt. Wir Eisenacher, die wir mit unserem Programm wissenschaftlich voran waren, wir reichten den Brüdern, die mit uns den Berg erklommen und etwas hinter uns zurück waren, die Hand, und zogen sie zu uns heran, und es hat nicht lange gedauert, da standen die Lassalleaner in gleicher Linie neben uns und theilten unsere Anschauungen. Die alten Forderungen der Lassalleaner, Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe u. s. w., wurden bald von den ehemaligen Lassalleanern selbst, ohne daß der Verehrung Lassalle's damit Abbruch gethan wurde, als durch die Entwicklung der Verhältnisse und der Bewegung überholt betrachtet, und nach gar nicht langer Zeit war jeder Unterschied zwischen den Eisenachern und der ehemaligen Lassalle'schen Richtung aufgehoben. Und wenn die geistige Schwungkraft und die Lebenskraft der Partei, die sich blos aus der Kulturnothwendigkeit der Partei erklären lassen, jemals mächtig zu Tage getreten sind, so war dies unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes. Nicht den Kampf meine ich, den wir zwölf Jahre lang, Tag für Tag, Nacht für Nacht kämpfen mußten — der Kampf verstand sich von selbst, wir wurden vernichtet, wenn wir nicht kämpften und siegten, es handelte sich um die Existenz — nicht das meine ich, sondern die geistige, die wissenschaftliche Regsamkeit der Partei während des Kampfes. Während des unablässigen Kampfes hat die Partei sich zugleich geistig fortentwickelt.

Die Theorie mußte freilich hinter den Bedürfnissen der rauhen Praxis zurücktreten, und die theoretische Ausbildung hat, wie es ja in den letzten Tagen manchmal sich zeigte, vielfach unter dem praktischen Kampfe leiden müssen, aber unter der Elite der Partei, das heißt unter den tüchtigsten Kämpfern der Partei — einerlei in welcher Stellung und ganz gleich ob ehemalige Lassalleaner oder Eisenacher — hat die wissenschaftliche Entwicklung der Partei, die Erziehung zum wissenschaftlichen Sozialismus, auch unter der Aera des Sozialistengesetzes und unter dessen härtesten Kämpfen nicht einen Moment aufgehört und herzerhebende Fortschritte gemacht. Die Einheitlichkeit der theoretischen Anschauung bekundete sich in Halle. Es war ein großer Moment, als auf dem Parteitage dort nachdem erklärt worden war, daß wir mit dem letzten Rest des Lassalleanismus brechen und ein neues, der heutigen Höhe der Wissenschaft entsprechendes Programm ausarbeiten müßten, alle Delegirten begeistert zustimmten, und auch nicht der leiseste Widerspruch laut wurde.

Man war einig darin: Alles was nicht mehr zeitgemäß, was der Wissenschaft zuwider ist, soll entfernt werden.

Der Vorstand wurde beauftragt, einen Entwurf auszuarbeiten und dafür zu sorgen, daß derselbe der Partei mindestens 3 Monate vor dem nächsten Parteitage vorgelegt werde. Der Parteivorstand hat sich dieser Verpflichtung entledigt. Schon ehe die Frist verstrichen war, konnte der Entwurf vorgelegt werden. Und es ist wiederum ein glänzender Beweis für die Einheitlichkeit der Partei und für ihre geistige Fortentwicklung: obgleich dieser Entwurf dem Kompromißprogramm und den darin ausgesprochenen Gedanken nach keiner Richtung Konzessionen machte, obgleich mit jenen falschen Forderungen — richtiger mit den falschen Formulirungen unserer Forderungen — vollständig gebrochen wurde, ist in der dann folgenden, über 3 Monate langen Zeit der Debatte in der Partei auch nicht von einer einzigen Seite prinzipielle Opposition erhoben worden. Die Partei ging emsig daran, den Entwurf zu kritisiren, und es war ein wahrer Genuß, wie überall die Genossen zusammentraten, um, während sie gleichzeitig mit allen übrigen Parteien den Kampf führten, das Programm festzustellen, dafür zu sorgen, daß es der Partei würdig sei — wie Jeder seinen Stein herbeitragen wollte zu dem Bau, damit dieser möglichst vollendet und der Partei würdig sich gestalte. Die Parteipresse that ihre Schuldigkeit bei Diskussion des Entwurfs. Namentlich die „Neue Zeit" hat in einer Reihe von Artikeln scharfe Kritik, von allen — befreundeten und feindlichen — Zeitungen wohl die schärfste Kritik an dem Entwurfe geübt, allein auch von ihr mußte zugestanden werden, daß der neue Entwurf, wenn auch in der Formulirung der Grundsätze Dieses und Jenes präziser, anders sein könnte, prinzipiell vom Standpunkte der Wissenschaft unanfechtbar sei, und daß es sich nur um

redaktionelle Aenderungen handeln könne. Fürwahr, imposanter als in dieser Programmdiskussion konnte die Einheitlichkeit der Partei einerseits, ihr wissenschaftlicher Fortschritt andererseits nicht bethätigt werden. Und in den Berathungen unserer Kommission über das Programm — das erwähne ich gleich — hat derselbe Geist der Einheitlichkeit und Einheit geherrscht.

Ich habe nun von den Grundsätzen zu reden, die uns bei diesem, Ihnen jetzt vorliegenden Entwurfe geleitet haben. Vor allen Dingen — das darf nicht aus den Augen verloren werden — muß ein Programm in einer klaren und allgemeinverständlichen Sprache abgefaßt sein, es muß kurz und korrekt, es darf wissenschaftlich nicht anfechtbar sein. Alle diese Eigenschaften: verständliche Sprache, Kürze und Wissenschaftlichkeit zu vereinigen, ist außerordentlich schwer. Man kommt leicht dazu, mehr in einem Programm sagen zu wollen, als hineingehört. Man darf nicht ein Programm verwechseln mit einem Manifest, welches als Anklageschrift der heutigen Gesellschaft entgegengeschleudert, ihr als Spiegel vorgehalten wird, wie vor 43 Jahren das Kommunistische Manifest. Dies Manifest sollte übrigens neu geschrieben werden, oder vielmehr ein neues müßte geschrieben, und dem alten, das ein historisches Aktenstück von unvergänglichem Werth ist, angefügt werden. Und der würde sich verdient machen um die Partei, der, nachdem wir das neue Programm erhalten haben werden, auch ein neues Manifest schriebe — ein Manifest von 1891 — während das alte das Datum von 1848 trug. Was in ein Manifest gehört, gehört nicht in ein Programm. Und weiter: wenn ein Programm auch deutlich sein soll, so kann es doch nicht zugleich ein Kommentar sein. Die Agitatoren, die Journalisten, die „Gelehrten der Partei“ haben die Kommentare zu geben. Das Programm soll die Grundsätze mit den aus ihnen erwachsenden Forderungen, jedoch keine Erläuterungen dazu enthalten — es soll blos soviel sagen, als im Interesse der Verständlichkeit unbedingt nothwendig ist.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, sahen wir in der Kommission uns von vornherein genöthigt, eine große Anzahl von Vorschlägen zu beseitigen, weil sie nach unserer Meinung wohl in ein Manifest oder in einen Kommentar gehörten, nicht aber ins Programm. Es ist unmöglich, ein Parteiprogramm so deutlich zu machen, daß demjenigen, der noch nicht parteiwissenschaftlich geschult ist, alle Sätze und Forderungen von vornherein klar sind. Die Genossen müssen lernen und geschult werden. Die Schulung ist eben Sache der Propaganda, der Agitation, des Kommentars, der Parteiliteratur und der Partei-Bildungsanstalten.

Verständlich muß das Programm sein. Gewiß da kam nun an uns die Forderung, es deutsch zu schreiben und Fremdwörter zu vermeiden. Niemand erkennt mehr als ich die Pflicht an, ein

Fremdwort zu vermeiden, das durch ein einheimisches deutsches Wort zu ersetzen ist; aber das darf nicht auf Kosten der Verständlichkeit und der wissenschaftlichen Präzision geschehen. Willkürliche Wortbildungen sind vom Uebel. Und die internationale Wissenschaft hat Fremdwörtern das Heimathsrecht gegeben. Die Wörter Kapital, kapitalistisch, Kapitalismus, sozialistisch, Sozialismus sind unmöglich ins Deutsche zu übersetzen, ebensowenig Produktion, produktiv, Produktivität u. s. w. Wir haben es versucht, einige dieser Wörter zu verdeutschen, wir wollten z. B das Wort Produktionsmittel durch Arbeitsmittel ersetzen, mußten aber das deutsche Wort schließlich wieder beseitigen, weil es einen weit weniger umfassenden Begriff darstellt als das Fremdwort Produktionsmittel. Marx selbst hat zwischen beiden Wörtern einen scharf abgegrenzten Unterschied gemacht, und so mußte das deutsche Wort geopfert werden, weil es nicht wissenschaftlich korrekt das ausdrückt, was ausgedrückt werden sollte und mußte. Auch das Wort Monopol war im ersten Entwurf geopfert — ein häßliches Wort nach jeder Richtung, nach Sinn und Klang; wir hatten für Monopol und Monopolisiren die Ausdrücke gebraucht: Alleinbesitz, Aneigner der Arbeitsmittel; bei genauer Prüfung erkannten wir aber auch hier, daß die Fremdwörter nicht entbehrt werden konnten. Für die Masse des Volkes wird durch die Fremdwörter das Verständniß des Programms unzweifelhaft erschwert, aber für den geschulten Parteigenossen, der das „Kapital“ gelesen hat oder es aus volksthümlichen Bearbeitungen kennt und in unserer Parteiliteratur Bescheid weiß, sind diese Fremdwörter geläufig; und Ihre Sache, meine Herrn Delegirten, die Sie ja auch meistens Agitatoren sind, ist es, sie Denen verständlich zu machen, die noch nicht so weit sind. Dem Vorwurf, daß wir zu viel Fremdwörter gebraucht hätten, ein Vorwurf, der noch heute mir unter vier Augen gemacht wurde, habe ich hiermit die Spitze abgebrochen. Wir haben unser Bestes gethan — und wo es immer anging, ohne der Präzision des Ausdrucks zu schaden, die Fremdwörter beseitigt.

Und nun habe ich kurz zu sprechen über die Arbeiten der Kommission. Sie ernannten eine Kommission, welche mit Benutzung der Anträge zu dem Vorstands-Programm-Entwurf und zu den weiteren Programm-Entwürfen Ihnen einen Entwurf ausarbeiten und vorlegen sollte. Die Kommission von 21 Mitgliedern, darunter sämmtliche Antragsteller, hat 4 Sitzungen gehalten. Sie tagte am Sonntag von 9 bis 1/21 Uhr und hielt dann gestern Vor- und Nachmittag je eine Sitzung ab; dann vereinigte sich die von der Kommission gewählte Redaktionskommission, welche den Text mit den verschiedenen Beschlüssen in eine einheitliche, korrekte Form zu bringen hatte; und um 8 Uhr Abends hatte die Gesammtkommission eine vierte Sitzung, in welcher wir die letzte Redaktion vornahmen und den Entwurf so gestalteten, wie er Ihnen jetzt vorliegt.

Das Erste, was wir, als wir in die Arbeit eintraten, zu thun hatten, war, uns darüber zu einigen, welchen der vorhandenen Entwürfe wir zur Grundlage nehmen sollten. Wir kamen auf Grund reiflicher Berathung dahin überein, den Entwurf der „Neuen Zeit", welcher nach dem Entwurf des Vorstandes ausgearbeitet war, auf diesem fußte, aber verschiedene Mängel desselben vermied und in manchen Punkten vielleicht klarer ausgedrückt war, zur Grundlage zu nehmen — selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß aus dem Vorstands-Entwurf und den anderen Entwürfen, sowie aus den Anträgen alles was passend erschien und eine Verbesserung oder nothwendige Ergänzung bedeutete, herüberzunehmen und mit dem Text organisch zu verschmelzen sei. Eine „Schlacht der Meinungen", von der, wie ich höre, gesprochen worden ist, hat nicht stattgefunden. Das sage ich ausdrücklich — und es ist nicht einmal wahr, daß es in der Kommission eine Majorität und eine Minorität gegeben habe. Es war ein Theil dafür, daß man den Vorstands-Entwurf, ein anderer, und zwar der größere, dafür, daß man den Entwurf der „Neuen Zeit" zu Grunde legte; von einer Majorität und Minorität im Sinne prinzipiellen Gegensatzes, als ob eine Ueberstimmung oder gar Vergewaltigung der Minorität erfolgt wäre, kann nicht die Rede sein. Nachdem ausgemacht war, welcher der Entwürfe die Grundlage für unsere Berathungen zu bilden habe, gingen wir sofort ans Werk und haben alle, indem wir uns in der gleichen Gedankenrichtung bewegten, harmonisch zusammen gearbeitet; und der Entwurf ist, von einigen Ausdrücken abgesehen, so ziemlich das geworden, was er geworden wäre, wenn man den Vorstands-Entwurf zu Grunde gelegt hätte. Das hebe ich hervor, um falsche Anschauungen zu berichtigen und Mythenbildungen vorzubeugen. Der Entwurf in der Ihnen vorliegenden Form ist **einstimmig angenommen** worden, und alle 21 Mitglieder der Kommission werden für ihn eintreten. Kann die **Einheitlichkeit der Partei**, die absolute Gleichheit des Denkens und Fühlens, des Zieles, der Auffassung besser bewiesen werden, als durch diese Thatsache? Der gleiche Geist hat in der Partei stets geherrscht, und so lange sie besteht, muß er, ihrem Wesen nach, in ihr herrschen. Er macht es aber — das mögen die Gegner sich merken — ganz unmöglich, daß prinzipielle Differenzen, daß „Spaltungen", auf welche unsere Gegner so sehnsüchtig gehofft haben und hoffen, überhaupt zum Ausbruch kommen könnten.

Ich bitte nun zunächst, einige Korrekturen in dem gedruckten Entwurf vorzunehmen. In Punkt 5 der Forderungen muß es statt „öffentlicher und privatrechtlicher" heißen: „öffentlich- und privatrechtlicher"; ferner unter Punkt 7 statt „Ausbildung" — „weiteren Ausbildung"; ferner in Punkt 10 statt „und Entfernung der Verwandtschaft" — „und nach dem Grade der Verwandtschaft". Durch die letztere redaktionelle Verbesserung, über welche allerdings sich

noch nicht alle Mitglieder der Kommission, sondern nur die Urheber dieses Passus geeinigt haben, für welche wir aber allgemeine Zustimmung voraussetzen, wird der Sinn nicht alterirt.

Ehe ich nun, so weit es bei der vorgerückten Zeit angeht, in die Einzelheiten des Programms eingehe, habe ich noch einige mehr allgemeine Bemerkungen zu machen. Daß der sogenannte „Lassalle'sche Vorschlag" gefallen ist, verstand sich von selbst nach der Art und Weise, wie der Wille der Partei sich in Halle geltend gemacht hat. Des Weiteren ist, ebenfalls entsprechend den dort zum Ausdruck gelangten Anschauungen, das „eherne Lohngesetz" beseitigt. Es ist zwar von einer Seite noch der Versuch gemacht worden, den Ausdruck, mit einem erklärenden Satz versehen, zu erhalten, allein das hätte nur Verwirrung geschafft. Die ungeheuere Mehrzahl der Partei ist zu der Erkenntniß gelangt, daß das, was den berechtigten Inhalt des „ehernen Lohngesetzes" bildet: die nothwendige Proletarisirung und Enteignung der Reichthum schaffenden Arbeiter durch die Besitzer der Arbeitsinstrumente, durch den ganzen prinzipiellen Theil des Programms klar, korrekt und zutreffend ausgedrückt ist. Der Gedanke, daß diejenigen, welche die Produktionsmittel besitzen, in diesen die Mittel zur Knechtung, Ausbeutung und Proletarisirung ihrer nicht im Besitz von Produktionsmitteln befindlichen Mitmenschen haben, zieht sich wie ein rother Faden durch das neue Programm, das den, im sogenannten „ehernen Lohngesetz", unpräzis und einseitig bezeichneten Prozeß der kapitalistischen Aussaugung auf seine Ursachen zurückführt und in seiner Wirksamkeit darstellt. Ferner ist fallen gelassen das Schlagwort von der „einen reaktionären Masse". Der Eine oder der Andere hätte es gerne noch festgehalten. Wahr ist es ja, daß alle Gegner im Kampf wie „eine reaktionäre Masse" uns geschlossen gegenüberstehen, und daß der Ausdruck oft zutreffend war, und gute Dienste geleistet hat. In einem Manifest kann er stehen, in einem Kommentar kann darüber geredet werden, aber er gehört nicht in ein Programm. Erstens ist es nicht wahr, daß alle anderen Parteien „eine reaktionäre Masse" sind; und zweitens ist der Ausdruck so kautschukartig, so unwissenschaftlich, daß er schon deshalb in einem Parteiprogramm, das auf Wissenschaftlichkeit Anspruch macht, vermieden werden muß. Daß alle anderen Parteien auf dem Boden des Kapitalismus stehen und deshalb uns, die wir den Kapitalismus stürzen wollen, prinzipiell feindlich sind, das ist die Wahrheit, und das ist im Programm gesagt. Sie werden weiter im Entwurf ein Wort nicht finden, welches den ehemaligen Lassalleanern und, aus Lassalle's Schriften, auch den Eisenachern sehr werth geworden war, das Wort „Arbeitsertrag". Der Satz, daß Jedem der Ertrag seiner Arbeit gegeben werden solle, war ja längst aufgegeben, doch den Ausdruck „Arbeitsertrag" hätte Mancher gern beibehalten. Er ist aber unter allen Umständen

unwissenschaftlich und gehört deshalb nicht in unser Programm. Von einer Seite wurde vorgeschlagen, statt „kapitalistisch“ zu sagen „privatkapitalistisch“. Das ging jedoch nicht an. Man kann wohl von einer privaten kapitalistischen Produktion reden, das ist absolut korrekt, aber umfaßt blos einen Theil der kapitalistischen Produktion. Wir haben es mit der gesammten kapitalistischen Produktion zu thun, die nicht nothwendig privat zu sein braucht, sondern auch, wie wir schon jetzt sehen, ganz erheblich vom Staate betrieben wird. Der Staat, der sich selbst an die Stelle des privaten Unternehmers setzt, betreibt die kapitalistische Ausbeutung genau so wie der Privatunternehmer. Und er kann noch einen größeren Druck ausüben. Wie wir es in unserem ersten Entwurf ausgedrückt hatten, — in dem vorliegenden Entwurf fehlt aber der Passus — ist der Staatskapitalismus die schlimmste Form des Kapitalismus, weil er die ökonomische und die politische Gewalt in einer Hand konzentrirt, und so die Unterdrückung, die Ausbeutung des Arbeiters noch schärfer, noch intensiver betreiben kann, als es der private Kapitalismus vermag.

Ein anderer Vorschlag ging dahin, statt „kapitalistisch“ zu sagen „großkapitalistisch“, weil man sich nicht gegen das Kleinkapital wenden müsse. Nun, Kapitalismus ist Kapitalismus. Marx hat das „Kapital“ geschrieben; er hat sein Buch nicht das „Großkapital“ genannt. Die kapitalistische Ausbeutung ist eine und dieselbe; daß sie um so intensiver wird, je mehr das Kapital sich konzentrirt, das liegt eben im Wesen der kapitalistischen Produktion, die ihrer Natur nach ausbeuten muß, und ohne Ausbeutung überhaupt nicht denkbar ist. Wir mußten also bei „kapitalistisch“ bleiben.

Weiter wird man an dem Entwurf bemerken, daß das Wort „Staat“ darin fehlt. Es fehlte auch in dem Entwurf des Vorstandes, und in allen anderen Entwürfen, auch in dem Magdeburger, der manche recht gute Formulirungen enthält. Ueber die Frage des Staates, d. h. über die Frage, ob die sozialistische Gesellschaft ein Staat sei oder nicht, will ich mich hier nicht auslassen Ich weiß, daß ich in diesem Punkt mit manchem Kollegen in Meinungsdifferenz bin, aber soweit ich im Spiel bin, ist die Differenz ein reiner Wortstreit. Daß der Staat nur die Form der Gesellschaft sein kann; daß die bürgerliche Gesellschaft jede Form von Staat zur Ausbeutung benutzt; daß der bürgerliche Staat unter allen Umständen ein Klassenstaat sein muß; und daß, so lange die bürgerliche Gesellschaft besteht, der Staat ein Klassenstaat sein muß, d. h. die staatlich organisirte Ausbeutung, das ist eine Wahrheit, die für jeden denkenden Sozialdemokraten selbstverständlich ist. Für mich ist die Frage blos die, ob die Form und Organisation, welche die menschliche Gesellschaft sich giebt, nachdem der Klassenstaat mitsammt der bürgerlichen Gesellschaft und der kapitalistischen

Produktion gefallen ist, ein Staat genannt werden kann oder nicht. Ich habe nicht finden können, — und darin weiche ich von verschiedenen meiner Freunde ab — daß in dem Worte und Begriffe „Staat" an sich nothwendig der Begriff der Unterdrückung und Ausbeutung liegt. Das Wort „Staat" hat ja eine sehr weite Bedeutung: es heißt überhaupt geordnete Gesellschaft. Man redet vom „Bienenstaat", vom „Ameisenstaat", vom „Gelehrtenstaat", wobei an Ausbeutung und Knechtung nicht gedacht wird, sondern nur der Begriff eines geschlossenen, geordneten Gemeinwesens ausgedrückt werden soll. Wie dem nun sei, den Ausdruck „Staat" konnten wir in das neue sozialdemokratische Programm nicht hineinbringen, einmal schon, weil der Begriff ein streitiger ist, und zweitens, weil wir es jetzt mit dem Staate nur insoweit zu thun haben, als er uns feindlich gegenübersteht. Was wir klar zu machen haben, ist: Der Staat vertritt jetzt und muß vertreten, so lange die Klassenherrschaft besteht, die herrschenden Klassen, er muß ein Klassenstaat sein, und diesen Staat haben wir zu bekämpfen im politischen Kampfe, indem wir alle Waffen, welche wir haben, benutzen, um die politische Macht zu erlangen, damit wir uns von diesem Klassenstaat befreien. In anderer Weise haben wir es jetzt mit dem Staate nicht zu thun.

Und nun will ich an die Hauptgrundsätze des Programms eingehen. Es ist selbstverständlich nicht zu erwarten, daß ich jetzt und hier alle einzelnen Gesichtspunkte erläutere; ich muß mich darauf beschränken, die Gedanken des Allgemeinen Theils im Großen und Ganzen darzulegen. Bei den Detailforderungen werde ich nur erwähnen, was wirklich einer Erwähnung bedarf, weil es noch nicht genügend debattirt ist oder von der früheren Formulirung abweicht. Der Gedanke, der uns leitete, der in allen dem Kongreß unterbreiteten Programm-Entwürfen gleichmäßig zu Tage tritt, ist der, die Ursachen scharf zu bezeichnen, aus denen die heutigen gesellschaftlichen Mißstände hervorgegangen sind — den wirthschaftlichen Entwicklungsprozeß darzustellen, welcher die kapitalistische Welt, die heutige Gesellschaft, in zwei feindliche Lager theilt, die Nothwendigkeit des Klassenkampfes in der kapitalistischen Gesellschaft klarzulegen — klarzulegen, wie mit Naturnothwendigkeit, so lange die bürgerliche Gesellschaft besteht, auch das System der Ausbeutung und Unterdrückung bestehen muß. Als die Ursache der Trennung der Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager mußte hingestellt werden: daß die Produktionsmittel, das heißt der Grund und Boden, die Rohstoffe, die Werkzeuge, die Maschinen, die Bergwerke, die Verkehrsmittel aus dem Besitz der Allgemeinheit, der gesammten Gesellschaft, übergegangen sind in den Privatbesitz Einzelner. Wenn wir uns einen Zustand denken, in welchem die nothwendigen Produktionsmittel im Besitz jedes Einzelnen sind, so daß ein Jeder

unabhängig vom Anderen arbeiten kann, dann giebt es keine Waarenproduktion, es erzeugt Jeder wesentlich für sich selbst, es giebt keine Abhängigkeit des Einen vom Anderen, keine Ausbeutung und Knechtung. Ob und inwieweit ein solcher Zustand bestanden hat, das auszuführen ist Sache des Kommentars. Möglich und denkbar ist er blos in einer solchen Gesellschaftsform wo die Produktionsmittel, namentlich das vornehmste derselben, die Allmutter Erde, in dem Besitz der wirklich Produzirenden, der Arbeiter, sind. Von dem Moment an, wo das Privateigenthum an den Produktionsmitteln entsteht, beginnt auch die Ausbeutung und die Spaltung der Gesellschaft in zwei durch Interessen einander feindlich entgegenstehende Klassen. Dieser Prozeß vollzieht sich nicht plötzlich, er geht aber unaufhörlich vor sich, er ist zurück durch das Mittelalter bis ins graueste Alterthum zu verfolgen. In der bürgerlichen Gesellschaft, mit der wir uns zu beschäftigen haben und mit der das Programm sich beschäftigt, vollzieht er sich nun mit zunehmender Schnelligkeit und Wucht, je nach dem Maß, in welchem die Arbeitsmittel konzentrirt und Monopol oder Eigenthum einer kleinen Minorität werden, und je nach der größeren Produktivität der Produktionsmittel, die stets vollendeter werden. Die einfachen Werkzeuge werden zu Maschinen, die Maschinen selbst vervollkommnen sich immer mehr, die Kapitalien und mit ihnen die Intensität der Produktion wachsen fortwährend, aus dem Kleinbetriebe entwickelt sich der Großbetrieb, aus diesem, wie wir ihn im Anfang der großkapitalistischen Produktion hatten, der moderne Riesenbetrieb, und auch dieser selbst genügt nicht mehr, — die Riesenbetriebe koaliren sich in Trusts, in Kartellen, in Verbänden u. s. w. Und mit dieser Konzentration der Kapitalien, der Produktionsmittel nimmt auch in gleichem Maße zu einerseits die größere Intensität der Produktion, die ins Unendliche gesteigert wird, und andererseits die Intensität der Ausbeutung, die Aufsaugung der Mittelschichten, die Unsicherheit der Existenz des Proletariats, der Grad des Elends, des Druckes, der Knechtung.

Dieser historische Entwicklungsprozeß der Gesellschaft und die Gesetze, nach denen er sich vollzieht, mußten in dem Programm dargelegt werden, es mußte gezeigt werden, wie in dieser Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln die heutigen Zustände ihren Ursprung haben, — wie mit der größeren Konzentrirung der Produktionsmittel die Ausbeutung gewachsen ist und wachsen muß — wie gerade in der Thatsache, daß die Produktionsmittel Privateigenthum werden, die Wurzel des Uebels liegt, — wie aus dieser Thatsache mit Naturnothwendigkeit sich die Ausbeutung ergiebt. Denn Derjenige, der die Arbeitskraft hat, aber nicht die Mittel, vermöge deren er sie bethätigen, verwerthen, in „das wirthschaftliche Spiel der Kräfte" hineinbringen kann, — der kann nicht

leben; er ist untrennbar von seiner Arbeitskraft, und, will er nicht verhungern, so muß er sich in den Dienst eines Anderen begeben, der ein Privateigenthum an Produktionsmitteln hat. Und hieraus entsteht und entwickelt sich die ökonomische Abhängigkeit, die ökonomische Ausbeutung, und aus dieser die politische Abhängigkeit und Knechtung in jeder Form — ein Prozeß, der, wie gesagt, mit steigender Rapidität vor sich geht. Die Spaltung der Gesellschaft wird immer tiefer und vollständiger — was zwischen beiden Extremen: Kapitalist und Proletarier steht, die sogenannten Mittelschichten der Bevölkerung, die noch ein kleines Eigenthum an den Produktionsmitteln haben, die aber selber arbeiten müssen, wenn sie auch fremde Kräfte gebrauchen, diese Mittelschichten — um den etwas vagen Ausdruck „Mittelstände" zu beseitigen — verschwinden mehr und mehr, und der ganze Entwicklungsprozeß der heutigen Gesellschaft geht mit Naturnothwendigkeit, kraft des innersten Wesens dieser Gesellschaft darauf hin, daß die Produktionsmittel sich in wenigen Händen konzentriren, und daß die Besitzer, die Monopolisten der Produktionsmittel die Nichtbesitzer enteignen, ihres Eigenthums berauben, so daß die ganze Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft eine Geschichte der Expropriation ist, die Expropriation in Permanenz. Der Besitzer der Produktionsmittel expropriirt den, der keine besitzt und gegen Lohn für ihn arbeiten muß; er bezahlt in dem Lohn nur einen Theil der ihm geleisteten Arbeit; der Mehrwerth, die nicht bezahlte Arbeitsleistung, wird in seiner, des Besitzers der Arbeitsmittel, Hand zum Kapital und setzt ihn in Stand, dem Arbeiter die Fesseln enger und fester zu schnüren, seine Knechtung und Ausbeutung zu vollenden. So schmiedet der Arbeiter, indem er arbeitet und Reichthum schafft, sich selber die Sklavenkette. An diesem Prozeß können fromme Wünsche nichts ändern. Alle Kritiken des Kapitalismus, welche nicht auf den Kern gehen, sind unfruchtbar — alle Versuche, unter Beibehaltung der Grundlagen des Kapitalismus, dessen „Auswüchse" zu beseitigen, sind Utopisterei. Diese „Auswüchse" sind die logische Folge, die unvermeidliche Konsequenz des kapitalistischen Systems — wer sie beseitigen will, muß die Ursache, muß das kapitalistische System beseitigen. Durch diese Forderung unterscheidet sich die Sozialdemokratie von allen übrigen Parteien und kennzeichnet sich als revolutionäre Partei, während alle anderen Parteien ohne Ausnahme auf dem Boden des Privateigenthums an den Produktionsmitteln stehen. Wir haben diesen Punkt, seiner eminenten Wichtigkeit wegen, in dem Ihnen jetzt vorliegenden Entwurf genauer und schärfer formulirt, als es in dem ersten Entwurf der Fall war. Es war dort gesagt, daß alle anderen Parteien gemeinsam auf dem Boden des Kapitalismus ständen, und darum allesammt den Arbeiterklassen feindlich seien. Hiergegen ließ sich einwenden, daß wir ja in Deutschland Bestrebungen haben,

die, wenn auch politisch ohne Bedeutung, gleich uns doch darauf hinzielen, dem Kapitalismus, soweit er sich als Großkapitalismus äußert, die Flügel zu beschneiden — ich meine die Richtung der Zünftler, der Innungsschwärmer, der Antisemiten. Diese Richtungen können wir billigerweise nicht als kapitalistische bezeichnen, aber sie stehen, wie es in unserem Entwurf ausgedrückt ist, auf dem Boden des Privateigenthums an den Produktionsmitteln, und auf diesem Boden stehen sie gemeinsam mit allen übrigen Parteien. Und allen Parteien, die diesen Boden gemeinsam haben, stehen wir Sozialdemokraten gegenüber als eine geschlossene Masse. Da giebt es kein Paktiren, kein Kompromittiren; zwischen uns und der Armee unserer verbündeten Gegner ist eine breite Kluft, eine täglich breiter und tiefer werdende Kluft, die allerdings, weil das jenseitige Ufer höher, von drüben her wirthschaftlich übersprungen werden kann, denn täglich, stündlich werden ja aus den Reihen unserer Gegner durch die Wucht und Logik der ökonomischen Entwicklung Schaaren, die bisher dort kämpften, herübergeschleudert in das Proletariat — wobei freilich Tausende und Hunderttausende in den Abgrund stürzen und elend verkommen. Aber diese bodenlose Kluft, sie wird durch ihre Leiber nicht ausgefüllt und besteht — es ist die Grenzlinie, welche uns von allen anderen Parteien abscheidet: und Jeder, der über diese Grenzlinie gehen will, sich kleinbürgerlichen Utopistereien hingiebt, der nicht jeden Augenblick klar vor Augen hat, daß nur die Beseitigung der Ursache, nur die Aufhebung des Privateigenthums an den Produktionsmitteln, nur die Aufhebung der ganzen heutigen Produktions- und Waarenerzeugungsweise allein dem Elend, der Ausbeutung, der Knechtung ein Ende machen kann, wer da wähnt, allmählich auf dem Wege der Kompromisse, mit kleinbürgerlichen Salben und Palliativmittelchen ließen sich die Uebel der heutigen Gesellschaft so mildern, daß man sie wenigstens auf eine Zeit lang noch ertragen könne – wer solchen Anschauungen huldigt, verläßt den revolutionären Boden der Partei. Das haben wir zu bedenken, wenn wir fragen: Gehörst Du zu uns, oder nicht? Die schönste Phrase von Verbesserung des Arbeiterloses nutzt nichts, dadurch kann uns nicht geholfen werden.

Im Wesen der heutigen Gesellschaft und Produktion liegt es, daß die Ausbeutung immer intensiver wird. Können wir durch die Gesetzgebung des Staats, und wäre er noch so mächtig, zurückgeschraubt werden in das Mittelalter, kann der Großbetrieb dem Kleinbetriebe geopfert werden, wie die Innungsschwärmer wollen? Nein, es ist einfach unmöglich. Hat doch der heutige Klassenstaat, der dem Kapitalismus dienen muß, nicht einmal in der so einfachen Frage des Arbeiterschutzgesetzes die Macht gehabt, sich von der herrschenden Klasse loszulösen — derselbe Staat, den Träumer als „soziales Königthum oder Kaiserthum" bezeichnet haben! Die Gesellschaft läßt sich

nicht in frühere, geschäftlich überwundene Produktionsformen zurückzwängen und die neuen führen mit Naturnothwendigkeit zu immer größerer Konzentration der Produktionsmittel, zu immer größerer Ausbeutung und Knechtung, zu immer massenhafterer Proletarisation der Gesellschaftsglieder. Darum fordert die Sozialdemokratie, daß hier am Grunde, an der Wurzel zugegriffen, die Ursache dieser Zustände beseitigt wird. Das fordert sie nicht nach Laune, sondern vollbewußt, weil sie auf der Höhe jener Weltanschauung steht, welche die Gesellschaft als Organismus auffaßt, der mit Naturnothwendigkeit wächst und sich fortentwickelt. Sie sieht, daß die heutige Gesellschaft Zustände geschaffen hat, welche dieselbe zerstören müssen; sie sieht — was in allen unseren Programm-Entwürfen ausgedrückt ist —, daß die heutige Gesellschaft mit eherner Logik hineintreibt in eine Katastrophe, in ihren eigenen „Weltuntergang", der nicht abzuwenden ist. Der Sozialismus ist keine willkürliche Erfindung. Der sogenannte Zukunftsstaat, mit dem wir gehöhnt worden sind, und dessen Grundlage wir selbstverständlich nur in allgemeinen Umrissen bezeichnen können, ist die nothwendige, unvermeidliche Folge des kapitalistischen Gegenwartsstaates, wie die sozialistische Produktion die nothwendige Folge und Konsequenz der heutigen kapitalistischen Produktion ist. So schafft der Kapitalismus, indem er sich immer weiter ausdehnt und seine Machtmittel ins Riesenhafte häuft, zugleich selber den Feind und die Machtfaktoren, denen er erliegen muß — schafft sich, wie es in dem Kommunistischen Manifest heißt, seine eigenen Todtengräber, gräbt sich selber das Grab. Das Proletariat, das der Kapitalismus erzeugt, macht er selbst zu seinem Erben, bereitet ihm die Erbschaft vor, schmiedet ihm die Waffen, giebt ihm die Möglichkeit, das zu verwirklichen, was wir erstreben, schafft ihm die materiellen Bedingungen zur Verwirklichung unseres Ideals — kurz der kapitalistische Gegenwartsstaat ist der Vater wider Willen des Zukunftsstaates. In einem Zustand des bürgerlichen Kleinbetriebes, der Zwergwirthschaft, da war wohl ein sich Sozialismus nennender philantropischer Utopismus möglich, aber der revolutionäre wissenschaftliche Sozialismus, der die Gesetze der Entwicklung begriffen hat und sich als letzte Consequenz dieser Entwicklung betrachtet, war einfach undenkbar. Der Sozialismus ist die Folge des modernen Kapitalismus, der sozialistische Staat der Nachfolger und Erbe des kapitalistischen Staates.

Darum haben wir denn auch in unserem Programm-Entwurf nicht irgend ein nebelhaftes Ziel hingestellt, das in der Luft schwebt. Wir haben gesagt, was ist und was wird! Wir haben gesagt: so ist die Gesellschaft, das sind ihre Gesetze, die wir nicht ändern können so wenig wie der heutige Staat sie ändern kann — sie führen mit Nothwendigkeit zur sozialistischen Gesellschaft und, weil der Sozialismus eine gesellschaftliche Nothwendigkeit ist, deßhalb streben wir ihm

zu und fordern die Arbeiter auf, sich zu stellen unter das Banner der Sozialdemokratie, und zu treten in den Ring — wie weiland die revolutionären Bauern das Wort brauchten — in den Ring des sozialdemokratischen Programms!*)

Wir haben ausgesprochen, daß die Bewegung sich vollzieht auf dem Boden des Klassenkampfes. Dieses Wort, welches zuerst von Marx aus dem Englischen in die deutsche Sprache gebracht worden ist, bildet die beste Widerlegung der Annahme, als ob die Marx'sche Lehre, der wissenschaftliche Sozialismus, ein Eingreifen der Personen in den wirthschaftlichen Entwicklungsprozeß ausschließe, und einen gewissen Fatalismus, ein thatenloses Zuwarten begünstige. Das ist falsch. Das genaue Gegentheil ist wahr. Gerade Marx war es, der die ganze Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft als die Folge einer Reihe von Klassenkämpfen, die, den sich ununterbrochen weiter entwickelnden ökonomischen Verhältnissen entsprechend, sich in immer höheren Formen, mit immer tieferem und weiterem Inhalt vollziehen, dargestellt hat. Und der Klassenkampf ist ein Kampf von lebendigen Menschen, ein wirklicher, persönlich geführter, reeller Kampf, und Niemand hat diese Natur des Kampfes schärfer ausgedrückt als eben Marx.

Wenn wir erklären: wir wollen den heutigen Klassenstaat beseitigen, dann müssen wir zugleich auch, um den Einwendungen der Gegner die Spitze abzubrechen, es aussprechen, daß die Sozialdemokratie, indem sie den Klassenstaat bekämpft, durch Beseitigung der heutigen Produktionsform den Klassenkampf selbst aufheben will. Sind die Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit übergegangen, dann ist das Proletariat nicht mehr Klasse — so wenig wie die Bourgeoisie — dann hören die Klassen auf, dann ist nur noch die Gesellschaft, die Gesellschaft Gleichberechtigter vorhanden — die echte menschliche Gesellschaft, die Menschheit und das Menschenthum. Es ist daher in schärfster Weise ausgesprochen worden und mußte ausgesprochen werden, daß wir nicht eine Klassenherrschaft an die Stelle der anderen setzen wollen. Nur Bosheit und Gedankenlosigkeit konnte uns beiläufig einen solchen Gedanken unterschieben, denn um zu herrschen, um eine Herrschaft ausüben zu können, muß ich für meine Person Produktionsmittel besitzen — mein Eigenthum an Produktionsmitteln ist die unerläßliche Vorbedingung der Herrschaft, und das persönliche, das private Eigenthum an Produktionsmitteln beseitigt ja der Sozialismus. Die Herrschaft, die Ausbeutung in jeder Form soll beseitigt werden, die Menschen sollen frei sein und gleich, nicht Herren und Knechte, nur Genossen und Genossinnen, nur Brüder und Schwestern!

*) Der Bauernspruch lautete: Der arme Konze bin ich, heiß ich, bleib ich, wer nicht will zahlen den bösen Pfenning, der trete mit in diesen Ring!

Neben diesen allgemeinen Gedanken hatten wir den internationalen Charakter der Partei zu betonen. Seit die Internationale Arbeiter-Assoziation gegründet wurde, seit Mitte der 60er Jahre, ist bei jeder Gelegenheit von den deutschen Arbeitern die Internationalität der Arbeiterbewegung anerkannt und bethätigt worden. Im neuen Programm haben wir diesen Gedanken nach zwei Seiten hin in schärfster Weise zum Ausdruck gebracht: einmal nach der ökonomischen Seite, indem die wirthschaftliche Entwicklung ihrer Natur nach einen internationalen Charakter trägt. Und dann nach der politischen Seite, weil aus dem internationalen Charakter der ökonomischen Entwicklung sich die Unmöglichkeit ergiebt, die soziale Frage in einem Lande national zu lösen, woraus die Nothwendigkeit internationalen Zusammenwirkens der Arbeiterklasse hervorgeht. Des Weiteren hatten wir — und angesichts der Mißdeutungen nnd verkehrten Schlüsse, zu denen gewisse Vorgänge im Auslande den Anlaß geliefert, war dies doppelt unsere Pflicht — mit besonderer Emphase und in Worten, die keinen Zweifel Raum lassen, zu erklären, daß wir uns eins fühlen und erklären mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder. Die internationale Sozialdemokratie ist für uns nicht ein Phantom, nicht blos eine schöne Phrase, nein, sie ist ein Ziel, ohne dessen Erreichung die Emanzipation der Arbeiterklasse sich nicht vollziehen kann. Es ist uns heiliger Ernst mit der Internationalität. Wir sind uns der Konsequenzen unserer Erklärung, und der Verpflichtungen, welche sie uns auferlegt, voll bewußt, und wenn wir dies nicht ausdrücklich aussprechen, wie es im alten Programm der Fall war, so geschieht das blos deshalb, weil wir es, nach unserer jetzigen Erklärung, daß wir uns eins erklären mit der Sozialdemokratie aller übrigen Länder, für überflüssig, ja für abschwächend gehalten haben. Was wir feierlich hier beschließen, wird von Jedem von uns, gleich allem anderen, was in diesem Programm steht, auch im Leben verwirklicht und in Thaten und Handlungen umgesetzt werden! Im internationalen Bund des Proletariats wird die deutsche Sozialdemokratie stets ihre Schuldigkeit thun — vor nichts zurückschrecken, was die Pflicht gebietet!

Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit noch auf den Satz im siebenten Absatz: „Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nothwendig ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte.“ Damit sprechen wir die politische Natur unserer Partei aus und trennen uns von Denen, welche die sogenannte „Propaganda der That“ predigen, in Wirklichkeit die Thatenlosigkeit zum Programm erheben und die Propaganda des Nichtsthuns mit revolutionärem Phrasenschwall üben. Wir

müssen handeln, politisch wirken, alle Werkzeuge und Handhaben, die uns zu Gebote stehen, benutzen, alle Hebel ansetzen, um unser Werk zu fördern. Es ist viel zu thun, und je mehr Kraft wir anwenden, je größer die Gesammtsumme der Kraft, die wir in die Arbeit legen, desto rascher wird die Arbeit gethan. Zu erwarten, daß ohne Eintreten in den politischen Kampf die Umgestaltung der Gesellschaft, die soziale Revolution sich vollziehen werde, ist kindische Thorheit. Wer das denkt, hat keinen Begriff von der Schwierigkeit und Größe unseres Emanzipationskampfes. Ich habe in Halle von dem „Hineinwachsen der heutigen Gesellschaft in die sozialistische" gesprochen. Das Wort ist mir vielfach verdacht worden. Ich habe damit blos den organischen Charakter der Entwicklung der Gesellschaft, die keine Maschine ist, sondern ein Kollektiv-Lebewesen, bezeichnen wollen; ich habe aber bei jeder Gelegenheit, und auch damals, scharf betont, daß die Menschen nicht das Spielzeug des Schicksals sind, und daß sie nicht thatenlos dastehen dürfen, in Erwartung des Segens von Oben, — daß die Verhältnisse wohl den Menschen bestimmen, aber auch durch den Menschen bestimmt werden — und daß, wie der Klassenkampf ein beständiges Ringen der Menschen ist, so auch die Erreichung unserer Ziele nur die Frucht eines unablässigen Kampfes sein kann, in dem Alle mitkämpfen und Jeder rückhaltslos sein ganzes Ich in die Waagschaale wirft, seine Existenz, — Gut und Leben freudig aufs Spiel setzt.

„Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein" — heißt es weiter in diesem Absatz, d. h. wir kämpfen um die Macht in dem Staat, um „die Klinte der Gesetzgebung", die jetzt von unseren Gegnern in ihrem Klasseninteresse monopolisirt wird. „Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten, ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen, das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei." Also nicht das ist unsere Aufgabe, das Gaukelbild des Zukunftsstaates den Arbeitern vorzuzaubern, sondern die Arbeiter aufzuklären über den Entwicklungsprozeß und die Bewegungsgesetze der heutigen Gesellschaft — ihnen zu zeigen, was nothwendig ist, damit der Ausbeutung und Knechtung ein Ende gemacht werde, — ihnen zu zeigen, wie die bürgerliche Gesellschaft selber in ihrer Weiterentwicklung uns mehr und mehr die Mittel in die Hand giebt, sie zu beseitigen. Hier drückt der Doppelcharakter unserer Partei sich deutlich aus: der wissenschaftliche Charakter, der es ablehnt, nach dem Bismarck'schen Rezept der Blut- und Eisen-Politik die geschichtliche Bewegung als eine willkürliche aufzufassen, die man nach Belieben zur Revolution oder Reaktion lenken kann, und der da anerkennt: es sind feste, unabänderliche

Gesetze für die Bewegung vorhanden, — und der praktische Charakter unserer Partei, welcher sich darin bekundet, daß den Arbeitern der Weg zum Ziele gezeigt wird, daß ihnen gezeigt wird, wie sie nur durch die Erlangung der politischen Macht, nur dadurch, daß wir den Auflösungsprozeß der heutigen Gesellschaft nach Kräften beschleunigen, uns mehr und mehr zur Macht organisiren, zu unserem Ziele gelangen können. —

Ich komme nun zu den besonderen Forderungen. Wir haben die Dreitheilung des Programms, wie sie im Gothaer Kompromiß-Programm sich findet, nicht wieder vorgenommen. Sie wurde damals schon als unlogisch und unwissenschaftlich beanstandet, und was als Uebergangsform zwischen die allgemeinen Grundsätze und die besonderen Forderungen geschoben ward, ist jetzt einfach unannehmbar. Versuche, die Dreitheilung, wenn auch mit Weglassung nicht mehr haltbarer Programmsätze, in das neue Programm einzuführen, sind gemacht aber von uns zurückgewiesen worden und die Kommission steht jetzt einstimmig für das Programm ein, wie es vorliegt.

Wir haben also zunächst den organischen Entwicklungsprozeß der Gesellschaft dargelegt — gezeigt, wie die Gesellschaft in zwei Klassen gespalten worden ist, wie der Kapitalismus wirkt und wie er sich selbst den Untergang schafft. Nun wollen wir aber doch nicht die Hände in den Schooß legen, nicht wie unsere Gegner glauben, fascinirt oder hypnotisirt von dem Wolkenkuckuksheim des Zukunftsstaates, dastehen. Der Kampf fordert uns; wir haben auf allen Gebieten, überall wo sich ein Kampffeld darbietet, mit Aufgebot aller Kräfte zu kämpfen, auf daß unser Einfluß in Staat und Gesellschaft immer größer werde. Jedes Mittel, und sei es noch so bescheiden, muß uns recht sein, — gleichviel ob es Gemeindewahlen oder Land- und Reichstagswahlen sind — gleichviel ob der Wirkungskreis groß oder klein — überall müssen wir thätig sein, und überall müssen wir an die Verhältnisse und Thatsachen anknüpfen, um die bestehenden Uebelstände und die Nothwendigkeit der Umgestaltung im sozialistischen Sinne den Massen klar zu machen. Darum sagen wir: wir sind eine Kampfpartei, wir kämpfen fortwährend; wir sind uns des revolutionären Charakters unserer Bewegung allezeit bewußt; wir sind verpflichtet, dieses Bewußtsein in den Genossen wach zu erhalten, — wir kämpfen Tag für Tag, wir kämpfen in den Gemeindevertretungen, in den Landtagen, im Reichstage, in der Presse, in Volksversammlungen — wir kämpfen überall, wo wir kämpfen können, — und wir kämpfen und ringen, um unsere Anschauung, die Weltanschauung der Sozialdemokratie, in immer weitere Kreise zu tragen und die Macht unserer Partei zu vermehren. So haben wir denn, da wir als vernünftige, thatkräftige Menschen nicht auf die gebratenen Tauben der sozialen Revolution

warten wollen, was ein politisches Abdanken wäre, eine Reihe von konkreten Forderungen aufgestellt, für die wir eintreten, möge der augenblickliche gesetzgeberische Erfolg sein, welcher er wolle — solche Forderungen, die, ich will nicht von allen sagen: auf dem Boden der heutigen Gesellschaft, aber doch innerhalb des Rahmens des Staates, wenn auch vielleicht nicht verwirklicht, doch angebahnt werden können und uns die Möglichkeit bieten, den Hebel anzusetzen, und den Umgestaltungsprozeß zu beschleunigen.

An die Spitze haben wir, wie in allen früheren Programmen, die fundamentale Forderung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts gestellt. Daß wir es nicht überschätzen, ist Jedem von Ihnen bekannt, und ich will nicht wiederholen, was hundertmal gesagt worden ist — diese Frage gehört aber zur Taktik und bleibt hier bei Seite.

Da ich mich der möglichsten Kürze befleißigen muß, werde ich nur die Punkte erwähnen, die Abweichendes vom früheren Programm darbieten oder aus einem anderen Grunde der Erwähnung bedürfen. Wir haben bei der Forderung des Wahlrechts direkt ausgesprochen, daß wir dabei keinen Unterschied der Geschlechter anerkennen. Im alten Programm haben wir zwar auch die Gleichberechtigung der Frauen anerkannt, jedoch in etwas verschämter Form — nur indirekt; jetzt verlangen wir klipp und klar das Wahlrecht für die Frauen, wie wir dann überhaupt für die absolute Gleichberechtigung beider Geschlechter eintreten. Es lohnt für uns nicht der Mühe, hier noch ein Wort darüber zu verlieren, daß es eine besondere Frauenfrage nicht giebt, daß die Emanzipation der Frauen überhaupt zusammenfallen muß mit der allgemeinen Emanzipation des arbeitenden Volkes. Vor fünfzehn Jahren war diese Frage noch ein Zankapfel, jetzt besteht prinzipiell in Bezug auf sie nicht mehr die geringste Meinungsverschiedenheit. Und so gehe ich denn über diesen Punkt hinweg.

Weiter fordern wir das proportionale Wahlsystem. Dieser Punkt war nicht in dem alten Programm; aber die Forderung ist so selbstverständlich, sie ist von unseren Zeitungen schon so oft auseinandergesetzt und befürwortet worden, daß ich mich einer näheren Kommentirung enthalten kann. Ich will blos sagen, daß diese Wahlart die einzige ist, welche in Wahrheit die Vertretung nach der Kopfzahl der Wähler ermöglicht, daß sie die Ungleichheit der Wahlkreise, die Zufälligkeiten der Majoritäten, vermittels deren ein Mandat erobert werden kann, wegfallen läßt, und die Zahl der Vertreter einer Partei genau der Zahl der Wähler dieser Partei anpaßt. Die Wahlkreise fallen ganz weg — der Gesammtstaat bildet einen einzigen Wahlkörper, und durch ein einfaches Rechenexempel wird festgestellt: auf diese Partei sind so und so viele Stimmen gefallen, auf jene so und so viele — so und so viele Abgeordnete sind im Ganzen zu wählen, und je nach dem Ver-

hältniß der Stimmenzahl, die auf jede Partei gefallen ist, hat diese Partei so und so viele und jene Partei so und so viele Abgeordnete. Das ist so augenfällig und klar, daß jeder Unbefangene es sofort einsieht. Praktische Bedenken liegen nicht vor — nur das Interesse der herrschenden Klassen steht im Weg. Unsere Partei würde große Vortheile von diesem Wahlsystem haben, denn, wie Sie Alle wissen, sind wir zerstreut über ganz Deutschland. Wir sitzen nicht, wie das Zentrum und andere Parteien, nur in bestimmten Gegenden, dicht zusammengedrängt an einzelnen Orten. Die Sozialdemokratie ist in Deutschland überall, wie sie in der Welt überall ist. Aber wir sind eine junge Partei, und solcher Wahlbezirke, in denen wir jetzt schon die Majorität bilden, sind vergleichsweise wenige. Bei dem jetzigen Wahlsystem geht uns die größere Hälfte unserer Wahlstimmen verloren, — nach dem proportionalen Wahlsystem würde die Zahl unserer Abgeordneten sich etwa verdoppeln und sogar verdreifachen.

Ferner fordern wir zweijährige Legislaturperioden — nein, wir sagen auf deutsch: Gesetzgebungsperioden. Auch diese Forderung bedarf kaum einer Begründung. Wir haben sie schon in einem Antrage an den Reichstag gestellt. Wir führten bei jener Gelegenheit in der Debatte aus — es entspann sich auch eine Zeitungspolemik —, daß einjährige Wahlen, wie die englischen Chartisten sie forderten, in zu rascher Reihenfolge kämen. Wenn wir einmal ein demokratisches Staatswesen haben, so wird es immer möglich sein, einen Abgeordneten, der seine Schuldigkeit nicht thut, oder auch den ganzen Vertretungskörper, falls er das öffentliche Vertrauen nicht mehr hat, zur Niederlegung des Mandats zu zwingen und Neuwahlen zu veranlassen.

Daß wir für Diäten, für die Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage sind, versteht sich von selbst, ebenso die Aufhebung aller Beschränkungen der politischen Rechte. Es giebt für uns nur einen Fall, in welchem Jemand seines Wahlrechtes verlustig werden kann, das ist der Fall der Entmündigung wegen geistiger Unfähigkeit — Blödsinn u. s. w.

Weiter fordern wir die direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Das heißt, wir wollen nicht, daß der Schwerpunkt des politischen Lebens in das Parlament kommt. Der Schwerpunkt liegt nach demokratischem Prinzip im Volk selbst, und das Volk soll nicht darauf angewiesen sein zu warten, bis von oben herab, aus der Volksvertretung, nothwendige oder erwünschte Gesetze und Gesetzesvorschläge kommen — nein, es soll selber das Recht der Initiative haben. Und dem Vorschlagsrecht, d. h. dem Recht des Volkes, direkt Gesetzesvorschläge zu machen, steht als Ergänzung das Verwerfungsrecht zur Seite, d. h. das Recht des Volkes, vermittelst Urabstimmung den Gesetzen entweder erst ihre Gültigkeit zu geben, oder sie zu verwerfen. Diese

Forderung ist von uns stets prinzipiell anerkannt worden, und sie war in früheren Programmen bereits enthalten.

Dann fordern wir das Selbstbestimmungsrecht und die Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Das Wort „Staat" heißt hier beiläufig Einzelstaat, nicht Staat in dem allgemeinen Sinne der ihren wirthschaftlichen Verhältnissen gemäß organisirten Gesellschaft. Wir haben hier zum ersten Male ausgesprochen, daß wir nur eine solche Staats- und Regierungsform, die auf der breitesten demokratischen Basis beruht, direkt aus dem Volke hervorgegangen ist und von dem Volke kontrollirt wird, mit dem Prinzip der Volkssouveränetät in Harmonie stehend erachten. Wir verlangen, daß das Volk Herr sei über sein Schicksal, daß das Wohl des Volkes oberstes Gesetz, und des Volkes Wille keinem anderen Willen untergeordnet sei; wir verlangen, daß alle Einrichtungen und Gesetze, welche den Aeußerungen und Bethätigungen des Volkswillens jetzt entgegenstehen, beseitigt werden. Daß hiermit eine vollständige Umgestaltung unserer jetzigen Staatseinrichtungen verbunden ist, begreift Jeder auf den ersten Blick. Es bedeutet die absolute Demokratisirung der politischen Einrichtungen in Deutschland.

Enfsprechend diesen Grundsätzen verlangen wir die Wahl der Behörden durch das Volk. Das Selbstbestimmungsrecht des Volkes macht diese Forderung zu einer logischen Konsequenz. Aber wir formuliren hier eine neue Forderung: Verantwortlichkeit und Haftbarkeit des vom Volke gewählten Beamten. Daß wir Verantwortlichkeit und Haftbarkeit sagen, ist keine Tautologie, keine Häufung von zwei Worten, die wesentlich das gleiche bedeuten. Unter Verantwortlichkeit der Beamten ist nach gewöhnlichem Sprachgebrauch die politische, durch Verfassung und Gesetz vorgeschriebene Verantwortlichkeit der Beamten zu verstehen. Aber wir wollen etwas mehr. Wir wollen auch die persönliche, civilrechtliche Haftbarkeit der Beamten für Alles, was sie thun. Ich habe einmal im Reichstage diesen Gedanken der Haftbarkeit ausgesprochen — ich knüpfte an eine Kammerverhandlung an, die in Frankreich gerade stattgefunden hatte über einen Gesetzentwurf, kraft dessen die jetzige Republik den Opfern des Napoleonischen Staatsstreichs und des Napoleonischen Regiments eine Entschädigung gewährte.

Ich sagte damals: die Zeit wird hoffentlich auch in Deutschland kommen, wo die Opfer des Sozialistengesetzes entschädigt, und wo die Urheber dieses Gesetzes und alle diejenigen, die vermittelst desselben Tausende und Hunderttausende in ihrer Person und in ihrem Eigenthum geschädigt haben, persönlich haftpflichtig gemacht werden. Ich will nicht, daß, wie in Frankreich, die Steuerzahler die Entschädigung zu geben haben, sondern daß die Schuldigen belangt werden. — Der Ausdruck, persönliche Haftbarkeit wurde da-

mals von einigen Reaktionären so gedeutet, als habe ich zur Lynchjustiz aufgefordert. Nun, an Justiz dachte ich, aber nicht an Lynchjustiz. Die persönliche Haftbarkeit des Beamten ist ein nothwendiges Postulat der Volkssouveränetät. Der Beamte ist nicht ein höheres Wesen; er hat blos den Willen des Volkes zu vollziehen oder im Einklang mit diesem Willen — wie der Richter — seines Amtes zu walten; er ist für alle seine Handlungen verantwortlich und darf nicht außerhalb der zivil- und gemeinrechtlichen Verfolgung stehen. Das wollen wir ausdrücken. In England ist dies bereits Gesetz, und dort wirkt es ganz vortrefflich. Jeder Staatsbürger ohne Ausnahme steht dort für alle seine Handlungen gleichmäßig unter dem Zivilrecht und dem gemeinen Strafrecht, auch die Offiziere und Soldaten im Dienst. Der Offizier und Soldat steht in England zwar, wie bei uns, unter dem Militärgesetz, welches blinden Gehorsam gegen die Ordre fordert, aber er ist gleichzeitig für alle seine Handlungen, auch die dienstlichen, nach gemeinem Zivil- und Kriminalrecht haftbar. Nehmen Sie an, der Offizier giebt bei einem Aufruhr das Kommando zum Schießen. Militärrechtlich muß er es thun, er hat den Befehl und für das Blutvergießen, für die Tödtung von Mitmenschen ist er militärgesetzlich nicht verantwortlich. Nun kommt aber das gemeine bürgerliche Gesetz — zunächst die Todtenschau: da sind Todte, gewaltsam Getödtete, — wie sind sie ums Leben gekommen? Durch die Kugeln von Soldaten — der Offizier hat das Kommando: Feuer! gegeben, die Soldaten haben geschossen und durch die Kugeln sind die Leute getroffen und getödtet worden. — Hat der Offizier in Selbstvertheidigung gehandelt, — wird nun weiter gefragt — oder liegt Todtschlag oder Mord vor? Und das Gesetz über Todtschlag — mans-laughter — und über Mord — murder — gilt in England für Offiziere und Soldaten genau so gut wie für eine Zivilperson, die Jemanden todtschießt oder todtschießen läßt. Kann nicht nachgewiesen werden, daß das Militär in Nothwehr, oder zur Vertheidigung unbedingt nothwendig des gesetzlichen Zustandes schießen mußte, so erklären die Geschworenen einfach, es war kein genügender Grund zum Schießen vorhanden, das Volk hat nicht das Militär bedroht, das Feuern war überflüssig, und dann lautet die Anklage günstigsten Falls auf Todtschlag, und wenn die Sache schlimmer liegt, auf Mord; der Offizier, der den Befehl zum Feuern gab, wird durch das Kommando, das er von oben erhalten hat, nicht gedeckt, und sprechen die Geschworenen ihr Schuldig, so wird er nach dem bürgerlichen Gesetz entweder wegen Todschlags ins Zuchthaus gesteckt oder wegen Mordes einfach aufgeknüpft. (Beifall.) Und dasselbe kann auch jedem englischen Soldaten passiren, der auf Kommando schießt. Und man glaube nicht, daß derartiges nicht vorkäme. Ich selbst erinnere mich

mehrerer Fälle, wo Offiziere von den Geschworenen schuldig befunden wurden, — hintennach erfolgte freilich die königliche Gnade. Indeß, es kann passiren, daß diese nicht mehr hilft. Jedenfalls ist unsere Forderung eine durchaus berechtigte. — Uebrigens kann ich ein Beispiel von persönlicher Haftbarkeit schon aus Deutschland anführen, freilich ein ganz vereinzeltes, — ich meine den Fall des Generals Vogel von Falckenstein, der bei Ausbruch des letzten französischen Krieges unsere damalige Parteileitung verhaften und in Lötzen einsperren ließ. Er wurde nach Beendigung des Krieges deshalb von den Betroffenen zivilrechtlich belangt und ist durch alle Instanzen hindurch zu einer beträchtlichen Entschädigung an die Zivilkläger verurtheilt worden. Das war in Braunschweig — und würde jetzt wohl kaum mehr vorkommen — ich meine die Entschädigung.

Weiter wird gefordert: Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Das ist die alte Forderung der Sozialdemokratie, die schon von Fichte in seiner „Rede an die deutsche Nation“ aufgestellt worden ist. Heute haben wir ein Volk „in“ Waffen und ein Volk ohne Waffen. Es soll Jeder Soldat sein, wie in der Schweiz; und, um ein solches System direkt durchzuführen, ist es nothwendig, daß Jeder von Jugend auf in den Waffen geübt wird, im Marschiren, Turnen, Schießen u. s. w. In der Schweiz kennt jeder Schullehrer in jedem Dorf die militärischen Uebungen, er ist ja mindestens Unteroffizier in der Eidgenössischen Armee, vielleicht höherer Offizier. Er lehrt seine Schüler von frühestem Alter an exerziren, militärisch turnen, mit der Armbrust schießen, — und in einem gewissen Alter erhält der Knabe schon ein Gewehr. Kurz, die Jugend wird dort in allen zum Militärdienst nöthigen Uebungen ausgebildet. Ein ähnliches System wollen wir haben, und ich meine, so ausgebildete Soldaten würden — wenn die Ausbildung rationell erfolgt — eine weit feldtüchtigere Mannschaft abgeben, als unsere heutigen Soldaten, deren körperliche Ausbildung bei den traurigen Verhältnissen, in denen die meisten vor dem Eintritt ins Heer leben, und bei der Mangelhaftigkeit unseres Schulwesens eine zum Theil geradezu bejammernswerthe ist. Ich frage Diejenigen, welche Soldaten gewesen sind, wie steht es denn heute mit dem Turnen der Soldaten? Das Bischen, was sie lernen, ist kaum der Rede werth. (Zustimmung.) Ich kann mich hier auf das Zeugniß einer unserer ersten turnerischen Autoritäten, wenn nicht die erste, berufen; und, wer vom Turnen nur etwas versteht, weiß, daß Jemand, der 20 Jahre alt geworden ist, ohne zu turnen, überhaupt nicht mehr im Stande ist, das Turnen ordentlich zu lernen. — Um Tüchtiges zu leisten, muß man von Jugend auf anfangen. — Und dann, wie steht es mit den Marschleistungen unserer Soldaten? — Im Sonderbundskriege — ich war damals in der

Schweiz — haben eidgenössische Truppen an einem Tage 21 Stunden zu Fuß zurückgelegt, und von den Bataillonen aus Baselland, die ich in Zürich einmarschiren sah, ist Keiner nachgefahren worden, — das leistete eben die von Jugend auf geübte Miliz.

Und wie steht es heutzutage mit dem Schießen? Das ist schließlich neben dem Marschiren die Hauptsache in der Armee. Für Jeden, der da weiß, was ein wirklich guter Schütze ist, sind die Schießleistungen unserer Soldaten gleich Null. Es ist das ein Punkt, mit dem ich mich seinerzeit sehr viel beschäftigt habe. — Genug, ich wollte blos andeuten, daß die Verwirklichung unserer Forderung die nationale Wehrhaftigkeit nicht mindern, sondern im Gegentheil die Kraft zur Vertheidigung stärken würde.

Wir verlangen weiter Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Hierüber blos ein Wort. Man hat gewünscht und von den verschiedensten Seiten beantragt zu sagen: direkt durch das Volk; die jetzige Fassung sei ja ein Rückschritt. Nein, das ist nach keiner Seite ein Rückschritt und ein positiver Fortschritt auf der Bahn des Vernünftigen und Praktischen. Nehmen Sie an, es kommt plötzlich ein Krieg, wie soll es da möglich sein, daß das ganze Volk erst darüber abstimmt? Und heutzutage kommen die Kriege meist plötzlich. Emanzipiren wir uns von der Phrase und drücken wir unsere Forderung so aus, daß sie auch Hand und Fuß hat!

Weiter: Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Daß wir keine Utopisten sind in Bezug auf den „ewigen Frieden", hat sich bereits auf dem Brüsseler Kongreß zur Genüge gezeigt. Wir haben dort in der bekannten Resolution ausgesprochen, daß der Zustand, welcher die permanente Kriegsgefahr und den Militarismus mit sich bringt, in den heutigen wirthschaftlichen Verhältnissen, im System des Kapitalismus wurzelt. Wir sind nicht wie die bürgerlichen Schwärmer, welche die Ursachen belassen und blos die Folgen beseitigen wollen. Trotzdem stellen wir die Forderung auf, daß ein internationales Schiedsgericht errichtet werde, vor welches die Streitigkeiten der Staaten unter einander zu bringen sind. Vorläufig wird diese Forderung ja nicht verwirklicht werden, wie sehr vieles, was wir hier fordern, von dem heutigen Staat nicht verwirklicht werden wird — aber wir haben uns über diese, die ganze zivilisirte Welt so tief berührende Frage auszusprechen, und wir müssen zeigen, daß wir jeden ernsten Versuch, die Kriegsgefahr zu beseitigen, als Partei unterstützen, jedoch ohne in die flache bürgerliche Friedens-Utopisterei zu gerathen.

Wir verlangen ferner Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung dem Manne unterordnen. In Bezug hierauf ist mir unmittelbar, ehe ich das Wort ergriff, von fachkundiger Seite vorgeschlagen

worden, wir möchten statt des Ausdrucks „dem Manne unterordnen“ sagen: „dem Manne gegenüber benachtheiligen“. Ich halte dies auch für eine Verbesserung, die übrigens rein redaktioneller Natur ist, und ich bitte Sie um die Erlaubniß, den Text entsprechend ändern zu dürfen. Vor Aufnahme dieser Forderung haben wir uns gefragt, ob, nachdem wir die absolute Gleichheit der Menschen „ohne Unterschied des Geschlechts“ ausgesprochen haben, es nicht überflüssig sei, dies hier in einem speziellen Punkt noch besonders zu erklären. Nun ist aber zu bedenken, daß in Brüssel eine Resolution in diesem Sinne angenommen worden ist mit dem ausdrücklichen Wunsch, man möge sie in die sozialdemokratischen Parteiprogramme der verschiedenen Länder aufnehmen; und dem haben wir entsprochen.

Die beiden folgenden Absätze des Programms haben uns bei ihrer Formulirung die größten Schwierigkeiten bereitet. Man hat uns die Sache dadurch erleichtern wollen, daß man vorschlug, wir möchten doch die alten demokratischen Forderungen, wie wir sie im Eisenacher Programm finden, wieder aufnehmen: Trennung der Kirche von der Schule und Trennung der Kirche vom Staate. Ja, das war seiner Zeit recht schön, aber es besagt bei Weitem nicht Alles, was wir sagen wollen und jetzt sagen müssen. Mit jener Formulirung wird die Kirche als ein neben dem Staate bestehendes Institut anerkannt, und das wollen wir nicht. Wir gehen viel weiter: in unseren Augen und in dem freien Gemeinwesen, welches wir anstreben, ist die Kirche eine einfache private Gemeinschaft und Vereinigung, welche denselben Gesetzen unterliegt wie alle anderen privaten Vereinigungen und Gemeinschaften. Das ist der Gedanke der absoluten Gleichheit, den wir hier ausgedrückt haben. Darum sagen wir: „Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten“ — und damit die Katholiken nicht sagen können, wir wollten sie vergewaltigen, fügen wir hinzu: „Gemeinschaften, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen“. In Verbindung mit diesem Passus über die Kirche fordern wir: „Weltlichkeit der Schule“. Das heißt, daß die Kirche, daß die Religion mit der Schule absolut nichts zu thun hat. Das zu fordern sind wir prinzipiell verpflichtet, und der Punkt ist so klar, daß er einer Erläuterung nicht bedarf. Aber es galt, allen Mißverständnissen, den absichtlichen und unabsichtlichen Mißdeutungen vorzubeugen, zu welchen eine derartige Forderung in unserem Programm Anlaß geben könnte. Darum machte sich eine sehr sorgfältige Fassung nothwendig. Man weiß, wie die Geistlichkeit jetzt den Kampf um die Schule mit der größten Hartnäckigkeit betreibt, wie sie die Schulfrage in den Vordergrund schiebt. Man

weiß, wie viel es der Geistlichkeit, der katholischen, protestantischen und sonstigen, darauf ankommt, die Herrschaft über die Geister zu erhalten und zu befestigen. Man weiß, wie die Sozialdemokratie als das rothe Gespenst hingestellt wird; wie es von uns heißt, und wie namentlich die Geistlichkeit es von uns sagt: wir seien eine Partei der Atheisten und wollten als Sozialdemokraten Jedem und Jeder die Religion gewaltsam nehmen und die Kirche gewaltsam unterdrücken. Um solchen demagogischen Verleumdungen und frommen Lügen gleich von vornherein den Boden zu nehmen, oder ihnen doch die Spitze abzubrechen, erklären wir hier, daß die Stellung zur Religion Sache eines Jeden ist, erklären wir die Religion zur Privatsache. Ich gestehe, ich habe mich lange dagegen gesträubt, diese nur durch praktische Rücksichten gebotene, ihrem Inhalt nach selbstverständliche Erklärung in das Programm aufzunehmen. Aber im Hinblick auf die systematische Verdächtigung unserer Stellung zur Religion erschien ich es doch nöthig dies auszusprechen. Die Sozialdemokratie als solche hat mit der Religion absolut nichts zu thun. Jeder Mensch hat das Recht zu denken, zu glauben was er will, und Niemand hat das Recht, Jemanden in seinem Denken und Glauben zu behelligen, einzuschränken, ihm sein Denken und Glauben zu einem Nachtheile irgendwelcher Art gereichen zu lassen. Vorgehen kann man dann erst gegen Meinungen und Glauben, wenn Meinungen und Glauben sich in gemeinschädliche und ungesetzliche Handlungen umsetzen, wie z. B. bei gewissen Mucker-Sekten. Aber die Meinungen, der Glaube an sich, sie müssen frei sein, absolut frei — wir als Sozialdemokraten haben sie zu respektiren und der Sozialdemokrat, welcher das Recht, die Würde des Mitmenschen achtet, wird sich auch hüten, den Glauben eines Mitmenschen zu verhöhnen. Ueberhaupt ist die Verhöhnung irgend eines Vorurtheils stets thöricht und unpolitisch und wird das Vorurtheil nur stärken. Hier hilft nur Belehrung. Aber wenn es unsere Pflicht war, auszusprechen, daß wir Niemand die Religion rauben, Niemand in der Ausübung seiner Religion hindern wollen, so dürfen wir doch der Geistlichkeit keine Handhabe bieten, vermittelst deren sie in die Schulen herein kommen kann, und darum sagen wir: der Besuch der öffentlichen Volksschulen ist obligatorisch. In diese weltlichen Schulen, in denen keine Religion gelehrt wird, muß von den Eltern oder Verwandten jedes Kind geschickt werden; aber den Eltern bleibt es kraft des Grundsatzes: Die Religion ist Privatsache, unbenommen, ihre Kinder in der Religion, die sie haben, selbst zu unterrichten oder unterrichten zu lassen. Wir wollten das ursprünglich im Programm ausdrücklich sagen, aber wir fanden, daß eine solche praktische Kommentirung nicht in das Programm gehört.

Wir verlangen weiter, daß alle Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln nicht blos zu kirchlichen, sondern auch zu religiösen

Zwecken zu streichen sind. Wir haben das Wort „religiöse" noch zugefügt, weil es Gemeinschaften giebt, die religiöser Natur sind, ohne darum kirchlich zu sein, und auch da soll aus öffentlichen Mitteln keine Zuwendung erfolgen, eben weil die Religion Privatsache ist.

Was nun das Schulwesen betrifft, so war es bei Feststellung unseres Programm-Entwurfs eine Streitfrage, die uns längere Zeit beschäftigte: ob wir nicht aussprechen sollten, daß der Unterricht und die Lehrmittel in allen Schulen, bis zu den höchsten, bis zur Universität unentgeltlich sein sollen. Zum Theil mit Rücksicht auf die bezüglichen Ausführungen der Programmkritik von Karl Marx, der hervorhob, daß dadurch nur für die Bourgeoisie, für die Besitzenden, ein Vortheil geschaffen würde, weil der Arbeiter unter den heutigen Verhältnissen seine Kinder nicht in höhere Schulanstalten schicken kann, haben wir uns aber zu einer Einschränkung entschlossen, und fordern nur die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in den öffentlichen Volksschulen. Zu dieser Forderung gehört die andere der Verpflegung — beiläufig eine Forderung welche vor fast 100 Jahren in dem berühmten Schulgesetz von Lakanal sich findet, das kurz nach der Enthauptung von Ludwig XVI. dem französischen Konvent vorgelegt und von ihm angenommen ward. Damals wurde der Grundsatz schon ausgesprochen, daß der Staat, der die Eltern zwingt, ihre Kinder in die Schule zu schicken, auch verpflichtet ist, für die leibliche Pflege der Kinder zu sorgen. Auch die Schulfrage ist eine soziale Frage. Hungernde Kinder können nichts lernen. — Für sich selbst spricht unsere weitere Forderung, daß diejenigen Kinder, welche besondere Anlagen zeigen, und bei der Prüfung sich als fähig für den Besuch höherer Schulen — Fach- und anderer Schulen — erweisen, ähnlich, wie es in verschiedenen Staaten von Amerika jetzt schon eingeführt ist, in den höheren Schulen unentgeltlich unterrichtet und verpflegt werden. Mit diesem Zusatz ist unser Schulparagraph so formulirt, daß er auch den weitestgehenden Anforderungen Rechnung trägt, ohne in phantastische Ueberschwenglichkeiten zu verfallen und den Boden der realen Verhältnisse zu verlassen.

Eine weitere Forderung ist die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes, die Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung u. s. w. Beides gehört prinzipiell zusammen. Die Möglichkeit sein Recht zu suchen, ist heute im Wesentlichen ein Privilegium der Reichen. Das Recht zu klagen, ist in den meisten Fällen dem Armen thatsächlich genommen, weil das Klagen und Prozessiren zu theuer ist. Genau so ist es mit der ärztlichen Hilfe im Falle der Krankheit. Der Arzt ist kein Beamter und, wenn auch jetzt in einzelnen Fällen die Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung wie die des Rechtsbeistandes gesichert ist, so ist dies doch an Bedingungen geknüpft, die nicht Jeder erfüllen

kann oder mag; und Hunderttausende gehen heutzutage der ärztlichen Hilfe wie des Rechtsbeistandes aus Mangel an Geld, und aus Scheu vor den hohen Kosten verlustig. So werden neue Privilegien für die besitzenden Klassen geschaffen! Was nun insbesondere die Unentgeltlichkeit des Rechtsbeistandes und der Rechtshilfe anbelangt, so sind hiergegen ja allerhand praktische Bedenken erhoben worden. Aber wir haben uns gesagt, bei einer Vereinfachung des Rechtsweges lassen sich sehr wohl Formen finden, in welchen unsere Forderung ausgeführt werden kann, und nicht unsere Sache ist es, hier Einzelheiten festzustellen, sondern das ist Sache des Gesetzgebers. Zu Gunsten dieser Forderung ist noch besonders geltend zu machen, daß der Staat ja nach den Definitionen der Rechtsphilosophie ein großer Verein zum Rechtsschutz ist, und daß der „Rechtsstaat" den Vertheidigern des heutigen Staats stets als Ideal vorschwebt. Und sagen sie uns nicht immer: „Der Staat garantirt einem jeden Staatsangehörigen und Bürger sein Recht?" Gut, wir verlangen, daß der Rechtsschutz, welcher jetzt für die Masse des Volkes nur auf dem Papier besteht, zur Wahrheit werde für Alle. Jetzt hat ihn blos der Reiche, der gar keinen staatlichen Rechtsschutz braucht, weil er sich selbst zu seinem Recht verhelfen kann; dem Armen aber, der in seinen Rechten viel leichter und mehr bedroht wird, als der Reiche, ist er unerreichbar und für ihn besteht der Rechtsschutz thatsächlich nicht. Das ist eine Ungerechtigkeit, der ein Ende gemacht werden muß.

Weiter!

„Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind." Die Einfügung der Vermögenssteuer hat in der Kommission zu einer Debatte Veranlassung gegeben. Wir haben aber gefunden, daß neben dem Einkommen auch das Vermögen erwähnt werden muß, wie z. B. in England bei der Income and Property Tax — Einkommen- und Eigenthumssteuer — der Fall ist. Es ist nothwendig, eine Unterscheidung zu machen zwischen demjenigen Einkommen, welches einfach aus der individuellen Arbeit einer Person entsteht, und demjenigen, welches eine Person hat, ohne daß sie selbst zu arbeiten braucht, z. B. aus Grund und Boden, aus Kapitalien, aus Staatspapieren u. s w. Während bei dem Einen das Einkommen an die Person geknüpft ist und aufhört, wenn sie nicht mehr arbeiten kann, wenn sie stirbt — ist das andere Einkommen von der Person unabhängig. Bei einem Einkommen dieser Art muß die stufenweise Besteuerung eine andere und höhere sein. Mit anderen Worten, Jemand, der ein Einkommen von festem Vermögen hat, muß mehr besteuert werden als Jemand, der ein Einkommen ohne Vermögen hat. — Wir haben ferner die Selbsteinschätzungspflicht auf

genommen, wogegen wohl nichts zu bemerken ist. Von der **Erbschaftssteuer** wird verlangt, daß die stufenweise Erhöhung nicht blos nach dem Umfang des Erbgutes zu bemessen ist, also nach dem Grundsatze der Progressivsteuer, sondern auch gleichzeitig nach der größeren Entfernung des Verwandschaftsgrades. Hierüber wird wohl keine Meinungsverschiedenheit bestehen.

Ich komme nun zu dem **zweiten Theil der besonderen Forderungen**, nämlich denjenigen, welche wir speziell zum **Schutz der Arbeiterklasse** aufstellen. Unter diesen ist auch nicht eine einzige, die einer genaueren Erörterung hier noch bedürfte. Um einer etwaigen Debatte vorzubeugen, will ich blos erwähnen, daß wir die Anträge, die von den verschiedenen Seiten vorlagen, zu dem Zweck: die **staatliche Versicherung** in der einen oder anderen Form auch auf die **Arbeitslosigkeit** auszudehnen, haben streichen müssen — und zwar einstimmig — weil wir zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß eine derartige Forderung einfach nicht durchführbar ist, und uns von dem Boden des thatsächlich Möglichen entfernen würde, den wir in diesen besonderen Forderungen — und namentlich in diesem Theil derselben nicht verlassen dürfen. Es ist ja von den Arbeitergewerkschaften in England der Versuch einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit gemacht worden, da hat sich denn herausgestellt, daß blos die Organisation solcher Gewerbe, bei denen es durchschnittlich hohe Löhne und eine geringe Zahl von Arbeitslosen giebt, eine solche Versicherung zur Noth durchführen können — also nur diejenigen Arbeitergruppen, **die es am wenigsten brauchen**. Alle anderen Gewerke, in welchen heutzutage die Arbeitslosen nach Tausende zählen, sind sofort an dem Versuch gescheitert; und wenn wir **dem Staate** diese Aufgabe zumuthen wollten, so würden wir unserer Sache einen schlechten Dienst leisten. Wie schon angedeutet, gerade in den Forderungen betreffend die Arbeiterklasse müssen wir als Arbeiterartei alles Nebelhafte und Undurchführbare vermeiden Was wir in diesem Theil unseres Programms fordern, ist eminent praktisch und zum großen Theil in anderen Ländern bereits verwirklicht, und wir müssen diese Forderungen nicht belasten durch solche, welche es unseren Gegnern leicht machen zu sagen: **Ihr fordert das Unmögliche!** Die **Versicherung** gegen Arbeitslosigkeit gehört aber schon in das Traumland des „Rechtes auf Arbeit“. —

Genossen! Es wäre mir unendlich lieb gewesen, wenn wir in einem früheren Stadium das Programm hätten behandeln können, wenn wir entweder auf diesem regelmäßigen Jahreskongreß, oder auf einem speziell zu diesem Zweck einberufenen **außerordentlichen Kongreß** in eingehendster Weise alle Grundprinzipien unseres Programms und alle damit zusammenhängenden Fragen hätten durchsprechen können. Ich bin überzeugt, es hätte das der Partei zum Vortheil gereicht, nach Innen wie nach Außen. Aber es ist

nicht möglich gewesen — und die nothgedrungen beschränkte Zeit, über welche wir verfügen, macht es nothwendig, daß wir uns jetzt in der Debatte die möglichste Beschränkung auferlegen und nicht allzu sehr in Einzelheiten eingehen. Ich will deshalb nur noch das absolut Nothwendigste sagen, indem ich mir vorbehalte, erforderlichen Falls nachher von dem mir als Referenten zustehenden Recht Gebrauch zu machen. Ich hoffe aber, daß die Debatte sich nicht ausdehnen möge über Fragen, über welche in der Partei selbst schon monatelange Debatten stattgefunden haben, und über die man sich in unserer Presse klar geworden ist. Alle Genossen, die Anträge gestellt haben und hier auf dem Parteitage als Delegirte anwesend sind, haben wir in die Programm-Kommission gewählt, weil wir von der Ueberzeugung ausgingen, daß es weit zweckmäßiger ist, wenn der Wortlaut in einem kleinen Kreise festgestellt wird, als wenn die Klärung der Meinungen in einem größeren Kreise stattfinden soll, wo ein Programm-Entwurf ja wohl überhaupt gar nicht festgestellt werden kann. Und endlich bemerke ich noch: auch alle diejenigen Mitglieder der Kommission, welche Programm-Anträge vertreten haben, die nicht in diesen unseren Entwurf aufgenommen worden sind, haben sich für den Entwurf in seiner jetzigen Fassung erklärt und haben sich durch die Gründe, welche die Majorität bestimmt haben, überzeugt erklärt.

Genossen! Im Anfange seiner aufsteigenden Macht sprach Fürst Bismarck der fortschrittlichen Bourgeoisie gegenüber das Wort aus: Flectere si nequeo superos, Acheronta movebo, wenn ich mit Euch Fortschrittlern und Liberalen nicht fertig werde, dann beschwöre ich das Proletariat herauf, ich bewege den Acheron, ich entfessele gegen Euch die sozialistische Bewegung. Fürst Bismarck rief, der Acheron, das deutsche Proletariat, hat sich aber nicht bewegt! Es wurden uns Anerbietungen gemacht, sie wurden verachtungsvoll zurückgewiesen. Dann rief die Sozialdemokratie, und der Acheron hat sich bewegt, die deutsche Arbeiterbewegung entstand, und die deutsche Arbeiterschaft marschirt jetzt, soweit sie klassenbewußt ist, einmüthig und geschlossen wie in keinem anderen Lande der Erde, unter dem Banner der Sozialdemokratie. Was Fürst Bismarck nicht konnte, das hat die deutsche Sozialdemokratie erreicht — sie war stärker als er, und auf der ganzen Linie steht die Sozialdemokratie da als Siegerin über das Bismarck'sche System. Man hat von dem „ehernen Entwicklungsgesetz“ gesprochen. Und es ist ein ehernes Gesetz, Keiner kann es abändern, mit Gewalt es beugen oder brechen, und Fürst Bismarck, der Mann, der über alle Machtmittel des Staates und der Gesellschaft verfügte, der von sich sagte: ich bin das Reich, — der Staat bin ich! — der es mit größerem Recht von sich sagte, als jener König von Frankreich — er liegt heut zerschmettert am Boden;

und Staat und Gesellschaft sind noch da, nichts hat sich in der Welt wesentlich geändert, ein Mann weniger auf der politischen Bühne und nichts weiter, — ein Mann über Bord! Die Sozialdemokratie weiß, daß so wenig ein Bismarck die Bewegungsgesetze ändern konnte, ebenso wenig wir es können. Wir wissen, daß die bürgerliche Gesellschaft, sie mag thun was sie will, in ihr Verderben rennt. An ihr vollzieht sich das Verhängniß. Es ist wie eine Schicksals-Tragödie des Alterthums: der Held, das Opfer weiß, er ist verurtheilt, es besteht ein Schicksalsspruch, den er erfüllen muß. Er wehrt sich dagegen, er sucht dem Verhängniß zu entrinnen, aber jeder Schritt, den er thut, um seinem Verhängniß zu entgehen, führt ihn der Katastrophe näher, bis der Tag des Untergangs, des Verderbens, des Gerichtes hereinbricht. So ist es mit unserer Bourgeoisie. Sie bietet alles auf, um dem Schicksal zu entrinnen, aber jeder Versuch dem Verhängniß auszuweichen, führt sie der Vollstreckung des Urtheils, des Schicksalspruches blos näher. Sie mag gegen uns thun was sie will, sie thut es für uns, sie mag für sich thun was sie will, sie thut es für uns; und wir, wir mögen thun was wir wollen, die Verhältnisse arbeiten uns in die Hände; alles in Staat und Gesellschaft, Verfolgungen, Konzessionen, einerlei: alles schlägt uns heute zum Vortheile aus — uns der aufsteigenden, siegenden Sozialdemokratie. Mögen unsere Gegner versuchen, was sie wollen, sie können nur für uns arbeiten.

Ich führte vorhin aus, daß die bürgerliche Gesellschaft eine Gesellschaft der Expropriation, daß der Kapitalismus die Expropriation in Permanenz ist.

Die Besitzer der Arbeits- und Produktionsinstrumente expropriiren diejenigen, welche keine besitzen, und dieser Prozeß der Expropriirung, d. h. d. Eigenthumsberaubung dauert fort, solange diese gesellschaftliche Ordnung besteht. Sie nennt sich allerdings die Gesellschaft des Eigenthums, des persönlichen Eigenthums, aber in Wirklichkeit ist sie gerade die Gesellschaftsform, welche das persönliche Eigenthum zerstört. Und das Ende dieses Expropriationsprozesses kann nur sein, was Marx ausgesprochen hat in seinem granitnen Wort: die Expropriation der Expropriateure! Das Eigenthum, soweit es berechtigt und möglich ist, d. h. das gleiche Anrecht eines Jeden auf den Genuß der Güter, welche durch die gemeinschaftliche, organisirte Arbeit Aller erzeugt werden, kann sich erst dann verwirklichen, wenn diese Gesellschaft in Trümmer zerfallen ist. — —

Wir sind jetzt im Begriff uns ein neues Programm zu geben. Das alte hat uns treffliche Dienste gethan. Ehrfurchtsvoll werden wir, werden unsere Nachkommen es zu allen Zeiten betrachten — was mangelhaft daran war, ist ergänzt und verbessert worden

durch die steigende Bildung und Intelligenz der Genossen. In die mangelhafte Form haben sie den richtigen Inhalt hineingegossen. Das schönste Programm nützt uns nichts, wenn nicht der echte, lebendige Geist hineingelegt wird. Und darum bitte ich Sie, kleben Sie nicht an dem Wort! Bedenken Sie, ein vollkommenes Programm giebt es nicht. Das Programm, welches nach der einstimmigen Meinung von uns allen im Augenblicke das beste ist, wird schon in der nächsten Stunde einen Kritiker gefunden haben, der in der einen oder anderen Formel, in dem einen oder anderen Satz, eine Verbesserung anbringen wird. Wir wollen — wie schon 1875 gesagt ward — wir wollen uns im Programm keinen Papst schaffen. Das Programm hat nur das Eine zu erfüllen: klar und verständig die Ziele unserer Partei hinzustellen, den Entwicklungsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft zu zeigen und die Naturnothwendigkeit, mit welcher sie sich selbst tödtet, und in welchem sie selber den Moment herbeiführt, wo die kapitalistische Produktion im Interesse der menschlichen Gemeinschaft ersetzt werden muß durch die sozialistische Produktionsweise. Diesen Entwicklungsprozeß mit aller Macht zu beschleunigen und alle Kraft daran zu setzen, daß dieser Moment möglichst bald eintrete, das ist unsere heilige Pflicht. Sorgen Sie dafür, daß das neue Programm, welches wir heute schaffen werden, die Partei von Siegen zu Siegen führe, wie das alte — von Sieg zu Sieg bis zum endgiltigen Sieg! Legen Sie den richtigen Geist in das neue Programm! Kämpfen Sie in dem richtigen Geist unter diesem neuen Banner! Tragen Sie es, eingedenk der erhöhten Pflichten, die aus der Größe und dem Wachsthum unserer Partei für uns entspringen, mannhaft und begeisterungsvoll voran, — kämpfen Sie furcht- und rastlos, wie Sie unter dem alten Banner, unserer alten zerfetzten Sturmfahne gekämpft haben. Setzen Sie Ihre ganze Kraft, Ihre ganze Persönlichkeit an die Verwirklichung dieses Programms und sorgen Sie so dafür, daß die Zeit bis zu dem Tag, wo die heutige bürgerliche Gesellschaft fällt, möglichst abgekürzt werde — denn der Fall dieser Gesellschaft hängt wesentlich ab von der Summe der Kraft, die gegen sie eingesetzt wird. Je mehr Kraft wir in die Agitation in unseren Agitationskampf legen, je rücksichtsloser wir unsere Persönlichkeit in die Wagschale werfen, desto rascher werden wir am Ziele sein und desto eher das Banner der Sozialdemokratie auf den Zwingburgen der heutigen Gesellschaft aufpflanzen! (Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Singer: Es ist ein genügend unterstützter Antrag des Genossen Blos eingelaufen, von einer Diskussion über den Programm-Entwurf abzusehen und denselben en bloc anzunehmen. (Beifall und Widerspruch.) Der gleiche Antrag ist von Dr. Rüdt in Form einer Resolution gestellt.

Ferner ist von zwei Seiten ein Antrag eingebracht, über die

zum Programm-Entwurf hier eingegangen Abänderunganträge zur Tagesordnung überzugehen (Beifall.)

Nach einer kurzen Diskussion, an der sich Stadthagen, Blos, Meister und Pfannkuch betheiligten, wurde der Antrag auf en bloc-Annahme des Programm-Entwurfs mit sehr großer Majorität angenommen.

Der von der Programm-Kommission unterbreitete Programm-Entwurf wird hierauf **einstimmig** zum definitiven Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands erklärt. (Lebhafter Beifall.)

Nach Verlesung eines Begrüßungstelegramms der Breslauer Genossen wünscht Dr. Rüdt eine Erklärung in Bezug auf das Protokoll des Haller Parteitages zu übergeben, was der Vorsitzende jedoch, unter Zustimmung des Parteitages, jetzt nach Verlauf eines vollen Jahres für unzulässig erklärt.

Mielenz verliest folgende Depesche aus Berlin: Gestern Abend 600 Sozialdemokraten mit Werner und Wildberger, Auerbach und Wille solidarisch erklärt. Hunderte abgesperrt. Grundmann. Ernst.

Der Vorsitzende macht nunmehr Mittheilung von dem Resultat der vollzogenen Wahl der Parteileitung. Es sind im Ganzen abgegeben 223 Stimmzettel. Zu Vorsitzenden sind gewählt Singer mit 221 Stimmen, Gerisch mit 220 Stimmen, Vollmar, Schippel, Niederauer und Rüdt erhielten je 1 Stimme. Zu Schriftführern sind gewählt Auer mit 219 und Fischer mit 165 Stimmen. Auf Dr. Lux entfielen 47 Stimmen, auf Schippel 2, die übrigen zersplittert. Zum Kassirer ist gewählt Bebel mit 220 Stimmen, Schmalfeldt erhielt 1 Stimme. Zu Kontroleuren sind gewählt worden Herbert-Stettin mit 214, Gottfried Schulz-Berlin mit 211, Ewald-Brandenburg mit 181, Dubber-Hamburg mit 178, Kaden-Dresden mit 177, Meister mit 167 und Jacobey-Berlin mit 189 Stimmen.

Singer: Damit ist die Parteileitung für das künftige Jahr gewählt, und ich darf mit dem Ausdruck herzlichen Dankes für das gezeigte Vertrauen wohl Namens der Gewählten erklären, daß sie die Wahl annehmen. (Beifall.)

Das Wort erhält nun Genosse Reumann aus Wien: Parteigenossen und Parteigenossinnen! Ich habe Ihnen die herzlichsten Sympathien der österreichischen Genossen zu übermitteln. Wir haben einen reichen Schatz von Erfahrunge auf Ihrem Parteitag gesammelt. Sie Alle wissen ja, daß die österreichische Arbeiterbewegung noch nicht jene Entwicklung gewonnen hat, wie die deutsche Bewegung. Das dürfen Sie aber nicht etwa einer Ziellosigkeit der österreichischen Genossen zuschreiben, sondern einzig und allein der Thatsache, daß in Oesterreich politische Zustände herrschen, wie vielleicht in keinem Staate außer Rußland. In Oesterreich sind die Arbeiter politisch

völlig rechtlos. Aber ich versichere Sie, daß wir den Boden, den wir haben, voll und ganz zum Wohl der Arbeiter ausnützen. Ich will nur noch einem Wunsch der österreichischen Genossen Ausdruck geben, daß Sie auch einen Delegirten zum österreichischen Parteitag entsenden mögen. Ich danke Ihnen für die Aufnahme, die wir hier gefunden haben. (Beifall.)

Vorsitzender Singer: Parteigenossen! Wir haben die Aufgaben, die der Parteitag zu erledigen hatte, erfüllt. Wir haben eine arbeitsvolle Woche hinter uns; die Verhandlungen dieses Parteitages waren wichtig nach verschiedenen Richtungen hin. Wir waren genöthigt, Klarheit zu schaffen und reinen Tisch zu machen zwischen den Elementen, die behaupteten Parteigenossen zu sein und doch nichts anderes thaten, als Zwiespalt in die Reihen der Partei zu bringen, als Verdächtigungen und Verleumdungen gegen einzelne Personen auszusprechen und damit Verwirrung in die Partei hineinzutragen. Die ersten Tage unserer Verhandlungen haben bewiesen, daß, wenngleich einzelne Personen sich bemüht haben, die Partei zu schädigen, die übergroße Majorität der Partei fest entschlossen ist, sich nicht von dem Boden der bewährten Kampfesart abdrängen zu lassen. Der Parteitag hat auf Grund des Berichts der von ihm eingesetzten Kommission sein Urtheil über das parteischädigende Treiben dieser Personen gefällt. Wie Sie aus der Ihnen verlesenen Depesche ersehen haben, benutzten diese Leute den Moment, in dem der Parteitag noch beschäftigt ist seine Arbeiten zum Abschluß zu bringen, und ohne daß die Delegirten Berlins im Stande waren, sich an der Berichterstattung zu betheiligen, um aufs Neue zu lügen und zu verleumden. Ich bin aber sicher, trotz des Siegestelegramms, welches hier verlesen worden ist, die große, übergroße Majorität der Parteigenossen in Berlin wird wissen, was sie zu thun hat, und ich zweifle keinen Augenblick, daß die sozialdemokratische Partei sich auf ihrem Vormarsch und in ihrer Agitation durch die sogenannte Opposition auch nicht einen Augenblick stören lassen wird. (Lebhafte Zustimmung.) Der Parteitag hat durch einstimmige Annahme der bezüglichen Resolutionen bekundet, daß die Partei gewillt ist, an der bisherigen Parteitaktik festzuhalten. Dieser einstimmig gefaßte Beschluß verbürgt uns, daß die Agitation, sowie die Propagirung unserer letzten Ziele in der bisherigen Weise fortgesetzt wird, daß unserer Partei der revolutionäre Charakter erhalten bleibt, und daß wir einzig und allein auf dem Boden des Klassenkampfes unsere Siege erringen wollen. (Lebhaftes Bravo!) Sie haben, indem Sie das Ihnen von der Kommission vorgelegte Programm angenommen haben, erklärt, daß unser Endziel die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft, die Aufhebung der Klassenherrschaft und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft ist. Sie haben erklärt, daß der politische Kampf um die Forderungen,

welche in unserem Programm als die nächsten bezeichnet sind, nur deshalb geführt wird, um unsere Partei, um die Arbeiterklasse für den Kampf um das letzte Ziel zu stärken. (Lebhaftes Bravo!) Ich kann den Worten unseres Genossen Liebknecht in Bezug auf das Programm nichts weiter hinzufügen, als die feste Zuversicht, daß auch dieses neue Programm uns ein Leitstern im Kampfe, ein Führer zum Siege sein wird. (Bravo!) Indem ich nun noch den Genossen Erfurts danke für die Bereitwilligkeit, mit welcher sie die Arbeiten des Parteitages unterstützt haben und für die treue Arbeit, welche sie sowohl während der Vorbereitungszeit für den Kongreß, als auch während seiner Tagung geleistet haben, komme ich dazu, die Verhandlungen des Parteitages zu schließen. Lassen Sie uns mit demselben Rufe, mit dem wir unsere Verhandlungen begonnen haben, auseinandergehen mit dem festen Vorsatz, Jeder nach seinem besten Wissen und Können für die Partei weiterzuarbeiten, ihr treu zu dienen mit Hintenansetzung aller persönlicher Momente, nur das Interesse der Partei im Auge zu haben und für unser großes erhabenes Ziel, für die Befreiung des Proletariats aller Länder, bis zum letzten Athemzuge zu kämpfen. An die Arbeit Genossen und möge der Tag nicht fern sein, an dem die rothe Fahne — das Wahrzeichen der Freiheit und Bruderliebe — siegreich über der Erde weht!

Wohlan denn, vorwärts zu neuen Kämpfen, zu neuen Siegen. — Hoch die deutsche, dreimal hoch die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie! hoch! und abermals hoch! und zum dritten Male hoch! (Die Versammlung hat sich erhoben und fällt in stürmischer Begeisterung in die Hochrufe ein. Stehend singen die Delegirten darauf die erste Strophe der Arbeitermarseillaise.)

Vorsitzender Singer: Die Verhandlungen des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie sind hiermit geschlossen.

Schluß 12 Uhr 5 Minuten.

Folgende Delegirten sind vor Beendigung des Parteitages abgereist: Baitz-Calbe a. S., Feiler-Neustadt a. d. Orla, Fischer-Melsungen, Körten-Berlin, Schleicher-Metz, Weidner-Döhlen.

Präsenz-Liste.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Agster, Alfred	Stuttgart	Calw-Neuenburg, Göppingen-Gmünd, Aalen-Ellwangen, Ulm-Heidenheim und Ravensburg-Tettnang
Aeustergerling, C.	Mühlhausen i. Th.	Mühlh.-Langensalza-Weißensee
Albrecht, Adolf	Halle a. S.	Delitzsch-Bitterfeld
Auer, Jg.	Berlin	
Auerbach, Albert	Magdeburg	Magdeburg
Baehring, Louis	Rudolstadt a. S.	Schwarzburg-Rudolstadt
Baerer, Heinrich	Harburg	Harburg-Buxtehude
Baetge, Max	Magdeburg	Magdeburg
Baitz, Gottfried	Calbe a. S.	Calbe-Aschersleben
Bamberger, J.	Berlin	Rinteln-Hofgeismar
Baum, Georg	Schwabach	Ansbach-Schwabach
Bebel, August	Berlin	
Beims, Hermann	Cöthen	Anhalt II-Bernburg
Berndt, Moritz		Guben-Lübben
Bertram, Carl	Limmer	Hildesheim
Beyer, Alfons	Cottbus	Cottbus-Spremberg-Peitz
Birk, Georg	München	Kempten, Bayern
Blos, Wilhelm	Stuttgart	Braunschweig und Pforzheim
Blume, Georg	Hamburg	Hamburg II
Bock, Wilhelm	Gotha	Gotha, 1. Meininger
Boehle, Bernhard	Straßburg i. E.	Straßburg i. E.
Boerner, Wilh.	Berlin	Berlin III
Borkmann	Leipzig	Leipzig Stadt und Land und Nossen-Roßwein
Bosse, Frau	Bremen	Bremen
Bruhns, Julius	Bremen	
Breil, Ernst	Hagen i. W.	Hagen
Brey, August	Hannover	Hameln-Springe u. Uelzen-Dannenberg-Isenhagen-Lüchow
Buchwald, Edm.	Altenburg S.-A.	Sachsen-Altenburg
Burkhardt, Rob.	Frohnau b. Annaburg	Annaberg-Eibenstock
Busch, Emil	Güstrow	Malchin-Waren-Güstrow-Ribnitz
Dahlen, Robert	Halberstadt	Halberstadt-Oschersleben
Daßbach, M.	Hanau	Hanau-Gelnhausen

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Demmler, Carl	Geyer	Stollberg-Schneeberg
Dietz, J. H. W.	Stuttgart	5. Württemberger
Drachholz, H.	Stralsund	Stralsund-Franzburg-Rügen
Dreesbach, Aug.	Mannheim	Mannheim
Dubber	Hamburg	
Ebeling, Julius	Halle a S.	Halle, Saalkreis
Ehrhart, Franz J.	Ludwigshafen	Speyer-Landau-Kaiserslautern.
Eitzinger, Georg	Nürnberg	Nürnbg.-Altdorf u. Schweinfurt
Emmel, Leopold	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Engelmann, L.	Werdau	Zwickau-Crimmitschau
Erbert, Ernst	Düsseldorf	Düsseldorf
Ewald, Ferd.	Brandenburg a. H.	Brandenburg-Westhavelland-Ruppin-Templin
Faber, Emil	Frankfurt a. O.	Frankfurt-Lebus
Fanghänel, Rich.	Meerane	Glauchau-Meerane
Feiler, Franz	Neustadt a. d. Orla	Weida-Auma
Fichtmann, L.	Elbing	Elbing
Fischer, Heinrich	Weimar	Coburg, Weimar-Ilmenau
Fischer Richard	Berlin	
Fleischer, Fr. A.	Wurzen i. S.	Oschatz
Fleischmann, E.	Frankfurt a. M.	Kassel
Foerster, Herm.	Hamburg	Greiz
Funke, Louis	Hastedt	Bremen
Franke, Adolf	Eisleben	Eisleben
Fräsdorf	Dresden	Dresden-Neustadt
Frenzel, Conrad	Stollberg	Stollberg-Schneeberg
Fries, Nikl.	Dudweiler	Saarburg-Saarlouis
Fritz, St.	Berlin	Berlin III
Fritz, Robert	Osnabrück	Osnabrück-Iburg
Frohme, C.	Hamburg	Altona
Gaggelmann, H.	Karlsruhe	Karlsruhe
Gerisch, Albin	Berlin	
Geyer, Fr.	Leipzig	Löbau-Ebersbach und Leipzig Stadt und Land
Gießmann, Josef	Breslau	Breslau, Ost
Glocke, Theodor	Berlin	Nordhausen
Goldstein, Herm.	Dresden	Dresden — links
Gottschalk, Osw.	Plauen i. V.	Plauen
Gradnauer, Dr.	Dresden	Dresden — links
Greiner, Robert	Aschersleben	Calbe-Aschersleben
Grenz, Ernst	Chemnitz	Chemnitz u. Annaberg-Eibenstock
Grillenberger, C.	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Grothe, Wilh.	Halle a. S.	Halle a. S.
Gruhnewald, W.	Seifhennersdorf	Zittau
Gumpel, Herm.	Berlin	Berlin V
Haberland, Carl	Barmen	Barmen
Haensler, Wilh.	Mannheim	Heidelberg
Harm, Fr.	Elberfeld	Barmen-Elberfeld
Haug, Friedrich	Freiburg i. Br.	Offenburg

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Heine, August	Halberstadt	
Heinrich, C.	Altona	Altona und Lauenburg
Heinzel, Stephan	Kiel	Kiel-Rendsbg. u. Oldenbg.-Plön
Henkel, Carl	Lüneburg	Lüneburg-Winsen
Hentschel, Alwin	Geringswalde	Nossen-Roßwein
Herbert, Fritz	Stettin	
Herrling, Carl	Sangerhausen	Sangerhausen-Eckartsberga
Heyne, Robert	Finsterwalde	Kalau-Luckau
Hirschmeier	Neustadt O. S.	Kreis Neisse u. Neustadt O.-S.
Hoffmann, Adolf	Zeitz	Naumburg-Weißenfels-Zeitz
Hofman, Arthur	Saalfeld	Saalfeld
Hofmann, Franz	Chemnitz	Chemnitz
v. Hoffstetten, Frau	Berlin	Berlin VI
Holl, Peter	Passau	Passau
Horn, B.	Kahla S.-A.	Sachsen-Altenburg
Hosang	Dessau	Dessau-Zerbst
Hug, Paul	Bant	Oldenburg, Varel, Delmenhorst und Weener-Leer-Emden
Hugo, Wilhelm	Schmalkalden	Eschwege-Schmalkalden
Jacobey	Berlin	
Jahn, Heinrich	Greiz	Reuß ält. Linie
Jeup, Josef	Gelsenkirchen	Bochum, Westfalen, Essen a. R.
Ihrer, E., Frau	Velten	Berlin II
Jochem, Otto	Danzig	Danzig, Stadt
Jöst, Franz	Mainz	Mainz-Oppenheim
Kaden, August	Kötschenbroda	Dresden-Neustadt
Kater, Friedrich	Barleben	Neuhaldensleben-Wolmirstedt
Kaemmer, Reinh.	Arnstadt	Schwarzburg-Sondershausen
Kalnbach, Andr.	Karlsruhe	Bretten-Eppingen
Kandt, Ferd	Rostock	Rostock-Doberau
Kautsky, Carl	Stuttgart	Lauenburg
Katurbe, Eman.	Burg b. Magdeb.	Jerichow I und II
Keller, Hugo	Görlitz	Görlitz-Lauban
Kerrl, Alwin	Bremen	Bremen
Keßler, G.	Berlin	Oberbarnimer Wahlkreis
Kleinert, Ferd.	Berlin	Berlin II
Kloß, Carl	Stuttgart-Helsb.	Stuttgart
Klüß, J.	Elmshorn	Tondern-Husum und N.- und S.-Tithmar
Knauf, O.	Reinickendorf	Niederbarnim
Knierim, Konrad	München	München I
Knoblauch, Fr.	Sebnitz	Pirna
Konrad, Carl	Mainz	Mainz-Oppenheim
Koenen, H.	Eimsbüttel	Hamburg III
Körsten, Alwin	Berlin	Randow-Greifenhagen
Küdelhahn, Aug.	Flensburg	Hadersleben-Sonderburg, Apenrade-Flensbg. und Schleswig
Kühn, August	Langenbilau	Bunzlau - Lüben - Reichenbach-Neurode-Glatz-Habelschwerdt

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Kühn, Franz	Zwötzen b. Gera	Reuß j. L.
Kühnel, Arthur	Meißen	Meißen-Großenhain
Kuhnert, Fritz	Breslau	
Kurth, Lorenz	Kalk	Köln (Landkreis)
Landé, Hugo	Elberfeld	Elberfeld
Leid, K.	Friedrichshagen	Nieder-Barnim
Laisiepen, Gustav	Kotten b. Soling.	Solingen
Leopold, Adolf	Zeitz	Naumburg-Weißenfels-Zeitz
Liebknecht, W.	Berlin	
Lingner, L.	Achim	Verden-Hoya
Loewenstein, G.	Nürnberg	Hof
Lux, Dr., H.	Magdeburg	Bernburg
Lütgenau, Dr.	Berlin	Mecklenburg-Strelitz
Lütjens, A.	Hamburg	Hamburg I
Mahling, P.	Duisburg	Duisburg-Mülheim
Mannier, Heinr.	Hemelingen	Verden-Hoya
Meist, Karl	Köln	Lennep-Remscheid-Mettmann und Altona-Iserlohn
Meister, Heinrich	Hannover	Hannover
Metzger, W.	Eimsbüttel	Hamburg III
Metzner, Theodor	Berlin	Berlin I
Meyer, G.	Lübeck	Lübeck
Michaelis	Freiburg	Waldenburg i. Schl.
Milenz, Fritz	Johannisthal	Teltow-Beeskow-Storkow
Misselhorn, Ernst	Celle	Fallersleben-Gifhorn
Mittag, Otto	Giebichenstein b H	Merseburg-Querfurt
Molkenbuhr, H.	Ottensen	Ottensen-Pinneberg
Müller, Emil	Elberfeld	Aachen
Müller, Heinrich	Auerbach	Kirchberg-Auerbach
Müller, Philipp	Darmstadt	Darmstadt-Groß-Gerau
Münch, Karl	Zittau	Zittau
Nelke, Richard	Waltershausen	Gotha
Nels, Gustav	Freiburg	Freibg.-Emmelingen-Waldkirch
Newczerzal, Carl	Mülhausen i. E.	Mülhausen i. E.
Niederauer, G.	Berlin	Berlin V
Oertel, Carl	Nürnberg	Würzburg u. Nürndorf-Altdorf
Orbig, Carl	Gießen	Wetzler-Altenkirchen-Gießen
Paetzold, Gustav	Eisenach	Eisenach
Pëus, Heinrich	Berlin	Berlin VI
Pfannkuch, W.	Cassel	Cassel-Melsungen
Pilz, K.	Wolmirsleben	Wanzleben
Pinkau, K.	L.-Thonberg	Leipzig (Stadt und Land)
Preß, Carl	Netzschkau	Kirchberg-Auerbach
Reißhaus, P.	Erfurt	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück
Reuter, Joseph	Köln a. Rh.	Stadt Köln
Reichelt, C. A.	Apolda	Weimar
Renner, Ludwig	Augsburg	Augsburg-Wertingen
Rieke, H	Braunschweig	Holzminden u. Goslar-Herzberg

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Riesop, Franz	Berlin	Bromberg
Rohrlack, Frau	Berlin	Berlin IV
Rosenthal, Paul	Erfurt	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück
Röhrle, Peter	Heilbronn	Heilbronn-Besigheim
Rüdt, Dr., P. A.	Heidelberg	Kaiserslautern Lahr
Rupprecht sen.	Gaisburg b. St.	Stuttgart
Sailer, Alexander	Luckenwalde	Zauch-Belzig-Jüterbogk
Schaaf, Hermann	Merscheid	Solingen
Schade, Emil	Stendal	Stendal-Osterburg
Schauder, Adolf	Ohdruf	Herzogthum Gotha
Scherm, Joh.	Nürnberg	Regensburg und Lichtenfels-Kronach
Schilling, Peter	Suhl i. Th.	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück
Schleicher, Anton	Metz	Metz
Schmalfeldt, J. H.	Stade	Ottendorf-Neuhaus
Schmid, Eduard	München	München II
Schmidt, Albert	Burgstädt	
Schmidt, Fritz	Friedberg	Friedberg
Schmidt, Herm.	Zwickau	Zwickau-Crimmitschau
Schmidt, Wilhelm	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Schmidtchen Carl	Potschappel	Gerichtsbezirk Dresden
Schneider, B. H.	Marburg	Marburg-Kirchhain
Schöder, G.	Bernau	Niederbarnim
Schönlank, Dr.	Berlin	Lahr
Scholz, Adolf	Berlin	Berlin VI
Schreiber, Bald.	Tannenberg	Stollberg-Schneeberg
Schultze, Carl	Königsberg i. Pr.	Königsberg, Stadt
Schulz, Gottfried	Berlin	
Schulz, Richard	Jena	Weida-Auma
Schulze, Adolf	Magdeburg	Magdeburg
Schulze, Ernst	Cossebaude	Gerichtsbezirk Dresden
Schwartz, Theod.	Lübeck	Mecklenburg-Schwerin
Schweer, C.	Hamburg	Hamburg I
Seige, Paul	Pößneck	Sonneberg-Saalfeld
Semmler, Gustav	Limbach i. S.	Mittweida-Limbach
Sievers, Friedrich	Limmer b. Hannov.	Hameln-Springe
Singer, Paul	Berlin	
Slomke, Gustav	Bielefeld	Bielefeld-Herford-Halle
Stabernack, B.	Berlin	Berlin I
Stadthagen, A.	Berlin	
Stamm, H.	Cannstadt	Cannstadt-Ludwigsburg, Reutlingen-Tübingen und Backnang-Hall
Starke, Paul	Wechselburg	Borna-Pegau
Stegmann	Braunschweig	Braunschweig
Steinbach, Frau	Eimsbüttel	Hamburg III, Elmshorn
Steinkrüger, H.	Dünnwald	Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Stephan, Carl	Hildesheim	Hildesheim
Stolpe, Hermann	Grünberg	Grünberg-Freystadt
Storch, Franz	Stettin	Stettin
Taeterow, A.	Berlin	Berlin I
Tempel, Gustav	Berlin	Berlin IV
Thierbach, O.	Berlin	Königsberg-Neumark
Titze, Ernst	Minden i. W.	Schaumburg-Lippe, Minden-Lübbecke
Tischer, G.	Melsungen	Kassel-Melsungen
Tölcke, Carl W.	Dortmund	Dortmund
Trappe, August	Stralsund	Stralsund-Franzburg-Rügen
Trautwein, A.	Quedlinburg	Calbe-Aschersleben
Trilse, Hermann	Leipzig	Leipzig Stadt und Land
Trützschler, Franz	Rathenow	Westhavelland
Tschirpe, Rich.	Liegnitz	Liegnitz-Goldberg-Haynau
Ulrich, C.	Offenbach a. M.	Offenbach-Dieburg-Worms-Heppenheim-Wimpfen
Ungering, Franz	Köpenick	Teltow-Beeskow-Charlottenbg.
Urban, Carl	Forst N.-L.	Sorau-Forst
Urban, Josef	München	München II
Vetterlein, Emil	Gera	Reuß j. L.
Vogel, L., Frau	Gera	Reuß j. L.
Volderauer, Rich.	Karlsruhe	Villingen
v. Vollmar, G.	Soienfaß a. W.	Rosenheim
Voigt, Gust. Ad.	Crimmitschau	Zwickau-Crimmitschau
Wambsganß, G.	München	München I
Wassermann, H.	Schöningen	Kreis Helmstedt
Wehder, P.. Ed.	Sonneberg	Sonneberg-Saalfeld
W. Weidner	Dohlen	Schleswig
Wendt, Karl	Kamenz i. Sachs.	Bautzen
Wengels, Robert	Berlin	Berlin IV
Wernau, Julius	Berlin	Potsdam-Osthavelland
Werner, Wilhelm	Berlin	Teltow-Beeskow-Charlottenbg.
Werstein	Neu-Isenburg	Offenbach-Dieburg
Wesch, Carl	Crefeld	Crefeld u. München-Gladbach
Wildberger, Carl	Berlin	Schwedt a. O.
Willig, W.	Hannover	Hannover
Wilm, Paul	Neuhof	Harburg-Buxtehude
Winter, Franz	Frankenhausen	Schwarzburg-Rudolstadt
Winkler Hermann	Breslau	Breslau (West)
Wurm, E.	Hannover	Hannover
Zick, Friedrich	Fürth	Fürth-Erlangen

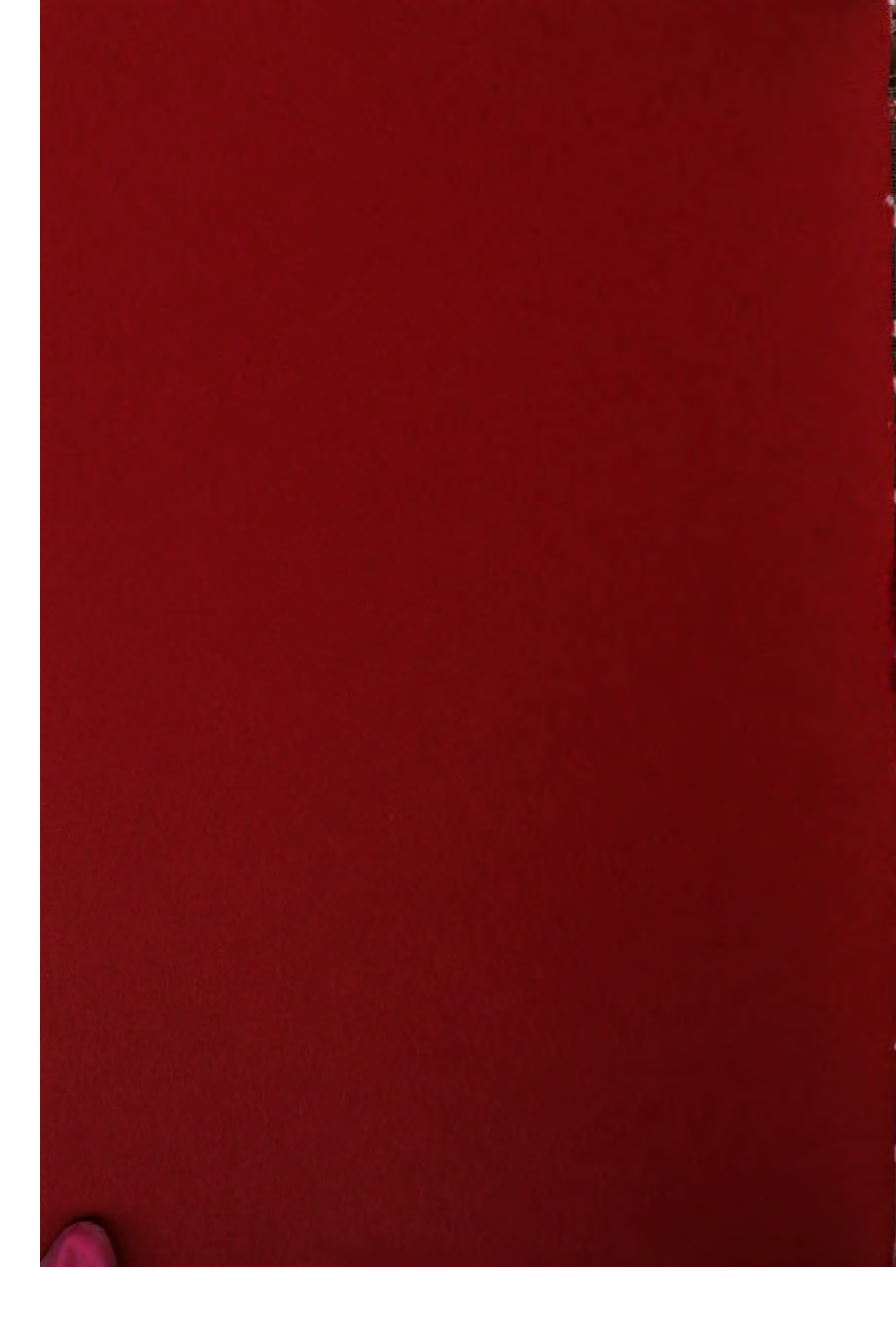
Zuschriften und Telegramme.

Amsterdam. Fr. Gatzenmeyer.
Amsterdam. Vorstand der Sozialdem. Partei Hollands.
Augsburg. Genossen.
Barmen. Gewerkschafts-Kommission für Barmen-Elberfeld.
Bautzen. Genossen.
Berlin. Altdeutscher Rauchklub Berlin O.
Berlin. Diskutirklub „Hasenclever".
Berlin. Filiale S.W. der Maler.
Berlin. Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker.
Berlin. Freie Vereinigung d. Kaufleute.
Berlin. Gastwirthsgehilfen.
Berlin. Genossen Berlin I.
Berlin. Max Körbitz.
Berlin. Leseklub „Gleichheit".
Berlin. Mehrere Studenten.
Berlin. Mitglieder d. Vorst. d. Zahlst. d. deutschen Gold- u. Silberarbeiter.
Berlin. Polnische Sozialdemokraten.
Berlin. Skatklub „Treff".
Berlin. Soziald. Fraktion d. Stadtverord.
Berlin. Sozialdem. Wahlverein Berlin V.
Berlin. Versammlung der freien Vereinigung der Maurer.
Berlin. Versamml. d. Gewerkschaften.
Berlin. Versammlung des Wahlvereins Berlin III.
Boizenburg a. d. Elbe. Genossen.
Bonn. Sozialdem. Verein „Neue Zeit".
Brasilien. Die Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten.
Braunschweig. Genossen.
Bremen. Waller Arbeiterschaft.
Bremerhaven. Versammlung der organisirten Arbeiter.
Breslau. Versammlung in der Rößlerschen Brauerei.
Brüssel. Jean Volders.
Budapest. Redaktion der „Arbeitersache" und „Nerszava".
Bukarest. Klub der Arbeiter.
Calbe a. S. Arbeiter-Bildungs-Verein.
Castrop. Mehrere Genossen.
Charlottenburg. Parteigenossen.
Chemnitz. Sozialdemokr. Wahlverein.
Cincinnati. National-Komitee der Soz. Arbeiter-Partei.
Coburg. Genossen.
Cöln. Die „jungen" organisirten Maler und Anstreicher.
Danzig. Parteigenossen.
Debschwitz-Gera. Frauen.
Dessau. Arbeiter.
Dortmund. Genossen.
Duisburg. Versammelte Genossen.
Elmshorn. Genossen.
Ems. Genossen.
Essen. Borbeker Genossen.
Forst i. Lausitz. Genossen.
Frankenhaus.-Kyffhäuser. Parteigenoss.
Freyberg i. Sachs. Genossen.
Friedeberg-Arnswalde. Genossen.
Fürth. Frauen und Mädchen.
Fulda. Genossen.
Galatz. Klub der Arbeiter.
Gelsenkirchen. Arbeiter-Wahlverein.
Gelsenkirchen. 6 Genossen.
Gera-Reuß. Mehrere Frauen.
Gießen. Mehrere Genossen.
Granada. Heinrich Sievers.
Gravenhage. Buzello.
Hamburg. Mehrere Genossen der drei Hamburger Wahlkreise.
Hamburg. Sozialdemokr. Verein.
Hanau. Wahlverein.
Heiligenstadt. A. Hörning.
Hermsdorf. Gen. v. Pankow-Reinickend. v. e. verkracht. Antisem.-Vers. i. Glinicke.
Heslach. Arbeiterverein.
Höhenberg b. Kalk. Genossen.
Jena. Parteigenossen.
Iserlohn. Parteigenossen.
Itzehoe. Gen. in Itzehoe u. d. 6. Schlesw.-Holst. Wahlkr. zuertheilt. Helgoland.
Kalk. Genossen des Landkreises Cöln.
Katscher. Genossen aus dem schwarzen Oberschlesien.
Kiel. Genossen.
Kirchheim-Bolanden. Genossen.
Konstanz. Genossen.
Kopenhagen. Sozialdem. Dänemarks.
Ladenburg. Versamml. d. Schuhmacher.
Lägerdorf. Arbeiter-Verein.
Leipzig. Soziald. Leipzig Stadt u. Land.
Limmer. Genoss. d. Hameln'schen Wahlkr.
London. Komm. Arbeiter-Bildungs-Ver.
London. National Union d. Gasarbeiter.
Ludwigshafen. Genossen.
Lüdenscheid. Genossen.
Madrid. National-Komitee d. spanischen Sozialisten.
Mannheim. Freudenheimer Genossen.
Metz. Genossen.
Mülheim. Genossen.
München. Versammlung i. Collosseum.
Nauen. Arbeiter-Bildungsverein.
Netzschkau. Arbeiterstand.
Neuenhagen. Fest-Versammlung von Alt-Landsberg und Umgegend.
Neuhaldensleben. Volksversam. 19. Okt.
Neuhausen-München. Sozial. Leseverein.
Neuhausen b. München. Mehrere Frauen.
Neumünster. Agitations-Kommission.
Nürnberg. Genossen.
Ohlau. Parteigenossen.
Osnabrück. Festlichkeit der Schneider.
Osnabrück. Parteigenossen.
Osnabrück. Vereinigte Metallarbeiter.
Ostrowo. Genossen.
Ottensen. Parteigenossen.

Paris. Deutscher Sozialdem. Leseklub.
Paris. Gruppe der sozialistischen revolutionären Studenten.
Paris. Nationalrath der Arbeiter.
Poesneck. Sozialistische Arbeiter.
Potschappel. Sänger, Rothe-Schänke im Plauenschen Grunde.
Potsdam. Genossen.
Quakenbrück. Genossen.
Rathenow. Genossen.
Ravensburg. Wahlverein.
Rom. 62 Sozialisten.
Ronsdorf. Sozialdem. Volksverein.
Schaffhausen. Deutscher Arbeiter-Verein.
Schwabach. Genossen.
Speyer. Diskutir- und Leseklub.
Staßfurt. Sozialdemokr. Versammlung im Lingnerschen Saal.
Stettin. Hand- u. Fabrikarbeiterinnen.
Stettin. Personal des „Volksboten".
Stockholm. Sozialdemokraten Schwedens
Stralsund. Genossen.
Straßburg i. Els. Einige Zöglinge d. General Vogel v. Falkensteinschen Fer.-K.
Untertürkheim. Else Dull und Hedwig Wilhelmi.
Velbert im Rheinland. Genossen.
Volkmarsdorf-Leipzig. Genossen.
Wien. Wiener Drechsler.
Wilhelmsburg a. d. Elbe. Genossen.
Winterthur. Die deutschen Sozialisten.
Zwickau. Genossen.

Sprech-Register.





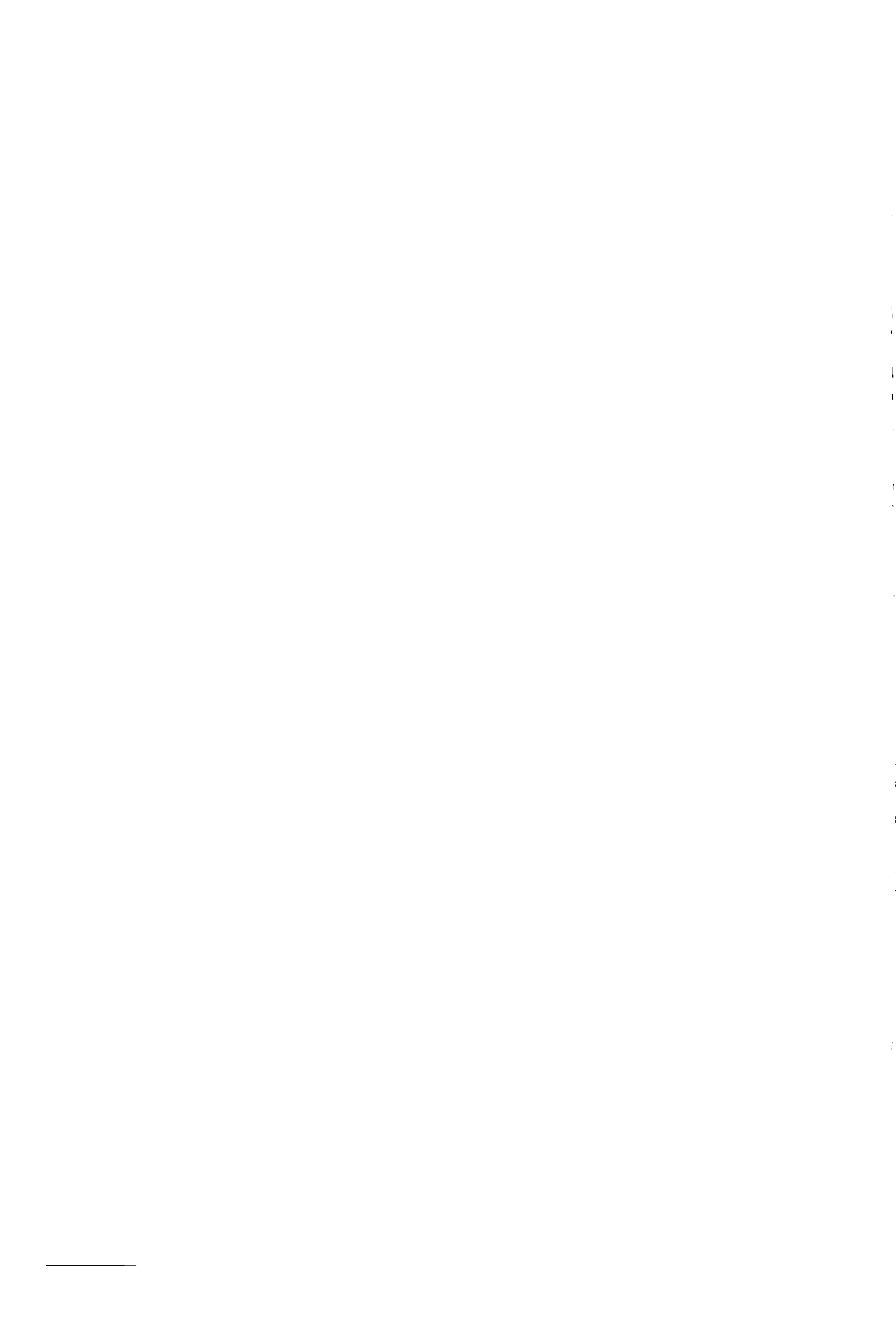
Personenregister, Zeitschriften- und Zeitungsregister, Ortsregister bearbeitet von Max Schwarz

Vorbemerkungen zum Register

Das *Personenregister* enthält über das im Protokoll (S. 368) abgedruckte — im übrigen unvollständige — »Sprech-Register« hinaus die Namen aller 254 Parteitagsdelegierten (D), 3 Gäste (G) und sonstigen Personen, die im Protokoll des Parteitags erwähnt werden. Die Wohnorte der Delegierten wurden der »Präsenz-Liste« des Protokolls (S. 361–366) entnommen, die der übrigen aufgeführten Personen ebenso wie die Vornamen, soweit dies möglich war, aus anderen Quellen eruiert. Auf eine Reihe von Druckfehlern bei den Personennamen wird im Register berichtigend hingewiesen.

Das *Register der Zeitschriften und Zeitungen* verzeichnet alle im Protokoll enthaltenen Periodika einschließlich ihrer Erscheinungsorte.

Das *Ortsregister* enthält alle im Protokoll angeführten Städte, Wahlkreise, Provinzen, Staaten, Länder und Kontinente.



Personenregister

Zeitschriften- und Zeitungsregister

Ortsregister

